Springer-Blockade — Ein Exempel — S. 14



Arbeiterkampf

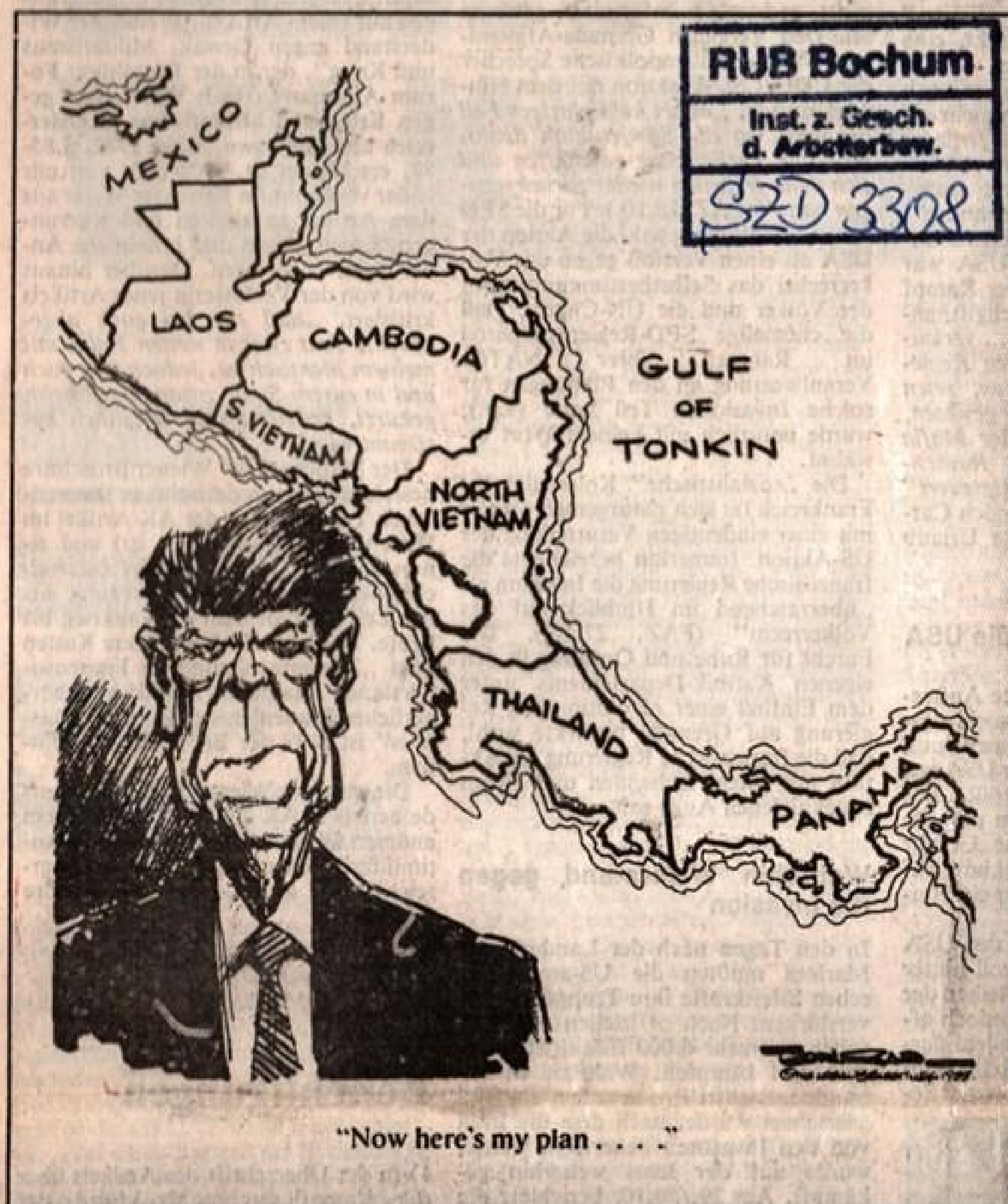
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 13, Nr. 239, 31. 10. 83

4 DM
Förderpr. DM 5

C 21734 E





"Now here's my plan . . . ."

Grenada:

Generalprobe für Nicaragua

Dienstagmorgen, den 25.10., landeten Marineeinheiten der US-Armee auf der Insel Grenada, um ,Recht und Ordnung' wiederherzustellen. Mit kurzer zeitlicher Verzögerung wurden ein paar hundert Mann Polizei und Armee der benachbarten Karibik-Inseln als Feigenblatt eingeflogen. Die USA nutzten eine innenpolitisch verworrene Situation auf Grenada , um in ihrem ,Hinterhof' — der Karibik — eine politisch unbequeme Regierung zu stürzen und einen gesellschaftlichen Prozeß zu liquidieren, der im karibischen Raum auf andere Völker Ausstrahlungskraft besaß. Die offene militärische Aggression gegen Grenada ist ein Test für weitere Schritte in diesem geographischen Raum: Der Überfall auf Grenada muß als Start für weitere Überfälle auf Nicaragua oder sogar auf Kuba gesehen werden.

Dem Volk von Grenada blieben nur vier Jahre Zeit, seine Zukunft selbst zu bestimmen. Nach vier Jahrhunderten Kolonialisierung durch das britische Empire wurde Grenada 1974 formal unabhängig, fünf weitere Jahre herrschte jedoch Eric Matthew Gairy unter dem Schutz der britischen Regierung. Im Frühjahr 1979 übernahm das New Jewel Movement — deren Mitbegründer Maurice Bishop war — die Macht auf der Insel.

Tausende schlossen sich spontan der ersten Revolution in der englisch-sprachigen Karibik an. Es begann eine Zeit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen (Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse, Diversifizierung der überholten Wirtschaftsstruktur, Alphabetisierungskampagne, Gesundheitswesen, Verbesserung der Stellung der Frauen). Die USA versuchten von Beginn an, die Neuorientierung des Volkes von Grenada zu

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung auf Seite 2

Volksbefragung – Schwerpunkt oder Stiefkind der Friedensbewegung?

Am 24.10., unmittelbar nach der Aktionswoche der Friedensbewegung, brachte die Fraktion der GRÜNEN einen Gesetzentwurf über die Durchführung einer Volksbefragung im Bundestag ein. Auf diese Weise soll *„der Wille der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstrecken-Raketen ermittelt werden"*. In einer allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Abstimmung soll den Bürgern die folgende Alternative zum Ankreuzen vorgelegt werden:

„1. Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab. ......( )

2. Ich bin dafür, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik neue atomare Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile stationiert werden. ......( ) ."

Das Einbringen dieses Gesetzentwurfs ist alles andere als ein isolierter, gar parteipolitischer Vorstoß der GRÜNEN, im Gegenteil: Die Forderung nach Volksbefragung wird vom Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung einmütig erhoben. Ein breites, repräsentatives Spektrum von Organisationen und Initiativen unterstützt sie, und es gibt auch eine Viertelmillion Unterschriften unter einen entsprechenden Aufruf. Die Gesetzesvorlage wurde vom KOA zunächst an alle Bundestagsabgeordneten geschickt mit der Hoffnung, so etwas wie eine überparteiliche Friedensfraktion an dieser Frage bilden zu können. Aber Fehlanzeige!

Fortsetzung auf Seite 3

■ „Airland-Battle" und „Rogers-Plan" Die Strategie der NATO für die 90er Jahre — Seite 23

■ Die alltägliche Kriegsvorbereitung — Seite 26

■ Pershing-II-Stationierung in Frankfurt-Hausen — Seite 21

Lieber einen heißen Herbst als einen kalten Frühling

Fast 1 Millionen Menschen haben sich an den Volksversammlungen und anderen Abschlußveranstaltungen der Aktionswoche teilgenommen. Zehntausende oder gar Hundettausende brachten in der Aktionswoche ihren Widerstand gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen zum Ausdruck. Mehr und mehr ist dabei zum Ausdruck gekommen, daß sie damit die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, während ebenso klar ist, daß die Bundesregierung an der Stationierung festhalten und sie mit allen Mittel auch gegen die Mehrheitsmeinung durchsetzen wird. Wieder einmal wird sich damit beweisen, daß allein die Mehrheit, die besseren Argumente und Moral noch nicht ausreichen, um in dieser Republik auch die Entscheidungen zu beeinflussen, wenn diese Mehrheit nicht bereit ist, a l l e ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen und in volle Konfrontation zu den herrschenden Kräften zu gehen. Noch kann die staatstragende und staatsloyale Presse jubeln, daß die Aktionen weitgehend im staatlich abgesteckten und genehmigten Rahmen geblieben sind. Wird sie das aber auch noch können, wenn die Friedensbewegung mit dem Beginn der Stationierung auf äußerste provoziert wird?

Die Friedensbewegung hat innerhalb eines Jahres viele neue Anhänger und Bündnispartner gewonnen, einige, von denen man dies vor einem Jahr niemals angenommen hätte und an deren Ernsthaftigkeit man aufgrund vieler Erfahrungen zweifeln muß. Die Friedensbewegung täte deshalb gut daran, immer daran zu denken, daß heute ein Brandt auf einer Volksversammlung spricht, weil dort die Mehrheit repräsentiert wird und nicht die Mehrheit dort ist, weil ein Willy Brandt spricht.

Zu den Herbstaktionen, zur Rolle der SPD, zu den weiteren Planungen der NATO mehr im Innenteil dieser Ausgabe ab Seite 5



Fortsetzung von Seite 1

Grenada: Generalprobe für Nicaragua

sabotieren. Im Frühjahr 1979 schon hatte die US-Regierung unter Carter eine Seeblockade der Insel erwogen; innerhalb der Weltbank und des IWF nutzten die USA ihre Position, um die notwendigen Kredite nicht zu gewähren. Mitte 1981 veranstaltete die US-Regierung eine Anti-Grenada-Kampagne mit dem Ziel des Tourismusboykotts.

Auf die EG und andere Staten wurde Einfluß genommen, um zu verhindern, daß mit deren Unterstützung auf Grenada ein Flughafen gebaut wird, der seither von den USA als ‚militärstrategisches Objekt' angegriffen wird. Im August 1981 war die Trockenübung für eine Invasion, wie sie jetzt auf Grenada durchgeführt wird, Bestandteil des NATO-Manövers „Ocean Venture". Spätestens seit diesem Zeitpunkt mußte den europäischen NATO-Staaten die Planungen der USA gegenüber Grenada bekannt gewesen sein. Die heute vorgespielte ‚Unvorbereitetheit' europäischer Regierungen ist auch von daher nicht glaubwürdig.

Maurice Bishop wird ermordet

Über die innenpolitischen Wirren der letzten zwei Wochen vor der US-Intervention liegen nur sehr spärliche Informationen vor. Das Schweigen des New Jewel Movements über die innerparteilichen Spannungen der Vergangenheit hat auch dazu beigetragen, daß heute über die Hintergründe, die zur Liquidierung eines größeren Teils der alten Führung des New Jewel Movement führten, wenig bekannt ist. (Wir hoffen in nächster Zeit darüber berichten zu können). Nach den bisherigen Informationen waren die Differenzen innerhalb des New Jewel Movement durch unterschiedliche Positionen über den zukünftigen Weg Grenadas — sowohl innen- wie außennpolitisch — bestimmt. Maurice Bishop vertrat schon in der Vergangenheit den Weg einer gemischten wirtschaftlichen Entwicklung Grenadas, wobei sowohl sozialistische wie kapitalistische Elemente diesen Prozeß bestimmen sollten. Gleichzeitig trat er für eine mittlere Position gegenüber der Anbindung an die westlichen Industriestaaten und die Sowjtunion ein.

wie kapitalistische Elemente diesen Prozeß bestimmen sollten. Gleichzeitig trat er für eine mittlere Position gegenüber der Anbindung an die westlichen Industriestaaten und die Sowjtunion ein.

Den anderen Pol bildeten die Kräfte innerhalb der Bewegung, die einen beschleunigten Weg zum Sozialismus und eine engere Anbindung an die Sowjetunion favorisierten. Zu diesem Kreis zählte auch der damalige Finanzminister Bernard Coard. Vermittlungsbemühungen von Kuba und der karibischen Kirchenkonferenz scheiterten bzw. wurden abgelehnt. Mitte Oktober 1983 ist der Bruch innerhalb der Bewegung nicht mehr aufzuhalten. Am 12.10. wird M. Bishop unter Hausarrest gestellt, Finanzminister Coard tritt zurück. Teile der Armee stellen sich gegen M. Bishop. Am 19.10. wird M. Bishop von einer großen Menschenmenge aus seinem Hausarrest befreit und in einem Triumpfzug nach St.George begleitet. Im Verlauf und im Anschluß an diese Demonstration wird von Teilen der Armee in die Demonstration geschossen; M. Bishop und mehrere Minister und Gewerkschaftsführer werden verhaftet und exekutiert; die Armee verhängt eine viertägige totale Ausgangssperre.

US-Komödienstadel: ‚Rettet die Demokratie'

In einer Erklärung vom 22.10. warnte die Regierung Kubas vor einer drohenden Invasion auf Grenada: *„Der Imperialismus wird jetzt versuchen, diese Tragödie und die von den grenadischen Revolutionären begangenen schweren Fehler auszunutzen, um den revolutionären Prozeß in Grenada zu liquidieren und das Land erneut der imperialistischen und neokolonialistischen Herrschaft zu unterwerfen"* (nach Neues Deutschland, 22./23.10.). Am Wochenende des 23./24.10. nahm ein Flottenverband der US-amerikanischen Marine Kurs auf Grenada, darunter der Flugzeugträger „Independence" und das Landungsschiff „Guam" mit Marineinfanterie an Bord.

Paralell zu diesem Flottenaufmarsch tagten die ostkaribischen Staaten (OECS) auf Barbados. Zeitgleich fand eine Sitzung der karibischen 13-Staaten-Gemeinschaft (CARICOM) statt, die zwar eine unbefristete Blockade ihres gesamten Handels- und Zivilverkehrs mit Grenada beschlossen, ein fomaler Interventionsbeschluß scheiterte jedoch unter anderem am Einspruch Guyanas. Auf dieser Sitzung traten Jamaika, Barbados und andere Inselstaaten für eine Intervention ein (SZ, 25.10.).

Schlußendlich traten die OECS-Staaten offen auf die Seite der USA und ‚begrüßten' die geplante Intervention der USA auf Grenada. So konnte US-Präsident Reagan in einer seiner ersten Stellungnahmen während der laufenden Invasion erklären, die USA hätten u.a. dem Wunsch von sechs Staaten der Karibik entsprochen, *„um wieder demokratische Verhältnisse (auf Grenada) herzustellen"* (FAZ, 26.10.). Diese Erklärung der US-Regierung war nichts anderes als ein verlogener Versuch, der Invasion ein Anstrich von Legitimation zu gegen. Die konservativen Regierungen von Jamaika und Dominica hatten in der Vergangenheit nichts unversucht gelassen, die Regierung unter M. Bishop zu bekämpfen. Nun wurden sie ganz offensichtlich von Reagan heranzitiert, um das sich abzeichnende Blutbad auf Grenada mit abzudecken.

In seiner ersten Erklärung gab der US-Präsident drei Hauptmotive an, die für die Entscheidung de USA ausschlaggebend waren, *„wobei er den Schutz der Amerikaner als das wichtigste bezeichnete"* (NZZ, 27.10.). In einer weiteren Erklärung am Donnerstag malte Reagan die gerade noch gebannte Gefahr einer ähnlichen Geiselnahme wie im Iran an die Wand. Zum Zeitpunkt der Invasion waren ca. 1.000 US-Bürger auf der Insel, hauptsächlich Medizin-Studenten, die auf Grenada studierten.

Daß trotz der innenpolitischen Auseinandersetzungen auf der Insel für diese US-Bürger zu keinem Zeitpunkt eine ‚Gefahr für Leib und Leben' bestanden hatte, war schon in der Woche vor der Intervention durch zwei US-Senatoren vor Ort bestätigt worden. Weiterhin war einer Delegation dieser Studenten von der Armee auf Grenada zugesichert worden, daß für sie keinerlei Gefahr bestand und sie jederzeit ausreisen könnten.

Bestätigung fand dies von einen Teil der Studenten selber, als sie am Donnerstag (27.10.) wohlbehalten in den USA ankamen. Im Gegenteil, sie beklagten sogar die Tatsache, daß ihre Si-

USA ankamen. Im Gegenteil, sie beklagten sogar die Tatsache, daß ihre Si-



cherheit erst durch die Invasion und die sie begleitenden Kämpfe in Gefahr geraten war (nach „International Herald Tribune", 29./30.10.). Vor einer NATO-Tagung gab US-Verteidigungsminister Weinberger zu, von den 1.000 US-Bürgern auf der Insel hätten nur knapp 400 den Wunsch gehabt, von der Insel geflogen zu werden (IHT, 29./30.10.).

Nachgereichte Gründe: Berge von Munition, Raketenhalden und 5.000 Kubaner

Sowohl der ‚Hilferuf' karibischer Staaten als auch die imaginäre Bedrohung der US-Bürger auf Grenada waren bald nach der erfolgten Invasion keine ausreichenden Argumente für eine derartige militärische Operation. Besonders nach dem Tode von mehr als 200 US-Soldaten im Libanon war ein großer Teil der US-amerikanischen Öffentlichkeit nicht besonders euphorisch über die Perspektive eines zweiten, wenn auch kleinen Vietnam.

Der die Operation leitende Admiral McDonald gab bekannt, daß seine Marineinfantristen kubanische Dokumente erbeutet hätten, aus denen hervorgehe, *„daß die Kubaner kurz vor Beginn der US-Invasion die eigenen Verbände erheblich verstärkt hätten"*. Die Dokumente *„sollen beweisen, daß weitere 4.340 Kubaner nach Grenada geschickt werden sollten"* („Hamburger Abendblatt", 29./30.10.). Die Gefahr eines „weiteren Angola" (IHT, 29./30.10.) hätte gedroht.

Weiterhin hätten die USA von einem Bunkerbau erfahren, über den ein Spion Fotos nach Washington habe bringen können.

„Identifiziert wurde ein Bunker des Typs, wie er auch in der Sowjetunion und den Satelliten-Staaten zur Lagerung von Raketen mit einer Reichweite von 60 bis 300 Kilometern existiert" (HA, 29./30.10.). Wohlgemerkt, eine direkte Bedrohung des US-Territoriums, bei Entfernungen nach den Südspitzen der USA von mehr als 2.000 km. Und *„es seien Waffenlager entdeckt worden, die für die Ausbildung von 10.000 Terroristen ausgereicht hätten"* („Welt am Sonntag", 30.10.). Abfallprodukt der ‚Demokratisierungsbemühungen' der USA war dann gewissermaßen noch der Kampf gegen internationalen Rauschgifthandel. *„Aus dem Weißen Haus ... verlautete, die Putschisten, die den Regierungschef Bishop umbrachten, seien Drogenhändler großen Stils gewesen. Sie hätten zusammen mit der Mafia den ständig zunehmenden Rauschgiftschmuggel in die USA gesteuert"* („Welt", 30.10.). Fehlt nur noch Carlos, der gerade auf Grenada Urlaub machte!

Kein Durchmarsch für die USA

Das bisher sehr selbstbewußte Auftreten der US-Regierung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß innen- und außenpolitisch die Aktion der USA auf Kritik und Widerspruch stößt. Die nachgereichten Begründungen und die Versuche, eine vermeintliche Gefahr für die USA durch die Entwicklung auf Grenada zu beweisen, sind nur ein Hinweis darauf.

Selbstverständlich steht in den USA die Republikanische Partei voll hinter ihrem Präsidenten. Aus den Reihen der Demokratischen Partei wird jedoch offen Kritik geäußert, die vor allem darauf zielt, die Aktion als voreilig und überzogen darzustellen. Sowohl der Se-

auf zielt, die Aktion als voreilig und überzogen darzustellen. Sowohl der Se-

nat (von den Republikanern, der ‚Präsidenten-Partei' kontrolliert) als auch das von den Demokraten kontrollierte „House of Foreign Affairs Commitee" verpflichteten den Präidenten, seine Truppen innerhalb von 60 Tagen aus Grenada zurückzuziehen (IHT, 29./30.10.).

International war der Protest gegen die US-amerikanische Aggression weltweit. In der UNO wurde das Vorgehen der USA einhellig verurteilt, die Invasion wurde als Verletzung internationalen Rechts und der UN-Charta bezeichnet. Für eine Verurteilung stimmten von den europäischen Staaten Frankreich und die Niederlande; Großbritannien enthielt sich. Lediglich St. Lucia, Barbados und St. Vincent — allesamt Teilnehmer der Invasion — stimmten gegen eine Verurteilung.

Großbritannien hatte als einstige Kolonialmacht und nach internationalem imperialistischen Recht immer noch Statthalterin auf Genada Grund, düpiert über das Vorgehen der USA zu sein. Erst als die Invasion angelaufen war, informierte der US-Präsident M. Thatcher und ließ sich begreiflicherweise auch nicht mehr von der Aktion abbringen. Hilferufe über Fernschreiber nach London — Absender: der revolutionäre Militärrat von Grenada — landeten im Ticker einer Plastiktütenfabrik und kamen erst mit sehr großer Verspätung bei der britischen Regierung an. Am Tage vor der Invasion verkündete der britische Außenminister noch, eine Invasion sei „höchst unwahrscheinlich" (FAZ, 28.10.). Hohnlachend wurde die britische Regierung von der Labour-Opposition auf ihre offensichtliche Machtlosigkeit hingewiesen; die eigene Fraktion verweigerte dem Außernminister den Beifall. Die Regierung sah sich in einen Vasallenstatus zurückgedrängt. Nur logisch, daß die Opposition fragte, *„wie man nach dem selbst von der Regierung bedauerten Mangel an Konsultation im Fall Grenada den Amerikanern die Stationierung von Cruise-Misiles-Raketen, über die man keine Kontrolle habe, erlauben könne"* (FAZ, 28.10.).

Die Bundesregierung der BRD sah das wesentliche Problem darin, daß sie nicht rechtzeitig informiert gewesen sei. Den Vergleich Grenada-Afghanistan wies der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion mit dem Hinweis zurück, *„es sei kein einziger Fall bekannt, wo die Sowjetunion demokratische Verhältnisse geschaffen und sich dann freiwillig wieder zurückgezogen hätte"* (FAZ, 28.10.). Für die SPD verurteilte Wischnewski die Aktion der USA als einen Verstoß gegen das Völkerrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die UN-Charta. Daß die ehemalige SPD-Regierungspartei im Rahmen ihrer NATO-Verantwortung an den Planungen für solche Invasionen Teil hatte (s.o.), wurde natürlich mit keinem Wort erwähnt.

Die „sozialistische" Kolonialmacht Frankreich tat sich naturgemäß schwer mit einer eindeutigen Verurteilung der US-Aktion. Immerhin bezeichnete die französische Regierung die Invasion als „überraschend im Hinblick auf das Völkerrecht" (FAZ, 27.10.). Die Furcht für Ruhe und Ordnung in den eigenen Karibik-Departements unter dem Einfluß einer revolutionären Regierung auf Grenada bewirkte wohl, daß die französische Regierung die Aktion mit einem lachenden und einem zugekniffenen Auge sah.

Weiterhin Widerstand gegen die Invasion

In den Tagen nach der Landung der Marines mußten die US-amerikanischen Streitkräfte ihre Truppen weiter verstärken. Nach offiziellen Angaben sollen nunmehr 6.000 Infantristen auf der Insel kämpfen. Während in der bundedeutschen Presse schon ein Bild gezeichnet wurde, nach dem die Insel von den Invasoren beherrscht werde, wurde auf der Insel weiterhin ge-

sollen nunmehr 6.000 Infantristen auf der Insel kämpfen. Während in der bundedeutschen Presse schon ein Bild gezeichnet wurde, nach dem die Insel von den Invasoren beherrscht werde, wurde auf der Insel weiterhin ge-

kämpft. Am 29./30.10. berichtete die „International Herald Tribune" über militärischen Widerstand auch in den Städten, von den Zeichen weiter andauernder schwerer Kämpfe. Darüberhinaus wird in der Presse und den übrigen Nachrichtenmedien die Rolle der „weiterkämpfenden" Kubaner weiterhin hochgespielt, während die Regierung von Kuba seit Mittwoch nach der Invasion offiziell erklärt, daß ihre auf der Insel weilenden Bürger den Kampf eingestellt hätten. Die bisher bestehende Informationssperre verhindert jedoch ein einigermaßen reales Bild der Situation auf der Insel zu zeichnen.

Die Mittel sind günstig, der Zweck erst recht

„Weil es im öffentlichen Bewußtsein (von Europa) eine Vorstellung vom guten Benehmen in der internationalen Politik, von Schicklichkeit gibt, (...) verharren die westlichen Regierungen noch in betretenem Schweigen". Aber wenn Washington beweisen kann, daß Kuba kurz vor der Machtübernahme auf Grenada stand, *„wird der Unterschied zwischen den Fällen Afghanistan und Grenada deutlicher werden, wird sich mancher Kritiker vielleicht wieder darauf besinnen, daß er nicht nur nach den Mittel der Politik sondern auch nach den Zwecken zu urteilen hat"* (FAZ, 27.10.). Die Presse der BRD tut einiges, um die Invasion auf Grenada zu legitimieren und zu verteidigen. Dazu gehört nicht nur die Übernahme jeder Story über Kuba und Carlos, sondern auch der eindringliche Hinweis auf die Tatsache, daß eine Aktion nicht schlecht zu sein braucht, nur weil sie vielleicht ein wenig das Völkerrecht verletzt. Selbst zwar konservative, aber sonst nicht sehr hühnerhirnige Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine", legen den Deutschen nahe, ihre negative Haltung zur US-Intervention zu überdenken. *„Die Deutschen, die das amerikanische Verhalten für eine Überreaktion halten, sollten sich vorstellen, es rühre jemand an ihre Hafenzugänge an der Nordsee oder an die Zufahrtswege nach Berlin."* (FAZ, 28.10.).

Der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel. Und für einen Krieg hat sich immer noch ein Zweck gefunden.

Imperialismus-Kommission

Ein leider notwendiger Nachtrag

Der in AK 238 auf den Frauenseiten abgedruckte Artikel „Weiblicher Widerstand gegen Militarismus und Krieg" beruht in seinen zentralen Aussagen und weitgehenden Formulierungen auf einem Artikel „Weiblicher Widerstand gegen Gewalt, Militarismus und Krieg", der in der Broschüre: **Forum Alternativ (Hg.): Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und anderswo, Wien 1982,** S.85-87, erschienen ist. Es wurde von mir leider versäumt, in korrekter Weise aus dem Artikel zu zitieren und Kürzungen, Ergänzungen und inhaltliche Änderungen anzuzeigen. Darüber hinaus wird von der Verfasserin jenes Artikels kritisiert, *„daß der bei euch abgedruckte Text zwar in weiten Teilen mit meinem identisch ist, jedoch von euch und in eurem Sinne zusammengestellt, gekürzt, erweitert und inhaltlich bestimmt wurde"*.

Der Frauenteil der Wiener Broschüre besteht aus einem dreiseitigen theoretischen Teil (aus dem der AK-Artikel im Wesentlichen entnommen ist) und einer längeren Darstellung der österreichischen Frauenfriedensbewegung aus der Zeit von vor dem 1. Weltkrieg bis heute. Der im AK abgedruckte Kasten zum „Zusammenhang von Frauenwiderstand, staatlicher Politik und bürgerlicher Frauenbewegung im Faschismus" ist S.99 der Broschüre entnommen.

Die gesamte Wiener Broschüre wurde bereits in AK 235, S.24 unter einem anderen Blickwinkel vorgestellt („Antimilitaristischer Widerstand in Österreich") und ausdrücklich zur Lektüre empfohlen.

H., Tü.

Berichtigungen

1) In der Überschrift des Artikels über

Berichtigungen

1) In der Überschrift des Artikels über die Kampfhubschrauber-Affäre der GRÜNEN (AK 238, S. 20 - 21) fehlt ein Fragezeichen. Richtig sollte es heissen: *„Ein grünes Ja zum Massenmord?"* Der Verfasser versichert, auf dieses Fragezeichen den allergrößten Wert zu legen.

Im selben Text (S. 20, 4. Spalte, vorletzter Absatz) muß es richtig heissen: *„Man muß kein dogmatischer Gewaltfreier sein, um..."*, statt: „...undogmatischer Gewaltfreier."

2) Beim Nachdruck des Textes von Karl Kraus (AK 238, S. 44) verschwand leider auf den Wegen des Herrn die Jahreszahl, die in der Überschrift mit angegeben werden sollte. Es sei drum nachgetragen, daß dieser Text aus dem Jahre 1921 ist, kaum drei Jahre nach Ende des 1. Weltkriegs.

In der kleinen Einleitung verschwanden auf gleichem Wege einige Worte. Heißen sollte der mißhandelte Satz: *„Der im Rückblick wichtigste Teil seiner Arbeit galt der Polemik gegen den Krieg und dessen journalistische Verherrlichung ... und Vorbereitung"*.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Tel: Redaktion/Verlag: 040/435320, Aboverwaltung: 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abopreis jährlich DM 60.-, halbjährlich DM 33.- (als Förderabo jährlich DM 100.-, halnjährlich DM 50.-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank, BLZ 20080000, Kt. 481068500.
Einzelpreis DM 4.-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

PERSHING II CRUISE MISSILES NEIN! VOLKSBEFRAGUNG - JA!



Fortsetzung von Seite 1

Volksbefragung — Schwerpunkt oder Stiefkind der Friedensbewegung?

In den Reihen der etablierten Parteien, insbesondere der SPD, fand sich nicht ein einziger Unterstützer. Erst als dieses Ergebnis feststand und buchstäblich im letzten Moment (vier Wochen vor der Bundestagssitzung am 21. November, auf der nach den Plänen der Regierung die Stationierung abgesegnet werden soll), ergriffen die GRÜNEN allein die Initiative. Allen Bemühungen um Erweiterung zum Trotz beschränkt sich der parlamentarische Arm der Friedensbewegung im Bundestag auf die Fraktion der GRÜNEN. Eine „parlamentarische Linke" der SPD, die es früher einmal gegeben haben soll, ward nicht gesehen.

Die Bundesregierung reagierte umgehend. Eine Volksbefragung sei „verfassungswidrig". Dregger (Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU) fügte hinzu, den GRÜNEN gehe es weniger um Frieden als vielmehr darum, die parlamentarische Demokratie auszuhebeln. Weniger beachtet und kaum ernstgenommen wurde die Absage, die Willy Brandt schon zuvor — nämlich ausgerechnet auf der Bonner Volksversammlung am 22.10. — der Forderung nach einer Volksbefragung erteilt hatte: *„Wir wissen, wie in einer parlamentarischen Demokratie entschieden wird"* (Rede in Bonn, zit. nach „FR", 24.10.). Dieser scheinbar zusammenhanglos in den Redetext eingefügte Satz ergibt Sinn nur im Kontext der Volksbefragungs-Problematik. Der „große Fortschritt" des „Eintritts der SPD in die Friedensbewegung", symbolisiert durch das Auftreten des Parteivorsitzenden in Bonn, ist somit ein beachtlicher Rückschritt noch hinter die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit. Damals stellte die SPD im Bundestag noch selbst den Antrag auf Volksbefragung gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr (1958).

Zeitgleich mit dem Einbringen der Gesetzesvorlage durch die GRÜNEN erklärte der Bonner KOA auf einer Pressekonferenz, auf der die Ergebnise der Aktionswoche ausgewertet wurden, die Forderung nach Volksbefragung zum Schwerpunkt der Friedensaktivitäten der nächsten Zeit. Die nächste Aktionskonferenz der Friedensbewegung am ersten Novemberwochenende wird sich mit dem Vorschlag befassen, am 21. November in Bonn erneut eine zentrale Massendemonstration durchzuführen. Der Bundestag, der sich an diesem Datum eine Entscheidung anmaßen will, die die Existenz aller Bürger unmittelbar betrifft, und der sich sogar das Recht herausnimmt, bewußt gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit zu entscheiden, soll mit der Forderung nach Volksbefragung konfrontiert werden.

Die Orientierung der Friedensbewegung auf ein Plebiszit ist logisch, der Situation angemessen und müßte jedem politisch denkenden Menschen einleuchten. Symbolische Blockaden, Fasten, Schweigen, Singen, Marschieren oder Beten für den Frieden beeindrucken die Herrschenden ebensowenig wie der nahezu geschlossene Aufmarsch der westdeutschen „Prominenz". Die Friedensbewegung hat den Höhepunkt ihrer Mobilisierungsfähigkeit (vorerst) erreicht. Damit dürfte sie auch den Höhepunkt an Sympathie und Zustimmung in der Bevölkerung erreicht haben. **Was also liegt im Moment näher, als die Ernte dieser Mobilisierung ‚einzufahren', die massenhafte Sympathie ‚festzuklopfen' und der in Meinungsumfragen festgestellten Bevölkerungsmehrheit durch ein Plebiszit politischen Ausdruck zu verleihen?**

Auf gar keinen Fall darf es die Bundesregierung zulassen, daß der Verlust der Bevölkerungsmehrheit in einer derart grundlegenden Entscheidung zweifelsfrei s i c h t b a r wird. Sie weiß, daß dann eine politische Krise mit nicht übersehbaren Folgen eintreten würde. Deshalb reagiert sie nicht ohne Geschick: Zum einen wird die Forderung nach Volksbefragung als Forderung einer irrelevanten, systemverändernden Minderheit innerhalb der Friedensbeweung abgetan. Zum anderen wird versucht, die Meinungsumfragen und ihre Ergebnisse umzubiegen, zu verfälschen und zu manipulieren. Denn dies ist ja gerade der Unterschied zwischen Demokratie und Demoskopie, den die naiven Gegner der Volksbefragung mit ihrer Argumentation „Wieso denn - die Mehrheit haben wir doch schon?!" nicht zu erkennen vermögen: Demoskopie ist das klassische Feld für Manipulationen schlechthin.

Die CDU liefert dazu derzeit ein Lehrstück. Sie hat es klugerweise aufgegeben, die in den Meinungsumfragen ermittelte Ablehnungsmehrheit schlicht mit dem Hinweis auf ihr Wahlergebnis vom 6. März zu bestreiten. Stattdessen erklärt ein Biedenkopf (aber auch andere) treuherzig vor den Fernsehkameras: *„Sehen Sie, ich hätte bei so einer Umfrage ja auch Nein gesagt. Wir sind alle gegen die Raketen. Die Sache, um die es geht, ist aber komplizierter"* („Panorama", 25.10.). Wolle man aber das gegebene Wort brechen? Ein unzuverlässiger Bündnispartner sein, aus dem freien Westen ausscheren, vom Osten erpreßt werden usw.usf.? Nicht mehr die Ergebnisse der Umfragen werden bestritten, sondern ihre Aussagekraft. Daß dies einfach ist, liegt in der Natur der Demoskopie, worauf gerade von Linken immer schon hingewiesen worden ist.

Freilich wäre es einfach, die Manöver zu durchkreuzen, indem man die Regierung mit der Forderung nach Volksbefragung zum Offenbarungseid zwingt, wenn nicht die SPD ihr hilfreich zur Seite stünde. Das alles entscheidende A b e r , welches die SPD (-Mehrheit) ihrer momentanen Ablehnung der Raketenstationierung anfügt, liegt nämlich darin begründet, daß sie solange bereit ist, Nein zu sagen, wie ihr Nein politisch ineffektiv bleibt. Letztlich ineffektiv wäre ein Nein der SPD im Bundestag, weil es — selbst wenn die SPD-Fraktion geschlossen abstimmen würde, was unwahrscheinlich ist — an den parlamentarischen Mehrheiten nichts ändert. Effektiv wäre dagegen die Unterstützung der Volksbefragung, weil sie — auch, wenn sie im Parlament scheitert — verdeutlichen würde, daß die Position der Bundesregierung von der Mehrheit der Bevölkerung nicht geteilt wird. Dazu jedoch ist die SPD ebensowenig bereit wie zur Unterstützung von Streiks oder zu Maßnahmen in den von ihr regierten Bundesländern. **Das Nein Willy Brandts ist auf der machtpolitischen Ebene — und n u r d i e ist jetzt interessant! — eine belanglose Worthülse, tatsächlich stiehlt sich Willy Brandt aus der Verantwortung. Er mag den von seiner Partei maßgeblich geprägten NATO-Doppelbeschluß nicht mehr vertreten, aber auch nicht bekämpfen. Das ist alles.**

Wie man sich selbst ein Bein stellt

Wenn die SPD eine Initiative wie die Volksbefragung sabotiert, so bleibt das in der Friedensbewegung selbstredend nicht ohne Wirkungen. Wenn Willy Brandt hustet, legen sich eine Menge Leute mit Erkältung ins Bett. Die verbale Unterstützung, die die Volksbefragung praktisch im gesamten Spektrum der Bewegung gefunden hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kampagne bisher eher stiefmütterlich behandelt worden ist. Während „Spiegel", „stern" oder auch die „FAZ" dem Thema schon vor Monaten erhebliche Aufmerksamkeit widmeten, schleppt sich die Diskussion in den Initiativen zäh dahin. Immer wieder müssen dieselben Skrupel und Bedenken besprochen werden. Hier zeigt sich, wie weit die fein gesponnenen Fäden der Sozialdemokratie organisatorisch, vor allem aber ideologisch in die Friedensbewegung hineinreichen.

Nehmen wir eine Szene am Rande der Neu-Ulmer Volksversammlung vom 22.10. Drei friedensbewegte Leute jüngeren Alters betreten eine Kneipe und setzen sich an einen Tisch, an dem auch ein älterer „Normalbürger" in einer Illustrierten blättert. Sie unterhalten sich über den hinter ihnen liegenden Tag, erschöpft, aber glücklich über das Zustandekommen der Menschenkette. Der Schwabe hört ihnen eine Weile zu und bemerkt dann knapp: **„Jetzt hilft nur noch ein Volksentscheid".** Die drei sind verdutzt. Ja, ..., aber das sei nicht ganz unproblematisch. Ob man denn wirklich die Mehrheit bekäme. Und wenn nicht, dann sei gegen die Raketen überhaupt nichts mehr zu machen. Bei der Volksbefragung könne die Bundestagsmehrheit eine für die Friedensbewegung ungünstige Fragestellung beschließen ... und und ... aber aber ...

Gut erfunden — mag sicher so mancher AK-Leser vielleicht denken. Das Tragikomische ist, daß die Geschichte stimmt. Ebenso wie es stimmt, daß (nach der letzten veröffentlichten Meinungsumfrage, die von einem Institut der Westberliner FU im Bundesgebiet durchgeführt wurde) der Prozentsatz derjenigen, die eine Volksbefragung über die Stationierung befürworten, noch deutlich über der Ablehnung der Raketen liegt: über 78 %! Dabei kommt es hier auf 10 % mehr oder weniger doch überhaupt nicht an. Tatsache ist, daß die Volksbefragung bei der Bevölkerung auf eine enorme spontane Zustimmung stößt — und das praktisch ohne jede vorhergegangene Massenkampagne. Und Tatsache ist ebenso daß sie von den Friedens-Aktivisten in beinahe demselben Ausmaß ignoriert wird. **Dies bedeutet, daß es bisher nahezu vollständig versäumt wird, die Staats-, Parteien- und Parlamentsverdrossenheit der Bürger in positiver Weise für die Friedensbewegung zu nutzen. Man ist auf dem besten Weg, aus Dummheit, Ignoranz oder Sektierertum eine riesige Chance zu verspielen — bei Strafe des eigenen Untergangs.**

Was wir beobachten können, ist eine verhängnisvolle Konstellation der (immer sozialdemokratisch gebliebenen) „Linksintellektuellen" und des sich „autonom" verstehenden Flügels der Friedensbewegung gegen das Plebiszit. Geradezu erschütternd ist das Versagen der Erstgenannten. Zwar gehören Albertz, Gollwitzer, Ditfurt und mit ihnen jede Menge Professoren, Theologen usw. zu den Unterzeichnern des Aufrufs zur Volksbefragung, doch brachte offenbar nicht ein einziger der „prominenten" Sprecher vom 22.10. einen zusammenhängenden Satz dazu über die Lippen. Ihnen scheint es wichtiger zu sein, moralisch „grundanständig" dazustehen, als einen politisch effektiven Schritt zu unternehmen. Sei's drum! Der Vorwurf an dieses Spektrum ist ein anderer, schwerwiegenderer: Sie haben sich nämlich bislang als Gralshüter der Demokratie aufgespielt, verlieren aber zu dieser Auseinandersetzung kein Wort! Auch für diese Personengruppe gilt offenbar: „Neue Männer (Frauen!) braucht das Land". Nein, dies ist keine Abrechnung mit den „Vätern", deren Verdienste nicht bestritten werden sollen, und deren Hilfe nach wie vor dringend benötigt wird.

Erlaubt muß aber doch die Frage sein, wie schnell der Zorn der alten Mäner eigentlich verraucht. War es nicht Grass, der als einer der ersten auf das Widerstandsrecht gegen die „Nachrüstung" pochte? War es nicht Helmut Simon, von dem die Idee der konsultativen Volksbefragung ausging? Doch wo hört man eine Reaktion aus diesen Kreisen, seit der SPD-Vorstand beides verwarf?! Ist man bereit, die eigenen Erkenntnisse zu vergessen, sobald die SPD ein verbales, politisch absolut folgenloses Nein ankündigt?

Während die „Sprachrohre" der Bewegung sich scheinbar mühelos auf den allerkleinsten Nenner für den Frieden zurückschrauben lassen, arbeiten die Jusos intensiv an der Aufgabe, die Volksbefragung weiter auf Sparflamme zu halten. Auf gar keinen Fall soll es eine Massendemonstration am 21.11. vor dem Bundestag geben. Stattdessen schlagen sie vor, mit D e l e g a t i o n e n in Bonn zu erscheinen, als solle nicht Empörung, sondern Respekt vor dem Bundestag bekundet werden.

In Kreisen der autonomen Friedensgruppen merkt man hingegen gar nicht, wie sehr man drauf und dran ist, der SPD auf den Leim zu gehen. Hier ist die Enttäuschung über die am 22.10. zutage getretene Unentschiedenheit und „Flauheit", über die mangelnde Beteiligung an den Blockaden so groß, daß nun Torschlußpanik angesagt ist. Motto: die nächste Blockade muß doch einfach hinhauen.

In der verhängnisvollen Konstellation zwischen linken Sozialdemokraten und panischen Mystikern der Gewaltfreien Aktion läuft die Volksbefragung auch im übrigen Spektrum Gefahr, über das Stadium eines zarten Pflänzchens nicht hinauszukommen. Das KOFAZ bedauert im Grunde, daß eine Entscheidung im Bundestag ansteht, und möchte aus der Volksbefragung am liebsten eine jahrelange Unterschriften-Sammlung machen. Eine Promille-Partei ist über die vier Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell so entzückt, daß man sich dort — Stationierung hin, Stationierung her — eigentlich nichts Schöneres vorstellen kann, als just so weiterzumachen. Die GRÜNEN selber, kaum daß sie die Gesetzesvorlage einbringen, betonen wie zur Entschuldigung, daß es jetzt hauptsächlich auf „gewaltfreien Widerstand und zivilen Ungehorsam" ankomme und eilen polit-touristisch zur mediengerechten Blockade nach Frankfurt-Hausen, um sich mit gerade 70 Leuten die eigene „Entschiedenheit" unter Beweis zu stellen. Diese Art des Schwachsinns ist von klügeren Köpfen schon einmal als „Amerikanisierung des Protests" treffend beschrieben worden.

Wie gesagt: Die Volksbefragung wird vom gesamten Spektrum der Friedensbewegung unterstützt, und ist vom KOA gar zum Schwerpunkt der nächsten Zeit ausgerufen worden. Das ist gut, das ist sogar prima. Wenn sich aber an der bisherigen p r a k t i s c h e n Handhabung der Geschichte nichts ändert, dann ist dies alles in den Wind geschissen.

Wir wären nicht so intolerant und nicht so streitsüchtig, wenn diese Situation nicht so sonnenklar wäre. Der Zeitpunkt, die Volksbefragung aufs Pferd zu heben, ist ja schon fast vorbei. Ein letzter Versuch kann trotzdem nicht schaden.

de/Frankfurt

Das aktuelle Friedensstudio

Moderation: Friedrich Nowotny

„Wir wollen jetzt die einzelnen Kundgebungen rufen:
... Was ist gleich, was auch anders in Bonn?(1)
... Die Friedlichkeit. Das darf gelobt werden... und jetzt zum Hofgarten in Bonn:(2)
...Zuerst ein paar Impressionen ... überhaupt ist vieles symbolisch hier
... mein Kollege Sven Kunze hat die Reden beoachtet, er gibt eine erste Zusammenfassung (3)
... friedlich war es bis jetzt, friedlich wird es auch bleiben, ...
... dies alles ist auch eine Demonstration für die Rechtsstaatlichkeit unserer Bundesrepublik Deutschland ... (4)
... ja ich steig' hier aus ... (5)
... die meisten Kriege ... entstanden aus Unkenntnis der Risikos. Und das ist unsere Aufgabe ... (6)
... Gewaltfreiheit war längst kein Reiz wort mehr, Gewaltfreiheit war selbstverständlich ..." (7)

Gehört in dieser Reihenfolge in „Aktuelle Berichte", 16.00 Uhr, 22.10.83, ARD

Anmerkungen:
1) Zitat Nowotny
2) Zitat Ernst Dieter Lueg
3) Zitat Bonner Reporter
4) Zitat Lueg
5) Zitat Berliner Reporter, der aus der Live Übertragung einer besonders bissigen Rede auf der berliner Kundgebung aussteigen will.
6) Franz-Josef Chef der Bayern
7) Lueg oder Nowotny

Was mir der Dichter Luis Rosalez in etwa erzählte

Wie einer, der ertrinkt
und, um die Sterbenszeit zu nützen,
methodisch jene Wellen zählt,
die fehlen auf den Tod,
und der, das Hauptwort „Irrtum"
gänzlich auszuschließen,
sie zählt und wieder zählt,
bis hin zur letzten,
zu der, die, etwas größer als ein
Ministrant, der kniet,
ihm dann die Stirn bedeckt,
so habe ich mit wohlerzogener Vorsicht
gelebt
und weiß, daß ich mich keinesfalls
und nie und nirgendwo geirrt habe,
in nichts, in nichts,
nur in dem einen,
dem, worauf's mir ankam.

André Heller
(Auf der Platte „Neue Lieder", 1973)

Kongreß „Ratschlag gegen die ‚schöne, neue Welt'" beschließt:

Kampagne gegen die Einführung der computerlesbaren Personalkarte

Köln, 28. bis 30.10.83

1. Die Personalkarte wird als bürgerfreundliche Maßnahme vorgestellt: Verwaltungsvereinfachung, effektive Verbrechensbekämpfung — Tendenz: weniger Staat, mehr Sicherheit. Ihre Einführung wird auch mit angeblichen EG-Konventionen begründet. Tatsache ist aber: Die computerlesbare Personalkarte bringt für die Bürger und Bürgerinnen nicht weniger, sondern mehr Staat, nicht mehr, sondern weniger Sicherheit, sofern unter Sicherheit die Garantie individueller Freiheit in einem Rechtsstaat gemeint ist. Andere europäische Staaten verzichten daher mit Hinweis auf staatliche Mißbrauchsmöglichkeiten auf die Einführung vergleichbarer Systeme oder haben überhaupt kein vergleichbares Meldesystem, wollen es auch nicht einführen.

2. Die computerlesbare Personalkarte ist der letzte Baustein einer von der Systematik und dem konkreten technischen Stand her bereits weitgehend abgeschlossenen Entwicklung eines um-

ist der letzte Baustein einer von der Systematik und dem konkreten technischen Stand her bereits weitgehend abgeschlossenen Entwicklung eines um-

fassenden staatlichen Informations- und Kontrollsystems, das sich auf Teilsysteme in der kommunalen Verwaltung, den sog. Sicherheitsorganen und auch privaten Systemen stützt. Letzter technischer Schritt, der Voraussetzung zur Einführung der computerlesbaren Personalkarte ist, und mit dem die Vernetzung der bisher geschaffenen isolierten Systeme nunmehr möglich wird, ist die Einführung eines bundeseinheitlich normierten Personen-Datensatzes in Verbindung mit dem Suchsystem der sog. „Allgemeinen Informationsdatei" (AIDA) bzw. vergleichbarer Systeme, die bereits in mehreren Bundesländern praktisch erprobt sind und bundesweit zur Anwendung kommen sollen. Normierter Datensatz in Verbindung mit dem Suchsystem à la AIDA u.ä. ist Schlüssel und Wegweiser zugleich zwischen der maschinengelesenen Information der Personalkarte und den entsprechenden Informationsfundstellen in zentralen wie dezentralen Speichersystemen. Die Anwendung dieses Suchsystems ist universal, d.h. unabhängig von Besonderheiten konkreter Syste-

in zentralen wie dezentralen Speichersystemen. Die Anwendung dieses Suchsystems ist universal, d.h. unabhängig von Besonderheiten konkreter Syste-

me.

3. Der Prozess des systematischen Ausbaus des staatlichen Informationssystems (und seiner privaten Pendants) wurde statt von einschränkender Gesetzgebung im Gegenteil begleitet von gesetzgeberischen Maßnahmen, die seiner unkontrollierten Anwendung Vorschub leisten oder sie sogar direkt erweitern und legitimieren. Es sind dies u.a. die in den letzten Jahren verabschiedeten Gesetzespakete wie
— der „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" und seine jeweiligen Länderfassungen (Erweiterung polizeilicher Kontrollrechte losgelöst vom konkreten Tatverdacht)
— das „Melderechtsrahmengesetz" und seine jeweiligen Länderfassungen (insbesondere die Sonderzugriffsrechte der sog. Sicherheitsorgane),
— das Volkszählungsgesetz,
— das 1984 in Vollzug tretende Personalausweisgesetz,
— geplant: die Neuordnung der Verantwortlichkeit bei Datenübermittlungen im Referentenentwurf für eine Novellierung des BDSG (Stichwort: automatisierte Datenübertragung).
Das BDSG — zumal es durch den Referentenentwurf noch verschlechtert werden soll — setzt dem systematischen Ausbau der staatlichen Informations- und Kontrollinstrumente nichts entgegen.

4. Die Einführung der computerlesbaren Personalkarte ist faktisch — gleich mit welchen juristischen Definitionen die Einführung versehen wird — gleichbedeutend mit einem Verbundsystem von kommunalen und sozialen Verwaltungsträgern und „Sicherheitsorganen" jeglicher Art (ganz zu schweigen von der Koppelung der „Sicherheitsorgane" untereinander u.a. auch Polizei und VS). Die Systematik eröffnet darüberhinaus Möglichkeiten der Zusammenführung auch mit privaten Kontroll- und Überwachungssystemen à la PIS/PAISY und anderen. Entsprechende Verlautbarungen der Bundesregierung und praktische Vorkommnisse belegen, daß das auch so gewollt ist — auch wenn in der Rechtfertigungspropaganda für die computerlesbare Personalkarte so getan wird, als seien derartige Koppelungen nicht gewollt, datenschutzrechtlich sowieso nicht möglich usw. (siehe Sondernutzungsklauseln zum Einsatz der Personalkarte im „Sicherheitsbereich" und für private Benutzer). Damit wären die Bürger und Bürgerinnen einer umfassenden Kontrolle unterworfen, die zu ihrem Nachteil praktiziert werden kann, wann immer das staatlicherseits für nötig befunden wird.

5. Eine — vom BDSG vorgesehene — Kontrollmöglichkeit seitens der Bürger und Bürgerinnen besteht erstens rechtlich nur sehr eingeschränkt, soll im neuen Referantenentwurf zur Novellierung des BDSG sogar noch weiter eingeschränkt werden (Auskunftsverweigerungsrecht der Behörden) und besteht zweitens faktisch nicht, da der Überprüfungsvorgang juristisch und praktisch von den einzelnen evtl. Betroffenen in der Regel nicht leistbar ist, selbst wo sie das Recht hätten. So kommt die propagierte Verwaltungsvereinfachung dem Staat, nicht den Bürgern und Bürgerinnen zugute: Der Staat erhöht seine Kontrolldichte, die Bürger und Bürgerinnen verlieren ihre Kontrollmöglichkeiten. Tatsache ist auch, daß die propagierte effektivere Fahndung vor allem eine massenhafte Erfassung der Einwohner und Einwohnerinnen der BRD bedeutet, angefangen bei der Grenzkontrolle bis hin zu möglichen massenhaften Bewegungsbildern ethnischer, kultureller oder politischer Minderheiten und damit insbesondere die allgemeine Gesinnungskontrolle erhöht.

6. Vom Standpunkt des Datenschutzes aus ist die Einführung der computerlesbaren Personalkarte nicht akzeptabel (wie schon das Gesetz zum neuen Personalausweis durch seinen Inhalt und

aus ist die Einführung der computerlesbaren Personalkarte nicht akzeptabel (wie schon das Gesetz zum neuen Personalausweis durch seinen Inhalt und

mangelhafte Ausführungsbestimmungen grundgesetzwidrig). Die Position der Datenschützer, die Einführung der computerlesbaren Personalkarte zu akzeptieren, sofern einschränkende juristische „flankierende Maßnahmen" versprochen würden, läßt eine Entwicklung zu, die irreversibel ist, und deren nachträgliche juristische Einschränkung nicht möglich ist. Eine solche nachträgliche Einschränkung für möglich zu erklären ist bestenfalls naiv.

7. Gegen die Einführung der computerlesbaren Personalkarte soll eine Kampagne entwickelt werden, deren Schwerpunkte sein müssen:

1. **Eine Öffentlichkeitsarbeit, die über die staatlichen Maßnahmen und Absichten im Sinne der Punkte 1-6 dieses Papiers aufklärt, verbunden mit dem Aufruf zum Widerstand gegen die Personalkarte und die dahinterstehende Entwicklung. Der Widerstand muß auf allen Ebenen mit allen verfügbaren Mitteln geführt werden.**

2. **Aktionsvorschläge:**
— Bundesweit dezentrale Aktionen zum Beginn des Orwell-Jahres 1984: Phantasievolle Aktionen zu allen Fragen der „verdateten Republik", verbunden mit Hinweisen auf die bevorstehende Einführung der Personalkarte (Silvester/Neujahr).
— Einberufung und Organisation eines Kongresses, bzw. Arbeitstreffens Anfang Februar 1984: Abstimmung und Koordinierung der Aktivitäten im Widerstand gegen die „schöne neue Welt" /Personalkarte, sowie Diskussion und Beschluß weiterer Aktionen.
— -Aktion Schlange- im April 1984 · massenhafte Anträge auf Neuausstellung von Personalausweisen (altes Format), weil der alte Ausweis z.B. verloren, gewaschen, zerrissen, bekleckert, gefressen... wurde.
· diese Aktion soll in der Öffentlichkeit die Ablehnung der neuen Personalkarte dokumentieren und zugleich die Vorbereitungen für ihre Einführung stören (u.a. Belastung der Verwaltungsstellen durch „Schlangen" von Antragstellern...). Die Aktion soll enden mit Durchführung einer Orwell-Aktionswoche ab 27.4.83.

Weitere Widerstandsmöglichkeiten müssen aus den Erfahrungen dieser Aktionen entwickelt werden.

★★★

Einstimmig beschlossen vom Kongreß „Vor den Ufern von Babylon / Aufruf zum Ratschlag gegen die „Schöne neue Welt" vom 28.-30.10.1983 in Köln.

★★★★★

29.10.: „Den Haag ergibt sich der Friedensbewegung

Leider bezog sich dieser Ausspruch eines Offiziellen nur auf das völlige Zusammenbrechen des Verkehrs in der niederländischen Hauptstadt.

Mit 550.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen übertraf die Demonstration in Den Haag um satte 150.000 noch die Manifestation in Amsterdam vor zwei Jahren, die damals die größte Veranstaltung gegen die „Nach"rüstung war. Die hauptorientierung der Führung des Interkirchlichen Friedensrates (IKV) „noch größer, noch breiter" (s.a. den Artikel zur niederländischen Friedensbewegung in diesem AK) war also in Erfüllung gegangen. Dennoch schienen die Demonstranten weniger begeistert, war die Stimmung weniger kämpferisch als in Amsterdam vor zwei Jahren.

Im Vorfeld der Demonstration

Im Vorfeld der Demonstration

Die ersten Demonstrationsteilnehmer setzten sich bereits neun Tage vorher in Bewegung: 70 Friedensaktivisten machten sich vom 150 km von Den Haag entfernten Kampen zu Fuß auf den Weg. In allen Ortschaften, durch die sie kamen, schlossen sich ihnen weitere Leute an.

Auch einige Gruppen von Franziskanern und Franziskanerinnen verließen frühzeitig ihre Klöster: Sie radelten von Kloster zu Kloster nach Den Haag. Insgesamt sollen etwa 1.000 Mitglieder ihres Ordens mitdemonstriert haben.

Eine besonders phantasievolle Aktion ließ sich eine Gruppe von Reservisten einfallen: Sie führten eine „Mobilmachungsaktion für den Frieden" durch. Dazu wählten sie eine Schule in Laren, die, wie aus geklauten Geheimpapieren bekannt, tatsächlich als Anlaufstelle bei Mobilmachungsübungen dienen kann. Der Herr Direktor erhielt am Morgen des 25.10., eine Viertelstunde vor Beginn der Aktion, „per Ordonanz" einen gefälschten Brief vom Provinzialen Militär Kommando (PMC). Danach erschien der Major (ein Schauspieler) mit seinen Soldaten. Der Schulleiter stellte ganz stolz sofort „seine" Aula zur Verfügung; es gab Kaffee für die „Soldaten", auch konnte der „Major" eine Rede vor der versammelten Lehrer- und Schülerschaft halten. Der arme Schuldirektor traute seinen Ohren nicht, als er dabei vernehmen mußte, daß es sich nicht um eine militärische Übung, sondern um eine Protestaktion handelte. Als die anwesenden, vorher informierten Journalisten ihm versicherten, er habe richtig gehört, war sein Kommentar: „Aber wie soll ich denn, wenn 'mal eine richtige Übung stattfindet, wissen, daß es nicht wieder ein Gag ist?..."

Die IKV-Spitze äußerte sich negativ über einige antimilitaristische Aktionen, weil sie „kriminalisierend für unsere Organisationen" wirken würden. Aus Protest besetzten daraufhin am 26.10. einige Dutzend Antimilitaristen für kurze Zeit das IKV-Sekretariat in Den Haag. Die Besetzer kritisierten, daß die IKV-Spitze sich systematisch von Blockade-Aktionen oder anderen Aktionen des zivilen Ungehorsams distanziere.

In diversen Städten der Niederlande gab es Vorveranstaltungen, die vor allem von Frauen-, Ausländer- und Schwulengruppen getragen wurden.

Die mehr oder weniger fortschrittlichen und liberalen Medien hatten schon sehr frühzeitig direkt für die Demonstration geworben. Die große sozialdemokratische Rundfunkanstalt VARA brachte am 29. Oktober von 12.00 Uhr bis 17.30 Uhr im Fernsehen eine Lifereportage aus Den Haag und von 8.00 bis 18.00 Uhr Radio-Reportagen. Für einen Mitgliedsbeitrag von 10 Gulden (ca. 9,20 DM) konnte man an einem Stand kleine Radios erhalten, um so auch während der Demo informiert zu sein. Die Demonstration selbst hatte einen ausgesprochen großen Trägerkreis: Nicht nur die gesamte Friedensbewegung, einige politische Parteien (PvdA, D 66), der Gewerkschaftsdachverband FNV riefen zur Manifestation auf, sondern auch die Jugend- und die Frauenorganisation des CDA (entspricht der CDU), das „Christen-Demokratisch Beraad" (eine Gruppe kritischer CDAler), der Vorsitzende des Rats der Kirchen, eine Krankenkasse, verschiedene Ausländeorganisationen, „Dritte-Welt"-Gruppen sowie der Gemeinderat von Rotterdam.

Einige Gemeinden stellten auch Linienbusse zur Fahrt nach Den Haag zur Verfügung (z.B. Amsterdam 20 Stück), außerdem wurden alle in den Niederlanden zur Verfügung stehenden Reisebusse angemietet. Die Bahn stellte (trotz eines „Dienst-nach-Vorschrift-Streiks gegen eine geplante 3,5%ige Lohnkürzung) 120 Sonderzüge zur Verfügung und verkaufte für 25 Gulden Fahrkarten für eine Fahrt von jedem niederländischen Bahnhof nach Den Haag und zurück. Vielfach stan-

den Fahrkarten für eine Fahrt von jedem niederländischen Bahnhof nach Den Haag und zurück. Vielfach stan-

den die Leute dann nicht nur in den Abteilen und Gängen, sondern auch im Gepäckwagen wie die Ölsardinen.

Einmal glücklich angekommen, folgte man einer Demonstrationsroute von 12 Kilometern Länge durch die triste Regierungsstadt Den Haag, durch zum Teil abgelegene Straßen und an Bürohäusern und Verwaltungskomplexen vorbei, alles nicht gerade geeignet, den richtigen „drive" aufkommen zu lassen. Die Route führte von einem der beiden großen Kundgebungsplätze zum jeweils anderen. Dazwischen gab es zwölf kleinere Podien mit einer großen Zahl von Rednern und Musikgruppen. An der gesamten Strecke standen verschiedentlich die interessantesten Musikgruppen, auch war eigens ein Friedenslied für diesen Tag komponiert worden. Viele Demonstranten waren sehr phantasievoll zurechtgemacht, jedoch war die Stimmung nicht so sehr mitreißend. Es wurden, abgesehen von dem recht munteren Soldatenblock, kaum Parolen gerufen, nur ab und an rhythmisch geklatscht ... Die Transparenttexte waren sehr vielfältig, sie reichten von „Freiheit für Europa! Yankee go home!" über „Wollt Ihr die totale Stationierung?" oder ein einfaches „Nee!" hin zu „Keine SS 20 und keine Pershing II". Recht kreativ reagierten einige Demonstranten auf die den ganzen Tag über der Stadt kreisenden Flugzeuge der rechtsradikalen OSL (Legion alter Kämpfer), die so sinnige Transparente schleppten wie: „Die NATO beschützt euch!" und „Lieber eine Rakete im Garten, als einen Russen in der Küche". (Was haben die bloß gegen Borschtsch und Boeuf Stroganoff?) Die Antwort „unten" lautete: „Lieber Russen im Bett als eine Rakete".

Die Demonstration führte an der US-Borschaft vorbei, die Halbmast geflaggt hatte. Das hing wahrscheinlich weniger mit der Friedensdemonstration zusammen und schon gar nicht mit den Opfern auf Grenada, als vielmehr mit ihren eigenen Toten im Libanon. Für die Presse war kein Botschaftsangehöriger zu sprechen, dafür wurde um so fleißiger von der Botschaft aus die Demonstration gefilmt.

Starredner der einen großen Kundgebung war der sozialdemokratische Spitzenpolitiker Joop den Uyl. Dabei hatte er sich noch unlängst den Namen „Joop Atoom" eingehandelt, da er einen Beschluß des Parteikongresses zur Entfernung aller Atomwaffen aus den Niederlanden mit der Erpressung beantworte, dann würde er nicht mehr als Kandidat im Wahlkampf zur Verfügung stehen. Nun ja, was uns der Willy, das ist in unserem Nachbarlande halt der Joop.

An einer Manifestation von über einer halben Million Menschen konnte natürlich auch der Premierminister Lubbers von der Regierungspartei CDA nicht vorbeigehen; er zeigte sich „beeindruckt": Die Regierung werde bei ihrer Entscheidung die Meinung des Volkes einbeziehen, entscheidend sei aber die Meinung des Parlaments...

D., NL-Kommission



Foto oben: Volksversammlung auf dem Hamburger Rathausmarkt; Foto: argus
Foto unten: Blockade an der Führungsakademie und bei Rothfoss; Foto: boots







Bremerhaven: Erfolg und Chaos zugleich!

Auf den verschiedenen Aktionskonferenzen zur Vorbereitung der Herbstaktionswochen hatten die linken Kräfte gefordert, daß in diesem Herbst Widerstand und Aktionen an Militärstandorten im Vordergrund stehen müßten. Die Bremerhaven-Aktion zum Auftakt der Aktionswoche war dann das, was vom Konzept dieser Kräfte im Rahmen zentraler Aktionen übrig geblieben war und selbst dieses Ergebnis kam bekanntlich erst nach zähen Auseinandersetzungen und verschiedenen Spaltungsdrohungen zustande. Nach der Aktion, einer dreitägigen Blockade mit ca. 5.000 Menschen und der Demonstration mit über 30.000 Teilnehmern, bewertete der verantwortliche Unterweserausschuß die Sache rundherum als Erfolg. Tatsächlich hat diese Aktion erhebliche Erfolge zu verzeichnen, aber auch die Grenzen und Schwierigkeiten linker Kräfte aufgezeigt, was wir näher beleuchten wollen.

— Daß Bremerhaven/Nordenham tatsächlich zentrale militärische Bedeutung hat, dürfte nach dieser Aktion weithin bekannt sein, auch wenn Bremerhavens Oberbürgermeister Lenz dreist behauptete, Bremerhaven sei überhaupt kein US-Truppenstandort und in der Carl-Schurz-Kaserne würde nur der Versorgungsumschlag für Frauen und Kinder von US-Truppenangehörigen organisiert.

— Die Aktion wurde vom gesamten Friedensbündnis getragen und verteidigt, auch wenn es im Bündnis nervtötende Auseinandersetzungen um jeden Millimeter zu verzeichnen gab. Der DGB rief ,,natürlich'' nicht zu dieser Aktion auf. In Bremerhaven gab es eine ausdrückliche Distanzierung des DGB; die ÖTV setzte trotz der Proteste zahlreicher Gewerkschaftsmitglieder parallel eine Gewerkschaftsversammlung dazu an. Während SPD-Vogel vor der Aktion vor Behinderung und Gewalt ausdrücklich warnte, blieben Jusos und andere sozialdemokratische Kräfte im Bündnis (ebenso wie das KoFAZ), einige SPDler waren gleich mit überdimensionalen Fahnen (aber wenigen Trägern) angerückt.

— Kein solches Bündnis der Friedensbewegung möchte heute auf Gewaltfreiheitsbeteuerungen verzichten (unabhängig davon, wie es nachher aussieht). Auch die Bremerhaven-Aktion wurde dann gern von den entsprechenden Kräften als ,,gewaltfreie Aktion'' verkauft, obwohl der Beschluß im Aktionsrahmen sich stark an ,,alte'' Formulierungen aus der Anti-AKW-Bewegung anlehnte, wo es hieß: ,,*Umzingelung und Blockaden wollen wir mit friedlichen Mitteln erreichen. Wir erklären, daß von uns keine Gewalt ausgehen wird. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, sondern unseren Widerstand gegen die ,,Nach''-Rüstung politisch zum Ausdruck bringen.*'' Enger, auf passive Gewaltfreiheit war der Rahmen dann innerhalb der Blockade durchgesetzt worden. Einen Tabukatalog für die Demonstration gab es aber nicht. Keinesfalls selbtverständlich war es, daß nach der Aktion, wo Scheiben von Sex-Shops und einigen Banken, aber auch von einer Konditorei und einem Tapetenladen zu Bruch gegangen waren, trotzdem kein wildes Distanzierungsgeschrei (auch nicht aus dem Bonner Koordinationsausschuß) einsetzte, obwohl unzweifelhaft die Beulen für das Bush-Auto in Krefeld oder die Steine aus einem von der Polizei eingekesselten und angegriffenen Autonomenzug im Grunde genommen viel plausibler sind, aber dennoch Anlaß für Distanzierungsorgien waren. Es zeigt einmal mehr, daß dies ganz anders aussieht, wenn dies im Rahmen eines großen Bündnisses geschieht (wie etwa auch bei der Hamburger Springerblockade).

— Von der Beteiligung her war diese Aktion die bisher größte dieser Art im Rahmen der Friedensbewegung. Es kennzeichnet allerdings den Stand der Bewegung, wenn die sehr viel breitere Friedensbewegung im Vergleich zur Anti-AKW-Bewegung nur vergleichsweise ,,kleine'' Aktionen an Standorten zustandebringt. Es kennzeichnet auch den Stand der linken Kräfte, die ja immerhin das Ziel propagiert hatten, auf solche Aktionen im Friedensbündnis den Schwerpunkt ihrer Einflußnahme zu legen.

Chaos und Unsicherheit vor Ort

Will man die Probleme der Aktion erläutern, so lohnt noch einmal ein Rückblick auf das propagierte Aktionsziel, wie es auf der letzten Unterweserkonferenz beschlossen und vom gesamten Regionalausschuß bestätigt wurde: So hieß es bereits im Aktionsrahmen:

4. ,,*Wir wollen durch den Hafen demonstrieren. Der Hafen hat für uns zentrale Bedeutung, weil hier die Dinge umgeschlagen werden, gegen die sich unser Protest richtet und eine Umzingelung (gemeint: der Carl-Schurz-Kaserne - Anmerkung AK) ist ohne diese Anmarschroute schwierig zu realisieren...*

8. *Demonstrationsverbote und -einschränkungen werden unseren entschiedenen Widerstand finden*''.

In der Tat herrschte dann bis zur polizeilichen Absperrung der Straßenzufahrten in den Hafen durch die Polizei vor Beginn der dreitägigen Blockade noch hektische Aktivität:

Das gesamte Militärgerät für die NATO-Herbstmanöver mußte noch schleunigst aus dem Hafen gebracht werden. Am Vortage waren auch noch 2 MAN-Pershing-Sattelschlepper im Hafen zu sehen (s. Foto). Die Hafenroute wurde verboten und auch nicht -

Fortsetzung nächste Seite

DKP-Veto gegen Redner aus der Jenaer-Gruppe

Nachdem auf verschiedensten Vorbereitungskonferenzen auch schon Redner für die Bremerhaven-Kundgebung festgelegt worden waren, kam es auf der letzten Unterweserkonferenz (am 2.10.) noch zu einer überraschenden Erweiterung. Mehr oder weniger als Entschädigung für die zahlreichen Nervereien des KoFAZ-Spektrums stimmte eine Mehrheit dafür, die Rednerliste durch einen am Nollendorfplatz in Westberlin Inhaftierten und ein aus der DDR ausgewiesenes Mitglied der Jenaer Gruppe zu erweitern. Das KoFAZ-Spektrum stellte dann die Anforderung an den Unterweser- und Regionalausschuß Nord, diesen Beschluß nicht umzusetzen, sondern auf den alten Beschlüssen zu beharren, andernfalls wurde mit dem Ausstieg oder Teilausstieg aus der Bremerhaven-Aktion gedroht (wobei in dem Drohkatalog nicht angegeben war, wie das im einzelnen aussehen sollte).

Politisch gab es für die linken Kräfte keinen Anlaß, sich von dieser Drohung einschüchtern zu lassen. Während es ja gerade diese Kräfte sind, die z.B. darauf beharren, daß beim Ostermarsch unbedingt ein Senator Grolle (SPD Hamburg) reden muß, der dann medienwirksam mit Phantasiebehauptungen z.B. über die Atombewaffnung der DDR herziehen darf, soll andererseits ein Sprecher der Jenaer Gruppe, die einen viel radikaleren Standpunkt gegen die ,,Nachrüstung'' vertritt, die Aktion in den Medien in ein ,,schiefes Licht'' bringen. Das KoFAZ-Spektrum hätte sich auch in der Medien-Öffentlichkeit etwas jämmerlich ausgemacht, wenn es mit dieser Begründung aus einer ansonsten als etwas ,,gewalttätig'' verdächtigen Aktion ausgestiegen wäre. Es gab ebenso keinen Grund, nicht ausdrücklich mit dem vorgeschlagenen Redner aus Westberlin zu demonstrieren, daß die Solidarität nicht dort endet, wo die Aktionsformen nicht mehr geteilt werden.

Andererseits hätte die Durchführung der Ausstiegsdrohung — wenige Tage vor der Demo — unabsehbare Folgen für die Organisation gehabt. Zwar haben vor allem die linkeren Teile in Bremerhaven die Vorbereitung getragen, aber keineswegs allein; in den Ausschüssen selbst hatte das KoFAZ-Spektrum überall klare Mehrheiten. Es wäre also unklar gewesen, wer rein praktisch die dann konträren Beschlüsse hätte durchführen können.

Angesichts dieser Situation wurde dann in den Ausschüssen dieser Erpressung nachgegeben. Die Linken verlangten allerdings, daß beide Beschlußanliegen der Unterweserkonferenz zumindest ,,aufgenommen'' werden müßten. Das KoFAZ-Spektrum stimmte dann zu, einen DDR-Kirchenvertreter reden zu lassen (der dann, wie befürchtet worden war, so schnell aber nicht mehr zur Verfügung stand) und daß ein Beitrag zur Solidarität mit den Opfern von Polizei und Justiz gehalten werden könne (ohne Ausgrenzungen). Letzterer ist dann auch gehalten worden.

Der vorgeschlagene Redner aus der Jenaer Gruppe war dann auch bei der Kundgebung zugegen, verschiedenste Kräfte haben sich verständlicherweise darum bemüht, ihn zu Wort kommen zu lassen.

In Hamburg durften dann Musizierende aus der Jenaer Gruppe zwar nicht auf der Abschlußkundgebung, aber immerhin zum Auftakt spielen. Das KoFAZ-Spektrum hatte diese Regelung toleriert, obwohl die Eimsbüttler aus diesem Spektrum sich strikt weigerten, dies auf ,,ihrem'' Zug zuzulassen.

Man kann hier nur noch einmal mehr dem KoFAZ-Spektrum prophezeien, daß sie zukünftig noch häufiger in dieser Frage überstimmt werden dürften. Für die Ablehnung solcher Sprecher aus der DDR gibt es gar keinen plausiblen Grund, sondern nur den Versuch einer Blockade-Politik zugunsten der DKP.

Natürlich wäre es einseitig, in solche internationale Solidarität nur die sog. unabhängige Friedensbewegung aus den Ostblockstaaten einzubeziehen, da diese Länder ja insgesamt von der NATO-Kriegspolitik bedroht sind und sie zudem nicht das erste Mal Opfer einer solchen Kriegspolitik wären. Für eine Ausgrenzung solcher Redner spricht andererseits gar nichts. Gerade ohne den Druck der unmittelbaren Aktionsvorbereitung in Bremerhaven ist nach dem unglücklichen Verlauf mit diesen Beschlüssen eine Nachbetrachtung für künftige Aktionen um so notwendiger.

Herbstaktionen

Fortsetzung von vorheriger Seite

ebensowenig wie die geplante Kasernen-Umzingelung - durch die Demonstranten realisiert. Es heißt dann weiter im Beschluß der Unterweserkonferenz:

,,Um 12 Uhr setzen sich beide Züge (vom Auftakt-Kundgebungsort vor der Stadthalle - Anm.AK) *in Bewegung, wobei die Aufteilung so geregelt wird, daß beide Züge gleich stark sind.*

...Stoßen die Züge auf Polizeisperren, so wird zunächst geprüft, ob auf dem Wege der Verhandlung diese aufgehoben werden können. Ist das nicht der Fall, muß je nach vorliegenden Bedingungen entschieden werden, ob eine Umgehung der Sperre oder eine Blockade der Stelle von Seiten der Demonstranten innerhalb des Aktionsrahmens angemessen ist. An diesen Stellen werden Kundgebungen mit politisch-kulturellem Inhalt organisiert.

Sollte die geplante Umzingelung der Kaserne dadurch verunmöglicht werden, daß die Polizei die Zugänge zum Hafen versperrt und können diese Sperren nicht ...unwirksam gemacht werden, so werden die Aktionen der Polizei zu einer Blockade des gesamten Hafens führen.

Die Aktion gilt als abgeschlossen, wenn die Umzingelung der Kaserne erfolgt und die Totalblockade über einen längeren Zeitraum erreicht worden ist. Der Rückmarsch erfolgt spätestens ab 17 Uhr über die Wurster Straße zur Stadthalle'' (aus dem Aktionskonzept).

Die zwei Tage früher beginnende Blockade sollte die Tore der Kaserne blockieren, was aber durch die Hafenabsperrungen bzw. die der Wurster Straße, die nördlich an der Kaserne vorbei in den Vorort Weddewarden führt, verunmöglicht wurde. Als dann mit zwei Unterbrechungen die Polizeisperren blockiert wurden, wurde dies etwas überzogen als Hafenblockade und als spezieller Erfolg der Form der gewaltfreien Sitzblockade interpretiert. Es soll auch dazu eine konkrete Nachbetrachtung, auch zu den vereinbarten und als spezieller Erfolg der Form der gewaltfreien Sitzblockade interpretiert. Es soll auch dazu eine konkrete Nachbetrachtung, auch zu den vereinbarten Selbstbeschränkungen gemacht werden.

Bei der Demonstration selbst gelangten dann der 2000 Menschen starke Zug aus Weddewarden und der ca. 10.000 Demonstranten starke Zug über die Wurster Straße zügig vor das Kasernengelände. Organisierte Anstalten zur Kasernenumzingelung - wie vorher beschlossen - wurden allerdings gar nicht unternommen. So verwundert es dann wenig, daß es dann mit tatkräftiger Desorganisation und Desinformation durch Juso- und KoFAZ-Kräften nach einer reinen Kasernenbeobachtung zum frühzeitigen Abmarsch (2 Stunden vor dem vereinbarten Zeitpunkt) kam, bevor überhaupt die Spitze des 3. Zuges, der den gesperrten Hafen umgangen hatte, am Kasernengelänge eingetroffen war. Dieser 3. Zug, der zu Beginn weitaus der stärkste war und in dem sich auch die meisten linken Kräfte gesammelt hatten, war allerdings bereits auf dem Anmarsch (nach der Polizeisperre im Hafen) auseinandergefallen. An allen Ecken waren Kartenleser und kleine Generalstäbe zu beobachten. Es war ganz offensichtlich vollkommene Uneinigkeit über das Ziel vorhanden, denn selbst in der wildfremdesten Stadt könnte eine kleine Straße schneller auf dem Plan gefunden werden als durch diesen Demonstrationszug das riesige Kasernengelände. Nur Teile dieses Zuges sind überhaupt bis zum Kasernengelände gelangt, wo ihnen ein starker Demonstrationszug bereits entgegenrollte, was dann auch schnell die letzten entmutigte und zur Umkehr bewegte - bis auf ein kleineres Häufchen vor allem autonomer Kräfte, die dann doch noch fast in die überalll in Bremerhaven von ihnen befürchtete ,,Falle'' getappt wären. Natürlich stand auch die Frage nach dem KB mit im Mittelpunkt. Aus vergangenen Tagen ist Demonstrant es gewöhnt, daß es dort, wo der KB mitorganisiert, vielleicht Unzufriedenheit über dessen Konzept und Kritik wegen dessen allzugroßer Organisationskraft, aber nicht solch Chaos zu erwarten wäre. Der KB hat zwar kräftig mitgearbeitet, aber die hier notwendig gewesene Organisationskraft besitzen wir ja heute nicht mehr, selbst wenn das auch KB'ler/innen immer noch erhoffen. Also auch ein Wort zum KB ist dabei vonnöten.

Beginnen muß man aber mit dem Polizeikonzept, um überhaupt die Situation zu verstehen.

Das Polizeivorgehen - die Angst um den Hafen

5000 Mann BGS und Polizei aus Bremen/Bremerhaven, Hamburg und Schleswig-Holstein waren schon während der Blockade präsent, die Hafenstraßen waren gesperrt und der Ortsteil Weddewarden verkehrsmäßig abgeschnitten. An zwei Brücken über einen Bach (Aue) und über den breiteren Grauwallkanal wurde die Straße nördlich am Kasernengelände vorbei abgesperrt, die Kaserne war im nördlichen Teil außerhalb des Hafens zusätzlich durch einen Natodrahtzaun abgesichert. Am Sonnabend kamen weitere 1000 Mann Polizei hinzu, aus Nordenham standen von der dortigen Blockade weitere 1000 als Reserve zur Verfügung. Im Hafen und auf Baustellen 1000 Mann Polizei hinzu, aus Nordenham standen von der dortigen Blockade weitere 1000 als Reserve zur Verfügung. Im Hafen und auf Baustellen rundherum wurde nicht nur militärisches, sondern auch alles mögliche andere Gerät weggeräumt. Warum wurde trotz der angekündigten Sitzblockade ausschließlich vor der Kaserne diese Absperrung vorgenommen? Die Polizei hat den Grund ganz eindeutig angegeben. Von den beteiligten Autonomen wurden schon im Rahmen der Blockade ,,Gewalttätigkeiten'' befürchtet und das in dem,,sensiblen'' Hafen. Im Gegensatz zu der hartnäckig von den autonomen Kräften befürchteten Hafenfalle, befürchtete die Polizei ihrerseits für den Hafen Schlimmstes. Der Hafen war in der Tat ein ganz schlechtes Gelände für einen Großeinsatz und Überfall der Polizei, wenn sie befürchten mußte, die Demonstranten könnten die lagernden Güter nicht unangetastet lassen bzw. für ihren Schutz verwenden. Daß dieser ,,Schutz'' für die Polizei (im Gegensatz zur Unversehrtheit der Demonstranten) mit oberstes Gebot ist, wird jedem, der solche Einsätze kennt, einfach einleuchten. Um es noch konkreter zu machen: Neben der von vielen befürchteten ,,Falle'' auf der Wiese vor der Kaserne, auf die der KB die Demonstration hätte führen können (so die Befürchtung), lag nicht nur der Erzhafen, sondern standen tausende von Autos frei im Gelände herum (abgesehen von einem Zäunchen drumherum), kaum ein Gelände, wo die Polizei es ohne weiteres riskieren kann, Demonstranten auseinander - oder gar hineinzutreiben. Deshalb waren wir vom KB auch der Meinung (als der Vorschlag Hafendemonstration in Bremerhaven gemacht wurde), daß eine Umgehung in den Hafen hätte versucht werden können (ohne die Möglichkeiten hier im Detail erläutern zu wollen), den gemeinsamen Willen, eine geschlossene Organisation natürlich vorausgesetzt, sofern die Polizei dann vor der Alternative gestanden hätte, den Zug (der sich geschlossen hält) nur mit der Gefahr für den Hafen angreifen zu können. Das heißt, im Kern war die Absperrung des Hafens deshalb erfolgt, weil es für die Polizei das ungünstigste Schlachtgelände war. Während die Abzäunung des Hafens (bis auf die Schienenstänge) andererseits tatsächlich Probleme für die Demonstranten dargestellt hätten.

Diese Möglichkeit der Umgehung der Hafensperren ist zwar im Aktioinsrahmen vereinbart, aber innerhalb des linken Lagers (außerhalb des KB) niemals ernsthaft erwogen worden. Mit der Hafenstraßensperrung und der Doppelblockade durch die Polizei und die Blockierer war die Funktion des Hafens zwar erheblich beeinträchtigt, aber keinesfalls blockiert. Die Hafenarbeiter wurden per Schiff in den Hafen gebracht, der Transport auf die Schiene und Binnenschiffahrt umgelenkt. Der Stau weniger Containerlastwagen, denen die Polizei am ersten Tag den Weg durch die Blockade bahnte (einmal in Weddewarden, einmal am Roten Sand),war nicht einfach nur ein Blockadeerfolg, sondern es handelte sich um die Containerlastwagen, die bei der Umplanung ,,vergessen'' worden waren. Es hat zwar auch ein Schiff beigedreht, aber ansonsten ging der Hafenbetrieb ungestört weiter. Die Lagerhausgesellschaft gibt ihren Schaden inzwischen mit einer 6-stelligen Summe an, ohne allerdings die Ausfallzeiten der Kollegen (täglich 2 Stunden) einzu- gerhausgesellschaft gibt ihren Schaden inzwischen mit einer 6-stelligen Summe an, ohne allerdings die Ausfallzeiten der Kollegen (täglich 2 Stunden) einzu- rechnen, um die noch gestritten wird und ohne die Transportumlenkungskosten mit einzuberechnen (s. Nordwestzeitung vom 29.10.83).Die Polizeikosten werden noch einmal mit 2 Millionen Mark beziffert. Auch nach der Aktion rechtfertigten Bremens Politiker und die Lagerhausgesellschaft diesen Aufwand mit den befürchteten Ausschreitungen, die den Hafenbetrieb *,,empfindlich gestört, wenn nicht gar lahmgelegt''* hätten (FAZ 17.10.).

Genauso wie der Hafen galt unter den autonomen Kräften das Demo-Ziel Kaserne bzw. das Wiesengelände darum als ,,gefährliche Falle''. Es gab lange Duskussionen, ob dies im Bündnis ja propagierte und vereinbarte Ziel überhaupt eingehalten werden sollte. Diese Debatte wurde noch während der Demonstration geführt, eine gemeinsame Entscheidung kam nicht zustande, was schließlich zum völligen Zerfall des Hafendemozuges führte. In der Tat könnten die Zufahrtsstraßen von der Kaserne aus in die Stadt sehr leicht durch die Polizei versperrt werden, aber auch hier galt umgekehrt, daß die Polizei bei der Demogenehmigung immer noch die Drohung offenhielt, die Demonstration gar nicht auf dies Wiesengelände zu lassen. Das Wiesengelände selbst ist natürlich für Polizeifahrzeuge ungeeignet, was aber bei einer Abriegelungsmöglichkeit als Schutz wegen der Einkeselungsgefahr keineswegs ausreichen würde. Aber auch hier galt das gleiche Dilemma für die Polizei: Das Gelände war nicht nur nach Norden hin offen, sondern es lag, wie erläutert, in der Nähe von sensiblen Hafenanlagen; im Norden liegen eine Reihe Schuppen, darunter ein US-Schuppen mit Gütern, die ebenfalls unbehelligt hätten gehalten werden müssen, worauf die Polizei ja nach brutalen Einsätzen nicht einfach rechnen kann (auch wenn sie in der Öffentlichkeit von den brutalen ,,Gewalttätern'', die vor nichts zurückschreckten oder gar vom ,,Schutz'' der Demonstration faselt). Denn der Schutz solcher ,,Faustpfänder'' funktioniert dann, wenn solche Drohungen ausschließlich im Sinne des freien Abzugs benutzt würden. Diese Bemerkungen sind auch deshalb notwendig, weil es natürlich keinem Autonomen einleuchten dürfte, daß eben das Bündnis so breit war und das moralische Unrecht auf Seiten der Polizei geblieben wäre.

Als letztes im Polizeikonzept bleibt zu berücksichtigen, daß diese Kräfte ausdrücklich auch für den Einsatz in der Stadt vorgesehen waren, weil auch diese als mögliche Ersatzroute unter autonomen Kräften galt, weil die Stadt erst einmal als ,,sichereres'' Gebiet (vor Polizeiübergriffen — im allgemeinen zu Recht) gilt.



Blockade Weddewarden; Foto: argus

Blockade Weddewarden; Foto: argus



Blockade am Zolltor Roter Sand; Foto boots

Bremerhaven und das Modell Sitzblockade

Fester Bestandteil der Perspektiven-Debatte um die Friedensbewegung sind inzwischen Blockaden um Militäreinrichtungen. Tatsächlich setzte sich der Vorschlag, den 15.10. in Bremerhaven durch 2 weitere Blockadetage zu ergänzen, weitgehend problemlos durch (es gab auch nicht annähernd solches Hin und Her wie etwa um die Blockade der Führungsakademie in Hamburg, bloß weil dort die ganz supergewaltfreie ''Volksversammlung'' angesagt war). Und siehe da, bei der Gestaltung der Aktion bestimmten keineswegs autonome, unabhängige und gewaltfreie Gruppen die Szene, sondern die altbekannten Bremer KoFAZ-Vertreter gingen im Schulterschluß mit Grünen Kräften ,,voran''. Keine Sachblockaden, keine Gegenwehr gegen die Polizei und absolute Gewaltfreiheit kamen in den festgesetzten Tabukatalog. Es wurde dann noch am 2. Tag der etwas putzige Versuch gemacht, diesen Rahmen auch noch der ganzen Demonstration zu bescheren (im Gegensatz zu den getroffenen Beschlüssen).

Richtig ist zweifellos, daß die Blockade dann im Zusammenhang mit der geplanten Demonstration ihre Effektivität und auch Anziehungskraft bekam: jedenfalls war es trotz mehrtägiger Dauer die bislang größte Blockade.

Tatsächlich bewirkte dies Konzept die dreitägige Hafenabsperrung durch die Polizei. ,,*Blockadesieg''* jubelte anschließend die örtliche DKP, die taz tönte:,,*5000 sind nicht zum räumen''*, obwohl den durchgeleiteten Container-Lastwagen gar kein längerer Widerstand entgegengesetzt werden konnte und sollte. ,,*Die Teilnehmer haben gezeigt, daß Proteste gegen die Aufstellung neuer Raketen gewaltfrei und erfolgreich zugleich sein können''*, schrieb die bürgerliche ,,Frankfurter Rundschau''. Nachdem in Weddewarden geräumt worden war und die Blockade eine Nacht unterbrochen werden mußte, schrieb die taz:,,*Ein Erfolg der Blockierer..., das ganze Bürgerkriegsszenario wurde ad absurdum geführt''* (17.10.). Der Erfolg wurde dann daraus hergeleitet, daß es am 2. Tag zu keinen Durchbruchsräumungen durch die Polizei mehr kam. Sicherlich ist diese Blockade eine Werbung für weitere Aktionen ähnlicher Art gewesen (was wir ja von Herzen wünschen). Wir können es aber nicht lassen, darauf hinzuweisen, daß dieser Erfolg nur möglich war, weil von vornherein die staatlichen Kräfte mit den Hafenbetrieben den Transport umdisponiert hatten (auf Binnenschiffe und auf die Schiene), wenn dies auch mit erheblichen Kosten und einer Vorverlegung von Militärtransporten verbunden war. Tatsächlich sind aber auch die 1200 bundesdeutschen Angestellten drei Tage lang weitgehend der Kaserne ferngehalten worden, obwohl es sich eine ganze Anzahl nicht nehmen lassen wollte, in der blockadefreien Nacht zu ihrem Arbeitgeber vorzustoßen, wie inzwischen behauptet wird.

Andererseits wurde auch — in Sorge um den Teilerfolg ? — der Antrag verschiedener Blockierer, die Blockade auf die Schienentransporte in den Hafen auszudehnen, von der Mehrheit abgelehnt. Daß solche Blockaden mit dem unglaublichen Verbrüderungsdrang von Teilen gewaltfreier Anhänger begleitet werden, ist mehr als unschön (s. auch den Bericht). Besonders deutlich wurde das, als Polizisten sich die geschenkten Blumen unter den Schild und in den Mund klemmten, als sie dann anschließend buchstäblich über die Köpfe und Körper dieser Blockierer hinweg marschierten. Wenn manche die Hafenbehinderung jetzt als Erfolg der spezifischen Form der gewaltfreien Sitzblockade mit ausschließlich passiver Gewalt propagieren, so können wir uns auch nicht die ,,Gemeinheit'' verkneifen, darauf hinzuweisen, daß der Behinderungserfolg des Hafens und der Kaserne ohne die

Herbstaktionen

Beteiligung der Autonomen bzw. der angekündigten Demonstration gar nicht zustande gekommen wäre, weil die Polizei (wie beschrieben) Folgen für den Hafen fürchtete.

Mit einer Blockade pur wäre das nicht möglich gewesen und auch nicht durch die Gewaltfreiheit allein (während die Militanz doch so oft als ,,störend'' empfunden wird).

DKP und Jusos

Daß von diesen Kräften, vor allem durch das Bremer Forum vertreten, das Hauptaugenmerk auf einen ,,glatten'' Verlauf in ihrem Sinne gelegt werden würde, war kaum anders zu erwarten. Selbst die Beschlüsse der letzten Unterweserkonferenz für einen Kundgebungs-Sprecher der in Westberlin am Nollendorf-Platz am 10.6. am Tag des Reagan-Besuchs Verhafteten und einem weiteren von der aus der DDR ausgewiesenen Jenaer-Gruppe, war ihnen eine Ausstiegsdrohung wert (s. Kasten). Das Interesse daran, die Gesamtaktion, so wie im Aktionsrahmen gemeinsam und einstimmig festgelegt und beschlossen, durchzuführen, war wenig erkennbar.

Als Symptom kann z.B. die Behandlung ,,Demo-Leitung'' durch die Bremer Forums-Leute gelten. Sie war zwar festgelegt, wurde aber praktisch boykottiert. Ohnehin zu spät konstituiert, versammelten sich dann auf den (wenigen) Sitzungen nicht die beauftragten Vertreter von BIFA, KGB (= Komitee gegen Bombenzüge), Forum und FriKo Cuxhaven, sondern meist glichen diese Sitzungen Anhäufungen von regionalen Spitzenfunktionären nach dem Zufallsprinzip, die dann z.B. noch den Kittner unbedingt als Sänger unterbringen wollten oder sonstige Unsinnigkeiten fabrizierten. Von den drei Forumsvertretern in der Demo-Leitung war der für den Nordzug immerhin einmal da, während der Hafenroute-Vertreter gar nicht gesichtet wurde, der Vertreter für die Kundgebung nahm immerhin an zwei von drei Sitzungen teil. Auf der Demo hatten diese Kräfte dann vor allem den rechtzeitigen ,,Rückzug'' bzw. Abzug vom Geschehen im Kopf. In der Route am Roten Sand war der Juso-Block auf jeweils gebührendem Abstand bedacht, und außerdem scherten dann diese Kräfte (witzigerweise häufig im Einvernehmen mit Autonomenblöcken) aus dem Demozug aus, um etwas längere Umwege zu marschieren, bzw. dann zurückzumarschieren. Während der Zug über die Wurster Straße schon um 14.45 Uhr die Kaserne erreicht, wird dann die ,,Abschlußerklärung'' auf 15.30 Uhr festgesetzt (laut reicht, wird dann die ,,Abschlußerklärung'' auf 15.30 Uhr festgesetzt (laut Aktionsrahmen ,,spätestens 17.00 Uhr''). Ab 15.15 Uhr ziehen die ersten Jusos nach Weddewarden ab. Der Demoanmelder gibt wahrheitswidrig die Auflösung des Zuges vom Roten Sand an der Kaserne bekannt. Als sich Meldungen verdichten, ein ,,Autonomer Block'' vom Roten Sand sei im Anmarsch, wird um 16.15 Uhr die Abschlußerklärung verlesen. Daß die Masse der Demonstranten dort natürlich keine Lust hatte, ohne Information und nur zum Abwarten herumzustehen, ist sicherlich verständlich, ist aber mehr zum ,,rechtzeitigen'' Auflösen gezielt benutzt worden. Allerdings konnte dies auch nur seine Wirkung innerhalb der allgemeinen linken Unorganisiertheit erreichen, jedenfalls hatte die DKP unter ihren Mitgliedern ausdrücklich die Parole nicht von (sonst ja nicht unüblichen) Gegenaktionen, sondern vom rechtzeitigen Absetzen ausgegeben.

Die ,,Falle" für die Autonomen

In den Kreisen der Autonomen gab es die verschiedensten Ängste, wo nun in Bremerhaven für sie die Polizei-,,Falle'' aufgebaut sein würde. In der Woche vor der Aktion druckte die taz ein Papier aus der Autonomen-Diskussion ab, das diese ,,Einschätzungen'' in extremer Weise zum Ausdruck bringt.

Die allgemeinen Phantastereien in der Friedensbewegung über die Polizei haben umgekehrt auch in den Autonomen-Kreisen ganz offensichtlich nicht zu einer realitätsbezogenen Einschätzung beigetragen. In dem erwähnten Papier wird sogar rundheraus vor der Gefahr gewarnt, überhaupt nach Bremerhaven zu gehen. Das wurde tatsächlich in verschiedenen Kreisen erwogen. Es entzieht sich allerdings unserer Kenntnis, ob solche Gruppen auch ausdrücklich zuhause geblieben sind. Daß in einem Bündnis wie in Bremerhaven weniger die allgemeine Distanzierungshysterie vorherrscht und auch die polizeilichen Planungen andere sind als gegenüber einem isoliert auftretenden Autonomenverband, dürfte hoffentlich zumindest nach dieser Aktion wieder deutlich geworden sein.

Weil, wie erwähnt, der Hafen und das freie Gelände um die Kaserne herum größeren Teilen der Autonomen als gefährliche Falle erschien, gab es nur Teile der Autonomen, die zur Kaserne wollten und sich dafür auch vorbereitet hatten. Andere erwogen, obwohl als gemeinsames Aktionsziel neben der weiteren Hafenblockade die Kaserne bzw. der Hafen beschlossen und propagiert worden war, ,,irgendwo'' in die Stadt zurückzumarschieren. Einzelne hatten dabei eine Blockade am Kreiswehrersatzamt im Auge. Da 15.000 Menschen eine solche Blockade nicht hätten durchführen können, sondern dann irgendwo herumgestanden hätten, bestand die Gefahr solcher Überlegungen u.E. darin, daß eine vereinzelte Absonderung von Autonomen-Gruppen aus dem Aktionsrahmen und aus der Demonstration eher genau das heraufbeschworen hätte, was die Autonomen befürchteten.

Vor Ort wirkte sich die ganze Diskussion im Sinne einer Desorientierung aus. Es gab keinen einheitlichen Beschluß vor der Aktion. Immerhin hatte sich am Vorabend eine Autonomenversammlung mehrheitlich für eine Umgehung der Kaserne entschieden und hatte dafür verschiedene ,Städtesprecher' bestimmt. Die Sitzung aber war halb im Chaos in einer Auseinandersetzung um eine Berliner Gruppe untergegangen. Andere, wie die Hannoveraner, wollten einfach beim Roten Sand stehenbleiben und schickten dann schon einen empörten Kurier auf der Demo nach vorne: Wie die Zugspitze dazu käme, zur Kaserne marschieren zu wollen, was wiederum einen längeren Demo-Stop verursachte. In der Demoleitung hatten die Autonomen-Vertreter jede verbindliche Absprache vorher vereitelt. Obwohl es in Autonomen-Kreisen überhaupt keine politische Alternative zu der von uns vorgeschlagenen Umgehung in Richtung Kaserne gab, wurde dann überall auf der Demo selbst über die ,,günstigste'' Route in kleinen ,,Generalstäben'' verhandelt. Als dann in der Rickmersstraße Scheiben klirrten und sich schon dort gewaltfreie Mitmarschierer in hellstem Aufruhr befanden und Absetzbewegungen einleiteten, kam es in der Demo-Spitze zum schnellen Entschluß, nun doch in das Wohn- und Kleingartengebiet, aber auf dem schnellsten Weg in Richtung Kaserne zu marschieren, zumal dieser Weg vollkommen frei von Polizeikräften war. Das hat dann in der Tat erst recht zum Zerfall der Demonstration geführt, einige befürchteten ganz offenbar, jetzt würde der KB sie in die ,,Irre'' leiten. Alle möglichen Gruppen, häufig sogar Autonome und KoFAZ-Gruppen einträchtig beieinander, beschlossen größere Umwege mehr ins Stadtgelände hinein und setzten sich vom Zug ab. Auch an der Zugspitze haben wir uns darauf eingelassen, einen Umweg mit den Autonomen über die Wurster Straße zu gehen, damit der Zug nicht weiter zerfiele. So kam es dann zu der etwas putzigen Szene, daß das vorwegfahrende Polizeifahrzeug erst auf den kürzeren Demonstrationsweg in Richtung Kaserne hinweisen mußte, bevor dieser Weg gegangen werden konnte.

Ganz im Gegensatz zur Befürchtung vieler Gewaltfreier, was die Autonomen in Bremerhaven alles ,,Böses'' anstellen könnten, — ein Grüner Block im vorderen Teil kümmerte sich mehr darum, daß bloß keine vermummten Demonstranten vorneweg gingen und um alles andere mehr als um das Demonstrationsziel — war dieser Teil weitgehend in internen Diskussionen gelähmt. Es ist aber zu befürchten, daß jetzt diese Kreise keineswegs erkennen, daß sie die Bremerhaven-Aktion vorher viel negativer als notwendig eingeschätzt hatten, sondern jetzt Schuldige für den Frust über das Chaos gesucht werden müssen.

Es wäre fast der schlechte ,,Witz'' des Tages geworden, daß ausgerechnet eine Gruppe Autonomer zum Schluß allein als Nachzügler in die über in die überall anderswo befürchtete Falle gelaufen wäre, weil hier die Polizei schon hoffte, einen isolierten ,,Chaoten''-Teil zu fassen zu bekommen (siehe Bericht des Polizeifunkes dazu).

Zum KB

Wenn der KB in einer solchen Aktion mit drinsteckt bzw. sie zentral propagiert, erwarten (oder befürchten) heute viele immer noch, daß der KB auch die Organisation der Sache wie in früheren Zeiten in die Hand nehmen würde. Vor diesen Erwartungen sind interessanterweise nicht einmal die Mitglieder des KB gefeit, die es ja eigentlich besser wissen müßten, welch intensive Vorbereitung des KB und des Bündnisses das tatsächlich erfordern würde. Da bleibt es dann bei dem Anspruch nach Organisation, der ja insbesondere in den KB-Reihen weiter existiert. Der KB ist aber nicht mehr die Organisation, die bei solch überregionalen Aktionen die Kraft hätte, für Organisierung der Gesamtaktion zu sorgen, schon gar nicht allein oder gar gegen den Willen anderer. Tatsächlich haben KBler vor allem in Bremerhaven und solche, die sonst in diesem Bereich mitarbeiten, sich durchaus nicht unmaßgeblich an der Diskussion und Vorplanung beteiligt. Der Vorschlag der Bremerhaven-Aktion war ja selbst aus den Bremerhavener KB-Reihen gekommen (damals noch mit der Planung, daß wir im Verbotsfalle immer noch durch den Hafen gehen könnten, s.o.). Wir können auch im Nachhinein nicht erkennen, daß es sinnvolle Alternativvorschläge zu unseren Vorschlägen gegeben hätte, selbst wenn diese vielen Kräften als zu ,,kühn'' und nicht realisierbar erschienen.

Fortsetzung nächste Seite



Polizeiblockade Weddewarden; Foto: argus

,,Da hätten wir mal aufräumen können"
Polizeifunkprotokoll eines geplanten Überfalls

Als sich noch vor 17 Uhr (d.h. vor angekündigtem Abschluß der Aktion) einige hundert Demonstranten, darunter zahlreiche Vermummte, am Kasernentor versammelten, während das Gros schon abgerückt war bzw. sich im Abmarsch befand, griff die Polizei an: sie forderte per Lausprecher (noch vor Demonstrationsende) zum Abmarsch auf. Einige Knaller, eine verbrannte Ami- und eine NATO-Fahne, einige Farbbeutel und wenige Wurfsachen über die Absperrungen reichten dann zum Angriff; 2 Wasserwerfer spritzten auf den Block und die Wursterstraße, der mit 2 Wagen anwesende Arbeitersamariterbund mußte einen Verletzten im Wasserwerferstrahl versorgen. Der gesamte Zug wurde durch einen weiteren Zug mit 50 Mannschaftswagen und einigen Wasserwerfern aus der Stadt abgeriegelt. Beim Abmarsch dieses Zuges hatte es auch eine Reihe von brutalen Festnahmen, Knüppeleinsätzen und mindestens einen Tränengaseinsatz gegeben. Die Polizei plante ursprünglich allerdings, den ganzen Zug anzugreifen und festzusetzen, wie dies der Abdruck aus dem Polizeifunk (von nur einer von mehreren Frequenzen) belegt. Diese Absicht kannte jeder Demonstrant, Journalisten, die den Zug begleiteten, berichteten, daß gefragte Polizisten schon heiß darauf waren. Schon frühzeitig war der Demonstrationszug auch über die Aussagen des Polizeifunks informiert worden.

PETER 9-01 und 9-02: Hamburger Hundertschaften bzw. Hundertschaftsführer
UTINA 4-50 und 5-4: Eutiner Hundertschaft
NEPTUN 100 und 700: Bremerhavener Einsatzgruppen
ROLAND 1100: Bremer Hundertschaft
FüSt: Führungsstab

17.15 Uhr : Von Peter 9-02 an alle mir nachgeordneten Kräfte : Wir fahren Wurster Straße — alte Sperre. Sonderrechte zugelassen.
Anm.: Die Polizei fuhr dann (rund 50 Wagen) den abrückenden Demonstranten auf der angemeldeten Demo-Route entgegen, ein Blockade-Versuch wurde mit Wasserwerfereinsatz beantwortet.
Peter 9-02 an Utina 5-2: Halten sie sich bitte bereit, falls wir wieder blockiert werden, für ein schnelles Absitzen und Wegfegen.
17.18 Uhr: Unidentifiziert: 9-4 absitzen, Schlagstock frei! Höhe Wurster Straße alte Sperre.
Die alte Sperre befand sich auf einer Brücke über einen Bach unter der Wurster Straße am Ende des Bremerhavener Wohngebietes; hier sollte der Restteil ,,empfangen'' werden.
Peter 9-02: 01 wird blockiert, 1. Hundertschaft absitzen. Freimachen, freimachen!
17.28 Uhr: Berta 32 an 9-02: Das war eben ein harter Kern, den wir passiert haben. Da hätten wir jetzt mal aufräumen können.
9-02 an alle nachgeordneten Kräfte: Eigensicherung beachten!
Peter 9-04 an 9-01: Schlage vor, den Block doch zu Fuß zu begleiten.
9-01: Utina 5-4 folgt dem Zug mit 2 Wasserwerfern (vom Kasernentor aus). Beiderseits mindestens 2 Hundertschaften, es können auch drei sein, wenn sie darüber verfügen.
9-01 an 9-02: Geleiten sie den Zug möglichst über die Geeste rüber und danach, wie von ihnen vorgeschlagen, einsammeln. Da ist relativ freies Gelände.
Die Geeste fließt hinter dem Wilhelm-Kaisen-Platz auf dem freien Gelände zum Autobahnzubringer unter der Straße lang.
9-02 an 9-01: Halte anderen Platz für geeigneter. Können wir uns nicht mal treffen? Stehe am US-Hospital.
9-01 an 9-02: Sprechen sie über Festnahmegrund mal mit Neptun 100 *(der mußte noch festgelegt werden von den Polizeitruppen am Tor).*
9-02 an Roland 1100: Schwerpunkt für sie wird sein der Wilhelm-Kaisen-Platz. Wir wollen nicht, daß die auf den Kaisen-Platz gelangen, sondern *(dran vorbei)* über die Geeste gehen.
9-01 an Neptun 100: Frage nach dem Grund der Ingewahrsamsnahme?
Neptun 100: Dazu können wir keine Angaben machen, wir haben Ingewahrsamsnahme nicht angeordnet.
9-02 an Neptun 700: Der A möchte Verbindung aufnehmen mit FüSt. Wenn EA 100 keinen Grund sieht, dann sehen wir schon lange keinen. Von uns ist der Hinweis auf Festnahme nicht gekommen. Dann werden wir die Zugbegleitung aufheben *(ist nicht geschehen)* und den Zug auf den Kaisenplatz lassen, wo sie offensichtlich mit den Bussen wegfahren wollen.

Neptun 700: Folgendes: Ich hatte mit FüSt abgeklärt, was zu machen ist. Er hatte folgende Alternativen vorgeschlagen: Entweder Begleitung an Ort und Stelle aufheben oder aber, was wahrscheinlicher ist, wenn in dem Block noch Straftäter drin sind, eine Festnahme oder Ingewahrsamsnahme vorzunehmen. Ihr müßt jetzt vor Ort klären, was das für eine Gruppierung ist, ob eine einschließende Begleitung weiter notwendig ist...*(unverständlich),*
9-02: Das sind die Aufgaben, die ich gern habe! *(Versucht im folgenden, Zahl der Demonstranten feststellen zu lassen).*
9-02: Folgender Auftrag für die Kräfte am Wilhelm-Kaisen-Platz: Die Demonstranten sind einzuschließen. Utina 4-50 beginnt. Alle — ich wiederhole — alle sind in Gewahrsam zu nehmen. Transportkapazität wird von Norden herangeführt. Bei Festnahme darauf achten, ob Widerstand geleistet wird, damit wir nachher trennen können. Verstärkung wird herangeführt. Keine Personalienfeststellung, das kommt später.
Neptun 161/162: Wir können etwa 200 Mann transportieren, brauchen aber noch Verstärkung, wir sind nur 60 Mann.
9-02 an Utina 4-50: Ich stelle es mir so vor, daß wir in aller Ruhe und Gelassenheit reingehen, einzeln abkämmen und in die Busse laden, und wenn die Kapazität voll ist, dann geht der Bus ab und sucht sich die entsprechenden JVA.
Neptun 700: Das dürfte auch für euch interessant werden: Polizeiführer nimmt Abstand von Ingewahrsamsnahme, sondern hält es für besser, die Personen geschlossen in ihre Busse zu bringen, die dann begleitet von mobilen Kräften, aus Bremerhaven rausgebracht werden.
Peter 9-1 an 9-01: In unserem Rücken krebst hier noch einiges rum. Das können wir nicht alles selbst beseitigen.
9-02: Das braucht ihr auch nicht. Es gibt ja in Bremerhaven auch noch andere Polizisten als die Hamburger.
9-02 an Utina 4-50: Zurückhalten. Der Gesamteinsatzleiter hat was anderes beschlossen. Bitte um eine Minute Funkstille.
19.21 Uhr: 9-02: FüSt hat Abstand genommen von Ingewahrsamsnahme. Mein Befehl wird aufgehoben. Die Einschließung zur Stadt hin wird aufrechterhalten. Die Stresemannstraße wird geöffnet.
...



Bericht vom Blockadepunkt Weddewarden

An diesem Blockadepunkt demonstrierte der Staat seine Macht und Skrupellosigkeit: Am Donnerstag-Vormittag trampelte ein Trupp Bullen z.T. über die ungeschützten Köpfe von Blockierern hinweg. Anschließend wurden wir geräumt, indem jeweils zwei Bullen einen Blockierer in eine von ihnen abgesperrte Seitenstraße trugen. Als wir uns wieder gesammelt hatten, zogen wir auf Schleichwegen zur Straße zurück und nahmen die Blockade an einer ca. 200 Meter vom alten Platz entfernten Stelle wieder auf. Diesmal trieb uns die Polizei unter Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken die Straße Richtung Dorf (Weddewarden) entlang. Als sie sahen, daß dies keinen Erfolg hatte, griffen sie zu immer härteren Mitteln: Auch von hinten kamen prügelnde Bullen-Horden und schlugen/zerrten uns zur Seite, um eine Gasse für Container-Laster zu bilden (in denen z.B. auch militärische Güter transportiert werden).

Als ein Teil von uns um die Polizeikette herumlief und sich erneut auf die Straße setzte, setzten die Bullen einen modernen Hochdruck-Wasserwerfer ein, der mit seinen 16 atü Wasserdruck schwere Verletzungen hervorrief (z.B. Augenverletzung). Unter den Augen der Presse und der Bewohner wurden wir durchs Dorf getrieben. Deshalb unterbrachen wir die Blockade in der Nacht zum Freitag. Als wir auf dem Rückweg zu unseren Wagen waren, griff die Polizei im Schutz der Dunkelheit noch einmal kräftig zu und füllte einige Busse mit Blockierern, die erst in der Nacht wieder freigelassen wurden.

Am Freitag zeigte sich die Plolizei freundlich und räumte nicht. Ja, dieselben Bullen, die uns gestern noch geprügelt hatten, boten uns heute sogar etwas von ihrer Erbsensuppe an. Worauf sich einige Blockierer leider hinreißen ließen, vor der freudig knipsenden Presse posierend die Suppe anzunehmen. Am Abend klärte sich dieser „Stimmungsumschwung" der Polizi auf. Ein Blockierer war den vor der Blockade umkehrenden Container-Lastern nachgefahren und berichtete, daß die Container auf die Bahn umgeladen wurden und so in den Hafen gelangten. Die Polizei mußte also nicht mehr räumen und konnte stattdessen „Öffentlichkeitsarbeit" treiben. Die Mehrheit des Sprecherrats feierte diesen Umstand als einen Erfolg. Leute, die meinten, daß es notwendig sei, um den Hafen wirklich zu blockieren, auch die Gleise zu besetzen, wurden als Chaoten, Krawallmacher etc. runtergemacht, die ja sowieso nur die Konfrontation mit dem Staat suchen würden. Womit wir bei der Auswertung von Bremerhaven angelangt wären: Natürlich wollen wir die Konfrontation mit dem Staat! Er ist es ja schließlich, der uns die Raketen serviert, der überall in der Welt Kriege führt oder vorbereitet, im eigenen Land die Opposition unterdrückt und die 3.Welt ausbeutet. Und die Polizei übt in diesem Staat nun einmal eine ganz bestimmte Ordnungsfunktion aus. Deshalb ist es auch nicht unser Ziel, jeden Polizisten, der ja „in Wirklichkeit ein Mensch wie du und ich" ist, zu überzeugen. Wie es manch einer meint, der sich seine warme Suppe abholte, nach dem Motto: „Das ist ja 'ne andere Einheit als die, die uns geprügelt haben."

Doch zurück zur Einschätzung der Polizei-Taktik: Bremerhaven hat deutlich gezeigt, daß sich die Härte der Bulleneinsätze **n i c h t** an unserem „gewaltfreien" Verhalten orientiert, sondern an unserer Effektivität, an der **N o t w e n d i g k e i t** einer Räumung.

Am Donnerstag wurden wir geräumt, weil wir die Hafenzufahrt blockierten. Als wir uns zum zweiten Mal auf der Straße niederließen, wurden wir schon brutaler geräumt, weil sich erneut die Lastwagen stauten und wir unsere Entschlossenheit zur Blockade demonstrierten. Als wir uns dann zum dritten Mal vor die Lastwagen setzten, die durch die gerade gebahnte Gasse fahren wolten, setzten die Bullen einen Hochdruck-Wasserwerfer ein. Als sie am Freitag auf die Idee mit der Bahn kamen, haben sie nicht mehr geräumt. Wenn es die Polizei für notwendig hält, die Straße zu räumen, räumt sie mit immer härter werdenden Mitteln. Ist eine Räumung nicht notwendig, läßt uns die Polizei im Sandkasten spielen und von einem großen Erfolg träumen. Diese Einschätzung hat sich auch in Hamburg am Freitag bei der Blockade der Führungsakademie (Füak) der Bundeswehr und am Samstag bei der Springer-Blockade bewiesen. Vor der Füak konnten wir das Pflaster aufreißen („Massengräber"), ohne geräumt zu werden, denn die Schulungsteilnehmer waren bereits zu 4 Uhr bestellt und richteten sich auf ein spätes Herauskommen ein. Bei der Springer-Demo war die Auslieferung der „Bild am Sonntag" gefährdet, also wurde ganz hart geräumt.

Von einem zweiten Faktor hängt die Härte der Bulleneinsätze ab: Als wir geräumt wurden, fragte der betreffende Bulle jeweils, ob man freiwillig aufstehen wolle. Der neben mir stand auf, ihm geschah nix. Ich sagte, daß ich, wenn ich etwas blockiere, nicht freiwillig räume, worauf ich eine Tracht Prügel erhielt. Wer das Recht des Staats auf Räumung anerkennt und seinen Befehlen Folge leistet, wird verschont. Wer aufmuckt, kriegt was in die Fresse!

auf Räumung anerkennt und seinen Befehlen Folge leistet, wird verschont. Wer aufmuckt, kriegt was in die Fresse!

Und auch das ist klar: die „Gewaltfreien" haben in Bremerhaven immer noch nichts gelernt. So werteten sie am Freitagabend im Sprecherrat den räumungsfreien Verlauf des Tages als Erfolg. Die vielen Blockierer hätten eine Räumung unmöglich gemacht. (Diese Argumentation widerlegt sich selbst dadurch, daß zwar in Weddewarden viele Leute waren, an der Wurster Straße — wo aber auch nicht geräumt wurde — dafür umso weniger). Leute, die eine möglichst effektive Blockade erreichen wollten und deshalb die Schienen der Bahn blockieren wollten (was durchaus im Aktionsrahmen drin war), wurden von ihnen heftig ausgepfiffen. Es ist an der Zeit, sein Kleckerlätzchen abzulegen und die Grenzen von gewaltfreien Aktionen zu erkennen. Gewaltfreie Aktionen sind gut, um der eigenen Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen, um das öffentliche Augenmerk auf wichtige Dinge zu lenken. Aber etwas verhindern, oder gar die Gesellschaft verändern, kann man **s o** nicht!

Olaf, SSB

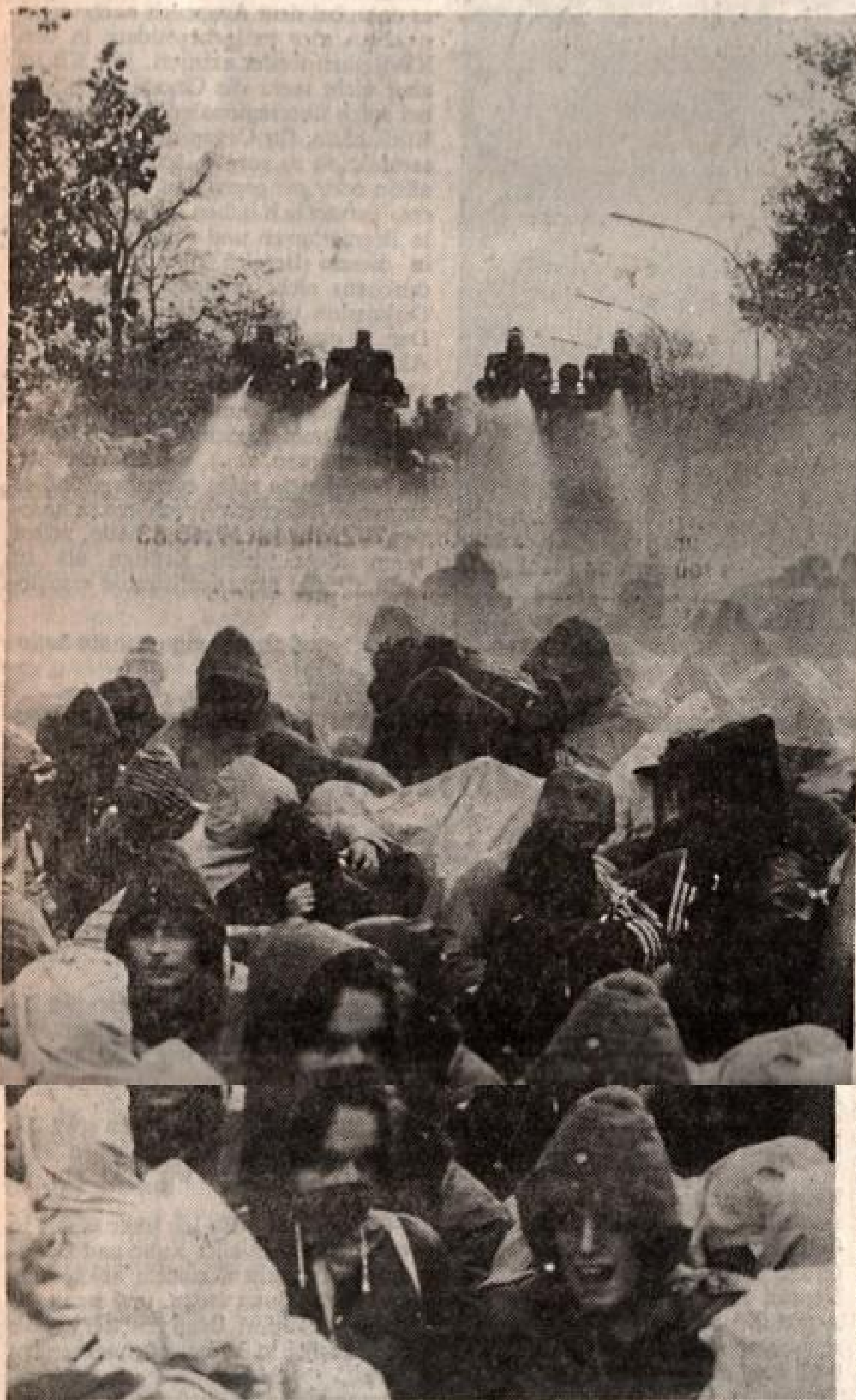


Foto: argus



Bilanz des Polizeieinsatzes in Bremerhaven

Do, 13.10.: 200 Blockierer wurden bereits am Morgen am Roten Sand festgesetzt, dabei wurden auch gezielt „Wortführer" der Blockade herausgegriffen. Es gab körperliche Durchsuchungen und Personalienfeststellungen, allerdings nur etwa bei der Hälfte der Abgegriffenen. Diese wurden dann in die JVA-Nordstraße gebracht. Nach Erschöpfung der Kapazität wurden die meisten vor die Tore der Stadt gefahren und einzeln abgesetzt.

67 Festnahmen gab es bei der Räumung am Abend in Weddewarden. Die Festgenommenen wurden in die JVA gebracht und im Laufe der Nacht freigelassen. Es bleibt unklar, ob noch Verfahren gegen die Blockierer eingeleitet werden. Hieß es anfangs noch Nein, so gibt es inzwischen Überlegungen bei der Staatsanwaltschaft, zumindest diejenigen zu verfolgen, die sich nach der ersten Räumung wieder hingesetzt hatten.

Den Festgenommenen wurden telefonische Kontaktaufnahme mit Anwälten untersagt.

Fr, 14.10.: Im Verlauf des Tages gab es einzelne Festnahmen. In mindestens vier Fällen wurden PKWs von „potentiellen" Demonstranten durchsucht, wobei Teile beschlagnahmt wurden. Ein Fahrzeuginsasse aus Lüchow-Dannenberg mußte sich nach der „Durchsuchung" ambulant im Krankenhaus behandeln lassen; er wurde bis Sonnabend 24 Uhr festgehalten. Der Wagen ist bis heute beschlagnahmt, angeblich sei eine Schleuder und „Werkzeug" im Wagen gefunden worden.

Sa, 15.10.: Es gab ca. 150 Festnahmen oder Ingewahrsamsnahmen (nach §15 BremPolG) — eine Art Vorbeugehaft. Die meisten davon fanden im Umkreis der Demonstration statt, einige aber auch später in der Innenstadt.

Es wurden wiederum durch die Polizei PKWs aufgebrochen und durchsucht. Zahlreiche Autoradios sind „beschlagnahmt" worden, die meisten kann die Polizei nicht mehr „auffinden".

Eine Person wurde festgenommen, weil sie nach dem Grund der Durchsuchung eines Frankfurter VW-Busses gefragt hatte. Es wird vom Übergriff einer offensichtlich angetrunkenen Mannschaftswagenbesatzung aus Bremen auf die Insassen eines weißen VW-Käfers berichtet, wobei auch eine Flüssigkeit verspritzt wurde, die eine Insassin nötigte, den Augenarzt aufzusuchen.

genbesatzung aus Bremen auf die Insassen eines weißen VW-Käfers berichtet, wobei auch eine Flüssig-

Die meisten Festnahmen gab es im Umfeld der „einschließenden Begleitung" des Schlußzuges von Weddewarden. Dabei gab es brutale Übergriffe („Leibesvisitation"), Tritte und Sprüche faschistoider Art: „Lieber keine Gefangenen machen, sondern alle erschlagen" u.ä.m.

Nach bisherigen Ermittlungen wird in 17 Fällen wegen Widerstand und Landfriedensbruch ermittelt.



Foto: „Schmeißfliege"

Foto: „Schmeißfliege"

Polizeifestung Bremerhaven in Stichworten

— Mindestens 6000 Mann im Einsatz (zusätzlich 1000 Beamte in Nordenham, die am Sonnabend als Reserve für die Demonstration zur Verfügung standen).

— Darunter ein starkes Kontingent BGS-Truppen, die den Objektschutz im Hafen und in der Kaserne übernahmen sowie mit Panzerfahrzeugen, sonstigem schweren Gerät und Hubschraubern die Polizeikräfte unterstützten.

— Zur Luftüberwachung wurde neben Hubschraubern mit Videoanlagen und Richtmikrofonen eine DO 27 der Bundeswehr mit übermalten Kenn-Nummern, an den Eisernen Kreuzen aber deutlich zu identifizieren, eingesetzt. Diese Flugzeuge sind mit Geräten zur Luftfotografie ausgerüstet, die auch die Auswertung kleinster Details ermöglichen.

— An den beiden Zolltoren Aufbau stationärer Video-Überwachungsanlagen mit Richtfunkstrecke zur Einsatzzentrale im Polizeihaus (Block 4).

— Einquartierung der Polizeitruppen in zehn Schulen in der gesamten Innenstadt. Die Schulen konnten zu Schulbeginn am Montag, dem 17.10. noch nicht wieder benutzt werden, weil in saumäßigem Zustand. Die Schulkinder bekamen einen Tag schulfrei!

— Sicherung der vier Sperren mit Panzerfahrzeugen und riesigen Mengen NATO-Draht. An der Wurster Straße wurde das Gelände bis zum Kasernenzaun regelrecht mit Stacheldraht zerniert.

— Unter den Wasserwerfern einige neue Hochdruck-Wasserwerfer, die bei der Räumung in Weddewarden und den Auseinandersetzungen am Kasernentor am Sonnabend bevorzugt eingesetzt wurden.

— Verlegeübungen mit Sirene und Blaulicht, Patrouillenfahrten in Hundertschaft-Stärke und dergleichen sollten „Bürgerkriegsatmosphäre" vermitteln, Bürger an massive Polizeipräsenz gewöhnen.

— In Weddewarden wurde die Bevölkerung durch die Sperrung der Wurster Straße nahezu „von der Außenwelt abgeschnitten". Kontrollen und Schikanen (Bauer nicht zum Melken gelassen) erregten den Zorn der Einwohner.

— Zur Frauendemo am Freitag tauchten zivile SEK-Schläger in großer Zahl auf (über 50); sie wurden mit Mannschaftswagen transportiert.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wenn schon nicht die Hafendemonstration, so war unseres Erachtens — ein geschlossenes Vorgehen vorausgesetzt — immer noch eine Kasernenumzingelung möglich. Es hätte eine Umzingelung zwar nicht als „symbolische Menschenkette" geben können, aber unter dem Sammelbegriff vielfältiger Aktionen verstanden wir durchaus die Wegräumung eines Zaunes oder auch die Beschädigung „beteiligter Sachen", wofür die Mittel (bekanntlich?) insgesamt bereitstanden. Daß soweit eine Aktion nicht zustandekam, lag keinesweg lediglich im Bereich der schlechten bis katastrophalen Kommunikation innerhalb der Demo und der verschiedenen Demonstrationszüge, sondern entscheidender scheinen uns Konfusion und Wirren, was das Aktionsziel und das gemeinsame Vorgehen anbelangt. Der Aktionsrahmen und die darin angegebenen Aktionsziele wurden einfach nicht ernst genommen.

Wenn wir in diesem Artikel besonders die Autonomen-Diskussion abgehandelt haben, so hat das einfach damit zu tun, daß solche Aktionsplanungen und -ziele ja nicht einfach mit gewaltfreien und symbolischen Mitteln erreichbar wären. Andererseits muß aber gerade aus unserer Sicht gesagt werden, daß heute der KB und andere Strömungen, die seinerzeit in der Anti-AKW-Bewegung Bedeutung und Organisationskraft einbrachten, heute durch Strömungen im grün-alternativen Spektrum „ersetzt" werden, die sich ja ausdrücklich auf Kosten unserer und anderer Strömungen ausgebreitet haben bzw. ausbreiten wollen. In diesen neuen Strömungen ist ganz offensichtlich die größere Unorganisiertheit nicht nur ein Modewort, sondern sie haben in Bremerhaven einmal mehr bewiesen, daß ihre Organisationsfähigkeit (und das ist nicht einfach technisch, sondern insbesondere politisch gemeint) vergleichsweise lächerlich ist.

Gerade eine stärker kritische Betrachtung der Vorgänge in der Bremerhaven-Aktion, wie wir sie hier angestellt haben, soll weniger die Aktion insgesamt in ein schlechtes Licht rücken, sondern eher als Lehre dienen, was bei gemeinsamen Anstrengungen drin sein könnte, und dafür war diese Aktion in der Tat ein besonderes Lehrstück.

Dokumentation einer Kommandoerklärung

Im folgenden drucken wir eine „Kommandoerklärung", die wir zugeschickt bekommen haben ab. Dabei handelt es sich um die Rechtfertigung einer Aktion einer „Bürgerinitiative Bürger kontrollieren die Demonstratrionsleitung" gegen die Standleitung zwischen dem Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen und der Polizei.

Psycho-Kommödie beim Bonner KOA: „5 Minuten Pause für den Frieden!"

Die Combo war gut drauf. Mit knallenden Sektkorken voran brach das kleine Grüppchen zwei Tage vor den großen Volksversammlungen für den Frieden in das Ladenbüro des Koordinierungsausschusses für die Herbstaktionen ein. „Ihr habt solange gearbeitet, jetzt macht mal fünf Minuten Pause für den Frieden...", schallt es den Angestellten und zufällig anwesenden Friedensfreunden in der Bonner Estermannstrasse entgegen. Das war Balsam für das friedensgestreßte Publikum: „Ahh, Sekt!" — „Ohh, und Negerküsse, was für eine nette Überraschung. Daran hat ja noch niemand gedacht!" — „Wer seid Ihr denn eigentlich?" — „Wir sind eine Abschlußklasse von Beuys aus Düsseldorf und wollen Euch ein Denkmal setzen, aber nun trinkt erst mal Einen!". Hurtig-gierig strebten alle den verführerischen Mitbringseln zu.

Pappnasen, Halbmasken, Augenlarven, falsche Bärte und auch jene KONKRET-Zimmermann-Masken von vorangegangenen Auftritten gaben dem Grüppchen den Habitus einer Laienschauspielertruppe beim Betriebsausflug. Das unfreiwillig mitspielende Publikum war's zufrieden. Da, jene Frau mit den Netzstrümpfen und dem Seifenblasenpüsterich: Wie anmutig sie auf dem Tisch hockt, wie allerliebst ihr Sonnenschirm!

Von diesem verdeckt ging es derweil technisch regelverletzend zu. In wenigen Sekunden waren die zuführenden Leitungen für die Telefonanschlüsse durchtrennt. Die Bezugsgruppe „Tote Leitung" einer „Bürgerinitiative Bürger kontrollieren die Demonstrationsleitung" hatte einen Großteil der „Standleitungen" unterbrochen.

Unterdessen strebte auf der Vorderbühne das Happeninig seinem Höhepunkt zu. „Hier wird jetzt ein kleines Monument enthüllt!", rief eine der Hauptdarstellerinnen in den Raum. Sie zog ein schwarzes Halstuch von einem Pappteller, auf dem sich den neugierigen Blicken ein Bild von schlichter Symbolik bot: ein kleines rotes Plastiktelefon, eine Pappnase und ein Negerkuß, liebevoll drapiert. „Was wollen uns die Schöpfer dieses Stillebens damit wohl sagen?", mögen sich einige der noch immer Ahnungslosen gedacht haben. „Warum ist die Vorstellung schon wieder vorbei? Die eine Pappnase hat hier doch eben noch Abwieglerrausweise gestempelt und nun sind sie alle weg...", sinnierte ein anderer aufmerksam gebliebener Beoachter. „Was steckt denn in dem zurückgelassenen Briefumschlag drin? Lies doch mal vor!"

(Es folgen Auszüge aus einem Kommunique der BI „Bürger kontrollieren die Demonstrationsleitung".)

„Die politische Macht kommt aus den Telefonhörern" (nach einem großen chinesischen Bauerndichter)

Kommunique der Bürgerinitiative „Bürger kontrollieren die Demonstrationsleitung" zum Besuch des Büros des Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen:

Wer nicht hören will ... Augenblick mal Ruhe !

Wer nicht
Einen Augenbli

„Wer den Seitenschneider hat, hat die Macht" (Bezugsgruppe „Tote Leitung")

Wir haben soeben eure Telefonleitungen vorübergehend unbrauchbar gemacht. Schnipp-schnapp war die Leitung tot — eine Aktion, die seit Monaten überfällig war.

Bevor Ihr, Mitarbeiter/innen des KOA-Büros u.a. anwesende Friedensfreunde jetzt gleich in die Luft geht, das Gespenst eines faschistoiden Überfalls an die Wand malt oder zu sonstigen abwegigen Erklärungsversuchen greift, lest diese Erklärung und gönnt Euch in Eurem hektischen Tagewerk für den Frieden einen Augenblick Ruhe.

Grund 1

Gewiß erinnert Ihr Euch noch an jene Titelgeschichte der „taz" („Standleitung für Denunzianten?", 18.August 1983), in der aus dem offiziellen Bonner Polizeibericht zum 10. Juni vergangenen Jahres (NATO-Gipfel) zitiert wurde: *„12.28 Uhr, Demozug-Wild, Bonn, Bonn-City. Nach Mitteilung des Koordinationsbüros haben sich kleine autonome Gruppen aus Bremen und Hamburg von der Thomas-Mann-Straße aus in Richtung Innenstadt abgesetzt. Anweisungen des Koordinierungsbüros, rechtsrheinisch zu gehen, wurden abgelehnt."* (Vollständig in: Bereitschaftspolizei-heute, 5/83, Sonderbeilage).

Der Verdacht, es habe sich bei diesem Polizeiprotokoll nicht um eine gezielte Falschmeldung zu Diskreditierung der damaligen Demonstrationsleitung gehandelt, ist von Euch (respektive dem damaligen KO-Büro, aus dessen Mitte ja auch bei Euch Vertreter mitarbeiten) nie ausgeräumt worden. Ihr habt nicht einmal Stellung bezogen oder Euch im Nachhinein von einer evtl. Denunziation dieser Art distanziert und deshalb müssen wir weiterhin annehmen, daß das Polizeiprotokoll den Tatsachen entspricht.

Von mehreren weiteren Demonstrations- und Blockadevorbereitungen wissen wir mittlerweile, daß von maßgeblichen örtlichen und überregionalen Vertretern der Friedensbewegung bei Anmeldegesprächen mit der Polizei das notwendige Maß an Zurückhaltung nicht gewahrt wurde.

> **LOCCUM DOKUMENTATION**
>
> **Inhalt:**
> - Die Vorgeschichte
> - Stellungnahmen Pro/Contra
> - Ablauf am 23./24.Oktober
> - Pressespiegel danach
> - Der Stuttgarter »Vertrag«
> - Ein kleiner Ausblick
> - viele Photos zum Thema
>
> Die Dokumentation ist 52 Seiten stark im A 4 - Format und kostet 5.-DM. Erstellt wurde sie vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, dem Atom Express und anderen Göttinger Gruppen.
> Ab 10 Stück kostet die Doku nur noch 3.50 DM, ab 100 Stück nur noch 3.-DM.
> Sie ist ab sofort erhältlich bei:
> Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
> Reinhäuser Landstr.24. Postfach 1945
> 34 Göttingen Tel.0551/7700158

Grund 2:

Ein Ergebnis dieser unverantwortlichen Flirts mit den Sachverwaltern der Inneren Sicherheit ist u.a. jene Polizeifalle am 26. Juni d.J. in Krefeld, die von Euch bzw. den örtlichen Friedensvertretern durch umfangreiche Absprachen mit der Polizei über weiträumig getrennt von den „Autonomen und Antiimpis" verlaufende Demonstrationszüge mit ermöglicht wurde. Anschließend habt Ihr den Polizeieinsatz vom Südwall nicht als eiskalt geplante und ausgeführte Polizeifalle verurteilt, sondern seid Eurerseits in den Verdammungschor gegen die (bis zur Massenfestnahme nicht einmal zur Militanz gekommenen) nicht-gewaltfreien Teile der Friedens- bzw. Antikriegsbewegung eingefallen. Auf der Ebene der politischen Kritik steht Euch das zu — wenn aber 138 Menschen festgenommen werden und noch immer sieben von ihnen unter verschärften Haftbedingungen einsitzen, dann ist Solidarität angesagt, zumindest was die Folgen der Repression angeht. Stattdessen hatte beispielsweise Euer munterer Juso und jahrelanger Allesvertreter, Jo Leinen, den flotten Spruch *„Wer A sagt muß auch B sagen"* auf den Lippen, um derart auszudrücken, daß Nicht-Gewaltfreie auch nicht auf die Solidarität der Friedensbewegung zählen können. KOFAZ-Vertreter wiederum gingen soweit zu sagen, daß dann ja in Zukunft jede Aktion anschließend als gegen die Kriegstreiberei gerichtet bezeichnet werden könne, um Solidarität einzuheimsen. Jener unglaubliche Ulrich Frey formulierte nach Krefeld sogar als Vorlage für die „Bonner Runde", daß die Friedensbewegung *„insbesondere den Dienst der Polizei bei Demonstrationen"* anerkenne. Wenn es im BBU-Vorstand nicht jenes Loch gegeben hätte, dann wäre zudem noch Anfang September der „Staatsvertrag" über die polizeilich diktierte Normierung der herbstlichen Protestformen unterzeichnet worden.

„Die Polizei ist nicht der Gegner der Friedensbewegung", lautet einer Eurer Kernsätze. Soweit das die politische Verantwortung für den Raketenbeschluß u.ä. betrifft, habt Ihr recht — aber deshalb muß sie noch lange nicht unser Freund sein. Nichts gegen Gespräche mit der Polizei, soweit es sich um Demonstrationsanmeldungen und öffentliche Dispute handelt, aber Hände weg von Klausurgesprächen à la Stuttgart, Mörfelden oder Loccum!

Die kurzfristigen Besucher/innen Eures Büros sind Mitglieder verschiedener Ermittlungsausschüsse, Sanitätergruppen und Krefeld-Solidaritätsgruppen. Wir haben uns zusammengetan, um **symbolisch aber eindeutig** Euch und andere darauf hinzuweisen, daß es höchste Zeit wird, den gekündigten Dialog innerhalb der Friedensbewegung wieder aufzunehmen: Die Distanzierung von den Krefelder „Ausschreitungen" hat Euch zwar den DGB und die SPD als Unterstützer der herbstlichen Vollversammlungen eingebracht, aber den Preis dafür werdet Ihr u.U. schneller, als Ihr glaubt, selber zahlen müssen. Ihr selbst seid Objekt einer staatlichen Salamitaktik, deren Reihenfolge ausgehend von militanten Protestformen über konsequente Sitzblockaden durch gewaltfreie Bezugsgruppen bis hin zur Friedensbewegung insgesamt reicht. Das Kleine 1 x 1 politischer Grundkenntnisse hätte Euch längst zeigen müssen, daß nach den „Militanten" die „Gewaltfreien Aktionsgruppen" an der Reihe sind, mit Hochdruckwasserwerfern, Hunden, Kampfgasen und Knüppelschlägen von der Straße gefegt zu werden (siehe Bitburg, siehe Bremerhaven-Weddewarden). **Wollt Ihr sie auch aus Eurer Solidarität ausklammern, nur weil die jeweils anschließenden Polizeiberichte die Abläufe natürlich anders darstellen? Muß erst wieder ein Jo Leinen von einer Landesregierung ein Ermittlungsverfahren wie 1981 nach Brokdorf an den Hals bekommen, damit sich Protest regt? Oder müssen erst SPD-Bundestagsabgeordnete in den „Bereich polizeilicher Maßnahmen" geraten, bis Ihr Euch bequemt, nicht nur „für den Frieden aufzustehen", sondern auch mal gegen Polizeikonzepte sowie Kriminalisierungs- und Ausgrenzungstendenzen kritisch den Arsch zu runzeln?**

Ein für alle Mal: Unser Besuch wird Euch in kurzfristige Kommunikationsschwierigkeiten bringen, sei's drum — in Genf sind die Gespräche ja auch in's Stocken geraten — und an der Stationierung der Mittelstreckenraketen wird die kurze Sendepause auch nichts ändern. Diejenigen, die hier den anstehenden Aktionen für morgen und Samstag den letzten Schliff geben wollen oder die Kampagne zur Volksbefragung vorantreiben, also für die o.g. Gründe nicht verantwortlich sind, bitten wir um Nachsicht. Hundertprozentig lupenrein ließ sich diese Aktion nicht durchführen, und ein wenig mußten wir ja auch an unsere unbehelligte Heimfahrt denken. Für Euch und andere soll es aber eine gutgemeinte Warnung sein:

— Die Hände von gewissen Polizeigesprächen und Standleitungen zu lassen, die auf eine Vorab-Ausgrenzung bestimmter Teile der Antikriegsbewegung hinauslaufen, und

— zu jenen Formen der Solidarität zurückzukehren, die zu Zeiten der Anti-AKW-Bewegung u.a. auch Michael Duffke und Markus Mohr und vorher die Angeklagten in den Grohnde-Prozessen mit einbezogen. Um politische Differenzen über das „Wie?" und „Wo ent-

gen. Um politische Differenzen über das „Wie?" und „Wo ent-

lang?" unseres gemeinsamen Kampfes soll gern und laut gestritten werden — aber nicht um den Preis der Entsolidarisierung gegenüber anderen Strömungen. Sonst wird es auch Euch bald das Genick brechen.

(Ab und an lohnt es, Martin Niemöllers Gedicht *„Als sie die Kommunisten holten..."* nachzulesen — falls Ihr nicht begriffen habt, welche „Botschaft" wir „rüberbringen" wollen).

Wir gehen davon aus, mit unserem Überraschungseffekt genügend Zeit zu haben, unbehelligt Euer Büro verlassen zu können. Einzelteile Eurer Telefone könnt Ihr in Kürze im Bonner Polizeipräsidium abholen (für die Symbolisten unter Euch: Ein Ausdruck der auf ihre tatsächliche Länge gekürzten Standleitungen, got it?).

Zum Schluß noch ein paar Anmerkungen zu uns: Wir haben in den letzten Jahren als Mitglieder der o.g. Gruppen und verschiedener BI's an den wechselnden politischen und sozialen Bewegungen teilgenommen — u.a. gegen das AKW-Programm, im Rahmen der Hausbesetzerbewegung, an der NATO-Startbahn-West und gegen die Kriegstreiberei i.d.u.L. Dabei haben wir sehr oft die direkten Folgen der Repression zu sehen und z.T. auch persönlich zu spüren bekommen: inform stetig an Umfang und Schwere zunehmender Verletzungen durch Polizeiwaffen aller Art und inform ungezählter Ermittlungs- und Strafverfahren. Wir verspüren deshalb überhaupt keine Lust, im Rahmen der Friedensbewegung zusätzlich eine Suppe mitauslöffeln zu müssen, die Ihr mit Polizeigesprächen, Standleitungen und Entsolidarisierungen einzubrocken geholfen habt. Mit Polizei und Justiz allein haben wir schon genug zu tun.

Ihr habt lange Zeit die Chance gehabt, über die wiederholt gegen Euch geäußerten Vorwürfe zu diskutieren und einmal getroffene Entscheidungen rückgängig zu machen. Dies ist bisher nicht zu unserer Zufriedenheit geschehen, weder auf den vorbereitenden Sitzungen der „Bonner Runde" bzw. des „KOA zu den Herbstaktionen" noch durch andere Verlautbarungen. Unser Schritt war deshalb überfällig und auch in dieser Form notwendig, um wahrgenommen zu werden: Wer nicht hören will, muß fühlen — zumindest habt Ihr jetzt ein paar Stunden Zeit, die wohltuende Stille zum Nachdenken zu nutzen, vielleicht auf einem kleinen Waldspaziergang, der Euch zu neuen Erkenntnissen und Formulierungen gelangen läßt?!

Loccum Nachlese

Unter großem Gezeter und Wehklagen der veröffentlichten Meinung scheiterte am 23. September der gutgemeinte Versuch eines Bürgerdialogs zwischen Polizei-Spitze und selbsternannten Sprechern der Friedensbewegung. Einem der verhinderten Dialogisten, dem Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft, Schröder, entlockte dieser Vorgang den Ausspruch: **„Ich könnte mir vorstellen, daß es noch Zeiten geben kann, in denen man froh wäre, wenn man noch mit der Polizei sprechen dürfte"** (laut „Frankfurter Allgemeine", 26.9.). Richtig, das können wir uns auch vorstellen. Diesem Staat, seinen Herren und ihrer Polizei, ist schließlich alles zuzutrauen. Daß Herr Schröder das auch so sieht und sogar in Gegenwart der Presse öffentlich äußert, ist allerdings erstaunlich, wenn nicht gar sensationell. Er muß seinen Saustall ja schließlich am besten kennen und dessen Entwicklungsmöglichkeiten am genauesten einschätzen können. Hat er gesicherte Erkenntnisse, auf die sich seine sehr bedrohliche Prognose stützt? Dann immer raus damit auf den Tisch des Hauses, lieber Gewerkschaftskollege Schröder!

Weniger Weitblick als der Polizeifunktionär Schröder zeigt die „Deutsche Volkszeitung", die die *„Bürgerkriegsstrategen"* nicht etwa auf Seiten der Staatsmacht, sondern bei den Loccum-Blockierern sieht. Zum Standort des Blattes: „DKP-nah" ist noch eine freundliche Umschreibung für diese gerade eben neu aufgetakelte Investitionsruine von sauer verdienten Arbeitermärkern aus beiden deutschen Staaten. Ihren Kommentar vom 7.10. zu Loccum geben wir hier wieder. Hätten wir's nicht selbst gelesen, wir täten es nicht glauben!

DVZ/die tat, 7.10.83

Unfriedlich in Loccum

NACH der Identifikation eines der übelsten Steineschmeißer von Krefeld als Polizeispitzel gab es in der Friedensbewegung ebensoviel Empörung wie Erleichterung: Die Enttarnung des Provokateurs schien der Diskussion um jene Gruppen, die den Bürgerkrieg gegen die Raketen propagieren, viel von ihrer Dringlichkeit zu nehmen.

Seit der Blockade von Loccum am letzten Septemberwochenende wissen wir, daß in dieser Sache Naivität nicht erlaubt ist. In Nachahmung der Formen, in denen die Friedensbewegung an Militärstützpunkten den Widerstand gegen die Raketenstationierung demonstrien, hatten „autonome Gruppen" die Evangelische Akademie Loccum umzingelt – nicht, weil dort Vernichtungswaffen stationiert werden sollten, sondern um zu verhindern, daß Repräsentanten der Friedensbewegung mit Vertretern der Staatsmacht darüber sprechen, wie Zusammenstöße und Blutvergießen bei den bevorstehenden Herbstaktionen verhindert werden könnten. Das Gespräch konnte nicht stattfinden.

Es geht hier nicht darum, den Sinn und die Erfolgsaussichten solcher Zusammenkünfte auszuloten; auch für Skepsis gibt es gute Argumente. Hier ist die schlimme Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß das Mittel der Blockade, das gegenüber der Staatsmacht oder der US-Army wenig mehr als eine Demonstration ausdrückt, in Loccum gegenüber Pfarrer Deile, Verfassungsrichter Simon oder Jo Leinen vom BBU die Anwendung von körperlicher Gewalt bedeutete – und darüber hinaus wohl auch den Ausdruck des Willens, für den Herbst durchaus Zusammenstöße und Blutvergießen ins Auge zu fassen.

Vom ebenso wehleidigen wie dreisten Geplärre der Bürgerkriegsstrategen, die Friedensbewegung dürfe niemanden ausgrenzen, muß sich niemand beeindrucken lassen. Wer innerhalb dieser Bewegung anderen seinen Willen mit Gewalt aufzwingt, hat sich schon ausgegrenzt. M. C.

Rätsel um Birne

Wir schreiben einen stürmischen September-Tag. Es ist Manöver in Deutschland. Viele Panzer fahren über die Felder, viele große Lastwagen brummen auf der Autobahn, die den Verkehr behindern, weil sie so langsam sind. Birne besucht seine Soldaten. Er fliegt im Hubschrauber an. Es ist alles großartig. Lauter nette Kumpels reisen mit ihm. Birne hat auch gut gegessen. Er macht gerade sein Bäuerchen. Seine Hose drückt ihn. Birne macht sich etwas frei. Unter Kumpels kann man das Protokoll mal Protokoll sein lassen. Der Hubschrauber landet. Birne steigt erstmal auf der falschen Seite aus, um sich für die Kameras fit zu machen, also die Hose hochzuziehen. **Dann schüttelt er jedem Soldaten die Hand.** Birne hat sich sehr gut vorbereitet, denn es liegt ihm sehr am Herzen, zu seinen Soldaten gut zu sein. Schließlich machen die das, was sie machen, für uns alle, was alle nicht vergessen dürfen. Birne sagt zu jedem einzelnen Mann:,,*Guten Tag, was machen Sie hier?*'' Und dann sagt er:,,*Was wollen Sie später machen?*'' (er sorgt sich nämlich um die Zukunft der Männer). Die Soldaten sind ganz durcheinander ob soviel Wärme und Güte.

Als er das erledigt hat, ist Birne reichlich geschafft und möchte eigentlich erstmal ein Bier trinken gehen. Aber erst muß er sich noch der Presse stellen. Ob es stimmt, daß in Frankfurt bereits Teile der neuen Raketen angekommen sind? Raketen, immer nur Raketen. Können dieses Pressefritzen an nichts anderes mehr denken. Nicht mal so einen schönen Manöverausflug gönnen sie einem. Birne sieht grün. ,,*Alles erstunken und erlogen*'', sagt er. ,,*Wo bleibt mein Bier?*''

Vier Wochen später erklärt der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Würzbach, auf eine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag, Teile des logistischen Systems der Pershing II würden sich bereits in Frankfurt-Hausen befinden. Die Raketen selbst und die Gefechtsköpfe würden allerdings nicht vor dem 22.11. eingeflogen werden. Somit hat der Bundeskanzler unmittelbar vor der Hessenwahl die Unwahrheit gesprochen. Der hessische Ministerpräsident, der den Ahnungslosen gemimt hatte, beklagt sich nun, daß man sich auf ein Wort der Bundesregierung nicht verlassen könne. Dagegen dementiert die in Frankfurt regierende CDU weiter, was das Zeug hält. Eine einmal eingeschlagene Linie muß durchgehalten werden.

Birne ist echt sauer. Gerade hat er Wörner abgekanzelt, den alten Intriganten. Als der auch noch widersprechen wollte, hat er den Telefonhörer so richtig voll auf die Gabel geknallt. ,,*So nicht*'', murmelt er. Und jetzt wünscht er eine Verbindung mit Ronnie! Ronnie soll ihm sagen, was läuft. Birne ist überzeugt, wenn es Probleme gibt, dann müssen sie unter Freunden ausgeräumt werden. Notfalls auch mit einem offenen Wort. — Aber Ronnie ist nicht zu sprechen. Birne ist tief enttäuscht. So ist das also. Bei schönem Wetter sind sie alle nett zu einem. Aber wenn die der Wind mal ins Gesicht bläst, hast du nur noch wenige wirkliche Freunde. Birne wirkt in diesen Tagen nachdenklich. Er grübelt viel vor sich hin. Er lernt: Ein wirklich großer Politiker ist einsam. Das scheinen auch die Meinungsumfragen zu belegen. Birne hat beschlossen, das schwere Joch des großen Politikers auf sich zu nehmen. Die Probleme wird er lösen — wer denn sonst wäre dazu berufen? Birne weiß auch schon, wie er das machen wird: Durch Aussitzen.



Die Sowjetunion soll Vorleistungen erbringen ...

...fordern einige Vertreter der Friedensbewegung. ,,*Wir sind allerdings der Auffassung, daß auch die Sowjetunion ihren Abrüstungswillen deutlicher als bisher dokumentieren sollte*'', schreiben Eva Quistorp (Frauen für den Frieden), Mohssen Massarat (BAF), Wilhelm Meinberg (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen), Lukas Beckmann (Die Grünen) und Godeke v.Bremen (ESG) in einem Offenen Brief an Andropow, der in der Frankfurter Rundschau vom 11.10.83 abgedruckt ist. Die Unterzeichner begrüßen den jüngsten Andropow-Vorschlag, ,,*eine bedeutende Anzahl von SS-20-Raketen zu verschrotten, wenn die NATO auf die Stationierung neuer Raketen in Europa verzichtet.*'' Sie äußern aber gleichzeitig Bedenken, ob die NATO mit ihrer kompromißlosen Haltung darauf eingehen würde, zudem sei zweifelhaft, ob sie an echter Abrüstung überhaupt interessiert sei. Um aber alles Erdenkliche zu tun, den Rüstungswettlauf zu stoppen und die Kriegsgefahr zu mindern, solle die Sowjetunion ,,*vorerst bis zum Ende der Genfer Verhandlungen am 15. November, Zug um Zug SS-20-Raketen verschrotten. Sie* (die Sowjetunion, Anm.AK) *kündigt zugleich ihre Bereitschaft an, die Verschrottung bis auf das Niveau des in Westeuropa bereits vorhandenen Potentials fortzusetzen, wenn die NATO ihrerseits glaubhaft zu erkennen gibt, auf die Stationierung neuer Raketen in Europa zu verzichten. Die Sowjetunion stellt ferner für den Fall des Stationierungsverzichts der NATO in Aussicht, im Interesse einer beiderseitigen Abrüstung den ersten Schritt zur weiteren Reduzierung des Mittelsteckenpotentials in Europa zu tun.*'' Diese Schritte hätten eine ,,*außerordentliche Signalwirkung (...) für die erfolgreiche Bekämpfung der Stationierung qualitativ neuartiger Atomraketen.*''

Offener Brief an einen Initiator

In einem Offenen Brief an Mohssen Massarat schreibt Dietrich Schulze-Marmeling (ebenfalls BAF), daß einseitige Abrüstungsforderungen an die Adresse der Sowjetunion ,,*völlig fehl am Platz*'' sind. Die Sowjetunion habe seinerzeit ,,*tatsächlich sehr weitgehende einseitige Abrüstungsschritte angeboten. Die Nicht-Berücksichtigung der amerikanischen U-Boot-Raketen und der eurostrategischen Atom-Bomber (auch in diesem Bereich verfügt die NATO über ein regionales Übergewicht) hätten nämlich bedeutet, daß die Sowjetunion dazu bereit ist, ein quantitatives Ungleichgewicht zu ihren Ungunsten in Europa hinzunehmen. Allerdings nur deshalb, weil diese quantitative Unterlegenheit die NATO nicht qualitativ in die Lage versetzt hätte, einen erfolgreichen nuklearen Erstschlag gegen die Sowjetunion zu führen.*'',,*Auch die Friedensbewegung konnte und kann nicht dafür garantieren, daß es nicht zur Stationierung von Pershing-II und Cruise Missiles Ende dieses Jahres kommt. Der hiesigen Friedensbewegung ist es bislang noch nicht gelungen, den Abzug von auch nur einem einzigen atomaren Sprengkopf vom Territorium der BRD zu erreichen.*'',,*Will die Friedensbewegung h i e r Abrüstungsforderungen und Schritte im anderen Block unterstützen, so kann sie dies ernsthaft und wirkungsvoll eben nur dadurch tun, daß sie tatsächliche Abrüstungsschritte h i e r bzw. in der NATO durchsetzt.*''

Preisausschreiben

Und Rudolf Bahro sprach: **,,...Die Bauern im Mittelalter — irgendwo hab ich neulich gelesen, daß ungefähr die Hälfte der Arbeitstage im Jahr Kirchenfeste waren''.**
Unsere Frage: Wer hat an diesen Feiertagen das Vieh gefüttert, die Kühe gemolken, das Brot gebacken, das Essen gekocht usw....?

Und Rudolf Bahro sprach wiederum: **,,Der Mensch braucht kein Auto, kein Telefon, keine Eisenbahn und alles das...''**
Unsere Frage: Auf welche Weise ist Bahro zu Bagwhan nach Oregon (USA) gekommen? Auf welche Weise hat er sich bei seiner Vortragsreise quer durch die USA bewegt?

Möglichst eindeutige Antworten sind einzuschicken an den ARBEITERKAMPF oder an die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN. Dem Gewinner winkt eine 14tägige Studienreise nach Oregon, deren Kosten mühelos von Rudolf Bahro finanziert werden. Bei mehreren richtigen Antworten entscheiden vielleicht die Tarot-Karten. Der Linksweg ist völlig ausgeschlossen.

(Die Bahro-Aussprüche sind zitiert aus der ,,Kommune'' vom 7.10.83)

Schinkensemmelfrieden

... unter diesem Titel veröffentlichte Günther Anders ein Essay, das in der „taz" (vom 22.10.) und in der Novemberausgabe der „konkret" vollständig abgedruckt worden ist. Wir beschränken uns hier auf den Nachdruck seiner These zur Frage der Mittel, die die Friedensbewegung seiner Ansicht nach einsetzen müßte:

Rein verbaler Widerstand: Schreien, rufen und Proteste unterschreiben — das ist natürlich unzulänglich. Aber nicht weniger unzulänglich sind die nur symbolischen Handlungen. Wer sich auf den Asphalt legt, den Toten simuliert und sich wie eine Leiche forttragen läßt, der handelt ebenfalls nicht. Auch er protestiert nur. Statt mit dem Munde eben mit dem Leibe. *Leichenspielen ist so unernst wie das Soldatenspielen von Kindern.* Ein seriöses Handeln findet auch hier nicht statt.

Auch die drei Mädchen, die mir aus Köln schreiben, eine Woche lang würden sie keinen Bissen essen und den Fernseher nicht anrühren, die handeln nicht. Oder richtiger: Die glauben an eine ganz irreelle, gewissermaßen „schräge Kausalität". Denn natürlich gibt es in Wahrheit keinen Wirkungszusammenhang zwischen den Verzichtleistungen, also z. B. zwischen dem nicht gegessenen Schinkensemmel, und den militärischen Schaltstellen jenseits des Atlantiks. Der Glaube an die Effizienz solcher privater Opfer ist reiner Aberglaube. Solche pseudoreligiöse Hungerei bewirkt nicht das mindeste. *Ihr Effekt besteht lediglich in der Genugtuung über die eigene gute Tat.* Ebensogut hätten die drei Mädchen sich dazu entschließen können, pausenlos nur Schinkensemmeln zu essen. Weder durch das eine noch durch das andere werden sich die militärischen Planer beeindrucken lassen.

Die Verzweiflung derer, die unter allen Umständen etwas tun wollen, und lieber ganz Sinnloses tun als überhaupt nichts, diese Verzweiflung ist mir wahrhaftig nicht unverständlich. Aber obwohl moralisch symbolhaft, bleiben die genannten Aktionen eben bloße Happenings.

Nun erst, zwanzig Jahre seit dem ersten Auftauchen dieser Scheinaktivitäten, verstehen wir, was Happenings eigentlich gewesen sind und sind. Von Anfang an sind sie die desparaten Strampeleien derer gewesen, denen es nicht genug war, sich auf bloß verbales Protestieren zu beschränken, die aber andererseits — teils aus Einsicht in die unbestreitbare Machtüberlegenheit der wirklichen Machthaber, teils aus recht religiösen Hemmungen, teils aus religiös verbrämter Feigheit — nur Scheintaten durchführten. Eine solche Scheintat war z. B. auch der Angriff des hessischen Grünen-Abgeordneten Schwalba-Hoth auf den kommandierenden General Williams, wobei der Täter Blut, das er sich selbst abgezapft hatte, auf die Generalsuniform spritzte. Diese Aktion ist nicht etwa nur deshalb abzulehnen, weil sie sinnwidrig ist, denn im sogenannten Ernstfall wird ja kein Opfer den Täter mit Blut bespritzen — die Kain-und-Abel-Situation liegt wahrhaftig hinter uns —, oder deshalb, weil die Tat „zu weit gehe". Die Aktion ist vielmehr deshalb abzulehnen, weil sie nicht weit genug ging. Weil sie rein symbolisch — weil sie eben ein Happening blieb. *Wir haben die prospektiven Täter tatsächlich daran zu hindern, in den Kreis ihrer prospektiven Opfer zu treten. Wer uns gefährdet, der soll das auf eigene Gefahr hin tun müssen.* Es genügt auch nicht — obwohl das schon einen großen Schritt vorwärts darstellt —, eine kurze Zeit lang eine Anlage wie z. B. Mutlangen zu blockieren. Denn auch das ist, weil ein Intermezzo, etwas Symbolisches. *Unser Mut muß weiterlangen, weiter hinauslangen. Das Zeitalter der Intermezzi hat aufzuhören.*

Die Wirklichkeit hat zu beginnen. Das bedeutet: *Die Blockierung der Zugänge zu den kontinuierlich bestehenden Mordinstallationen muß ebenfalls kontinuierlich stattfinden. Pausenlos.*

Auch Polizisten erfüllen ja ihre Pflicht nicht nur intermezzohaft, um Verbrechen zu verhindern, sondern ständig — und recht haben sie. Das selbe Recht auf Kontinuität haben und beanspruchen wir. Die Zugänge, das heißt die zu den Mordinstallationen führenden Zufahrten, haben wir, u. U. weit von den Installationen entfernt, pausenlos unverwendbar zu machen und zu halten. Damit wir Menschen nicht zerstört werden, haben wir die zu den Installationen hinführenden Straßen ständig zu sabotieren. Ständig.

Wir sind mehr wert als die Tötungsmaschinen.

Das berühmte Gebot im 2. Buch Mose lautet ja nicht„Du sollst Tötungsmaschinen respektieren!", sondern „Du sollst nicht töten".

Tötungsmaschinen sind sie aber nicht nur deshalb, weil sie im Land der Gegner Millionen umbringen können, sondern auch deshib, weil sie selbstverständlich vom Gegner im Ernstfalle als die ersten Zerstörungsziele zerstört werden würden. Mein Spruch: „*Rampen für Raketen sind Untergangsmagneten*" gilt leider heute wie vor 20 Jahren.

Freunde, Fremde und Feinde, wer nicht mit uns ist, ist gegen sich selbst.

In anderen Worten: Symbole mögen tief sein. Hören wir auf mit Tiefe, seien wir effektiv. Das heißt *nicht* etwa: Wenden wir Gewalttätigkeiten gegen diejenigen, die die Untergangsgeräte installieren, an. Auch nicht gleich: Zerstören wir diese Zerstörungsgeräte. Sondern — ich wiederhole —: *Zerstören wir die Möglichkeiten, an diese Geräte heranzukommen! Sabotieren wir die Friedenssabotierer!*

Diese Idee ist nicht neu: Laßt mich an eine zurückliegende Aktion — oder richtiger Nichtaktion — aus einer mehr als vierzig Jahre zurückliegenden Zeit erinnern. Da erfuhren die Alliierten die Wahrheit über die Vernichtungslager in Polen. Sofort wurde der Vorschlag gemacht, die Lager zu blockieren, das heißt auf weite Entfernungen hinaus die Schienenwege, die nach Auschwitz, Maidanek usw. führten, zu verbomben und nach ihrer Reparatur von neuem zu zerbomben und unbrauchbar zu machen und durch diese Blockade die Zulieferung neuer Opfer — die Möglichkeit des Weitermordens — zu sabotieren. Was man vorschlug, war also *nicht*, die Lager selbst anzugreifen: Denn in diesen hätte man ja Abertausende zu Opfern gemacht.

Nun, durch wessen Intervention dieses leicht durchführbar gewesene Projekt sabotiert worden ist, ist geschichtsnotorisch. Der Saboteur dieses Rettungsprojekts hat sich in der Tat kaum minder mordschuldig gemacht als Hitler und Himmler. Gleichviel wiederholen darf sich diese Sabotage — also diese Unterlassung der Blockade — nicht!
Heute nicht!
Durch uns nicht!

Interview mit Gerd Jahnke

Annäherung zwischen Gewaltfreien und Autonomen?

In den letzten Wochen gab es eine ganze Reihe von Aktionen, die von gewaltfreien Aktionsgruppen und nicht gewaltfreien „Autonomen" gemeinsam getragen wurden, z.B. die Großaktion in Bremerhaven oder die Blockade des Freiburger Rüstungsbetriebs LITEF. Kann sich hier etwas entwickeln, oder ist das nur aktionistisches Strohfeuer? Unsere Fragen beantwortete jemand, der sich auskennt: Gert Jahnke ist Mitglied im Bonner und Stuttgarter Koordinationsausschuß der Friedensbewegung und kommt von einer großen protestantisch-pazifistischen Organisation („Ohne Rüstung leben"). Er hat sich immer wieder gegen Distanzierungen von „Gewalttätern" ausgesprochen (z.B. nach Krefeld) und sich in Stuttgart für erste Treffen zwischen Gewaltfreien und der Autonomen Linken engagiert.



Frage: Wo siehst Du als Gewaltfreier Berührungspunkte und Unterschiede zum militanten Spektrum?

Gert: Zunächst mal sehe ich mich auch als Systemgegner. Zu Systemen mit hierarchischen Strukturen, egal ob es sich um Kapitalismus oder den real existierenden Staatssozialismus handelt, habe ich nur eine Beziehung: die der Feindschaft. Die Strategie der gewaltfreien Aktionsgruppen ist für mich eine Möglichkeit, das Unrecht und die Brutalität in diesem System klar aufzuzeigen. Wenn ich jedoch hier und heute militant vorgehe, wird der Charakter des Systems für die Bevölkerung unklarer, der Unterschied zwischen denen da oben und uns verwischt sich.

Frage: Man muß das doch aber etwas prinzipieller sehen. Meiner Ansicht nach ist eine Kriegsverhinderung mit ausschließlich gewaltfreien Mitteln unmöglich.

Gert: Das ist für mich keineswegs so klar. Ich stelle mir die Frage, ob unsere hochtechnisierten Industriegesellschaften nicht auch mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams ausgehebelt werden können. Beispielsweise denke ich an einen General-Streik, wie damals gegen den Kapp-Putsch. Da gibt es sicherlich einen Unterschied zu den weniger technisierten Staaten in der 3. Welt.

Allerdings ist die Sache für mich durchaus diskussionswürdig. Zwar ist die Gewaltfreiheit auf der grundsätzlich-ethischen Ebene ganz klar Bestandteil meiner positiven Utopie. Aber auch für mich ist offen, ob dieser Weg immer und überall erfolgreich sein kann, da doch unser Gegner nur zu gewalt-bereit ist.

In Nicaragua ging es nur mit Gewalt

In Nicaragua ging es nur mit Gewalt

Auf der grundsätzlich-ethischen Ebene kommen wir z.B. für El Salvador/Nicaragua nicht weiter. Diese Völker haben seit Jahrhunderten gelitten, sind immer wieder brutalster Gewalt ausgesetzt gewesen, wurden Zehntausende abgeschlachtet. Ganz im Gegensatz zu vielen anderen, z.B. auch den Brüdern Berrigan, bin ich der Ansicht, daß es in Nicaragua konkret nicht anders ging, als sich mit Gewalt zu erheben. Wenn man nicht zum Heuchler werden will, kann man nicht verlangen, daß das Volk von Nicaragua diese Zustände länger hätte geduldig ertragen sollen. Überspitzt gesagt: Hätte ich in Nicaragua gelebt, hätte sich für mich die Frage: Schließe ich mich der Guerilla an oder nicht, allein auf das Problem reduziert: Habe ich den Mut dazu oder nicht. Die Frage gewaltfrei/nicht-gewaltfrei hätte dabei gar keine Rolle gespielt. Aber ich lebe nun mal hier in der BRD. Bei uns ist noch ein langer Weg bis zu dem Punkt, wo wir uns entscheiden müssen: Reicht denn gewaltfreier Widerstand überhaupt noch aus? Erst, wenn wirklich breite Bevölkerungskreise — und nicht nur kleine Minderheiten — diesen Zeitpunkt gekommen sehen, kann sich das ändern, muß sich das vielleicht ändern. Mir fällt da ein Zitat von Mao-Tse-Tung ein: Die Guerilla muß sich bewegen wie der Fisch im Wasser. Das heißt, sie muß von der Zustimmung des Volkes getragen sein, dann wird sie den Usurpator überwinden. Das Problem ist doch: Die Steineschmeißer bewegen sich hier nicht wie der Fisch im Wasser, sondern stoßen auf breite Ablehnung.

Frage: Du argumentierst hier sehr stark taktisch und verläßt die Ebene der grundsätzlichen Gewaltfreiheit. Damit mußt Du Dir doch aber auch die Frage stellen, wie diese situationsbezogene Einstellung zur Militanz deutlich werden kann. Konkret: Wie soll die Bevölkerung eines schönen Tages militanter werden können, wenn nicht Keime von Militanz in unserer heutigen Politik schon angelegt sind? Bei einem großen Teil der gewaltfreien Gruppen ist das jedoch noch nicht einmal in der Theorie so drin.

Die Ohrfeige für Kiesinger war richtig

Gert: Die gewaltfreien Gruppen sind in einem Veränderungsprozeß. Du darfst nicht vergessen, daß sie aus einer ganz anderen Richtung sich politisiert haben als die autonome Linke. Für mich ist wirklich wichtig: In welcher Situation unternehme ich eine Aktion. Zum Beispiel: Als Beate Klarsfeld Anfang der 70er Jahre Georg Kiesinger geohrfeigt hat, war das für mich eine gute Sache,

unternehme ich eine Aktion. Zum Beispiel: Als Beate Klarsfeld Anfang der 70er Jahre Georg Kiesinger geohrfeigt hat, war das für mich eine gute Sache,

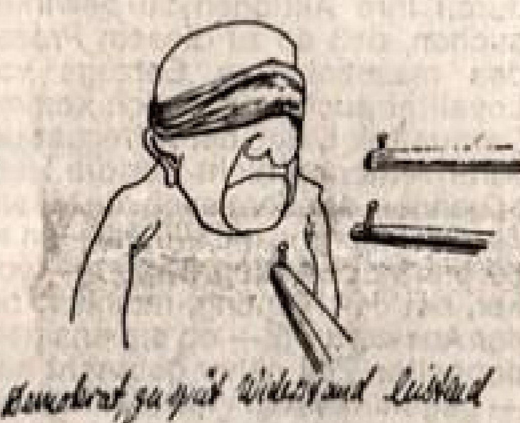
und gewaltfrei war das ja mitnichten. Dadurch wurde eine Diskussion ausgelöst über den verdeckten Faschismus und über alte Faschisten in dieser Gesellschaft.

Oder nimm die sogenannte Blutaktion von Schwalba-Hoth, das „Blut-Attentat" auf diesen US-General. Auch diese Aktion finde ich einfach in ihrer Situationsbezogenheit vollkommen richtig: Zur gleichen Zeit begannen die USA mit ihrem Aufmarsch gegen Mittelamerika, und da war das eine angemessene Antwort und hat mit diesem Vietnam-General genau den Richtigen getroffen.



Frage: Die Devise von der „Vermittelbarkeit" kann aber leicht dazu führen, daß man sich am biederen Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit orientiert. In Deutschland ist das doch ein besonderes Problem: Noch nie gab es hier eine erfolgreiche Revolution. Der Bau-





ernkrieg, 1848, die November„revolution" 1918 — jede Regung von Aufstand wurde doch im Blut, im Faschismus erstickt. Die Untertanenmentalität des durchschnittlichen Deutschen darf nicht das Kriterium sein, ob ich eine Aktion mache oder nicht.

Gert: Da gebe ich Dir vollkommen recht.

Ich bin kein Vertreter der ausschließlichen Verbreiterungs-Konzeption. Beispielweise im Koordinationsbüro der

recht.
Ich bin kein Vertreter der ausschließlichen Verbreiterungs-Konzeption. Beispielweise im Koordinationsbüro der

Herbstaktivitäten bekomme ich immer vorgeworfen, ich sei ein „Gegner der Verbreiterung". Niemand scheint so recht zu begreifen, daß eine Bewegung nur im dialektischen Verhältnis von Verbreiterung und Radikalisierung Bestand haben kann. Mein Schwerpunkt liegt im Augenblick ganz klar auf der Radikalisierung, nicht zuletzt deswegen, weil es zu viele Leute gibt, die eben das nicht wollen. Ich erinnere mich da immer an einen Ausspruch von meinem Vater: Getretener Quark wird breit, nicht stark.

Radikalisierung — was heißt das?

Gert: Einerseits habe ich da die inhaltliche Ebene im Auge, zum zweiten die Ebene der Strukturen, zum dritten die Frage der Aktionsformen. Inhaltlich mache ich mir Sorge, daß es in der Friedensbewegung einen Annäherungsprozeß an die SPD gibt. Konkreter Ausdruck davon wird der Auftritt von Willy Brandt auf der Bonner Kundgebung sein. Seit die Friedensbewegung ein relevanter Faktor in diesem Land geworden ist, und seit die SPD in die Opposition übergewechselt ist, hat sich da einiges zum Schlechten verändert. Ich behaupte: Die SPD macht den Versuch, sich mittels der Friedensbewegung in die Regierungsverantwortung zurückzuhieven. Und so sollten wir uns nicht mißbrauchen lassen. Zur Person Brandt lasse ich da überhaupt keine Differenzierung gelten: Sein Auftritt in Bonn ist für mich eine Provokation. Er hat zumindest zugelassen, daß Schmidt 1979 den Berliner Parteitag der SPD zur Zustimmung zum Doppelbeschluß gebracht hat, und zwar mit Betrug. Brandt hätte das wissen müssen, und er hat damals geschwiegen. Und auch jetzt habe ich kein Wort des Bedauerns, der Selbstkritik, ja nicht einmal der Relativierung von ihm gehört. Im Gegenteil versucht er dies als eine bruchlose Entwicklung „sozialdemokratischer Friedenspolitik" darzustellen, und sich selbst zur Vaterfigur der Friedensbewegung zu machen. Für mich stellt sich für den „Nachherbst" verstärkt das Problem: Wie verhindern wir den Zugriff der traditionellen Parteien auf unseren Widerstand. Das ist nun wiederum keine reine Frage inhaltlicher Aussagen: Inhalte können von diesen Organisationen zum Schein übernommen und dann peu à peu verwässert werden. Was sich ändern muß, sind auch die Strukturen des Widerstands. In den Gremien, die bisher die Friedensbewegung koordiniert und bestimmt haben, waren nicht nur massenhaft DKP-U-Boote, sondern auch viele von der SPD. Vielleicht haben unsere bisherigen Strukturen dieses Eindringen von „U-Booten" erleichtert, vielleicht müssen wir zu mehr selbstbestimmten und besser überschaubaren, zu weniger partei-mäßigen Strukturen kommen.

Von Mutlangen nach Neu-Ulm

Frage: Die Radikalisierung anhand von Aktionsformen hat sicherlich ihre Grenzen. Nehmen wir als Beispiel mal Mutlangen. Dein Mitkämpfer Günther Marx hat Mutlangen mit der Überschrift subsumiert: „Gähnen für den Frieden?" („FriZ", Okt. 83). Welche Schlüsse hast Du aus Mutlangen gezo-

Marx hat Mutlangen mit der Überschrift subsumiert: „Gähnen für den Frieden?" („FriZ", Okt. 83). Welche Schlüsse hast Du aus Mutlangen gezo-

gen?

Gert: Unter dem Aspekt der Öffentlichkeitswirkung war Mutlangen ohne jeden Zweifel ein Erfolg, allein schon durch die Resonanz in den Medien. Weiterhin war es wichtig, um den Leuten aus der Bevölkerung zu zeigen, daß Blockaden nichts kriminelles oder exotisches sind.

Kein Erfolg war es in Bezug auf die Dynamisierung und Verschärfung des Widerstandes. Die Aktion war von vorne bis hinten total durchgeplant, und durch diesen starren Plan ist verhindert worden, daß wir weitergehen konnten. In Mutlangen gab es einige, die eine Radikalisierung in zwei Richtungen wollten: keine starre Zeitbegrenzung, und ein konstruktive Überwindung des „Tabus Zaun".

Was in Mutlangen durch das unflexible Konzept und die Prominenten unmöglich war, könnte schon bei der Blockade in Neu-Ulm Wirklichkeit werden: Die Bezugsgruppen planen konkret eine Verlängerung über den 22./23.10. hinaus, eventuell sogar den Versuch einer Dauerblockade. *(Daraus wurde nichts — Anm.d.Red.)*

Frage: Eine reine Verlängerung bedeutet für mich aber noch keine Radikalisierung.

Gert: Auch vom Ablauf her ist einiges im Gespräch: Ein Ansatz ist eine kollektive Personalienverweigerung im Falle einer Festnahme, sodaß die Polizei dann mehrere hundert Leute über längere Zeit festhalten müßte, beispielsweise in einem Sportstadion.

Ein zweiter Vorschlag ist der, daß wir uns aneinanderbinden, um eine zeitliche Verzögerung beim Abräumen zu erreichen. Diese Aktion soll aber erst nach der Großkundgebung am 22.10. laufen, weil wir nicht wollen, daß es zu einem Knüppeleinsatz der Polizei kommt, der auch Unbeteiligte trifft.

Die dritte Überlegung bezieht sich auf das „Tabu Zaun".

Das „Tabu Zaun" brechen

Es gab schon in Mutlangen den Vorschlag der Amerikaner Berrigan und Ellsberg, den Zaun zu übersteigen und auf das Militärgelände vorzudringen. In abgewandelter Form haben wir das auch für Ulm diskutiert: Ein Stück aus dem Militärzaun herauszuschneiden. Wir haben uns schließlich dagegen entschieden, weil die große Gefahr besteht, daß die Wachsoldaten in diesem Fall ihren Schießbefehl anwenden.

Im Augenblick haben wir vor, eine andere Überlegung aus Mutlangen in die Tat umzusetzen: Wir wollen uns in die Rollen aus NATO-Draht vor dem Kasernentor rein setzen. Die Polizei steht dann vor dem großen Problem, wie sie uns da herausbekommt, ohne uns beim Rausziehen schwere Verletzungen zuzufügen. Das würde zumindest eine große Verzögerung bei der Räumung bedeuten. Wir würden unseren Widerstand verstärken und ihm mehr Zähigkeit geben, ohne unseren Grndsatz der Gewalfreiheit aufzugeben. Im Gegenteil wäre die Polizei in weiteren Bevölkerungskreisen völlig blamiert, wenn sie dann rabiat gegen uns vorgehen würde.

weiteren Bevölkerungskreisen völlig blamiert, wenn sie dann rabiat gegen uns vorgehen würde.

Frage: Ein kleiner Ausblick am Schluß. Wie geht es weiter, in Neu-Ulm und ganz allgemein?

Gert: Ulm und Neu-Ulm sollten zu einem Zentrum unseres Widerstandes werden. Wir planen das schon ziemlich genau: Für eine Dauerblockade wollen wir versuchen, daß die Kirchengemeinden uns ihre Unterkünfte zur Verfügung stellen; damit wäre die Sache nicht nur logistisch, sondern auch politisch-moralisch erheblich erleichtert.

Nachdenken müssen wir außerdem über die Idee eines Friedensdorfes in der Nähe der Wiley-Barracks, um dadurch immer wieder einen Anziehungspunkt auch für „normale Leute" und Nicht-Blockierer zu haben. Weiterhin gibt es den Vorschlag, in der Nähe der Kaserne ein „Anti-Kriegs-Denkmal" zu errichten. Das soll aus riesigen Findlingen bestehen, die übereinandergetürmt werden, und jeder Stein stünde für einen Krieg in der Geschichte.

Allgemein wünsche ich mir natürlich, daß die Bevölkerung eines Tages die Zäune der Militärbasen niederreißt und die Mordwerkzeuge dort in ihre Bestandteile zerlegt. Deshalb muß ja auch das „Thema Zaun" heute angegangen werden. Aber bis dahin dauert es sicher noch eine Weile.

Stuttgart, 19.10.83

Gesprächspartner von Gert waren drei Genossen von der „Initiative gegen Munitionstransporte"

Im Nachherbst

Während der monatelangen Vorbereitungen auf die Herbstakionen ist die Frage, wie es danach weitergehen soll, in der Friedensbewegung wenig diskutiert worden.

Aus dem Spektrum der gewaltfreien Kräfte im BAF (Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen) liegt seit August das „Rosa Bloch-Papier" vor, das im Lager der „unabhängigen" Kräfte kontrovers aufgeommen worden ist (siehe AK 238, S.15). „Rosa Bloch" vertritt den Ansatz, über ein massenhaft praktiziertes Konzept des Zivilen Ungehorsams zu erreichen, den Herrschenden die Loyalität aufzukündigen. Auf der Aktionsebene sollte eine Dauerblockade an einem militärischen Standort Kristallisationspunkt dieses Widerstands sein. Inzwischen hat die aus dem „unabängigen" Spektrum gebildete Arbeitsgruppe Nachherbst „*feststellen müssen, daß eine solche unbefristete Blockade derzeit noch nicht durchführbar ist, weil die lokalen Gruppen, die so etwas vorbereiten müßten, von der Aktionswoche total in Anspruch genommen sind. Deshalb ist nach dem 22.10. ein Zwischenschritt erforderlich, um die Kontinuität des Widerstandes zu sichern*" („Rosa Bloch" in einem Interview mit der taz vom 22.10.83). Dieser „Zwischenschritt" soll drei Elemente haben: 1. soll der nächste Höhepunkt in den Aktionen der Friedensbewegung der 21. November (Tag der Bundestagsdebatte) in Bonn sein, 2. sollen ab dann nationale Widerstandstage stattfinden und 3. soll zu befristeten Blockaden an Stationierungsorten aufgerufen werden. Neben diesen Aktionsvorschlägen, auf die sich in der Vorbereitung der Aktionskonferenz am 5./6.11. in Köln die „Unabhängigen" geeinigt haben, werden verstärkt über die „Nach"rüstung hinausgehende Inhalte thematisiert. In einem Flugblatt „Vom Protest zum Widerstand, Vorschläge aus der Koordination 'Ziviler Ungehorsam' zum weiteren Vorgehen der Friedensbewegung" wird gefordert, daß die Friedensbewegung „von der Anti-Raketen-Bewegung zu einer Anti-Militaristischen Bewegung werden" muß: „*Dabei müssen wir unseren Widerstand nicht nur gegen die neuen Mittelstreckenraketen richten, sondern verstärkt auch gegen andere atomare, bakteriologische und chemische Massenvernichtungswaffen. Auch der sogenannten konventionellen Aufrüstung soll unser Widerstand gelten, denn sie verschlingt Milliarden und ist wesentlicher Bestandteil der neuen Kriegsführungsstrategie.*" Die NATO-Politik, die eine militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion anstrebt, während gleichzeitig milirätische Eingriffe der USA in der „Dritten Welt" abgesichert werden, soll aufgezeigt werden. Dabei wird die Bundesrepublik zu einer wichtigen militärischen Drehscheibe.

Diese Inhalte dürften in der real existierenden Friedensbewegung nicht mehrheitsfähig sein. Es ist selbst offen, ob es gelingen könnte, den bisher breit getragenen Minimalkonsens („Keine neuen Atomraketen in unser Land") zu erweitern auf eine Forderung, die sich gegen a l l e Atomwaffen in der Bundesrepublik ausspricht, was ja angesichts des bevorstehenden Scheiterns der Genfer Verhandlungen nur sinnvoll wäre.

Demgegenüber haben führende Vertreter des KOFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) bereits angekündigt, daß für den Fall, daß stationiert wird, der Stop der Stationierung und der Abzug der bisher aufgestellten Raketen gefordert werden muß.„*Jetzt kommt es darauf an, daß ein mögliches Scheitern der Genfer Verhandlungen nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer weiteren Verbreiterung und damit zu einer Stärkung der Friedensbewegung führt*", schreiben die KOFAZ-Vertreter Gunnar Matthiessen und Achim Maske in einem Thesen-Papier „Wie weiter nach dem 22. Oktober?". Und weiter heißt es:„*Zugleich gilt es, Zeit zu gewinnen, um den politischen Druck auf die Raketenbefürworter weiter zu erhöhen. Solange die Raketen nicht da sind bleibt ein Erfolg im Kampf gegen die Stationierung möglich. 'Nein zu Persing II und Cruise Missiles! Weiterverhandeln - nicht stationieren!'...*"

Diese Forderung ist inzwischen auf DKP-Plakaten zu lesen - und sie wird auch in Kreisen der Sozialdemokratie erhoben. Volkmar Deile (Aktion Sühnezeichen und SPD) eröffnete jedenfalls ein Vorbereitungstreffen auf die nächste Aktionskonferenz mit folgender Bemerkung: Er gehe davon aus, daß im Dezember - in welchem Umfange auch immer - stationiert wird. Die Friedensbewegung müsse bei ihrem kategorischen Nein zur Stationierung bleiben. Allerdings sollten wir überlegen, ob wir nicht eine Zeit ohne Stationierung bräuchten. Volkmar Deile orientiert also wieder auf den (alten) Moratoriumsvorschlag.

Im folgenden dokumentieren wir die Vorstellungen des bekannten Startbahngegners Alexander Schubart, der in seinen Thesen viel von dem, was hauptsächlich im gewaltfreien Spektrum der „unabhängigen" Friedensgruppen diskutiert wird, aufgenommen hat.

Alexander Schubart

Perspektive der Friedensbewegung im Nachherbst — 12 Diskussionspunkte —

1. Ziele der Friedensbewegung

Die Verhinderung der Stationierung neuer Atomraketen ist und bleibt vorrangiges Nahziel der Friedensbewegung. Die ausschließliche Fixierung auf die Raketenstationierung ist jedoch nicht mehr ausreichend. Es gilt jetzt die Gegnerschaft der Friedensbewegung gegen jedes weitere Wettrüsten auch in den anderen Bereichen des militärisch-industriellen Komplexes, vor allem gegenüber dem sog. Nato-Modernisierungsprogramm von 1978, zu aktualisieren:

— im konventionellen Bereich (Rogersplan: „air-land-battle 200")
— im chemisch-bakteriologischen Bereich
— im atomaren Bereich unterhalb der Schwelle der Mittelstreckenraketen (taktische Atomwaffen) und oberhalb dieser Schwelle (strategische Atomwaffen). Die französischen und englischen Atomwaffen dürfen hier ebensowenig ausgeklammert bleiben, wie die amerikanischen, sowjetischen und chinesischen Atomwaffen.

Ferner gilt es, die Drehscheibenfunktion der BRD für die globalen militärischen Interessen der USA (z.B. bezüglich der schnellen Ein-
funktion der BRD für die globalen militärischen Interessen der USA (z.B. bezüglich der schnellen Ein-
greiftruppen) deutlich zu machen

Mit konkreten Forderungen ist die Gegnerschaft der Friedensbewegung gegen jedes weitere Wettrüsten zu untermauern:

— Atom- und chemiewaffenfreie Zone von Portugal bis Polen;
— Abzug aller fremden Truppen aus Europa und drastische Reduzierung der einheimischen Truppen;
— Einseitige Abrüstung in der BRD, mindestens Einfrieren der konventionellen Rüstung auf dem gegenwärtigen Stand; Verbot jedweder Waffenexporte;
— Austritt der BRD und der DDR aus ihren jeweiligen Militärpakten (ich bin auch für einen einseitigen Austritt der BRD aus der NATO) bzw. generelle Auflösung der Militärpakte;
— endgültige Bereinigung der Folgen des 2. Weltkrieges durch Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten;
— Neubelebung der Entspannungspolitik durch Ausweitung des KSZE-Ansatzes zu völkerrechtlich verbindlichen Verträgen.

Alle vorstehend angeführten Bereiche oder Forderungen greifen mehr oder weniger willkürlich einzelne Punkte der Erscheinungsebene des Militärsyndroms heraus und versuchen das Kurieren an Symtomen. Die eigentliche Kernfrage lautet, wie es die Friedensbewegung prinzipiell mit dem Militärsyndrom hält. So sehr es auch als umstritten oder zu weitgehend formuliert erscheinen mag, so muß doch auch in der Friedensbewegung die Position des konsequeten Ablehnens j e d w e d e r Form militärischer Verteidigung diskutierbar sein. Dies schließt die Forderung nach einseitiger v o l l s t ä n d i g e r Abrüstung selbst dann ein, wenn Einschätzungen zu dem Ergebnis kämen, daß Formen von sozialer oder ziviler Verteidigung nicht oder nicht ausreichend wirksam wären

2. Annäherung an und Erreichung der Zielsetzungen

Das Stellen von appellativen Forderungen an Abrüstungsverhandlungen der Großmächte oder an eine europäische Abrüstungskonferenz wird die Friedensbewegung keinen Schritt weiter bringen. Wie zum Betrug der Völker werden jetzt über drei Jahrzehnte Abrüstungsverhandlungen in Genf, in Helsinki, in Wien und anderswo geführt, ohne daß es auch nur zu minimalen Abrüstungsschritten gekommen ist. Im Gegenteil: jede Verhandlungsrunde über Abrüstung war der Auftakt zu einer neuen Runde des Wettrüstens! Dies wird auch künftig nicht anders werden — es sei denn, es gelingt, einen solchen „Druck von unten" zu entfalten, der
künftig nicht anders werden — es sei denn, es gelingt, einen solchen „Druck von unten" zu entfalten, der
die Wettrüstungsbetreiber in Ost und West zu einer grundlegenden Umkehr vom Abschreckungsdenken und Wettrüsten zwingt. Dies muß der Druck von starken nationalen Friedensbewegungen und einer großen, internationalen, blockübergreifenden Friedensbewegung — mit klarer Absage an jedwede „Blocklogik" — sein.

Auch viele nationale Friedensbewegungen und eine blockübergreifende Friedensbewegung werden die Entwicklung nicht umkehren, wenn diese Bewegungen es bei bloßen Protesten gegen weiteres Wettrüsten belassen. Vielmehr muß für die Friedensbewegungen in West und Ost gelten: die Zeit ist nicht nur da, für ein verbales N e i n ohne jedes J a zu Massenvernichtungswaffen, die Zeit ist auch da für direkten, gewaltfreien Widerstand und zivilen Ungehorsam gegenüber denjenigen, die Massenvernichtungswaffen planen, herstellen und stationieren. Dieser Widerstand muß entschlossen sein — sonst wird es keinen Ausstieg aus dem Wettrüsten geben.

3. Adressaten der Aktionen der Friedensbewegung

Richtig ist — bezogen auf die Verhältnisse hier — die Aussage im Rosa-Bloch-Papier „Ungehorsam leisten und Loyalität aufkündigen", daß es in der Bevölkerung zu einem massenhaften Entzug von Loyalität gegenüber den Wettrüstungsbetreibern kommen muß. Denn eine bürgerlich-demokratische Regierung ohne Massenloyalität ist soviel wie ein Pinochet ohne Armee.

Die Friedensbewegung muß durch ihre Aktionen zu bewirken suchen, daß es zu diesem Prozeß des massenhaften Entzugs von Loyalität auch tatsächlich kommt. Daraus folgt, daß der Adressat unserer Aktionen nicht nur die Herrschenden, sondern auch die Masse der Bevölkerung ist. Wir müssen also bei jeder Aktion fragen — vorher, bei der Planung, nachher, bei der Auswertung — ob sie uns dem doppelten Ziel näher gebracht hat:

— gegenüber den Wettrüstungsbetreibern: sind sie einen Schritt näher an die Erkenntnis gebracht, daß die Fortsetzung des Wettrüstens nicht oder nur unter Inkaufnahme wesentlicher Nachteile politisch weiter durchsetzbar ist?
— gegenüber der Bevölkerung: hat die Friedensbewegung durch die jeweilige Aktion an Akzeptanz gewonnen oder verloren und hat sie den Prozeß der massenhaften Loyalitätsaufkündigung vorangebracht oder zurückgeworfen?

Insgesamt ist somit nicht so sehr der an äußeren Umständen meßbare Ausgang, sondern die Wirkung
Insgesamt ist somit nicht so sehr der an äußeren Umständen meßbare Ausgang, sondern die Wirkung
der Aktion auf die Wettrüstungsbetreiber und die Masse der Bevölkerung entscheidend. Deshalb ist das Festhalten am Prinzip der Gewaltfreiheit unbedingt erforderlich. Auch jeder gewaltsamen Konfrontation, die uns die Staatsmacht aufzwingen will, sollten wir aus dem Wege gehen. Wir werden daher alle Maßnahmen unterlassen, die auch nur dazu geeignet sind, Menschen durch Menschen zu verletzen. Auch die Integrität von Sachen, soweit sie nicht dem Militärapparat dienen, werden wir achten.

Das Festhalten an der Gewaltfreiheit bedeutet mitnichten, daß wir den „vergeistigten" Gewaltbegriff der Herrschenden anerkennen, die schon einen gewaltfreien Sitzstreik als „Gewalt" definieren.

4. Bedeutung und Stellenwert des gewaltfreien Widerstandes und des zivilen Ungehorsams

Heute gilt es in Anbetracht der Eskalation des Wettrüstens und der durch sie hervorgerufenen erhöhten Atomkriegsgefahr eine Qualität von Widerstand zu praktizieren, die in einem angemessenen Verhältnis zum Ausmaß der Bedrohung steht. Deshalb sind herkömmliche Protestformen zwar nach wie vor nützlich, jedoch nicht mehr ausreichend. Notwendig sind vor allem gewaltfreier Widerstand und ziviler Ungehorsam.

Gewaltfreier Widerstand und ziviler Ungehorsam sollen ein glaubhafter Ausdruck unseres Lebens- und Selbstbehauptungswillens gegenüber einer Politik sein, die zur Gewährleistung von Abschreckung die Massenvernichtung von Menschen in Kauf nimmt. Darauf stützt sich die Bereitschaft von immer mehr Menschen zur Verhinderung weiteren Wettrüstens auch Regelverletzungen zu begehen und sich mit dem eigenen Körper der Vernichtungsmaschinerie entgegenzustellen.

Gewaltfreier Widerstand und ziviler Ungehorsam kann auch erhebliches in den Köpfen bewirken, und zwar durchaus in Richtung zunehmender Akzeptanz der Friedensbewegung auf der einen Seite und Loyalitätsverlust gegenüber den Wettrüstungsbetreibern auf der anderen Seite.

Gewaltfreier Widerstand und ziviler Ungehorsam signalisiert auch den Herrschenden, daß sie fortan nicht mehr mit einer reibungslosen Durchsetzung ihrer Wettrüstungsmaßnahme rechnen können. Deshalb müssen gewaltfreier Widerstand und ziviler Ungehorsam im Zentrum der Aktionen der Friedensbewegung stehen und dürfen nicht marginalisiert werden.

5. Mut zum Widerstand

5. Mut zum Widerstand

Die sehr verständliche Angst vor staatlicher Repression darf uns nicht lähmen. Wer Risiken und Gefahren gegeneinander abwägt muß schließlich zur Einsicht kommen, daß Risiken und Gefahren, von der Repression betroffen zu werden, vergleichsweise gering sind gegen die Risiken und Gefahren eines Atomkrieges. Gerade in Anbetracht der Gefahr eines Atomkrieges sollten wir uns das Wort von Bertold Brecht vergegenwärtigen: Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um. Diese Einsicht sollte uns auch Mut zum Widerstand machen.

Selbstverständlich ist es, daß die Friedensbewegung für alle von der Repression Betroffenen Solidaritätsarbeit leistet. Wichtig ist, daß sich diese Solidarität auch materialisiert. Die Friedensbewegung als ganzes muß daher dafür Sorge tragen, daß der beim Komitee für Grundrechte und Demokratie bestehende Rechtshilfefond auch angemessen ausgestattet ist.

6. Konkrete Aktionen des gewaltfreien Widerstandes und zivilen Ungehorsams im Nachherbst und darüber hinaus

a. Der 21. November

Am 21. November d. J. will die Bundesregierung in einer Regierungserklärung ihre Bereitschaft bekunden, mit der Stationierung der neuen Atomraketen zu beginnen; der Bundestag soll in einer Entschließung seine Zustimmung zu dieser Maßnahme erteilen.

Dieses Ereignis will und kann die Friedensbewegung nicht ohne gebührende Antwort vorüber gehen lassen. So besteht denn auch auf Grund erster Diskussionen in der Friedensbewegung, die vom 7. bis 9. Okt. in Bonn stattfand, Übereinstimmung darüber, daß es am 21. Nov. zu massenhaften Aktionen kommt; unterschiedliche Auffassungen gibt es darüber, was für Aktionen mit welchen Schwerpunkten an diesem Tag stattfinden sollen. Die einen wollen an diesem Tag den Schwerpunkt auf dezentrale Aktionen in den Städten und Betrieben der ganzen BRD legen und in Bonn nur mit Delegationen aus Betrieben und Berufsgruppen in Erscheinung treten.

Zu Recht will demgegenüber ein anderes Spektrum der Friedensbewegung gerade für den 21. Nov. den Schwerpunkt auf eine zentrale Aktion in Bonn legen. Denn ganz anders als am 22. Oktober (ein mehr oder weniger willkürlich gewähltes Datum) wird Bonn gerade am 21. November als „politischer Stationierungsort" unübersehbar in Erscheinung treten; die Auf-
am 21. November als „politischer Stationierungsort" unübersehbar in Erscheinung treten; die Auf-
merksamkeit der Welt wird an diesem Tag auf Bonn und nicht auf die „Provinz" gerichtet sein. Deshalb muß die Friedensbewegung an diesem Tag schwerpunktmäßig nach Bonn mobilisieren, und zwar nicht nur einige hunderte oder tausende, sondern mehrere zehntausende Menschen. Daneben können und sollen selbstverständlich auch eine Vielzahl von dezentralen Aktionen stattfinden.

Ziel der Massenaktion in Bonn sollte es sein, Regierung und Bundestag in einem demonstrativen Akt die Berechtigung abzusprechen, sich in der existentiellen Frage der Raketenstationierung über den großen Mehrheitswillen der Bevölkerung, die Nein zur Stationierung sagt, hinwegzusetzen. Dieser demonstrative Akt sollte auch ein Akt des zivilen Ungehorsams sein. Deshalb wird die Friedensbewegung an diesem Tage versuchen, unter strikter Beachtung der Gewaltfreiheit so nah wie möglich an das Bundeshaus heranzukommen.

Auf einer Volksversammlung soll dann die Kluft zwischen Mehrheitswillen der Bevölkerung und der Parlaments- und Regierungsentscheidung für die Raketenstationierung zum Ausdruck gebracht, dieser Entscheidung die Legitimation entzogen und nachdrücklich eine Volksbefragung zur Raketenstationierung gefordert werden. Es ist beabsichtigt, all diejenigen Abgeordneten des Bundestages, die sich der Friedensbewegung verbunden fühlen, zu bewegen, demonstrativ für eine begrenzte Zeit aus dem Bundestag auszuziehen

und sich auf die Volksversammlung zu begeben.

b. Bundesweite Widerstandstage
Nach dem 21. November darf die Widerstandskraft der Friedensbewegung nicht an Stärke verlieren. Dazu bedarf es nicht nur einer Kontinuität des massenhaften Protestes, zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widerstands vor Ort, dazu bedarf es auch nationaler bzw. bundesweiter Widerstandstage: an diesen Widerstandstagen sollen bundesweit in konzentrierter Weise eine Vielzahl von dezentralen Aktionen des zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widerstandes stattfinden, wie z.B. die kurzfristige Besetzung von öffentlichen Einrichtungen oder größere die-in auf Verkehrsknoten.

Über die Termine der nationalen Widerstandstage hat es auf dem Bonner Treffen unterschiedliche Meinungen gegeben. Die einen meinten, daß nach dem 21. November die Kräfte der Friedensbewegung zunächst erschöpft seien und schlugen als Termin des 1. Widerstandstages nach dem 21.11. den 12. Dezember, den 5. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses, vor. Die anderen meinten, daß es gelte, die durch die Bonner Entscheidung vom 21.November für den Stationierungsbeginn hervorgerufene Empörung, solange sie noch frisch ist, zu nutzen und deshalb schon für den 25. November den ersten bundesweiten Widerstandstag nach dem 21.11. auszurufen.

c. Blockaden
Nach dem Willen der Wettrüstungsbetreiber soll im Dezember d. J. mit der Stationierung der neuen Atomraketen begonnen werden. Darauf muß die Friedensbewegung in angemessener Weise reagieren. Der Vorschlag des Rosa-Bloch-Papiers, bei Stationierungsbeginn die Dauerblockade eines wichtigen Stationierungsortes als nationalen Kristallisationspunkt des Widerstandes in Angriff zu nehmen, hat sich aus vielen Gründen als nicht realisierbar erwiesen. Stattdessen ist von Bonn vorgeschlagen worden, eine Abfolge von zeitlich befristeten Blockaden mit bundesweiter Mobilisierung durchzuführen. Als Stationierungsorte oder bedeutende militärische Umschlagplätze kommen in Betracht: Neu Ulm, Heilbronn, Mutlangen, Ramstein,
ter Mobilisierung durchzuführen. Als Stationierungsorte oder bedeutende militärische Umschlagplätze kommen in Betracht: Neu Ulm, Heilbronn, Mutlangen, Ramstein,
Bitburg, Bremerhaven und vor allem auch Frankfurt-Hausen, als Pershing II-Montagezentrum.

Gegenüber der Forderung nach zeitlich befristeten Blockaden ist eingewandt worden, daß sich diese Widerstandsform der Friedensbewegung mittlerweile abgenutzt habe. Demgegenüber ist erwidert worden, daß es gelte, beim realen Beginn der Stationierung gerade durch dieses Widerstandsmittel die Entschlossenheit der Friedensbewegung zum Ausdruck zu bringen.

d. Behinderung von Munitionstransporten
Ebenso wie Blockaden von Militärstandorten muß auch die Behinderung von Munitionstransporten zum „Instrumentarium" des gewaltfreien Widerstandes gegen das Wettrüsten gehören. Sie müssen daher auch von der Friedensbewegung als ganzes getragen werden.

e. Behinderung von Manövern
Manöver mit ungeheuren Beeinträchtigungen für die betroffene Bevölkerung laufen bisher ganz im Sinne derer ab, die sagen: *si vis pacem, para bellum* (Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor — Anm.d.Korr.). Natürlich kann die Friedensbewegung nicht hinnehmen, daß in unserem Lande Kriege geprobt und obendrein noch die Landschaft zerstört wird. Auch hier gilt es, der Militärmaschinerie unseren Widerstand entgegenzusetzen.

f. Alltäglicher gewaltfreier Widerstand vor Ort
Nationale und bundesweite Aktionstage sind gut, aber nicht ausreichend. Es muß vor Ort eine Kontinuität des Widerstandes gegen Wettrüsten und Kriegsvorbereitungen — vor allem gegen die psychologische Kriegsbereitschaft, die die Herrschenden „Verteidigungsbereitschaft" nennen — geben. Hierüber kann freilich nur vor Ort entschieden werden.

7. Verweigerungsaktionen

Anknüpfend an die Erfahrungen des Volkszählungsboykotts sollten wir hier diskutieren und gegebenenfalls auch umsetzen:
— Eine **Kriegsdienstverweigerungskampagne:** die diesbezüglichen örtlichen und regionalen Kampagnen des DFG/VG sollten erweitert und zur Kampagne der ganzen Friedensbewegung werden. Im Anschluß an das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sollten wir die Kampagne mit der Aussage führen: Wer ein „Gewissen" hat, kann sich heute nicht mehr dem Militärapparat andienen. Der Erfolg einer solchen Kampagne muß sich daran messen, ob die KDV-Verweigerungsquote tatsächlich ansteigt.
— Eine **Totalverweigerung** gegenüber dem gesamten Militärapparat in diesem Land — Bundeswehr, US-Army, ihrer Infrastruktur und dem militärindustriellen Komplex — die mehr als bloße Kriegsdienstverweigerung ist und den Ersatzdienst nicht betrifft, ist schon gefordert worden, aber bisher noch nicht konkretisiert worden. Denkbar sind Selbstverpflichtungen, sich allen Handlungen zu enthalten, die in der einen oder anderen Weise dem Militärapparat zugute kommen. Aber die Friedensbewegung ist nicht der große Lieferant der Bundeswehr oder der US-Army.
— Der **Jenaer Vorschlag** betreffend Friedensverträge zwischen Menschen oder Friedensbewegungen in West und Ost sollte aufgegriffen werden. Der Kern dieses Vorschlags zielt dahin, daß die Vertragsschließenden die persönliche Verpflichtung übernehmen, keinem staatlichen Befehl Folge zu leisten, der direkt oder indirekt auf die Androhung oder Ausübung militärischer Gewalt zwischen Menschen hinausläuft. Einen „Musterfriedensvertrag" sollte die Friedensbewegung entwerfen und ihren massenweisen Abschluß propagieren.
— Andere Verweigerungsaktionen — genereller oder selektiver Produktestreik, Kriegssteuerboykott — sind diskussionsbedürftig.

8. Aktionen mit herkömmlichem Protestcharakter

8. Aktionen mit herkömmlichem Protestcharakter

Gewaltfreier Widerstand, ziviler Ungehorsam und Verweigerungsaktionen müssen im Zentrum stehen, sie dürfen freilich nicht die einzigen Aktionen der Friedensbewegung sein. Um möglichst vielen Menschen — auch solchen, die nicht oder noch nicht zu diesen Aktionsformen bereit sind — die Möglichkeit zu geben, ihre Gegnerschaft gegen weiteres Wettrüsten und Kriegsvorbereitungen zu artikulieren, sind auch herkömmliche Protestformen notwendig.

9. Konsultative Volksbefragung zur Raketenstationierung

Die Forderung nach einer konsultativen Volksbefragung muß von der Friedensbewegung als ein wichtiges Instrument begriffen werden, den Prozeß der Deloyalisierung gegenüber den Wettrüstungsbetreibern (Punkt 3) voranzutreiben.

Die konsultative Volksbefragung ist seit der Kölner Aktionskonferenz vom April d.J. Diskussionspunkt in der Friedensbewegung. Seit Juni d.J. — im Anschluß an den Kirchentag in Hannover — ist sie Gegenstand einer Kampagne von Teilen der Friedensbewegung, der sich andere Teile noch enthalten. Auf dem jüngsten Bonner Treffen hat sich gezeigt, daß die Befürwortung der konsultativen Volksbefragung mittlerweile von einer breiten Strömung innerhalb der Friedensbewegung getragen wird, daß es jedoch auch nach wie vor in der Bewegung skeptische Stimmen und eine betonte Desinteressiertheit diesem Unternehmen gegenüber gibt.

In diesen Tagen wird die Grüne Fraktion im Bundestag den Gesetzentwurf zur Durchführung der konsultativen Volksbefragung einbringen. Es ist als so gut wie sicher davon auszugehen, daß die Mehrheit des Bundestages irgendwann im Spätherbst oder Winter die Volksbefragung ablehnen wird. Die Friedensbewegung muß sich daher jetzt auf zweierlei einstellen, auf dem Zeitraum bis zur endgültigen Ablehnung der Volksbefragung und auf den Zeitraum danach.

Im Zeitraum bis zur Ablehnung der Volksbefragung muß eine breite Kampagne für die Annahme des Gesetzentwurfs der Grünen laufen. Entscheidend ist jedoch, wie die Friedensbewegung mit der endgültigen Ablehnung der Volksbefragung umgeht. Nicht hilfreich ist der Vorschlag, dann eine autonome Volksbefragung durchzuführen. Dieser Vorschlag liefe letztlich auf eine Neuauflage einer Unterschriftensammlung hinaus, die der Friedensbewegung nichts einbringt.

Eine „ehrliche" Volksbefragung, bei der mit „Ja" oder „Nein" aufgrund einer neutralen Fragestellung zur Raketenstationierung abgestimmt werden kann, ist von der Friedensbewegung ohnehin nicht durchführbar. Statt autonomer Volksbefragung sollte die Ablehnung der Volksbefragung zum Anlaß genommen werden, das Demokratieverständnis und die Legitimität der Entscheidung für die Raketenstationierung in Frage zu stellen. Denn es erscheint mit keinem wie immer definierten Verständnis von Demokratie vereinbar, daß in einer solch existenziellen Frage, wie es die Raketenstationierung darstellt, die Forderung nach einer konsultativen Volksbefragung von Parlament und Regierung abgelehnt wird. Die Ablehnung der





Foto argus

Volksbefragung muß nicht nur das herrschende Demokratieverständnis — wenige bestimmen, was alle angeht — sondern auch die Legiti-
Volksbefragung muß nicht nur das herrschende Demokratieverständnis — wenige bestimmen, was alle angeht — sondern auch die Legiti-
mation der Raketenstationierung selbst als brüchig erscheinen lassen. Immer mehr Menschen können so zur Einsicht gebracht werden, daß sie schließlich sagen: wenn „die da oben" nicht einmal bereit sind, „die da unten" auch nur anzuhören, dann müssen die da unten eben auf andere Weise sich Gehör verschaffen. So kann die Ablehnung der konsultativen Volksbefragung ein Beitrag dazu sein, die Distanz zwischen einer nur demoskopischen Bevölkerungsmehrheit gegen die Raketenstationierung und dem Loyalitätsverlust gegenüber den Wettrüstungsbetreibern, einschließlich der Bereitschaft zum Massenwiderstand, zu verkürzen. Im Aufbrechen der Massenloyalität gegenüber den Wettrüstungsbetreibern liegt der entscheidende Hebel, dem Wettrüstungssyndrom einen empfindlichen Schlag zu versetzen.

10. Informative und argumentative Kampagne der Friedensbewegung

Veranstaltungen der Naturwissenschaftler, der Ärzte, des Gesundheitspersonals, der Richter und Staatsanwälte und der Architekten haben eine der Friedensbewegung äußerst günstige Wirkung in der Öffentlichkeit gebracht. Die Friedensbewegung muß alles daran setzen, das ihr günstige Meinungsklima unablässig durch eine breite Kampagne von Informationen und Argumenten zu verstärken. Als beispielshaft kann das jüngst stattgefundene Tribunal in Fulda gegen die Militarisierung in Osthessen gelten. Im Frühjahr des kommenden Jahres, kurz vor der Einweihung der Startbahn West des Frankfurter Flughafens, ist in Südhessen ein Tribunal zur Startbahn West, vor allem ihrer militärischen Bedeutung und zur Militarisierung in Hessen, in Aussicht genommen. Die Häufung solcher Veranstaltungen ist empfehlenswert. Vor allem aber sind empfehlenswert Veranstaltungen, auf denen Positionen der Friedensbewegung mit den Positionen der Rüstungsbefürworter konfrontiert werden.

11. Gewerkschaften und Betriebe

Die Positionsbestimmung der Gewerkschaften gegenüber der Friedensfrage im allgemeinen und der Friedensbewegung im besonderen hat in den letzten Monaten eine Bewegung erfahren, die — so beschränkt sie einstweilen auch sein mag — natürlich nur positiv zu werten ist. Was die Gewerkschaftsführung angeht, muß freilich auch gesehen werden, daß dieser Wandel nicht nur auf die Relevanz der Friedensfrage und die wachsende Akzeptanz der Friedensbewegung zurückzuführen ist, sondern auch etwas damit zu tun hat, daß die SPD nicht mehr Regierungspartei ist. Die bisherige Frucht des gewandelten Verhaltens der Gewerkschaften — die fünf Minuten des 5.Oktober — war ein Signal, dessen Bedeutung weniger in der Aktion selbst als in der Reaktion auf Arbeitgeberseite gelegen hat.

Positiver noch als die gewandelte Position der Gewerkschaften ist das Entstehen von betrieblichen Friedensinitiativen zu werten. Vielleicht werden sie sich zur Hefe im Teig betrieblicher Unruhe gegenüber weiterem Wettrüsten, einschließlich der Bereitschaft zu weitergehenden Aktionen als nur fünfminütiger Arbeitsniederlegung, entwickeln. Solange sich eine sol-
Foto argus
schließlich der Bereitschaft zu weitergehenden Aktionen als nur fünfminütiger Arbeitsniederlegung, entwickeln. Solange sich eine sol-
che betriebliche Unruhe nicht wie ein Flächenbrand ausgebreitet hat, ist der Ruf nach einem Generalstreik gegen die Raketenstationierung reiner Voluntarismus.

Entschieden muß denjenigen Tendenzen innerhalb der Friedensbewegung widersprochen werden, die versuchen, die Aktionen der Friedensbewegung auf den Stand der jeweiligen Aktionsbereitschaft der Gewerkschaften in der Friedensfrage festzuschreiben. Gleiches gilt natürlich für Tendenzen, die in sonstiger Weise offen oder verdeckt Abhängigkeiten zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften zur Folge haben. Die Friedensbewegung muß ebenso wie gegenüber jeder anderen Organisation auch gegenüber den Gewerkschaften strikt auf ihrer Autonomie bestehen (wie es übrigens auch die Gewerkschaften gegenüber der Friedensbewegung betonen). Dies schließt natürlich ein wechselseitig solidarisches Verhältnis nicht aus.

12. Inhaltliche Widersprüche und künftige Stuktur der Friedensbewegung

a. Die inhaltlichen Widersprüche
Die Friedensbewegung hat in der Vergangenheit und wird in Zukunft mit einer Vielzahl von sehr unterschiedlichen Positionen leben müssen, Das braucht auch künftig einer Einheit in der Aktion nicht im Wege zu stehen, vorausgesetzt, es wird ein allseits akzeptierbarer Modus gefunden, wie die Friedensbewegung mit ihren Widersprüchen umgeht.

Aus der Vielzahl der unterschiedlichen Positionen innerhalb der Friedensbewegung gibt es im Blick auf die erstrebte Aktionseinheit eigentlich nur zwei r e l e v a n t e Widersprüche. Der eine Widerspruch betrifft die Einschätzung von Bedeutung und Stellenwert des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien Widerstands (Punkt 4) sowie ihre Umsetzung in den konkreten Aktionen der Friedensbewegung. Wenn in der Praxis — und nicht nur verbal — den Aktionen des zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widerstandes der gleiche Stellenwert eingeräumt wird, wie den traditionellen Protestformen (und damit ist schon ein Kompromiß formuliert), so kann es auch eine Aktionseinheit geben. Sie kann es nicht geben, wenn — wie z.B. bei der Vorbereitung der Neu Ulmer Blockade am 21./22. Okt. im süddeutschen Koordinierungsausschuß — ständig Versuche unternommen werden, gewaltfreie Aktionen unter welchem Stichwort auch immer zu marginalisieren.

Der andere relevante Widerspruch betrifft das Verhalten der Friedensbewegung in diesem Lande zu den Rüstungen und zu den Ansätzen von staats- und parteiunabhängigen Friedensbewegungen in den realsozialistischen Ländern. Der zu findende Modus des Zusammenlebens in der Friedensbewegung könnte in diesem Punkt lauten: Alle respektieren die Positionen des einen Spektrums der Friedensbewegung, die die Politik der realsozialistischen Länder prinzipiell in einem positiven Licht sehen. Jedoch darf dieses Spektrum dem anderen Spektrum kein Denk-, Diskussions- und Aussageverbot hinsichtlich ihrer Positionen erteilen. Es muß innerhalb der Friedensbewegung gewährleistet sein, daß ausgesprochen wird — und zwar laut und deutlich — was Sache ist:

Erstens: Es darf keine Unterscheidung von guten und bösen Militärrüstungen geben. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben sich in der Vergangenheit im Großen und Ganzen auf längere Zeiträume gesehen nicht minder besessen am Wettrüsten beteiligt, als die USA und ihre Verbündeten. Bei der SS 20 hat die Sowjetunion in einem Ausmaß geklotzt, den man nur als irrational bezeichnen kann. Keinesfalls darf unsere Gegnerschaft gegen Pershing 2 und Cruise Missiles damit begründet werden, daß die SS 20 weniger gefährlich wären, sondern vielmehr damit, daß wir jedwede Atomrüstung, jedwedes Gleichgewichts- und Abschreckungsdenken ablehnen. Jede Atomrakete mehr, gleichgültig ob im Westen oder im Osten stationiert, ist ein Schlag gegen die Menschen im Westen und Osten.

Zweitens: Die teils kleinkarrierte,
gleichgültig ob im Westen oder im Osten stationiert, ist ein Schlag gegen die Menschen im Westen und Osten.
Zweitens: Die teils kleinkarrierte,
teils brutale Unterdrückung von Ansätzen staats- und parteiunabhängiger Friedensbewegungen in den realsozialistischen Ländern ist nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit dieser Länder in Sachen Frieden, sie schadet uns auch unmittelbar. Wenn es richtig ist, daß nur der entschlossene Druck einer großen internationalen, blockübergreifenden Friedensbewegung dem Wettrüsten der Supermächte und ihrer Satrapen Einhalt gebieten kann (Punkt 2), dann ist das Entstehen und repressionsfreie Agieren von vielen, wirklich autonomen Friedensbewegungen in West und Ost unverzichtbare Voraussetzung. Niemand sage uns deshalb hier, daß es uns nichts angehe, was bezüglich Friedensbewegungen jenseits von Werra und Elbe geschehe. Selbstverständlich muß es in der Friedensbewegung hier möglich sein, unüberhörbar gegenüber den realsozialistischen Ländern zu fordern, daß sie endlich die Repression gegenüber autonomen Friedensbewegungen ih ihrem Bereich einstellen und zwar vollständig.

b. Künftige Struktur der Friedensbewegung
Am 22. Oktober endet das Mandat der drei Koordinationsausschüsse für Norddeutschland, Westdeutschland und Süddeutschland, einschließlich dem der Bundeskoordination. Es muß für den Nachherbst und darüber hinaus eine neue Struktur der Friedensbewegung gefunden werden. Eine künftige Bundeskoordination darf nicht wiederum eine mehr oder weniger willkürliche Zusammensetzung mit einer Dominanz von Organisationen haben. Sie muß vielmehr eine e h r l i c h e Widerspiegelung der unterschiedlichen Spektren, der regionalen Strukturen und der örtlichen Friedensinitiativen sein. Vor allem muß die künftige Struktur einer Bundeskoordination der Tatsache Rechnung tragen, daß die meisten Aktivisten der Bewegung vor Ort, die schließlich die Knochenarbeit leisten, keiner Organisation angehören.

Springer-Blockade — Ein Exempel

,,Alles friedlich!" jubelten Friedensbewegung und herrschende Meinung im Chor nach dem Abschluß der Aktionswoche gegen die NATO-Nachrüstung. Nur in Hamburg hatte sich ganz zum Schluß noch eine höchst bedauerliche Entgleisung ereignet: Einige tausend Demonstranten hatten die Meinungsfreiheit der Springerpresse rundum blockiert und dabei die korrekte Linie der staatlich geprüften Gewaltfreiheit ein klein bißchen verlassen. Die GAL, die sich vorher noch großartig auf einen absolut gewaltfreien ,,Aktionsrahmen" eingeschworen hatte, sah sich plötzlich als Chaoten-Leitzentrale und Dachverband der Hamburger Möbelgeschäftsplünderer im Kreuzfeuer einer Kritik von CDU bis SPD. Doch was kaum jemand erhoffen durfte, trat ein: Die GAL hielt der heftigen Polemik stand, vermied die naheliegende Versuchung zur Distanzierung von den militanten Teilnehmern der Springer-Blockade. Nach dem vorhergehenden, streckenweise sehr konfusen Theater um den absolut gewaltfreien ,,Aktionsrahmen" zwar kaum noch zu fassen, aber umso erfreulicher und unterstützenswerter. Einige Aspekte dieses interessanten politischen Lehrstücks sollen hier nachgezeichnet werden.

Eine Idee wird geboren

Die Idee einer Springer-Blockade war zuerst vom Hamburger DKP-Vorsitzenden Gehrcke ins Spiel gebracht worden. Eigentlich hatte er mit diesem Spielball wohl nur den Streit um die Aktionsformen bei der Blockade der Bundeswehr-Führungsakademie während der Aktionswoche ein bißchen entschärfen wollen. Als linke Teile der Friedensbewegung (darunter auch individuell manche KB-Mitglieder) den von Gehrcke geworfenen Spielball aufnahmen, war die DKP postwendend mit einer Distanzierung auf dem Markt: So konkret habe man es nicht gemeint. Irgendwann einmal, sicher. Aber heute würden die Kollegen bei Springer eine solche Aktion doch noch gar nicht verstehen.

Für die Linken nur ein Grund mehr, die Idee praktisch weiterzuverfolgen! Die Springer-Blockade als markantes Gegengewicht gegen die ,,traditionellen Latschdemos" ebenso wie gegen die ,,ausgelutschte Form" der sowieso nur symbolisch praktizierten Blockade-Aktionen. Daß sich dabei das differenzierte Spektrum von 100%igen Gewaltfreien bis hin zu ganz Militanten nur schwer unter einen Hut bringen lassen würde, wurde sehr schnell deutlich. Die GAL, oder genauer gesagt: in erster Linie die bei den Hamburger Grünen dominierende Gruppe Z, drängte sich alsbald in eine integrierende Rolle. Wobei unter ,,Integrieren" einerseits die Durchsetzung eines absolut gewaltfreien ,,Aktionsrahmens" (richtiger: einer Aktionszwangsjacke) verstanden wurde, und andererseits ein Verkleistern der realen Widersprüche bis zum Gehtnichtmehr.

Die Sache mit dem ,,Aktionsrahmen"

Im Vorfeld der Springer-Blockade wurden insbesondere im sozusagen offiziellen Vorbereitungskreis (,,Komitee zur Verteidigung der Pressefreiheit") praktische Überlegungen zu den sinnvollsten Aktionsformen angestellt. Ein wesentlicher Punkt war dabei die Organisierung von ,,Sachblockaden" auf den wichtigsten Zufahrtswegen zum Springer-Hauptquartier. Gedacht war u.a. an ,,festverschnürte Zeitungsbündel mit Erzeugnissen der Springerpresse", die auf den Straßen gestapelt werden sollten. Außerdem an Straßensperren durch PKWs der Blockade-Teilnehmer. Andere Überlegungen beschäftigten sich mit der Herbeiführung eines außerordentlichen Sperrmüll-Tages im Viertel rund um Springer und mit Manipulationen an Verkehrsampeln. Insgesamt ein zwar auf Effektivität orientiertes, aber im Sinne der Gewaltfreiheit völlig unproblematisches Angebot von Einfällen. Der GAL, bzw. wiederum insbesondere der Gruppe Z, war das aber alles noch viel zu militant und gefährlich. Im rollenden Einsatz ihrer rhetorischen Spitzenkräfte sollte ein ganz anderer, sehr viel engerer ,,Aktionsrahmen" durchgepowert werden: Nur Körperblockaden, und sonst gar nichts. Auf keinen Fall Barrikaden, erst recht auf gar keinen Fall brennende Barrikaden. Kein Gebastel an den Ampeln, auch keine ,,passive Bewaffnung" (Helme etc.). Immerhin sollte der ,,Aktionsrahmen" noch so irrsinnig breit angesetzt bleiben, daß die Leute es sich selbst aussuchen konnten, ob sie stehen, sitzen oder liegen, singen oder kettenrauchen wollten.

Das ganze Unternehmen lief unter dem Motto der ,,politischen Vermittelbarkeit unserer Aktion". Praktisch war es die Vorwegnahme des berühmten Stuttgarter Staatsvertrages auf Basis der garantierten Einseitigkeit. Inhaltlich diskutiert wurde über diesen ,,Aktionsrahmen" so gut wie gar nicht. Daß er im Spektrum der sich auf die Blockade Vorbereitenden auf viel Widerspruch stieß, störte die GAL nicht: Man behauptete einfach wahrheitswidrig, aber dafür umso beständiger und entschiedener, daß der beschriebene ,,Aktionsrahmen" von a l l e n Trägern der Aktion akzeptiert worden sei. Dabei kam der GAL ein einfacher, aber wirkungsvoller Umstand zugute: Die Hamburger Ausgabe derTAZ ist, sobald es politisch um die Wurscht geht, ein reines Hofblatt der Gruppe Z; der zuständige Redakteur th.j. ist gleichzeitig ständiger Mitarbeiter der von der Gruppe Z maßgeblich beeinflußten Zeitschrift ,,Moderne Zeiten" (MOZ). Und die TAZ hat ein sehr weitgehendes Nachrichten-Monopol in der unabhängigen Linken. Hinzu kam noch, daß die militanteren Träger der Blockade von sich aus wenig Sinn darin sahen, dem Märchen vom ,,gemeinsam beschlossenen Aktionsrahmen" öffentlich zu widersprechen. Immerhin kam es aber zu solchen Pikanterien, daß die GAL im Namen des Vorbereitungskreises ein Flugblatt herausbrachte, aus dem sie nachträglich einen wichtigen Absatz wieder herausstreichen mußte: **,,Von uns geht keine Gewalt aus. Die Behinderung der Auslieferung muß alleiniger Grund für das polizeiliche Einschreiten sein. Aktionen, die der Polizei lediglich einen Vorwand liefern, müssen daher unterbleiben".** Die ihnen bestens bekannten deutlichen Widersprüche hielten aber die Hamburger TAZ-Redakteure nicht davon ab, in einer massenhaft auf der Hamburger ,,Volksversammlung" am 22.10. verteilten Extra-Ausgabe noch einmal zu lügen, daß sich die Balken bogen: **,,Alles in allem sieht es so aus, daß es trotz der Kontroversen zu einer ebenso ruhigen wie disziplinierten Blockadeaktion wie in Bremerhaven kommen könnte".** Mit den Autonomen (= Militanten) gäbe es in Hamburg ,,Absprachen" im Sinne des von der GAL angeordneten ,,Aktionsrahmens". Es werde bei der Springer-Blockade voraussichtlich weder *,,68iger Barrikadenromantik geben"* (aber dafür reichlich 83iger Sitzblockadenromantik?), *,,noch sollen Personen oder Sachen in irgendeiner Form angegriffen werden".*

Der KB steigt aus

Die Durchsetzung des eng geschnürten ,,Aktionsrahmens" in der GAL war für den KB der Anstoß zu einem Flugblatt an die linke Szene, **,,Eine mißglückte Aktion ist schlimmer als gar keine"** (siehe Kasten). In dem Flugblatt wurde vor den weit verbreiteten Illusionen über das zu erwartende Verhalten der Polizei gewarnt: *,,Anders als bei einer Reihe bisheriger Blockadeaktionen gegen Militäranlagen gäbe es bei einer Springer-Blockade keinen Spielraum für den Staat, die Aktion ins Leere laufen zu lassen und sie auf dieser Basis zu tolerieren".* Diesem voraussehbaren Verlauf werde von der Aktionsplanung, insbesondere von der Beschlußlage der GAL (,,Aktionsrahmen"), nicht Rechnung getragen. Es sei zu befürchten, *,,daß es am Abend und in der Nacht des 22.10. nur zu einer ratlos in den Straßen um Springer herumstehenden Menschenansammlung kommt, die einer vollgerüsteten Polizeimeute gegenübersteht",* mit dem Resultat von praktisch aussichtslosen, politisch unfruchtbaren Konfrontationen.

Vorgeschlagen wurde unter diesen Umständen, die Blockade am 22.10. abzublasen und an die Vorbereitung einer praktisch ernsthafteren, politisch besser vorbereiteten Aktion gegen Springer zu gehen (siehe Punkt 4 der abgedruckten Erklärung).

Vor allem wegen der praktischen Konsequenz — Ausstieg aus der konkret vorbereiteten Aktion — erwies sich die Stellungnahme des KB als völliger Mißerfolg. Diese Konsequenz wurde auch von denen, die weitgehend die Kritik am ,,Aktionsrahmen" der GAL und an den Fragwürdigkeiten der praktischen Vorbereitung teilten, als Abwiegelei und Wegtauchen interpretiert. Statt zur Frontbildung gegen die Apostel einer wildgewordenen Super-Gewaltfreiheit beizutragen, hatte sich der KB zwischen die Stühle gesetzt. Eine Stellungnahme, die sich darauf beschränkt hätte, das Geschwätz vom ,,Aktionsrahmen" anzugreifen und Partei zu ergreifen für die Zulässigkeit von etwas ernsthafteren Aktionsformen, wäre zweifellos sehr viel besser ,,angekommen". Es ist nicht einmal so, daß wir diesen Aspekt vorher übersehen hätten, auch wenn uns das A u s m a ß der Isolierung unserer Position doch überrascht hat. Ausschlaggebend für eine Stellungnahme in d i e s e r Form war aber die Hoffnung, an diesem Punkt eine Debatte über den politischen Sinn von Aktionen und Aktionsformen in Gang bringen zu können. Das scheint im wesentlichen mißglückt zu sein. In der GAL führte die Stellungnahme des KB zu einem großartigen Formalstreit, ,,ob der KB so etwas überhaupt darf", wobei sachliche Argumente wenig Beachtung fanden. Umstritten blieb und bleibt die Stellungnahme auch im KB selbst.

Ablauf der Aktion

Der Aktionsplan sah vor, von einem Sammelpunkt aus im Anschluß an die große ,,Volksversammlung" mit einem Demonstrationszug rund um Springer herumzuziehen. Aus dem Zug heraus sollten sich größere Gruppen lösen und die vorgesehenen Blockadepunkte besetzen. Die Planung sah zunächst 10 und schließlich (nach einer kleinen Änderung der Demo-Route durch die Polizei) 11 Blockadepunkte vor. In der Praxis sah es aber so aus, daß die wirklichen Blockadepunkte durch die Polizeiabsperrungen vorgegeben wurden. Diese stimmten nur in drei Fällen mit den vorgeplanten Punkten überein, während sie ansonsten alle näher am Springerhaus lagen. Dies vermutlich in der Absicht, die Blockierer mehr aus der City herauszuziehen. Es ergaben sich daraus wieder 10 Blockadepunkte, oder ganz genau 10 und zwei halbe. Von diesen Punkten kamen aber ernsthaft vermutlich nur d r e i als Ort eines Durchbruchs der Springer-Fahrzeuge in Betracht.

Der Demonstrationszug begann gegen 17.00 Uhr und zeigte sich überraschend groß: 10-15.000 Teilnehmer nennt die TAZ, 15.000 sagt die GAL — nachdem man am Abend der großen Schlacht an den grünen Stammtischen noch mühelos bis 30.000 gezählt hatte. 10.000 waren es sicher, und zusätzlich ein paar hundert Menschen waren gleich zu den Polizei-Absperrungen gegangen. In der Zahlenangabe über die Blockierer gibt es einen pikanten kleinen Unterschied zwischen TAZ und GAL: jene hat 7.000, diese 8.000. Ein bißchen Autonomie gegenüber den Grünen muß schon sein dürfen. 5.000 dürfte der Wirklichkeit näher kommen. In jedem Fall ergibt sich, daß ein erheblicher Teil der Demonstranten (gut 40 %) sehr bald nach dem Zug nach Hause gegangen/gefahren ist.

Von den Blockadestellen war zweifelsfrei die am Karl-Muck-Platz (einer der wahrscheinlichen Durchbruchspunkte) mit Abstand die zahlenmäßig stärkste und am besten organisierte. Hier hatte sich auch die GAL-Prominenz, einschließlich der Bürgerschaftsfraktion, versammelt und harrte dort bis zum Finale aus. An verschiedenen Blockadepunkten wurde — großenteils individuell und im Format erkennbar symbolisch — mit dem Bau von Barrikaden und Barrikadchen be-

Betrifft "Springer-Blockade"

Eine mißglückte Aktion ist schlimmer als gar keine

Als erste hatte die DKP den Vorschlag in die Debatte gebracht: Wie wäre es mal wieder mit einer Blockade bei Springer? ... Am Ziel dieses DKP-Vorschlags wird niemand zweifeln, der die einzigartige Partei der Arbeiterklasse in bißchen kennt: Es sollte ein Spielmaterial in die Debatte geworfen werden, um von den Aktionen an der Führungsakademie wegzulenken. Als nächstes brachte der Hamburger Uni-AStA, der vom DKP-Studentenverband MSB geführt wird, den Vorschlag, im Rahmen des Hochschultages, also am 20.10., eine Springer-Blockade durchzuführen. Der AStA ließ schließlich den Vorschlag genau wie der DKP-Vorsitzende Gehrke nach kurzer Zeit sang- und klanglos fallen, zugunsten eines völlig harmlosen "Atomkriegsszenarios" in der Innenstadt. Daraufhin griff die GAL-Hochschulgruppe den Vorschlag auf, um die DKP bzw. den MSB einmal "beim Wort zu nehmen". Und nun bekam der Vorschlag eine seltsame Eigendynamik, denn er fand Unterstützung über die Uni hinaus bei der GAL, der Frieko und dem Blockadeplenum.

Über die "technische", die praktische Seite des Vorhabens bestand zu keinem Zeitpunkt Klarheit und Einigkeit. Die in einem Flugblatt verwendete Formulierung, man wolle sich die *"Auslieferung der BILD am Sonntag a n s c h a u e n"*, drückte nicht nur juristisch gebotene Vorsicht aus, sondern auch eine erstaunliche Gedanken- und Bedenkenlosigkeit. Es ist für die geistige Situation der Friedensbewegung bezeichnend, daß erst n a c h t r ä g l i c h, als die Aktion im Prinzip schon feststand, das Nachdenken über praktische Konsequenzen losging: *"Nach langer Diskussion"*, so teilte der Vorbereitungskreis der Springerblockade mit, sei man darauf gekommen, *"die Zielsetzung der Aktion n e u zu bewerten."* Man war nämlich endlich auf die "realistische Einschätzung" gestoßen, daß die Polizei *"mit a l l e n ihr zur Verfügung stehenden Mittel die Auslieferung von 'BamS' erzwingen"* werde. Daraus ergaben sich für den Vorbereitungskreis praktische Schlußfolgerungen, wie z.B. Vorbereitung von Sachblockaden. Was dabei vom Vorbereitungskreis als mühsam und langwierig herausgefundene "realistische Einschätzung" präsentiert wurde, hätte eigentlich vom allerersten Moment der Planung und Beratung einer solchen Aktion an völlig klar sein müssen. Zumal es ja quer durch die Friedensbewegung genug Leute gibt, die sich noch an die Springerblockaden von Ostern 1968 erinnern mußten. Anscheinend hat das Real-Agreement zwischen Friedensbewegung und Polizei dazu geführt, den Blick für den einfachen Sachverhalt zu trüben, daß es Konfliktpunkte gibt, an denen das Agreement endet und die Sache vom Staat mit vollem Ernst ausgekämpft wird. Dazu gehört der ungestörte Vollzug der Publikumsverblödung durch die Springerpresse. Anders als bei einer Reihe bisheriger Blockadeaktionen gegen Militäranlagen gäbe es bei einer Springerblockade keinen Spielraum für den Staat, die Aktion ins Leere laufen zu lassen und sie auf dieser Basis zu tolerieren.

Diese Ausgangslage hätte v o r der Beschlußfassung über eine Springerblockade beraten werden müssen. Stattdessen ist festzustellen, daß n a c h t r ä g l i c h vor allem Sprecher der GRÜNEN kalte Füße kriegen und eine totale Selbstbeschränkung der Aktion durch das oberste GAL-Gremium durchgesetzt haben. Nach ihrem Willen darf es weder Materialblockaden (= Barrikaden) noch sonstige technische Hilfen geben; nur eine Sitzblockade soll stattfinden dürfen. Ob es dazu überhaupt noch kommt, soll erst unmittelbar vor der Aktion entschieden werden. Die Gelegenheit wird also dazu ausgenutzt, um in der Friedensbewegung noch mehr Selbstfesselungen durchzusetzen, die weit über eine noch so exessive Auslegung der Gewaltfreiheit hinausgehen und die nur noch die 100%ige Harmlosigkeit von sogenannten "Blockadeaktionen" zum Ziel haben.

Die Erfahrung von 1968 zeigt: Mit einigem Erfolg blockiert wurde nur dort, wo eine Reihe von massiven Barrikaden errichtet worden wären. Die Sitzblockaden an den anderen Straßenzugängen waren sehr schnell von der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas sowie durch rücksichtslos durchrasende LKW-Fahrer freigeräumt. Die zweite Blockade einige Tage später, bei der nur eine sehr kleine Minderheit überhaupt noch einen Barrikadenbau versuchte, war ein totaler Mißerfolg. Es irrt sich im Übrigen auch, wer da meint, durch Selbstbeschränkung auf eine Sitzblockade könnte eine menschenverletzende Eskalation durch die Polizei verhindert werden. Im Gegenteil ist daran zu erinnern, daß die Polizei 1968 gerade gegen einige Sitzblockaden äußerst brutal vorging. Und es gab sogar einen lebensgefährlich Verletzten durch einen losrasenden Springer-Fahrer. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist das von der GAL verhängte Barrikaden-Verbot abenteuerlich und verantwortungslos. Das Verhalten der GAL macht die geplante Blockade von vornherein zu einem harmlos-symbolischen Spielchen — harmlos wohlgemerkt nur für die Gegenseite, nicht aber automatisch auch für die Teilnehmerinnen/Teilnehmer.

Unter den gegebenen Umständen, wo offensichtlich die GAL als eine zentrale Trägerin der beabsichtigten Aktion von vornherein keinen ernsthaften Blockadeversuch mehr will, empfehlen wir dringend, die Aktion eindeutig un s o f o r t abzublasen.

1. Es ist immer gefährlich, mit Aktionen h e r u m z u s p i e l e n, die von der Gegenseite wegen ihrer praktischen und politischen Implikationen ernst genommen werden m ü s s e n. Solche Aktionen dürfen nur dann unternommen werden, wenn sie auch von unserer Seite aus mit dem nötigen Ernst vorher in ihren Folgen analysiert und entsprechend gründlich beraten und vorbereitet werden. An diesem Ernst hat es bei dem Beschluß über eine Springerblockade am 22.10. von Anfang an gefehlt.

2. Die de facto von den GRÜNEN über die GAL durchgesetzte Selbstbeschränkung der Aktion trägt zur Verwirrung und Uneinigkeit über die praktischen Formen und den Ablauf der Aktion bei. Darüber hinaus wirkt dieses Verhalten der GAL höchstwahrscheinlich demobilisierend gerade auf Kräfte, die für den relativen Erfolg einer solchen Aktion von Bedeutung wären.

3. Es muß angesichts der Beschlußlage in der GAL davon ausgegangen werden, daß es überhaupt keinen Plan und kein organisatorisches Zentrum für eine Springerblockade am 22.10. gibt. Unter diesen Bedingungen wäre zu befürchten, daß es am Abend und in der Nacht des 22.10. nur zu einer ratlos in den Straßen um Springer herumstehenden Menschenansammlung kommt, die einer vollgerüsteten Polizeimeute gegenübersteht. Es wäre kaum zu vermeiden, daß aus dieser Situation an verschiedenen Punkten und zu verschiedenen Zeiten kleinere Scharmützel sich ergeben, die insgesamt politisch total unergiebig wären, aber schwere Konsequenzen für Einzelne hätten. Je miserabler die Gesamtorganisation, je größer die Kluft zwischen politischem Anspruch und praktischem Zustand der "Blockade", umso größer auch die Wahrscheinlichkeit, daß Ratlosigkeit, Frust und angestauter Tatendrang zu den eben beschriebenen politisch sinnlosen, für Einzelne jedoch tragischen Situation führen würden.

4. Abgesehen von der konkreten Konstellation gehen wir generell davon aus, daß eine Blockade gegen Springer, wenn sie kein Fiasko werden soll, sehr ernsthaft und gründlich vorbereitet werden muß. Dazu gehört neben der Ernsthaftigkeit der Aktionsform auch eine auf längere Sicht anzulegende p o l i t i s c h e Vorbereitung der Aktion, in erster Linie innerhalb der Friedensbewegung selbst, dann aber auch in die übrige Bevölkerung hinein. Das Bewußtsein über den Sinn und die Notwendigkeit derartiger Aktionen, die den bisherigen Radius der Friedensbewegung deutlich überschreiten, darf nicht einfach stillschweigend vorausgesetzt werden.

5. Wir sind absolut sicher, daß von Seiten derjenigen, die für die Verstümmelung der geplanten Blockade zu einer bloßen Karikatur verantwortlich sind, jetzt dankbar die Gelegenheit ergriffen wird, mit scheinheiliger Schuldzuweisung an den KB die Absage der Aktion zu begründen. Wer Ursache und Wirkung nicht unterscheiden kann, mag der unvermeidlichen Dolchstoß-Legende Glauben schenken. Lieber nehmen wir diesen "Schwarzen Peter" in Kauf, als daß wir uns taktisch gegenüber einer Aktion verhalten, von deren Unsinnigkeit **unter den gegebenen Bedingungen** wir überzeugt sind.

Kommunistischer Bund



„Es wird kein Feuer geben, keine Barrikaden ...



gonnen. Nach einem gewaltigen Drohaufmarsch am Karl-Muck-Platz (2-3 Hundertschaften im Rücken der Blockierer und diese einkreisend) brach die Polizei kurz nach 20.00 Uhr an der Kreuzung Valentinskamp/Caffamacherreihe massiv durch. Innerhalb von wenigen Minuten war die Kreuzung freigeprügelt und weiträumig abgeriegelt. Die ersten Springer-Autos fuhren ab. Die entstandene Lücke im Blockade-Ring blieb von nun an offen; es wurde auch nicht versucht, sie wieder durch eine neue Blockade (die dann auf dem Dammtorwall hätte stehen müssen) zu schließen. Nur wenige Minuten später drang die Polizei prügelnd und mit Wasserwer-

weiträumig abgeriegelt. Die ersten Springer-Autos fuhren ab. Die entstandene Lücke im Blockade-Ring blieb von nun an offen; es wurde auch nicht versucht, sie wieder durch eine neue Blockade (die dann auf dem Dammtorwall hätte stehen müssen) zu schließen. Nur wenige Minuten später drang die Polizei prügelnd und mit Wasserwer-

fern über den Valentinskamp auch zum Karl-Muck-Platz vor. Hier wurden die Sitzblockierer (3-400?) von Wasserwerfern eingedeckt und von einer Polizisten-Kette dicht eingekreist, ohne von der Stelle zu weichen. Von hier aus machten Polizei-Trupps, teilweise von Wasserwerfern unterstützt, Ausfälle über z.T. mehrere hundert Meter, zur Ecke Feldstraße und bis in die Glacischaussee hinein, ebenso in den Holstenwall hinein, um kleine Gruppen von Abziehenden, vereinzelt auch Steine Werfenden und Barrikaden Bauenden, zu jagen. Eine größere Gruppe von Militanten hatte sich am Karl-Muck-Platz, Ecke Poolstraße, versammelt und wurde von hier aus in die nächsten Straßen abgedrängt, wo es improvisierte Barrikaden und Widerstand gegen die vorrückende Polizei gab. Wesentlich der GAL gelang es schließlich, vom Karl-Muck-Platz aus noch einen Demonstrationszug zu formieren, der einmal rund um die Blockadepunkte zog und die Ausharrenden einsammelte. Etwa 2.000 Menschen beteiligten sich schließlich an diesem geordneten Abzug (TAZ: 5.000).

... Wir wollen keine Konfrontation ...

„Ein großer politischer Erfolg"

In der GAL herrscht kaum Zweifel am „großen politischen Erfolg" der ganzen Aktion. Stimmung kam auf an den grünen Stammtischen, wo das Schlagwort von der *„größten Blockade des Herbstes"* (TAZ, 24.10.) schnell geprägt war. **„Wir haben Mutlangen und alle anderen Blockaden in die Tasche gesteckt"**, prahlte *„eine führende grüne Funktionärin"*, und die Hamburger TAZ-Redakteure th.j. und ej. notierten es sich brav (TAZ, 24.10.). Als Stimmungsbild in relevanten GAL-Kreisen kann man es kaum anschaulicher darstellen. Daß es ziemlich unverschämt ist, Vergleiche zwischen einer 4-Stunden-Blockade in der Millionenstadt Hamburg und den z.T. über mehrere Tage durchgeführten Blockaden an militärischen Standorten und in Bremerhaven zu ziehen, darf dabei keine Rolle spielen. Im Jubel der GAL über den eigenen „riesigen Erfolg" drückt sich allerdings auch aus, daß man bis zuletzt v o r der Aktion in tausend Ängsten geschwebt hatte, die ganze Sache könnte von der Teilnehmerzahl her ein totaler Reinfall werden und man würde dann an den Blockadepunkten sehr alt aussehen.

Auch ohne Übertreibungen ist festzustellen, daß die Beteiligung an Demonstration und Blockade zahlenmäßig gut war, wenn auch im Rahmen dessen, was die Hamburger Linke auch schon bei anderen Gelegenheiten „auf die Beine gebracht" hat. Daß die Blockade unter technischen Gesichtspunkten ein Mißerfolg war (der Durchbruch war innerhalb von wenigen Minuten freigeprügelt und blieb offen; alles weitere waren Scharmützel mit der Polizei, die mit dem Blockadeziel kaum noch zu tun hatten), spielte für die GAL von vornherein keine Rolle: **„Unseren Erfolg können wir nicht daran messen, wie lange wir den Springer nun bei seiner Auslieferung stören. Es gibt bei dieser Aktion eben keinen militärischen Maßstab, was Erfolg ist und was nicht"**. (Th. Ebermann, TAZ vom 19.10.)

Was die Blockade politisch bewirkt hat, ist bisher nicht untersucht worden und kann „auf die Schnelle" auch gar nicht ermittelt werden. Dieser Gesichtpunkt spielt aber für die Selbstbewertung der GAL („Riesenerfolg") überhaupt keine Rolle. Das kann auch gar nicht anders sein, wenn man sich selbst gleich wenige Stunden nach der Aktion die Traumnote „bundesweit absolut einmalig" zuerkennt.

Über die Organisation der Blockade wird anhaltend gestritten, wobei manche Urteile wohl allzu extrem („saumäßig") ausfallen. Sicher ist, daß gerade der Blockadepunkt an der Caffamacherreihe, wo dann der Durchbruch der Polizei stattfand, von Anfang an ein sehr schwaches und auch für gezielte Provokationen offenes Bild bot. Sicher ist andererseits auch, daß die GAL am Karl-Muck-Platz und später mit der Organisierung eines geordneten Abzuges eine positive Rolle gespielt hat. Rundum positiv ist auch zu verbuchen, daß es in der GAL nach der Aktion nicht zu einem öffentlichen Gezänk und zu direkten Distanzierungen wegen der aufgetretenen militanteren Aktionsformen gekommen ist. Angesichts einer massiven Medien-Hetze ist das besonders anerkennenswert. (So wird z.B. Th. Ebermann als Verbindungsmann zu den „Krawallmachern" und als Mitorganisator der „Ausschreitungen" angegriffen; gegen die Abgeordnete Thea Bock wird die Lüge verbreitet, sie habe neben den Plünderern eines Möbelgeschäfts gestanden, ohne einzugreifen).

z.B. Th. Ebermann als Verbindungsmann zu den „Krawallmachern" und als Mitorganisator der „Ausschreitungen" angegriffen; gegen die Abgeordnete Thea Bock wird die Lüge verbreitet, sie habe neben den Plünderern eines Möbelgeschäfts gestanden, ohne einzugreifen).

Und der „Aktionsrahmen"?

Angesichts der zur Schau gestellten vollen Genugtuung der GAL über den Ablauf der ganzen Aktion kann man das vorhergehende Theater um den absolut gewaltfreien „Aktionsrahmen" nur mit allergrößtem Erstaunen nachlesen. Th. Ebermann vorher: *„Was soll eigentlich diese ewige Betonung des gewaltfreien Charakters derAktion. Es geht doch alles viel schlichter und konkreter ab: es sollen keine Personen angegriffen oder verletzt werden. Es wird kein Feuer geben, keine Barrikaden... Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, und dieser eben skizzierte Rahmen ist von allen an der Aktionsvorbereitung Beteiligten akzeptiert worden.* (einfach gelogen! - Anm. AK) *Gerade weil wir das so klar verabredet haben, brauchen wir diese Reputierlichkeit über die ewige Betonung der Gewaltfreiheit nicht"*. (TAZ, 19.10.)

Betrachtet man den sogenannten „Aktionsrahmen" im einzelnen, so haben seine Details mit Gewaltfreiheit nur zum Teil zu tun. Manches ist sehr viel weiter gehend (z.B. Barrikaden-Verbot) und steht in dieser Strenge noch nicht einmal in dem berühmten Stuttgarter Staatsvertrag nachzulesen. Man wird sogar die Frage aufwerfen dürfe, ob nicht Barrikaden unter Umständen auch geeignet sein können, Gewalt gegen Menschen zu b e h i n d e r n . Der im Schnellverfahren zentralistisch von oben nach unten in der GAL durchgepowerte „Aktionsrahmen" wurde, soweit überhaupt, mit der politischen Vermittelbarkeit der Aktion begründet. Daher auch das Bestreben, mit Hilfe des Informationsmonopols der TAZ bis zur letzten Minute den Eindruck zu erwecken, d i e s e r „Aktionsrahmen" sei der allerseits verbindlich anerkannte und nur e r werde den tatsächlichen Ablauf der Aktion prägen.

Nun gibt es im Rückblick wohl bloß zwei Möglichkeiten: Entweder stand und fiel die politische Vermittelbarkeit der Springer-Aktion tatsächlich mit der strikten Wahrung des „Aktionsrahmens". Dann verrät es bestenfalls einen verwirrten Geisteszustand, die real abgelaufenen Vorgänge als „Riesenerfolg" abzufeiern. Oder das ganze vorhergehende Theater um den „Aktionsrahmen" war ein ärgerlicher Unfug, den man sich und anderen lieber hätte ersparen sollen. Dann sollte man das nachträglich ruhig — zumindest intern — eingestehen und daraus vernünftige Lehren für das nächste Mal ziehen.

Daß es mit der Festlegung auf den „Aktionsrahmen" schieflaufen würde, war voraussehbar. Gerade das war ein wichtiger Punkt in der vorhergehenden Kritik des KB gewesen. Spätestens zu dem Zeitpunkt, wo die Polizei an irgendeinem Blockadepunkt vorgehen würde, um einen Durchbruch freizukämpfen, waren Selbstverteidigungsformen außerhalb des „Aktionsrahmens" v o r p r o g r a m m i e r t. Zwar heißt es in vielen GAL-Verlautbarungen seit einiger Zeit wunderschön und ganz im Geiste des Evangeliums: **„Wir sind entschlossen, der Gewalt weder zu weichen, noch sie mit Gewalt zu beantworten"**. Aber dies auch zu p r a k t i z i e r e n , ist nicht einmal allen GAL-Leuten gegeben, geschweige denn all den vielen, die sich so einer Aktion anschließen.

Für Menschen, die zu einem großen Teil schon seit rund 15 Jahren „im politischen Geschäft" sind, ist die v o r der Aktion zur Schau gestellte Leichtsinnigkeit und Unbekümmertheit über den voraussehbaren realen Ablauf der Aktion umso unverzeihlicher. Hatte man wirklich geglaubt, die Problemtik mit dem ständigen Herunterleiern des angeblich allgemein akzeptierten „Aktionsrahmens" wegbeten zu können? Und hatte man den eigenen Beschwörungen (in GAL und TAZ) geglaubt, vermutlich werde sich die Polizei nach Bremerhaven harte Einsätze bei der Springer-Blockade politisch gar nicht leisten können, weil sie sich sonst öffentlich „total ins Unrecht setzen" würde?

Außerhalb der GAL sind die Reflektionen nach der Aktion ziemlich gemischt. Neben der Erleichterung, daß alles auch noch viel schlimmer hätte kommen können, ist im gewaltfreien Spektrum einige Verdrossenheit über den Ablauf der Aktion — konkret vor allem über die Gewalttätigkeiten — zu vernehmen. Darüber hinaus gibt es vereinzelt auch eine inhaltlichere Kritik an der leichtfüßigen Art und Weise, mit der die Dinge vor der Aktion von der

Springer-Lüge zur Springer-Blockade

„...Der GAL sei auch klargewesen, daß die militanten Gruppen auf Gewalt aus waren. Trotzdem

Springer-Lüge zur Springer-Blockade

„...Der GAL sei auch klargewesen, daß die militanten Gruppen auf Gewalt aus waren. Trotzdem

durften sie unmittelbar hinter dem Lautsprecherwagen der GAL hermarschieren. Die Chaoten wurden dann von bisher unbekannten Drahtziehern auf zwei Punkte konzentriert... Mit CB-Funkgeräten hielten sie Kontakt zu einer versteckten Zentrale am Rödingsmarkt. Dort wurde auch der Polizeifunk abgehört. Die Krawallmacher gaben wichtige Meldungen an den Lautsprecherwagen der GAL weiter. Am Haupt-Blockadepunkt trat der GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Thomas Ebermann als Sprecher der Demonstranten auf und forderte von der Polizei freien Abzug auch für die Chaoten. Als am Holstenwall die Schaufenster des Büromöbelgeschäftes 'Lüttjohann' geplündert wurden, stand die GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Thea Bock nach Beobachtung der Polizei ganz in der Nähe, hätte es sehen müssen, unternahm aber nichts dagegen".(„Hamburger Abendblatt", 25.10.)

***

„Nach den Erkenntnissen der Hamburger Sicherheitsbehörden haben die führenden Köpfe der GAL, allen voran Thomas Ebermann, den Blockadeversuch gemeinsam mit den Vertretern autonomer Gruppen, die zur Gewaltanwendung mehr oder weniger entschlossen waren, bis ins Detail geplant. Sie haben öffentlich zur Teilnahme aufgerufen und am Sonnabendabend an Ort und Stelle die gesamte Demonstration maßgeblich mitgesteuert. Die Ausschreitungen hat die GAL dabei bewußt in Kauf genommen — als Folge einer konsequenten Doppelstrategie ...

Die andere GAL, ein knallharter politisch-ideologischer Stoßtrupp mit einer gehörigen Portion Skrupellosigkeit in der Wahl der Methoden ...

Folgerichtig hat Ebermann sich am vergangenen Sonnabend auch genauso verhalten. Er agierte als einer der Drahtzieher und, nach dem Scheitern des Blockadeversuchs, schließlich als Unterhändler. Die Polizei hatte ihn inmitten von rund 100 Krawallmachern umzingelt. Da bot der GAL-Wortführer dem Innensenator auf dem Funkwege an, bei Zusicherung freien Geleits würden die Auseinandersetzung beendet ..." („Welt", 27.10.).



... mit der Polizei, ..." Fotos: argus

GAL gehandhabt wurden. Bei den zur Militanz Neigenden scheinen speziell diejenigen mit dem Ablauf sehr zufrieden, die betont leicht, locker und flockig ans politische Geschäft herangehen: Es hat tierisch geilen Putz gegeben, das ist ein abendfüllendes Programm. — Die politischen Praktiker und die Nachdenklicheren im autonomen-militanten Spektrum scheinen die Aktion eher als einen Mißerfolg zu interpretieren. — Im KB wiederum gibt es starke Meinungen, daß doch insgesamt bilanziert die Sache eigentlich ganz gut gelaufen sei, auch wenn die Kritik am Vorgehen der GAL natürlich ihre Berechtigung habe.

Zukünftig nur noch gewaltfrei?

Die Springer-Aktion hat von Anfang bis Ende unter dem entscheidenden Mangel gelitten, daß sie „weder Fisch noch Fleisch" war. Nämlich weder ein ernstgemeinter Blockadeversuch noch eine reine politische Demonstration. Mit dem Geschwätz vom „*militärischen Maßstab*" (Ebermann) wurde eine inhaltliche Debatte geschickt vermieden. Man braucht offensichtlich nur den Begriff „militärisch" ins Spiel zu bringen, um in der gesamten Friedensbewegung die einmütige Reaktion hervorzurufen, daß man d a s selbstverständlich nicht will. Auf das Errichten von Sachblockaden oder im Extremfall auf Scharmützel mit der Polizei den Begriff „militärisch" überhaupt anzuwenden, verrät Realitätsverlust oder Gerissenheit. Sinnvoller wäre es, einen Begriff wie „technische Ergebnisse" anzuwenden. Und d a n n muß allerdings festgestellt werden, daß es absurd und verantwortungslos ist, zu einer B l o c k a d e aufzurufen, wenn man deren technische Ergebnisse von vornherein für absolut uninteressant hält und wenn man eigentlich nur eine politische Demonstration beabsichtigt. Dann soll man gefälligst gleich zu einer Demonstration aufrufen, statt Menschen sinnlosen Risiken für ihre körperliche Unversehrtheit auszusetzen.

„Wir sind, sagte der Sprecher der Grünen, Rainer Trampert, „gar nicht daran interessiert, daß es zu Ausschreitungen kommt, denn dann können wir für künftige Aktionen dieses Stils nicht so viele Teilnehmer gewinnen, wie wir wollen. Eine Wiederho-
lung der Blockadekämp- wollen. Eine Wiederho-
lung der Blockadekämpfe, wie es sie 1968 während der Studentenbewegung gab, wollen wir gerade nicht". („Frankfurter Allgemeine", 24.10.)

Die Hintergründe der Sache werden klarer, wenn man die etwas kompliziertе Strategie von tonangebenden Kräften der GAL betrachtet: Auf der einen Seite der Versuch, über die Befürwortung von „radikaleren Aktionsformen" Gegenakzente gegen die „traditionalistischen" Kräfte der Friedensbewegung zu setzen. Dabei als parteipolitischer Hintergedanke das Anliegen, die GRÜNEN gegenüber der SPD (und DKP) zu profilieren. Auf der anderen Seite aber das Interesse, den angeblich „radikaleren Aktionsformen" schon im Vorwege möglichst alle Zähne zu ziehen und sie auf ein Niveau herunterzuzähmen, das sich in der Praxis kaum noch von denjenigen Aktionsformen unterscheiden soll, die auch vom „traditionalistischen" Spektrum der Friedensbewegung mitgetragen oder zumindest toleriert werden. Das ist eine heikle Gratwanderung, die als Strategie zum Scheitern verurteilt ist, auch wenn sie vielleicht noch einige kurzfristige Erfolge für sich verbuchen kann.

Auch wenn die Springer-Blockade in der GAL als „Riesenerfolg" gefeiert wird, dürfte dahinter insgeheim wohl oft die Meinung stehen, daß man diesmal zum Glück noch mit einem blauen Auge davongekommen ist, aber daß man auf die Wiederholung einer Aktion in d i e s e r Form lieber verzichten möchte. Unter dem Aspekt der längerfristigen Auswirkungen betrachtet, wird der reale Ablauf der Aktion vermutlich die Tendenz nur noch verstärken, daß „militärische Konfrontationen" mit der Polizei völlig zwecklos sind. Daß man also noch stärker auf 150%ige Gewaltfreiheit drängen muß. Daß man Bündnisse mit den Autonomen eben nicht wieder eingehen darf. Daß man Militante während der Aktion unter Kontrolle bringen und von ihrem schädlichen Tun abhalten muß. Demo-Anmelder Günter Hopfenmüller (GAL, die GRÜNEN) nach der Aktion: „.... *Es gäbe bei einer derartigen Vielzahl von Gruppen, wie bei dieser Demonstration, immer welche, die etwas anderes machen wollten als der Veranstalter. Weil die GAL das wußte, hätte sie schon weit vor der Demonstration mit allen möglichen Gruppen diskutiert. Das Ziel der GAL sei dabei immer gewesen, keine Gewalttätigkeiten zu dulden... Während der Demonstration hätten GAL-Mitglieder mehrfach eingegriffen und Leute, die sich zum Beispiel mit Steinen und Latten ausrüsten wollten, überredet, dies nicht zu tun, wenn nicht alle anderen Mitdemonstranten damit einverstanden wären... Hopfenmüller: 'Wenn die GAL nicht dabeigewesen wäre, wäre Schlimmeres passiert".* („Hamburger Abendblatt", 24.10.) Und die Argumentation von Thomas Ebermann: Alle Träger der Aktion hätten sich ja vorher auf den absolut gewaltfreien „Aktionsrahmen" geeinigt. (An dieser Behauptung hält er tatsächlich noch nach der Aktion fest!) Insgesamt habe es mit dem „Aktionsrahmen" auch ganz gut geklappt. Für alles andere sei die Polizei verantwortlich, die überhaupt erst durch den Steinwurf eines Provokateurs (an der Ecke Caffamacherreihe, unmittelbar vor dem Polizei-Durchbruch) die folgenden Auseinandersetzung herbeigeführt habe. — Es ist kaum zweifelhaft, daß dieser (heute tonangebende) Teil der GAL auch bei zukünftigen Aktionen wieder mit seiner Zwangsjacke des absolut gewaltfreien „Aktionsrahmens" ankommen wird — nur mit dem Unterschied, daß dann vermutlich alles noch ein bißchen fester verschnürt werden soll. Das wird aber nur funktionieren, wenn sich dieser „Aktionsrahmen" auch p r a k t i s c h deutlich stärker durchsetzen und kontrollieren läßt als bei der Springer-Aktion.

Gegen diese Entwicklung noch positive Handlungsalternativen zu setzen, ist schwer. Nötig wäre dazu als Voraussetzung, daß über die „technischen" Ziele, Wirkungen und Mittel von Aktionen überhaupt wieder ernsthafte Diskussionen geführt werden können. Das heißt, unterhalb der Schwelle von offensiv angewendeter menschenverletzender Gewalt und der Zerstörung von individuellem Eigentum der Bevölkerung darf kein Mittel von vornherein als unzulässig ausgeschlossen werden. Es ist ein Widerspruch, wenn einerseits das Gerede über „radikalere Aktionsformen" in voller Blüte steht, aber andererseits der Katalog von verbotenen Aktionsformen und -mitteln immer mehr ausgeweitet wird. Die zentrale politische Frage besteht aber nicht darin, mit einem immer mehr schrumpfen-
mehr ausgeweitet wird. Die zentrale politische Frage besteht aber nicht darin, mit einem immer mehr schrumpfen-
den Potential militantere Aktionsformen zu praktizieren. Sondern sie besteht in erster Linie darin, sich dem allgemeinen Trend zur Selbstdressur der Friedensbewegung p o l i t i s c h entgegenzustellen. Da wäre beispielsweise das Grund-Dogma der Friedensbewegung in Frage zu stellen: Es sei der Staat, der Krawall wolle, und die Friedensbewegung müsse diese Strategie durch betonte Gewaltfreiheit durchkreuzen. Wenn ausgerechnet die „Bild am Sonntag" am 23.10. mit der Schlagzeile erscheint: **„Alles friedlich! 600.000 bei der 'Blumen-Demo'"**; wenn Innenminister Zimmermann derselben Zeitung sagt: **„Ich bin sehr zufrieden, daß es zu keinen nennenswerten Gewalttaten kam"**; wenn seit mindestens einem halben Jahr sämtliche etablierten Politiker sich um die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung sorgen, die selbstverständlich nur durch totale Gewaltfreiheit zu garantieren sei... - ja, dann sollte mensch diese Äußerungen ruhig ernst nehmen. Nämlich als Ausdruck davon, daß die größte Angst der Herrschenden t a t s ä c h l i c h darin bestand, es könnte im Verlauf der Herbst-Aktionen zu m a s s e n h a f t e n Konfrontationen zwischen Staatsvolk und Staat kommen. Daß die gleichen Politiker vor i s o l i e r t e n, eng eingegrenzten, überschaubaren Krawallen keine Angst haben, ja, daß sie solchen vielleicht sogar gelegentlich etwas nachhelfen, ist ein anderer Teil der gleichen Strategie.




„Das Hamburger Konzept basiert ... Foto: argus


...auf einer zahlenmäßig starken ... Foto: argus

...auf einer zahlenmäßig starken ... Foto: argus


... und gutausgebildeten Polizei." PAN-Foto

Aus der Sicht des Innensenators

„Das Hamburger Konzept basiert auf einer zahlenmäßig starken und gut ausgebildeten Polizei. Der Hamburger Staat hat die innere Sicherheit, also Polizei und Verfassungsschutz, in den Etats der letzten Jahre als Prioritätenbereich behandelt. Dazu gehörte zum Beispiel eine Erhöhung der Zahl der Polizeibeamten, die im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern auch 1984 wiederum erhöht wird. Die Ausbildung der Polizei ist darauf ausgerichtet, daß sie imstande ist, differenziert zu handeln und gelassen zu reagieren. (...) Es lohnt sich, diese Anstrengungen zu unternehmen, weil durch wenige falsche Aktionen das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei zerstört werden kann. Es wieder herzustellen, bedarf dann jahrelanger Arbeit. In einer Zeit, wo die sozialpolitischen und innenpolitischen Kontroversen heftiger werden, kommt es darauf an, daß im Verhältnis zwischen Bürger und Polizei nicht Spannungen entstehen, die auf das innere Gefüge unserer Demokratie durchschlagen und den Grundkonsens auflösen. (...) Wir sind jetzt herausgefordert, diese Glaubwürdigkeit zu stärken, um sie zu erhalten. Der einvernehmlich im Bundestag verabschiedete Bericht der Enquete-Kommission 'Jugendprotest im demokratischen Staat' weist zu Recht darauf hin, daß die Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols des Staates bedingt, daß staatliches Handeln für den Bürger einsichtig und nachvollziehbar sein muß. Wer darauf verzichtet, verschafft den Gewalttätern Zulauf aus dem Kreise derjenigen, die bisher noch unentschieden sind, ob sie sich auf die Seite der Gewalt schlagen sollen". („Hamburgs Innensenator Pawelczyk, „Frankfurter Rundschau" vom 28.9.)

Ermittlungsausschuß ✶✶✶ Springer-Blockade

Bis heute ist die Zahl der Demonstranten, die von der Polizei abgegriffen worden sind, nicht klar. Während in offiziellen Erklärungen immer wieder eine Zahl zwischen 24 und 26 Festgenommenen auftritt, liegen uns wesentlich mehr namentlich vor. Die Differenzen ergeben sich daraus, daß von offizieller Seite immer nur die benannt werden, gegen die möglicherweise strafrechtlich ermittelt werden soll; weggelassen werden alle, die entweder nur zur Personalienüberprüfung mitgenommen oder nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) „in Gewahrsam genommen“ worden sind. Teilweise wurden schon ab 16 Uhr nachmittags Festnahmen vorgenommen, mit Begründungen wie: „Euch kennen wir doch“.

Von den Festgenommenen sind sechs ED-behandelt, einer nach der Haftrichtervorführung in Haft genommen worden (er ist am Dienstag, beim Haftprüfungstermin mit Meldeauflagen rausgekommen).

Dieselben Schwierigkeiten, einen Überblick zu bekommen, haben die Demo-Sanis. In den meisten Fällen sind sie von der Polizei nicht zu den Verletzten gelassen worden, die hinter den Polizeiabsperrungen lagen.

Daß nicht alles so gewaltfrei und geordnet abgelaufen ist, wie es uns die TAZ glaubend machen will, machen die Augenzeugenberichte von Verletzten, Festgenommenen und Beobachtern deutlich. Der erste Sturm der Polizei an der Caffamacherreihe ist für die meisten Demonstranten dort ohne jede Vorwarnung, teilweise an der Sperre **sitzend** gekommen. Wasserwerfer von zwei Richtungen, aus der dritten Richtung stürmende, knüppelnde Bullerei, und „sozusagen um die Ecke“, ein Stück weiter in der freien Straßenrichtung, wartet die nächste Hundertschaft. Ein großer Teil der Festnahmen/Ingewahrsamnahme, die es hier gegeben hat, sind von Zivis, die direkt unter die Demonstranten gemischt waren, vorgenommen worden.

Der zweite größere Sturm, den die Bullerei gegen die Demonstranten lief, war kurz nach der Räumung der Caffamacherreihe am Karl-Muck-Platz. Während ein Teil unbehelligt, bzw. teilweise umringt von Bullerei, dort die Sitzblockade erstmal weiterfüren konnte, wurde gleichzeitig eine totale Jagd auf Demonstranten veranstaltet.

Wasserwerfer und Bullerei trieben die Menschen vom Karl-Muck-Platz bis zur Ecke Glacischaussee und weiter bis zur Feldstr. Einzelne Gruppen, die sich auf das Heiligengeistfeld flüchteten, wurden selbst dort noch, speziell von Zivis, verfolgt und zusammengeschlagen.

Nicht unbedeutend ist dafür die Beobachtung eines Hamburger Rechtsanwaltes, der gesehen hat, wie auf dem Hof von Springer Holzknüppel an die Zivis verteilt worden sind. Interessant wäre eine Antwort auf die Frage: „Wie lautete der Einsatzbefehl für diesen Abend?“

Die Menschen, die sich nach diesen
dem Hof von Springer Holzknüppel an die Zivis verteilt worden sind. Interessant wäre eine Antwort auf die Frage: „Wie lautete der Einsatzbefehl für diesen Abend?“

Die Menschen, die sich nach diesen Überfällen bei uns meldeten, entweder weil Leute von ihnen festgenommen worden sind oder sie Augenzeugen von diesen Vorgängen geworden waren, waren teilweise völlig panisch und standen von den Vorfällen noch so unter Schock, daß sie am Telefon weinten oder gar nicht zusammenhängend reden konnten.

Erschreckendes Ausmaß hatte die systematische Brutalität der Bullerei bei den Festnahmen und auf der Wache.

So sprang bei einer Festnahme eine Bulette einem am Boden liegenden Mann auf den Rücken — Lendenwirbelverletzung, so wurde einem Jugendlichen bei der Festnahme der Kopf mit dem Stiefel auf den Boden gedrückt und CN ins Ohr gesprüht — starke Verätzungen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Journalisten und Fotografen, die solche Vorgänge fotografieren wollten, mußten die Beine in die Hand nehmen, um nicht selber abgeschleppt zu werden.

Am schlimmsten erging es den Demonstranten, die auf die Budapesterstr. geschleppt worden sind. Aus Augenzeugen: „*Ich sah meinen Freund, der von einem Beamten in Zivil zu Boden geschmissen wurde. Ein anderer Polizist hat ihm mit Stiefeln in die Seite getreten. Ich selbst blieb stehen, und ließ mich festnehmen.... Auf der Wache wurde ich von zwei Beamten in den Keller gebracht. Einer drehter mir den Arm um und der andere fing auf der Treppe an, mir unter wüsten Bechimpfungen ein knappes Dutzend mal mit voller Wucht auf den Sola Plexus zu schlagen. Ich bekam keine Luft mehr. Während der andere meinen Arm weiter umdrehte und mich mit der Faust schlug, wurde ich im Judogriff gewürgt bis ich ohnmächtig zu Boden glitt. Er schrie im Würgen: „Ich bring dich um, du Schwein“. Nachdem er mich so in Todesängste versetzt hatte, schlug er noch mit dem Gummiknüppel auf mich ein, dabei drohte er mir, mich zu Hause zu besuchen, wenn ich behaupte, daß ich geschlagen worden wäre. Nachher baute er sich nocheinmal vor der Zelle auf, und zwang mich die Schläge zu leugnen. ...*“

Bekannt ist die Wache schon seit 1980, als die „punkjagd“ im Karoviertel ihren Höhepunkt hatte und die dort hingebrachten Jugendlichen systematisch geschlagen und bedroht wurden. Bis heute hat sich auf dieser Wache nichts geändert, obwohl es bekannt ist, daß die Mißhandlungen der Punks keine Ausnahme waren.

Jugendliche aus mehreren Jugendverbänden (Arbeitsgemeinschaft Hamburger Jugendverbände für Natur- und Umweltschutz (AGJNU)), deren Mitglieder oder Freunde auf dieser Wache mißhandelt worden sind, haben dazu ein Flugblatt gemacht und seit dem 27.10.83 halten sie eine Mahnwache vor der Polizeiwache. Das erste Flugblatt dazu ist bereits von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden, das zweite Flugblatt der Jugendlichen ist im Druck. In der Nacht von Freitag auf Samstag kam die Bullerei - ach wie fürsorglich sie doch ist- und forderte, daß die unter 18jährigen Jugendlichen nach Hause sollten — wegen des Jugendschutzes natürlich.

Die AGJNU will die Mahnwache erstmal bis Montag weiterführen, einzelne Bullen sind schon wiedererkannt worden.

Wir möchten nochmal alle Betroffe-
schutzes natürlich.
Die AGJNU will die Mahnwache erstmal bis Montag weiterführen, einzelne Bullen sind schon wiedererkannt worden.

Wir möchten nochmal alle Betroffenen und Augenzeugen für die Vorfälle bei der Springer-Blockade aufrufen, sich bei uns zu melden(Schreibt Berichte!). Wir wollen am 5.11.83 ein Betroffenentreff machen und diskutieren, wie wir uns gemeinsam politisch und juristisch gegen diese Übergriffe von Bullerei und Zivis wehren können.

Ermittlungsausschuß Hamburg
Bartelsstr. 26 — 2000 Hamburg 6
☎ 040/43 21 71



Mahnwache vor der Wache Budapester Str. Foto: argus

Skandal um Willy

Willi Brandt als Starredner des „Heißen Herbstes“ — was seit dem Regierungswechsel an linken Stammtischen dumpf befürchtet wurde, auf der Bonner „Volksversammlung“ am 22. Oktober war es böse Wirklichkeit geworden. Frenetisch abgefeiert wurde Brandt allerdings nicht, wie von bestimmten Fraktionen im Bonner Koordinierungsausschuß erhofft, sondern eher skeptisch empfangen und verabschiedet, was zunächst einmal für die Bewegung spricht. Aber Brandt wurde auch nicht gnadenlos ausgepfiffen, was geraten erscheinen läßt, diese Skepsis nicht überzubewerten. Über die Erfolgsaussichten sozialdemokratischer Vereinnahmungspolitik der Friedensbewegung ist damit erst wenig ausgesagt. Und die leidvolle Erfahrung (mit) der Anti-Atombewegung der 50er Jahre existiert für einen großen Teil der Friedensbewegung nur auf dem Papier.

Auf dem Weg in die Arme der SPD

Bereits vor Wochen hatte der Koordinierungsausschuß einen in seiner praktischen Konsequenz mehr als windigen Beschluß gefaßt: Die geschäftsführenden Organisationen wurden beauftragt, mit „gesellschaftlich relevanten Organisationen“ — genauer: den Bundestagsparteien, den Gewerkschaften sowie dem göttlichen Bodenpersonal beider Konfessionen Gespräche „*über das notwendige NEIN zur Stationierung neuer Atomraketen zu führen*“. Eine sehr allgemein gehaltene Formulierung für das, was tatsächlich mit diesem Beschluß intendiert war: Repräsentanten der genannten „gesellschaftlich relevanten Organisationen“ für die Abschlußkundgebungen der Aktionswoche zu gewinnen. Zwecks der Breite, versteht sich. Die Gespräche mit dem DGB endeten schon bald mit dem handfesten Ergebnis, daß Ilse Brusis, eher dem rechten Flügel im DBG zugehörig, für die Bonner „Volksversammlung“ nominiert wurde.

Im Koordinierungsausschuß hatte sich am 22.9. der SPD-Abgesandte Wolfgang Biermann, der eine Firma namens IFAS (Initiative für Frieden, Abrüstung und Sicherheit) unterhält, dafür ausgesprochen, von Seiten der SPD einen solchen Redner einzuladen, „*der den Entwicklungsprozeß der unterschiedlichen politischen Standpunkte der SPD zur NATO-,Nach'rüstung in Zeiten der Regierungsverantwortung und als Oppositionspartei Rechnung trägt*“. Wer konnte damit anderes gemeint sein als d e r Mann des „sowohl als auch“: „Quallen-Willy“, ist es doch eine bis weit in Kreise links von der SPD verbreitete Unsitte, diesem

und als Oppositionspartei Rechnung trägt“. Wer konnte damit anderes gemeint sein als d e r Mann des „sowohl als auch“: „Quallen-Willy“, ist es doch eine bis weit in Kreise links von der SPD verbreitete Unsitte, diesem

Mann prinzipiell nichts Schlechtes zuzutrauen. Wenn es darum geht, Verantwortliche für den stramm rechten Kurs der SPD in den letzten 13 Jahren zu benennen, wartet mensch gewöhnlich vergebens darauf, daß der Name Willy Brandt fällt. Wenn der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei erklärt, er habe seinerzeit dem verhängnisvollen „NATO-Doppelbeschluß“ lediglich aus angeblich gebotener Loyalität zum ebenfalls sozialdemokratischen Bundeskanzler seine Zustimmung erteilt, wird ihm das eben abgenommen. Nehmen wir einmal an, es hätte sich damals genauso zugetragen, wie Brandt behauptet, dann ist es immer noch ein schlichter Skandal, daß er in einer so existentiellen Frage, wie sie die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles letztendlich ist, die Loyalität zu einem sozialdemokratischen Bundeskanzler höher bewertet als die konsequente Verneinung einer kriegstreiberischen Rüstungsmaßnahme.

Bevor wir nun die Geschäftsführung des Koordinierungsausschusses auf ihrem schweren Weg zur Audienz in die SPD-Baracke begleiten, wollen wir die Akteure selbst vorstellen. Die Geschäftsführung setzt sich aus folgenden Organisationen und Personen zusammen:

— BBU, vertreten durch den „*munteren Juso*“ (Gremliza) Jo Leinen.
— Für die VDS sitzt Jochen Dietrich, MSB-Funktionär, in der Geschäftsführung.
— Die DFG/VK wird durch Gerd Greune und Gregor Witt vertreten. Beide stehen für den „offiziellen“ (Mehrheits-)Kurs der Organisation.
— Die der SPD „nahestehende“ Aktion Sühnezeichen/Dienst für den Frieden (ASF) hat Volkmar Deile und Andreas Zumach nach Bonn geschickt.
— Die „Anstiftung der Frauen für den Frieden“ wird, wie sollte es anders sein, durch Eva Quistorp repräsentiert.
— Und für den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen (BuKo) sitzt Jürgen Jakoby in der Geschäftsführung.

Vier der aufgelisteten Organisationen zählen zum „traditionellen Spektrum“ der Friedensbewegung, das somit in der Geschäftsführung über eine satte Mehrheit verfügt. Das „traditionelle Spektrum“ hatte geschlossen aus seiner Sympathie für einen Brandt-Auftritt keinen Hehl gemacht. Eva Quistorp, „Anstiftung der Frauen für den Frieden“, etikettiert sich gern selbst mit dem diffusen Begriff „unabhängig“; im Zweifelsfalle hat sie noch immer mit dem „traditionellen Spektrum“ abgestimmt.Es sei denn, es geht explizit und ausschließlich gegen die DKP. Dann schmiedet sie auch schon einmal gemeinsam mit Jo Leinen an der Negativ-k o a l i t i o n „Unabhängige/Sozialdemokraten“.

Der BuKo hat im letzten Jahr, anläßlich der Demonstration am 10.6., gemeinsam mit der ESG, die dieses Jahr leider nicht in der Geschäftsführung vertreten war, das „unabhängige“ und „linke“ Spektrum in der Geschäftsführung repräsentiert. Davon war in diesem Jahr nichts zu spüren. Der Mehrheit in der Geschäftsführung gelang es geschickt, den BuKo-Vertreter in allen wesentlichen Fragen und Entscheidungen mit einzubinden. Im Zusammenhang mit der Brandt-Debatte sah sich

heit in der Geschäftsführung gelang es geschickt, den BuKo-Vertreter in allen wesentlichen Fragen und Entscheidungen mit einzubinden. Im Zusammenhang mit der Brandt-Debatte sah sich

Werner Rätz, Vertreter des BuKo im Koordinierungsausschuß, zu einer öffentlichen Distanzierung vom Verhalten des BuKo-Vertreters in der Geschäftsführung genötigt.

Streit im Koordinierungsausschuß

Eine gezielte (begrüßenswerte) Indiskretion ließ die Audienz zunächst platzen. Die Geschäftsführung war blamiert und Quallen-Willy sauer. Der Bundesvorstand der GRÜNEN forderte in einer Pressemitteilung den SPD-Bundesvorstand auf, „*den früheren Bundeskanzler und Erfinder der Raketenlücke Helmut Schmidt mit einem klaren NEIN zur Stationierung für die Volksversammlung am 22. Oktober in Bonn zu benennen. Dies wäre nach Ansicht der GRÜNEN ein deutlicher Beweis für die notwendige Glaubwürdigkeit der SPD als Nachrüstungsgegner*“. (Ein anderer Vorschlag, aus dem „unabhängigen Spektrum“, empfahl diese Zeremonie: Brandt sollte in Neu-Ulm, einem der Pershing-II-Stationierungsorte, vor einem noch zu errichtenden Anti-Kriegsdenkmal niederknien und die so schlichten wie wirkungsvollen Worte sprechen: „Ich bereue alles“).

Die Sozialdemokraten im Koordinierungsausschuß und in der Geschäftsführung tobten. Die Geschäftsführung, noch erregt über die geplatzte Audienz, verabschiedete einstimmig eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „*Am Freitag, dem 7. Oktober, sollte ein weiteres Gespräch der Geschäftsführung mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt stattfinden. Die falsche öffentliche Darstellung des Bundesgeschäftsführenden der Grünen, die Friedensbewegung lasse sich von der SPD Instruktionen geben, ist eine polemische und unsachliche Meinungsmache, die dem gemeinsamen Anliegen der Friedensbewegung schadet.*“ Der folgende Satz „*Die Friedensbewegung darf sich als parteiunabhängige politische Kraft von keiner Partei manipulieren und unter Druck setzen lassen*“, der nur mühsam die insgesamt eindeutig sozialdemokratische Intention dieser Erklärung kaschiert, dürfte dem BuKo-Vertreter in der Geschäftsführung die Entscheidung zur Unterzeichnung erleichtert haben. Doch teilten die „Unabhängigen“ und „Linken“ die Befürchtungen der GRÜNEN bezüglich einer Vereinnahmung der Friedensbewegung durch die Sozialdemokratie. Auch wenn die GRÜNEN hierbei von „parteiegoistischen“ Motiven geleitet wurden (selten sah man die GRÜNEN im Koordinierungsausschuß so engagiert wie während der Brandt-Debatte und mensch es sich in der Vergangenheit so manches Mal gewünscht hätte), war es in dieser Auseinandersetzung geboten, sich unmißverständlich an die Seite der GRÜNEN zu schlagen.

Am 16. Oktober beschloß eine überwältigende Mehrheit im Koordinierungsausschuß, Willy Brandt zur Bonner „Volksversammlung“ einzuladen. Lediglich die ESG und die „Initiative Kirche von Unten“ konnten es mit christlicher Aufrichtigkeit nicht vereinbaren, der Einladung an Brandt zuzustimmen. Lukas Beckmann, der auf der vorangegangenen KA-Sitzung hatte hart einstecken müssen, enthielt sich der Stimme. FÖGA und BAF waren, Bremerhaven-bedingt, nicht zugegen, ebenso wie das „Komitee für Demokratie und Grundrechte“, dessen Sekretär Vack sich in einem Vorstandsbrief an den KA gegen einen Auftritt von Brandt aussprach. Da es jedoch im KA seit ehedem eine eindeutige Mehrheit der SPD- und DKP-nahen Kräfte gibt, hätte auch die Anwesenheit der genannten drei Gruppen an den eindeutigen Mehrheitsverhältnissen für Brandt wenig geändert (18:2:3). Eine Mehrheit für Brandt gab und gibt es in einem KA dieser politischen Zusammensetzung zu jeder Zeit.

Auf welchem Niveau sich die Pro-Brandt-Argumentation an diesem Tag bewegte, mag eine Äußerung von Jochen Dietrich dokumentieren, der gemeinhin einer Aktion nur zustimmt, wenn auch seine Oma mittun würde. O-Ton Dietrich: „*Brandt verspricht mehr Leute zu mobilisieren als etwa Lafontaine.*“ Wer will dies ernsthaft bezweifeln. Nur: Mit derselben Logik hätte mensch natürlich auch „Kohl statt Gohl“ fordern können. Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende hätte sicherlich mehr Unionsanhänger in den Bonner Hofgarten mobilisiert als der Alt-Fan Diethelm Gohl. Und keiner kann so anschaulich über den inneren und äußeren Frieden reden wie der „Generalist“ aus Oggersheim.

In einer gemeinsamen Erklärung kritisierte die KA-Minderheit die Entscheidung für Brandt als „*schwerwiegenden politischen Fehler*“, nicht ohne

In einer gemeinsamen Erklärung kritisierte die KA-Minderheit die Entscheidung für Brandt als „*schwerwiegenden politischen Fehler*“, nicht ohne auch einige kritische Worte bezüglich des Verhaltens der GRÜNEN zu verlieren: „*Die Vereinnahmungsängste vieler Menschen, auch von SPD-Mitgliedern, in der Friedensbewegung sind nicht unbegründet. Bestrebungen eines Teils der SPD, sich um der neuen Mehrheit willen an die Spitze der Friedensbewegung zu setzen, sind nicht von der Hand zu weisen. Wir hegen darüber hinaus die Befürchtung, daß durch Willy Brandt als Hauptredner bei den Volksversammlungen des 22. Oktober die ,Teilverständigung' (ein verharmlosender Begriff für ,Teilstationierung') in Genf hoffähig gemacht werden könnte. Vor einer solchen Entwicklung wollen wir mit Nachdruck warnen. Taktisches Verhalten der Parteien gegenüber der Friedensbewegung weisen wir entschieden zurück. Dies gilt nicht nur für die SPD, sondern auch für die Grünen. Diese riskierten ihre Glaubwürdigkeit, würden sie sich an die Spitze außerparlamentarischer Bewegungen setzen, statt sie zu unterstützen.*“

Willys Comeback

Am Samstag, dem 22. Oktober — auf den Bundesligaplätzen ist gerade zur Halbzeit gepfiffen worden — ist es soweit: Brandt betritt die Bühne im Bonner Hofgarten. Pfiffe und Applaus halten sich in etwa die Waage. Mit zaghaftem Winken versucht er den Kontakt zu den hier versammelten Menschen herzustellen, die in den vergangenen Jahren der SPD enttäuscht den Rücken

Fortsetzung nächste Seite



Tomaschoff

aus: Süddeutsche Zeitung, 15./16.10.1983

Fortsetzung von vorheriger Seite

zugewandt haben. Menschen, die es nun, befreit von der Bürde der Regierungsverantwortung, für die sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD wieder zu gewinnen gilt. Brandt tritt an das Rednerpult. Mit weinbrandtrauher Stimme legt er los, daß jedem, der es an diesem Tag ernst meint mit seinem „Nein ohne jedes Ja", Hören und Sagen vergehen muß. Eine Rede vollgespickt mit „Jas" und „Jeins". „Ja" zur NATO, „Ja" zum Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, „Jein" zur Pershing II, aber was ist mit der Cruise Missile? Das geforderte „Nein ohne jedes Ja" bleibt an diesem Nachmittag unausgesprochen. Wußten die Männer und die Frau hinter Brandt auf der Bühne, was ihnen da blühte? Sie wußten es. Genauer: Sie mußten es wissen.

Brandt verteidigt ohne Umschweife jene Logik, mit der die SPD 1979 dem NATO-Doppelbeschluß ihre Weihe erteilte. Moskau habe „*bei den Raketen überzogen*". Aber: „*Viele, die* (zur Zeit des NATO-Doppelbeschlusses) *guten Glaubens waren*", fühlen sich Zeit des NATO-Doppelbeschlusses) *guten Glaubens waren*", fühlen sich nun in Genf „*an der Nase herumgeführt*". Soll heißen, der Doppelbeschluß, von den Sozialdemokraten seinerzeit als Eintritt in eine neue Ära der Abrüstung gefeiert („erst verhandeln, dann stationieren"), ist in seiner ursprünglichen Intention verraten worden. Der Doppelbeschluß habe eigentlich seine Schuldigkeit getan, denn die Sowjets haben sich ja bereit erklärt, bei den Mittelstreckenraketen „*auf den Stand beträchtlich vor dem Brüsseler Doppelbeschluß zurückzugehen. Und die Verschrottung an Ort und Stelle überwachen zu lassen.*" Ein unverhohlenes Bekenntnis zur Politik der atomaren Erpressung, die die Sowjets durch die Androhung schwerwiegender atomarer Aufrüstungsmaßnahmen zu e i n s e i t i g e n Abrüstungsschritten zwingen soll. Ist das noch gewaltfrei?

Brandt drückt dann sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die US-Verhandlungsdelegation in Genf die Sowjets „nicht beim Wort genommen" habe. Nun stelle sich (natürlich für Brandt völlig unerwartet) heraus, daß die USA eigentlich gar nicht an einseitiger Abrüstung der Sowjets interessiert seien, sondern „mehr" wollen, nämlich die Stationierung ihrer Raketen um jeden Preis. „*Mächtige Leute haben sich in ihren Dickkopf gesetzt, das Aufstellen von Pershing II sei wichtiger als das Wegbringen von SS 20.*" Brandt zur NATO: Natürlich sollen die Blöcke überwunden werden, wer will das nicht? Aber: „*Da es sie gibt, gehören wir ins westliche Bündnis. Aber es ist wichtig, daß unsere Interessen darin nachhaltig vertreten werden. Europäische Verantwortung für die Sicherheit der Europäer muß größer geschrieben werden.*" Und zur Bundeswehr (hier erntete Quallen-Willy die meisten Pfiffe): „*Es wäre nicht in Ordnung, wollten wir den unumgänglichen Streit um den Inhalt der Sicherheitspolitik auf dem Rücken unserer Soldaten austragen. Die Bundeswehr im demokratischen Staat hat den Auftrag, den Frieden sichern zu helfen.*" Brandt unterließ es auch nicht, das alleinige Entscheidungsrecht des Bundestages in Sachen „Nachrüstung" zu betonen, wohl wissend, daß sich hier am 21. November eine Mehrheit für die Stationierung aussprechen wird, die im Widerspruch zu den Mehrheitsverhältnissen in der Bevölkerung steht. Brandt sprach sich damit indirekt gegen die Forderung der Friedensbewegung nach Durchführung einer konsultativen Volksbefragung aus.

Kurzum: Mit einem „Nein ohne jedes Ja" hatten Brandts Ausführungen nun überhaupt nichts zu tun. Nichts anderes war zu erwarten gewesen, was die Entscheidung der Geschäftsführung und des Koordinierungsausschusses umso skandalöser erscheinen läßt. Denn ein „Nein ohne jedes Ja" galt als Bedingung für den Auftritt eines jeden Redners bei den „Volksversammlungen".

Noch eine Woche vor dem Beschluß des Koordinierungsausschusses, Brandt in Bonn reden zu lassen, hatte sich der Vorsitzende der SPD auf dem Parteitag des Bezirkes Westliches Westfalen gegen eine vorzeitige Festlegung der Parteibasis auf ein „Nein ohne jedes Ja" ausgesprochen. Brandt hatte dort die Absicht des Parteivorstandes bekräftigt, den Leitantrag zum Verhalten der SPD zur „Nachrüstung" von seinem Inhalt her bis zur letzten Minute vor dem außerordentlichen Bundesparteitag der SPD (18./19. No- Minute vor dem außerordentlichen Bundesparteitag der SPD (18./19. No- vember in Köln) offenzuhalten. Auch wenn die Bezirke ihre Ablehnung der Stationierung schon jetzt festlegten, müsse der Parteivorstand damit buchstäblich bis zum letzten Augenblick warten. Der Parteivorstand sei streng an den Beschluß des Münchener Parteitages gebunden, die endgültige Haltung der SPD „im Licht der Genfer Ergebnisse zu prüfen". Deshalb werde man den Leitantrag für den Kölner Bundesparteitag auch nicht innerhalb der üblichen Antragsfristen schon Wochen vorher vorlegen und den Delegierten zustellen. Er halte es zwar für unwahrscheinlich, sagte Brandt, doch es sei nicht auszuschließen, daß bis Mitte November „*noch irgendeine T e i l v e r s t ä n d i g u n g in Genf*" vereinbart werde. „*Das würde dann ein Faktum sein, das die Parteiführung zu w ü r d i g e n habe. ‚Ich muß die Partei zusammenhalten', meinte Brandt*" („FAZ" v. 10.10.83).

Tatsächlich ergibt das abwartende Verhalten der Parteiführung nur einen Sinn, wenn mensch unterstellt, daß sie sich die Zustimmung zu einem „Zwischenergebnis" — und das heißt S t a t i o n i e r u n g — offen hält. Die SPD wünscht in Genf einen Kompromiß, der es ihr ermöglicht, die Politik der NATO weiterhin offiziell mitzutragen. Die SPD will den Bruch des „sicherheitspolitischen Konsens" von sich aus vermeiden, wie auch einen Rückfall der Partei in die außenpolitisch isolierte Position der 50er Jahre. Erst mit der historischen „Wehner-Rede" vom 30.6.1960 vor dem Bundestag, in der Wehner erklärte, die SPD gehe davon aus, daß das europäische und atlantische Vertragssystem Grundlage und Rahmen deutscher Außen- und Wiedervereinigungspolitik sei, wurde die SPD als westeuropäische „NATO-Partei" akzeptiert. Mit einem konsequenten „Nein ohne jedes Ja" zur Stationierung der neuen eurostrategischen Waffen und zum „air-land-battle"-Konzept würde sich die SPD zumindest in militärstrategischer Hinsicht, ob sie es will oder nicht, von der offiziellen Politik der NATO partiell abkoppeln.

Einen Tag vor seinem Auftritt in Bonn hatte Brandt in der Sendung „Bericht aus Bonn" auf die Frage des Reporters, ob der SPD-Vorsitzende auf der morgigen Veranstaltung tatsächlich ein „Nein ohne jedes Ja" vortragen würde, salomonisch geantwortet: „*Das Motto der Veranstaltung lautet: Es ist Zeit für ein Nein.*" Bot dieses Motto dem SPD-Vorsitzenden ein Hintertürchen? War dieses Motto etwa auch wie folgt zu interpretieren: „*Es ist j e t z t angebracht, ein ‚Nein' zu artikulieren, vor einem Jahr sah dies noch anders aus, und wenn sich die Amerikaner und Russen in Genf noch etwas bewegen, könnte dieses Nein erneut zur Disposition stehen.*" Mensch muß das wohl so sehen, denn auch Andreas Zumach hatte sich seitens der Geschäftsführung am 17.10. in den „Tagesthemen" ähnlich ausweichend geäußert.

Kelly contra Brandt

Eine dreiviertel Stunde später im Bonner Hofgarten. Petra Kelly spricht. Der Platz hat sich mittlerweile sichtbar geleert, der Höhepunkt der Veranstaltung ist vorbei. Die Veranstaltungsregie will es so, daß Petra Kelly zu fortgeschrittener Stunde spricht. Doch der späte Auftritt bietet auch seine Vortei- le. Kelly geht mit ihrem Vorredner hart schrittener Stunde spricht. Doch der späte Auftritt bietet auch seine Vortei- le. Kelly geht mit ihrem Vorredner hart ins Gericht, bezichtigt ihn des „Verrats". Die SPD im Nacken spürend, findet sie so klare Worte wie schon lange nicht mehr. Kelly (wie Ebermann in Hamburg) grenzt sich eindeutig ab von den Integrationsbestrebungen der SPD. Dezidiert fordert sie den einseitigen Austritt aus der NATO und bezichtigt die NATO der „Blockkonfrontation" und des Versuches, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Die NATO sei die historische Ursache der Existenz der Blöcke.

Nach dem Wochenende — Katerstimmung in der Geschäftsführung

Sie hätten sich ein „klareres Nein" gewünscht, ließ die Geschäftsführung verlauten. Jo Leinen beeilte sich, den peinlichen Auftritt noch in einen Erfolg für die Friedensbewegung umzudeuten: „*Was von der Versammlung und der Rede Brandts im Volk übrig bleibe, sei, daß der SPD-Vorsitzende auf einer Kundgebung gesprochen habe, die ohne Wenn und Aber* (dank Brandts Rede eben nicht mehr, Anm. des Autors) *gegen die amerikanischen Raketen gewesen sei, und daß das Fernsehen Brandt unter einem Anti-Nachrüstungs-Transparent gezeigt habe. Das zähle*" („FAZ" v. 24.10.83). Und das vermißte „Nein ohne jedes Ja" habe Brandt auf der anschließenden Pressekonferenz nachgeholt. Verarschen können wir uns auch selbst, Jo!

Ob der Skandal von Bonn noch für einige Betreiber dieses Betrugs Konsequenzen zeitigen wird, muß in Anbetracht der politischen Kräfteverhältnisse im KA und in der Geschäftsführung bezweifelt werden. Auflösung dieser Geschäftsführung, und zwar sofort, ist eigentlich das Mindeste, was zu fordern wäre. Doch werden die mobilen Truppen der „staatstragenden Kräfte" in der Friedensbewegung wohl schon für bequeme Mehrheitsverhältnisse auf der anstehenden Aktionskonferenz der Friedensbewegung sorgen. Die „Unabhängigen" und „Linken" sollten dennoch einen deftigen Hauskrach nicht scheuen.

dsm

Die SPD und die Stationierungsfrage
Eine Übersicht der Beschlußlage

Schleswig-Holstein

Der nördlichste Landesverband der SPD zählt seit Jahren zu den klarsten Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses. Insofern kann ein erneutes Nein, dem diesmal ein „endgültig und total" vorangestellt wurde, nicht verwundern. Es gilt sowohl für eine eventuelle Einigung als auch bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen. Von der Bundesregierung werden einseitige Abrüstungsschritte gefordert. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, vor zwei Jahren „fast einstimmig".

Hamburg

Mit 154 : 150 stimmten die Hamburger Delegierten für die Formulierung: „*Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland dürfen keine neuen Atomraketen stationiert werden. Deshalb lehnen wir die atomare Nachrüstung im Sinne des NATO-Doppelbeschlusses ab.*" Damit setzte sich eine knappe Mehrheit gegen das Votum des Vorstands sowie die Appelle von Dohnanyi und Apel durch. Allerdings hatte sich die Hamburger SPD-Mehrheit bereits vor rund zwei Jahren gegen Apel und Schmidt durchgesetzt, als sie ein Moratorium forderte. Genauso wie es damals eine „riesige Schlappe für Apel und Schmidt" war, tituliert die Presse heute den Beschluß als „Reinfall für Dohnanyi und Apel".

Bremen

Schon im Dezember 81 hatte sich der Bremer Landesparteitag — trotz der Rücktrittsdrohung Helmut Schmidts — „*ausdrücklich gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen*" ausgesprochen. Allerdings fand ein Antrag auf ausdrückliche Rücknahme des Doppelbeschlusses damals keine Mehrheit.

Nordrhein - Westfalen

Nordrhein - Westfalen

Aus Nordrhein-Westfalen liegen bereits die Beschlüsse aller vier Bezirke vor. Die Entscheidungen in NRW spielen traditionell eine wichtige Rolle vor den Parteitagen: Einmal, weil dieses Bundesland fast ein Drittel der Delegierten stellt; zum anderen, weil in NRW die Basis der Mitte-Rechts-Flügel sitzt.

Der größte NRW-Bezirk, Westliches Westfalen, stimmte mit 305 von 316 Stimmen gegen die Stationierung neuer Raketen und auch gegen jede „Zwischenlösung". Gleichzeitig wurde „Weiterverhandeln" gefordert, währenddessen nicht stationiert werden dürfe, im Sinne eines Moratoriums. Die Sowjetunion wurde aufgefordert, die Produktion der SS 20 einzustellen und die bestehenden Systeme zu verschrotten. Außerdem wurde die Notwendigkeit der Bundeswehr und der Zugehörigkeit zur NATO betont. Mit dieser Beschußlage zählt der Bezirk Westliches Westfalen wieder zum rechten Teil des SPD-Spektrums. Denn der Hauptstreit geht inzwischen nicht mehr um die Frage, ob bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen s o f o r t stationiert werden soll oder nicht — dafür ist kaum ein SPDler — sondern darum, ob die Stationierung grundsätzlich und für alle Zeiten abgelehnt wird oder nur für die nächste Zeit bzw. für die Dauer weiterer Verhandlungen.

Von den Bezirken Ostwestfalen Lippe und Östliches Westfalen ist nur soviel bekannt, daß sie ebenfalls die Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen, sich aber auch ausdrücklich zur NATO und Bundeswehr bekennen.

Der Bezirk Niederrhein hat als einziger keinen Beschluß gefaßt und erklärt, vor dem Bundesparteitag sich nicht festlegen zu wollen.

In der Presse werden die jüngsten Beschlüsse der NRW-Bezirke als Erdrutschsiege der Nachrüstungsgegner dargestellt. Im Vergleich mit den Beschlüssen vor dem Münchener Parteitag erscheinen einem die Ergebnisse aber nicht mehr gar so gewaltig: Westliches Westfalen hatte damals zwar ein klares Votum für die Nachrüstung abgegeben (nach einem „Donnerwetter des Kanzlers" Schmidt), Östliches Westfalen allerdings nur sehr knapp mit 118 : 108 Stimmen. Niederrhein beschloß für alle überraschend ein Moratorium — was als weitergehend betrachtet werden muß als der jüngste Beschluß — und der Bezirk Ostwestfalen-Lippe lehnte die Stationierung unter allen Umständen ab.

Rheinland-Pfalz

Der Landesverband folgte im Wesentlichen den Empfehlungen Egon Bahrs, der in einer einleitenden Rede seiner Partei ein Nein zu Nachrüstung nahelegte. Die Nachrüstung sei deshalb ein „Unglück für unser Land", weil die Sowjetunion dann in der DDR und der CSSR Raketen mit Flugzeiten von nur 2 Minuten bis zur Bundesrepublik aufstellen werden. Der Landesparteitag forderte die Sowjetunion auf, die SS 20-Produktion zu stoppen und alle Raketen zu vernichten, die über das Potential der Briten und Franzosen hinausgehen.

Im Februar 82 war in Rheinland-Pfalz ein Antrag auf Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses knapp unterlegen; allerdings wurde ein Moratorium während der Genfer Verhandlungen verlangt.

Saarland

Hier hat sich nicht viel geändert. Während vor zwei Jahren eine Stationierung während der Verhandlungen abgelehnt wurde, wird sie jetzt insgesamt abgelehnt. Allerdings — ob ohne jedes Wenn und Aber, das ist nicht entschieden. Ausdrücklich wurde auch wieder die Sowjetunion aufgefordert, die SS 20 zu verschrotten.

Baden-Württemberg

„*Eindeutig, endgültig und in keiner Weise interpretationsfähig*", so lautet das NEIN (einstimmig) der Baden-Württemberger SPDler. Dieser Beschluß geht weiter als der vor zwei Jahren, bei dem nur auf eine Überprüfung der Geschäftsgrundlage des Doppelbeschlusses gedrängt wurde. Relativiert der Geschäftsgrundlage des Doppelbeschlusses gedrängt wurde. Relativiert wird die Entscheidung aber dadurch, daß gefordert wird, die Sowjetunion solle auf „diesen Akt der Selbstbeschränkung" mit Stop von Produktion und Aufstellung neuer SS 20 antworten und die vorhandenen „wesentlich" reduzieren. Interessant war, daß einige bekannte ehemalige Doppelbeschluß-Befürworter, wie z.B. der Landesvorsitzende Uli Lang, plötzlich umgeschwenkt zu sein scheinen.

Bayern

Auf dem Landshuter Parteitag wurde die Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt, obwohl die anwesenden Glotz, Verheugen, Haak und Haase versucht hatten, die Delegierten vom Beschluß v o r dem Parteitag im November abzuhalten. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit der Bundeswehr und der Zugehörigkeit der BRD zur NATO hervorgehoben. Die Sowjetunion wurde aufgefordert, die SS 20-Produktion einzustellen und die vorhandenen Systeme zu verschrotten. Die Genfer Verhandlungen sollen fortgeführt und mit den START-Verhandlungen verbunden werden. Die Einbeziehung der englischen und französischen Raketen wurde gefordert.

Bayern, das schon vor zwei Jahren als „wacklig" galt, wurde mit einen Großauftritt Helmut Schmidts dazu bewegt, für den Doppelbeschluß zu stimmen.

Westberlin

Die Westberliner SPD folgte mehrheitlich der Empfehlung Vogels und verabschiedete kein „bedingungsloses NEIN", wie es in einigen Anträgen gefordert worden war. Der Beschluß lautet „*Ablehnung der Stationierung auf Basis des derzeitigen Verhandlungsstandes*". Vor dem Münchner Parteitag war die Westberliner SPD auch schon auf „Führungslinie".

Niedersachsen und **Hessen** hatten bisher — wie NRW — keine Landesparteitage. Die Beschlüsse vieler Untergliederungen deuten aber darauf hin, daß das Ergebnis ähnlich wie in den meisten anderen Bundesländern ausfallen wird.

Fortsetzung nächste Seite

Lafontaine — Ein linker De Gaulle?

Oskar Lafontaine ist der SPD-Prominente, der sich am weitesten aus dem Fenster gelehnt hat. Mit seiner Forderung nach einem NATO-Austritt der BRD zog er sich ein Wutgeheul der Rechtspresse zu, seine Initiative zum Generalstreik sorgte für Zoff im DGB, und bezüglich seiner eigenen Partei ließ er sich auch nicht lumpen: ,,Wenn die SPD ja zur Nachrüstung sagt, trete ich aus'', war von ihm zu hören. Lafontaine mußte zwar seine vorlauten Töne mehrfach ,,erläutern'' und relativieren. Trotzdem, daß sie vom SPD-Präsidium soweit geduldet werden, hängt sicherlich mit der Popularität von Lafontaine zusammen: Er — mit seinen vergleichsweise radikalen Ideen — fuhr das beste Wahlergebnis ein, das die SPD am 6. März in einem Flächenstaat erzielte. Für die Landtagswahl nächstes Jahr prophezeite ihm der ,,Spiegel'' gar die absolute Mehrheit. Allerdings werden in seinem neuen Buch radikale Gedanken (,,Austritt aus der NATO'') recht bieder verpackt, was seinen Vorstößen von vornherein Schranken setzt.

,,Angst vor den Freunden''

heißt Lafontaines neues Buch, und der Untertitel verrät gleich sehr viel über die Stoßrichtung seiner NATO-Kritik: ,,*Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*'' gründet sich auf zwei Hauptpunkte:

1. Die Unzuverlässigkeit der Supermächte: ,,*Die militärische Infrastruktur hat zur Folge, daß die Bündnispartner bei jedem militärischen Abenteuer mithaften. Sie haften auch dann mit, wenn eine der beiden Weltmächte zum Aggressor wird.*'' (S.78)
2. Im Zusammenhang damit: die Unzuverlässigkeit der Technik: ,,*Aufgrund der immer weitergehenderen Automatisierung der atomaren Einsatzentscheidung ist der Apparat mittlerweile so beschaffen, daß eine Weltmacht zum Aggressor werden kann, ohne daß es ihre Absicht ist.*'' (ebenda — Hervorhebung AK)

Der böse Zauber:

Absicht ist.'' (ebenda — Hervorhebung AK)

Der böse Zauber:

In seinem Buch verzichtet Lafontaine auf jede materialistische Begründung der Kriegsgefahr, als Hauptverursacher eines atomaren Infernos wird der Computer ausgemacht: ,,*Wenn man weiß, daß in 20 Monaten die amerikanischen Einsatzcomputer 147mal aufgrund technischer Pannen einen Angriff gemeldet haben, dann ist dieses Szenario* (eines irrtümlichen Atomschlages — Anm. AK) *keine Zukunftsvision. Jeden Tag kann eine Weltmacht den Atomkrieg auslösen, weil das Frühwarnsystem versagt.*'' (S.23)

,,*Der Zeitpunkt rückt näher, an dem ein Computerfehler den nuklearen Weltbrand auslöst. Diese Entwicklung legt den Schluß nahe, daß der bisherige Weg, Sicherheit zu finden, falsch ist.*''

Zweifellos ist die Gefahr eines irrtümlichen Atomkrieges nicht von der Hand zu weisen. Daraus aber den H a u p t g r u n d für die Ablehnung der gegenwärtigen NATO-,,Sicherheitspolitik'' zu machen, geht haarscharf am Kern der Sache vorbei: Daß der Atomkrieg noch nie mit solcher Präzision und Stringenz geplant wurde. Die Verantwortung für den nuklearen Holocaust liegt bei Lafontaines Konstruktion nicht mehr bei den politisch Verantwortlichen, sondern letztlich bei der Technik: ,,*Die Reagan-Administration hat nicht begriffen, was atomarer Overkill bedeutet. (...) Solange die atomare Rüstung so gewaltig ist, daß die Phantasie der Menschen überfordert ist, ihre Ausmaße zu erfassen, werden wir solchen Argumenten weiter begegnen. Es braucht wohl noch Zeit, bis auch die schlichten Gemüter einsehen, daß es im Zeitalter des atomaren Overkills keine Überlegenheit mehr gibt.*'' (S.58) Die NATO-Aufrüstung als Resultat von ,,schlichten Gemütern'', die ,,nicht begriffen'' haben? Aus diesem Begründungszusammenhang fallen die von Lafontaine

Aufrüstung als Resultat von ,,schlichten Gemütern'', die ,,nicht begriffen'' haben? Aus diesem Begründungszusammenhang fallen die von Lafontaine

selbst in anderen Zusammenhängen benannten Atomkriegspläne des Pentagon heraus. In dem Buch nimmt er solche Studien zwar zur Kenntnis, verharmlost sie aber als ,,*verrückte Ideen*'' (S.34). Politische Ziele für die NATO-Aufrüstung werden von ihm nur ganz am Rande ,,erwähnt'': Es gehe darum, ,,*dem Hauptrivalen, der Sowjetunion, wie bei der Kuba-Krise, den politischen Willen aufzuzwingen*'' (S.30)

Dies ist der einzige Fingerzeig in diese Richtung im gesamten Buch, und selbst hier wirkt der Vergleich mit der Kuba-Krise eher verniedlichend.

Die Hexenmeister

Da die Kriegsgefahr nicht durch wirtschaftliche und machtpolitische Interessen begründet, sondern aus den Gefahren der Waffentechnik abgeleitet wird, fällt die Kritik an den weniger offensichtlichen Kriegstreibern flach. Der BRD-Imperialismus bspw. taucht nur als ,,*atomares Schlachtfeld der Supermächte*'' auf, CDU-Politiker sind Erfüllungsgehilfen der Reagan-Administration. Die ,,*Rivalität der beiden Supermächte*'' (S.8) wird als ,,*Grundlage des weltweiten Hochrüstungsprozesses*'' gesehen. Selbst die ,,Nachrüstung'' ist nicht Resultat der Weltherrschaftspläne der NATO, sondern — streng ausgewogen — ,,*das Ergebnis der Militärstrategie b e i d e r Weltmächte*'' (S.6; Hervorhebung AK). ,,*Die Sowjetunion lieferte den Vorwand, diese Systeme nach Europa zu bringen*'' heißt es da . . .

Ein NATO-Gegner?

So verwundert es wenig, daß Lafontaine seine NATO-Austrittsforderung keinesfalls mit grundsätzlicher NATO-Gegnerschaft begründet. An den NATO-Vertragsbestimmungen wird nur kritisiert, daß sie ,,*mit der Realität der militärischen Anlagen, mit denen die ganze Welt überzogen ist, nichts mehr zu tun haben.*'' (S.83) Vor allem die ,,*destabilisierende Wirkung der atomaren Waffensysteme*'' mache das Bündnis für die Deutschen zum untragbaren Risiko. Folgerichtig relativiert er auch: ,,*Wenn der technische Apparat, der uns in die globale Strategie der westlichen Supermacht essentiell mit einbindet, verschwindet, ist die NATO-Mitgliedschaft eine sekundäre Frage.*'' (S.76)

Er geht in diesem Zusammenhang sogar soweit, mit Ansichten des SPD-Ostexperten Gaus zu liebäugeln; dieser fordert statt eines NATO-Austritts eine Rückkehr der NATO zur Strategie der ,,massiven Vergeltung'' und eine atomwaffenfreie Bundesrepublik (S.76/77). Sein Hauptkritikpunkt ist die Atomdoktrin der ,,flexible response'', die er als ,,Sündenfall der NATO'' bezeichnet.

,,Die Gedanken deGaulles zu eigen machen''

Jetzt kann es auch nicht mehr überraschen, daß Lafontaine auffordert, sich ,,*die Gedanken Charles deGaulle zu eigen zu machen*'' (S.79). DeGaulle zog sich nämlich genau dann aus dem westlichen Bündnis zurück, als die USA die Atomstrategie wechselten: von der ,,massiven Vergeltung'' zur ,,flexible response''. Den Hintergrund dieser westeuropäischen Kritik an der ,,flexible response'' und ihrer Bevorzugung der ,,massiven Vergeltung'' umreißt der jetzige Kriegsminister Wörner:

,,*Es gibt, das ist unstreitig, einen natürlichen Interessensunterschied zwischen den NATO-Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks: Während die USA verständlicherweise daran interessiert sind, für den Fall des Versagens der Abschreckung in Europa den militärischen Konflikt möglichst lange begrenzt zu halten — also nicht zu eskalieren und den Konflikt unter Ausklammerung des eigenen Territoriums zu bewältigen — liegt es im Interesse der Europäer, das Risiko für den Angreifer dadurch hochzuschrauben, daß*



Oskar Lafontaine

verhältnismäßig schnell eskaliert werden kann . . .'' (,,Europäische Wehrkunde'' 12/77).

Während Wörner, Gaus und andere aus diesem ,,Verteidigungsdilemma'' die Schlußfolgerung ziehen, die Voraussetzung für Blitzkriege zu schaffen und deswegen auch die ,,Nachrüstung'' mit neuen Erstschlagswaffen unterstützen, kommt Lafontaine zur entgegengesetzten Konsequenz: Keine neuen Raketen, vollständige ,,Denuklearisierung'' der BRD.

Wenn er sich trotzdem bei seiner Argumentation auf diese Kriegsplaner bezieht und dadurch seine Beweiskraft stärken will, ist das allerdings schon peinlich.

Wege aus der Gefahr

Immerhin bleibt bei Lafontaine unter'm Strich das Bestreben, ,,*aus der militärischen Integration der NATO auszuscheiden.*'' Ihm macht Sorge, daß die BRD durch die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen längst in die ,,Global-Strategie'' der USA eingebunden ist. In diesem Zusammenhang kritisiert er das ,,Wartime Host Nation Support'' - Abkommen, das die BRD zur Drehscheibe für ,,*die Einsätze der schnellen Eingreiftruppe zur Rohstoffsicherung*'' (S.41) macht.

Dabei hat er weniger Angst um die Völker in der 3. Welt, sondern um ,,*die Lebensinteressen der Menschen in Europa*'': Die US-Strategie der ,,*horizontalen Eskalation*'' sehe nämlich vor, ,,*im Falle einer Auseinandersetzung am Persischen Golf den Krieg auch an andere Fronten zu verlagern.*'' (S.36) Daraus ergibt sich: ,,*Für die Bundesrepublik empfiehlt sich der französische Weg, aus der militärischen Integration der NATO auszuscheiden. Solange die Bundesrepublik durch die militärische Infrastruktur Operationsgebiet für eine Weltmacht ist, die globale Interessen*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sonstige Stellungnahmen

Als Sprecher einer sich neu formierenden ,,Mitte-Rechts-Gruppierung'' (,,FAZ'', 7.10.) hat sich Hans Apel — aus Rücksicht auf die SPD in Hessen und Bremen — erst nach den dortigen Wahlen zu Wort gemeldet. Er tritt dafür ein, daß sich der bevorstehende Bundesparteitagsbeschluß in Köln ausschließlich auf die Pershing II und die Cruise Missiles beziehen soll und nicht zu einer grundsätzlichen Entscheidung für oder gegen die NATO wird. Der Doppelbeschluß soll als ,,progressiver Beschluß'' gewürdigt werden. Unter diesen Voraussetzungen würde auch er neue amerikanische Raketen ablehnen können. Apel: ,,*Es ist zu früh, nein zu sagen. Insbesondere ist es zu früh, der Sowjetunion zu signalisieren, daß sie keine Konzessionen mehr machen müsse.*''

Auf einer Sitzung des Parteirats Anfang Oktober wurde der Bundesparteitag vorbereitet. Am Samstag soll über die Europa-Wahlen geredet, am Sonntag dann die Haltung zur Stationierung festgelegt werden. Helmut Schmidt soll den Parteitag einleiten, Vogel soll den Leitantrag zur Stationierung einbringen. Dieser Leitantrag soll im Unterschied zu bisherigen Parteitagen nicht Wochen vorher vorliegen und diskutierbar sein, sondern erst wenige Tage vor dem Parteitag vorgelegt werden. Willy Brandt hat sogar auf einem Bezirksparteitag in NRW durchblicken lassen, daß der Leitantrag erst am Morgen des 19. November bekanntgegeben wird. Das deutet darauf hin, daß sich die Parteiführung erst in letzter Minute festlegen will und unter Umständen erst den Verlauf und die Stimmung des ersten Parteitag-Tages abwarten will, bevor sie die endgültigen Formulierungen festschreibt. Als sicher gilt, daß ein ,,bloßes Nein'' nicht zustande kommen wird, allerdings höchstwahrscheinlich ein ,,begründetes Nein'' (,,Vorwärts'', 13.10.). Dabei wird dann umstritten sein, ob es ein ,,endgültiges Nein'' oder ein ,,Nein zum jetzigen Zeitpunkt'' wird. Auf jeden Fall soll ein deutliches Bekenntnis zur Bundeswehr und zur NATO-Zugehörigkeit abgelegt werden.

Mit der SPD den Weltkrieg verhindern?

Namhafte Vertreter der SPD haben am 22. Oktober auf den Kundgebungen der Friedensbewegung gesprochen. In der SPD selber sprechen sich immer mehr Landesverbände gegen die ,,Nach''rüstung aus.
Ist das die Wende nach links? Oder alles nur Verarschung? Im Zusammenhang damit: Welchen Wert könnte eine ,,rot-grüne Ökopax-Regierung'' für die Abwendung des Krieges haben? Welche Zugeständnisse an die SPD sind erlaubt, wenn dadurch eine CDU-Regierung verhindert werden kann?
Diese Fragen werden nicht zum ersten Mal diskutiert. Vor dem letzten Weltkrieg standen die Probleme ähnlich: Ist eine Frontbildung mit der Sozialdemokratie möglich? Ein wichtiger Unterschied sollte aber nicht vergessen werden: Die radikalste Oppositionspartei war nicht ,,ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei'' (Die Grünen) — sondern kommunistisch.

Die Wandlungen der Sozialdemokratie

Die Kommunistische Internationale hatte 1933 eine schwere Niederlage einstecken müssen: Der Sieg des Faschismus in Deutschland zerschlug die stärkste Arbeiterbewegung, die mächtigste KP außerhalb der Sowjetunion. Der deutsche Faschismus rüstete immer unverhohlener zum Weltkrieg, d.h. vor allem zum Krieg gegen die UdSSR. Im alten Trott konnte nicht mehr weitergemacht werden. Der alte Trott, das war die Ablehnung des Kampfes für den Erhalt der demokratischen Freiheiten und die Ablehnung einer echten Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie, die als ,,Zwillingsbruder des Faschismus'' (Stalin) angesehen wurde. Diskutiert und beschlossen wurde diese Änderung in der kommunistischen Politik auf dem VII. Weltkongreß der Komintern, der 1935 in Moskau stattfand.

Diese Kurskorrektur wurde offiziell weniger damit begründet, daß die vorherigen Beschlüsse falsch gewesen seien (höchstens waren sie ,,falsch umgesetzt'' worden). Geändert habe sich vielmehr — so wurde argumentiert — die Rahmenbedingung, vor allem aber die Sozialdemokratie. Dies wurde in drei Punkten begründet: ,,*Erstens hat die Krise die Lage der bestgestellten Schichten der Arbeiterklasse, der sogenannten Arbeiteraristokratie, auf die sich die Sozialdemokratie bekanntlich vorwiegend stützt, von Grund auf erschüttert. Und diese Schichten beginnen immer mehr, ihre früheren Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie zu revidieren.*

Zweitens ist in einer Reihe von Ländern die Bourgeoisie selbst gezwungen, sich von der bürgerlichen Demokratie loszusagen und zur terroristischen Form ihrer Diktatur zu greifen, wobei sie die Sozialdemokratie nicht nur ihrer früheren Stellung im Staatssystem des Finanzkapitals, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch ihrer Legalität beraubt, sie Verfolgungen aussetzt oder sogar vollkommen zerschlägt. Drittens revoltieren sich die sozialdemokratischen Arbeiter einerseits unter dem Einfluß der Lehren der Niederlage der Arbeiterschaft Deutschlands, Österreichs und Spaniens, einer Niederlage, die hauptsächlich das Ergebnis der sozialdemokratischen Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie ist, andererseits unter dem Einfluß des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion . . .''

Im letzten Punkt wird schon angerissen, an welchen Ereignissen sich diese Veränderung in der Sozialdemokratie festmachen ließ: Bewaffnete Arbeiterkämpfe in Spanien und Österreich.

Das Beispiel Österreich (1934)

In Österreich bestand 1934 eine sehr starke SPÖ mit über 40% der Wählerstimmen und eine ganz schwache KPÖ, die mit ihrer deutschen Schwesterpartei größenmäßig überhaupt nicht zu vergleich war.

Die SPÖ hatte unter ihrem Chefideologen Otto Bauer die Theorie entwickelt, allmählich auf parlamentarischem Wege die Mehrheit zu erlangen. Die wenigen dazu noch fehlenden Prozentpunkte hoffte man, durch die gute Kommunalverwaltung in Wien und weitere Propaganda zu gewinnen. Ihre bewaffnete Militärorganisation, den ,,Schutzbund'', hielt die SPÖ jedoch für den Fall in Reserve, daß die Bourgeoisie sich über die Legalität hinwegsetzen und so den ,,friedlichen Übergang'' stoppen könnte.

1933/34 kam die Nagelprobe: Der christlich-soziale Kanzler Dollfuß wollte den österreichischen Nazis, deren Aufstieg er befürchtete, zuvorkommen, indem er auf seine Art einen Staatsstreich verübte. Im März 1933 hob er alle verfassungsmäßigen Rechte auf, die das österreichische Parlament besaß. Danach verkündete er das Verbot der Nazi-Partei — und des sozialdemokratischen Schutzbundes. Im Februar 1934 kam es daraufhin zu bewaffneten Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Schutzbündlern. 1500 Sozialdemokraten fielen, 1000 wurden interniert, die SPÖ wurde verboten.

Obwohl diese Niederlage in der defensiven Einstellung des ,,Austromarxismus'' in puncto ,,revolutionäre Gewalt'' begründet war, blieb unter'm Strich stehen: Sozialdemokraten hatten bewaffnet gegen die Faschisierung gekämpft.

Für die Komintern war es eine ,,*große Tatsache, daß sowohl in Spanien als auch in Österreich ein Teil der sozialdemokratischen Führer, wenn auch nur unter dem Druch der Massen, sich zum bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie entschloß*''. In der Folge kam es noch vor dem Komintern-Kongreß zu ,,Einheitsfont''-Abkommen zwischen KPs und SPs in den erwähnten Ländern sowie in Italien und Frankreich.

Ziele einer ,,Einheitsfront''

Auf dem Kongreß stellte der Bulgare Dimitroff diese Politik in einem Grundsatzreferat dar. Er war interna-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tional zu hohem Ansehen gelangt als Angeklagter im „Leipziger Prozeß", wo er als Anstifter des Reichstagsbrandes beschuldigt worden war. Seine mutigen Verteidigungsreden gegen Göring waren gleichzeitig eine großartige Agitation gegen die Nazi-Diktatur gewesen.

Rückblickend auf die sektiererische Phase der Komintern kritisierte er: *„Wir dürfen uns nicht auf bloße Aufrufe zum Kampf für die proletarische Diktatur beschränken, sondern müssen solche Losungen und Kampfformen finden und aufstellen, die sich aus den Lebensbedürfnissen der Massen, aus dem Grad ihrer Kampffähigkeit in der jeweiligen Entwicklungsetappe ergeben."*

Seine Schlußfolgerungen: *„Wir müssen uns dafür einsetzen, daß die breiteste Einheitsfront hergestellt wird durch gemeinsame Aktionen der Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen zum Schutz der Lebensinteressen der werktätigen Massen.*

Das bedeutet erstens den gemeinsamen Kampf für die wirkliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die Schultern der herrschenden Klassen, auf die Schultern der Kapitalisten, der Grundherren, mit einem Wort, auf die Schultern der Reichen.

Das bedeutet zweitens den gemeinsamen Kampf gegen alle Formen der faschistischen Offensive, für die Verteidigung der Errungenschaften und der Rechte der Werktätigen, gegen die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten.

Das bedeutet drittens den gemeinsamen Kampf gegen die herannahende Gefahr eines imperialistischen Krieges, einen Kampf, der die Vorbereitung dieses Krieges erschweren würde."

Die F o r m e n dieser Einheitsfront sollten sein: Abkommen zwischen den Parteispitzen der Sozialdemokratie und der Kommunisten; Schaffung von überparteilichen Massen- und Basisorganisationen; Fusionierung der revolutionären mit den reformistischen Gewerkschaften. Schließlich wurde sogar — ein besonders delikater Punkt — die Frage einer Vereinigung der „beiden Arbeiterparteien" selbst aufgeworfen. Außerdem war eine Erweiterung der Einheitsfront um kleinbürgerliche und bäuerliche Parteien zur „Volksfront" angestrebt.

Volksfront-Regierungen

Die Neuorientierung wurde an einem Punkt besonders spektakulär deutlich: Kommunisten waren bereit, auf dem Boden der bürgerlichen Republik und zu deren Verteidigung gegen rechts Regierungsverantwortung zu übernehmen.

„Wir ziehen in Betracht, daß eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern im Interesse des Proletariats auch notwendig sein wird. Und

„Wir ziehen in Betracht, daß eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern im Interesse des Proletariats auch notwendig sein wird. Und
wir werden in diesem Falle ohne alle Schwankungen für die Schaffung einer solchen Regierung eintreten.



Fotomontage von John Heartfield zum Wiener Aufstand von 1934 (Titelseite der „Arbeiter Illustrierten Zeitung", Prag 22.2.1934)

Ich spreche hier nicht von einer Regierung, die nach dem Sieg der proletarischen Revolution gebildet werden kann. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß in irgendeinem Lande gleich nach dem revolutionären Sturz der Bourgeoisie eine Sowjetregierung auf der Basis eines Regierungsblocks der Kommunistischen Partei mit einer bestimmten Partei (oder ihrem linken Flügel), die an der Revolution teilnimmt, gebildet werden kann. Die siegreiche Partei der russischen Bolschewiki hat bekanntlich nach der Oktoberrevolution in die Sowjetregierung auch Vertreter der linken Sozialrevolutionäre aufgenommen. Das war eine Besonderheit der ersten Sowjetregierung nach dem Sieg der Oktoberrevolution.

Es handelt sich nicht um einen solchen Fall, sondern um die mögliche Bildung einer Regierung der Einheitsfront am Vorabend und vor dem Sieg der Sowjetrevolution."

Allerdings wurde ein Regierungseintritt nicht für jeden beliebigen Fall unterstützt: *„Unter welchen objektiven Bedingungen wird die Bildung einer solchen Regierung möglich sein? Auf diese Frage kann man in ganz allgemeiner Form antworten: unter den Bedingungen einer politischen Krise, wo die herrschenden Klassen bereits nicht mehr imstande sind, mit dem mächtigen Aufschwung der antifaschistischen Massenbewegung fertig zu werden. Doch ist das nur die allgemeine Per-*
ner Form antworten: unter den Bedingungen einer politischen Krise, wo die herrschenden Klassen bereits nicht mehr imstande sind, mit dem mächtigen Aufschwung der antifaschistischen Massenbewegung fertig zu werden. Doch ist das nur die allgemeine Per-
spektive, ohne die in der Praxis die Bildung der Regierung der Einheitsfront kaum möglich sein wird. Nur das Vorhandensein bestimmter besonderer Voraussetzungen kann die Frage der Bildung einer solchen Regierung als politisch notwendige Aufgabe auf die Tagesordnung setzen. Mir scheint, daß hierbei folgende Voraussetzungen die größte Aufmerksamkeit verdienen:

Erstens, wenn der Staatsapparat der Bourgeoisie bereits genügend desorganisiert und paralysiert ist, so daß die Bourgeoisie nicht imstande ist, die Bildung einer Regierung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus zu verhindern;

zweitens, wenn die breitesten Massen der Werktätigen, besonders die Massengewerkschaften, stürmisch gegen Faschismus und Reaktion auftreten, aber noch nicht bereit sind, sich zum Aufstand zu erheben, um unter der Führung der Kommunistischen Partei für die Eroberung der Sowjetmacht zu kämpfen;

drittens, wenn die Differenzierung und die Radikalisierung in den Reihen der Sozialdemokratie und der anderen Parteien, die an der Einheitsfront teilnehmen, bereits dazu geführt haben, daß ein bedeutender Teil von ihnen rücksichtslose Maßnahmen gegen die Faschisten und andere Reaktionäre fordert, zusammen mit den Kommunisten gegen den Faschismus kämpft und offen gegen den reaktionären, dem Kommunimus feindlichen Teil seiner eigenen Partei auftritt.."

Diskussionen und praktische Versuche zu solchen Einheitsfront-
fordert, zusammen mit den Kommunisten gegen den Faschismus kämpft und offen gegen den reaktionären, dem Kommunimus feindlichen Teil seiner eigenen Partei auftritt.."
Diskussionen und praktische Versuche zu solchen Einheitsfront-
Regierungen hatte es in der Komintern schon 1922-1924 gegeben. Dimitroff analysiert nun, welche Fehler in jenen Jahren gemacht wurden. (Manche der angeführten Positionen erinnern bestimmt an ähnliche Debatten in der grün-alternativen Wahlbewegung. Dort werden sie in 99% der Fälle jedoch auf Grundlage eines völlig anderen Staatsverständnisses geführt.)

Dimitroff nennt drei Sorten von Fehlern: *„Die erste Reihe von Fehlern war gerade dadurch bedingt, daß die Frage der Arbeiterregierung nicht klar und fest mit dem Vorhandensein einer politischen Krise verknüpft wurde. Dadurch konnten die Rechtsopportunisten die Sache in dem Sinne auslegen, daß die Bildung einer von der Kommunistischen Partei unterstützten Arbeiterregierung in jeder beliebigen, sozusagen ‚normalen' Situation anzustreben sei. Die Ultralinken dagegen anerkannten lediglich eine solche Arbeiterregierung, die nur durch den bewaffneten Aufstand, nach dem Sturz der Bourgeoisie geschaffen werden kann. ...*

Die zweite Reihe von Fehlern war dadurch bedingt, daß die Frage der Arbeiterregierung nicht mit der Entwicklung der kämpferischen Massenbewegung der Einheitsfront des Proletariats verknüpft wurde. Deshalb hatten die Rechtsopportunisten die Möglichkeit, die Frage zu entstellen und sie zur prinzipienlosen Taktik der Blockbildung mit den sozialdemokratischen Parteien auf der Basis rein parlamentarischer Kombinationen hinauslaufen zu lassen. Die Ultralinken dagegen schrien:, Keinerlei Koalitionen mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie!' und betrachteten im Grunde alle Sozialdemokraten als Konterrevolutionäre. ...

Je besser diese Massenbewegung von unten organisiert wird, je umfassender das Netz der überparteilichen Klassenorgane der Einheitsfront in den Betrieben, unter den Erwerbslosen, in den Arbeitervierteln, unter den kleinen Leuten in Stadt und Land sein wird, desto größer werden die Garantien gegen die eventuelle Entartung der Politik der Einheitsfrontregierung sein. ...

Die dritte Reihe von falschen Ansichten betraf gerade die praktische Politik der ‚Arbeiterregierung'. Die Rechtsopportunisten waren der Ansicht, daß die Arbeiterregierung sich an den ‚Rahmen der bürgerlichen Demokratie' halten müsse und folglich keinerlei Schritte unternehmen dürfe, die über diesen Rahmen hinausgehen. Die Ultralinken verzichteten dagegen faktisch auf jedwede Politik der Schaffung einer Einheitsfrontregierung."

Von einer derartigen Regierung wird gefordert, daß sie *„der Situation entsprechende revolutionäre Grundforderungen verwirklicht, so z.B. Produktionskontrolle, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw."*

Von der Defensive zur Offensive

Ein Allheilmittel sollte das nicht sein: *„Die endgültige Rettung kann diese*

Von der Defensive zur Offensive

Ein Allheilmittel sollte das nicht sein: *„Die endgültige Rettung kann diese*
Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher auch die Gefahr der faschistischen Konterrevolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muß man die sozialistische Revolution vorbereiten." Dimitroff berief sich in diesem Zusammenhang auf Lenin: *„Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, ‚Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen'. Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen. Die ‚linken' Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur von ‚Ziel' gesprochen, ohne sich je um die ‚Übergangsformen' zu kümmern. Daher versuchten sie, auch die Losung der ‚Arbeiterregierung' zu einem leeren Wortspiel, zu einem ‚Synonym' der proletarischen Diktatur zu machen. Die Rechtsopportunisten aber versuchten, mit Hilfe dieser Losung, ein besonderes ‚demokratisches Zwischenstadium' zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium' nannten sie auch ‚Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die „proletarische Revolution", d.h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur.*

Warum maß Lenin der Form des Überganges zur proletarischen Revolution eine so außerordentlich große Bedeutung bei? Weil er dabei ‚das Grundgesetz aller großen Revolutionen' im Auge hatte, das Gesetz, daß Propaganda und Agitation allein nicht imstande sind, den Massen die eigene politische Erfahrung zu ersetzen, wenn es sich darum handelt, wirklich breite Massen der Werktätigen auf die Seite der revolutionären Vorhut zu bringen, ohne das ein siegreicher Kampf um die Macht nicht möglich ist."

VII. Weltkongreß — Wendepunkt zum Revisionismus?

Während Dimitroff einerseits ganz klar ein „demokratisches Zwischenstadium" zwischen Kapitalismus und sozialistischer Revolution ablehnte und ebenso eine Regierungsbeteiligung als „gewöhnliche parlamentarische Minister im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" verwarf, finden sich andererseits auf dem VII. Weltkongreß doch auch andere Töne, auch bei Dimitroff selbst. Noch stärker werden die Bauchschmerzen, wenn man sich die P r a x i s der Komintern nach dieser Neuorientierung ansieht, insbesondere die Volksfront-Regierungen in Spanien und Frankreich. Mit einigem Recht kann man behaupten, daß a u c h das DKP-Konzept der „antimonopolistischen Demokratie" oder Peinlichkeiten wie die Koalition der KPF mit Mitterand in der Komintern-Politik jener Jahre ihre Wurzeln haben. Der (reformistische) Teufel liegt hier im Detail. Um eine weitere Untersuchungsarbeit werden wir nicht herumkommen. Offensichtlich gilt es herauszufinden:

Welche Elemente der Einheitsfront-Politik sind positiv und können dazu beitragen, revolutionäre Politik in den Massen zu verankern?

Wo schlägt diese Politik in schlichten Nachtrab hinter der SPD um, was eine Radikalisierung der Oppositionsbewegung eher verhindert?


Georgi Dimitroff


Georgi Dimitroff

Vor dem 3. Weltkrieg — neue Aufgaben

Augenfällig sind die Unterschiede, die zur heutigen Situation bestehen.
1. In der Sozialdemokratie gibt es keine links-rechts Differenzierung von der Schärfe wie 1934. Dennoch gibt es eine Bewegung, wie die Beschlüsse gegen die NATO-„Nachrüstung" zeigen. Wie können wir dazu beitragen, diese zarten Risse zu Brüchen zu vertiefen?
2. Welche Stichworte umreißen das Konzept eines „Reform-Blocks"? Welche gesellschaftlichen Strömungen kommen dafür in Frage? Mit welchen Mitteln können Teile der SPD (oder die gesamte SPD?) dafür gewonnen werden?
3. Welche Rolle können die minimalen Kräfte der radikalen Linken hierbei überhaupt spielen? Der große Unterschied zur Situation vor dem 2. Weltkrieg ist doch, daß die radikalste Oppositionspartei auf Massenebene nicht kommunistisch, sondern pazifistisch-radikaldemokratisch ist (Die Grünen). Können die Grünen „ersatzweise" die Rolle übernehmen, die die Kommunisten damals gegenüber der Sozialdemokratie gespielt haben? Oder umgekehrt: Wo hat diese Funktion im Selbstverständnis und in der sozialen Basis der Grünen ihre Schranken?
4. Was bedeutet das für das Verhältnis der radikalen Linken zu den Grünen? Was bedeutet das für unsere Arbeit in der „Einpunkt-Einheitsfront", der Friedensbewegung?

Jürgen, Stuttgart

Alle Zitate kommen aus Dimitroffs Rede „Die Offensive des Kapitalismus und die Aufgaben der Komintern im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus" auf dem VII. Weltkongreß der Komintern.

Fortsetzung von vorheriger Seite

hat, wird das Risiko der horizontalen Eskalation stets vorhanden sein." (S.43)

„Defensivwaffen"?

Wenig klar ist Lafontaines Stellung zur konventionellen Aufrüstung. Zwar lehnt er offensive Konzepte wie den Rogers-Plan oder die Airland-Battle-Studie unzweideutig ab: *„Der ‚Rogers-Plan' führt uns also auf der Suche nach einer defensiven Rüstung in Mitteleuropa keinen Schritt weiter. Er ist vielmehr dazu geeignet, die jetzt notwendigen Schritte entscheidend zu blockieren."* (S.99)

Gleichzeitig fordert er aber die „Umrüstung der Bundeswehr auf defensive Waffensysteme", nicht ohne die Eselei nachzuplappern, in diesem Zusammenhang die sog. „Panzerabwehrwaffen" positiv hervorzuheben. Gerade die so betitelten „Abwehr"waffen sind ein entscheidender Bestandteil z.B. des Rogers-Plans!

Ebenso ist Lafontaines Ablehnung der „Waldspaziergangs"-Formel nicht 100%ig. Dieser pro-westliche „Kompromiß" sieht einen „Verzicht" bei der Nachrüstung auf die Pershing 2 vor. Einerseits stellt Lafontaine fest, dieser Sache könne er *„nichts abgewinnen"*, weil es *„die Einführung einer neuen Waffentechnologie"* (gemeint: Cruise Missile) bedeute (S.72). Im gleichen Atemzug lobt er aber: *„Wenn jetzt immer mehr Politiker die Formel des Waldspaziergangs befürworten, ist es als positiv anzusehen, daß auch durch die Argumente der Friedensbewegung die Gefährlichkeit der Pershing 2 erkannt wurde."* (S.72)

Erfrischend ist auf alle Fälle, wie Lafontaine die sozialdemokratischen Ladenhüter zur „Friedenssicherung" abserviert. Die *„Rüstungskontrollpolitik"*, Steckenpferd sozialliberaler Regierungen, *„ist gescheitert"* (S.69). *„Der NATO-Doppelbeschluß ist ein klassisches Beispiel der Rüstungskontrollpolitik. Der Versuch, Rüstungsbegrenzung zu erreichen, führt zu immer weiterer Aufrüstung und zu immer gefährlicheren Waffen."* (ebenda)

„Die Bombe und wir"

Bei der Frage der Durchsetzung unserer Interessen gegen den herrschenden Block finden sich in dem Buch die üblichen Kalauer aus der Friedensbewegung. *„Was verlangt wird, ist eine Revolution der Gesinnungsart, eine grundlegende Änderung unserer Einstellung zum Leben."* (S.10) *„Die Bewährungsprobe für jeden, der sich gegen die atomare Rüstung engagiert, ist die Gewaltfrage. Gewaltfreiheit ist Ausdruck des inneren Friedens des einzelnen."* (S.130) *„Hingabe und Vertrauen sind Verhaltensweisen, um das Überleben der Menschheit zu sichern."* (S.111)

Daneben findet man bei Lafontaine aber die Aufforderung zum Generalstreik, gepaart mit Kritik an der Gewerkschaftsführung. In einem historischen Rückblick wird für die Streikbewegung gegen den Kapp-Putsch geschlußfolgert, daß sie nur stattfinden konnte, *„weil sich innerhalb der Arbeiterorganisationen die ‚Basis' gegen die Führungsinstanzen weitgehend verselbständigt hatten."* (126) Dies sagt Lafontaine indirekt auch für die jetzige Situation: *„Ein Generalstreik wird nicht von der DGB-Spitze gemacht. Die Gewerkschaftsführung muß von der Masse geschoben werden."* (128)

Lafontaine — ein deutscher deGaulle?

Obwohl Lafontaine seine christlich-pazifistischen Argumente mit viel nationaler Begleitmusik vorträgt, ist ein Vergleich mit deGaulle im doppelten Sinne unsinnig: Die BRD als zentraler Frontstaat der NATO „darf" nicht einmal in Gedanken mit der Abkopplung von der NATO spielen, zudem war deGaulle ein Vertreter der französischen Bourgeoisie und ein glühender Antikommunist. Unabhängig von seinen Begründungen kommt Lafontaine in schroffen Gegensatz zur ‚atlantischen Orientierung' der herrschenden Klasse. Ohne Rücksicht auf Parteiräson und öffentliche Meinung hat er heiße Eisen aufgegriffen. Mit seiner Aufforderung zum NATO-Austritt, zur vollständigen atomaren Abrüstung und zum Generalstreik sind Forderungen und Themen angerissen, die man nutzen kann.

Jürgen/Stuttgart

Literatur:
Lafontaine, „Angst vor den Freunden"
Spiegel-Verlag, September 1983

Pershing 2 in Ffm-Hausen!

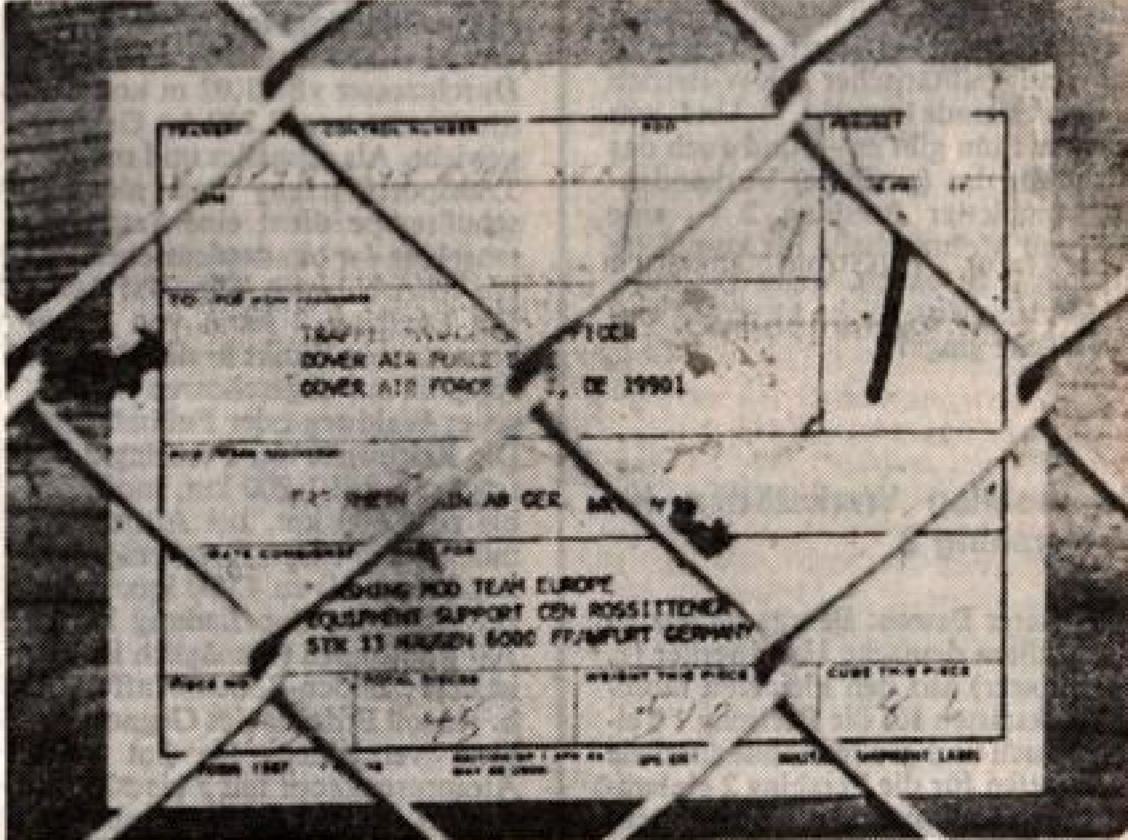
Fotos von: Klaus Malorney



Die neu gebaute Pershing 2-Montage- und Testhalle bei Nacht. Davor LKW-Container, als mobile mechanische und elektronische Werkstätten für die Pershing 2 eingerichtet (s. Text).



Speziell für die Pershing 2 hergestellt: Das M.A.N.-Transport- und Abschußfahrzeug vom Typ XM 1001.



Auf dem Hausener Gelände fotografiert und stark vergrößert: Die Aufschrift auf einer der Kisten gibt das Hausener Gelände als Pershing-Gelände an.

Auf dem Hausener Gelände fotografiert und stark vergrößert: Die Aufschrift auf einer der Kisten gibt das Hausener Gelände als Pershing-Gelände an.

Noch in diesem Herbst sollen Pershing 2 in der Bundesrepublik stationiert werden. Nichts deutete bis vor wenigen Wochen darauf hin, daß Frankfurt oder daß Hessen direkt etwas mit der Stationierung der Pershing 2 zu tun haben würden.

Aber es kam anders: Mitten in Frankfurt, im Stadtteil Hausen, Rosittenerstr. 13, befindet sich zwischen Dauerkleingärten, Gewerbegelände, Schnellstraße und wenigen Wohngebäuden ein US-Militärgelände. Es liegt 30 m entfernt vom Kleingärtnerverein Schönhof e.V., 300 m von der Straßenbahnhaltestelle am Industriehof (Linien 18, 21 und 22) und 3.000 m entfernt vom Hauptbahnhof. Dieses Gelände hat eine viel größere militärische Bedeutung als bislang vermutet.

Auf dieses Hausener Pershing-Gelände werden Pershing 2-Teile transportiert, sie werden gewartet, montiert und getestet. Während wir das herausfanden und im folgenden belegen werden, entdeckten wir, daß seit Jahren, gleichfalls ohne Wissen der Öffentlichkeit, auf eben diesem Gelände bereits Wartungs- und Montagearbeiten an der Pershing 1 durchgeführt wurden. Diesen ersten Fakt belegt die Aussage eines freien Unternehmensberaters:

„Im Rahmen meiner Tätigkeit als Unternehmensberater hatte ich im Februar 1981 auf dem Militärgelände in der Rossittener Str. einen Termin. Als ich in die Empfangshalle kam, sah ich großformatige Fotos mit Raketen und Raketenabschußrampen mit der Aufschrift 'Pershing'. Auf die Frage, ob sie hier auf dem Gelände bereits heute mit Pershings zu tun hätten, erhielt ich die Antwort: 'Nicht die Pershing 2, über die ihr in der BRD redet. Wir arbeiten für die Pershing 1.'

Bei dem Termin ging es darum, daß die Firma ihre Ersatzteilregistrierung und -Versorgung über Computer optimieren wollte. (Ich habe gesehen, daß dort u. a. die Elektrizitätsversorgung für die Raketen oder Raketenstellungen gewartet werden. Bei den Hallen handelte es sich um speziell für Elektronik eingerichtete Räume.

Alle Personen, denen ich dort begegnet bin, waren Amerikaner von der Firma Martin Marietta, der Rüstungsfirma, die die Pershings produziert. Ich *net bin, waren Amerikaner von der Firma Martin Marietta, der Rüstungsfirma, die die Pershings produziert. Ich* *habe keine Militärs, sondern nur Zivilpersonen gesehen. Auch die Visitenkarten der dort Beschäftigten waren Firmenvisitenkarten von Martin Marietta."*

Wir haben festgestellt, daß Pershing 2-Teile tatsächlich bereits jetzt über den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen eingeflogen werden.

Alle unsere Belege beweisen, daß Frankfurt durch dieses Hausener Pershing-Gelände eine zentrale Funktion im Rahmen der Nato-„Nach"rüstung in bezug auf die Pershing 2 hat. Frankfurt bekommt eine Drehscheibenfunktion: Von Frankfurt aus können die Pershing 2 auf speziell ausgerüsteten M.A.N.-Transport- und Abschußfahrzeugen zu jedem beliebigen (Stand-)Ort in der Bundesrepublik transportiert werden. Sie können von diesen beweglichen Abschußrampen aus an jedem beliebigen vermessenen Punkt — sei es ein Waldweg oder ein Fußballplatz — abgeschossen werden. Pershing 2 sind auf keine Weise „stationierungsgebunden".

Es ist nicht nur so, daß alle Menschen in Frankfurt genau wie alle anderen Menschen in der Bundesrepublik von der Nato-„Nach"rüstung bedroht sind. Sondern direkt in Frankfurt, in einem dicht besiedelten Gebiet, wird montiert, gewartet, was später Hunderttausende von Menschen töten soll.

Die Genfer Verhandlungen haben für die US-Militärs keine wirkliche Funktion in bezug auf die Stationierungsplanungen. Die Verhandlungen sollen übertünchen, daß die Nato-„Nach"rüstung bereits begonnen hat. Der Zeitablauf richtet sich nicht nach den Abrüstungsverhandlungen, sondern nach dem technologischen Stand der Waffentechnik und den Interessen der Militärs.

Die Stationierung läuft: Pershing 2 in Frankfurt

„Die deutsche Bevölkerung ist mit dem Anblick des Systems und dem Anblick der amerikanischen Soldaten, die es bedienen, viele Jahre konfrontiert worden", schreibt der Pershing-Hersteller, die US-Firma Martin Marietta, *„QRA-Stellungen, ein vollständiges logistisches System, zu dem eine fabrikmäßige Modernisierungseinrichtung und ein Depot bei Frankfurt gehören, bestehen bereits."*

Und wenig später heißt es im Originaldokument von Martin Marietta, daß man nicht davon ausgeht, daß der Transport der Pershing 2 bei der deutschen Bevölkerung *„besonderes Aufsehen"* erregt.

„QRA-Stellungen (Schnellabschußbasen), *ein vollständiges logistisches System, zu dem eine fabrikmäßige Mo-*

hen" erregt.

„QRA-Stellungen (Schnellabschußbasen), *ein vollständiges logistisches System, zu dem eine fabrikmäßige Mo-*

dernisierugseinrichtung und ein Depot bei Frankfurt gehören, bestehen bereits." — Stimmt! Bereits dieser Satz, den der Hersteller offen ausspricht, wird von den deutschen Behörden und verantwortlichen Politikern von SPD und CDU auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bis heute heftig und arrogant bestritten.

Trotz aller Vertuschungsversuche ist die vorgezogene Stationierung aufgefallen.

Im Frühsommer dieses Jahres bekamen wir aus belgischen Nato-Kreisen einen ersten Hinweis. Wir, DIE GRÜNEN IM RÖMER und Klaus Malorny von der Bürgerinitiative Niederrad, begannen nachzuforschen. Wir beobachteten monatelang, tags und nachts, das Gelände und fotografierten von allen Seiten. Wir verglichen Fotos, lasen Militärzeitschriften, überprüften wehrtechnische Zeichnungen und Herstellerdokumente, sahen uns Dokumentarfilme an, prüften, bis feststand, an was heute keiner mehr vorbeigehen kann: **Die Stationierung hat schon begonnen. Pershing 2 werden bereits jetzt in der Bundesrepublik montiert.**

Die Genfer Verhandlungen werden damit vollends zur Farce. Ihr einziger Zweck ist es noch, die nächsten Aufrüstungsschritte festzulegen. Stationiert wird einzig und allein nach zwei Gesichtspunkten:

— Nach dem Gesichtspunkt des Entwicklungsstandes der Waffensysteme und

— nach dem Gesichtspunkt der Interessen der Militärs und ihrer Politiker.

Filme und andere Dokumente beweisen: Der Pershing-Hersteller Martin Marietta Aerospace aus Orlando, Florida, liefert die einzelnen Teile des Pershing-2-Systems aus, sobald fertig produziert wird, unabhängig von allen Verhandlungen auf der politischen Ebene. Und die US-Army liefert — gleichfalls unabhängig von allen Verhandlungen — in die Bundesrepublik aus, was fertig produziert wurde.

Die neue Sicherheitszone mit „Todesstreifen"

Der technische Stand der Fertigstellung des Waffensystems Pershing 2 läßt sich z. B. an den Entwicklungen und Arbeiten auf dem Hausener Pershing-Gelände in den Monaten unserer Beobachtung nachvollziehen. Es herrschte reges Treiben!

Innerhalb des durch Mauern und durch hohe Stacheldrahtzäune gesicherten Geländes wurde eine zweite Sicherheitszone geschaffen. Ein inneres Gelände wurde eingekreist, zwischen den beiden Zäunen und Mauern befin-

cherheitszone geschaffen. Ein inneres Gelände wurde eingekreist, zwischen den beiden Zäunen und Mauern befin-

det sich eine Art „Todesstreifen", nachts taghell ausgeleuchtet und durch mit Maschinenpistolen Bewaffnete bewacht.

Die Montage-Halle

Eine neue Halle wurde gebaut. Sehr hoch, gut zu sehen von der Ludwig-Landmannstraße aus, vom Osten. Die Halle ist praktisch baugleich mit der Original Pershing 2-Halle von Martin Marietta in den USA. Dort wie hier erfüllt die Halle ihre Funktion: In ihr kann die Pershing 2, montiert auf den M.A.N.-Abschußwagen mittels Hydraulik in alle Himmelsrichtungen gedreht werden. Abschüsse werden simuliert: Ein Punkt oben in der Halle wird fixiert, richtet sich die elektronisch gesteuerte Rakete exakt auf diesen angegebenen Abschußpunkt aus, ist der Test gelungen.

Daß die Stationierung der Pershing 2 zügig und ungehindert von deutschen Politikern voranschreitet, beweist auch, daß am Freitag, dem 7. Oktober 1983, zum ersten Mal seit unserer Beobachtung in der neu erbauten Pershing 2 Montage- und Testhalle das Licht brannte, es war das erste Mal auch nachts reger Betrieb.

Die M.A.N.-10-Tonner — Transportfahrzeug und Abschußrampe zugleich

Ein weiteres Glied in unserer Beweiskette sind die Pershing 2 Transport- und Abschußfahrzeuge. Das sind spezielle, unverwechselbare M.A.N.-10-Tonner (Typ XM 1001), Sattelschlepper, die extra für die Pershing 2 von der bundesdeutschen Firma M.A.N. neu entwickelt wurden. Sie sind deutlich nach technischen Einzelheiten zu unterscheiden von denen für die Pershing 1 oder andere Raketensysteme.

Martin Marietta schreibt: *„Die Ähnlichkeit der Pershing 2-Abschußlafette mit der bekannten Pershing 1-Abschußlafette sollte bei der deutschen Bevölkerung kaum Aufsehen erregen. Die auffälligeren Unterschiede bestehen darin, daß die Abschußlafette für Pershing 2 von einem neuen deutschen M.A.N.-10-Tonner gezogen wird und daß für das Pershing-2-System kein Kabelmast wie für die Pershing 1 verwendet wird ..."*

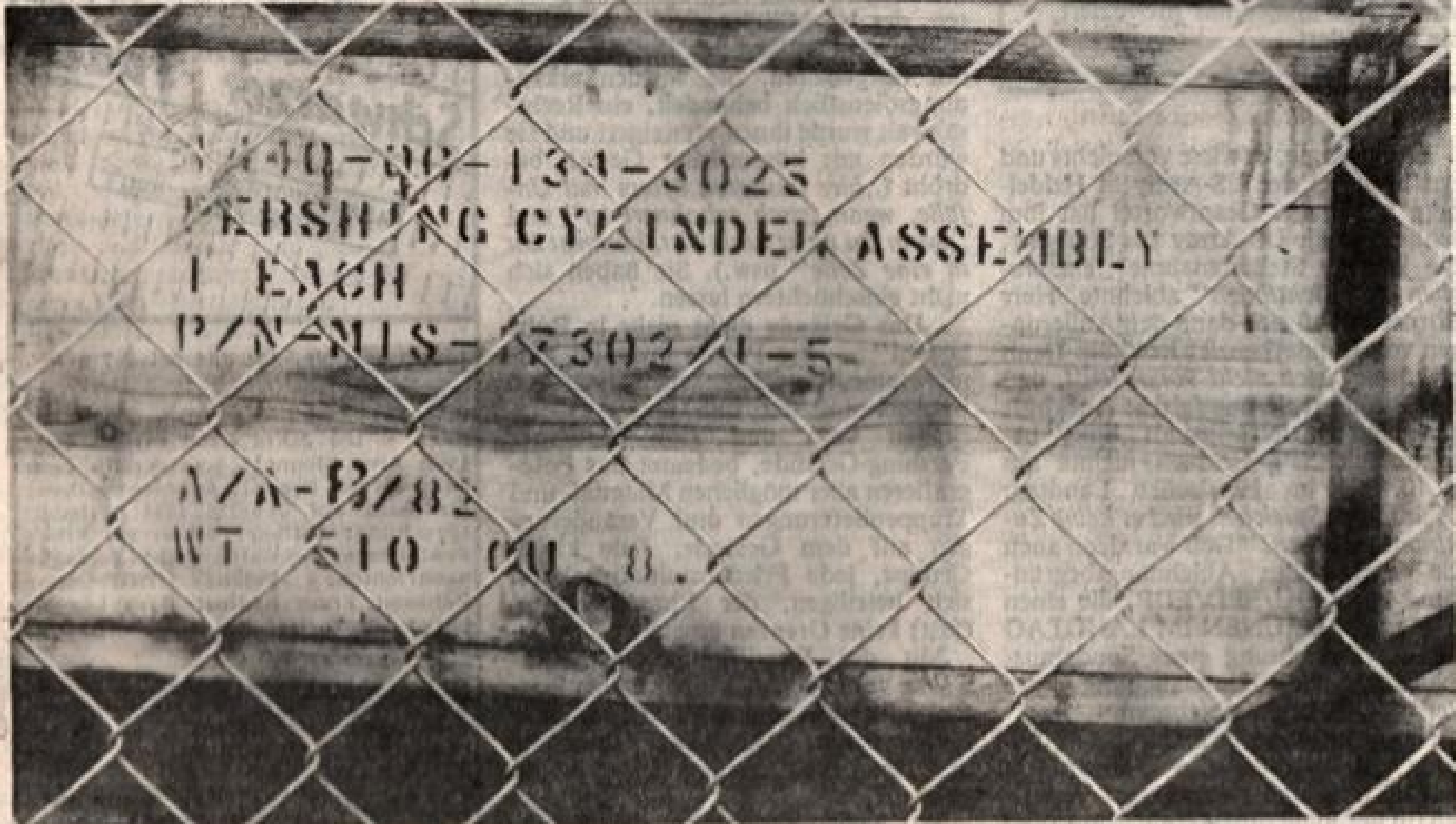
Wir konnten es kaum blauben, als wir anhand von militärtechnischen Hersteller-Zeichnungen und Armeefotos feststellen mußten, daß genau diese speziellen Pershing-2-M.A.N.-Schlepper neu auf dies Hausener Gelände gekommen waren. Alles stimmt überein: äußere Form, Länge, Stabilität, Zugventil, Art der Aufbaumöglichkeit für Generatoren und Lafette, alles bis ins Detail.

In den letzten beiden Wochen wurden die M.A.N.-Schlepper weiter aufgerüstet. Die Generatoren, die Ende September noch frisch geliefert auf dem Gelände herumstanden, sind inzwischen auf die Schlepper gebaut (s. Foto). Der Zeitpunkt, an dem die Pershing 2 von diesen mobilen Abschußrampen aus abgeschossen werden kann, ist nicht mehr weit.

Die Kisten mit den Pershing 2-Teilen

Eines der wichtigsten Glieder unserer Beweiskette sind die verschiedenen Kisten, die wir auf dem Gelände von verschiedenen Seiten fotografierten. Ihre Aufschriften sind aufschlußreich. Wir vergrößterten sie und übersetzten: Da gab es Kisten mit der Aufschrift *„Pershing Calinder Assembly"* und solche mit der Aufschrift der kompletten Anschrift und Benennung dessen, was da

Fortsetzung nächste Seite



Auf dem Hausener Gelände fotografiert und stark vergrößert: Die Aufschrift spricht für sich selbst.

in Hausen geschieht: *„Pershing Mod(ification) Team Europe, Equipment Support Center, Rosittenerstr. 13, Hausen, 6000 Frankfurt, Germany“. „Modification“* oder *„Modernisation“* ist in der militärtechnischen (nicht umgangssprachlichen!!) Übersetzung nichts anderes als der (verschleiernde) Begriff „Umrüstung“, der den Austausch der Pershing 1 durch die Pershing 2 bedeutet. Und der Transportweg wird gleich auch noch auf dem Etikett angegeben: Rhein-Main-Airbase Frankfurt Germany. Vom Frankfurter Flughafen also, dessen Start- und Landebahnen die US-Army benutzt. Wir erinnern hier an die lautstarken, scheinbar empörten Proteste von Politikern und Medienvertretern, als die Startbahnbürgerinitiativen nachwiesen, daß der Frankfurter Flughafen durch die US-Air Base direkt in die Kriegsvorbereitungen mit einbezogen ist. Der Beweis ist nicht zuletzt dieses Hausener Pershing-Gelände. Und nicht zuletzt sind es die Truppentransporte für die diesjährigen Manöver in Hessen, bei denen Menschen getötet wurden und bei denen die Kriegsvorbereitungen z. B. durch den Einsatz der grauenhaften VX Kampfgase und durch Evakuierungstrainings konkreter waren als je zuvor.

Auf dem Gelände haben wir auch Kisten mit der Aufschrift der Lieferfirma „Miller Fluid Power Corporation, Bensonville“ fotografiert. Ein Anruf bei der Firma ergab, daß sie die Hydraulik für die Pershing 2 herstellt und daß diese bereits ausgeliefert sind. Selbst für den Regierungssprecher Sudhoff z. B. ist die Hydraulik klarer Bestandteil der Rakete (damit hat er recht). Damit ist einmal mehr bewiesen, daß auf dem Hausener Pershing-Gelände jetzt schon Pershing 2-Teile sind, Frankfurt ist Stationierungsvorbereitungsort. Wir können nicht sagen, ob schon alle 19 Teile, in die der Hersteller die Pershing 2 in den USA zerlegt und ausliefert, inzwischen hier in Hausen angekommen sind. Wir können dies für einen Teil sicher sagen und zudem feststellen, daß besonders in den letzten Wochen und Tagen ein reger ziviler und militärischer LKW-Betrieb auf dem Gelände herrscht. — Und, was für einen Sinn gibt es — und auch das spricht für das (geplante) Vorhandensein kompletter Pershing 2 — eine Test- und Montagehalle für komplette Pershing 2 zu bauen, wenn es „nur“ um die zwischenzeitliche Lagerung einzelner Teile ginge?

Die mobilen Werkstätten für die Pershing 2

Ein weiterer Beweis: Bereits im letzten Jahr mußten deutsche Handwerker (z.

Die mobilen Werkstätten für die Pershing 2

Ein weiterer Beweis: Bereits im letzten Jahr mußten deutsche Handwerker (z.
B. Schlosser) aus den kleineren mobilen Werkstätten für die Pershing 1 Teile ausbauen und große mobile spezielle Werkstätten für die Pershing 2 einbauen. Die neuen mobilen Werkstätten, die sämtliche mechanischen und elektronischen Ersatzteile enthalten und „unterwegs“ jederzeit eine Wartung und Reparatur der todbringenden atomaren Pershing 2 gewährleisten, sind in Containern auf LKW-Anhängern untergebracht, die aussehen wie ganz normale Frachtcontainer. Sie sind häufig auf dem Gelände zu sehen, fahren ein und aus der neuen Halle.

Einer der Zeugen war Ende 1982 als Schlosser einige Zeit auf dem Gelände für die Firma Martin Marietta tätig und hat dort vielerlei Beobachtungen gemacht.

In den wesentlichen Punkten lautet seine Aussage: *„Feststeht, daß die Pershing 1 seit Jahren in Frankfurt-Hausen gewartet wird. Im Rahmen meiner Tätigkeit bei der Firma Martin Marietta im letzten Jahr habe ich aus mobilen Werkstätten (LKW-Anhänger) Teile ausgebaut und in mobile Werkstätten für Pershing 2 eingebaut. Die Wartungshallen und Einrichtungen für die Pershing 1 sind auch vorhanden gewesen. Deshalb ist die neue große Halle für die Pershing 2 gedacht. Denn hier können Raketen auf den Abschußwagen (M.A.N.-Schlepper) vollkommen ausgefahren werden und Flüge und Abschuß simuliert werden. Diese Flugsimulation ist für jede Rakete erforderlich“.*



Foto von der US-Army: Es zeigt einen M.A.N. Transport- und Abschußfahrzeug XM 1001 mit einer aufgerichteten Pershing 2 (an unbekannter Stelle). Exakt die gleichen Fahrzeuge stehen in Hausen.

Die Pershing 2 wird von der US-Firma Martin Marietta mit Stammsitz in Orlando, Florida hergestellt. Sie ist 10,55 m lang, hat einen Durchmesser von 1,02 m und eine Startmasse von 7.200 kg Gesamtgewicht. Als schnelles und mobiles Transportfahrzeug und als Abschußrampe dient eine Sattelzugmaschine der bundesdeutschen Firma M.A.N. vom Typ XM 1001. Die Pershing 2 kann von *jedem* vermessenen Punkt in der Bundesrepublik aus abgeschossen werden, sei es Waldweg oder Fußballplatz. Die Reichweite der Pershing 2 beträgt offiziell 1.800 km, inoffiziell bis zu 2.500 km, bei Ausrüstung mit einem Langstreckensprengkopf sogar bis zu 4.000 km, wobei bei letzterem eine Ladung bis zu 300 Kilotonnen (!) möglich ist. Sie
trägt offiziell 1.800 km, inoffiziell bis zu 2.500 km, bei Ausrüstung mit einem Langstreckensprengkopf sogar bis zu 4.000 km, wobei bei letzterem eine Ladung bis zu 300 Kilotonnen (!) möglich ist. Sie
ist eine „Boden-Boden-Waffe“, d. h. sie soll Erdziele des Gegners nuklear vernichten. Sie hat einen Atomsprengkopf mit 5 bis 50 Kilotonnen, die Hiroshima-Bombe hatte 15 - 25 Kilotonnen. Die Zielgenauigkeit wurde erheblich verbessert: Binnen 6 bis 8 Minuten ist die Atomrakete mit einer Treffgenauigkeit bis zu 30 m im Gebiet des Warschauer Paktes. Eine Besonderheit liegt im zusätzlichen Erddurchdringungssprengkopf, der erst unterirdisch explodiert und dort gelegene Ziele zerstört.

Die Pershing 2 ist extrem schwierig abzuwehren. Das ist bedingt durch ein hochkompliziertes Leitsystem mit außergewöhnlichen technischen Eigenschaften, die die Pershing 2 zu einer geradezu „idealen“ Erstschlagswaffe machen. Wichtige Ziele im Bereich der Ostblockstaaten können ohne Vorwarnzeit zerstört werden. Der Suchkopf mit dem neuen Radarmeßteil kann die Radarechos mit eingespeicherten Daten, d. h. dem Zielbild vergleichen, kurz vor dem Aufprall aus nur noch 4.600 m Höhe ein Gebiet von 23 Quadratkilometern „abtasten“ und Flugkorrekturen vornehmen. Außerdem sind noch während des Fluges von der Kommandozentrale aus Umprogrammierungen auf andere Ziele möglich.

Die 108 vorgesehenen Pershing 2-Systeme kommen ausschließlich in der Bundesrepublik zum Einsatz und befinden sich vollständig in der Hand der US-Army-Luftwaffe. Die 72 Pershing 1a der Bundeswehr werden 1986 durch die Pershing 1b ersetzt, die eine Reichweite von 800 km hat.
und befinden sich vollständig in der Hand der US-Army-Luftwaffe. Die 72 Pershing 1a der Bundeswehr werden 1986 durch die Pershing 1b ersetzt, die eine Reichweite von 800 km hat.

Der Startschuß für die Weiterentwicklung der Pershing 1a zur 1b und zur Pershing 2 wurde 1974 gegeben, ein halbes Jahr vor dem Startschuß zur Entwicklung der SS 20. Die Pershing 2 stellen wie die Cruise Missile eine Waffe dar, die die Sowjetunion nicht ohne weiteres selbst bauen und gegen die sie sich zur Zeit nur schwer schützen kann.

Die „hervorragenden“ technischen Eigenschaften der Pershing 2, die Möglichkeit des Einsatzes als grauenhaft zerstörerische Atomwaffe ohne Vorwarnzeit, machen sie zu einer Erstschlagswaffe, einer konkreten Bedrohung für den „Gegner“. Und eine konkrete Bedrohung hat in der Geschichte (neben anderen Faktoren) Angriffe und Kriege immer nur provoziert, nie verhindert.

Neben den außerparlamentarischen die parlamentarischen Initiativen Der GRÜNEN IM Römer

27. Oktober 1983 wird das Frankfurter Stadtparlament über unseren Antrag gegen das Hausener Pershing-Gelände diskutieren. Wir haben die vollständige Offenlegung aller Informationen und Akten gefordert und die Abrüstung des Hausener Pershing-Geländes.

Leugnen und vertuschen — zu den Reaktionen von SPD und CDU

Die Frankfurter SPD hat sich bereits abfällig über unseren Antrag geäußert (*„übertrieben“*). Sie will ihm in der Sitzung des Stadtparlaments am 27. Oktober nur teilweise zustimmen. Typisch für die SPD ist, daß sie die Folgen dessen leugnet, was sie selbst mit zu verantworten hat, die sogenannte „Nach“-, in Wirklichkeit Auf-Rüstung. Seit dem Tag der ersten Veröffentlichung der Fakten über das Frankfurter Pershing-Gelände schwankt der Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt. Er schwankt von *„halte ich nicht für möglich“* bis *„vielleicht ja doch“* und zurück.

Börner sagte, er wisse von nichts und hat brav bei der US-Army in Heidelberg angefragt. Geantwortet hat ihm schließlich die US-Army aus Stuttgart, die jegliche Stellungnahme *„entsprechen der Richtlinien“* ablehnte. Herr Börner schloß sich dann den Äußerungen von Bundeskanzler Kohl an. Denn er könne *„sich nicht vorstellen“*, daß eine Bundesregierung falsche Auskunft gibt. Und der sich selbst als „links“ bezeichnende SPD-Görlach meinte am 10.10.1983 im Hessischen Landtag: *„Für dieses Spielchen wird es keine Zustimmung geben!“* Daß war denn auch die kurzgefaßte Ablehnungsbegründung von CDU/SPD/FDP, die einen Antrag der GRÜNEN IM LANDTAG für die Einrichtung eines Sonderausschusses zur Untersuchung des Pershing-Geländes ablehnten.

Das ist bislang alles an SPD-„Aktivitäten“ geblieben. — Die SPD wird lernen müssen, daß zweideutiges Verhalten (in der Regierungsverantwortung so und in der Opposition scheinbar kritisch) und Sonntagsreden nicht mehr gefragt sind. Sie wird sich vollends lächerlich machen, wenn sie sich nicht entscheidet, sich tatsächlich energisch für eine Abrüstung des Hausener Pershing-Geländes einzusetzen.

Für die CDU schoß Kohl den Vogel ab. Breit und etwas dümmlich grinsend, uniformiert als Gast inmitten eines Militärmanövers sitzend, stritt er die Existenz eines Pershing-Geländes in Hausen ab, das sei „unwahr“, weil von den GRÜNEN kommend.

In der Fragestunde des Bundestages am 13.10.1983 kam mehr heraus. Staatssekretär Würzbach beantwortete die Fragen von Milan Horacek (DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG) und gestand nach längeren Windungen ein, daß Transporteinrichtungen, elektronische Systemteile und *andere* Infrastruktur auf dem Gelände vorhanden seien. Indirekt gab er außerdem zu, daß Abschußgestelle, Abschuß- und Transportfahrzeuge und *„andere Dinge“* in Pershing-Hausen gelagert sind. Selbst nach Auffassung von „Nach“rüstungsbefürwortern und Herstellern gehört ein Teil dieser Dinge direkt zur Pershing 2, ist Pershing 2-Bestandteil. Z. B. befindet sich in einem Teil der Kisten nach Aussage des Herstellers „Miller Fluid Power Corp. USA“ die Hydraulik für die Pershing 2 und die ist selbst nach Auffassung von Regierungssprecher Sudhoff Pershing 2-Teil! Würzbach betonte auffällig, daß ganz sicher die Gefechtsköpfe *„noch nicht“* eingetroffen sind. Wir müssen daraus schließen, daß alles andere da ist.

Immer häufiger sind die Verantwortlichen gezwungen zuzugeben, daß die öffentlich gemachten Stationierungstermine eine Farce sind. Letztlich brauchen am 22. November, am Tag nach der Abstimmung im Bundestag, nur noch die Atomsprengköpfe geliefert zu werden (falls die nicht auch schon längst hier sind), alles andere ist bereits fertig. Die Stationierung hat längst begonnen. Helmut Kohl lügt also.

In Frankfurt bestreitet OB Wallmann (CDU), nachdem er sich zunächst für *„nicht zuständig“* erklärt hat, daß in Hausen Pershing 2-Teile sind. Der Magistrat sei zwar informiert, daß da eine Halle gebaut wurde, ihr Zweck sei Sache der US-Army! Das politische Verhalten zumindest der CDU zeigt, daß die Stationierung beschlossene Sache ist und daß man alles unternimmt, die „eigene“ Bevölkerung im Interesse der US-Army und der Nato für dumm zu verkaufen.

Das Gelände nicht mehr in Ruhe lassen!

Das Gelände nicht mehr in Ruhe lassen!

Die Aufdeckung der wirklichen Funktion dieses Geländes hat zu Repressionen geführt. Die US-Army, die dies Gelände besitzt (übereignet von der Bundesvermögensverwaltung) und der Firma Martin Marietta praktisch zur Verfügung gestellt hat, versucht inzwischen, mit Besatzerallüren und Schikanen öffentliche Besichtigungen des Geländes mitten in der Stadt zu verhindern. Die deutsche Polizei hilft mit. US-Militär macht auf städtischem Gelände Ausweiskontrollen, vertreibt Radfahrer, läßt sich von der willigen deutschen Polizei Daten von zu neugierigen Passanten geben (Datenveruntreuung!)

Neulich nachts wurden vier Leute festgenommen, weil sie das Gelände beobachtet hatten. Sie wurden von der deutschen Polizei verprügelt und getreten, der US-Militärpolizei vorgeführt, später stundenlang im Polizeipräsidium festgehalten. Sie wurden erkennungsdienstlich behandelt, ein Rechtsanwalt wurde ihnen verweigert und sie wurden mit körperlicher Gewalt bedroht (*„hier passieren öfters mal Unfälle, wenn frisch gebohnert ist“* und *„wenn Du nicht ruhig bist, kommst Du in eine Zelle“* usw.). Sie haben sich nicht einschüchtern lassen.

„Das Gelände nicht mehr in Ruhe lassen!“ — die Parole bedeutet aufmerksames Spazierengehen, ständige Beobachtung der Ein- und Auslieferungen vom und zum Hausener Pershing-Gelände, bedeutet das Fotografieren aller möglichen Material- und Truppenlieferungen und Veränderungen auf dem Gelände. Jede kleine Gruppe, jede Friedensinitiative kann sich beteiligen, der Phantasie sind (fast) keine Grenzen gesetzt!

Mit der Rund-um-die-Uhr-Mahnwache vom 8.-15. Oktober haben Friedensinitiativen und GRÜNE mit einer *permanenten* öffentlichen Kontrolle des Hausener Pershing-Geländes begonnen.

Wir wollen verhindern, daß Frankfurt zur Drehscheibe für Montage und



Auslieferung der Pershing 2 wird. Wir werden nicht mehr nachlassen. Wir werden auch mit dem gewaltfreien Einsatz unserer Körper und anderen aktiven Methoden aus dem Konzept des gewaltfreien Widerstandes die Zulieferung zu diesem Gelände und die Auslieferung von diesem Gelände im Interesse des Lebens zahlloser Menschen in Europa behindern müssen.

Weder hier im Ballungsgebiet darf montiert und getestet werden, noch irgendwo anders darf stationiert werden, was gedacht ist, um Millionen von Menschen zu ermorden. — Wir wollen die totale Abrüstung des Pershing-Geländes der US-Army in Frankfurt-Hausen!

Dieser Text ist einem Informationsblatt DER GRÜNEN IM RÖMER entnommen. Weitere Informationen (auch Fotos) bei: DIE GRÜNEN IM RÖMER, 6000 Frankfurt/Main

ausgerechnet HESSEN

,,Airland Battle'' und ,,Rogers-Plan'':

— NATO im Übergang zu einer neuen Strategie —

Ohne Zweifel bereiten sich die USA darauf vor, sich militärisch die Möglichkeit einer ,,Enthauptung'' der Sowjetunion ohne das Risiko der Selbstvernichtung zu verschaffen. In einem Leitlinien-Dokument des Pentagon hieß es 1982, Ziel sei, ,,*die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur auszuschalten*'' sowie die Vernichtung ,,*der atomar und konventionell ausgerüsteten Streitkräfte sicherzustellen*'' (1). Daß dies nur durch einen überraschenden und umfassenden atomaren Angriffskrieg (,,Blitzkrieg'') möglich sein wird, liegt auf der Hand. Die Hauptrolle dabei werden die strategischen Kernwaffen der USA spielen; nicht unwichtig sind dabei aber auch — aus amerikanischer Sicht — die Land- und Luftstreitkräfte in und um Europa. Ihnen soll die Aufgabe übertragen werden, bis in eine Tiefe von etwa 800 km ins Territorium des Warschauer Paktes hinein ,,*die gesamten Streitkräfte des Feindes ... zu töten*''. (2).

So formulierte es der amerikanische General Otis, damaliger Chef des US-,,Army Training and Doctrine Command'' (TRADOC) in Fort Monroe/Virginia — der entscheidenden ,,Schule'' für ein neues Einsatzkonzept der amerikanischen Land- und Luftstreitkräfte. Dieses Konzept ist in einem weiteren offiziellen Dokument unter der Bezeichnung ,,525-5 Operational Concept for the Air Land Battle and Corps Operations 1986'' vom 21.3.1982 enthalten und trat letztes Jahr in Kraft: ,,*Airland Battle ist jetzt die Doktrin der US-Armee*'' (2).

,,Integrierte Kriegführung'' auf ,,erweitertem Schlachtfeld''

Der Ansatzpunkt von ,,Airland Battle'' ist ein völlig anderer als der der (noch) gültigen Strategie der ,,Flexiblen Antwort''; US-General D.A. Starry hob diesen Unterschied hervor: ,,*Die Streitkräfte für das Schlachtfeld sollen nicht lediglich als Brücke zum strategischen Nuklearkrieg betrachtet werden. Dies sind Waffen, die im Kontext einer Kriegsführungsfähigkeit gesehen werden müssen*'' (3).

nicht lediglich als Brücke zum strategischen Nuklearkrieg betrachtet werden. Dies sind Waffen, die im Kontext einer Kriegsführungsfähigkeit gesehen werden müssen'' (3).

In der amerikanischen Terminologie wurde in diesem Sinne das operative Kriegführungskonzept mit dem Begriff des ,,erweiterten und integrierten Schlachtfeldes'' (extended and integrated battlefield) umschrieben und damit sind zugleich zwei der drei Säulen von ,,Airland Battle'' angedeutet:

1. Das ,,erweiterte Schlachtfeld''. Bei einem Krieg gegen die Staaten des Warschauer Paktes (WP) soll deren Territorium bis etwa an die Westgrenzen der Sowjetunion sofort zum unmittelbaren Schlachtfeld für die in Westeuropa stationierten NATO-Streitkräfte gemacht werden. Mit hochmodernen Präzisionswaffen, ballistischen Raketen, Marschflugzeugen etc. soll gewissermaßen das ,,strategische Hinterland'' — aus sowjetischer Sicht: die Bereitstellungs- und Aufmarschräume — entscheidend vernichtet werden, die erste Staffel der WP-Streitkräfte von ihrer Verstärkung abgeschnitten und isoliert und sodann ebenfalls geschlagen werden. Im ,,Armed Forces Journal'' war dazu angemerkt, daß nur 20% der Streitkräfte des Warschauer Paktes im grenznahen Bereich (30 bis 40 km Tiefe) disloziert seien, erst dann beginne eine stärkere Konzentration der Kräfte. Von den insgesamt 2685 festen und 2260 beweglichen Zielen lägen nur 4% im grenznahen Bereich, darunter sei nicht ein einziger Flugplatz (4). Daher sei der ,,*Angriff in die Tiefe kein Luxus, sondern eine absolute Notwendigkeit, um zu gewinnen*'' (3)

2. Das ,,integrierte Schlachtfeld''. Im Unterschied zur ,,flexible response'', wo zumindest theoretisch noch gesonderte Einsatzschwellen für nukleare und chemische Waffen genannt wurden, basiert ,,Airland Battle'' gerade auf der Anwendung des g e s a m t e n Waffenspektrums: konventionelle, atomare und chemische Waffen. Folgerichtig ist nach dieser Konzeption der Einsatz von Massenvernichtungswaffen schon von Beginn an vorgesehen — sowohl im ,,grenznahen'' als auch im ,,tiefen'' Bereich des Warschauer Paktes; es existiert also ,,*kein Unterschied zwischen Erstschlag und Vergeltung*'' (5) Das operative Konzept des ,,Airland Battle'' macht aus der Sicht der USA also nur einen Sinn, wenn ,,integrated'' u n d ,,extended'' Schlachtfeld als zwei Seiten einer Medaille begriffen werden.

3. Das Prinzip des Präventivkrieges. Unverblümt heißt es dazu: ,,...*die Art und Weise, wie die Armee ihre Schlachten schlägt..., beruht auf der Sicherung der Initiative und deren Umsetzung im Angriff, um den Feind zu schlagen*'' (6) — so die neue Einsatzdoktrin in der geänderten amerikanischen Heeresdienstvorschrift ,,Field Manual 100-5'' (FM 100-5). Dem Feind dürfe ,,*niemals gestattet werden, sich vom Schock des ersten Angriffs zu erholen*'' und ihm ,,*niemals die Möglichkeit gewährt werden, seine Streitkräfte ... gegen unsere Hauptstoßrichtung zu massieren*'' (6). Die US-Streitkräfte müßten einen ,,*Vorteil daraus ziehen, daß der Feind unvorbereitet ist*'' (6). Diese wenigen Zitate mögen genügen, um zu beweisen, daß ,,Airland Battle'' nichts anderes als eine neue Variante des Blitzkrieges darstellt!

Ihren praktischen Niederschlag bekam ,,Airland Battle'' in der im August 1982 neuen Fassung der amerikanischen Heeresdienstvorschrift FM 100-5. Darin heißt es u.a.: ,,*Die US-Heeresdoktrin bevorzugt ... den Geist der Offensive ... Wer die Initiative behält, wird gewinnen*''. Im Unterschied zur Ausgabe von 1976 ist diese Vorschrift übersät mit Hinweisen darauf, ,,*wie ein nuklearer und/oder chemischer Konflikt erfolgreich zu bestreiten*'' sei (5).

Modernisierung der Streitkräfte

Es liegt auf der Hand, daß für diese ,,totale'' Kriegführungskonzeption neue Waffen hermüssen bzw. entsprechende Rüstungsprogramme; im atomaren Bereich zählen dazu die allseits bekannten ,,Nach''rüstungswaffen Pershing 2 und Cruise Missiles; auch das Raketensystem ,,Lance'' sowie luftgestützte Kernwaffen gehören dazu. Nicht vergessen werden sollte auch die in den USA betriebene Produktion der Neutronen-Gefechtsköpfe für Artilleriegranaten, Feldhaubitzen und für die ,,Lance''-Raketen; man sollte sich daran erinnern, daß die USA sich unter

zu. Nicht vergessen werden sollte auch die in den USA betriebene Produktion der Neutronen-Gefechtsköpfe für Artilleriegranaten, Feldhaubitzen und für die ,,Lance''-Raketen; man sollte sich daran erinnern, daß die USA sich unter

Carter nur verpflichtet hatten, die Neutronenwaffen nicht in Westeuropa zu lagern, wohl aber, sie zu produzieren! Unter diesem Aspekt ist auch der mit großem Propagandagetöse angekündigte Abzug der eh veralteten 1600 atomaren Sprengköpfe für Kurzstreckensysteme zu sehen; es geht dabei keineswegs um einseitige Abrüstung, sondern — im Gegenteil — um die Verbesserung dieser Systeme, die nach ,,Airland Battle'' weiterhin ein integraler Bestandteil der operativen Kriegführung aus der Sicht der USA bleiben werden (7).

Auf dem Gebiet der chemischen Massenvernichtungswaffen ist die Produktion sogenannter ,,Binärsysteme'' in den USA bereits angelaufen; laut ,,Airland Battle'' wird es als ,,vorteilhaft'' angesehen, ,,*chemische Waffen zu einem frühen Zeitpunkt und auf dem Territorium des Feindes einzusetzen*'' (3). Der stellvertretende US-Verteidigungsminister für chemische Angelegenheiten, Gold, meinte, die Fähigkeit der amerikanischen Streitkräfte ,,in die Tiefe'' würde sich durch den frühen Einsatz dieser Binär-Kampfstoffe vergrößern (8).

Im Bereich der konventionellen Streitkräfte laufen derzeit umfangreiche Programme von schon vorhandenen Waffensystemen ab. Dazu zählt der US-Panzer ,,M-1'', die Kampfflugzeuge F-15 und F-16, der Kampfhubschrauber AH-64 sowie das Luftabwehrsystem ,,Patriot''. Besondere Bedeutung erhalten die zur Zeit konzipierten neuen Waffensysteme speziell für ,,Airland Battle'': gemeint sind hochmoderne Waffensysteme, die sich besonders durch zwei Eigenschaften auszeichnen sollen: hohe Treffsicherheit und gesteigerte Vernichtungskraft. Die neuen konventionellen Technologien umfassen insgesamt drei Bereiche:

— im Bereich der Gefechtsfeldwaffen die geplante Einführung eines Mehrfachraketenwerfers (MLRS, Multi Launch Rocket System), das lasergesteuerte Artilleriegeschoß ,,Copperhead'', die Panzerabwehrrakete ,,Hellfire'' und im Bereich der Luftabwehr das System ,,Patriot'' (9);

— für die Angriffe in die Tiefe hat das ,,Assault-Breaker''-System eine zentrale Bedeutung; es ist mit Submunition ausgerüstet und dient vor allem zur Vernichtung von festen Zielen (Flugplätze, Brücken, konzentrierte militärische Kräfte etc) (9);

— eine genaue und systematische Zielerfassung wird als Voraussetzung für ,,Airland Battle'' angesehen; eine vollständige und schnell Zielerfassung soll so eine ,,integrierte'' Angriffsplanung ermöglichen. Dieses Ziel wird erreicht mit Satelitenaufklärung, dem Höhenaufklärungsflugzeug TR-1, das in Westeuropa stationiert werden soll, sowie durch die in der BRD stationieten AWACS-Aufklärungsflugzeuge, die bis 500 km in die Tiefe des Warschauer Paktes ,,hineinsehen'' können. Besonderes Augenmerk gilt dabei der relativ raschen Zerstörung der Kommando- und Kommunikationssysteme des Warschauer Paktes (10).



Einhergehend mit der Einführung dieser neuen Waffen wird auch die US-Army entsprechend umstrukturiert. So erhalten alle größeren US-Truppenverbände eine spezielle Einheit zur elektronischen Kampfführung und — soweit noch nicht vorhanden — zur chemischen Kampfführung.

Die USA gedenken, daß die Aus- und Umrüstung auf die ,,Airland Battle''-Konzeption ca. 1986 erfolgt sein wird (9). Zu betonen ist, daß die ,,Airland Battle''-Doktrin allein von den USA entwickelt wurde und ,,***für Operationen überall in der Welt anwendbar sein***'' muß (16). Ausdrücklich wird sich gegen eine regionale Bezogenheit — z.B. auf das hiesige Schlachtfeld — abgegrenzt (6).

,,Airland Battle'' und Westeuropa

,,Airland Battle'' und Westeuropa

Aus der Sicht der USA macht ,,Airland Battle'' für den Kriegsschauplatz Europa nur dann einen Sinn, wenn diese Konzeption des Präventivkrieges sowohl politisch — als herrschende NATO-Strategie — als auch militärisch gegenüber den ,,Verbündeten'' durchgesetzt werden kann.

Bereits parallel bzw. im Vorfeld der ,,Airland Battle''-Doktrin haben die USA mit den westeuropäischen Staaten Verträge abgeschlossen und militärische Maßnahmen getroffen, die in das US-Konzept passen. Die wichtigsten seien nochmals genannt:

— Im Rahmen des NATO-Langzeitprogramms und des amerikanischen ,,Pomcus''-Programms (Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets, zu deutsch: Vorausstationierung von Material in Übersee in Form der Ausrüstung für komplette Einheiten) wurde und wird schweres Kriegsgerät in Westeuropa eingelagert, so daß im Kriegsfalle nur noch die Soldaten eingeflogen werden müssen. Diese Maßnahme ist Bestandteil der alljährlichen ,,Reforger''-Herbstmanöver der NATO. Allein in der BRD lagert Kriegsgerät, um innerhalb von 10 Tagen 6 zusätzliche US-Divisionen (= 150.000 Soldaten) und 1000 Kampfflugzeuge heranzuführen. In Norwegen ist Kriegsgerät für ca. 10.000 US-Soldaten gelagert (11). In engem Zusammenhang mit diesem Programm steht der ,,Wartime Host Nation Support'', in deren Rahmen sich die NATO-Partner der USA verpflichten, die Sicherung der Stützpunkte, das Instandhalten der Waffen etc. zu übernehmen. Als besonders kooperativ hat sich dabei die Bundesregierung gezeigt; im Abkommen vom 15.4.1982 verpflichtete sich die BRD, durch die Einberufung von 93.000 Reservisten, durch die Bereitstellung von 600 Mio. DM jährlich für die Errichtung der Waffendepots und 60 mio. jährlich an Unterhaltungskosten ihren Beitrag zum ,,Wartime Host Nation Support'' zu leisten.

— Die USA planen seit langem, ihre 7. Feldarmee aus dem Südwesten an die Grenze der DDR zu verlagern (Master Restationing Plan). Grundsätzlich seien sich die USA mit der BRD darüber einig, aber die Finanzierung von 2,5 Milliarden DM ist noch strittig.

— Im Rahmen der lückenlosen ,,Feindaufklärung'' wurde die Anschaffung von 18 AWACS-Flugzeugen beschlossen, die vor allem in der BRD (Ramstein, Geilenkirchen) und auf Island stationiert werden sollen. Parallel dazu führt die englische Regierung das elektronische Frühwarnsystem ,,Nimrod'' ein, so daß die NATO über ein Netz lückenloser Aufklärung verfügt. Dieses Netz wird ergänzt durch die AWACS-Stationierung in Saudi-Arabien.

— Im Herbst 1982 haben schließlich die USA ein Abkommen mit der Türkei über den Ausbau und Nutzung von Flugplätzen in der Osttürkei abgeschlossen.

Für das ,,Airland Battle''-Konzept durchaus eignen würden sich nach US-Meinung die bereits vorhandenen Systeme wie das Kampfflugzeug ,,Tornado'', das Erdkampfflugzeug ,,Alpha Jet'', das Flugabwehrraketensystem ,,Roland'' (letztere beide sind Entwicklungen aus der westdeutsch-französischen Rüstungsproduktion), die Kampfpanzer Leopard II (BRD), der Kampfpanzer ,,Challenger'' (England) sowie die westdeutsch-britisch-italienische Feldhaubitze FH-70, die atomare und Neutronengefechtsköpfe abfeuern kann. Beschlossene Sache ist ferner die Modernisierung der 72 in der BRD stationierten ,,Pershing-Ia'', die bei gleicher Reichweite (750 km) hinsichtlich der Treffgenauigkeit und Geschwindigkeit verbessert werden soll. Darüber hinaus ist es Konsens in der NATO, daß der Mehrfach-Raketenwerfer MLRS und die Flächenfeuerwaffe MW-1 (von MBB entwickelt und gebaut) eingeführt werden sollen (9).

Was die p o l i t i s c h e Durchsetzung des ,,Airland Battle''-Konzepts als Doktrin der NATO anbelangt, so stoßen die USA dabei auf Hindernisse und Widerstand seitens der westeuropäischen Regierungen.

Man sollte sich daran erinnern, daß die USA zur Durchsetzung der (noch) gültigen Doktrin der ,,flexible response'' ganze 6 Jahre brauchten, ehe sie seit der Einführung (1961) auch offizielle NATO-Strategie wurde (festgelegt im NATO-Dokument MC 14/3).

se'' ganze 6 Jahre brauchten, ehe sie seit der Einführung (1961) auch offizielle NATO-Strategie wurde (festgelegt im NATO-Dokument MC 14/3).

Folgende unterschiedlichen Interessen und Widersprüche treten dabei zutage:

— Die ,,flexible response wurde seit ihrer Einführung als ausschließlich d e f e n s i v e s Konzept ausgegeben. Zumindest für die breite Öffentlichkeit ließ sich jede Aufrüstung in der Vergangenheit mit dem vermeintlich defensiven Charakter rechtfertigen — und dieser fiktiven NATO-Doktrin wurde im großen und ganzen auch geglaubt. Bei ,,Airland Battle'' hingegen wird der Blitzkriegs-Charakter, die offensive Kriegführungsdoktrin durch keinerlei Geschwätz von hehren ,,Verteidigungs''absichten kaschiert. Solch ein Konzept, das ganz offen auf ,,Sieg'', Blitzkrieg und Eroberung setzt, angesichts der westeuropäischen Friedensbewegungen und der relativ breiten Sensibilisierung der Bevölkerungen in Westeuropa anzupreisen, würde die Proteste gegen die USA mit Sicherheit noch um einiges vergrößern (17).

— Die herrschenden Klassen in den westeuropäischen Staaten dürften auch kein allzu großes Interesse an einem T e i l des ,,Airland Battle'' verspüren: am ,,integrierten Schlachtfeld''. Denn per operativer Grundsätze der USA sieht das ,,integrated battlefield'' last but not least die atomare und chemische Verwüstung Europas vor, zumal die Sowjetunion kaum weniger zimperlich auf die ,,totale'' Kriegführung der NATO antworten würde. Das Risiko eines ,,integrierten Schlachtfeldes'' erscheint dem westeuropäischen Kapital offensichtlich als zu hoch

In der Tat haben auch amerikanische Militär-Analytiker hinsichtlich des ,,integrierten Schlachtfeldes'' die Widersprüche in Rechnung gestellt. ,,***Das vielleicht größte Problem, mit dem die Annahme dieses Wandels in der US-Landkriegsführung konfrontiert ist, stellen die gegenwärtigen politischen und militärischen Realitäten in Westeuropa dar***'' (5).

Der ,,Rogers-Plan''

Angesichts dieser Widerspruchskonstellation haben die USA deshalb zunächst für den europäischen Kriegsschauplatz nur einen T e i l der ,,Airland Battle''-Konzeption durchsetzen können — mit Zustimmung der westeuropäischen NATO-Länder.

Dieser Teil, den die USA durchsetzen konnten, bezieht sich auf das Konzept des ,,erweiterten Schlachtfeldes'' und ist hierzulande als ,,Rogers-Plan'' bekannt geworden. In der breiten Öffentlichkeit stellt sich dieser Plan als etwas völlig Unabhängiges von der ,,Airland Battle''-Doktrin der USA dar oder aber — bei allzu nachlässiger Analytik — ,,Rogers-Plan'' und ,,Airland Battle'' werden in einen Topf geworfen.

Laut ,,Rogers-Plan'' müsse die NATO ,,*in der Tiefe des gegnerischen Raumes die Brücken, Bahnlinien, Knotenpunkte, Kommando- und Fernmeldezentren bis hin zu Panzeransammlungen und beweglichen Zielen zerstören*'' (12). Das entspricht in der Tat genau dem ,,extended battlefield'' der US-Doktrin. Um dieses Konzept schmackhaft zu machen, läuft der ,,Rogers-Plan'' unter dem Stichwort der ,,**Konventionalisierung**'', der Erhöhung der Einsatzschwelle für Atomwaffen — also einer Risikominderung für die westeuropäischen Staaten im Falle eines Krieges. Und in der Tat ist der ,,Rogers-Plan'' auf den NATO-Ratstagungen im Dezember letzten Jahres als verbindliches Konzept durchgegangen — verbunden mit einem Programm der konventionellen Aufrüstung und Modernisierung, um die Fähigkeit zu verbessern, die vernichtenden Präzisionsschläge in der Tiefe des Warschauer Paktes auch ausführen zu können. Im Mai 1983 ist dazu eine NATO-Studie erschienen, an der führende Repräsentanten der USA, der BRD, Großbritanniens und Norwegens beteiligt waren. Die ,,Europäische Sicherheitsstudie'' (European Security Study, ,,ESECS'') formuliert 5 Aufgaben, die die NATO-Streitkräfte zu lösen haben: die Zerstörung der Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes innerhalb weniger Stunden; Aufreiben der ,,grenznahen Verbände'' des Warschauer Paktes; Abriegelung und Vernichtung der Verstärkungsverbände binnen weniger Tage; Zerstörung der Aufklärungs- und Kommunikationssysteme des Gegners und die Gewährleistung der eigenen Kriegführungsfähig-

schauer Paktes; Abriegelung und Vernichtung der Verstärkungsverbände binnen weniger Tage; Zerstörung der Aufklärungs- und Kommunikationssysteme des Gegners und die Gewährleistung der eigenen Kriegführungsfähig-

keit (13). An konkreten Rüstungsmaßnahmen werden laut ,,ESECS''-Studie gefordert:

— 900 nichtnukleare Raketen mit der zugehörigen ,,Submunition'' zur flächendeckenden Bekämpfung der Landstreitkräfte des Warschauer Paktes in der Tiefe,

— 1000 Salven mit endphasengesteuerten Gefechtsköpfen aus Mehrfach-Raketenwerfern für den unmittelbaren Frontbereich (13).

Die Studie beziffert die Kosten dieses Aufrüstungsprogramms auf 20 bis 30 Mrd. Dollar über einen Zeitraum von 10 Jahren, wobei die neuen konventionellen Waffensysteme etwa 1986 bis 1988 ihre Einsatzreife erlangt haben sollen.

,,Rogers-Plan'' (9 und 12) sowie ESECS-Studie laufen also im wesentlichen p a r a l l e l zu den US-Umrüstungsprogrammen gemäß ihrer ,,Airland Battle''-Doktrin, in deren Rahmen die amerikanischen Land- und Luftstreitkräfte im Rahmen der NATO auf Blitzkriegseinsätze getrimmt werden. Aus dieser Parallelität ergibt sich, daß es aus der Sicht der USA gar nicht unbedingt erforderlich ist, das umstrittene ,,integrierte Schlachtfeld'' als allgemeingültige Nato-Einsatzdoktrin durchzusetzen, da diese für die US-Streitkräfte ohnehin gelten und gegebenenfalls auch angewendet werden (18).

,,Rogers-Plan'' und die amerikanische ,,Airland-battle''-Konzeption stellen im Ergebnis also eine wechselseitige E r g ä n z u n g der angestrebten Kriegsführungsfähigkeit dar. Das geht u.a. schon aus der Kommandostruktur der Nato hervor, wo beispielsweise der Nato-Oberbefehlshaber für Europa, eben dieser General Rogers, nur an Weisungen aus den USA gebunden ist — nicht jedoch an die der westeuropäischen Verbündeten.

In diesem Zusammenhang muß die Nato-Propaganda, die den ,,Rogers-Plan'' als Beitrag zur ,,Konventionalisierung'' und Anhebung der atomaren (Erst)einsatzschwelle verkaufen möchte, als S c h w i n d e l bezeichnet werden. Erstens hat Rogers selbst be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zeichnenderweise nie auf die Option des nuklearen Ersteinsatzes verzichtet, sondern betont, daß *„die Verbesserung eines Teils der Triade die Effektivität der anderen Teile ergänzt"* (14). Zweitens wird die atomare Einsatzschwelle entscheidend g e s e n k t, daß gemäß der amerikanischen Konzeption des „integrierten Schlachtfeldes" schon sofort Atomwaffen zum Einsatz kommen — eine gewisse Trennung der Einsatzschwellen wie bei der „flexible response" praktisch a u f g e h o b e n wird. Zur Senkung der atomaren und chemischen Einsatzschwelle trägt außerdem die „Konventionalisierung" selbst bei; viele konventionelle Fernwaffen mit Reichweiten bis zu 800 km beruhen auf Trägersystemen, mit denen auch Nuklearschläge geführt werden, das gilt für Varianten der „Pershing", der Marschflugkörper und der „Lance" (9).

Die „Vermischung" von konventionellen und atomaren Trägersystemen macht es dem Gegner praktisch unmöglich, diese zu unterscheiden. Die Sowjetunion wird sich an solch einem Ratespiel sicher nicht beteiligen und hat entsprechend erklären lassen, daß sie auch die genannten Trägersysteme atomar vergelten würde.

Drittens ist die Beschreibung des „Rogers-Planes" als „konventionelle Option" irreführend, was die Folgen eines mit hochmodernen Flächenfeuerwaffen ausgetragenen konventionellen Krieges betrifft: auch ohne Einsatz von Kernwaffen wäre die Vernichtungskraft dieser „nur" konventionellen Waffen für diesen Kontinent verheerend; einige dieser Waffen übertreffen die Vernichtungskraft der taktischen Atomwaffen bei weitem.

Und viertens geht es bei der derzeitigen Nato-Propaganda, der Betonung einer „Konventionalisierung" des Schlachtfeldes Europa, um *„eine Entschärfung der Friedensbewegung in Europa"* (15) auf zweifache Weise: zum einen sollen damit die neuen konventionellen Waffensysteme für die Nato und Bundeswehr besser verkauft werden (Stichwort: Hebung der atomaren Einsatzschwelle), und zum anderen wird bewußt der Zusammenhang mit dem amerikanischen „Airland Battle"-Konzept zumeist verschwiegen, das erwiesenermaßen auf einem kombinierten und sofortigen Einsatz atomarer, chemischer und konventioneller Waffen beruht.

D./Westberlin

Anmerkungen:
(1) „New York Times", 30.5.1982
(2) G.K. Otis, „The Airland Battle" in: „Military Review" 5/1982, S. 2 f. Otis ist seit dem 31.3.83 Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, der 7. US-Armee in der BRD und der Nato-Armeegruppe Europa-Mitte.
Das 1982 in Kraft getretene „Airland Battle"-Konzept ist nicht nur vom „Rogers-Plan" (s. später im Text) zu unterscheiden, sondern auch vom „Air Land Battle 2000".
(2) G.K. Otis, „The Airland Battle" in: „Military Review" 5/1982, S. 2 f. Otis ist seit dem 31.3.83 Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, der 7. US-Armee in der BRD und der Nato-Armeegruppe Europa-Mitte.
Das 1982 in Kraft getretene „Airland Battle"-Konzept ist nicht nur vom „Rogers-Plan" (s. später im Text) zu unterscheiden, sondern auch vom „Air Land Battle 2000".
Bei letzteren handelt es sich um Überlegungen, die heute angestellt werden, wie das „Air Land Battle"-Konzept für die 90er Jahre fortgeschrieben werden soll.
(3) D.A. Starry, „Extending the battle-field" in: „Military Review" 3/1981, S. 31 ff. (Starry ist Mitarbeiter von TRADOC).
(4) Nach „FAZ", 30.11.82
(5) W.G. Hanne, „The integrated battle-field" in: „Military Review" 6/1982, S. 34 ff.
(6) H.W. de Czege/L.D. Holder: The Field Manual 100-5, in „Military Review" 7/1982, S. 53 ff.
(7) Die Produktion von Neutronensprengköpfen wurde im US-Report von Kriegsminister Weinberger vom 1.2.83 an den amerikanischen Kongreß bestätigt.
(8) T.S. Gold, „U.S. Chemical Warfare Policy and Program" in: Nato's Sixteen Nations (Brüssel) 1/1983, S. 70
(9) Ein ausgezeichneter Überblick über die Rüstungsprogramme und Maßnahmen im Rahmen des „Rogers-Plans" befindet sich in der „Europäischen Wehrkunde/-Wehrwissenschaftlichen Rundschau" 4/1983: „Neue konventionelle Technologien und Vorneverteidigung in Europa", von N.F. Wikner (S. 201 - 215). Des weiteren siehe: Arbeiterkampf, Nr. 232 und 233).
(10) Bericht Weinbergers an den US-Kongreß vom 1.2.83, siehe (7)
(11) B.T. Caine, „Total Force Modernization" in: „Military Review" 1/1983, S. 17 ff.
(12) „Wehrtechnik" 5/83, S.18
(13) „Strengthening Conventional Deterrence in Europe. Proposals for the 1980's. Report of the European Security Study." (New York - London - Baden-Baden 1983), S. 17 f.
(14) Rogers - in „Nato's Sixteen Nations", 1/1983, S. 20
(15) „General Anzeiger" (Bonn), 15.10.1982
(16) siehe Anm. 6. Daß die „Airland Battle"-Doktrin weltweit eingeführt werden soll und nicht nur für diesen Kontinent, geht aus der Zukunftsstudie für die Nato-Streitkräfte der neunziger Jahre unter dem Titel „Air Land Battle 2000" hervor. Ein Exzerpt ist u.a. von den Generalen Meyer (USA) und dem Bundeswehr-Heeresinspekteur, Glanz, veröffentlicht worden (siehe „taz", 22.10.83).
(17) So heißt es in der für die Öffentlichkeit bestimmten Version der „flexible response", Ziel eines Krieges sei die Sicherung der eigenen Machtbereichs.
(18) Ohnehin gilt für die BRD und andere Nato-Staaten (außer England und Frankreich), daß sie etwas anderes als konventionelle Optionen gar nicht in Erwägung ziehen; die BRD hat auf die Herstellung von chemischen und atomaren Massenvernichtungswaffen verzichtet.

Die Bundeswehr
„Ein Heer für den Angriff"

Wo vom Rogers Plan, von der neuen konventionellen Blitzkriegs- und Siegesstrategie der NATO die Rede ist, wird gern von einer neuen a m e r i k a n i s c h e n Konzeption gesprochen, die „mit dem Leben der Europäer" spiele (1). In offensichtlichem Widerspruch dazu gilt gerade unter Militärexperten der Bundesverteidigungsminister Wörner als „einer der Schlüssel-Architekten" der neuen Strategie (Armed Forces Journal, Nov. 82). Es ist also zu fragen: Wie paßt die verstärkte „Konventionalisierung" der NATO-Doktrin in das strategische Denken der maßgeblichen militärischen und politischen Kreise der BRD? Und auf welche Traditionen und materiellen Voraussetzungen trifft sie in der Bundeswehr? Sind „deep strike" und „airland battle 2000" wirklich nur amerikanische oder nicht zumindest ebenso auch westdeutsche Schlachtpläne zur Revision des Abkommens von Jalta?

In dem folgenden Artikel werden die strategischen Absichten dargestellt, unter denen die Bundeswehr konzipiert, aufgebaut und bewaffnet wurde. Der Autor geht davon aus, daß — nachdem die Pläne zur Rückeroberung der „verlorengegangenen deutschen Ostgebiete" mehr als 20 Jahre lang aufgrund des atomaren Patts als undurchführbar angesehen wurden — mit dem Rogersplan und den waffentechnologischen Neuerungen der letzten Jahre der „Marsch nach Osten" wieder in den Bereich des Realisierbaren gerückt ist.

Als 1948 der spätere Bundeskanzler Adenauer den Generalleutnant und Wehrmachtsstabschef a.D. Hans Speidel beauftragte, erste Überlegungen zur Remilitarisierung Deutschlands anzustellen, war strikteste Geheimhaltung geboten. Die deutsche Niederlage und das Potsdamer Abkommen, das jedes Wiedererstehen des deutschen Faschismus und Militarismus verhindern sollte, lagen erst wenige Jahre zurück. Bei den europäischen Völkern war die Erinnerung an die Aggressions- und Vernichtungspolitik des Faschismus noch lebendig, und im besetzten Deutschland selbst war die Stimmung eindeutig: „Nie wieder Krieg!"

Während in den Gesetzen der Alliierten jedoch noch jede Beschäftigung mit militärischen Fragen mit lebenslänglichen Freiheitsstrafen bedroht wurde, hatten die USA insgeheim einer westdeutschen Wiederaufrüstung bereits zugestimmt. In der amerikanischen Strategie des „containment" und „roll back" (Eindämmen und Zurückdrängen) gegenüber der Sowjetunion spielte ein politisch und militärisch in die westliche Frontbildung integrierter westdeutscher Staat eine unverzichtbare Rolle. Im zerstörten deutschen Reich andererseits hatten führende Kräfte vor allem aus der Industrie bereits vor Kriegsende erkannt, daß die Chance des deutschen Imperialismus im Bündnis mit den Westmächten gegen die UdSSR bestand.

deutscher Staat eine unverzichtbare Rolle. Im zerstörten deutschen Reich andererseits hatten führende Kräfte vor allem aus der Industrie bereits vor Kriegsende erkannt, daß die Chance des deutschen Imperialismus im Bündnis mit den Westmächten gegen die UdSSR bestand.

Nach der Zerschlagung des NS-Staates drängte sich die enge Kooperation mit den USA geradezu auf, um zum einen überhaupt wieder zur imperialistischen Macht aufsteigen zu können, und zum anderen die Möglichkeit einer militärischen Revanche gegen die SU zu erhalten. Diese Interessenlage erklärt, warum sich die führenden westdeutschen Politiker widerspruchslos in das Konzept der US-Politik einfügten (das immerhin die Spaltung Deutschlands zur Grundvoraussetzung hatte): Sie hatten damit einen — vielleicht den einzigen — Weg gefunden, unter amerikanischem Schutz ihre ureigensten „nationalen" Interessen verfolgen zu dürfen.

„... offensiv gegen Osten"

Im propagandistischen Trommelfeuer des Koreakrieges fiel auf einer NATO-Ratstagung im September 1950 die grundsätzliche Entscheidung für einen „deutschen Wehrbeitrag". Bereits Anfang 1950 hatte Adenauer unter der Tarnbezeichnung „Zentrale für Heimatdienst" eine erste militärische Koordinations- und Planungsstelle eingerichtet. Noch im Oktober desselben Jahres organisierte diese „Dienststelle Schwerin" unter strengster Geheimhaltung eine Tagung militärischer Experten, die die Entwürfe Speidels zur „Himmeroder Denkschrift" ausarbeiteten, die in die amtliche bundesdeutsche Militärgeschichtsschreibung als *„eine Art Magna Charta der Bundeswehr"* einging (1a). Die Liste der Autoren ist aufschlußreich: Die Versammelten waren allesamt hohe Offiziere der Nazi-Wehrmacht. In den Stäben und auf Kommandoposten hatten sie die deutschen Überfälle auf viele Länder Europas mitgeplant und in die Tat umgesetzt. Und später waren gerade sie es, die den Kern des Führungskorps der Bundeswehr bildeten und in höchste militärische Kommandostellungen (Generalinspekteur, Heeresinspekteur, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte) aufstiegen. Sie verkörperten so *„ein Glied in der Kette der personellen Kontinuität zwischen der Wehrmacht und der Bundeswehr"* (2). Es verwundert daher nicht, daß zu den ersten Forderungen des Ausschusses die *„Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der ... Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland"*, die *„Freilassung der als ‚Kriegsverbrecher' verurteilten Deutschen"* und eine ausdrückliche Ehrenerklärung der Westmächte für die ehemaligen Angehörigen der Nazi-Wehrmacht gehörten.

Nachdem die militärpolitischen Voraussetzungen in der Denkschrift skizziert und ein schreckenserregendes Bild von der angeblichen Übermacht und den Angriffsabsichten der UdSSR innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre ausgemalt worden war, wurde die für den Aufbau der Bundeswehr grundlegende operative Konzeption entwickelt. Deren Kernsätze lauten: *„Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß ... Es wird also darauf ankommen, mit einer Gruppe zwischen Main und Lüneburger Heide das (sowjetische) Vorgehen frontal auf-*

wickelt. Deren Kernsätze lauten: *„Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß ... Es wird also darauf ankommen, mit einer Gruppe zwischen Main und Lüneburger Heide das (sowjetische) Vorgehen frontal auf-*

zuhalten und mit je einer Gruppe aus dem süddeutschen und schleswig-holsteinischen Raum so bald und so stark wie möglich den Angreifer anzufallen. Daß diese Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutsches Gebiet vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden." Nach dem *„Einsatz der Atomwaffe"* sollten *„großangelegte Angriffe nach Rußland"* den ersten Schlachten folgen (3).

Als Begründung und Rechtfertigung für diese Art von beweglicher, offensiver Kriegsführung wurden die geringe operative Tiefe des Bundesgebietes und die über 800 km lange Grenze, die nicht starr zu verteidigen sei, angeführt. Es waren dies auch die Argumente, die später für die NATO-Doktrin der „Vorwärts-" bzw. „Vorne-Verteidigung" ins Feld geführt wurden. Alternativplanungen wie die des Obersten v. Bonin, die auf raumdeckender Verteidigung mit eindeutiger Defensivbewaffnung beruhten, wurden verworfen; von Bonin wurde aus dem „Amt Blank" gefeuert. Unter dem Tarnbegriff „Vorwärtsverteidigung" wurde die militärische „Befreiung der Ostzone" zur Staatsdoktrin. Diese Doktrin erlaubt und rechtfertigt es, rüstungstechnisch und operativ einen Angriffskrieg bis ins Letzte vorzubereiten und zu üben, und zugleich nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch unter den Soldaten den Glauben aufrechtzuerhalten, es handle sich lediglich um eine Verteidigungsstrategie. Nicht einmal im Ernstfall muß es zum Bruch mit dieser Fiktion kommen: Es muß nur für ein politisches Klima gesorgt sein, in dem ein (angeblich irgendwo stattgefundener oder unmittelbar bevorstehender) von der Sowjetunion ausgehender Angriff möglich scheint, um — in Einklang mit der herrschenden Verteidigungsdoktrin — in dessen Abwehr weit nach Osteuropa vorzustoßen.

Das gesamte Offizierscorps der Bundeswehr wurde im Geist der Himmeroder Denkschrift erzogen. Deren Mitverfasser F.M. von Senger und Etterlin gab 1959 unter dem mehrdeutig-programmatischen Titel „Der Gegenschlag" ein taktisches Lehrbuch heraus, in dem die „Osterfahrungen" der deutsche Wehrmacht bis in die letzten Details (*„Kampfbeispiel Höhe 81,9"*) ausgewertet wurden. Fazit des Buches: *„Der Gegenschlag schließt normalerweise an die Verteidigung an. Diese Kampfform ist aber auch selbständig oder nach vorhergehendem Verzögerungskampf denkbar. ... Eine solche Abwehrkampfführung stellt aber an das Können von Truppen und Führern und an die technischen Kampfmittel so hohe Anforderungen, daß sie vorläufig noch nicht zum Grundsatz erhoben werden kann. Sie ist jedoch das Ziel, welches es zu erreichen gilt. Ihre Beherrschung wird im Atomkrieg das Unterpfand des Sieges sein."* (4). Die zeitgemäßere Version des hergebrachten Grundsatzes „Angriff ist die beste Verteidigung" hat die Traditionen der Bundeswehr und das Denken ihrer Offiziere von Grund auf geprägt.

Wie allgemein diese Auffassung von „Verteidigung" verbreitet war, zeigt eine Rede des damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schuhmacher, der 1950 vor SPD-Körperschaften in Stuttgart von den Alliierten öffentlich forderte, *„Deutschland offensiv nach dem Osten"* zu verteidigen, *„in der Form der Defensive, die zur Offensive übergeht und die die Entscheidung zwischen der Weichsel und dem Njemen sucht"* (also in Polen!). Die Annahme eines solchen strategischen Konzepts durch die NATO-Staaten sei für die SPD *„die erste und materiell die einzige Voraussetzung für das Ja und Nein zur deutschen Aufrüstung"* (5). Die SPD hat ihre Vorreiterrolle bei Schlüsselprojekten imperialistischer Kriegsrüstung beileibe nicht erst 1977 mit der „Nachrüstung" übernommen.

Von dem jede Aggression rechtfertigenden Verständnis vom „Verteidigungsauftrag" der Bundeswehr wurde auch später nicht abgerückt — im Gggenteil: 1963 erklärte Bundesverteidigungsminister Kai/Uwe von Hassel: *„Auch im Rahmen übernationaler Verteidigungsorganisationen kann eine Bundesregierung niemals einer Konzeption zustimmen, die — aus welchen Gründen auch immer — von vornherein auf Preisgabe beträchtlicher Teile deutschen* (nicht etwa nur bundesdeutschen — Anm. d. Verf.) *Bodens aufbaut. Seit ihrem Eintritt in die atlantische Gemeinschaft hat die Bundesregierung daher den Gedanken der ‚Vorwärts-Verteidigung' vertreten. Heute ist dieser Gedanke Allgemeingut der NATO geworden. Kräfte und Mittel, strategisches Konzept und Verteidigungspolitik der NATO werden in zunehmenden Umfange hiernach bemessen und ausgerichtet"* (6). Mit Wirkung vom 1.9.63 wurde die Vorwärtsstrategie (später beschönigend in „Vorne-Verteidigung" umgetauft) zum offiziellen strategischen Prinzip für das NATO-Oberkommando Zentraleuropa und für das Kommando Ostseezugänge. Bereits beim NATO-Beitritt der BRD 1954 hatten die USA, Großbritannien und Frankreich sich das wichtigste potentielle bundesdeutsche Kriegsziel zu eigen gemacht, indem sie im § 7 als „gemeinsames Ziel" festhielten: *„Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-*

Beitritt der BRD 1954 hatten die USA, Großbritannien und Frankreich sich das wichtigste potentielle bundesdeutsche Kriegsziel zu eigen gemacht, indem sie im § 7 als „gemeinsames Ziel" festhielten: *„Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-*

demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist." Die BRD war damit in weniger als zehn Jahren nach dem Fiasko des 2. Weltkriegs zu einer nahezu gleichberechtigten imperialistischen Macht aufgestiegen und hatte sogar in das bis dahin zumindest auf dem Papier rein defensive NATO-Bündnis ihre eigenen weitreichenden territorialen Forderungen einbringen und vertraglich verankern können. Daß in diesem Zusammenhang wiederholt Gewaltverzichtserklärungen abgegeben wurden, mag man dabei als ebenso schwerwiegend bewerten wie etwa das im Grundgesetz enthaltene Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges ...

„Panzer marsch!"

Nach den Erfahrungen des Weltkrieges mußten die Kräfte und Mittel für die offensive Kriegsführung vor allem eine möglichst starke Panzertruppe umfassen. Auch im Atomzeitalter ist der Panzer mit seiner Stoßkraft, Beweglichkeit und Reichweite unverzichtbar, um ein fremdes Land anzugreifen und zu überrennen, es in Besitz zu nehmen und Widerstand niederzukämpfen. Die in Himmerod ausgearbeitete Strategie *„rechtfertigte, ja forderte es, das gesamte Heer zu mechanisieren, denn nur solche Großverbände sind zur weitreichenden Offensive und zum weiträumigen Bewegungsgefecht imstande"*, so Panzergeneral Uhle-Wettler (7). Entsprechend forderten die Himmeroder Strategen die Aufstellung von zwölf reinen Panzerdivisionen.

Selbst die Ameikaner hatten 1950 nur an zehn Divisionen mit leichter Bewaffnung gedacht, und noch der NATO-Vertrag begrenzte die Bundeswehr auf sechs Panzer- und sechs Infanterie-Divisionen. Unter ausdrücklicher Berufung auf den Wehrmachts-

„Befreiung heißt die Parole"

„... nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien."
Adenauer, 5.3.52 (14)

„Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können."
Adenauer, 13.11.56 (15)

„Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können."
Adenauer, 13.11.56 (15)

„... Was östlich von der Elbe und der Werra liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung ..."
Adenauer, 20.6.61 (16)

„... die deutsche Frage gemäß dem Gebot des Grundgesetzes offengehalten und das Ziel der deutschen Einheit ... bekräftigt."
H. Schmidt, März 1980 (17)

„... Wiederherstellung der staatlichen Einheit unseres Landes in Freiheit ... Die CSU-Landes-Gruppe bekennt sich zu dieser Verpflichtung und übernimmt sie ... als bindenden politischen Auftrag. Sie ist entschlossen, jedes zulässige und geeignete Mittel einzusetzen, um diesen Auftrag zu erfüllen."
CSU-Landesgruppe, Jahresanfang 1978 (18)

„... Verbündete, die kraft geschichtlichen Weitblicks in der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas elementares Eigeninteresse erkennen und mitvertreten. ... Recht, Wille und Macht gehören zusammen ... Im übrigen wird es zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa, die diesen Namen verdient, erst kommen, wenn die Sowjetunion aufgrund einer fundamentalen Neueinschätzung ihrer eigenen Interessen ... konstruktiv mitwirkt ... Jeder verantwortliche deutsche Politiker hat eine doppelte Pflicht: 1. seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes — dazu zählen auch die Sudeten-, die Memel- und die Danzig-Deutschen, die 1937 nicht zu Deutschland gehörten — zu widmen ... 2. ...".
Staatsminister im Auswärtigen Amt A. Mertens, 12.10.82 (19)

general Guderian wurde auch in der Bundeswehr großer Wert darauf gelegt, *„den echten Panzergeist zu pflegen''* (8).

Die Panzergrenadierdivisionen der Bundeswehr übertrafen dank großzügiger Ausstattung mit Kampf- und Schützenpanzern die frühere Wehrmachts-Elitedivisionen bei weitem. Die Vollmechanisierung des Landheeres mit -zigtausenden von Panzern und geländegängigen Fahrzeugen, die zunehmende Umwandlung sogar des Territorialheeres in Panzerverbände, die jetzt vorgeschlagene Aufstellung von sechs zusätzlichen luftmechanisierten Divisionen — all das weist die Bundeswehr als reine Angriffsarmee aus.

Selbst Bundeswehrstrategen kommen an dem offenkundigen Widerspruch zwisch angeblichem Verteidigungsauftrag der Bundeswehr und deren konkreter Struktur und Bewaffnung nicht mehr vorbei: *„So haben wir von 1955 bis heute mit zunehmender Ausschließlichkeit ein Heer entwickelt, das am besten für weitreichende Angriffsoperationen in offenem Gelände geeignet wäre, indessen aber in zentraleuropäischem Gelände die (Vorne-)Verteidigung durchführen soll''*, konstatiert Uhle-Wettler (9). Und Generalmajor a.D. Günter Vollmer: *„Nur zur Verteidigung brauchen wir keine Panzer! Wir haben alles gepanzert, und der Panzer ist eine unerhört günstige Angriffswaffe''* (10).

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Umsetzung der Himmeroder Pläne war die Ensatzbereitschaft und Schnelligkeit der Kampftruppen. Man hatte sich von Anfang an bemüht, die Bundeswehr so zu organisieren und auszurüsten, daß sie zu Operationen „aus dem Stand'', nach dem Vorbild der Blitzkriege Nazi-Deutschalnds, fähig war. Nach dem israelischen Überfall auf Ägypten, Syrien und Jordanien 1967 faßte der Chefredakteur der offiziösen „Wehrkunde'' und vormalige Bundeswehrgeneral Meyer-Detring diese Aufgabenstellung dahingehend zusammen, *„ein dem unmittelbar bevorstehenden feindlichen Angriff zuvorkommender Schlag''* nach dem Vorbild
stehenden feindlichen Angriff zuvorkommender Schlag'' nach dem Vorbild
des „Sinai-Blitz'' sei die einzige Möglichkeit, den eigenen politischen Zielen gerecht zu werden (11).

Schließlich mußte auch die Nachschuborganisation der Bundeswehr gewaltig aufgebläht werden, um den Anforderungen eines ausgedehnten Feldzuges gerecht zu werden: Durch den Aufbau des Nachschubapparats nach amerikanischem, für Einsätze in aller Welt ausgelegten Vorbild benötigen die zwölf Bundeswehrdivisionen fast 40% mehr Personal als für die alleinige Verwendung auf bundesdeutschem Boden.

Für nicht wenige Bundeswehroffiziere schien Anfang der sechziger Jahre dem Panzerraid nach Osten nichts mehr im Wege zu stehen. In der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau'' war zu lesen: *„Da die Möglichkeiten des Westens erschöpft scheinen, vom Osten auf friedlichem Wege ein Nachgeben zu erzwingen, bleiben nur die Möglichkeiten einer gewaltsamen Änderung des Status quo oder der Aufgabe eigener Prinzipien. Die gewaltsame Änderung heißt Krieg mit dem Ziel, die latente Gefahr des Bolschewismus für die Freiheit der westlichen Welt auszuschalten, um selbst eine neue Ordnung .. zu begründen''* (12). Doch solche Revanchedrohungen mußten bloßes Papier bleiben. In der Realität hatten sich die strategischen Gegebenheiten und Kräfteverhältnisse ganz anders entwickelt, als sie Anfang der fünfziger Jahre kalkuliert worden waren.

...„unter klingendem Spiel''

Als 1962/63 die Aufbauphase der Bundeswehr abgeschlossen war, war die Kriegskonzeption der Himmeroder Denkschrift schon längst undurchführbar geworden. Zum einen, weil die NATO insgesamt aus vielerlei Gründen ihre hochgesteckten Rüstungsziele nicht realisieren konnte (in der Lissabonner Streitkräfteplanung der NATO von 1952 waren 50 einsatzfähige Divisionen für Mitteleuropa veranschlagt worden). Wesentlicher aber war, daß die absolute atomare Vorherrschaft der USA durch die UdSSR gebrochen werden konnte, und damit ein zentraler Trumpf im Kräftepoker verlorengegangen war. Trotz des technologischen und qualitativen Vorsprungs der NATO auch in der konventionellen Bewaffnung war sie für einen nur konventionell geführten Angriff nicht stark genug — und verfügte auch im atomaren Bereich nicht über das notwendige Ausmaß an Überlegenheit, um einen Krieg in Europa wagen zu können. Seit dieser Zeit reißen die Klagen über das „verteidigungspolitische Dilemma'' der BRD nicht mehr ab.

Von den USA ausgehend stellte die NATO ihre Strategie auf die „flexible response'' um, ohne aber (bis in unsere Zeit hinein) ein solches Rüstungspotential anhäufen zu können, daß sie wirklich jede Stufe der Eskalation eines Krieges souverän hätte beherrschen können. Die BRD setzte auf die Drohung mit dem totalen Atomkrieg (vermittels der US-Atomwaffen), versuchte auch, selbst Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen, und baute still, aber stetig ihre konventionelle Streitmacht aus. Eine Kriegsführungsstrategie jedoch, die nicht den nahezu sicheren eigenen Untergang zum erwünschten Nebenergebnis hätte, war — bis auf weiteres — unmöglich geworden.

„Eine Wiedervereinigung ... mit Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel — eine solche Wiedervereinigung wird es auf absehbare Zeit nicht geben ... Wir werden uns auf lange Zeit mit dem Nebeneinander zweier deutscher Staaten abfinden müssen'' (13). Diese Zeit des „Sich-Abfinden-Müssens'' hat nun schon über 20 Jahre gedauert. Die Bundeswehr ist längst nicht bei der bloßen Panzertruppe stehengeblieben — heute ist sie gerüstet, um auf dem „integrierten konventionell-nuklear-chemisch-elektronischen Gefechtsfeld'' zu kämpfen, wie es der Rogers-Plan fordert. Mit der neuen Generation „intelligenter'' Waffen, mit Leo II, Kampfhubschraubern und Tornado, mit Cruise Missile und Pershing II, Trident und MX als Rückendeckung, mit Konzepten wie Air-Land Battle 2000 und Deep Strike wird die „Möglichkeit einer gewaltsamen Änderung des Status quo'' erschreckend aktuell. Ein alter Traum deutscher Politiker und Militärs droht wahr zu werden.

Ein Genosse aus Freiburg

Anmerkungen

1) Vgl. „Konkret", 8/83; ähnlich: „antimilitarismus information" 7/83.
1a) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Verteidigung
1a) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Verteidigung
im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950 - 1972, München 1975, S. 32.
2) Hans-Jürgen Rautenberg/Norbert Wiggershaus: Die „Himmeroder Denkschrift" vom Oktober 1950, Karlsruhe 1977, S. 19.
3) Die Himmeroder Denkschrift ist abgedruckt in Klaus von Schubert (Hg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 - 1977, Teil II, S. 91 - 98, S. 262 - 273 und S. 338 - 342. Alle Zitate nach dieser Ausgabe.
4) F.M. von Senger und Etterlin: Der Gegenschlag. Kampfbeispiele und Führungsgrundsätze der Beweglichen Abwehr, Neckargmünd 1959, S. 142 f.
5) Zit. nach Sicherheitspolitik, Teil II, S 86 f.
6) Kai Uwe von Hassel: Deutsche Sicherheitspolitik und atlantische Verantwortung, in Wehrkunde 7/1963; zit. nach Sicherheitspolitik, Teil II, S. 145.
7) Franz Uhle-Wettler: Gefechtsfeld Mitteleuropa. Gefahr der Übertechnisierung der Streitkräfte, München 1980, S. 74.
8) Ebenda, S. 78.
9) Ebenda, S. 75.
10) Zit. nach „Stern", 24/82.
11) Wilhelm Meyer-Detring: Nahostkonflikt und Verteidigung Europas, in „Wehrkunde" 7/67; zit. nach: Bundeswehr — Armee für den Krieg. Aufbau und Rolle der Bundeswehr als Aggressionsinstrument des westdeutschen Imperialismus, 2. völlig überarb. Aufl. Berlin (DDR) 1968, S. 572 ff.
12) W. Ortmanns: Zweck und Mittel des Krieges unter Beachtung der Kernenergieforschung und Flugkörperentwicklung, in „Wehrwissenschaftliche Rundschau" 3/1961, S. 160; zit. nach: Armee für den Krieg, S. 297.
13) „Industrie-Kurier", Düsseldorf, 2.9.61; zit. nach: Armee für den Krieg, S. 307.
14) Interview mit Erich Friedländer, in Bonner Bulletin, 26/1952, S. 262; zit. nach Siegfried Thomas: Der Weg in die NATO. Zur Integrations- und Remilitarisierungspolitik der BRD 1949 - 1955, Frankfurt 1978, S. 233.
15) Nürnberger Nachrichten, 13.11.56; zit. nach Albrecht Charisius/Julius Mader: Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, 4. überarb. Aufl. 1980, S. 527.
16) Rheinischer Merkur, 20.6.61; zit. nach Bundeswehr — Armee für den Krieg, S. 301.
17) Tagesspiegel, 21.3.80; zit. nach AK 175, S. 53.
18) Grundsatzpapier der CSU-Landesgruppe im Bundestag zum Jahresanfang 1978.
19) FAZ, 12.10.82

Betrifft: Artikel in AK 238: „Ein Grünes JA zum Massenmord?''

Liebe Arbeiterkämpfer,
von dem o.a. Artikel erhielt ich leider erst gestern eine Ablichtung zugesandt. Ich hätte sonst schon früher darauf hinweisen können, daß dem Autor Verwechslungen und Unrichtigkeiten unterlaufen sind, die sich durch einen Anruf bei mir leicht hätten klären lassen. Daß dieser Anruf unterblieb, ist zu bedauern, weil sich diese Unrichtigkeiten in einer doch recht fragwürdigen Überschrift niedergeschlagen haben.

Falsch ist schon die Gleichsetzung von Kampfhubschraubern, wie sie in vielen Armeen, vor allem bei den amerikanischen und sowjetischen Streitkräften — jedoch nicht in der Bundeswehr — Verwendung finden, mit dem Panzerabwehrhubschrauber, um den es bei der Fragestellung allein geht.

Während Kampfhubschrauber mit vielerlei Bewaffnung ganz allgemein für die Unterstützung der Bodentruppen aus der Luft und auch für begrenzte Luftangriffshandlungen eingesetzt werden können, sind Panzerabwehrhubschrauber lediglich mit weitreichenden Panzerabwehrlenkwaffen ausgestattet und daher auch allein zur Abwehr angreifender Panzer geeignet.

Kampfhubschrauber, wie der Autor sie in den Rückblenden auf Kolonialkriege schildert, gibt es in der Bundeswehr nicht. An ihre Einführung ist auch nicht gedacht.

Panzerabwehrhubschrauber lassen sich in der beschriebenen Kolonialkriegsweise nicht verwenden. Sie sind wie auch Panzerabwehrraketen am Boden in der Tat Abwehrwaffensysteme ohne offensive Verwendbarkeit. Auch „Massenmord'', wie die Artikelüberschrift ihn suggeriert, ist mit Panzerabwehrhubschraubern und Panzerabwehrraketen nicht möglich. Und wer nicht angreift, braucht ohnehin nicht mit der Bekämpfung durch Panzerabwehrraketen zu rechnen.

Falsch ist auch die Behauptung, bei der vorgesehenen Beschaffung von Panzerabwehrhubschraubern für die Bundeswehr handelte es sich um eine zusätzliche Aufrüstung und nicht um die Nachbeschaffung zum Ersatz bereits eingeführter Modelle zum Zeitpunkt ihrer Überalterung. Richtig ist, daß die Bundeswehr seit einigen Jahren über Panzerabwehrhubschrauber des Modells 1 verfügt und daß das zur Frage stehende Modell 2 allein zur Ablösung dieser Systeme in den 90er Jahren entwickelt wird bzw. bestimmt ist.

Falsch ist auch die Behauptung, ich hätte in einem Telefongespräch mit der TAZ gesagt „Ob wir etwas abschaffen oder auf etwas verzichten können'' werden wir später sehen und damit die Aufrüstungsabsicht indirekt bestätigt.

Da ich von der Veröffentlichung der TAZ in Sachen Panzerabwehrhubschrauber durch einen Anruf der Fraktion während meines Aufenthaltes in Nicaragua erfuhr und meine Stellungnahme telefonisch der Fraktion übermittelt habe, konnte ich gar kein Gespräch mit der TAZ führen. Aber selbst die behauptete Aussage würde ja nicht auf eine Absicht „aufzurüsten'', sondern auf eine Erwartung, am vorhandenen Bestand Abstriche vorzunehmen, hindeuten. Insofern widerspricht sich der Autor ja selbst.

Meiner aus Nicaragua übermittelten Stellungnahme zum Problem Panzerabwehrhubschrauber 2 habe ich ansonsten nichts hinzuzufügen.

Ich wäre dankbar, wenn Ihr diese Darstellung als Leserbrief ebenfalls veröffentlichen würdet.
Mit freundlichen Grüßen Gerd Bastian



Einige Anmerkungen

1) „Im Prinzip'' hat Gert Bastian recht, wenn er auf einen Unterschied zwischen Kampfhubschraubern und Panzerabwehrhubschraubern verweist.

Richtiger wäre der Oberbegriff „bewaffnete Hubschrauber'' gewesen. Ein Panzerabwehrhubschrauber ist aber nicht etwas gänzlich anderes als ein Kampfhubschrauber, sondern ein Spezialfall von diesem. Zu fragen ist jeweils konkret, wieweit der Panzerabwehrhubschrauber auch für a n d e r e Aufgaben umgerüstet werden kann. Für den PAH-1 (also den heute eingesetzten Typ, der in den kommenden Jahren vom noch zu entwickelnden PAH-2 abgelöst werden soll) heißt es in der „Internationalen Wehrrevue'' 3/1983 (S. 322): er *„trägt sechs FK HOT* (= Anti-Panzer-Raketen; Anm. Kt.) *mit dem zugehörigen Zielgerät auf dem Dach oder eine V i e l z a h l a n d e r e r Waffen''*. (Hervorh. Kt.).

Schon der PAH-1 ist also mutmaßlich nicht n u r als Panzerabwehrhubschrauber einsetzbar. (Details zu dieser Frage wird Gert Bastian bestimmt besser in Erfahrung bringen können als ich). In derselben Zeitschrift (s. 327) wird berichtet:*„Die deutsche 20mm-Kanone HBS-202 von Rheinmetall mit einer Feuergeschwindigkeit von 1000 S/min* (= Schüsse pro Minute; Anm. Kt.) *kann starr unter dem Rumpf der BO-105 montiert werden.''* Die BO-105, ein sogenannter Verbindungshubschrauber, ist die Grundversion des PAH-1. Das heißt, man muß wohl unterstellen, daß auch der PAH-1 mit diesem Schnellfeuergeschütz — nicht nur zur Panzerbekämpfung — auszustatten ist. Noch einmal dieselbe Zeitschrift (S. 327) zeigt ein Foto der BO-105, diesmal zur Abwechslung ausgerüstet mit einem Raketenstartgerät, das 18 68-mm-Raketen verschießen kann. Die Annahme liegt nahe, daß die Stärke eines bewaffneten Hubschraubers auch in seiner v i e l s e i t i g e n Einsetzbarkeit und Umrüstbarkeit liegt. Für den PAH-1 ist das wohl eindeutig. Da mir nicht einleuchtet, daß der zukünftige PAH-2 in dieser Hinsicht hinter seinem Vorgänger zurückfallen sollte, möchte ich die Behauptung noch einmal kritisch hinterfragen, die Gert Bastian von der grünen Bundestagsfraktion gemacht hat: *„Die Umrüstung auf andere Raketen bzw. Ausrüstung mit speziellen Programmen ist zwar möglich, jedoch nicht sinnvoll, da die PAbHs* (= Panzerabwehrhubschrauber; Anm. Kt.) *für ihren speziellen Zweck sehr spezifisch und damit teuer ausgerüset sind''*. (Wiedergabe Fraktionsprotokoll, 6.9.83).

Der militärischen Logik würde es entsprechen, wenn der PAH-2 sogar noch stärker als der PAH-1 auf den vielseitigen Einsatz als Mehrzweckhubschrauber hin konstruiert wird. Welche Details zu dieser Frage sind Gert Bastian bekannt? Mein Eindruck aus Pressemeldungen — allerdings nicht mehr ganz taufrischen — ist, daß über die g e n a u e n Modalitäten des PAH-2 noch gar nicht endgültig entschieden ist. Der „FAZ'' vom 23.6.83 war zu entnehmen, daß der PAH-2 als Grundversion gemeinsam von der BRD und Frankreich entwickelt werden soll, aber so, **„daß jeder von ihnen aus dem gemeinsamen Panzerabwehrhubschrauber andere Versionen entwickeln kann, so wie es seinen Interessen entspricht.''**

2) Nochmals zitiert sei der NATO-General von Senger und Etterlin mit dem von ihm befürworteten Konzept *„luftmechanischer Verbände''*. Diese Verbände könnten, so schreibt er, *„aus bereits vorhandenen, aber auf die Divisionen und Korps verteilten Panzerabwehr-Hubschraubereinheiten der Heeresflieger und im Falle der Franzosen aus der ‚Force d'Helicopter Antichars (FHAC)'* (= Panzerabwehr-Hubschrauber-Streitmacht; Anm. Kt.) *gebildet werden''*. General von Senger und Etterlin meint, daß diese neu zu formierenden Verbände **„vor allem im nuklearen Gefecht ... voll zum Tragen kämen''. „Sie könnten die Hauptlast eines Gegenangriffs** (!!-Anm. Kt.) **tragen, sei es in einer konventionellen Operation oder in Vorbereitung oder Ausnutzung nuklearen Feuers''.** („Europäische Wehrkunde'' 8/83). Der PAH-2 muß also — wie schon im AK 238 dargestellt — im engen Zusammenhang mit den Modellen eines begrenzten Atomkriegs gesehen werden. Auf diesen Aspekt ist Gert Bastian in seinem Brief leider überhaupt nicht eingegangen.

3) Ohne es endlos wiederholen zu wollen, möchte ich noch einmal der These von Gert Bastian widersprechen, daß Anti-Panzer-Waffen p e r s e Defensivwaffen seien, die für eine „offensive Verwenbarkeit'' nichts taugen. Die Bekämpfung von gegnerischen Panzeransammlungen ist eine Aufgabe, an der auch ein Angriffskrieg nicht vorbeikommt. Im Übrigen besteht selbstverständlich ein erheblicher Unterschied zwischen bodenstationierten Panzerabwehrgeschützen und Hubschraubern mit einer großen Reichweite und Beweglichkeit. (PAH-1 : 210 Km pro Stunde, bei einer Flugfähigkeit von etwa 90 Minuten; bei der PAH-2 werden die Werte noch verbessert werden).

4) Die Fragestellung im AK 238 (*„Ein grünes Ja zum Massenmord?''*) machte sich nicht speziell am PAH-2 fest. Immerhin würde es bei einem größeren Hubschrauberangriff auf Panzerverbände vermutlich mehrere Hundert Tote geben. Vor allem aber kann diese militärische Spezialform nicht isoliert vom übrigen Kriegsgeschehen betrachtet und bewertet werden. Die Frage nach dem „grünen Ja zum Massenmord'' meint das Ja von Teilen der Grünen Partei zur militärischen Verteidigung der BRD.

5) Schon im AK 237 ist darauf hingewiesen worden, daß der PAH-2 in der Tat als „Ablösung'' des PAH-1 gilt. Wobei es sich allerdings nicht „a l l e i n'' um eine Ersetzung handelt, sondern zugleich um eine enorme Modernisierung . Der PAH-2 wird dem PAH-1 in jeder Hinsicht (Reichweite, Manövrierfähigkeit u.a.) weit überlegen sein und wird zudem — was als äußerst wichtig allgemein betont wird — erstmals auch die Fähigkeit zum Kampfeinsatz in der Nacht und bei schlechtestem Wetter haben. Der PAH-1 soll dann nicht etwa verschrottet werden, sondern seinerseits die veraltete französische Alouette II ablösen.

Die Aussage im AK 238 — mit dem PAH-2 werde nicht umgerüstet, sondern nur zugerüstet — bezog sich allerdings gar nicht auf diese Problematik. Gemeint war nur: Von einer „defensiven Umstrukturierung'' der Bundeswehr, wie Bastian sie befürwortet, kann beim PAH-2 keine Rede sein, weil er nicht an die Stelle von „Offensivwaffen'' (im Sinne der m.E. falschen Argumentationsweise von Gert Bastian) treten soll.

6) Auch wenn es nur eine kleine Feinheit ist: ich hatte im AK 238 lediglich wiedergegeben, Bastian „s o l l der TAZ gesagt haben...''. Nämlich laut TAZ vom 17.8. Dem Text der TAZ ist zu entnehmen, daß das zitierte Gespräch mit Bastian bereits einige Zeit v o r der Publizierung in der TAZ, also mutmaßlich auch vor Bastians Nicaragua-Reise, geführt worden sein soll. In der TAZ dementiert hat Gert Bastian die ihm dort zugeschriebenen Äußerungen meines Wissens nicht.

Kt., Hamburg

Die alltägliche Kriegsvorbereitung

Wir bauen wieder Autobahnen: Da soll eine A 60 das Rhein-Main-Gebiet mit Antwerpen verbinden; da ist für die niederrheinische Tiefebene ein Spinnennetz aus Beton geplant, über das selbst Fachleute die Köpfe schütteln. Das ist doch nicht neu, das gab's doch schon mal?

Hier nimmt vor unseren Augen die Kriegsvorbereitung massive Gestalt an: Truppen und Material müssen transportiert werden. Nach dem gleichen Rezept wie vor 50 Jahren ziehen die Bürokratien ihre Projekte durch, lullen die Politiker, die Betroffenen ein. Nicht nur im Gesundheitswesen, auch hier durchdringt die Kriegsvorbereitung zivile Bereiche.

Wenn in früheren Kriegen der Aufmarsch noch das Element des Aufplusterns und der letzten Drohgebärde von Kampfhähnen hatte, so wird er heute zu einem rein technischen Fließbandereignis, das in Minimalzeit über die Bühne gehen muß. Bevor der Hauptteil an Nachschub per Schiff in den Nordseehäfen angelangt ist, müssen über eine Luftbrücke Soldaten und Material in sicheres Gebiet eingeflogen und dann an die Front weitertransportiert werden. Mit dem NATO-Langzeitprogramm wurden die Ziele abgesteckt (1978):

— **Ausbau der Luftverkehrsleitorgane sowie der Flug- und Seehäfenkapazität;**

— **Ausbau der Transportwege.**

Die „FAZ" schrieb dazu am 6.3.81: *„Der schnelle Transport von Verstärkung für die Streitkräfte der NATO in Europa ist sowohl der Konzentration als auch dem Maßstab nach ohne Beispiel. Er umfaßt die Verlagerung von mehr als einer Million Menschen und einiger Millionen Tonnen Ausrüstungen und Waffen auf dem See- und Luftwege in maximal kurzer Frist."* Die dazugehörige Infrastruktur im einzelnen: Die Häfen von Antwerpen und Zeebrugge werden z.Z. ausgebaut, und ein teurer Autobahnring wird um Antwerpen gelegt.

Auf die militärische Bedeutung des Flughafens Frankfurt — und ebenfalls Köln — ist schon häufig hingewiesen worden. In Düsseldorf-Lohausen werden Landemanöver geübt. Der Flughafen Beek bei Maastrich soll eine neue 3,5 km lange Landebahn erhalten. Die 3. Startbahn West des Frankfurter Flughafens hat Rollbahnanbindungen an die US-Air-Base und neue Straßenanbindungen. Ihre Baunormen stimmen mit den militärischen Anforderungen überein; weitere Vereinheitlichungen sind bei den Treibstoffen und im Flugleitsystem geplant.

Neben den großen Verkehrs- und Militärflughäfen sind aber auch die kleinen wichtig — so etwa Hubschrauberlandeplätze (z.B. Föhren am Autobahnkreuz Schweich), einfache Landeplätze und Segelflugplätze (auf der Dahlemer Binz etwa bei Blankheim/Eifel wurde schon geübt). Dazu kommen noch Autobahnteilstrecken, die als Landebahnen ausgebaut sind (z.B. die A 57 nordwestlich von Duisburg). Der zuständige rheinland-pfälzische Minister Holkenbrink sagt es ganz unverblümt: Er nennt die A 60 „ein Rollfeld" und ganz Rheinland-Pfalz „ein Flugzeugmutterschiff". Das Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz von 1980 (S. 62) weist auf den Ausbau von Landeplätzen hin: *„Unter Berücksichtigung der Einzugsbereiche der vorhandenen Landeplätze ist im Raum Kaiserslautern ein eigener Verkehrslandeplatz erforderlich; ferner ist die Umwandlung des Segelfluggeländes Landau-Ebenburg in einen Landeplatz zweckmäßig und bei der Flächennutzung zu berücksichtigen. Die provisorischen Landeplätze für den Raum Bad Kreuznach (Mitbenutzung des Sonderlandeplatzes Langenlonsheim) für den mittleren Hunsrück (Sonderlandeplatz Nannenhausen) und für die Eifel sollen weiter ausgebaut werden. Die Landeplätze Worms, Koblenz-Winningen, Trier, Föhren und Speyer sind die größten Landeplätze in Rheinland-Pfalz und weisen zusammen etwa 45% der gesamten jährlichen Starts und Landungen im Lande auf. Der Ausbau dieser Landeplätze ist der weiteren Entwicklung des Luftverkehrs anzupassen".*

Ebenso ist das Straßenverkehrssystem fest in das militärisch-strategische Konzept eingeplant (In Rheinland-Pfalz z.B. liegen alle bisher genannten vermutlichen Stationierungsorte von Cruise Missile längs von Autobahnen, entweder an der A6 oder der geplanten A60).

In der Geschichte der Straßenplanung, besonders der Autobahnen, gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Linienführung der Fernstraßen und militärischen Interessen. Von der Öffentlichkeit beinahe unbemerkt und in den Ausmaßen kaum vorstellbar dominieren militärische Interessen wie Raketen- und Truppentransporte, Nachschub, Zeitgewinn in Krisenfällen, etc. über sämtliche zivile Interessen. Daß dies alles langfristig von höchster Instanz geplant ist, werden wir im folgenden aufzeigen.

Autobahnausbau seit den „wilden Fünfzigern"

Mit dem Eintritt der BRD in die NATO und dem Aufbau der Bundeswehr rückte auch das militärische Interesse an einem strategischen Ausbau des Straßennetzes wieder in den Vordergrund. Der Brigadegeneral Albert Schnez erklärte 1959: *„Innerhalb des Brückenkopfes Europa stellt nach unserer Auffassung die Staße militärisch das wichtigste Verkehrsnetz dar, insbesondere innerhalb der Kampfzone, zu der das Territorium der BRD gehört."*

Schon Anfang der 50er Jahre waren im Umfeld der Straßenplanung Maßnahmen mit Blick auf den nächsten Krieg getroffen worden: 1952 erschien ein Merkblatt zum Luftschutz im Städtebau mit Anforderungen, nach denen Fernstraßen anbaufrei sein oder so bemessen werden müssen, daß sie auch beim Einsturz von Gebäuden voll befahrbar bleiben. Ein netzartiger Ausbau soll Umgehungen möglich machen, falls Straßen zerstört werden. An strategisch wichtigen Straßen und Brücken wurden Kammern eingebaut, die Atomsprengsätze aufnehmen sollten. Zwischen 1954 und 1956 gab es vor allem am Niederrhein Sprengloch-Aktionen. Dabei wurden von der Bevölkerung zwischen Neuß und Krefeld an Rheinbrücken und Zufahrtsstrassen Sprengschächte unbrauchbar gemacht.

In den ersten Jahren lag der Schwerpunkt auf dem Autobahn-Ausbau in Nord-Süd-Richtung, entlang der geplanten „Verteidigungs-Linien". Mit dem veränderten NATO-Konzept der „Vorne-Verteidigung" änderten sich auch die Forderungen des Verteidigungsministeriums an die Verkehrsplanung: Die Ost-West-Verbindungen sollten bevorzugt werden. Die darauf folgende Prognose-Untersuchung des Verkehrsministeriums ergab, daß dem Ausbau leistungsfähiger Ost-West-Verbindungen in Zukunft überproportionale Bedeutung zukommen würde. Ein weiteres Sorgenkind für das Militär sind die Ballungsräume. Verkehrsstaus und Unübersichtlichkeit der Straßenführung könnten militärische Bewegungen erheblich behindern; deshalb werden Umgehungsstraßen gefordert.

1970 wurde in enger Zusammenarbeit von Verteidigungs- und Verkehrsministerium ein Militärstraßengrundnetz neben einem Hauptstraßengrundnetz ausgearbeitet — für den „Verteidigungsfall". Das Militärstraßengrundnetz umfaßte 1970 bereits 14% des gesamten Straßennetzes. *„Auf den Militärstraßen, bei denen es sich durchweg um auch für Panzerbewegunen geeignete Straßen handelt, soll im Kriege der Militärverkehr außerhalb des Gefechtsfeldes in der Regel abgewickelt werden, während auf den Hauptzivilstraßen schwerpunktmäßig der geplante großräumige Zivilverkehr ablaufen soll"* (A. Janssen, in: ‚Zivilverteidigung', Heft 4/72, S. 21).

Es wird angenommen, daß der militärische Aufmarsch zu Beginn eines „Krisenfalls" bei vollem Zivilverkehr ablaufen muß. Zumindest bis die Notstandsgesetze voll durchgesetzt werden, ist sogar mit einem überdurchschnittlichen Zivilverkehr zu rechnen.

Ein bewegliches Konzept und ein Krisenmanagement mit flexiblem Reaktionsvermögen wird ebenso als unerläßlich erachtet wie ein Verkehrsnetz, auf das man sich verlassen kann. Dabei fällt den Autobahnen eine besondere Bedeutung zu: Im Kriegsfall wird der gesamte Aufmarsch über das Autobahnnetz erfolgen. Logisch also, daß von den Militärs der Ausbau der Ost-West-Verbindungen gefordert wird. Und sie können sich darauf verlassen, daß ihre Wünsche umgehend erfüllt werden. Trotz der allgemeinen Sparmaßnahmen werden selbst so umstrittene Projekte durchgezogen wie die A60 (St. Vith/Frankfurt a.M.), die A66 als Fortsetzung von Frankfurt bis zum Zonenrandgebiet, und die A46 (Heinsberg/Brilon), deren strategische Bedeutung als Ost-West-Verbindung offensichtlich ist. Offizielles — besser: öffentliches — Ziel der Bundesverkehrswegeplanung ist, die benachteiligten Grenzräume durch eine bessere Infrastruktur zu fördern. Dem stehen aber ganz andere Meldungen aus der regionalen Presse gegenüber: Da meldet AFCENT Wünsche nach einer schnellen Verbindungsstraße zwischen Brunssum (NATO-Hauptquartier in den Niederlanden) und Geilenkirchen (AWACS) an; da wird eine Umgehung von Würselen geplant (A51), die sichere und schnelle Transporte von einem NATO-Tanklager zur AWACS gewährleisteten soll.

Mitte dieses Jahres wurden Pläne bekannt, nach denen alle Transporte der Bundeswehr zukünftig von der Schiene auf die Straße verlegt werden sollen. Die Umstellung, die vom Streitkräfteamt Bonn ausgehen soll, wird die Straßen noch stärker belasten und weitere Argumente für einen zügigen Bau umstrittener Autobahnrouten liefern. In jedem Fall ist ein forcierter Straßenausbau für das Militär aus mehreren Gründen interessant: Neben relativer Unabhängigkeit (bei Schienen- und Luftverkehr z.B. nicht der Fall) und größerer Mobilität durch ein dichtes Straßennetz spielt wohl auch das Vermeiden von Koordinierungsschwierigkeiten eine Rolle: Je dichter ein Straßennetz ist, desto flexibler kann eine Planung für militärische Zwecke vorgenommen werden. Ideale Bedingungen also für das strategische Konzept der NATO! **(„Wir müssen bereit sein, wenn nötig, heute in den Krieg zu ziehen"**; Caspar Weinberger, US-Kriegsminister).

Flächenfraß für's Militär

Auch für die Natur hat der Aufrüstungswahn Konsequenzen. Am Beispiel der Eifel wird deutlich, daß militärische Interessen immer Vorrang haben vor Natur- und Wasserschutz und Erholungsgebieten. In der Eifel befindet sich der Naturpark Nordeifel, der eine Fläche von 1.340 qkm hat. Hier liegen viele Talsperren und Wasserschutzgebiete — aber gerade hier liegt auch der ca. 9.000 ha große Truppenübungsplatz Vogelsang und das Stationierungsgelände für die Nike Herkules. Der Truppenübungsplatz ist zur Hälfte ein Wasserschutzgebiet. Nach § 17 Wasserhaushaltsgesetz bedeutet das, daß das Militär berechtigt ist, dort Stoffe in das Wasser einzuleiten. Im Naturpark Schwalm-Nette sind 15% der Fläche militärisch genutzt. Der Standortübungsplatz Düren liegt z.T. in einem Naturschutzgebiet. Die geplante „NATO-Rollbahn" A60 führt durch Landschaftsschutz- und Heiquellengebiet.

Es gibt sicher noch viele Beispiele dafür, wie zugunsten militärischer Interessen Landschaft zerstört wird. Die bestehenden Gesetze legitimieren all diese Maßnahmen: § 58 Bundesnaturschutzgesetz legt fest, daß Flächen der Landesverteidigung durch Naturschutz und Landespflege nicht beeinträchtigt werden dürfen!

Zum Beispiel Manöver: Im Oktober 82 fand in der Eifel das Manöver „Cross-Eifel" statt (übrigens auch in einem Naturpark). Jedes Jahr entstehen dabei Millionenschäden, doch sowohl das Bundesleistungsgesetz von 1956 als auch das NATO-Truppenstatut von 1961 geben der Bundeswehr und den Verbündeten unbegrenzte Freibriefe bei Manövern. Die Schäden, die dabei entstehen, werden z.T. nicht aus dem offiziellen Verteidigungsetat gedeckt, sondern aus dem Etat ‚Bundesvermögens- und Bauangelegenheiten'; in diesem Fall 12 Millionen für Aufforsten von militärisch genutztem Gelände.

Gesetzliche Grundlagen

Ende der 50er Jahre erarbeiteten die Ministerien für Verkehr und Verteidigung in enger Zusammenarbeit einige Richtlinien und Grundsätze, die die Verfügung der Verkehrsinfrastruktur für militärische Zwecke regeln und die Nutzbarkeit von Straßen und Brücken beabsichtigen sollen. In gemeinsamen Maßnahmebündeln wurden militärische Lastenklassen und Brückentraglasten sowie die Frage der Kostenerstattung bei Infrastruktur-Einrichtungen festgelegt. Die heutigen Beschilderungen von Straßen und Brücken sind auf die damaligen Vereinbarungen zurückzuführen.

1961 gab es eine Reihe von Änderungen, Neufassungen und Abkommen zur Rechtsstellung ausländischer Truppen und zum Bundesleistungsgesetz. Das Zustimmungsgesetz zum NATO-Truppenstatut trat in Kraft, das u.a. Schadensfälle durch Militärübungen und Vereinbarungen für das Militärstraßengrundnetz regelt.

Zusammen mit den sog. „einfachen Notstandsgesetzen" wurde 1965 das Verkehrssicherstellungsgesetz rechtskräftig. Es soll eine umfassende Lenkung und die internationale Zusammenarbeit im Verkehrsbereich gewährleisten und vor allen Dingen die Versorgung und Anpassung der Verkehrs-Infrastruktur an die „besonderen Aufgaben eines Verteidigungsfalles" ermöglichen. Das Bundesministerium für Verkehr erhält die gesetzliche Aufgabe, Vorbereitungen für den Kriegsfall in allen Bereichen seines Ressorts zu treffen. Als 1968 das Notstandsgesetz im Rahmen einer Verfassungsänderung verabschiedet wurde, wurde auch das Verkehrssicherstellungsgesetz den neuesten militärischen Wünschen angepaßt. Auch auf der „Vollzugsebene Verkehr" wurden in den folgenden Jahren eifrig Richtlinien und Verordnungen erlassen — unauffällig, aber wirksam. Besonders die Bundesfernstraßenplanung erhält die gesetzliche Absicherung für ihr Milliarden-Bauprogramm über die Novellen des Bundesfernstraßengesetzes und der Planfeststellungsrichtlinien, die den gesetzlichen Ablauf und die Zentralisation sichern sollen.

Bundesleistungsgesetz in der Fassung vom 27.9.1961 (BGB 1,I; S. 1755): Nach diesem Gesetz kann jeder verpflichtet werden, seinen PKW/LKW für „Verteidigungszwecke" auch im Frieden (z.B. für Manöver) zur Verfügung zu stellen. Neben einer „Überlassung zum Mitgebrauch oder Nutzung bzw. Eigentum" kann andererseits auch die Benutzung untersagt werden oder der Besitzer samt Fahrzeug zu Verkehrsleistungen herangezogen werden. Kfz-Besitzer sind verpflichtet, ihre „Verkehrsmittel" auf Anforderung vorzuführen bzw. den Behörden das „Betreten von Grundstücken und Fahrzeugen" zu gestatten. Das Recht auf Unverletztlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG ist weitgehend eingeschränkt, wie auch das Eigentumsrecht: Auch im Frieden ist die Bundeswehr berechtigt, bei Übungen und Manövern Grundstücke zu überqueren, zu besetzen oder zu sperren, wenn dies für den Sinn und Zweck der Manöver erforderlich ist (§§ 5 und 18).

Verkehrssicherstellungsgesetz i.d. Fassung vom 8.10.68 (BGB 11, S. 1082): Das Gesetz zur „Sicherstellung des Verkehrs" stellt eine Differenzierung und Erweiterung des Bundesleistungsgesetzes dar. Demnach können Vorschriften zum Zwecke der Verteidigung und der Versorgung der Streitkräfte und der Bevölkerung erlassen werden über:

— die Benutzung und den Betrieb von Verkehrsmitteln, -anlagen, und -wegen;

— den Bau, Instandsetzung und Unterhaltung von Verkehrswegen;

— Verhalten bei der Benutzung von Verkehrsmitteln.

Ausdrücklich wird auch hier noch einmal auf die Verpflichtung der Kfz-Besitzer hingewiesen, im „Ernstfall" ihren Wagen — samt Benzin und Ersatzteilen — zu einem bestimmten Ort zu bringen und den Streitkräften zu überlassen.

Zusammen mit dem Bundesleistungsgesetz ist dies die Grundlage für die militärische Verfügung über die Verkehrsinfrastruktur.

3-Mächte-Abkommen: (BGB 1 II, S. 321). Die Streitkräfte sind berechtigt, sich in der BRD mit Kraftfahrzeugen, Schiffen und Luftfahrzeugen zu bewegen, *„ ... ohne anderen als in diesem Vertrag enthaltenen Beschränkungen unterworfen zu sein."* Die Benutzung ziviler Flughäfen zu Übungszwecken kann auf Antrag erfolgen. In Fällen dringender militärischer Erfordernisse brauchen die deutschen Straßenverkehrsgesetze und -verordnungen nicht eingehalten zu werden.

Mit der Sicherung militärischer Sonderrechte auf höchster Gesetzesebene ist kein Neuland betreten worden. Hier sind Erfahrungen der Nazis übernommen oder verarbeitet worden. Bundesfernstraßen und -leistungsgesetz haben braune Vorläufer: Nach dem Reichsleistungsgesetz von 1939 konnten *„Straßen, Wege und Wasserflächen ... erforderlichenfalls auch in einer Art und Weise benutzt werden, die über den Gemeingebrauch hinaus geht ..."* (RGB1 I, S. 1645). Die Straßenverkehrsordnung befreite die Wehrmacht von den geltenden Vorschriften, *„ ... soweit die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben es erfordert"*. Bekannte Töne!

Die militärische Verfügung über die zivile Infrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil der Kriegsvorbereitungen. Insbesondere die neuen Waffensysteme erfordern „optimale operative Beweglichkeit" (A. Janssen, ‚Zivilverteidigung', 4/72). Je weiter die Vorbereitungen gediehen sind, desto wahrscheinlicher ist der Krieg. Aber je umfangreicher die Planungen sind, desto empfindlicher, verletzlicher und angreifbarer wird auch der ganze Apparat. Die Bedeutung dieses Bereichs der Kriegsvorbereitungen wird in der Regel völlig unterschätzt. Hier liegt eine Aufgabe und Chance der Friedensbewegung, den reibungslosen Ablauf zu durchkreuzen.





Bei Sprenglochaktionen werden von der Bevölkerung Sprengschächte unbrauchbar gemacht.

Ant-Mil.-Kom Göttingen

Alle Angaben nach: „Straßen des Sieges", zu beziehen über E. Metzner, Gartenstr. 3, 5100 Aachen

Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft?

Für eine antifaschistische Politik

Das waren noch herrliche Zeiten, als beim ersten „Rock gegen Rechts"-Festival in Frankfurt und ein Jahr später in Philippsthal die NPD die Segel streichen mußte aufgrund antifaschistischer Massenmobilisierungen. Wehmütig wird sich so manche/r Teilnehmer/in der Aktionen gegen den NPD-Parteitag am 1.10. in Fallingbostel an diese Zeiten zurückerinnert haben angesichts der dort vorherrschenden politischen Ratlosigkeit. Da waren weit über 2000 Antifaschisten nach Fallingbostel gekommen, um gegen den NPD-Parteitag zu demonstrieren, ihn womöglich durch eine Blockade zu verhindern. Auf der anderen Seite hatte der Staatsapparat fast ebenso viele Polizisten aufgeboten, um dem Protest die Gewaltlosigkeit aufzuzwingen und auf jeden Fall der NPD zu ihrem Parteitag zu verhelfen.

Der inzwischen vieldiskutierte „Mißerfolg" der Aktionen gegen den Parteitag der NPD in Fallingbostel kann nun aber keineswegs darin gesehen werden, daß dieser Parteitag nicht verhindert wurde. Soweit die Verfasser sich zurückerinnern können, ist in der ganzen Geschichte dieser neofaschistischen Partei noch kein einziger Parteitag effektiv verhindert worden. Und niemand möge sich bitte einbilden, dies sei nur aufgrund fehlender Militanz in der Vergangenheit nicht möglich gewesen. Wer das annimmt, unterschätzt gewaltig die Bereitschaft des westdeutschen Staates, die ihm liebgewordenen Rechtsgüter zu verteidigen. Soweit die Aktion von Fallingbostel ein Mißerfolg war, liegt das viel eher und vor allem darin, daß sie so gut wie nichts dazu beigetragen hat, daß irgendwo auch nur für 5 Pfennig mehr über den eigentlichen Anlaß der Demonstration gesprochen wird: Den Neofaschismus in der BRD.

Das Beste, was die antifaschistische Bewegung aus dieser Situation machen kann, ist eine Diskussion zu beginnen, wie denn nun aus dieser vertrackten Situation herauszukommen sei.

Ein (notwendiger) Blick zurück

Aktionen gegen die zentralen Veranstaltungen der NPD gehören in der BRD seit einigen Jahren wieder zum antifaschistischen „Alltag" der BRD. Fast traditionell bilden NPD-Deutschlandtreffen und -Parteitage Anlaß zu regionalen und mitunter sogar bundesweiten Mobilisierungen.

Als Vorbild für solche Mobilisierungen werden dabei immer wieder einige wenige erfolgreiche Beispiele herangezogen, die mensch heute wiederholen möchte. Es lohnt sich, diese Erfolge etwas genauer anzusehen:

1. Curiohaus Hamburg / 1977

Im Mai 1977 verhinderten Antifaschisten durch die Besetzung des Curiohauses die Tagung der „Deutschen Volksunion" in diesem gewerkschaftseigenen Gebäude.

N i c h t verhindert wurde, daß die DVU ein Ausweichlokal am Stadtrand Hamburgs benutzen konnte. Von interessierter Seite wird dieses Beispiel gern herangezogen, um zu beweisen, daß Militanz erfolgreich sein kann. Unbestritten, doch vergessen die Vertreter der Militanz leider nur zu gern die besonderen Umstände dieser Besetzung: Vorausgegangen war der Besetzung nämlich ein wochenlanges öffentliches Hick-Hack um die Raumvergabe an die DVU. Mehrere Kündigungen, die von der DVU auf gerichtlichem Wege zurückgewiesen wurden; öffentliche Proteste seitens „prominenter" Hamburger und - last not least - eine antifaschistische Demonstration der „Hamburger Initiative", die - zwar ohne den Gedanken an eine Besetzung - aber immerhin fast bis zum Ort des Geschehens führte. In dieser exponierten Situation setzten die Besetzer sozusagen den I-Punkt auf den öffentlichen Skandal und zwangen die bisher wortradikalen aber konsequenzlosen Vertreter des sozialdemokratischen Protestes dazu, Farbe zu bekennen. Die Curiohaus-Besetzung war nicht in erster Linie eine Konfrontation mit der aufmarschierten Polizei. Im Gegenteil: sie nutzte einen öffentlich und breit diskutierten Skandal dahingehend geschickt aus, daß der Polizeiführung ein polizeiliches „Bereinigen" der Situation nur mit starkem politischen Gesichtsverlust möglich gewesen wäre.

2. Rock gegen Rechts I / 1979

Nach Jahren relativ ungestörter NPD-Aufmärsche zum 17. Juni (in Bonn und Frankfurt) hatte es 1978 erste antifaschistische Gegenmobilisierungen gegeben. Hier hatte die Frankfurter Polizei teilweise äußerst brutal die Kundgebungen der Nazis möglich gemacht.

Im Bündnis „Rock gegen Rechts" gelang es, eine nie wiederholte Breite des antifaschistischen Spektrums zu-

Im Bündnis „Rock gegen Rechts" gelang es, eine nie wiederholte Breite des antifaschistischen Spektrums zu-sammenzufassen auf das gemeinsame Ziel, die NPD aus Frankfurt mit ihren Deutschlandtagen zu vertreiben. Hintergrund dieser erfolgreichen Kampagne war dabei, daß in den vorausgegangenen Jahren (etwa seit '76) die NPD eine ganz bestimmte Rolle bei der Formierung einer rechten Subkultur gespielt hatte. Zu erwähnen sind die verschiedenen NSDAP-Banden, die zu dieser Zeit allesamt aus der NPD hervorgegangen sind bzw. direkt Teile der NPD bildeten. Zu erwähnen ist der militant geführte NPD-Wahlkampf 1978 in Niedersachsen, zu erinnern ist an die Umtriebe der „Harting"-Bande der NPD/JN in Nordrhein-Westfalen; in diese Zeit fällt das immense Anwachsen nazistischer Schmierereien etc.pp. Kurz: Der Neonazismus in der BRD erlebte einen stürmischen Aufschwung bei gleichzeitiger Radikalisierung. Nahezu alle heute bekannten Kader des Nazismus leisteten ihre Lehrjahre in der NPD ab. Gleichzeitig erhielt die NPD durch das „Mannheimer Urteil" den Persilschein der Legalität.

Die NPD war zu dieser Zeit also nicht einfach die einzige Partei des Neofaschismus (und deshalb auch als einzige „geeignet" für überregionale Gegenmobilisierungen), sondern spielte unter mehreren Gesichtspunkten eine wichtige politische Rolle: Sie war „Mutter" (oder wer's lieber hört: „Vater") all der neuen Erscheinungsformen des Neonazismus und sie war gerade offiziell als legaler Teil dieses Staates bestätigt worden.

Beides zusammen bildete den Hintergrund für die erfolgreiche Aktion „RGR". Auch dieser Erfolg wurde im übrigen nicht in „offener Feldschlacht" errungen, sondern dadurch, daß eine Demonstration von mehreren zehntausend Antifaschisten das von dem Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann ausgesprochene Demonstrationsverbot durchbrach, bis unter dem Druck der breiten öffentlichen Meinung schließlich der Nazi-Aufmarsch in Frankfurt abgeblasen und in ein fränkisches Dorf verlegt wurde.

3. Philippsthal 1980

Daß sich dieser Erfolg nicht so leicht wiederholen konnte, zeigte sich schon ein Jahr später in Philippsthal. Sozialdemokratisch/revisionistische Kreise hatten für ein zweites RGR vom NPD-Versammlungsort weg nach Frankfurt mobilisiert und bis zuletzt stand ein Erfolg der Aktion (Autoblockaden rund um Philippsthal) auf des berühmten Messers Schneide.

Tatsächlich stellte sich aber schon bei Philipsthal die Frage, ob es denn sinnvoll sei, einer NPD, die sich in den großen Ballungszentren gar nicht mehr zu versammeln wagte, hinterherzulaufen, um sie auch noch in den letzten Winkeln aufzuspüren.

In der Folgezeit hat die NPD so gut wie überhaupt nicht mehr versucht, öffentliche Aufmärsche durchzuführen.

Und heute?

Trotz aller gegenteiligen eigenen Beteuerungen hat die NPD in den letzten Jahren weiterhin an Bedeutung v e r l o r e n . Im Gegensatz zu früheren Zeiten tritt sie zu verschiedenen Landtagswahlen gar nicht mehr an und auch ihr rassistisches Kind, die „Bürgerinitiative Ausländerstop" kam bisher auf Massenebene kaum vom Fleck.

Die Ergebnisse des Parteitages von Fallingbostel bestätigen diesen Abwärtstrend der NPD. Wichtige und für einzelne erfolgreichere Sektoren der NPD-Politik repräsentative Funktionäre wie u.a. Günter Deckert (Lehrer in Weinheim) sind aus der Partei ausgetreten. Der NPD-internen Abgrenzung gegenüber offen nazistischen Gruppen steht ein Teil der jugendlichen Mitglieder skeptisch gegenüber.

Wie für alle neofaschistischen Gruppen in der BRD besteht auch für die NPD der nicht gelöste Widerspruch, trotz Arbeitslosigkeit, Rassismus und ähnlichen Ansatzpunkten für rechte Politik als Organisation kein Bein auf den Boden zu bringen. Der „Ausbruch des Volkszorns", den so zwar nicht die NPD, wohl aber die ANS lauthals propagiert, findet auf Massenebene bisher nicht statt.

Das alles heißt nicht, daß es in der BRD keine faschistische Gefahr gäbe, im Gegenteil: Die momentanen Erfolge beispielsweise der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen haben erschreckend gezeigt, welches rechtsradikale Potential in diesem Land vorhanden ist.

Die NPD selbst hat vor den Bundestagswahlen selbst eingeschätzt, daß der organisierte Neofaschismus in der BRD noch eine längere Durststrecke zu durchlaufen habe, bevor der rechte Kredit der Regierung Kohl verspielt wäre. Die zweite große Nazi-Organisation, die DVU des Gerhard Frey, ruft heute noch offen zur Stimmabgabe für FDP und CSU/CDU auf. All dies signalisiert, daß sich der organisierte Rechtsradikalismus noch lange nicht aus seiner politischen Krise hat lösen können, in der er seit Anfang der 70er Jahre und insbesondere seit Antritt der „Wende"-Regierung steht.

Was sich aber seit den späten '70er Jahren erheblich verändert hat, ist der nazistische Untergrund, genauer: Es hat sich in den letzten Jahren eine rechte Subkultur in der BRD herausgebildet, die heute von Teilen der Jungen Union über Pachmanns Konservative Aktion bis hin zu den offenen Wehrsportgruppen und NS-Banden reicht. Alle diese Gruppierungen versuchen, auf ihre Weise einen rechten Sammlungsprozeß zu organisieren. Sie alle benutzen Rassismus, Elitedenken, Chauvinismus usw. als Vehikel - mit durchaus verschiedenen Gewichten.

Wir müssen dazu kommen, diese rechte Subkultur insgesamt als Versuche anzusehen, die Ernte der „Wende" für eine extreme Rechte einzufahren. Wie schwer dieses Unterfangen noch ist, zeigt beispielsweise der Flop der Konservativen Aktion am 17. Juni '83, sowie aktuell der ANS/NA-Trommler in West-Berlin am 26.10.1983. Speziell die NPD hat dermaßen an Bedeutung verloren, daß eine interne NPD-Versammlung wohl kaum dazu angetan sein kann, für eine größere Mobilisierung herzuhalten.

Gegen den Mythos vom rechten Supermann

An den verschiedenen Flugblättern gegen den NPD-Parteitag läßt sich ziemlich klar eine Tendenz ableiten, die aktuelle Bedeutung der Nazis hochzuspielen. Den Vogel schießt dabei ein Flugblatt der „Antifaschistischen Aktion" Hamburg ab, demzufolge die „NPD das reaktionärste Bewußtsein der Massen (entwickelt), das die Herrschenden brauchen" - gerade so, als stünde die NPD unmittelbar vor Masseneinfluß. Dies entspricht absolut nicht dem nachweisbaren Einfluß, ebensowenig ist heute die NPD ein wesentlicher Durchlauferhitzer für die Rekrutierung faschistischer Banden oder gar maßgeblich oder federführend als Partei in den diversen Wehrsportgruppen, nazistischen Fußball-Fanclubs etc. tätig. D i e s e Rolle als Ziehvater des nazistischen Untergrundes spielt die NPD heute nicht mehr.

Solange die NPD selbst nicht in der Öffentlichkeit Politik macht, solange sie nicht tatsächlich organisiert in Erscheinung tritt, sollten wir uns sehr genau überlegen, wieviel Kraft wir in solche Aktionen stecken.

Die politische Unklarheit über die reale Bedeutung der einzelnen faschistischen Traditionsvereine und neuen Ansätze hat nicht erst in Fallingbostel zu reichlich fatalen Konsequenzen geführt: Zu erwähnen ist da eine vergleichbare Aktion gegen einen militaristischen Traditionsverein in Bad Scharzfeld oder die Demonstration gegen den Stahlhelm in Celle. Wohlgemerkt, es soll hier nicht gegen die einzelnen Aktionen als solche argumentiert werden, sondern gegen die in der Vergangenheit weit verbreitete Hysterie, in der das konkrete, militante Eintreten gegen den jeweils aktuellen Verein zur moralischen Frage und Nagelprobe für jeden Antifaschisten gemacht wird. Da sollte die Kirche wohl besser im Dorfe bleiben.

In besonderer Weise hat die ANS des Michael Kühnen inzwischen von antifaschistischer Seite den Glorienschein d e r neuen Bewegung, SA oder was auch immer umgehängt bekommen. Für viele ist Kühnen so mittlerweile schon das geworden, was er selbst wohl gerne wäre: der neue „Führer". Die in verschiedensten Zusammenhängen von Antifaschisten berichteten Anhängerzahlen in den einzelnen Orten übertreffen um ein Vielfaches das, was Kühnen

Antifaschisten berichteten Anhängerzahlen in den einzelnen Orten übertreffen um ein Vielfaches das, was Kühnen

selbst - und wahrscheinlich nicht unbescheiden - an Mitgliedern angibt. Der Name Kühnen allein reicht heute in Teilen der antifaschistischen Bewegung schon aus, die Helme aufzusetzen und den Knüppel zu packen, um zum nächsten Einsatz zu fahren - ohne daß ihm

Fortsetzung nächste Seite

Lüneburger Landeszeitung 14.10.83



Die Fotos beweisen: Mit ungeheurer Brutalität schlugen die Chaoten mit Knüppel und Latte auf den wehrlosen, unbewaffneten Polizeibeamten ein. Dieser mußte mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Die Polizei fragt: Wer kennt die beiden Täter?
Fotos: nh

Polizei gibt Demo-Fotos frei

Brutal niedergeknüppelt

nt **Lüneburg.** Mit äußerster Brutalität wurden die Demonstrationen gegen den NPD-Bundesparteitag in Fallingbostel am 1. Oktober (wir berichteten) von gewalttätigen Störern zu Ausschreitungen mißbraucht. Gestern gab die Kriminalpolizei zum erstenmal Fotos frei.

Sie zeigen, wie ein bereits seiner Waffen und seiner Schutzausrüstung beraubter Polizeibeamter durch mindestens zwei Angreifer krankenhausreif geschlagen wird. Er hat nach Angaben der Polizei schwere Verletzungen an Kopf und Armen erlitten. Die Bilder sollen beitragen, die von der Staatsanwaltschaft Verden wegen versuchten Totschlags und Raubes gesuchten Täter zu ermitteln.

Der Lüneburger Regierungspräsident hat für Hinweise, die zur Identifizierung und Überführung führen, eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Hinweise bei jeder Polizeidienststelle oder der Kripo Celle, Telefon (0 51 41) 27 73 50.

Blickpunkt Lüneburg



Polizist schwer verletzt

Entwaffnet und schutzlos wird ein fliehender Polizeibeamter brutal niedergeknüppelt. Die ersten Fotos von den schweren Krawallen anläßlich des NPD-Parteitages in Fallingbostel am 1. Oktober wurden gestern als Fahndungshilfe freigegeben. Staatsanwalt: Versuchter Totschlag und Raub. 5000 Mark Belohnung. (Seite 12)

ANS/NA-Aktivitäten in Emden

Der Aufbau einer neuen „Kameradschaft" der ANS/NA zeichnet sich z. Zt. in Emden bzw. der Region Ostfriesland ab.

Nachdem es in den letzten drei Jahren insbesondere durch starke antifaschistische Aktivitäten in der Region gelungen war, der Wehrsportgruppe „Nationale Jugend Ostfriesland" (NJO) unter der Führung von Hermann Mietz das Leben einigermaßen zu versauern, führte das bis zum Ende 1982 fast zum völligen Erliegen der Nazi-Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Seit Beginn 1983 allerdings zeichnet sich ab, daß sich die Nazibande der Region wieder reorganisiert. Sei es durch reichlich großmäulige Meldungen im „NS-Kampfruf" der NSDAP/AO, sei es durch üble Aktionen am Jahrestag der faschistischen Machtergreifung oder durch die geplante Beteiligung an der Veranstaltung der „Konservativen Aktion" am 17.6.83 in Berlin: Die Emder Neonazi-Gruppe mischte mit. Höhepunkt der Aktivitäten war am Wochenende von 1./2. Oktober der mehrmalige Versuch, Emder Linke in aller Öffentlichkeit ohne Grund mit Tränengas anzugreifen und einen den antfaschistischen Kreisen zuzurechnenden Punk mitten in der Stadt über den Haufen zu fahren.

Mit dem aus zuverlässiger Quelle bekannt gewordenen Plan, an einem Treffen der ANS/NA teilzunehmen und sich dem „Gau Niedersachsen" anzuschließen, ist ein neues Kapitel der regionalen Nazi-Szene aufgeschlagen.

Während sich die „alten Kader" der nicht mehr existenten NJO wie die Gebrüder Mietz langsam aus der vordersten Front herausziehen, wird die neue Gruppe mittlerweile von dem bekannten ehemaligen NJO'ler Joachim Apel angeleitet.

Apel, von Beruf Drucker und somit auch der Flugblatt-Lieferant der Nazis in der Region, war bereits in der Vergangenheit als Mitglied der NJO durch sein militantes Vorgehen aufgefallen. Als Besitzer von Waffen etc. dürfte er eine zentrale Rolle bei der Organisation der damaligen „Wehrsportübungen" gespielt haben. Auch als Störer antifaschistischer Veranstaltungen ist er als nicht gerade zimperlich bekannt. Eine zweimonatige Untersuchungshaft in diesem Sommer unter dem Vorwurf der Körperverletzung bestätigen dies nur.

Unter dem Gesichtspunkt, daß eindeutig Apel auch die Kontakte in die gesamte BRD (z.B. besucht er mehr oder weniger regelmäßig die „Göttinger Runde" des Michael Fiedler) herstellt, dürfte von diesem sauberen Herrn noch allerlei zu erwarten sein. Von offizieller Seite hingegen werden die neuen Entwicklungen wie eh und je schlicht und ergreifend ignoriert. Auf mehrfache Anfrage von Journalisten ließ die politische Polizei Aurich verlauten, die regionale Nazi-Szene sei tot und man solle sich doch bitte nicht so auf die „Randfigur" Apel versteifen.

KB/Gruppe Bremerhaven



Joachim Apel

---

und seinesgleichen politisch wirklich zu Leibe gerückt würde. W e n n es tatsächlich so wäre, daß die Nazis sozusagen Gewehr bei Fuß vor der Machtübernahme stünden, dann wäre angesichts der Schwäche der antifaschistischen Bewegung das Auswandern dringend angesagt. Da es aber offenbar so nicht ist, müssen sich die Vertreter dieses kopflosen Aktionismus fragen lassen, welchen politischen Nutzen derartige Chaos-Einsätze denn bringen. Auf Dauer müssen angesichts der realen Verhältnisse solche Aktionen wie sie teilweise in Fallingbostel durchgeführt wurden, im politischen Selbstmord enden, ohne daß auch nur irgendetwas Positives, d.h. eine Verstärkung antifaschistischen Massenbewußtseins, erreicht worden wäre. So, wie heute antifaschistische Aktionen angelegt sind, läuft die Bewegung hinter den Nazis her, ist sie gebunden an die Zufälligkeit des innerorganisatorischen Lebens dieser Gruppen und wird nicht in die Lage kommen, selbst die Bedingungen zu schaffen, unter denen sie wieder Erfolge erzielen kann.

Antifaschistische Aktion Ja, aber bitte mit Inhalten

Die antifaschistische Bewegung ist heute weit davon entfernt, eine Massenbewegung zu sein. Es wäre zu einfach, die Schuld dafür allein etwa bei den „lahmen Ärschen der Friedensbewegung" zu suchen, wie es nach Fallingbostel u.a. getan wurde. Daß dies so ist, daß der Antifaschismus so einfach nicht mehr Zehntausende auf die Straße bringen kann, hat etwas damit zu tun, daß die rechte Subkultur in der BRD heute zwar einzelne Ansätze von öffentlicher Organisierung vorzuweisen hat, nicht aber ein eindeutiges Konzept. Der bloße moralische Druck, mensch müsse doch gegen die Nazis was machen, wird auf Dauer niemand auf die Straße bringen, der in anderen politischen Feldern konkrete Aufgaben sieht.

Hinzu kommt, daß es verstärkt in
sieht.

Hinzu kommt, daß es verstärkt in diesem Jahr der 50jährigen Gedenkfeiern einen offiziellen Antifaschismus gibt, der in seiner Beschränkung auf bestimmte unmoralische und menschenfeindliche Aspekte des historischen Faschismus eher geeignet ist, die Vergangenheit zu beerdigen als aus ihr zu lernen.

In diesem Kontext geraten Appelle gegen die NPD, wie sie z.B. vom DGB immer wieder abgegeben werden, zur Phrase. Die NPD wird zum Relikt einer bewältigten Epoche und zum Alibi und zur Ablenkung von heutigen Entwicklungen. Selbst fixiert auf bestimmte Erscheinungsformen der rechten Subkultur wird es der antifaschistischen Bewegung schwerfallen, unter diesen Bedingungen Erfolge zu erzielen. Mangels geeigneter anderer Objekte immer wieder darauf zu orientieren, die traditionellen Formen des Antifaschismus, Demonstrationen gegen x-beliebige Nazi-Vereine u.ä. zu beleben, wird auf die Dauer in die Sackgasse führen. Stattdessen muß es darauf ankommen, die verschiedenen Erscheinungsformen der rechten Subkultur genau anzusehen, die verschiedenen Facetten der rechten Sammlungsversuche zu analysieren und bekannt zu machen und sehr kritisch nachzufragen, warum welche Aktion konkret angesagt ist. Der Ruf „Die Nazis kommen - alle zum Stadttor"! mag unter bestimmten Bedingungen angebracht sein als Akt der Selbstverteidigung, wie dies in manchen Kneipen und Stadtteilen wohl angesagt ist. Als Richtlinie einer antifaschistischen Politik trägt er aber nicht.

Solange nicht vermittelt wird, was bestimmte Gruppierungen der Rechten politisch bedeuten, weshalb sie gefährlich sind und warum sie auf eben diese Weise bekämpft werden müssen, werden antifaschistische Aktionen keinen Blumentopf gewinnen können.

Antifa-Kommission,KB/Gruppe Hamburg

Pleite für die EAP

Ein amüsantes Ereignis ganz am Rande der Hessen-Wahl ist das Abschneiden der EAP (Europäische Arbeiterpartei). Diese aus den USA importierte und von dort gelenkte Kleinstsekte hatte in den letzten Jahren einen, gemessen an ihrem zwergenhaften Format, enormen Aufschwung verzeichnen können. So konnte sie beispielsweise bei den Bundestagswahlen im Frühjahr ihren Stimmenanteil gegenüber der letzten Wahl verdoppeln. Um die Größenordnung zu demonstrieren: Die EAP kam bei der hessischen Landtagswahl 1982 im Frankfurter Stadtgebiet auf 524 Stimmen. Das liegt immerhin über der Stimmenzahl, die sich dort jetzt die Demokratischen Sozialisten (DS) holen konnten: 495. Jetzt aber fiel die EAP hessenweit von 2377 Stimmen (Landtagswahl 1982) auf 1235. In Frankfurt von 524 auf 214. Mit nur drei Ausnahmen hat die EAP in allen hessischen Wahlkreisen (es sind insgesamt 55, die EAP kandidierte aber nicht in allen) verloren, zum Teil Zweidrittel ihrer Stimmen. Der Grund läßt sich leicht erraten: Nachdem die EAP vor vielen Jahren auf Linksaußen gestartet war, hat sie mehr und mehr die Katze aus dem Sack gelassen und sich als Filiale von Kapitalsinteressen aus USA zu erkennen gegeben. Mit Anti-Drogen-Kampagnen und ähnlichen populären Themen hatte sie in den letzten Jahren um Stimmen aus dem Spießertum geworben und dabei wohl auch manche Stimme von schlecht informierten Protestwählern eingefangen. Im hessischen Wahlkampf hat sie es jetzt jedoch offensichtlich allzu wild getrieben: Ihr Plakat „Frieden schaffen mit Strahlenwaffen", das für Reagans Laser-Programm im Weltraum warb, und ein Anti-Eppler-Plakat mit dem Spruch „Die Russen sind schon da!" verursachten medienmäßig kräftige Wellen, aber schlugen offensichtlich vielen Wählern der EAP auf den Magen. Wenn dies ein Versuchsballon war, ist er geplatzt.





„Tat", 16.9.83

Antifaschistische Splitter

Daß ein Mitglied der Jungen Union in Rheinland-Pfalz wegen seines dort unbefriedigten Ausländerhasses zur NS-Kampfgruppe Müller in Mainz, dann zur ANS/NA Frankfurt stößt (und als Einstand einen Bankraub verpfuscht), mag zwar verwundern, wenn mensch sich die Ausländerpolitik der CDU ansieht, kann aber kaum der JU oder der CDU angelastet werden.

Wenn aber ein stadtbekannter Nazi aus Hanau, dessen Kneipe jahrelang Treffpunkt von Nazi-Gruppen und anderem lichtscheuem Gesindel gewesen ist, in die CDU eintritt, nachdem diese Vergangenheit nochmal in der Öffentlichkeit breitgetreten worden war, ist schon bemerkenswert.

So geschehen im Fall Ernst Kocherscheidt, dem ehemaligen Wirt des „Goldenen Löwen" in Hanau, dem ständigen Treffpunkt erst des heutigen ANS-Förderers Roland Tabbert und dessen „Nationaler Deutscher Freiheitsbewegung", in der nebst Kocherscheidt insbesondere der VS-Agent Gottschald seine Finger im Spiel bzw. auf den Knarren hatte, die über Kocherscheidts Kneipe verdealt werden sollten.

Mindestens 1978 war KocherscheidtMitglied der NS-Gruppe Hanau, einem Vorläufer der ANS/NA; bei Kocherscheidt wurde eine Druckmaschine und Munition gefunden sowie die berühmte „Schwarze Liste" der Nazis mit 500 Namen demokratischer Personen (u.a. Kogon und Robert Kempner).

Heute lebt das frischgebackene CDU-Mitglied Kocherscheidt in Bad Soden/Salmünster, wo er für fünf Jahre lang pachtfrei das Kurzentrum (Kneipe mit Sälen) betreiben darf...

Nazi-Töne in der „BILD am Sonntag"

„Daß solche Leute von Steuerzahlern durchgepäppelt werden, ist ein Unding!" So schreit uns über die volle Breite von zwei Seiten (S. 4 - 5) der „BamS" (9.10.83) eine Überschrift an. Gemeint ist mit „solche Leute" konkret der „Gewaltverbrecher" und „Polizistenmörder" Alfred Lecki.

kret der „Gewaltverbrecher" und „Polizistenmörder" Alfred Lecki.

Lecki hatte vor 14 Jahren den Polizeiobermeister Theodor Klein bei einer Verkehrskontrolle erschossen. Anlaß, diese Tat jetzt wieder publizistisch aufzubereiten, ist die kürzlich erfolgte Flucht von Lecki während einer Ausführung aus dem Gefängnis. Die nach Lynchjustiz schreiende Artikelüberschrift ist, so kann man aus dem weiteren Text erfahren, ein Ausspruch von Margret Klein, der Witwe des vor 14 Jahren erschossenen Polizisten. Die „BamS"-Redaktion hat sich mit diesem Spruch soweit identifiziert, daß sie ihn in der Überschrift noch nicht einmal durch Anführungszeichen als Zitat kenntlich gemacht hat.

Daß Frau Klein und mit ihr die „BamS"-Redaktion es ganz genauso meinen, wie man auf Anhieb befürchten muß, zeigt ein weiterer Spruch der „Polizistenwitwe", gleich im ersten Absatz des Artikels im Fettdruck: **„Ich bin in einer Zeit großgeworden, in der man solche Leute einfach standrechtlich erschossen hat."** Stimmt, das kann man nachrechnen: Frau Klein ist 65, und die wundervollen Jahre, wo mit solchen Leuten kurzer Prozeß gemacht wurde, haben ganz offensichtlich zwischen 1933 und 1945 gelegen. Sicher würde Frau Klein der „BamS"-Redaktion auch berichten können, daß in jenen Jahren beispielsweise lästige Ausländer einfach „ins Gas geschickt" wurden. Aber für s o l c h e Erinnerungen ist wahrscheinlich die Zeit noch nicht reif. Für den Ruf nach der staatlichen Abmordung von „Gewaltverbrechern" hingegen schon.

Daß die „BamS"-Redakteure die Nazi-Nostalgie der Frau Klein nicht etwa distanziert als tragische Ausfälle einer alten Frau werten, sondern als Transportmittel benutzen, wird Kenner der „BamS" nicht verblüffen. Dieses Blatt ist stets noch um eine deutliche Note faschistoider und hetzerischer als sein Bruder für alle Tage, die „Bild".

Stoppt die Nazi-Rocker



Am 24.9.1983 machten in Mannheim anläßlich eines Fußballspiels 15 - 20 rechtsradikale Jugendliche einen Würstchenstand dem Erdboden gleich, demolierten Autos etc. Schon am Vorabend waren wahrscheinlich dieselben Jugendlichen durch Mannheim gezogen und hatten mehrere Personen niedergeschlagen. Bei ihrer Festnahme wurde ausländerfeindliches Nazimaterial sichergestellt und es stellte sich heraus, das sieeiner „Wehrsportgruppe" angehören.

Damit haben in Mannheim die Ereignisse die Absicht der antifaschistischen Gruppe Ludwigshafen überholt, die mit ihrer Dokumentation auf Nazigruppen aufmerksam machen wollte, bevor diese zur Tat schritten.

Die Broschüre dokumentiert die Umtriebe des NPD-nahen „Motorrad Club National", der außer seinem „Stammsitz" Mannheim auch Filialen in Frankfurt, Villingen-Schwenningen, Heidelberg, Goslar und Worms unterhält und heute etwa 40 Mitglieder umfaßt. Offenbar aus diesem „MC National" heraus entwickelte sich die „Wehrsportgruppe Mannheim". Über der „MC National" auch Verbindungen zum rechtsradikalen Fan-Club „Reichsadler" in Mannheim-Waldhof unterhält, ist noch unklar: Diese „Fans" treten u.a. mit Nazi-Emblemen auf und haben während eines Spiels schon einmal eine israelische Fahne verbrannt.

Es geht darum, „,... ob ein Türke einen Polizeibeamten niedergeschlagen hat''

Für Richter Kausch, Vorsitzender des deutschen und unabhängigen Landgerichts Hannover, ist dies „die'' Frage im gerade angelaufenen Prozeß gegen die beiden türkischen Antifaschisten Hasan und Orhan Öner. Zum 3. Mal in der Geschichte der BRD wird der Versuch unternommen, Demonstranten des „versuchten Totschlags'' zu überführen. Daß es sich bei den beiden Angeklagten um türkische Staatsbürger handelt, läßt den staatlichen Repressionsapparat nicht nur auf bessere Erfolgschancen hoffen, er macht auch die Konsequenzen für die Betroffenen besonders hart. Aus Protest über die systematische Vorverurteilung durch das Gericht ist Hasan Öner in den Hungerstreik eingetreten.

Hasan und Orhan hatten sich am 21.5. dieses Jahres an einer Protestkundgebung gegen eine Veranstaltung der Grauen Wölfe in der hannoverschen Stadthalle beteiligt. Im Verlauf eines sehr brutalen und provokativen Polizeieinsatzes gegen die Antifaschisten wurden 27 Menschen festgenommen. 17 von ihnen erwarten jetzt Prozesse, bei denen die Vorwürfe von Nötigung bis zu Widerstand, Körperverletzung, versuchter Gefangenenbefreiung und Landfriedensbruch reichen. Hasan und Orhan, denen die Staatsanwaltschaft versuchten Totschlag vorwirft, sitzen seitdem in U-Haft. Konkret lautet die Anklage, daß

— Orhan einen Polizisten mit einem Stein am Becken getroffen haben soll. Dieser Beamte mußte nicht einmal stationär behandelt werden,

— Orhan und Hasan gemeinsam einen anderen Uniformierten mit einem Eisenrohr bzw. einem Radmutternschlüssel geschlagen haben sollen. Der betreffende Beamte, für den zu keinem Zeitpunkt Lebensgefahr bestand, wurde bereits nach 3 Tagen aus dem Krankenhaus entlassen.

Eine Anklage wegen „Totschlag'' nach Demonstrationen ist in der Geschichte der BRD mehr als ungewöhnlich. Unseres Wissens gab es dies erst zweimal:

— 1971 wegen der Bonner Rathausbesetzung (Anti-Vietnam-Proteste)

— 1981 gegen Markus Mohr und Michael Duffke wegen der 5. und letzten Brokdorf-Demonstration.

Beide Male kam die Staatsanwaltschaft mit ihren Vorstellungen nicht durch. Rechnet man sich diesmal größere Erfolgschancen aus, weil es sich „nur'' um Ausländer handelt (die Hannoversche Allgemeine hat mit dem Stichwort „Türkenkrawalle'' die allgemeine Intention schon deutlich gemacht) und es nicht gegen eine breite Protestbewegung geht?

ten Brokdorf-Demonstration.

Beide Male kam die Staatsanwaltschaft mit ihren Vorstellungen nicht durch. Rechnet man sich diesmal größere Erfolgschancen aus, weil es sich „nur'' um Ausländer handelt (die Hannoversche Allgemeine hat mit dem Stichwort „Türkenkrawalle'' die allgemeine Intention schon deutlich gemacht) und es nicht gegen eine breite Protestbewegung geht?

Verdutzte Prozeßbesucher sahen sich am 1. Verhandlungstermin am 13.10. einem grünumstellten Landgericht gegenüber. Wer sich dennoch nicht abhalten ließ, mußte Personalienkontrollen und Leibesvisitationen in Kauf nehmen. „Gefährliche Gegenstände'' wie Strickzeug oder Frühstücksäpfel wurden beschlagnahmt. Selbst die Angeklagten wurden vor dem Betreten des Gerichtssaals nach Waffen durchsucht. Es soll, so die Verteidigung, die von den „Sicherheitsmaßnahmen'' nicht informiert worden war, eine besondere Gefährlichkeit der Angeklagten suggeriert werden. Dies ist eine eindeutige Form der Vorverurteilung, die bereits am 21.5. begonnen hatte. Trotz haarsträubender Beweislage — ein Bericht über die Verletzung des Bullen lag nicht vor — und trotz der völligen Absurdität des Verdachts auf Fluchtgefahr, erließ der Haft-Richter U-Haft. Hasan lebt seit zehn Jahren in der BRD und hat einen festen Arbeitsplatz, sein Sohn Orhan ist Auszubildender. Beide könnten nicht in die Türkei, da sie aufgrund ihrer politischen Aktivitäten die Verfolgung durch die Junta zu befürchten hätten. Auch bei einem 2. Haftprüfungstermin im September — eine Kaution von 10.000 DM wurde angeboten — blieb es dabei.

Die Vorverurteilung wird fortgesetzt in der Anklageschrift, die die geringen Verletzungen des Beamten mit der Formulierung aufbauscht, er habe mit Nervenlähmungen im linken Arm und Prellungen „überlebt''! Den Gipfel schließlich erreicht Richter Kausch in den nunmehr vier Verhandlungstagen:

Eine von ihm selbst aufgeworfene Frage, warum die Polizei die Grauen Wölfe nicht einen Alternativ-Eingang benutzen ließ, um so eine Konfrontation zu vermeiden, wird systematisch unterbunden, als die Anwälte dabei sind, den Zeugen Windel, Polizeieinsatzleiter vom 21.5., ins Schleudern zu bringen. Windel muß zugestehen, daß er überhaupt nicht die Absicht hatte, einen anderen als den von den Demonstranten blockierten Eingang zu benutzen. Sein Argument, der Hintereingang hätte zuviel Glasflächen und die Gefahr von Sachschäden und der Verletzung von Personen wäre zu groß gewesen, wird als unglaubwürdig entlarvt. Stundenlang standen er selbst, seine Beamten und die Grauen Wölfe neben drei Stahltüren in einer fensterlosen Wand, die Zugang zum Veranstaltungsraum schaffen. Um weiteres Unheil zu vermeiden, läßt Richter Kausch einen Gerichtsbeschluß herbeiführen, der die Eingangsfrage als unzulässig und nicht zur Sache gehörig verbietet.

Nicht besser ergeht es mit einem internen Polizeibericht von Windel, der beim Verhör ans Tageslicht kommt. Der Vorsitzende wirft sich höchstpersönlich für den Zeugen in die Bresche. „Das ist ein persönliches Schriftstück. Das brauchen Sie nicht vorzulegen.''

Umso peinlicher, daß Windel selbst kurze Zeit später seine Notizen als „innerdienstliche Vermerke und Verlaufsbericht'' kennzeichnet. Aber wer meint, daß dies Richter Kausch in Verlegenheit bringt, irrt. Er schickt Windel zunächst zur Polizeiführung, um zu klären, ob sie einer Veröffentlichung zustimmen würde, um dann, nachdem dies abschlägig beschieden wird, seinerseits eine Beschlagnahme abzulehnen.

Es ist nur logisch, daß unter diesen Bedingungen ein Befangenheitsantrag keinen Erfolg hatte. Richter Kausch hält weder seine zitierte Äußerung, „ob ein Türke einen Polizeibeamten niedergeschlagen hat'', und nicht „der Angeklagte'', wie es üblicherweise hieße, ausländerfeindlich; noch kann er in seiner Unterbindung der „Eingangsfrage'' einen groben Rechtsverstoß entdecken, denn die gehöre eben nicht zur Sache, und weil sie nicht zur Sache gehöre, könne sie auch keine Begründung für einen Mißtrauensantrag sein — so sein akrobatischer Zirkelschluß. Im unruhig werdenden Saal erklärte Hasan daraufhin öffentlich, er werde solange in den Hungerstreik treten, bis ein unabhängiges Gericht verhandele.









Nachdem der Platz vor der Stadthalle geräumt ist .. ist sich die Polizei auch nicht mehr zu fein, mit Steinen zu werfen.

Dreistigkeiten ohne Ende

Ob sich Richter Kausch davon beeindrucken läßt, ist allerdings fragwürdig. „Das war mal fällig'' äußerte sich bereits Polizeipräsident Walzer am 21.5. gegenüber Versammlungsleiter Luk List, als der sich über den brutalen Polizeieinsatz beklagte. Das Gericht läßt nach nunmehr vier Verhandlungstagen wenig Zweifel daran, daß es diese Linie fortsetzen will. „Fällig'' ist dabei die Einschüchterung der demokratischen und linken ausländischen Organisationen — in diesem Fall speziell der türkischen und kurdischen Gruppen. Der Verdacht, daß es sich am 21.5. um bewußt provozierte und gezielte Festnahmen gehandelt hat, wird in einigen Anklageschriften bestätigt. So heißt es bei einem wegen Nötigung Angeklagten: Es sei beobachtet worden, daß er ein Megaphon benutzt und mit vielen verschiedenen Personen gesprochen hätte. Er, der Polizeibeamte, habe daraus den Eindruck gewonnen, es hätte sich um eine führende Persönlichkeit gehandelt. Bei einem anderen Angeklagten (u.a. wegen Körperverletzung) wird in der Anklageschrift seine Organisationszugehörigkeit vermerkt und in Stichpunkten seine bisherigen Aktivitäten aufgezählt! „Sicher'' vor einer demokratischen Öffentlichkeit fühlen sich Polizei und Justiz offensichtlich auch sonst bei der Bewertung des Polizeieinsatzes.

Weder Polizeieinsatzleiter Windel noch Staatsanwalt Borchers finden etwas Anrüchiges an der durch Fotos belegten Tatsache steinewerfender Bullen. Er habe die Beamten nicht namentlich feststellen können, so Windel im Öner-Prozeß, und dies auch nicht für nötig befunden. Es sei ja niemand getroffen worden.

Staatsanwalt Borchers, berühmt-berüchtigt durch die Grohnde-Prozesse, ging in der Verhandlung gegen K., sie ist inzwischen wegen Nötigung zu 20 Tagessätzen à 15,- DM verurteilt, gleich noch einen Schritt weiter: *„Selbstverständlich ist kein Verfahren gegen steinewerfende Beamte eingeleitet worden, weil die Demonstranten, wie sie ja so schön gesagt haben, zuerst Steine geworfen haben''* (aus Prozeß-Info 3). In demselben Prozeß wurde auch umfangreiches Beweismaterial über Ideologie und Aktivitäten der Grauen Wölfe und ihre Verbindungen zu den Idealistenvereinen, die offiziellen Veranstalter am 21.5., sang- und klanglos abgelehnt. Da störte es nur noch wenig, daß ein Polizist im Verhör zugab, gewußt zu haben, daß es sich um eine Veranstaltung der Grauen Wölfe handelte. Der Einsatzleiter und die Grauen Wölfe selbst hätten dies gesagt. Bislang war von der Polizei vehement abgestritten worden, Kenntnisse über den faschistischen Charakter des Idealistenvereins zu haben.

Dieser läßt sich nach dem Erscheinen einer Dokumentation und den ausführlichen Beweisanträgen in den Prozessen auch für Hannovers Justiz, Polizei und Stadtverwaltung nur noch schlecht abstreiten. Also muß alles versucht werden, jeglichen politischen Inhalt aus den Prozessen herauszuhalten. Zu schnell zeigte sich sonst, daß die Vermietung der Stadthalle genauso wie der ganze Polizeieinsatz rechtswidrig waren und damit die Prozesse gar keine Grundlage hätten. Nur wenn der Inhalt darauf reduziert wird, „ob ein Türke einen Polizisten niedergesschlagen hat'', kann verschleiert werden,

— wie die Polizei bewußt das provoziert hat, was die Presse dann als „Türkenkrawalle'' verbreitet,

— wie dieses Vorgehen sich in die ausländerfeindliche Politik der Regierung einfügt und an die ausländerfeindliche Haltung in Teilen der Bevölkerung anknüpft, um die „Ausländer raus''-Stimmung zu schüren,

— daß dabei die direkte Unterstützung faschistischer Organisationen kein Problem darstellt.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist noch offen.

Der geschilderte Landgerichtsprozeß und 16 weitere Amtsgerichtsprozesse zum 21.5. werden mehrere Zehntausend Mark verschlingen. Nicht nur, weil die hannoversche Solidaritätsbewegung damit hoffnungslos überfordert ist, sondern auch aufgrund der überregionalen Bedeutung der Prozesse sind alle Antifaschist/inn/en aufgefordert, zur Finanzierung der Anwalts- und Prozeßkosten beizutragen:
Konto: GABL-Rechtshilfe, E. Jordan, Kto.-Nr. 2419905500, Bank für Gemeinwirtschaft

KB/Gruppe Hannover

Internierung von Ali Güler verhindert

Der türkische Student Ali Güler lebt seit 5 Jahren in der BRD. Er studiert jetzt im 4. Semester an der Universität Trier. Seine Eltern leben und arbeiten

den.

Am 21.10.83 begab sich Ali mit seinem Anwalt zur zuständigen Behörde nach Ingelheim, zur Klärung des ge-

Internierung von Ali Güler verhindert

Der türkische Student Ali Güler lebt seit 5 Jahren in der BRD. Er studiert jetzt im 4. Semester an der Universität Trier. Seine Eltern leben und arbeiten
seit Ende der sechziger Jahre in Mainz.

Anfang dieses Jahres wurde Ali Güler erstmals von den türkischen Behörden beschuldigt, sich in der BRD an Aktivitäten gegen die türkische Militärdiktatur beteiligt zu haben. Am 1.6.83 wurde ihm vom türkischen Konsulat der Paß entzogen; er wurde aufgefordert, spätestens bis zum 15.6.83 in die Türkei zurückzukehren. Auf seine Frage, was ihn in der Türkei erwarte, bemerkte ein Konsulatsangehöriger: „Wir wissen nicht, ob Du gefoltert oder aufgehängt wirst...''

Da nach geltendem Ausländerrecht in der BRD mit dem Einzug des Passes automatisch die Aufenthaltsgenehmigung erlischt, stellte Ali Güler im September 1983 Asylantrag. Obwohl er in Trier einen festen Wohnsitz und Studienplatz hat, sollte er sich, laut Anordnung der dafür zuständigen Ausländerbehörde in Mainz-Bingen, bis zum 27.10.83 in der zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Ingelheim einfin-

den.

Am 21.10.83 begab sich Ali mit seinem Anwalt zur zuständigen Behörde nach Ingelheim, zur Klärung des ge-
nauen Sachverhalts. Ergebnis des Besuchs in Bingen war eine vorläufige Sondergenehmigung für den Aufenthalt Ali Güler's außerhalb des Kreises Mainz-Bingen. Die Sondergenehmigung gilt bis zum 7.11.83, danach soll nach Auskunft der Ausländerbehörde, seine „Umquartierung'' nach Trier erfolgt sein.

Die Internierung Ali Güler's konnte bis jetzt erfolgreich verhindert werden. Eine große Anzahl von Menschen (ca. 2.000 Unterschriften in knapp drei Tagen) setzten sich für den Verbleib Ali's in Trier ein. Bleibt nun weiter zu arbeiten, daß die Empörung und große Bereitschaft zu solidarischem Verhalten nicht wieder verstummt, sondern sich weiter ausdehnt und eine breite Solidarisierung mit Ali und allen anderen Asylbewerbern aus faschistischen Ländern stattfindet.

U., Trier

Türkische Wissenschaftler „testeten" Tausende „Terroristen"

Untersuchte werden von der Forschergruppe als Kranke mit gestörten Hirnfunktionen und als Drogenabhängige bezeichnet

Von unserem Korrespondenten Gerd Höhler

ATHEN, 20. Oktober. Fünf türkische Wissenschaftler — darunter Neurologen, Psychologen und Allgemeinmediziner — haben mehr als 5000 Menschen psychologischen und medizinischen Tests sowie Befragungen unterzogen, um auf diese Weise „ein Profil des türkischen Terroristen" zu erstellen. Die Ergebnisse ihrer Unternehmung haben die Wissenschaftler in der vergangenen Woche in Istanbul im Rahmen eines „Terrorismus-Workshop" des türkischen „Instituts für Außenpolitik" vorgestellt. Besonderes Interesse sollen sie bei Experten aus den Vereinigten Staaten gefunden haben.

Bei den „Versuchspersonen" handelte es sich, wie die türkische Presse berichtet, um „2850 Linksterroristen", „429 Rechtsterroristen", „185 gewöhnliche Mörder" und eine 1643 „unbelastete Personen" umfassende Kontrollgruppe. Als „Terroristen" werden in großen Teilen der türkischen Presse auch Leute bezeichnet, die von den Behörden der Militärregierung wegen „staatsfeindlicher" Aktivitäten verfolgt werden. Ob sich die insgesamt 5109 Versuchspersonen den Tests und Befragungen freiwillig unterzogen haben, geht aus den über die Arbeit vorliegenden Informationen nicht klar hervor.

Dabei wollen die Forscher unter anderem zu folgenden Ergebnissen gelangt sein: Unabhängig von der politischen Orientierung unterscheide sich das „Profil" des „türkischen Terroristen" signifikant von dem der Kontrollgruppe. Dieses „Terroristenprofil" sei, so heißt es weiter, gekennzeichnet durch „gestörte Hirnfunktionen (neurologische Symptome), Drogenabhängigkeit und einer Anamnese (Vorgeschichte, die Red.) ernster Erkrankungen". Im Bereich des Persönlichkeitsbildes glauben die Wissenschaftler bei den „Terroristen" mehr introvertierte Züge entdeckt zu haben als bei den Personen der Kontrollgruppe. Außerdem attestieren sie ihnen „weniger sexuelles Interesse", aber gleichzeitig ein befriedigender verlaufendes und vertrauensvolleres Sexualverhalten. Daneben wurden unter den „Terroristen" angeblich „weniger sadistische oder masochistische Neigungen" als bei der Kontrollgruppe festgestellt sowie ein im Durchschnitt niedrigerer Intelligenzquotient.

Keine signifikanten Unterschiede vermochten die Wissenschaftler in den „Profilen linker und rechter Terroristen" zu entdecken. Lediglich in einigen Kategorien seien Abweichungen zutage getreten. So habe man bei den „linken Terroristen" „stärker gestörte Hirnfunktionen, jedoch weniger psychiatrische Symptome und einen höheren Intelligenzquotienten" festgestellt.



Am 5. und 6. November veranstaltet die Medizinische Soziologie in Hamburg in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie e.V. eine öffentliche Tagung und Ausstellung über **„Heilen und Vernichten im ‚Mustergau Hamburg' "**.

In der Nazi-Zeit war Hamburg in Fragen der Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik ein „Mustergau" — mit einer eigenen politischen Linie, die mit wissenschaftlicher Genauigkeit und einer selbst für Nazi-Verhältnisse ungewöhnlichen Härte und Schonungslosigkeit gegen die verfolgten Bevölkerungsgruppen vorging. In Hamburg wurden die Massenverbrechen nicht wie andernorts über geheime para-staatliche Organisationen, sondern direkt über den Behördenapparat der Gesundheits- und Sozialverwaltung organisatorisch vorbereitet.

In den Jahren 1934-36 wurden die Strukturen und Normen zur Erfassung, Aussonderung, Zwangssterilisierung und später Vernichtung der Obdachlosen , Alkoholiker, Behinderten, Gefangenen und sonstigen Fürsorgeempfänger entwickelt. Über diese staatlichen Zwangsmethoden und die vergessenen Opfer soll ausführlich berichtet werden.

Zum Kern der Erfassung wurde in Hamburg das „Zentrale Gesundheitspaßarchiv". Bis zum Beginn des II. Weltkrieges waren rund 1,1 Mill. Menschen in staatlichen Karteien „erbbiologisch" erfaßt, darunter 600 000 Menschen von den AOK-Vertrauensärzten, 250 000 von der „Kriminalbiologischen Sammelstelle", 60 000 von der Fürsorgeverwaltung, 30 000 von der Krüppelfürsorge, 30 000 von der Tuberkulosefürsorgestelle und 6 000 Homosexuelle. Über die Hälfte der Hamburger Stadtbevölkerung war unter dem Gesichtspunkt möglicher „Ausmerze" gespeichert.

Eine neue Verschärfung der „Ausmerze" und Verfolgung begann mit der Jahreswende 1939/40. Während die Menschen, die nicht mehr zur „produktiven" Arbeit fähig oder willens waren, physisch vernichtet oder deportiert wurden, wurden über 100 000 ausländische Zwangsarbeiter/innen nach Hamburg geholt. Sie lebten unter erbärmlichen Bedingungen in den Außenlagern des Konzentrationslagers Neuengamme, mußten für die Rüstungswirtschaft schuften und wurden auch für medizinische Experimente mißbraucht.

Auf der Tagung wird das Gemeinsame all dieser sozialpolitischen und polizeilichen Zwangs- und Vernichtungsmaßnahmen und auch das Problem einer eventuell bestehenden Aktualität diskutiert: Wie hoch ist heute der „soziale Wert" eines Menschen, der chronisch krank ist,sich sozial unangepaßt verhält oder sich den gängigen Arbeitsnormen verweigert?

tuell bestehenden Aktualität diskutiert: Wie hoch ist heute der „soziale Wert" eines Menschen, der chronisch krank ist,sich sozial unangepaßt verhält oder sich den gängigen Arbeitsnormen verweigert?

Veranstaltung und Ausstellung am 5. und 6. November '83

Beginn jeweils um 9.00 Uhr im Hörsaal der Psychiatrie (Universitäts-Krankenhaus Eppendorf). Eintritt frei!

Über folgende Themenschwerpunkte wird referiert und diskutiert:

Samstagvormittag (9.00 - 13.00 Uhr)
+ Der Kampf gegen die Armen, „Leistungsschwachen" und „Gemeinschaftsfremden"
+ Das Hamburger Gesundheitspaßarchiv
+ Der Bevölkerungspolitiker Hans Harmsen
+ Zwangssterilisation, Zwangsabtreibung und Kastration: Die neuen Leibesstrafen im „Mustergau Hamburg"

Samstagnachmittag (15.00 - 20.00 Uhr)
+ Katastrophenmedizin im Bombenkrieg in Hamburg
+ Die Verfolgung der ausländischen Zwangsarbeiter/innen, Jüdinnen und Ju-

Samstagnachmittag (15.00 - 20.00 Uhr)
+ Katastrophenmedizin im Bombenkrieg in Hamburg
+ Die Verfolgung der ausländischen Zwangsarbeiter/innen, Jüdinnen und Juden , Zigeuner/innen und Homosexuellen in Hamburg
+ Menschenversuche in Hamburg

Sonntagvormittag (10.00 - 13.00 Uhr)
+ Die Anstaltstötungen in Hamburg
+ Das Ziel der Tötungen „Aktive Therapie" und Reorganisation des Anstaltswesens
+ Ist die Psychiatriereform der 70er Jahre in Gefahr, eine „Euthanasiereform" zu werden?

Sonntagnachmittag (15.00 - 17.00 Uhr)
+ abschließende Podiumsdiskussion

Es werden sprechen: Karl-Heinz Roth, Friedemann Pfäfflin, Heidrun Kaupen-Haas, Andrea Brücks, Christiane Rothmaler, Michaela Garn, Manfred Asendorf, Christoph Schminck-Gustavus, Hans Georg Stümke, Tilman Zülch, Detlev Garbe, Ulrich Schultz, Götz Aly, Dietrich Kuhlbrodt, Angelika Ebbinghaus, Klaus Dörner.

Krawalle im Dienste der Polizei?

— Anmerkungen zum Polizeiprovokateur von Krefeld —

Die Festnahme des Polizei-Agenten Troeber in Krefeld und die Behauptung von NRW-Innenminister Schnoor, dieser habe an vorderster Front mitgemischt, hat vielen Kräften in der Friedensbewegung wieder einmal Auftrieb gegeben. Nämlich denen, die schon immer behaupten, Krawalle seien das Ziel der Polizei und würden zumeist durch VS-Leute und Zimmermanns-Beauftragte inszeniert.

Auf diesen Aspekt der Geschichte wurde im letzten ARBEITERKAMPF meines Erachtens nicht ausreichend eingegangen (S. 33: *„Der Polizei-Provokateur von Krefeld: Hintergründiges zum Fall Tröber"*). Das soll hier aus meiner Sicht nachgeholt werden.

Es gehört ja heute zum allgemeinen Repertoire in der Friedensbewegung (abgesehen von wenigen „Unverbesserlichen"), jede Gewalt auf Demonstrationen für schädlich zu halten. Die DKP agiert schon lange auf der Wellenlänge, daß jeder Krawall von Polizeiprovokateuren oder Reaktionären inszeniert sein müsse. Schon vor der Troeber-Geschichte brachte die DKP eine Karrikatur, wo Zimmermann mit einer Maske getarnt und mit einem Stein in der Hand in Krefeld herumlief. Die g e n e r e l l e Ablehnung von Gewalt bezieht sich keineswegs nur auf teilweise blindlings zerdepperte Scheiben (was heute auf Demonstrationen genauso wie bei Volksfesten oder beim Aufmarsch von Fußballfans passiert), sondern ausdrücklich auch auf jede Form der Gegengewalt bei Polizeiübergriffen, also der Selbstverteidigung. In der Logik dieser Leute erscheint es fast so, als habe man der Polizei und dem Staat einen besonders intelligenten Streich gespielt, wenn alles gewaltfrei bleibt.

Will der Staat Gewalt?

Es gab in Richtung „Heißen Herbst" eine massive Medienkampagne von Politikern, Polizei und Journalisten, um die Friedensbewegung auf absolute Gewaltfreiheit festzulegen. In diesem Rahmen sind besonders die Stuttgarter Gespräche und Loccum zu nennen. Man muß schon ein Phantast oder Trottel sein, wollte man daraus etwas anderes schließen, als daß dahinter die Furcht stand, es könnte zu m a s s e n h a f t e n Konfrontationen zwischen Polizei und Friedensbewegung kommen. (Nebenbei bemerkt hatten Umfragen zufolge auch nahezu 50 % der Bevölkerung solche Auseinandersetzungen im „Heißen Herbst" erwartet, selbst wenn dies häufig Ausdruck von Sensationslust sein mag, wie es auch bei jedem Verkehrsunfall anzutreffen ist).

Teil der staatlichen Bemühungen um die Gewaltfreiheit der Friedensbewegung ist und war es, „Gewaltpotentiale" zu isolieren bzw. auf begrenzte und überschaubare Rahmen zu drängen, wo die Polizei sämtliche Bedingungen diktieren kann — und wo ihre Aktionen auch nicht durch Solidarisierungseffekte gestört werden. Schon von der Logik her steht dieses Anliegen der These diametral entgegen, die Polizei sei p r i n z i p i e l l auf Putz aus. Sie steht aber keineswegs der Aktion einzelner Polizeiprovokateure entgegen.

Warum machen Polizeiprovokateure Putz?

Im letzten AK sind nicht nur Beispiele aufgezählt, wo Polizeiprovokateure immer wieder an vorderster Front mitgemischt haben, sondern auch welche, die in AKW-BIs dadurch aufgefallen oder aufgeflogen waren, daß sie die Gruppe zu spektakulären Aktionen überreden wollten. Der Sinn solcher Versuche, bei denen die Polizei dann gleich zugegen wäre, ist offenkundig und braucht hier nicht weiter erläutert zu werden.

Daß ein auf eine entsprechende Gruppe angesetzter Polizeispitzel dort einen „guten Eindurck" zu hinterlassen sucht, ist logisch. Daß Polizeispitzel in ihrer „Bezugsgruppe" nicht unbedingt 100%ig im Sinne von Staatsanweisungen funktionieren müssen, ist bei vielen solcher Fälle deutlich geworden.

Umgekehrt muß man sich einmal zusammenrechnen, wieviel Polizeiprovokateure jeweils vonnöten wären, um einen Krawall **gegen oder an dem Willen der beteiligten Demonstranten vorbei** zu inszenieren: eine ziemliche Summe, die kaum unentdeckt agieren könnte. Die reine Agenten-Version übersieht auch die tatsächlich vorhandene Militanz. Nicht nur bestimmte autonome und militante Gruppen, die damit nicht hinter dem Berg halten, sondern weit darüber hinaus sind nach brutalen Polizeiübergriffen Demonstrationsteilnehmer nicht gewillt, nur einseitig Schläge hinzunehmen, wenn erst einmal solche Situation entstanden ist. In einer Situation, wo Polizisten Demonstranten rücksichtslos vor sich hertreiben und auf sie einknüppeln, zeigt sich auch, daß dann das gewaltfreie Prinzip, die Polizei durch Passivität ins Unrecht zu setzen und von größerer Brutalität abzuhalten, nicht mehr unbedingt funktioniert. Da greifen zum Teil auch Demonstranten zur Gegenwehr, die sich vorher auf passiven, gewaltfreien Widerstand festgeschrieben hatten. Es ist ja auch alles andere als ein Zufall, daß gewaltfreie Widerstandsaktionen und Blockaden in der Regel so geplant werden, daß mangels effektiver Behinderung die Polizei keineswegs unbedingt räumen „ m u ß ". Das heißt, daß der Hauptbeitrag zur Vermeidung einer Konfrontation mit der Polizei häufig darin liegt, von vornherein weniger effektiv behindernde Aktionen, sondern mehr symbolische zu planen.

daß der Hauptbeitrag zur Vermeidung einer Konfrontation mit der Polizei häufig darin liegt, von vornherein weniger effektiv behindernde Aktionen, sondern mehr symbolische zu planen.

Viele wissen im Grunde, daß der Versuch einer gewaltfreien Totalblockade (etwa des Bremerhavener Hafens oder Springer) mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zur Konfrontation mit der Polizei führen würde. Das hat mit Polizeiprovokateuren nichts zu tun.

Ihre Funktion könnte allenfalls darin bestehen, solche Konflikte in für die Polizei günstigen Situationen zu provozieren; in aller Regel steht aber ihre Beobachtung und „Mitarbeit" in der Szene im Vordergrund.

HH, Hamburg

Aus berufenem Munde

Wie oft zu oft?

Polizeilicher Schußwaffengebrauch:
Auf Sachen geschossen — Personen getroffen

An jedem Tag werden in der Bundesrepublik rund 5 Schüsse aus Polizeiwaffen abgegeben: Genau 13479 zwischen 1976 und 1982.

Relativierend sei angeführt, daß sich die Zahl der gezielten Schüsse auf Personen und Sachen auf insgesamt niedrigem Niveau bewegt: 1398 in 7 Jahren und somit rund 10 Prozent der Schußwaffeneinsätze überhaupt. Inwieweit das Schießverhalten der Täter — durchschnittlich + 1,5 Prozent in den letzten drei Jahren — und deren Drohungen mit Schußwaffen — Durchschnitt + 12 Prozent — das Schießverhalten der Polizei beeinflußt, kann aus dem vorliegenden Datenmaterial nicht beurteilt werden. Dennoch verteidigt die Polizei, nach Ansicht des NDR-Journalisten Joachim Wagner, „die unvermeidbare Gefährdung der Bürger durch schußschnelle Polizisten mit der wachsenden Bedrohung durch schießwütige Kriminelle".

Auch die Frage „wie oft zu oft" läßt sich allerdings auf Basis einer (bisher) vertraulichen „Statistik über den polizeilichen Schußwaffengebrauch" nicht beantworten. Dafür enthält diese Statistik zu viele Ungereimtheiten.

Zum Beispiel: Die Zahl der gezielt auf Menschen abgegebenen Schüsse ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben; 141 waren es 1976, 125 im Jahr 1982. Oberflächige Betrachter könnten sogar zu dem Schluß verleitet werden, diese Schüsse hätten abfallende Tendenz. Weit gefehlt aber, wenn man sieht, daß die Schüsse gegen Sachen zugenommen haben und vor allem wenn man weiß, daß in dieser Sparte (faßt ausschließlich) die Schüsse auf Kraftfahrzeuge (und Insassen) registriert werden. So werden Schüsse auf Personen zu Schüssen auf Sachen degradiert. Dies jedoch nicht überall, denn in Nordrhein-Westfalen werden Schüsse auf fahrende Kfz (korrekterweise) als Schüsse auf Personen erfaßt.

Gelegenheit zur Manipulation durch polizeiliche Stellen und entsprechend Anlaß zu Spekulationen durch die Öffentlichkeit gibt, so Wagner, die Kategorie „unzulässiger Schußwaffengebrauch". Lediglich knapp ein Prozent aller Schüsse wird von der Polizei als rechtswidrig eingestuft. Wagner: „Von der Polizei selbst, hier Richter in eigener Sache, sind kaum andere als die Musterschülerzahlen zu erwarten". Sicher sei allerdings, daß die Statistik hier mit falschen Zahlen operiert.

Zum Beispiel: Die Daten aus Rheinland-Pfalz weisen für 1977 keinen rechtswidrigen Schuß auf; ein internes Gutachten des dortigen Innenministeriums zählt allein bei Schüssen auf Kfz neun rechtswidrige Fälle.

Von der Innenministerkonferenz fordert Wagner deshalb ein Mehr an Information, insbesondere über Schüsse mit tödlichem Ausgang, und eine Totalrevision der statistischen Richtlinien.

aus: Kriminalistik 10/83

Spendenaufruf

Der Arbeitskreis Afrika (Akafrik) Münster konzentriert sich dieses Jahr auf die Unterstützung azanischer (südafrikanischer) Flüchtlinge. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten zum Aufbau eines Mehrzweckzentrums in Pongwe in Tansania; einem Projekt des PAN AFRICANIST CONGRESS (PAC), einer der von der UNO anerkannten Befreiungsbewegungen aus Azania (Südafrika). Um das Transportproblem zu beheben, wollen wir dringend benötigte Fahrzeuge, 2 Toyotas neu und ein Unimog, hier besorgen und selbst überführen. Zusätzlich versuchen wir verschiedenste Materialien z.B. Bauwerkzeuge, Garten- und Landwirtschaftsgeräte, Ersatzteile, medizinische Geräte u.a. zu besorgen und mitzunehmen bzw. über das Flüchtlingskommissariat der UNO nach Tansania verschicken zu lassen. Das Projekt wird durch Zuschüsse entwicklungspolitisch arbeitender Organisationen, Erträge von Solidaritätsveranstaltungen, Material- und Geldspenden finanziert werden. Wesentlicher Unterstützer ist die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt — Weltfriedensdienst (ASW/WFD) in Berlin. Weitere Spenden sind noch dringend notwendig, um das Projekt zu sichern. Spendenquittungen können ausgestellt werden, da gemeinnützig.

Kontakt: AKAFRIK, An den Mühlen 25, 4400 Münster
Kto-Nr.: 8090460 Postscheckamt Dortmund (BLZ 440 100 46)

„Aktion Ausländerrückführung" erledigt?

Keine Frage: Das blamable Abschneiden der ANS-Tarnorganisation „Aktion Ausländerrückführung" bei den hessischen Landtagswahlen hat diese kriminelle Bande wieder auf das Maß zurechtgestutzt, das ihr zusteht. 823 Stimmen in fünf Wahlkreisen — das ist für die Großmäuler von der ANS sicher weniger als erhofft. Auch einige Antifaschisten, die geneigt waren, dem Kühnentrupp schon jetzt die gern von diesen reklamierte Bedeutung einer neuen SA zuzubilligen, werden sich jetzt fragen müssen, ob sie nicht der Propaganda der Nazis in gewissem Sinn aufgesessen sind — zumindest was deren Erfolgsaussichten bei Wahlen anbelangt.

Errinnern wir uns: Ende April verkündete die ANS auf einem polizeilich abgeschirmten Treffen in Bad Bergzabern ihren Plan, zu den Landtagswahlen in Hessen zu kandidieren. Euphorisch träumte man schon von tausendenhakenkreuzfahnenschwingenden „SA-Kämpfern", die die Frage der „Aufhebung des NS-Verbots" auf der Straße ad absurdum führen würden usw. usf. In Hessen zumindest geriet dieser „entscheidende Schritt" der „größten Bewegung im Nationalen Lager" zu einem Flopp. Es ist eben doch ein Unterschied, als krimineller Haufen öffentlich zu randalieren, Türken zu überfallen, antisemitische und rassistische Propaganda zu betreiben und ähnliches mehr, oder als Partei in Wahlen zu bestehen.

Es ist allerdings die Frage, ob dieser Maßstab des Wahlerfolgs die richtige Elle ist, an der die ANS hier und heute zu messen ist; es könnte ja auch so sein, daß der offenkundige Mißerfolg bei den Wahlen uns das Kind mit dem Bade ausschütten läßt, sprich: vorschnell die ANS/AAR als bedeutungslosen, von uns überschätzten Haufen abzuqualifizeren. Denn mal ernsthaft: War denn zu erwarten, daß die paar Hansel von der AAR/ANS das im ersten Anlauf so quasi im Vorübergehen schaffen könnten, was seit über zehn Jahren der gesamten Rechten der BRD nicht mehr gelungen ist: ein „akzeptables" Wahlergebnis zu erzielen? Der Unsinn einer solchen Erwartung wird auch daran deutlich, daß es der AAR/ANS in diesem Jahr nie gelungen ist, auf einer ihrer Veranstaltungen mehr als höchstens 100 Personen zu mobilisieren. Woher sollte daher ein M a s s e n zulauf plötzlich kommen?

Schon die Zulassung der ANS/AAR zu den Wahlen ist ein Skandal

Schon die Zulassung der ANS/AAR zu den Wahlen ist ein Skandal

Sicher ist das Abschneiden der AAR/ANS alles andere als erfreulich für die Nazis; dies umso mehr, als die AAR ohne jede Konkurrenz im Nazi-Lager antrat. Die NPD hatte auf eine Kandidatur generell verzichtet, angeblich, um ihre Kräfte für die Europawahl im nächsten Jahr zu schonen, unddie AAR/ANS hatte zudem versucht, durch relativ massives Verteilen von ausländerfeindlichem Material der NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp" diese Lücke zu nutzen.

Der Skandal, der durch das blamable Ergebnis nur überdeckt, nicht aber beseitigt wird, besteht aber in der Zulassung der AAR/ANS zu den hessischen Landtagswahlen überhaupt. Nur die Grünen (und vereinzelte SPDler) stimmten in den zuständigen Wahlausschüssen g e g e n die AAR, deren Parteistatus wurde generell nicht angezweifelt.

Erst ganz spät im Wahlkampf kamen erste Stimmen aus dem DGB, der VVN oder den Liberalen Demokraten auf, die ein Verbot dieser Bande forderten. Immerhin hätte es Gründe für die Nichzulassung genug gegeben. So forderte die AAR in ihrem Wahlprogramm neben der „Ausländerrückführung" u.a.:
- Die Aufhebung des NS-Verbots;
- Ein vereinigtes, sozialistisches Großdeutschland.

Völlig offen pries die ANS ihre eigene Deckorganisation AAR als eine Partei, die voll auf dem Boden des NSDAP-Programms von 1920 stehe und völlig offen wurde Gewalt gepredigt: „Ausländer raus, bevor der Volkszorn erwacht"; „bedingungsloser Kampf den Verführungen der linksorientierten Phantasten, als auch dem materialistischen Massenwahn".

Der Frankfurter Direktkandidat der AAR, und ihr hessischer Vorsitzender, der ex-WSGler und Libanon-Terrorist Arndt Heinz Marx, erklärte Anfang August in einem Panorama-Interview, man trainiere nach Vorbild der Freikorps im Taunus und ihre Übungen und Ausbildung solle einmal gegen „Chaoten" gerichtet werden.

Doch weder die Propaganda der AAR noch die Aussagen und Taten ihrer Mitglieder führten zu irgendwelchen Konsequenzen bei der Wahlzulassung. Nicht die gerichtliche Erkenntnis, daß die Erträge eines Bankraubs in die Kassen der ANS geflossen seien, noch die Fälschung der notwendigen Wahlunterschriften hatten für diesen Haufen einschneidende Folgen. Lediglich in einem Frankfurter Bezirk reichten nach Abzug der gefälschten Unterschriften die als gültig erkannten nicht mehr zur Zulassung aus...

Diese Art und Weise, wie einer Horde von nazistischen Schlägern der Weg zur Wahl geebnet wurde, spricht sicher nicht für die Bedeutung der Bande, wohl aber für die politische Moral in diesem Land, in dem zwar öffentlich über ein Verbot der Grünen räsoniert
Horde von nazistischen Schlägern der Weg zur Wahl geebnet wurde, spricht sicher nicht für die Bedeutung der Bande, wohl aber für die politische Moral in diesem Land, in dem zwar öffentlich über ein Verbot der Grünen räsoniert
wird (Strauß), in dem aber offenbar jeder Nazi tun und lassen kann, was er will.

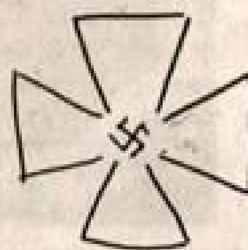
Wahlkampf nach Nazi-Art

Immer wieder betonte die AAR während des Wahlkampfes ihre „Gewaltfreiheit". Die Taten allerdings sehen anders aus. Auch wenn nicht in jedem der im Folgenden angeführten Fälle die Urheberschaft der AAR/ANS bewiesen ist, so sollte niemand sich mit der staatlich verordneten These der vielen „Einzeltäter" zufriedengeben:
- Schon im Frühjahr heißt es in dem vom ANSler Peter Müller verantworteten „Ersten Frankfurter Randaleblatt", welches unter Skins und Eintracht-Fans verbreitet wird, mit dem einen (im Herbst 82 in Hamburg) erschlagenen Werder-Bremen-Fan sei es nicht genug.
- Im Juni verwüstete ein Anschlag auf das alternative Wiesbadener „Regionalblatt" die Redaktionsräume.
- In einem Drohbrief an das „Türkische Volkshaus"-Frankfurt vom 29.7.83 heißt es unter anderem: „Türken und Asylanten zu verjagen ist Verpflichtung aller 'guten' Deutschen" und: „Ab dem 1.1.84 geht es los!".
- In Fulda konnte die ANS bei einer großen CDU-Veranstaltung ungehindert vor der Tür einen Stand aufstellen.
- In Frankfurt besuchten sieben ANS/NA-Mitglieder eine FDP-Veranstaltung mit Bundesjustizminister Engelhard. Ein Nazi wird wegen eines Messers von Polizisten aus dem Saal geführt; wenig später kann er ungehindert eine Rede für die Wiederzulassung der NSDAP schwingen; zum Ende der Veranstaltung bedauert der Minister, daß Jugendliche solcher Meinung sein könnten...
- Michael Kühnen und P. Müller führen am 18.8. nachts zwei jugendliche Plakatkleber zur Polizeiwache ab. Die Polizei weist derartige „Hilfsdienste" zurück; ob aber eine Klage wegen Freiheitsberaubung Erfolg haben wird, ist fraglich.
- In der Nacht vom 23. auf den 24.8. geht ein türkisches Geschäft in Frankfurt-Bornheim in Flammen auf. Acht Menschen mußten unter dramatischen Umständen geborgen werden; Sachschaden: Eine dreiviertel Million.
- Gegen weitere ausländische Läden gehen Drohungen in Form von Anrufen und Schmierereien ein.
- Schüler und Lehrer verschiedener Schulen werden per Telefon, Schmierereien und auch tätlich bedroht. (Hintergrund dieser Umtriebe scheint die Relegation eines ANS-Mitglieds von der Frankfurter Holbein-Schule zu sein sowie antifaschistische Aufklärungsarbeit an Frankfurter Schulen).
droht. (Hintergrund dieser Umtriebe scheint die Relegation eines ANS-Mitglieds von der Frankfurter Holbein-Schule zu sein sowie antifaschistische Aufklärungsarbeit an Frankfurter Schulen).
- Das Bergerstraßenfest der Grünen am 14.8. wird von einigen rechten Skins attackiert.
- Am 26.8. tritt in der öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses in Frankfurt Peter Müller als Vertreter der AAR uniformähnlich gekleidet und mit einer einzelnen Sieg-Rune ungehindert auf. Mit von der Partie sind die Alt-Nazis Otto Rieß (bekannt durch den Hitlergruß bei der Beerdigung Rudels), Henry Beier (Chef der „Hilfsorganisation Nationaler Gefangener"), Günter Mori, sowie A-H. Marx, Klaus Müller und zwei andere Jungbraune. Hier stimmt nur der Vertreter der Grünen gegen die AAR-Zulassung. Die SPD enthält sich. (In Hanau votiert auch die SPD gegen die AAR).
- Am 1.9. gehen einige Nazis in Marburg während einer DGB-Kundgebung mit Fäusten auf Teilnehmer los, werden aber unsanft des Saales verwiesen.
- Bei gleichem Anlaß, aber in Frankfurt und am Rand des Geschehens, kündigt P. Müller fortschrittlichen Schülern KZ und Erschießung an.
- Zu später Stunde am 3.9. versuchen mindestens fünf, zum Teil uniformierte Nazis das Marburger DKP-Büro zu überfallen, scheitern aber schon am Schloß und flüchten in einem gelb-schwarzen PKW.
- Bei einer Schlägerei am selben Tag zwischen „Borussen" und „Eintracht"-Fans stellt die Polizei NS-Material sicher.
- Am 4.9. dringen acht Mitglieder der ANS/NA unter Führung des Frankfurter „Spitzenkandidaten" Arndt-Heinz Marx in die Wohnung eines 21jährigen Mitglieds ein, schlugen ihn zusammen, fesselten und verhörten ihn, weil er angeblich vorhatte, die Organisation zu verraten. Per Auto setzten sie ihn im Wald bei Hanau aus — mit der Drohung, ihn umzubringen, falls er zur Polizei gehe. Genau dies tat er aber, worauf das Femekommando am 9.9. verhaftet wurde. Je drei wurden noch am selben bzw. nächsten Tag freigelassen, „Führer" Marx und ein Kumpan sind z.Zt. noch in U-Haft.
Bei Hausdurchsuchungen beim Femekommando sollen — so die SPD-Wahlkampfzeitung — Materialien sichergestellt worden sein, die noch weitere derartige Fälle betreffen.
- Die zentrale Wahlkampf-Veranstaltung der AAR findet am 17.9. in der Hanauer Kneipe „Zum Gassebub" statt. Ca. 60 Nazis aus der ganzen BRD waren angereist, darunter zumindest einer, der ansonsten nur von DVU Veranstaltungen her bekannt war.
Und noch ein anderer hat spätestens an diesem Tag zur ANS gefunden: Roland Tabbert, 1971 Chef der „Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung" und später Mitglied diverser Nazi-Gruppen, bis er sich nach seiner Rückkehr aus Westberlin vor vier Jahren mit seinem Restverein Erwin Schönborn anschloß.
- Am 22.9. scheiterte ein Versuch der ANS unter Führung von Michael Kühnen, eine Veranstaltung der „Liberalen Demokraten" zu stören. Da sie bei einer drohenden Schlägerei den kürzeren gezogen hätten, ergriffen sie die Flucht und stellten sich unter Polizeischutz, nicht ohne zuvor einige Scheiben und ein Auto demoliert zu haben.
ren. Da sie bei einer drohenden Schlägerei den kürzeren gezogen hätten, ergriffen sie die Flucht und stellten sich unter Polizeischutz, nicht ohne zuvor einige Scheiben und ein Auto demoliert zu haben.
- In der Nacht zum Wahltag, 25.9., brannte das Haus eines Türken im Hintertaunus.
- Fast zur selben Zeit brannte ein italienisches Geschäft in Bad Homburg/Taunus aus.
In beiden Fällen wird Brandstiftung angenommen.



Wenige Tage vor der Hessenwahl: Die ANS mobilisiert den Volkszorn Foto: KB Frankfurt

ADLER-FRONT



Schmiererei der ANS-nahen „Adler-Front" in Frankfurt Foto: KB Frankfurt

Rekrutierungsfelder

Die ANS/NA im Frankfurter Raum hat im Verlauf dieses Jahres nicht nur wesentliche Teile der alten WSG-Mitglieder wieder „aufsammeln" können, sondern ihren Einflußbereich in weitere „Szenen" erweitern können: So gibt es enge Kontakte zur Nazi-Rockertruppe „Stander Greif" im Taunus, wo auch mal Wehrsportübungen abgehalten werden. Mit von der Partie sind dabei auch Mitglieder des schon erwähnten Fan-Clubs „Adler-Front" und der nicht minder nazistischen Clique „United", bei der „ideologische Schulungen" zur „Auschwitzlüge" zur geistigen Aufrüstung gehören.

Wochenlang machte auch die Frankfurter Holbein-Schule von sich reden. Dort war ein 16jähriges ANS-Mitglied vor den Sommerferien von der Schule geflogen; bei den Schulsprecherwahlen nach den Ferien wurde dann ein ANS-Sympathisant 2. Schulsprecher...

Auch Skins mischen immer mit, wenn die ANS Randale macht, so u.a. beim ANS-Aufmarschin Bad Hersfeld. Jeden Samstag trifft sich die ANS auf der Zeil/Hauptwache und nach wie vor hat sie im kirchlichen Jugendclub (!) in Frankfurt-Nied ein ungestörtes Unterkommen.

Interner Zwist oder Zersetzungserscheinungen?

Anfang Oktober wurde bekannt, daß der bisherige ANS/NA-Führer Arndt-Heinz Marx aus der ANS ausgeschlossen wurde. Der Hintergrund dieses Ausschlusses ist dabei nicht ganz klar. Mögliche Erklärung könnte aber sein, daß Marx durch seine diversen gerichtlich bekannten Überfälle der ANS insgesamt „zu heiß" geworden ist und sie sich deshalb formal von ihm trennte. Immerhin ist Marx am 1.8. zu 1750,-DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er am 15.1.83, der Gründungsveranstaltung der ANS/NA eine Journalistin zusammengeschlagen hatte. Dazu kommt, daß Marx von einem Zeugen im München Prozeß gegen VSBD-Chef Busse und Co. belastet worden war, an den Planungen für Anschläge etc. des Kommandos „Omega" beteiligt gewesen zu sein.
te. Dazu kommt, daß Marx von einem Zeugen im München Prozeß gegen VSBD-Chef Busse und Co. belastet worden war, an den Planungen für Anschläge etc. des Kommandos „Omega" beteiligt gewesen zu sein.
Der Zeuge, der diese Beschuldigung inzwischen allerdings wieder zurückgenommen hat, ist dabei kein anderer als der Kumpan von Marx aus alten Hoffmann/Libanon-Tagen, Stephan Dupper, selbst immerhin ANS/NA-Chef in Karlsruhe. Es scheint, als ob die Abgrenzung der Kühnen-Truppe vom „Terrorismus" anderer Nazi-Banden (Kexel, Hepp und Busse) immer löchriger wird. Marx selbst sitzt zur Zeit noch in Untersuchungshaft wegen seiner Femeaktion vom September.

Der im September zusammengeschlagene ANSler ist angeblich nicht der einzige, der nach Ansicht der ANS Informationen an die Polizei gegeben hat: Schon im März 83 wurde ein Rodgauer Mitglied unter demselben Vorwurf ausgeschlossen.

Brisant wird für die ANS auch noch ein weiterer Prozeß gegen den „Kameraden" Wolfgang Koch (52). Er soll einen 19jährigen Jugendlichen, der von der Jungen Union/Rheinland-Pfalz über NS-Müller in Mainz zur ANS gestoßen war, zu einem Bankraub am 21.2.83 in Bad Vilbel angestiftet haben. Der Jugendliche will von Koch auch einen Fluchtort in der Schweiz versprochen bekommen haben. Während der Jugendliche im August zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde, steht der Prozeß gegen den immer noch in U-Haft befindlichen Koch noch aus. Die Beute, immerhin 40.000,- DM, die der Jugendliche Koch übergeben haben will, ist unauffindbar und mensch darf über die wundersamen Wege, die dieses Geld wohl genommen hat, uneingeschränkt spekulieren.

Antifa-Kommission Frankfurt und Hamburg

Kontaktadressen

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Frankfurt
Postlagerkarte
032 776 B
6000 Frankfurt 1

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Der DGB und die ausländischen Arbeiter



Streik der Ford-Arbeiter August 1973

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit den Positionen des DGB zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik und soll anhand verschiedener Beispiele die recht widersprüchliche Haltung der DGB-Spitze hierzu verdeutlichen. Die zum Teil sehr unterschiedlichen Positionen der DGB-Einzelgewerkschaften zur Frage der Arbeitsimmigration bleiben im Rahmen dieses Artikels unberücksichtigt. Der DGB als möglicher Bündnispartner im Kampf gegen die Verschärfung der Ausländerpolitik muß kritisch beleuchtet werden. Seine wenigen medienwirksamen Vorstöße gegen Ausländerfeindlichkeit können nicht darüber hinwegtäuschen, daß er bislang immer bestrebt war, die staatliche Ausländerpolitik zu unterstützen.

Der DGB erhebt auf der einen Seite den Anspruch, Interessenvertreter aller Arbeitnehmer zu sein: „*Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften vertreten die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer. Dies gilt im gleichen Umfange für die ausländischen Arbeitnehmer.*" (1)

Auf der anderen Seite ist er als „Sozialpartner" Teil des kapitalistischen Wirtschaftssystems: „.... *das dieser Staat unser Staat ist, und wir ein Teil dieses Staates sind. Wir können nicht zulassen, daß dieser Staat durch unvernünftige Forderungen kaputtgemacht werden darf.*" (2).

Und daß „dieser Staat" ein nationaler, in diesem Fall ein deutscher Staat ist, der nicht „*kaputtgemacht werden darf*", hat demzufolge erhebliche Auswirkungen auf die Behandlung ausländischer Arbeiter, auch seitens der Gewerkschaften.

Erklärungen des DGB wie die gewerkschaftliche Interessenvertretung gelte in gleichem Umfang auch für ausländische Arbeiter (1) und er setze sich für die Beseitigung ihrer besoderen Benachteiligung mit dem Ziel der Gleichberechtigung ein (3), stehen Positionen desselben DGB gegenüber, die eindeutig den Vorrang der Vertretung der Interessen deutscher Arbeitnehmer betonen und damit die Interessen ausländischer Beschäftigter vernachlässigen. Damit wird eine Segmentierung des Arbeitsmarktes, d.h. eine Spaltung in inländische und ausländische Arbeitskräfte auch durch die Gewerkschaften vertieft. Besonders deutlich wird diese Haltung des DGB, wenn er immer wieder ausdrücklich die Notwendigkeit des § 19 AFG (Arbeitsförderungsgesetz) betont (4). „Im § 19 AFG", so die Argumentation des DGB, „*wird der notwendige Grundsatz geregelt, daß Ausländer, die in der Bundesrepublik arbeiten möchten, eine ‚Erlaubnis' benötigen und deutsche und ihnen gleichgestellte Arbeitnehmer Vorrang haben. Jede Lockerung dieser Vorschrift wird*

beiten möchten, eine ‚Erlaubnis' benötigen und deutsche und ihnen gleichgestellte Arbeitnehmer Vorrang haben. Jede Lockerung dieser Vorschrift wird

zu einem Überangebot von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt führen und damit den Interessen der Arbeitgeber dienen, die Positionen der Gewerkschaften schwächen und unzweifelhaft zu einem Konkurrenzkampf aller Arbeitnehmer führen." (5).

Diese Position des Vorrangs deutscher Beschäftigter auf dem Arbeitsmarkt erfährt eine Zuspitzung besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisenentwicklung. Immer wieder zitiert wird Heinz Richter, der das im Oktober 1975 so zum Ausdruck brachte: „*Diejenigen, die glauben, daß die deutschen Gewerkschaften oder die Bundesrepublik Deutschland eine Politik machen würden, die es zuließe, daß es Millionen deutsche Arbeitslose gibt, während Ausländer in Arbeit sind irren, das kann man von uns auch wohl nicht erwarten, das wäre Illusion.*" (6)

Entschließungen des DGB-Bundeskongresses von 1978, die eine „*solidarische Verbundenheit*" mit den in der BRD lebenden ausländischen Lohnabhängigen, die „*zu Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession ... einem zunehmenden Druck ausgesetzt sind*" (7), bekunden, machen gegenüber der oben zitierten Aussage Heinz Richters keinen besonders vertrauenserweckenden Eindruck.

Hintergrund für diese sehr widersprüchliche Stellung des DGB zu den ausländischen Kollegen ist seine opportune, meist defensive Politik gegenüber Staat und Kapital. Vor allem in wirtschaftlichen Krisenzeiten reicht die Kraft gewerkschaftlicher Organisationen kaum aus, um unmittelbare Arbeiterinteressen zu verteidigen.

Schon zur Zeit der ersten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte (Mitte der 50er Jahre) geriet der DGB in die Defensive. Die zuerst geäußerte Ablehnung der Anwerbung italienischer „Gastarbeiter", insbesondere durch einige Einzelgewerkschaften (8), mußte aufgegeben werden, als das Anwerbeabkommen mit Italien 1955 zustande kam (9). In den Beschlüssen des DGB von 1971 (1) liest sich das dann so: „*Um vorhandene Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden, haben der DGB und die in ihm vereinigten Gewerkschaften 1955 die grundsätzliche Zustimmung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern gegeben. Darin sahen wir einen notwendigen Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung in einer expandierenden Wirtschaft und zugleich einen praktischen Schritt sozialer und gewerkschaftlicher Solidarität*".

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 5,1% im Jahre 1955 eine zynische Argumentation und nachgereichte Rechtfertigung, aber auch symptoma-

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 5,1% im Jahre 1955 eine zynische Argumentation und nachgereichte Rechtfertigung, aber auch symptoma-

tisch für die Rolle der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft.

Die beiden wesentlichen Forderungen, die der DGB durchsetzte waren zum einen das Anwerbemonopol der Bundesanstalt für Arbeit, um eine staatliche Kontrolle zu gewährleisten, und zum anderen die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung von ausländischen und deutschen Arbeitnehmern, um die Disziplinierungs- und Lohndrückerfunktion der ausländischen Arbeiter abzuschwächen (10). Die Verankerung dieser beiden Bedingungen wird von Gewerkschaftsseite immer wieder als großer Erfolg dargestellt, der sich allerdings bei der Betrachtung der Unternehmerseite relativiert:

Die Forderung nach Anwerbung ausländischer Arbeiter, oder anders gesagt nach Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes wurde Anfang der 50er Jahre von den Kapitalistenverbänden aufgrund des sogenannten „*Vollbeschäftigungsdilemmas*" erhoben. D.h., daß aufgrund der zunehmenden Arbeitskräfteverknappung Lohnerhöhungen die Folge waren, bewirkt durch die Konkurrenz der Kapitalisten um die Arbeitskräfte. Damit verbesserte sich auch die Machtposition der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt. Die Lösung dieses „Dilemmas" für das Kapital wurde in der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots auf dem Arbeitsmarkt gesucht. Eine Möglichkeit wäre die Erhöhung der Inländerbeschäftigung gewesen, z.B. durch die Mobilisierung der Frauen. Das hätte aber erhebliche Lohnkosten und Kosten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich gebracht. Eine Form der kostenlosen Ausweitung des Arbeitskräfteangebots war so gesehen die Anwerbung ausländischer Arbeiter zu gegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Damit relativieren sich die Lorbeeren, mit denen sich der DGB gerne schmückt: Die Forderung der Kapitalisten nach Ausländerzulassung zielte zwar auf die Dämpfung des Lohnanstieges (d.h. Beibehaltung des status quo), nicht jedoch auf eine direkte Absenkung der Löhne (vgl. Dohse, 1981, S. 158).

Das Anwerbemonopol der BfA lag ebenfalls im direkten Interesse der Unternehmer, da sich durch eine staatlich kontrollierte Anwerbung vergleichsweise höhere Kosten (11) vermeiden ließen.

Der DGB trägt die staatliche Ausländerpolitik mit

War der DGB schon in der Zeit der ersten Anwerbung nicht in der Lage, sei-

mit

War der DGB schon in der Zeit der ersten Anwerbung nicht in der Lage, sei-

ne Ablehnung der Ausländeranwerbung bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit im Inland politisch konsequent zu vertreten (9), gab es bei den Anwerbeabkommen anfang der 60er Jahre keine kritischen Kommentare der Gewerkschaften (vgl. Dohse, 1981, S. 177). Die gewerkschaftlichen Positionen waren eher Rückzugspositionen. Da die Ausländerzulassung nicht zu verhindern war, sollte sie zumindest äußerst restriktiv gehandhabt werden.

Auch heute noch trägt der DGB die staatliche Ausländerpolitik mit (12), eine Politik, die mit zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik immer weitergehende Einschränkungen für ausländische Arbeiter und ihre Familien mit sich bringt, eine Politik, von der man nicht behaupten kann, daß sie den „*gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen*" der Ausländer entspricht.

Der DGB trägt die staatliche Ausländerpolitik nicht nur durch die Mitgliedschaft im Koordinierungskreis des Bundesarbeitsministeriums (13), durch den Expertenkreis zwischen BDA und DGB (14), und durch die Mitwirkung an den Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission von 1977 (15), sondern auch durch inhaltlich politische Positionen mit, von denen einige wesentliche hier kurz dargestellt werden sollen.

Eine entscheidende kontroverse Diskussion im Zusammenhang mit der Ausländerproblematik wird um die Frage geführt, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei. Dazu die Position des DGB: „*Die Bundesregierung und auch wir vertreten den Standpunkt, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist*". (16 / Karl Schwab 1979) In den Vorschlägen der Bund-Länder Kommission von 1977 (15), an denen der DGB mitarbeitete, und die bis vor kurzem das grundlegende Dokument deutscher Ausländerpolitik waren, wird die Bundesrepublik definiert als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren. Daraus wird der Schluß gezogen, daß die Rückkehrbereitschaft und -fähigkeit gefördert werden solle (17).

Eine Definition der Bundesrepublik als Einwanderungsland, oder der Ausländer als Einwanderer, würde ihre volle soziale und politische Gleichberechtigung notwendig implizieren. Dazu jedoch der DGB: „*Das will der DGB auch nicht ... Wir sind für schrittweise Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status, denn wer alles will, kriegt am Ende gar nichts. Allerdings wird*

auch nicht ... Wir sind für schrittweise Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status, denn wer alles will, kriegt am Ende gar nichts. Allerdings wird

auch dann, wenn die Verfestigung erreicht ist, am Ende nicht etwa die politische Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer stehen. Die völlige politische Gleichberechtigung will der DGB bisher nicht." (18)

Dieser Standpunkt verdeutlicht sich auch darin, daß der Gesamtkomplex politischer Rechte der in der BRD lebenden Ausländer aus der Forderungsstruktur des DGB ausgeklammert bleibt.

Noch 1973 hatte der DGB in seinen Forderungen zur Reform des Ausländerrechts verlangt, die Generalklausel des §6, Abs. 2 des Ausländergesetzes (AuslG) ersatzlos zu streichen. Dieser Klausel zufolge kann die politische Betätigung von Ausländern eingeschränkt oder untersagt werden, wenn „*sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland*" es erfordern. 1978 stellte der DGB in seinem Positionspapier (5) lediglich fest, daß das Recht auf politische Betätigung „*durch das Grundgesetz und aufgrund einzelner Gesetze gewährleistet*" sei.

Das aktive und passive Wahlrecht zu den politischen Vertretungen (zunächst Kommunen) könne Ausländern nicht gewährt werden (5). Zur Begründung dieser Auffassung, die hinter einschlägigen Positionsbestimmungen selbst der CDA, der FDP und der EKD zurückbleibt, führt der DGB verfassungsrechtliche Bedenken an (19). Diese Bedenken werden in der Staatsrechtslehre allerdings längst in Frage gestellt:

Die Abteilung Ausländerrecht des 53. Juristentages 1980 verabschiedete eine Empfehlung an die Gesetzgeber des Bundes und der Länder, der ausländischen Wohnbevölkerung das kommunale Wahlrecht einzuräumen (20).

Abgesehen von seinen verfassungsrechtlichen Bedenken macht der DGB das politische Argument geltend, es könne zu zusätzlichen Konfrontationen zwischen Ausländern und Deutschen kommen, falls den Ausländern das Wahlrecht zugesprochen würde. Läßt sich daraus nicht schließen, daß der DGB Angst hat, daß die Ausländer ihre Interessen selbst in die Hand nehmen?

Bezüglich des 1973 erlassenen Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer sei hier nur auf die Äußerung von Karl Schwab (15) verwiesen: „*Vielleicht ist es nicht uninteressant, in Erinnerung zu rufen, daß die Verkündung des Anwerbestopps durch die Bundesregierung das Ergebnis einer Forderung des DGB war, die sich aus der sich abzeichnenden arbeitsmarktpolitischen Lage und Entwicklung für uns als notwendig erwies und von deren Notwendigkeit wir auch die Arbeitgeber bei einem Spitzengespräch überzeugen konnten.*" (21) Kommentar überflüssig.

Sieht die EKD im Familiennachzug ausländischer Arbeitnehmer ein Grundrecht, was dementsprechend nicht eingeschränkt werden dürfe (22), so hält der DGB an der Voraussetzung des „*angemessenen Wohnraums*" fest und befürwortete in den Bund-Länder-Kommissions-Empfehlungen von 1977 (übrigens in trauter Eintracht mit dem BDA), daß Jugendliche im erwerbsfähigen Alter (16 — 17) grundsätzlich nicht einreisen sollten (23).

Der DGB befürwortete ebenfalls die seit 1977 geltende arbeitserlaubnisrechtliche Wartezeitregelung, die vorsieht, daß Jugendliche 2 und Ehepartner 4 Jahre warten müssen, bis sie eine Arbeitserlaubnis erhalten können. Auch den Bonner Kabinettsbeschlüssen von 1981, mit den restriktiven Nachzugsbeschränkungen (vgl AK 217) stimmte der DGB ausdrücklich zu!

Der DGB, als Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) einer internationalen Tradition verpflichtet, erkennt einige wesentliche Forderungen des EGB **nicht** an. Zum Beispiel:

— volle rechtliche Gleichstellung aller ausländischen mit den inländischen Arbeitern;
— Zuerkennung politischer Beteiligungsrechte an ausländische Arbeiter;
— Erweiterung des Familienbegriffs auf Väter und Mütter der ausländischen Arbeiter;
— volle arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung nachziehender Familienangehöriger;
— Freistellung zum Sprachunterricht bei Lohnfortzahlung.

Der Forderung nach einer wenigstens einmaligen Legalisierung illegal eingewanderter Wanderarbeiter, die auf der „*3. Konferenz von Gewerkschaften aus Europa und dem Mahgreb zu Fragen der Migration*" 1976 in Stuttgart, erhoben wurde, wiedersetzt sich der DGB! Hier werden innenpolitische Opportunitätsgedanken vor politische Forderungen gestellt.

DGB! Hier werden innenpolitische Opportunitätsgedanken vor politische Forderungen gestellt.

Selektive Interessenvertretung

Aus der vorangegangenen, sicherlich nur kurzen Darstellung der widersprüchlichen, z.T. verlogenen Position des DGB auf eher allgemeinpolitischer Ebene, ergeben sich Konsequenzen für die betriebliche Interessenvertretung und das Verhältnis von Gewerkschaften und Ausländern.

Als bezeichnend für das Verhältnis von Gewerkschaften und Ausländern mag hier das Beispiel stehen, daß sich 40% der ausländischen Arbeiter nicht ausreichend durch den Betriebsrat vertreten sehen. Als Begründung geben 1/3 an, daß die Betriebsräte die Arbeitgeberinteressen vertreten würden, 1/4 meint, daß die Betriebsräte die Probleme der Ausländer nicht kennen würden (24). 1980 vertraten 20% der ausländischen Arbeiter die Position, daß die deutschen Gewerkschaften nur im Interesse der Deutschen arbeiten würden (25).

Wen wundert diese Einstellung der ausländischen Kollegen, wenn man bedenkt,

— daß Ausländer trotz eines relativ hohen Organisationsgrades (30,6%, 1980) in gewerkschaftlichen Gremien völlig unterrepräsentiert sind (26);
— daß Betriebsräte Kündigungen von Ausländern in deutlich höherem Maße zustimmen als bei Deutschen (27).

Die Position des Vorrangs deutscher Arbeiter vor ausländischen, deutlich geworden durch die Ausführungen des DGB zum § 19 AFG (s.o.), findet sich in der Situation des Personalabbaus auch in der betrieblichen Interessenver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tretung wieder. Die Äußerung von Heinz Richter (6) verdeutlicht eine Haltung, die sicherlich viele Betriebsräte und deutsche Kollegen teilen

Die wichtigste Folge einer solchen Haltung ist wohl, daß sich unter den deutschen Kollegen die Einschätzung verbreitet, daß Beschäftigungsrisiken auf einzelne Bevölkerungsgruppen abgewälzt werden können. Antatt gemeinsam mit den ausländischen Kollegen gegen Sozialabbau einzutreten, verhält sich ein Teil der deutschen Belegschaften, wie es die Kapitalisten erhoffen. Das Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit wird unter den Arbeitern ausgetragen. Die Möglichkeit der Verschiebung von Entlassungsrisiken etwa auf Ausländer hat schon derzeit den Druck zur Entwicklung anderer Anpassungsformen, etwa durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung, entschärft.

Dadurch, daß die Gewerkschaften dem nicht entsprechend entgegentreten, leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur weiteren Verbreitung der Meinung, daß Ausländer an der Misere/Krise Schuld seien.

Aus solchen Einschätzungen, daß nämlich das Arbeitslosenproblem in der Bundesrepublik gelöst werden könne, wenn Ausländer verdrängt werden, zieht die wachsende Ausländerfeindlichkeit derzeit einen Großteil ihrer Kraft.

Der Verzicht auf solidarische gewerkschaftliche Perspektiven der Krisenbewältigung leistet damit der Ausländerfeindlichkeit Vorschub.

AG-Ausländer

DGB und „Illegale"

In der Anfang dieses Jahres von der Abteilung Arbeitsrecht und Sozialpolitik des DGB Landesbezirks Nordmark veröffentlichten „*Studie zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung*" geht es den Verfassern vor allem um die Schließung sogenannter „*Gesetzeslücken*", um den „*Zustrom illegaler Ausländer zu stoppen.*" Es soll, so der DGB-Vorschlag, eine Pflicht zur Aufenthaltsanzeige eingeführt werden, deren Nichteinhaltung „*strafbewehrt*" werden soll. Die vorgeschlagenen Rechtsänderungen sollen u.a. die Verfolgung ausländischer Täter sicherstellen ....

Dazu „*müßte eine ständige Arbeitsgruppe installiert werden, die aus Vertretern der Polizei, der Krankenkasse, der Steuerfahndung und der Arbeitsverwaltung zusammenzusetzen wäre.*"

Eine Grundlage für diese spitzfindigen Vorschläge zur noch schärferen Kontrolle der Ausländer ist die Schätzung der zur Zeit illegal in Hamburg beschäftigten Ausländer auf zwischen 43.000 und 70.000. Die Zahl 70.000 stammt von der Fachdirektion 624 der Kripo Hamburg, die einzige, die für die Verfolgung derartiger „*Delikte*" in der BRD eingerichet wurde (bisher). Durch die weitere Verbreitung die-

gung derartiger „*Delikte*" in der BRD eingerichet wurde (bisher). Durch die weitere Verbreitung die-

ser absolut überhöhten Zahl von 70.000 Illegalen in Hamburg (wo sollen sich 70.000 Ausländer unerkannt aufhalten? Offiziell leben in Hamburg 163.000 Ausländer!) stellt sich der DGB an die nicht gerade rühmliche Seite der HLA (Hamburger Liste Ausländerstop), die mit diesen Zahlen versucht, ihre „Ausländer — raus"-Politik in der Bevölkerung zu verankern. Die DGB-Vorschläge zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung gehen fast ausschließlich zu Lasten der Ausländer, statt wirksame Maßnahmen gegen die „*Geier*" zu fordern (vgl.: TAZ vom 29.4.83).

DGB und Dev-Sol Verbot

Das Verbot von Dev-Sol, einer linken türkischen Organisation am 9.2.83 wird u.a. damit begründet, daß diese Organisation durch ihre politische Tätigkeit „*die öffentliche Ordnung und sonstige Belange der BRD (gefährdet)*". Diese politische Betätigung ist z.B. die Publikation von Beiträgen zu allgemeinen politischen Themen in der Türkei und zur Situation der Ausländer in der BRD.

Der DGB (auch eine Organisation, in der sich Ausländer politisch betätigen) stellte sich noch am gleichen Tag hinter die Verbotsverfügung mit der Begründung, daß „*solche (extremistischen) Aktivitäten das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern belasten und gerade in einer Zeit als besonders provozierend empfunden werden, in der aufgrund der Beschäftigungsprobleme negative Entwicklungen im Verhältnis Deutscher und Ausländer sichtbar werden.*" Der DGB brauchte nur wenige Stunden, um die Argumentationslinie Zimmermanns zu übernehmen, mit dem Zusatz, daß auch die „Grauen Wölfe" verboten werden müßten. Eine Forderung, die der DGB seit Jahren aufstellt, in diesem Zusammenhang aber aktive Linke mit faschistischen Rechten in einen Topf wirft

(aus: Beilage zur „Arbeiterpolitik" 3/83 vom 28.5. 1983).

Anmerkungen

1) „Die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen Arbeitnehmer". Vom Bundesvorstand des DGB verabschiedet am 2. Nov. 1971.
2) Heinz Richter, seit 1973 Leiter der Abteilung „Ausländische Arbeitnehmer" beim DGB-Bundesvorstand; in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3-80, Heft 29, Mai 1980, S. 110.
3) Präambel zum Grundsatzprogramm des DGB von 1981.
4) Der § 19 des AFG besagt, daß die Erteilung einer allgemeinen Arbeitserlaubnis von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig gemacht wird. Sie ist zu befristen und kann auf betimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden.
   Nach Weisung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) vom 13.11. 1974 ist die Arbeitserlaubnis nur zu erteilen, wenn für den gewünschten Arbeitsplatz nachweislich keine deutschen Bewerber vorhanden sind.
5) Positionspapier des DGB zur Ausländerbeschäftigungspolitik vom 7.2.1978.
6) zit. nach: WSI-Mitteilungen 7/1982, S. 386.
7) Entschließung 359 des DGB Bundeskongresses von 1978, zit. nach: WSI-Mitteilungen 7/1982, S. 387.
8) Im Dezember 1954 lehnten sowohl die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) als auch die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden die Beschäftigung italienischer Arbeiter in der Bau- und Landwirtschaft ab. Vgl.: Dohse, K.: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Königstein 1981, S. 160.
9) Die Ablehnung der Ausländer-Anwerbung ist schon an sich eine

ländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, Königstein 1981, S. 160.
9) Die Ablehnung der Ausländer-Anwerbung ist schon an sich eine

fragwürdige Position. Es soll hier jedoch nicht näher darauf eingegangen werden, da an dieser Stelle die Debatte darüber nebensächlich ist.
10) Diese Gleichstellung bleibt eine relative, da für ausländische Lohnabhängige die Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis gekoppelt sind und es kein Recht auf Aufenthalt gibt, d.h. es fehlt die politische Gleichstellung. Mit der Beschäftigung ausländischer Arbeiter ging eine Ausweitung der unteren dreckigen Arbeitsgänge einher, für die Ausländer eingesetzt wurden, während die deutschen Arbeiter in höhere Positionen aufsteigen konnten.
11) Die Löhne der schon vor 1955 angeworbenen italienischen Landarbeiter orientierten sich an den Landarbeiterlöhnen in der Schweiz, die über den der deutschen Landwirtschaft lagen. Zusätzlich mußten die Arbeitgeber die Anreisekosten übernehmen. Vgl.: Dohse, 1981, S. 149 f.
12) Die neuesten Vorschläge der Bund-Länder-Kommission der CCD/CSU-FDP-Regierung, sowie deren Kabinettsbeschlüsse müssen hier unberücksichtigt bleiben.
13) Der Koordinierungskreis des Bundesarbeitsministeriums (seit Anfang der 70er Jahre tätig) setzt sich zusammen aus Vertretern der Ministerien, der BfA, des BDA (!) und des DGB (!), sowie Kirchen, Parteien, Kommunen u.v.a.m. Es fehlen Verbände der Ausländer und Selbsthilfegruppen. Primär soll es ein Beratungsgremium für aktuelle und Grundsatzfragen sein und Arbeitspapiere zu Sachthemen erarbeiten. Peter Kühne bezeichnet den Koordinierungskreis auch als eine „Schaltstelle zwischen gewerkschaftlicher und staatlicher Ausländerpolitik". (WSI-Mitteilungen 7/1982, S. 386).
14) Der seit 1973 bestehende Expertenkreis tagt alle zwei Monate und damit häufiger als der o.g. Koordinierungskreis und ermöglicht damit eine vorherige Abstimmung von Gewerkschafts- und Unternehmerposition.
   „Die Funktion des Expertenkreises liegt darin, Meinungen abzugeben. Die Ausländerbeschäftigung ist ein Gebiet, auf dem es keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem DGB und uns (BDA, d.V.) gibt. In Fragen der Ausländerbeschäftigung haben wir bisher immer weitgehende Übereinstimmung gehabt." (BDA-Interview, Unger, Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 1980, S. 164).
15) Entsprechend diesen Empfehlungen soll die diskriminierende Regelung des § 19 AFG beibehalten werden (s.o.).
16) Karl Schwab, Bundesvorstand des DGB, in: Referat auf einer Fachtagung am 9./10.3.79 in Gelsenkirchen.
17) Dem Memorandum des damaligen Bundesbauftragten für Ausländerfragen, Heinz Kühn, vom September 1979, das genau diese Position in Frage stellt, versagte der DGB jede Unterstützung. Kühn kommt in dem Papier zu dem Schluß, daß die Mehrzahl der Ausländer nicht mehr „Gastarbeiter", sondern Einwanderer seien.
18) Heinz Richter (vgl.: Anm. 2) in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3-80, S. 108.
19) Vgl.: Heinz Richter in: „Welt der Arbeit", (WdA) Nr. 6, vom 8.2.79.
20) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR) vom 30.9.1980.
21) Hier wird die Funktion des sog. Expertenkreises ganz deutlich (vgl. Anmerkung 14).
22) Vgl.: Unger, K.: „Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland" — Saarbrücken 1980, S. 61.
23) Vgl.: Unger 1980, S. 162.
24) Vgl.: Mehrländer, U.: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung 1980, S. 190 ff.
25) Vgl.: Mehrländer, U., a.a.O., S. 219.
26) Dazu Heinz Richter: „Ob sie unterrepräsentiert sind, ist ja die Frage. Erstens sollen die Ausländer ja nicht entsprechend ihrer Anzahl repräsentiert sein. Das können sie ja nicht von uns verlangen. Betriebsräte sind ja keine Ausländervertreter, sondern Betriebsräte für alle, also auch für die Deutschen — was natürlich auch umgekehrt zutrifft. Wir wollen keine Gruppen— oder Nationalitätenvertretung. Unbestritten ist, daß es noch zu wenig ausländische Betriebsräte gibt." in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3-80, S. 112.
27) Max-Planck-Studie zum Kündigungsschutz; Falke, F. u.a.: Kündigungspraxis und Kündigungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung Nr. 47, Bonn 1981.

Buchmesse zuende



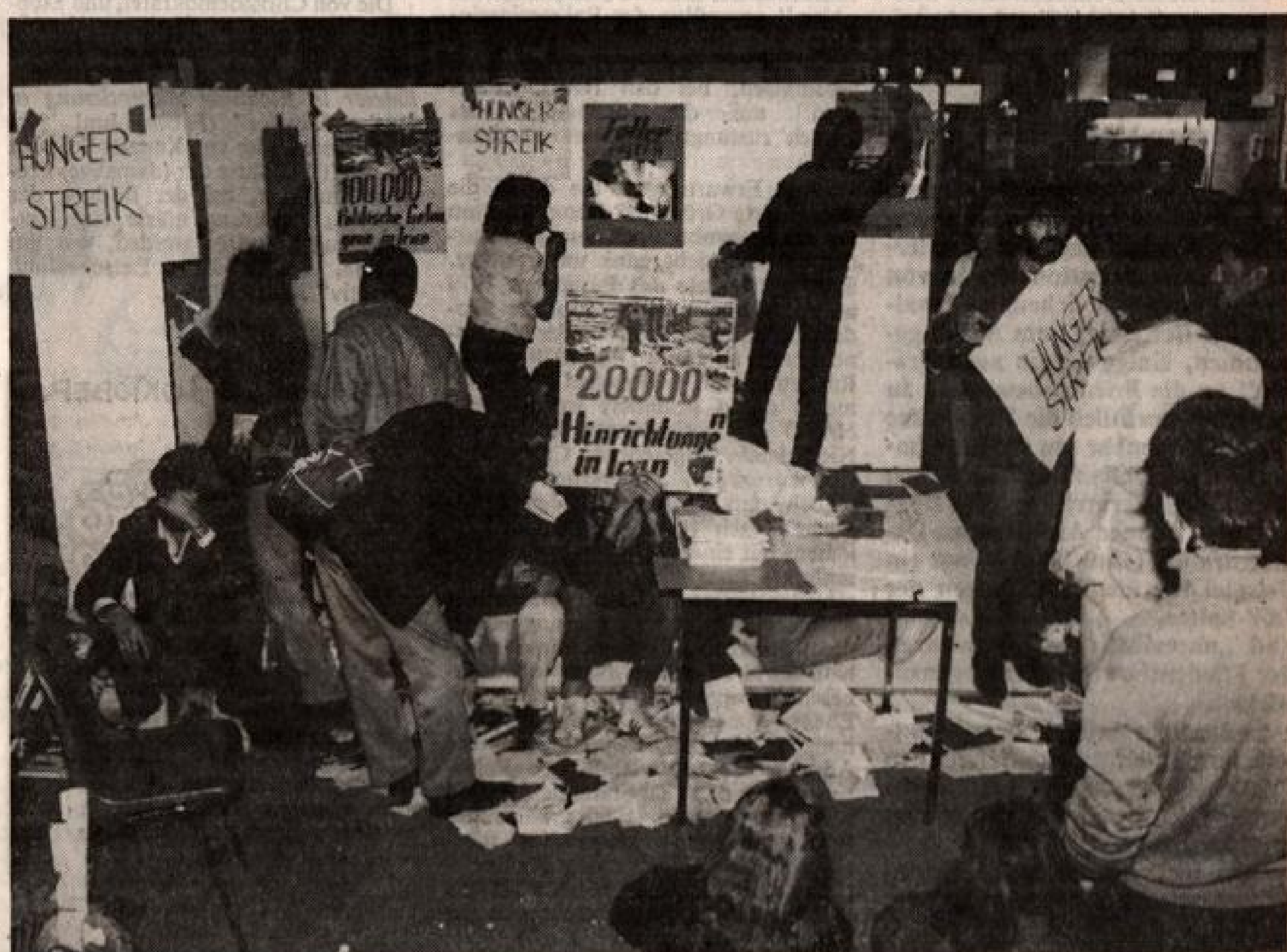
Ungestört „fachsimpeln" Neo-Nazis bei gleichgesinnten Verlagen.

Am 15.10. tauchten auf der Frankfurter Buchmesse 13 junge Leute in uniformen Kleidungen auf und besuchten den Türmer Verlag, den Schütz Verlag und andere nationalsozialistisches Gedankengut verbreitende Firmen. Schon einige Tage vorher hatte der Türmer Verlag Besuch. Und zwar von unserem Bundeskanzler Kohl der im Sauseschritt durch die Messe düste, aber am Türmer-Stand doch ein paar Minuten Zeit fand, in einem neuen Hess Buch zu blättern.

Die Neonazis störten die Schweigeminute für den Frieden und drohten Fotografen „was auf die Fresse zu hauen". Die Polizei durchsuchte alle 13 auf Waffen. Als sie keine fanden, durften die Jugendlichen weiter provozieren. Mißbrauch von nationalsozialistischen Emblemen lag auch nicht vor, da auf den Jacken jeweils nur ein S im alten „SS" Schriftzug prangte. Auch die Runen waren leicht abgeändert und ein Hackenkreuz war nur halb vollendet. Die Beamten zeigten eine erstaunliche Sachkenntnis. Noch während ich versuche, an den Namen eines Neonazis heranzukommen, der mich bedrohte „Du hörst noch von uns, du kriegst demnächst Besuch!", wurden über 20 Iraner recht brutal in die Messewache der Polizei gestoßen. Ich bekam durch Funksprüche mit, daß in Halle 5 der iranische Stand abgeräumt wurde. Kurz entschlossen ließ ich Nazis Nazis sein und schaute nach was in Halle 5 passierte. Dort ging die Polizei mit einigen Messebesuchern nicht so zimperlich um, wie vorher mit den Nazis. Mitglieder der IRANISCHEN STUDENTENORGANISATION IN BRD UND W-BERLIN, der VIA (Verband Iranischer Akademiker e.V.) und der Iranische Schriftstellerverband hatten auf dem Stand der Iranischen Botschaft Bilder von Folterungen unter dem Islamischen Regime aufgehängt und daraufhingewiesen, daß mehr als 60.000 politische Gefangene in den Kerkern sitzen und mehr als 20.000 Hinrichtungen vollzogen worden sind.

Erst als die Polizei kam und die Illustrationen abreißen wollte, kam es zu einem Gerangel, bei dem der Büchertisch auf dem Stand umfiel. Spontan setzten sich einige Iraner auf die Reste des Standes und fingen dort einen Sitzstreik an, der jedoch von der deutschen Polizei schnell in Knastzellen verlegt wurde.

Günter Zint, Fotograf



Protest iranischer Studenten und Schriftsteller gegen das Folter-Regime am Iran Stand.

IKV-Sekretär Faber:

»»Für mich regiert die Straße nicht««

Die Entwicklung der niederländischen Friedensbewegung seit 1981

In der BRD bemühen sich einige selbsternannte Führer „der" Friedensbewegung um das Gespräch mit der Polizei über die Formen staatszuträglichen Demonstrierens. In den Niederlanden konferieren Vertreter der Friedensbewegung mit der Regierungspartei und dem Ministerpräsidenten über die Ablehnung der „Nach"rüstung — was seine Vor- wie Nachteile hat. Nachteile insbesondere dann, wenn die Friedensbewegung sich im Niedergang befindet und von Illusionsmachern und Schlafmützen geführt wird, wie sie an der Spitze des Interkirchlichen Friedensrates (IKV), der derzeit noch wichtigsten Kraft der niederländischen Friedensbewegung, sitzen (1).

Anfang September gab Mient-Jan Faber, erster Sekretär des IKV, dem Friedensvolk bekannt, der christdemokratische Ministerpräsident Lubbers sei guten Willens: Insbesondere sei Lubbers daran gelegen, die Stationierung der für die Niederlande vorgesehenen 48 Cruise Missiles zu vermeiden. Keine zwei Wochen später stellte Lubbers klar: Eine erneute Verschiebung der parlamentarischen Entscheidung über die Stationierung komme gar nicht in Frage; die Bestimmung des Stationierungsortes (Woensdrecht) sei geschehen, um Spekulationen über eine erneute Verschiebung der Beschlußfassung entgegenzuwirken (von einer Ablehnung der Stationierung war erst gar nicht die Rede).

Klatsch! sagte die Ohrfeige und saß. Vom Empfänger Faber wurde sie jedoch nicht einmal registriert, hatte der nebst seinen IKV-Mitführern in den letzten zwei Jahren doch dermaßen viel gemeingefährlichen Unfug unter sich gelassen und alle paar Monate seine jeweils neueste Illusion zu Grabe tragen müssen, daß es ihm auf diesen Reinfall schon gar nicht mehr ankam.

Die niederländische Friedensbewegung hatte 1977 einen enormen Aufschwung genommen. Bei der Kampagne gegen die Neutronenbombe wurden 1,2 Millionen Unterschriften gesammelt. Das Parlament lehnte daraufhin Produktion und Stationierung dieser Waffe ab. Der IKV startete seine Kampagne „Schafft die Atomwaffen aus der Welt, beginnt in den Niederlanden!" und initiierte damit die Entstehung einer breiten Anti-Atomwaffenbewegung. Die antimilitaristische Aktionsgruppe „Onkruit" (1) unternahm eine Reihe spektakulärer Aktionen und erfolgreicher Raubzüge in Militäreinrichtungen.

Nachdem der IKV vier Jahre lang so zuversichtlich wie ergebnislos darauf orientiert hatte, „die Politik" zur Ablehnung der atomaren Aufrüstung zu bewegen, machte er den Schritt zur Massenmobilisierung und wurde Hauptinitiator der Demonstrationen gegen die „Nach"rüstung in ganz Westeuropa im Herbst 1981. Mit 400.000 Teilnehmer/inne/n fand die bis dahin größte Aktion gegen die „Nach"rüstung am 21. November 1981 in Amsterdam statt. Die „Hollanditis" oder „holländische Krankheit" griff auf die anderen Länder über.

Nach dieser Demonstration wurde es jedoch in der Friedensbewegung recht bald und merklich stiller. Die Erwartung, die niederländische Regierung werde sich nach der Massendemonstration gegen die Stationierung aussprechen, ging nicht in Erfüllung. Die Errichtung des Militärregimes in Polen wenige Wochen nach der Amsterdamer Demonstration wurde von einigen (einflußreichen) Verwaltern der Bewegung zum Anlaß genommen, einige „ganz neue Fragen" an die Friedensbewegung zu stellen. Namentlich die IKV-Spitze begann sich mehr um die Eindämmung der „Holländitis" zu sorgen als um ihre Verbreitung. Der Boykott der Bonner Anti-Reagan-Demonstration (Juni 1982) ist nur ein Beispiel für die Bemühungen der IKV-Spitze, „radikalistischen" und „unrealistischen" Tendenzen der Friedensbewegung entgegenzuwirken.

In unserem Artikel über die Entwicklung der niederländischen Friedensbewegung — und insbesondere des IKV — in den letzten zwei Jahren stellen wir dar:

- die fast ausschließlich parlamentarische Orientierung des IKV,
- die Diskussion über „Polen",
- die sich wandelnde Einschätzung der Genfer Verhandlungen,
- die Herausbildung einer rechten Front gegen die Friedensbewegung,
- die Debatte um „zivilen Ungehorsam",
- das „Aktionsprogramm 1983".

Der „21. November" und „die Politik"

Die „*außergewöhnlich intensiven*" Bemühungen des IKV, Regierung, Parlament und insbesondere die christ- und die sozialdemokratische Partei für die Forderung nach der Entfernung aller Atomwaffen zu gewinnen, waren ergebnislos geblieben. Faber (erster Sekretär des IKV) konstatierte im Juni '81, die Hoffnung, die die Friedensbewegung in die niederländische Politik gesetzt hatte, sei „hinweggefegt" worden. Ungeachtet dessen waren die Erwartungen hochgesteckt, die in die Wirkung der Demonstration am 21. November gesetzt wurden. Das Ziel der Demonstration sollte laut IKV nicht nur sein, die Regierung noch vor dem Jahreswechsel 1981/82 zum definitiven „Nein" gegenüber der Raketenstationierung in den Niederlanden zu zwingen, sondern auch, die Regierung zu veranlassen, bei den NATO-„Partnern" auf die Rücknahme des „Nach"rüstungsbeschlusses zu drängen.

Diese Erwartungen, die durch die unerwartete Größe der Demonstration am 21. November noch gesteigert wurden, waren nicht ganz unberechtigt. Schließlich hatte das Parlament 1978 aufgrund der massiven Proteste Produktion und Stationierung der Neutronenbombe abgelehnt, und 1979 war die Regierung vom Widerstand des Parlaments daran gehindert worden, der NATO die Stationierung der für die Niederlande vorgesehenen Cruise Missiles zuzusagen. „Übersehen" wurde jedoch, daß sich die christdemokratischen „Nach"rüstungsgegner im Parlament mit einer Verschiebung des Beschlusses über die Stationierung beschieden hatten, es zum (arithmetisch möglichen) Sturz der Regierung jedoch nicht kommen ließen, als diese innerhalb der NATO dem „Nach"rüstungsbeschluß insgesamt zugestimmt hatte. Ebenso „übersehen" wurden die Drohungen der BRD-Regierung an die Adresse der niederländischen Regierung, wenn diese der Stationierung sich verweigern würde. Beides hätte der Friedensbewegung klarmachen müssen, daß eine Umstimmung der Regierung diesmal schwerer fallen würde als es 1978 bei der Neutronenbombe der Fall war.

Nachdem die durch die Demonstration hochgeputschten Erwartungen nicht erfüllt wurden — die Regierung war bei ihrem Vorhaben geblieben, die Entscheidung über die Stationierung lediglich zu vertagen und hatte sich bei der NATO nicht für die Rücknahme des „Nach"rüstungsbeschlusses eingesetzt — war die Resignation auf der Seite der Friedensbewegung umso größer. Die Feststellung in der Mitgliederzeitung des IKV, nun herrsche „*Stille nach dem Sturm*", galt für „die Politik" wie für die Friedensbewegung selbst.

Anfang Mai 1982 platzte die christdemokratisch-sozial-liberale Regierungskoalition. Als Grund wurden offiziell gehandelt Differenzen in der Wirtschaftspolitik. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei (PvdA), Max van den Berg, behauptete hingegen, seine Partei sei wegen ihrer Ablehnung der Stationierung aus der Regierung geworfen worden. — Tatsächlich war die Stationierungsfrage einer der heikelsten Punkte bei den Koalitionsverhandlungen gewesen. Die PvdA hatte immer wieder erklärt, die Stationierung der Cruise Missiles in den Niederlanden würde für sie nicht in Frage kommen. Die Koalitionswilligen fanden sich dann schließlich in dem Kompromiß zusammen, die Entscheidung erneut zu vertagen (2).

Die von Christdemokraten und Liberalen gebildete Minderheitsregierung rückte dann nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten „*Millimeter für Millimeter in Richtung Akzeptierung er Cruise Missiles*" (Faber, Juni '82). Nach einer Visite von Kanzler Schmidt im Juli '82 erklärte der (damalige) Premier Van Agt, bei der Bildung der nächsten Regierung müsse eine Entscheidung getroffen werden, was ihn beträfe, könne diese Entscheidung „positiv" sein.



Obwohl die Frage der „Nach"rüstung bei den Neuwahlen im September 1982 eines der zentralen Wahlkampfthemen war, erreichten die beiden großen rechten Parteien (Christdemokraten, Rechtsliberale) die für niederländische Verhältnisse überraschend klare Mehrheit von 81 von 150 Sitzen (3). Die Zustimmung der Regierung zur Stationierung war damit wiederum nähergerückt.

Die Widerlegung der Illusionen über die Lernfähigkeit „der Politik" durch die tatsächliche Entwicklung führte in der Friedensbewegung nicht zur Überprüfung der bisherigen eigenen Politik, sondern damit notwendig zu Verwirrung, Ratlosigkeit und Lähmung. Im Juni 1982 konstatierte M.J. Faber: „*Die alten Kräfte haben die Initiative wieder...*".

Am Ende des ersten Jahres nach der bisher größten Demonstration gegen die „Nach"rüstung wird in einer Untersuchung festgestellt, daß dies das „*Jahr der Machtlosigkeit*" für die Friedensbewegung gewesen sei (4).

Polen

Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen drei Wochen nach der Demonstration am 21. November 1981 sowie Reagans anschließende erneute Propagande-Offensive gegen die Friedensbewegung verstärkten die Auswirkungen des „21. November-Katers". Im März 1982 schrieb Faber: „*Die Unterdrückung des polnischen Volkes hat den politischen Spielraum, der notwendig ist, um zu wirklichen Veränderungen in Europa zu kommen — auch auf dem Gebiet der Rüstung — drastisch eingeschränkt*" (5).

In der Chefetage des IKV wurden eine Reihe „neuer Fragen" aufgeworfen: Könne „nach Polen" noch die Auffassung vertreten werden, Abrüstung sei eine wichtige Bedingung für „*das Aufblühen von Demokratie und Menschenrechten*" (im „Ostblock")? Könne die Friedensbewegung sich weiterhin darauf beschränken, eine „Anti-Waffen-Bewegung" zu sein oder müsse sie nicht vielmehr eine „*Emanzipationsbewegung für das Auftauen des status quo in Europa*" werden? Könne „nach Polen", das von größter Bedeutung „*für ganz Europa*" sei, noch so ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß die einseitige atomare Abrüstung der Niederlande zu einer positiven Reaktion des Warschauer Pakts führen würde (6)? (Nina Hagen kommentierte seinerzeit: „Es ist alles so bunt hier — ich kann mich gar nicht entscheiden").

Aufgabe der Friedensbewegung sei es, die Bedeutung, die sie für die Sowjetunion habe, „*zugunsten der Menschen drüben jetzt ausnutzen*" (7). Die westeuropäischen Staaten, empfahl ihnen der Vorsitzende des IKV, Ter Veer, sollten selbst „*mehr in den Vordergrund treten ... als Gegenspieler der Sowjetunion, auch zugunsten der Osteuropäer*" und dabei „*europäisches know-how, Technologie und Kapital*" einsetzen, „*um positive Entwicklungen in Osteuropa zu fördern*", anstatt die US-Politik zu unterstützen, „*die direkt ... auf den Untergang des sowjetischen Imperiums und auf eine Verstärkung des eigenen Einflusses in Europa*" ziele und die Gefahr eines dritten Weltkrieges vergrößere (8).

Im August 1982 hatte Faber „*entdeckt, was die wirklichen Fragen sind, vor die wir gestellt sind und die beantwortet werden müssen: Was wollen wir eigentlich mit ‚Europa'?*" In der kurz darauf folgenden Friedenswoche war die Antwort gefunden: „*Europa den Europäern*" war ihr Motto. Die Forderung „*Niederlande raus aus der NATO*" wurde hingegen als „zu radikal" und die Bevölkerung „abschreckend" verworfen (9).

So neu, wie von interessierter Seite behauptet, waren die „nach Polen" aufgeworfenen Fragen indes nicht. Monate vor der Einführung des Kriegsrechts in Polen, im September 1981, diskutierte ein Kreis handverlesener Führer der Friedensbewegung bereits im internationalen Rahmen „*über Wege, um zu einer blockfreien Welt zu kommen und den Platz Europas darin*" sowie über das Verhältnis der oppositionellen Gruppierungen in Ost und West zueinander (10).

Genfer Verhandlungen

Die Genfer Verhandlungen und Reagans „Null-Angebot" wurden von der IKV-Führung anfangs durchaus realistisch als Unternehmungen eingeschätzt, die eine Abrüstung keinen Schritt näher bringen und die Kriegsgefahr nicht verringern würden.

In einer IKV-Publikation Anfang Mai 1982 ließ dann u.a. Faber wissen, Europa sei in Genf „*nicht mehr als ein Spielball der Supermächte*". Die USA wolle die Sowjetunion „*einseitig bezahlen lassen*", während die SU ihrerseits nicht auf ihr SS-20-Potential und ihr Backfire-Programm verzichten wolle und auf die Abkoppelung Westeuropas von den USA setze (11).

Mitte Mai 1982 kehrte Faber voller Zuversicht von einer Reise nach Bonn zurück, wo er mit Mitgliedern der SPD-Führung, u.a. mit Egon Bahr, Gespräche geführt hatte. Der „Volkskrant" teilte er mit, er sei in diesen Gesprächen zu der Überzeugung gelangt, die sozial-liberal-regierte BRD wolle — als dritter (inoffizieller) Verhandlungsteilnehmer in Genf und im Gegensatz zu den beiden „Supermächten — ein „*regionales Atomwaffengleichgewicht in Mitteleuropa*" schaffen, dabei sowohl die NATO-„Nach"rüstung verhindern als auch eine Reduzierung des SS-20-Potentials erreichen. Kurz darauf stellte Faber auf einer Veranstaltung der linkssozialistischen PSP zur Diskussion, ob die Friedensbewegung nicht „*realistischerweise*" diese (SPD-)Politik unterstützen müsse (12).

Der Kritik an seiner neuesten Erkenntnis hielt er in Interviews entgegen, die Friedensbewegung sei im allgemeinen abgeneigt, sich „*ernsthaft mit Politik zu beschäftigen*" und „*kreativ darüber nachzudenken, wie die Supermächte einen Ausweg finden könnten*" (13).

Neben der (aus seinem Wunschdenken entstandenen?) Verkennung der Absichten des „Nach"rüstung-Initiators Kanzler Schmidt orientierte Faber nun auch stärker, wo von der „Nach"rüstung die Rede ist, auf die Demontage der SS-20. Er wolle, äußerte er im Juni 1983, demnächst nach Moskau fahren und dort den Vorschlag unterbreiten, „*daß die Sowjetunion selbst mit der Durchführung des Plans beginnt, bei dem die Anzahl der SS-20-Raketen auf das Niveau der britischen und französischen Atommacht reduziert wird*" (14).

Einen Journalisten vom „Telegraaf", der niederländischen Variante der „Bild", ließ er wissen: „*Von mir wirst du nicht hören, daß alle Atomwaffen nur aus den Niederlanden raus müssen*" (15).

Zum Ausverkauf steht auch die Losung, mit der der IKV groß geworden ist: „*Schafft die Atomwaffen aus der Welt, beginnt in den Niederlanden!*" — Als Alternative werden derzeit diskutiert: „*Friert den Rüstungswettlauf ein, taut die Beziehungen auf!*" und „*Zweiseitige Abrüstung — ja, aber einer muß anfangen!*" (16).

IKV — ein „Werkzeug Moskaus"

Mit den ersten Massenmobilisierungen des IKV im Winter 1979 begann die Formierung einer rechten Gegenfront.

Eine mehrteilige Fernsehsendung im Dezember 1979, in der der IKV als

Fortsetzung nächste Seite

Internationales

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Werkzeug Moskaus" enttarnt wurde, hatte Mordrohungen und militante Übergriffe auf IKV-Mitglieder und sogar einen Brandbombenwurf in eine Kirchenversammlung zur Folge. Rechte Zeitungen und „namhafte Politiker" förderten die Kampagne, der auch in der bundesdeutschen Rechtspresse applaudiert wurde.

Progressiv-dynamische Politiker und Journalisten von der „Linken" gingen von ihrer Seite aus in Stellung gegen den IKV. Bart Tromp, Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen PvdA, warnte Ende 1980 vor der *„erneut aufblühenden, widerlichen Vermischung von Religion und Politik"* (17). Ein halbes Jahr darauf qualifizierte er Fabers Sorge, die parlamentarische Demokratie werde gefährdet, wenn die Politiker die Forderungen der Friedensbewegung ignorieren würden, als *„faschistoide Bemerkung": „Welcher Unterschied besteht zwischen dieser Auffassung und der hinter dem Straßenfaschismus der 20er Jahre?"* (18).

Dieser Verleumdungskampagne trat der IKV recht offensiv entgegen. Anderen Versuchen, die „Hollanditis" auszumerzen, begegnete der IKV hingegen mit Nachsicht, wo er es nicht bevorzugte, durch angestrengtes Weggucken nichts zu sehen.

Während der Friedenswoche 1979 wurde von der einige Monate zuvor gegründeten „Stiftung Bibel und Friedensfragen" eine sog. Friedenszeitung in einer Auflage von 200.000 Exemplaren kostenlos unters Kirchenvolk gebracht. Dies war der Startschuß für die Bildung von Stiftungen, Vereinigungen und Komitees, die — wie es einer ihrer Vordenker formulierte — *„die Meinung der bis jetzt schweigenden, aber besorgten Bürger zum Ausdruck zu bringen versuchen"* (19). Diese Vereine, die über ein dichtes Netz von Querverbindungen und gute Drähte zur rechtsradikalen Szene verfügen, schlossen sich 1971 in der „Stiftung Friedenspolitik" zusammen. Das Ziel ihrer Bestrebung faßte zustimmend der ehemalige Verteidigungsminister De Geus in der griffigen Formel zusammen: *„Schafft den IKV aus den Kirchen, beginnt in der Reformierten Kirche!"*

Der größte und einflußreichste Einzelverein ist das 1980 entstandene „Interkirchliche Komitee für zweiseitige Abrüstung" (ICTO), das einige tausend Mitglieder in einigen Dutzend Ortsgruppen organisiert hat.

Das erste Etappenziel des ICTO war die formale „Gleichberechtigung mit dem IKV" und die offizielle Anerkennung als ökumenisches Friedensorgan. 1982 erzielte das ICTO (vor allem aufgrund seiner starken Repräsentanz in der Kirchenhierarchie) den ersten Durchbruch: Die Reformierte Kirche und die Altkatholische Kirche, beide im IKV vertreten, stimmten der beantragten Subventionierung des ICTO zu.

Der IKV schrieb den verstärkten Aufmarsch der rechten Kräfte dem Wachsen des eigenen Einflusses zu. Tatsächlich gewannen die Rechten hingegen erstmals und merklich an größe-

Durchbruch: Die Reformierte Kirche und die Altkatholische Kirche, beide im IKV vertreten, stimmten der beantragten Subventionierung des ICTO zu.
Der IKV schrieb den verstärkten Aufmarsch der rechten Kräfte dem Wachsen des eigenen Einflusses zu. Tatsächlich gewannen die Rechten hingegen erstmals und merklich an größe-

rem und breiterem Einfluß, gerade als 1982 die Friedensbewegung im „Jahr der Machtlosigkeit" steckte. Nachdem Verschweigen und Wegsehen den Vormarsch der Rechten nicht hatten bannen können, trat der IKV entschlossen den Rückmarsch an. Mit dem Beginn der Anti-Atomwaffen-Kampagne, hieß es im Dezember 1982 in einer IKV-Veröffentlichung, sei im IKV *„für Andersdenkende kein Platz"* mehr geblieben; an die IKV-Mitglieder wurde apelliert, sich vor der *„Arroganz der Macht"* zu hüten und vor *„Ideologisierung"* (20).

Im September 1983 versprach Faber in einem Rundfunkinterview, der IKV werde nach der anstehenden Demonstration am 29. Oktober ruhiger weiterarbeiten. In der ersten Phase der Kampagne hätte teilweise ziemlich lautstark vorgegangen werden müssen. Die nächste Phase werde nach außen hin ruhiger verlaufen. Es werde jetzt mehr darum gehen, in Gesprächen die gesellschaftlichen Institutionen und „die Politik" für die Forderungen der Friedensbewegung zu gewinnen. Seiner Meinung werde die Demonstration am 29. Oktober die letzte gegen die „Nach"rüstung sein, „die Politik" werde danach um die Ablehnung der Stationierung nicht mehr umhin können (21).

Die Behauptung, damit habe Faber dasselbe gesagt, wie schon vor der Demonstration am 21. November 1981, ist eine bösartige Verleumdung — zu-



mindest die Formulierungen waren andere ...

„Ziviler Ungehorsam"

Resignation und Orientierungslosigkeit waren nicht die einzigen Folgen der Entwicklung nach der Demonstration am 21. November 1981. In Teilen der Friedensbewegung wurde diskutiert, ob nicht, wenn Regierung und Parlament die Forderungen ignorieren, zu direkteren und radikaleren Aktionsformen gegriffen werden müsse, um die Kriegsvorbereitungen zu stoppen.

Mehr als die Hälfte der während der Demonstration am 21. November 1981 befragten Teilnehmer/innen hielten schon zu diesem Zeitpunkt radikalere Aktionen (Steuerverweigerung, Blockaden) für angebracht. Über achtzig Prozent sprachen sich für radikalere Aktionen aus, falls die Regierung die Stationierung der Cruise Missiles beschließen würde; rund achtzig Prozent hiervon würden an diesen Aktionen auch selbst teilnehmen wollen.

Die IKV-Spitze hatte nach der für sie enttäuschenden Parlamentsdebatte über die NATO-„Nach"rüstung (am 19.12.79) der Regierung mit Aktionen „zivilen Ungehorsams" gedroht. Faber hatte in einer Fernsehsendung (29.12.79) die Blockade von Häfen oder Bahnstrecken als mögliche Aktionsform genannt, was von Politikern als „staatsgefährdend" qualifiziert wurde. Und der Vorsitzer des IKV, Ter Veer, sagte der „Nieuwe Linie": *„Wir*

über die NATO-„Nach"rüstung (am 19.12.79) der Regierung mit Aktionen „zivilen Ungehorsams" gedroht. Faber hatte in einer Fernsehsendung (29.12.79) die Blockade von Häfen oder Bahnstrecken als mögliche Aktionsform genannt, was von Politikern als „staatsgefährdend" qualifiziert wurde. Und der Vorsitzer des IKV, Ter Veer, sagte der „Nieuwe Linie": „Wir

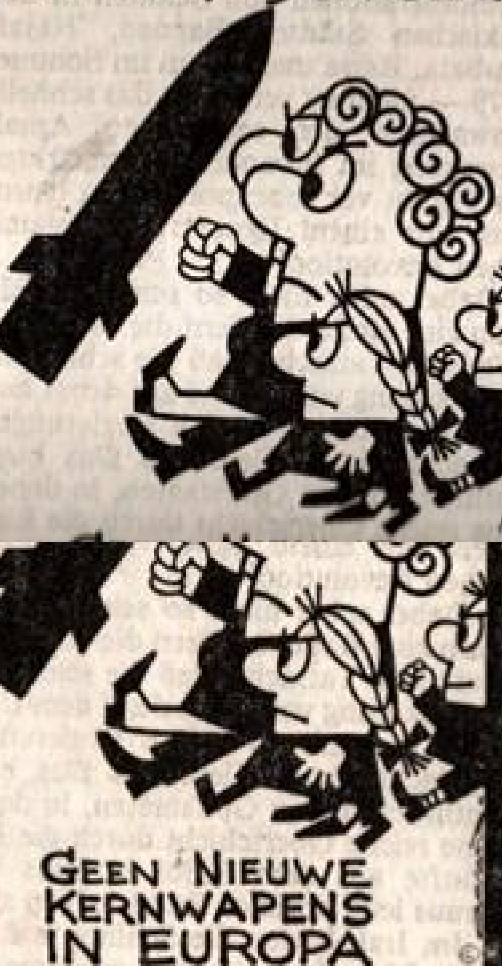
können nicht jedesmal, wenn im Parlament ein neues Waffensystem gebilligt wird, pfeifend die Koffer packen und sagen: ‚Na ja, schade, bis in vier Jahren dann mal wieder'." (22).

Als dann im Januar 1982 Teile der Friedensbewegung (darunter auch IKV-Gruppen) mit Blockaden gegen US-Munitionstransporte durch die Nordost-Niederlande vorgingen (23), distanzierte sich die IKV-Führung nicht nur von den (kleineren) Sabotage-Aktionen und Bombendrohungen, sondern auch von den gewaltlos durchgeführten Sitzblockaden. Mit Schreiben vom 12.2.82 erteilte das IKV-Sekretariat den IKV-Gruppen den *„dringenden Rat", „von gewaltlosen Blockaden gegen Munitionszüge abzusehen"*. „Ziviler Ungehorsam" dürfe nur mit *„großer Behutsamkeit"* ausgeübt werden. Außerdem hätten die Blockaden und die negative Berichterstattung darüber die erreichte Mehrheitsstimmung gegen die Raketen in Gefahr gebracht sowie den *„mühsam erreichten Zugang zu z.B. örtlichen Kirchengemeinden"*, Behörden und politischen Parteien versperrt und reaktionäre Gegenbewegungen hervorgerufen (hiermit war die von Rechtsradikalen initiierte Demonstration in Groningen am 21.1.82 gegen die Blockaden gemeint, an der sich rund 4.000 „beunruhigte Bürger" beteiligt hatten) (24).

Beim Vorgehen der IKV-Führung gegen die Blockaden gegen die Munitionszüge blieb es nicht. In der Jahreschronik 1981/82 lobt sich die IKV-Spitze, „radikalistischen" Tendenzen in der Friedensbewegung entgegengetreten zu sein: *„Mit Nijmegener Gruppen mußte darüber diskutiert werden, von Blockadeaktionen bei der Luftwaffenbasis Volkel abzusehen." „Der IKV hat sich von den extrem antiamerikanischen Emotionen abgegrenzt, die bei Reagans Besuch in Westeuropa im Juni '82 auftraten"* (25). In der Tat hatte die IKV-Spitze die Bonner Demonstration am 10. Juni 1982 erfolgreich boykottiert: Am 10. Oktober '81, als der IKV zu den Organisatoren der Demonstration gehörte, nahmen rund 10.000 Niederländer in Bonn teil; im Juni 1982 waren es dann nur einige Hundert (26).

Der IKV-Aktionsplan gegen die NATO-„Nach"rüstung beschränkte sich für 1983 auf die Mobilisierung zu einer großen Demonstration und die erneute Organisierung einer politischen Lobby.

Eine Amsterdamer Arbeitsgruppe, an der Aktivist/inn/en vom IKV, „Stoppt die Neutronenbombe" und „Frauen für Frieden" teilnahmen, legte einen „Notplan" vor für den Tag, an dem das Parlament die Stationierung beschließen würde. Im Mittelpunkt dieses „Notplans" standen öffentlich vorbereitete und massenhaft durchgeführte gewaltlose Aktionen wie Blockaden, Besetzung von Rathäusern u.ä. Die IKV-Führung legte umgehend Sperrfeuer ein: dem „Notplan" hafte ein *„Geruch von Illegalität"* an, er durchkreuze das Bemühen zu weiterer Verbreiterung der Friedensbewegung und zur Überzeugung „der Politik" (27). Der IKV-Spitze gelang es, die Ersteller/innen des „Notplans" davon zu „überzeugen", daß der befürchtete



Notfall vorläufig nicht eintreten werde, da „die Politik" nicht so „unvernünftig" sein werde, die Stationierung entgegen dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Von der „Notplan"-Initiative war alsbald nichts mehr zu hören.

In zahlreichen Interviews in den letzten Monaten äußerte Faber seine Besorgnis darüber, daß viele Menschen entschlossen seien, nach dem Stationierungsbeschluß die Flugbasis Woensdrecht, den Stationierungsort, zu blockieren (28). Mit solchen Aktionen sei der Staat noch immer fertig geworden. Dem „Telegraaf" (4.6.83) sagte Faber: *„Ich bin nicht der Typ, der sich auf die Straße setzt. Für mich regiert die Straße auch nicht. Das tun Regierung und Parlament. Der IKV ruft nicht zu Aktionen des zivilen Ungehorsams auf."*

Anfang September gab Faber in einer Radio-Sendung einen „Taktik-Wechsel" des IKV bekannt. Mit der Demonstration solle nicht mehr auf eine direkte Ablehnung der Stationierung durch das Parlament gezielt werden, sondern auf eine erneute Verschiebung der Entscheidung. Mit dieser Reduktion der bisherigen Forderungen versucht die IKV-Führung an Vorschläge einer Strömung innerhalb der christdemokratischen Parlamentsfraktion anzuknüpfen, die sich gegen das sich immer deutlicher abzeichnende Vorhaben der christdemokratisch/rechtsliberalen Regierung richtet, im Frühjahr 1984 der Stationierung in den Niederlanden zuzustimmen.

In einer Analyse der IKV-Politik in der „Anti Militaristies Tijdschrift" (Juni '83) heißt es: *„Das Suchen nach parlamentarischen Bündnispartnern von zweifelhaftem Charakter wird immer stärker zum zentralen Anliegen der IKV-Führung. In Kombination mit dem Bremsen von radikalen Initiativen (übrigens auch eine Bedingung, um für die christdemokratische Partei respektabel zu bleiben) wirkt dies vernichtend für die Bewegung insgesamt und demoralisierend für den eigenen Anhang. Es ist ein Weg, der in die Niederlage führt."* Für die Linke wie für die radikaleren Teile der Friedensbewegung habe die Notwendigkeit stark zuge-



nommen, *„die Politik der IKV-Führung kritisch zu beobachten und nötigenfalls eigene Initiativen zu entwickeln". „Hierauf scheint der linke Flügel derzeit organisatorisch kaum vorbereitet zu sein."*

Die (primär politisch e) Schwäche der radikaleren Strömungen in der Friedensbewegung ist eng verknüpft mit dem Zusammenbruch der niederländischen Linken und dem Niedergang der „neuen sozialen Bewegungen" (Frauen-, Anti-AKW- und Kraakbewegung) in den letzten zwei Jahren.

„Aktionsprogramm '83"

Im September 1982 war auf einem internationalen Treffen (IPCC) vereinbart worden, im Herbst 1983 in den Stationierungsländern erneut Demonstrationen gegen die NATO-„Nach"rüstung zu organisieren. Im November 1982 legte der IKV-Vorsitzer Ter Veer der „Nationalen Koordination von Friedensorganisationen" (LOVO) ein Papier zu den Aktivitäten der niederländischen Friedensbewegung im Jahre '83 vor. Mit seinem Konzept grenzte er sich ausdrücklich von weitergehenden Schritten als Demonstrationen und von Aktionen des „zivilen Ungehorsams" ab, stattdessen solle auf die weitere Verbreiterung der Bewegung gesetzt werden und auf die Überzeugung „der Politik".

Ter Veers Konzept wurde in allen wesentlichen Punkten vom LOVO übernommen und als Basis für die Ak-

Konzept grenzte er sich ausdrücklich von weitergehenden Schritten als Demonstrationen und von Aktionen des „zivilen Ungehorsams" ab, stattdessen solle auf die weitere Verbreiterung der Bewegung gesetzt werden und auf die Überzeugung „der Politik".
Ter Veers Konzept wurde in allen wesentlichen Punkten vom LOVO übernommen und als Basis für die Ak-

tivitäten der Friedensbewegung festgeschrieben. Auf einer „Aktivistenkonferenz" wurde das Konzept der Bewegung präsentiert. Grundsätzlichere Änderungen, wurde betont, seien nicht möglich. Auf den Vorschlag Fabers wurde als zentrales Unternehmen eine Demonstration am 29. Oktober am Regierungssitz Den Haag beschlossen.

Im LOVO-Papier wurde als Ziel der Aktivitäten 1983 die *„sehr baldige"* Ablehnung der Stationierung durch die Regierung ausgegeben. Die Friedensbewegung müsse sichtbar machen, daß es für die Stationierung in der niederländischen Gesellschaft *„keine ausreichende Basis"* gebe und den dringenden Apell an „die Politik" richten, das Vertrauen der Bevölkerung in die parlamentarische Demokratie nicht zu sehr auf die Probe zu stellen. Alle Aktionen hätten absolut gewaltlos zu sein und müßten sich vor allem an Parlament und Regierung richten. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, daß die Friedensbewegung die Entscheidungsbefugnis an sich ziehen wolle. Vorläufig müsse davon ausgegangen werden, daß „die Politik" nicht so „unvernünftig" sein werde, die Stationierung durchzudrücken. Die Frage, was zu tun ist, wenn die Stationierung doch beschlossen werde, dürfe erst beantwortet werden, wenn ein solcher Beschluß gefaßt worden ist, um das Klima nicht vorzeitig zu verderben.

Die Demonstration am 29. Oktober müsse „noch größer", „noch breiter getragen" werden als die am 21. November 1981. Faber hielt 700.000 Teilnehmer für möglich.

Die Manie „noch größer, noch breiter" veranlaßte die IKV-Spitze im Januar (vor der „Aktivistenkonferenz" und ohne vorherige Absprache mit dem LOVO) mit der christdemokratischen Partei (CDA) über deren Teilnahme an der Demonstration in Verhandlung zu treten. Diese Verhandlungen, führte die IKV-Spitze an, hätten nicht allein die Raketenfrage zum Gegenstand, sondern auch *„das gute Funktionieren unserer sowieso schon bröckelnden Gesellschaft"* (29).

In diesen vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen Verhandlungen, die bis Anfang März dauerten, versuchte die IKV-Spitze, den CDA mit Formulierungs-Tricks zu leimen. Am 1. März schien mit der Forderung *„Keine neuen Atomwaffen in Europa, weder in den Niederlanden, noch in irgendeinem anderen Land"*, die im Gegensatz zum 21. November 1981 (als der CDA nicht teilnahm), nicht konkretisiert wurde, ein Kompromiß gefunden.

Innerhalb der Friedensbewegung setzte der IKV diesen „Kompromiß" diktatorisch gegen den Widerstand sowohl des LOVO-Mitglieds „Plattform radikaler Friedensgruppen" als auch gegen die Evangelische Volkspartei und die Pazifistisch-Sozialistische Partei durch.

Dem Kompromiß war indes kein langes Leben beschieden. In der ersten Märzhälfte entbrannte ein öffentlicher „Interpretationskrieg" zwischen IKV und CDA, ob die Demonstrationsforderung die Ablehnung der Raketenstationierung vom Ergebnis der Verhandlungen in Genf abhängig mache. Der CDA verbuchte den Kompromiß als Zeichen für ein *„wachsendes Verständnis"* in der Friedensbewegung für die Verhandlungspolitik der NATO. Faber hingegen behauptete, der CDA habe sich *„den 400.000 Demonstranten vom 21. November 1981 angenähert"* (30). (Wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, sollen seither CDA und Faber mit rutschenden Hosen kämpfen, da sie sich die Taschen so vollgelogen haben).

Mit dem Beschluß des CDA-Vorstandes, sich an der Demonstration nicht zu beteiligen, wurde dieser Streit beendet.

Ungeachtet des Ausstiegs des CDA wurden die mit dem CDA ausgehandelten Forderungen beibehalten, was vom IKV dem sozialdemokratischen Gewerkschafts-Dachverband FNV, der zu den Trägern der Demonstration gehört, zugeschoben wird, der eine nochmalige Änderung der Forderungen nicht akzeptieren wollte.

Nun aber fiel Faber wieder was ein: Ob die Demonstration überhaupt noch stattfinden könne? Ob sie angesichts der Nicht-Teilnahme des CDA und des Vorhabens der Regierung, die Entscheidung über die Raketenstationierung nicht in diesem Herbst zu treffen, sndern nochmals hinauszuzögern, nicht (wie schon nach dem 21. November 1981) ins Leere laufe? (31)

Niederlande-Kommission

Quellen und Anmerkungen:

1) S. AK 222 u. 227: Kleines Lexikon der niederländischen Friedensbewegung
2) De Waarheid, 29.5.82
3) S. AK 225: „Nach"rüstung und Rassismus — Parlamentswahlen in den Niederlanden

Niederlande-Kommission
Quellen und Anmerkungen:
1) S. AK 222 u. 227: Kleines Lexikon der niederländischen Friedensbewegung
2) De Waarheid, 29.5.82
3) S. AK 225: „Nach"rüstung und Rassismus — Parlamentswahlen in den Niederlanden

4) Dick Benschop, Vredesbeweging en Politiek — Ontstaan en betekenis van de 21 november demonstratie, VU-studies Vrede en Veiligheid, Amsterdam 1983, S. 73
5) IKV-Berichten, März 1982, S. 12
6) IKV-Kernblad, Januar 1982; IKV-Berichten, März 1982
7) IKV-Kernblad, Januar 1982
8) IKV-Berichten, März 1982
9) Anti Militaristies Tijdschrift, Nr. 1, März 1983, S. 21
10) So der internationale Sekretär des IKV, Wim Bartels, über ein Treffen von u.a. IKV (Niederlande), CND/END (Britannien), ASF (BRD), Nej til atomwapen (Dänemark) am 5./6.9.81 in Kopenhagen — s. IKV-Berichten, Dezember 1981
11) IKV-Kernblad, Mai 1982
12) s. AK 223: „Schmidt will die Raketen nicht"
13) Hervormd Nederland, 11.6.83
14) Haagse Post, 11.6.83
15) Telegraaf, 4.6.83
16) IKV-Kernblad, August 1983
17) Het Parool, 21.11.80; De Tijd, 20.3.81
18) Eindhovens Dagblad, 6.6.81
19) Zit. n. Bram Grandia, De rechtse frontvorming tegen het IKV, in: Hervormd Nederland, 21.11.82
20) IKV-Berichten, Dezember 1982
21) TROS(-Radio), 12.9.83
22) De Nieuwe Linie, 3.12.80
23) S. AK 217: Stoppt die US-Munitionstransporte
24) S. AK 220: „Noch keine Schußwaffen" — Rechtsradikale gegen Antimilitaristen
25) Dat is onze politiek (niet), Deel 1, S. 25
26) S. AK 221: Bonn am 10. Juni — Internationalisierung der Friedensbewegung
27) IKV-Kernblad, November 1982
28) Hervormd Nederland, 11.6.83 u. 24.9.83; Haagse Post, 11.6.83; IKV-Berichten, Juni 1983
29) Zit. n. Ter Veer, IKV, CDA en de kruisraketten, in: IKV-Berichten, April 1983
30) ebd.
31) IKV-Kernblad, April 1983

AK-Artikel über die niederländische Friedensbewegung (Auswahl):

AK 209: Holländische Medizin — Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der Pazifistisch-Sozialisten Partei in der Zweiten Kammer („Bundestag") des niederländischen Parlaments
AK 213: Amsterdam — 500.000 (Bericht von der Demonstration am 21. November 1981)
AK 217: Stoppt die US-Munitionstransporte (Aktionen niederländischer Antimilitarist/inn/en gegen Munitionstransporte durch die Niederlande nach Süddeutschland)
AK 220: „Noch keine Schußwaffen" — Rechtsradikale gegen Antimilitaristen (Mobilisierung der „schweigenden Mehrheit" gegen die Blockade der Munitionstransporte)
AK 221: Bonn am 10. Juni — Internationalisierung der Friedensbewegung (Boykott der IKV-Führung der Bonner Anti-Reagan-Demonstration)
AK 222 u. 227: Kleines AK-Lexikon der niederländischen Friedensbewegung (eine „lexikalische" Gesamtdarstellung aller Gruppierungen und Strömungen)
AK 223: „Schmidt will die Raketen nicht" (die neuesten Erkenntnisse des IKV-Sekretärs Faber)
AK 226: „NATO zufrieden" (IKV-Spitze zu Besuch bei der NATO)
AK 235: Volksentscheid-Debatte in den Niederlanden
AK 236: „Die Amerikaner regieren hier" — Stationierungsort in den Niederlanden bestimmt

(Sämtliche Ausgaben sind noch ohne Teuerungszuschlag beim Verlag erhältlich!)

Der Krieg zwischen Iran und Irak



Mit der — geplanten — Lieferung von fünf französischen Jagdflugzeugen vom Typ Super-Etendard einschließlich dazugehöriger Exocet-AM-39-Raketen an den Irak besteht erneut die Möglichkeit einer Eskalation des Golfkrieges zwischen Iran und Irak. Die Super-Entendards könnten es dem Irak ermöglichen, die iranische Insel Kharg anzugreifen, von der aus fast das gesamte iranische Erdöl exportiert wird. Die bisher vom Irak eingesetzten Kampfhubschrauber mit geringer Reichweite waren angesichts der starken iranischen Kriegsmaschine und Luftabwehr zu verwundbar.

„Kein einziger Tropfen Öl wird mehr den Persischen Golf passieren, falls unsere Ölanlagen im Golf angegriffen werden", warnte Khomeiny die Imperialisten und die den Irak unterstützenden reaktionären Öl-Staaten am Golf („Frankfurter Rundschau" — „FR", 28.9.). Doch einige Wochen später erklärte der iranische Parlamentspräsident Rafsandjani: *„Auch wenn wir nur 50 % unseres Ölexports abwickeln können, werden wir trotzdem die Straße von Hormuz freihalten"* („FR", 19.10.).

Der Iran würde sich mit einer Sperrung der Straße von Hormuz selbst am meisten schaden, denn der iranische Haushalt wird zu 90 % aus den Öl-Einnahmen finanziert. Der Iran dürfte sich zu einer Sperrung der Straße von Hormuz also erst sehr spät entschließen, wenn überhaupt.

Über die Straße von Hormuz werden neben den iranischen Öl-Exporten nahezu die gesamten Öl-Exporte der übrigen Staaten am Golf abgewickelt. Bei einer Sperrung der Straße von Hormuz wären täglich statt 18,5 Mio. Barrel 8 bis 10 Mio. Barrel weniger auf dem Weltmarkt. Das würde den Preis auf dem Spot-Markt in Rotterdam in die Höhe treiben, doch angesichts des derzeitigen Überangebots an Öl wären konkrete Auswirkungen auf die Erdölversorgung der kapitalistischen Staaten erst nach wochenlanger Blockade zu spüren („taz", 10.10.; „Le Monde" — „LM", 12.10.).

Dennoch haben die USA Iran unmißverständlich gewarnt, daß sie eine Sperrung nicht hinnehmen werden. Die USA seien entschlossen, *„die nötigen Maßnahmen zu ergreifen"*, um die freie Schiffahrt im Golf aufrechtzuerhalten. Schließlich betrachten die USA die Golfregion als „l e b e n s - w i c h t i g" für ihre nationalen Interessen. Für eine imperialistische Intervention sind Vorbereitungen getroffen: Die USA zogen eine Marineeinheit mit dem Landungsschiff „Tarawa" mit 2.000 Marinesoldaten an Bord von der libanesischen Küste in Richtung Indischer Ozean ab; im Persischen Golf kreuzen bereits vier Zerstörer und Fregatten; im Indischen Ozean nahe der Straße von Hormuz liegen der US-Flugzeugträger „Ranger" und 25 Kriegsschiffe bereit; dort befinden sich auch der britische Flugzeugträger „Invincible" und französische Kriegsschiffe („Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 11. und 13.10.; „LM", 11. und 13.10.).

Bisher sah es so aus, als hätten die USA derzeit kein Interesse an einer Internationalisierung des Krieges. Neben der BRD, Großbritannien, Japan und den pro-westlichen Golfstaaten waren es vor allem die USA, die Frankreich zunächst vor einer Lieferung der Super-Etendards an den Irak warnten. Inzwischen verlieren die USA darüber kein Wort mehr: **„Eine Veränderung des militärischen Gleichgewichts zugunsten Bagdads in seinem Krieg mit Iran könnte den westlichen Interessen im Golf dienen"**, erklärte ein Spezialist des US-State Department („LM", 14.10.). Nach den Bombenanschlägen in Beirut auf das amerikanische und französische Hauptquartier ist das iranische Regime als angeblicher Urheber verstärkt in das Schußfeld der amerikanischen Regierung gerückt. Taktik der Imperialisten war bisher, den Krieg zwischen Iran und Irak möglichst lange in Gang zu halten, indem jeweils d i e Seite mehr Unterstützung erhielt, die den Krieg zu verlieren schien („The Middle East", Jan. 1983).

Die Großmächte des Westens haben kein Interesse an einer raschen Beendigung des Krieges. Der Krieg schwächt zwei potentiell bedeutende Staaten der Region, verschärft die Widersprüche im arabischen Lager, und die wirtschaftliche Ausbeutung findet weiterhin statt. Nicht zuletzt profitieren die Imperialisten von den Waffengeschäften. Zwar sind die Geschäfte mit dem Irak durch dessen Zahlungsunfähigkeit zur Zeit zurückhaltender, doch dafür laufen sie mit dem Iran als *„einem der gewinnträchtigsten Märkte und Investitionsgebiete im Nahen Osten"* um so besser. Der Handel z. B. mit der Bundesrepublik hat inzwischen den gleichen Umfang wie zu Zeiten des Schahs erreicht („FR", 19.10.).

Zur Vorgeschichte des iranisch-irakischen Krieges

Am 22.9.80 eröffnete der Irak den Krieg gegen den Iran. Mit einem Blitzsieg erhoffte sich der Iak den Sturz des Khomeiny-Regimes, das militärisch und wirtschaftlich angeschlagen war. Im Hintergrund stand das Ziel, zur vorherrschenden Macht in der Region aufzusteigen. Irak war lange Zeit in der Golf-Region politisch isoliert gewesen. Nach dem Sturz der Monarchie 1958 hatte der Irak versucht — trotz einer Vielzahl von Putschen und Regierungswechseln bis 1968 — eine eigenständige Politik zu treiben (Austrit aus dem prowestlichen Bagdad-Pakt, Neutralität, Verstaatlichung des Erdölsektors). In der Palästina-Frage hatte sich der Irak wortradikal und zeitweise unterstützend auf die Seite der linken Kräfte innerhalb der PLO gestellt (1). Damit war der Irak nicht nur den herrschenden Feudalcliquen in der Region, sondern auch den Imperialisten ein Dorn im Auge. Irak war lange Zeit auf die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Sowjetunion und der RGW-Staaten angewiesen. Er galt als treuer „Verbündeter" der Sowjetunion, mit der er 1972 einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hatte.

Nach dem Aufstieg der Takritis (Gruppe um Saddam Hussein und den 1979 gestürzten Staatspräsidenten Hasn al-Bakr) innerhalb der irakischen Baath-Partei und deren erneuter Machtübernahme 1968 stabilisierte sich zwar das irakische Regime, allerdings aufgrund einer brutalen Unterdrückung der inneren Opposition. Die linke Opposition wurde zeitweise — mit äußerst geringem politischen Einfluß — in die Regierung der „Nationalen Front" integriert, wie z. B. die irakische KP, während der Kampf der Kurden (25 % der Bevölkerung) nach Gewährung einer Scheinautonomie 1970 mit Terror, Vernichtung und massenhaften Deportationen unterdrückt wurde. Der militärische Sieg über die Kurden konnte erst 1975 im Gefolge des Vertrags von Algier zwischen dem Schah-Regime und dem Irak errungen werden. In diesem Vertrag wurde der Grenzverlauf zwischen Irak und Iran zugunsten des Schah-Regime neu geregelt: Der Grenzverlauf am bisher unter irakischer Souveränität stehenden strategisch und wirtschaftlich wichtigen Schatt-el-Arab (Mündungsfluß von Euphrat und Tigris) wurde in die Mitte des Flusses gelegt. Der Iran stellte als Gegenleistung die Unterstützung der irakischen Kurden ein, deren Kampf sowohl vom Iran als auch von den Imperialisten zur Destabilisierung des Irak-Regimes ausgenutzt worden war.

Besonders die Ölpreis-Erhöhungen 1973 hatten eine deutliche wirtschaftliche Orientierung des Irak zum Westen zur Folge. Während die USA 1972 z. B. noch für nur 20 Mio. Dollar in den Irak exportierten, wuchs diese Summe bis 1974 auf über 300 Mio. Dollar. Die BRD exportierte 1973 Waren für 113 Mio. DM, 1974 bereits für 1.738 Mrd. DM. (In der Konsequenz wurden 1974 die dipomatischen Beziehungen Irak - BRD wieder aufgenommen.) (2)

1972 erhielt der Irak 95 % seiner Waffen aus der Sowjetunion, 1979 waren es nur noch 63 % (3). Als Waffenlieferanten waren vor allem Frankreich, Italien und Brasilien hinzugekommen. Heute steht Frankreich vor der BRD an der Spitze der westeuropäischen Handelspartner (vor allem durch große Rüstungsaufträge und u. a. den Bau des irakischen Atomreaktors). Mit den aktuellen Waffenlieferungen an den Irak will Frankreich seine ökonomischen Interessen absichern: Der Irak ist bei Frankreich mit 45 Mrd. Francs verschuldet („FR", 10.10.83). Die Struktur des Handels mit dem Westen ist eindeutig zuungunsten des Irak. Während er vor allem Rohöl liefert, exportieren die Imperialisten (teure) modernste Technologie, Maschinen und ganze Industriebetriebe.

Furcht vor dem Export der islamischen Revolution

Die Äußerungen iranischer Führer, die „islamische Revolution" müsse in die arabischen Golfstaaten hineingetragen und die *„dekadenten"* und *„unislamischen"* Regierungen müßten beseitigt werden, ließ die Golfstaaten, in denen es wie im Irak große schiitische Bevölkerungsteile gibt, und den Irak zu „natürlichen Verbündeten" werden. Die Besetzung der Moschee von Mekka in Saudi-Arabien im November 1979, die Ausweisung führender schiitischer Ayatollahs aus Bahrein und Kuwait im September 1979 wegen Propagierung eines islamischen Regimes wie im Iran, Demonstrationen von Schiiten in den irakischen Städten Bagdad, Najaf, Karbala, Basra und Musul im Sommer 1979 — nicht zu vergessen das schnelle Anwachsen der schiitischen Amal-Bewegung im Libanon — verstärkten die Furcht vor innenpolitischen Unruhen, vor einem Export der „islamischen Revolution".

Dabei spielt nicht so sehr die Religion eine Rolle, sondern die sozioökonomische Tatsache, daß die schiitische Bevölkerung vorwiegend auf dem Land lebt, in armen, von den Regierungen vernachlässigten Gebieten. Das birgt natürlich in den Golfstaaten, in denen eine reiche Oberschicht durch die Einkünfte aus dem Erdöl in Saus und Braus lebt, sozialen Zündstoff in sich.

Im Irak bilden die Schiiten mit 6,5 Mio. Menschen zwar den größeren Bevölkerungsanteil (55 %); jedoch waren sie in Partei (Regierung), Verwaltung und Armee gegenüber den Sunniten (40 % Anteil an der Gesamtbevölkerung) einflußlos. Nach dem Aufstieg der Takritis 1963/64 sank der Anteil der Schiiten an der Führung der Baath-Partei von 53,8 auf 5,7 %! Die Benachteiligung der schiitischen Gebiete in der Entwicklungspolitik, einschließlich des Bildungswesens, hielt die Unterschiede konstant. Ein Beispiel ist, daß die fast ausschließlich schiitischen Soldaten fast ausschließlich sunnitischen Offizieren unterstanden (5).

Gestärkt durch den Umsturz im Iran trat die schiitische Bewegung im Irak radikaler gegen die Baath-Regierung auf. Schon 1977 hatte es schiitische Unruhen in Najaf und Karbala gegeben (zwei der wichtigsten Wallfahrtsstätten des Schiismus), die die irakische Regierung zwangen, mehr Mittel für die Entwicklung des Südens bereitzustellen. Daß Khomeiny 1978 aus seinem langjährigen Exil in Najaf vertrieben wurde, ist daher nicht nur als eine Reaktion auf den Druck des Schah-Regimes zu sehen, sondern auch als Bestreben des Baath-Regimes, die Aufstandsbewegung nicht auf die eigene Bevölkerung übergreifen zu lassen. Die schiitischen Unruhen nach der iranischen Revolution wurden blutig niedergeschlagen. Der wichtigste irakische Ayatollah, Sayyid Bagder Sadr, wurde im Juni 1979 eingekerkert, nach den Bombenattentaten im April 1980 ermordet. Neben der Da'wah (Ruf, Misson)-Partei entstand 1979 eine weitere schiitische Oppositionsbewegung „al-Mudjahedin" (Islamische Kämpfer).

Das Attentat auf den stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten am 1. April 1980 war nur eines in einer Reihe von Anschlägen gegen Polizeistationen, Einrichtungen der Baath-Partei und der Volksmilizen (6). Nach dem 1. April wurden zahlreiche Schiiten hingerichtet (Amnesty International: mindestens 66); zwischen 20.000 und 100.000 irakische Schiiten angeblich iranischer Abstammung wurden in den Iran ausgewiesen.

Doch die Schläge des Regimes richteten sich nicht allein gegen die schiitische Opposition. 1977/78 war damit begonnen worden, die irakische KP zu zerschlagen. Die Säuberungswelle reichte bis in die Baath-Partei hinein. Die Gefängnisse waren mit Kurden, Schitten, Kommunisten, Militärangehörigen und Turkmenen überfüllt. Im Juli 1979 putschte Saddam Hussein gegen den damaligen Staatspräsidenten Al-Bakr; 21 hohe Funktionäre wurden hingerichtet (7).

Nicht nur das Schiiten-Problem ist Streitpunkt zwischen Iran und Irak. Seit Jahren erhebt der Irak Anspruch auf die iranische Erdöl-Provinz Khusistan, ein ursprünglich von arabischen Stämmen bewohntes Gebiet. Auf den offiziellen Landkarten der Baath-Partei ist Arabistan/Khusistan ein integraler Bestandteil des Irak. Durch die iranische Revolution verstärkte sich im Iran der Kampf der Minderheiten um ihre Autonomie. Aufstände in Khusistan 1979 wurden blutig niedergeschlagen; der Iran machte dem Irak den Vorwurf, Waffen an die Araber geliefert zu haben.

Auch die Einmischung in das Kurden-Problem gehörte zu den gegenseitigen Vorwürfen. Nach den Bombenanschlägen im Irak im April 1980 verschärften sich die Spannungen. Beide Staaten versetzten ihre Armeen in Alarmbereitschaft; kleinere Grenzgefechte fanden nun nahezu täglich statt. Begleitet wurde das von einem verschärften Propagandakrieg zum Sturz des „Verrückten" Khomeiny und des „verschlagenen Fuchses" und „Schlächters" Saddam Hussein (8).

Der geplante Blitzkrieg dauert schon drei Jahre

Der offene Krieg zwischen Iran und Irak begann, als der Irak am 17.9.80 den Vertrag von Algier aufkündigte und am 22.9. irakische Militäreinheiten in den Iran eindrangen. Vermutlich hat der Irak sich in diesen Krieg gewagt, weil er sich auf die Einschätzung der in den Irak geflohenen ehemaligen Schah-Generäle verließ, die iranische Armee sei unterhöhlt und werde zusammenbrechen, sobald ein kräftiger Schlag gegen sie geführt würde (9).

Mit der Bombardierung iranischer Flughäfen und militärischer Stützpunkte sollte die iranische Luftwaffe zerstört werden. Insgesamt hatte sich der Irak einen Blitzsieg innerhalb von wenigen Tagen versprochen. Doch die Einsatzfähigkeit der iranischen Luftwaffe und eine vollständige Massenmobilisierung der iranischen Bevölkerung in den Grenzgebieten — einschließlich Khusistans und Kurdistans! — gegen die irakischen Luftangriffe auf iranische Städte machten diese Hoffnung zunichte. Ein erstes Waffenstillstandsangebot am 28.9.80 durch den Irak lehnte der Iran ab, sowie alle Verhandlungen, solange irakische Truppen im Lande stünden. Im November 1980 wurden die irakischen Truppen gestoppt. Der nun folgende Stellungskrieg dauerte bis zum September 1981. Mehrere Gegenoffensiven des Iran führten im Mai/Juni 1982 zur Rückeroberung Khusistans. Am 24. Mai wurde die letzte wichtige vom Irak gehaltene iranische Stadt Khorramshar zurückerobert. Im Juli 1982 begann die erste iranische Offensive auf irakisches Territorium.

Doch auch der Iran ist nicht in der Lage, den Irak militärisch zu schlagen. Der US-Geheimdienst berichtete, der Iran habe *„logistische Probleme"* („SZ", 20.7.82). Offensichtlich fällt es dem iranischen Regime auch schwerer, die Bevölkerung für einen Angriffskrieg zu mobilisieren. Die technische Überlegenheit des Irak macht der Iran hauptsächlich durch Menschenmassen wett. Mehrfach wurde berichtet, daß der regulären iranischen Armee eine geringere Rolle in den Kämpfen zufällt als den Pasdaran („Revolutionswächtern"), die sich zu einer gutorganisierten und -bewaffneten Parallel-Armee entwickelt haben, und der Bassij-i-Mostazafin („Bewegung der Unterdrückten", die sich während der Besetzung der amerikanischen Botschaft gebildet hatte). Brutalstes Beispiel ist die iranische Angriffstaktik der „menschlichen Wellen", bei der Massen von meist sehr jungen, schnell ausgebildeten und schlechtbewaffneten „Freiwilligen" gegen die irakischen Stellungen anrannten und in Minenfelder vorgeschickt wurden, um den nachfolgenden Truppen den Vorstoß zu erleichtern. Der diesen Jugendlichen von den iranischen Machthabern versprochene Märtyrertod scheint allerdings an Anziehungskraft zu verlieren. Die höheren Strafen für Nichteinschreibung, Tausende von Menschen im Militärgefängnis von Jamshidieh, Meutereien und die Tatsache, daß in den Kämpfen dieses Jahres jene Taktik in geringerem Ausmaß angewandt wurde, deuten auf eine gewisse Kriegsmüdigkeit und einen hohen Verschleiß hin (10).

Mit zunehmender Verbesserung seiner militärischen Position schraubte der Iran seine Forderungen für eine Beendigung des Krieges höher. Er forderte vom Irak die Zahlung von Reparationen in Höhe von 150 Mio. Dollar, den Sturz Präsident Saddam Husseins, eine internationale Verurteilung des Irak als Aggressor, Rückzug der irakischen Armee auf die Positionen vor dem 4.9.1980 und die Rückführung aller ausgewiesenen irakischen Schiiten. Alle Vermittlungsversuche (Algerien, Organisation der Islamischen Konferenz, UNO ...) wurden von Irak begrüßt, von Iran jedoch zurückgewiesen. Im Iran gilt die Parole *„Das Ende des Krieges findet dadurch statt, daß der Irak nicht standhält ... Die Versuche der verschiedenen Friedensmissionen sind dazu bestimmt, das irakische Regime zu erhalten"* (11).

Für die iranische Führung wäre es nicht leicht, den Krieg einzustellen: Er ist eine innenpolitische Notwendigkeit geworden. Durch die Solidarisierung mit dem Regime gegen den irakischen Aggressor traten bisher die innenpoliti-

Fortsetzung nächste Seite

Internationales

Fortsetzung von vorheriger Seite

schen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Hintergrund. Nach Beendigung des Krieges würden diese Schwierigkeiten anwachsen. Die Demobilisierung von Hunderttausenden von Angehörigen der Freiwilligen-Armee würde die Arbeitslosigkeit erheblich steigern; Millionen Menschen wurden durch die Zerstörung ihrer Städte und Dörfer obdachlos und sind in Lagern untergebracht. Hunderttausende von Märtyrern wären in einem Krieg gefallen oder verwundet worden, dessen demagogisch proklamiertes Ziel „Über Bagdad nach Jerusalem" sich nicht erfüllt hätte. Die heute schon bestehenden Machtkämpfe innerhalb der herrschenden Cliquen würden weiter verschärft, insbesondere im Fall des Todes von Khomeiny.

Dem Iran ist es gelungen, in einem langwierigen, auf die ganze Grenzlänge ausgedehnten Zermürbungskrieges den Irak erheblich zu schwächen. Heute steht der Irak vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Er mußte aufgrund seiner mangelnden Öl-Exporte seine wirtschaftlichen Entwicklungsprojekte beträchtlich zurückschrauben, trotz erheblicher Finanzhilfe der Golfstaaten. Inzwischen beträgt die Inflation über 40 %. Die Bevölkerung wird aufgerufen, Gold für die Kriegsfinanzierung abzugeben. Ausländische Firmen ziehen sich schon aus dem Irak zurück. Die Devisenreserven des Landes sind von 30 - 35 Mrd. US-Dollar 1980 auf fast Null gesunken („LM", 6.2.83; „Neue Zürcher Zeitung" — „NZZ", 21.9.83). Um den Iran zu Verhandlungen zu zwingen und einigermaßen ohne Prestigeverlust aus dem Krieg herauszukommen, forciert der Irak seit 1982 die Angriffe auf iranische Ölanlagen, die die Finanzquelle der iranischen Kriegsführung sind. Vor Beginn des Krieges hatte der Irak Irans Platz an 4. Stelle der Weltproduktion eingenommen, mit 3,4 Mio. Barrel/Tag. Im Erdöl-Export stand der Irak mit 3,2 Mio. Barrel/Tag an zweiter Stelle hinter Saudi-Arabien. Im Lauf des Krieges fiel die irakische Öl-Produktion jedoch auf etwa 750.000 Barrel/Tag — mehr konnte der Irak nicht exportieren. Der Export über den Golfhafen Fao (vor dem Krieg 2/3 des Exports) wurde vom Iran verhindert; die Pipeline nach Syrien mußte mit Schließung der syrisch-irakischen Grenze aufgegeben werden. Durch die derzeit stattfindenden Kämpfe im Norden des Irak ist auch der Export über die Pipeline nach Dortyol in der Türkei gefährdet („LM", 6.2.83).

Trotz irakischer Angriffe auf iranische Ölanlagen liegen die iranischen Öl-Exporte zur Zeit bei ca. 2,5 Mio. Barrel/Tag. Mit der Lieferung der Super-Etendard an den Irak soll dieses Ungleichgewicht aufgehoben werden. Frankreich begründete die Lieferung mit dem angeblichen Friedenswillen des Irak und der Notwendigkeit, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Also entweder den Iran auf den Stand Iraks zu ziehen, durch eine Zerstörung des Terminals Kharg, oder den Irak auf einen besseren Stand zu bringen, indem der Iran unter der Drohung der Super-Etendards zuläßt, daß z. B. der Golfhafen Fao wieder in Betrieb genommen werden kann, und den Export über die Türkei nicht behindet („LM", 12.10.). Für den Irak kommt es darauf an, Zeit zu gewinnen, bis der Ausbau der Pipeline in die Türkei und eine neue Pipeline nach Saudi-Arabien fertiggestellt sind. Inzwischen fanden bisher erfolglose Bemühungen von seiten Frankreichs und arabischer Staaten statt, Syrien zu einer Öffnung der durch sein Land führenden irakischen Pipeline zu bewegen (13). Gleichzeitig wird versucht, direkte Verhandlungen zwischen Irak und Syrien in Gang zu bringen („LM" und „taz", 14.10.83).

Die arabischen Staaten

Nach dem Sturz des Schah-Regimes erklärte sich der Irak zum Schutzherrn der arabischen Golfstaaten gegen die „iranische Gefahr". Er versuchte, den arabischen Golfstaaten eine gemeinsame Verteidigung unter Führung des Irak schmackhaft zu machen. Am 8. Februar 1980 verkündete der irakische Staatspräsident Saddam Hussein einen 8-Punkte-Plan für die militärische Zusammenarbeit der arabischen Staaten. Auf diese Vorschläge gingen die Golfstaaten nicht ein, sondern gründeten wenig später den Golf-Kooperationsrat (s. unten). Da sie sich selbst durch die iranische Revolution bedroht fühlten, waren sie jedoch bereit, dem Irak Hilfestellung für seinen Krieg zu leisten. An einem durch den Krieg gestärkten Irak hatten sie allerdings keinerlei Interese; hätte er doch Saudi-Arabien die Vormachtstellung am Golf und in der gesamten Region streitig machen können.

Zwischen den Anschlägen im Irak im April 1980 bis zum Beginn des Krieges fanden mehrere Treffen der irakischen Führung mit Vertretern reaktionärer arabischer Staaten statt. Im August traf Saddam Hussein zu einem ersten Staatsbesuch in Saudi-Arabien ein. Die Anwesenheit des irakischen Verteidigungsministers und des Kommandanten der saudi-arabischen Nationalgarde lassen vermuten, daß neben dem offiziellen Thema — israelische Annexion Ostjerusalems — die Rückendeckung für den irakischen Einmarsch in den Iran eingeholt wurde (14). Während des Krieges unterstützten die Golfstaaten den Irak im wesentlichen materiell, seit Beginn des Krieges mit ca. 30 Mrd. Dollar („Middle East", Jan. 1983).



Die Hände hinter dem Kopf verschränkt marschieren irakische Soldaten in die Gefangenschaft.

Weitaus offener als die Golfstaaten unterstützte Jordanien den Irak. Angesichts enger Beratungen König Husseins von Jordanien mit den Golfstaaten ist vermutlich Jordaniens Hilfe im Rahmen einer Arbeitsteilung erfolgt. Die irakisch-jordanischen Beziehungen hatten sich seit Ende der 70er Jahre verbessert, in dem gleichen Maße, wie sich die Beziehungen Jordaniens zu Syrien verschlechterten. Eine beachtliche Steigerung irakischer Wirtschaftshilfe an Jordanien war nach 1978 zu verzeichnen. Jordanien profitierte von seiner Unterstützung Iraks — u. a. der Ermöglichung von Waffentransporten über den Hafen Akaba —, indem es erbeutete amerikanische Waffen erhielt, mit denen der Irak nichts anfangen konnte (15).

Am bemerkenswertesten ist wohl die Unterstützung Iraks durch Ägypten und die entsprechend Hofierung Ägyptens durch Irak. Der irakische Präsident Saddam Hussein erklärte gegenüber der kuwaitischen „Arab Times", der ägyptische Präsident Hosni Mubarak habe sich durch die Waffenlieferungen für den Irak seit dem September 1980 als „ehrenvoller" erwiesen als die meisten arabischen Staatsführer. Man müsse Ägypten daher „ermutigen", in die „arabischen Reihen" zurückzukehren. Der ermordete Präsident Sadat habe Mubarak allerdings ein „schweres Erbe" hinterlassen, da er ein „schlechtes" Staatsoberhaupt gewesen sei („SZ", 25.5.83). Diskret sprachen sich auch die Golfstaaten für eine ägyptische Hilfe an Irak aus. Bis zum Rückzug des Irak im Juli 1982 wurden Waffengeschäfte zwischen Ägypten und Irak von etwa 1,5 Mrd. Dollar getätigt (16). Der Besuch des irakischen Außenministers Tariq Aziz im Juli 1983 in Ägypten, bei dem eine weitere Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten beschlossen wurde, stellt bisher den Höhepunkt dar. Der Krieg und die Schwächung Iraks machen es möglich: Re-Integration Ägyptens ins arabische Lager ausgerechnet mit Hilfe des Irak, der nach Abschluß des Camp-David-Abkommens den Boykott Ägyptens vorgeschlagen hatte.

Die Mitglieder der „Front der Standfestigkeit und Konfrontation" — Algerien, Libyen, Syrien, Südjemen und die PLO — verurteilten den Krieg zwischen Iran und Irak und den Irak als Aggressor. Der Krieg schwäche den Kampf der arabischen Staaten gegen Israel und lenke vom Palästinenser-Problem ab. Während Algerien und die PLO sich eher neutral/vermittelnd verhielten, schlugen sich Syrien und Libyen offen an die Seite Irans. Für das syrische Baath-Regime spielte dabei auch die Feindschaft zum irakischen Baath-Regime eine Rolle. Am schwersten getroffen wurde der Irak durch die Schließung der syrischen Grenze zum Irak einschließlich der durch Syrien führenden Pipelines, nachdem ein Wirtschaftsabkommen mit dem Iran Syrien 1982 von irakischen Öllieferungen unabhängig gemacht hatte (17).

Israel und die Imperialisten

Beide profitieren von der Zerrissenheit des arabischen Lagern und insbesondere von der Schwächung Iraks und Irans. Israel ist dabei besonders an einer Niederlage Iraks gelegen, die auf lange Sicht einen militärisch und wirtschaftlich starken potentiellen Gegner ausschaltet. Der israelische Blitzangriff auf den irakischen Atomreaktor Tamuz gehört in diesen Zusammenhang.

Vom Iran fühlt sich Israel trotz aller anti-israelischen Tiraden nicht ernsthaft bedroht. Schon in den ersten Tagen des iranisch-irakischen Krieges erfolgte ein Angebot des stellvertretenden israelischen Verteidigungsministers Mordechai Zippori an Iran, im Falle einer Änderung der antiisraelischen Haltung Waffen zu liefern. Trotz einiger israelischer und amerikanischer Dementis läßt sich festhalten, daß Israel dem Iran beträchtliche Waffenmengen hat zukommen lassen. Natürlich wurden diese Meldungen auch vom Iran dementiert — schließlich sollte laut iranischer Propaganda der Krieg gegen Irak den Weg „nach Jerusalem" freimachen.

Der israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon hatte im Mai 1982, der israelische Botschafter in den USA, Moshe Arens, im Oktober 1982 erklärt, Israel habe in Abstimmung mit den USA *„auf beinahe höchster Ebene"* amerikanische Waffen an den Iran geliefert. („SZ", 28.5. u. 22.10.82)

Im Juli 1983 veröffentlichte die französische Zeitung „Libération" Dokumente eines israelisch-iranischen Vertrages über Waffenkäufe im Wert von knapp 136 Mio. Dollar. Die israelischen Waffen hätten nicht wenig zu den Siegen der iranischen Armee im Frühjahr 1982 beigetragen (nach „LM", 13.7.83).

Die Schweizer Zeitung „Weltwoche" berichtete am 28. Juli 1983, daß in den letzten Monaten mehrere amerikanische Transportflugzeuge, auf dem Kennedy-Airport mit schwerer Militärausrüstung beladen, in Teheran eingetroffen seien (nach „LM"). — Im „MERIP-Report" berichtete Fred Halliday über die Reise einer iranischen Militärdelegation im Februar 1983 in die USA. Iranische Regierungsquellen berichteten, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Tudeh-Partei im Zusammenhang mit einer Militärmission Irans in die USA stehe, um von den USA dem Schah versprochene Waffen im Wert von 400 Mio. Dollar zu erhalten. (18). Über die Realisierung dieses Geschäfts wurde allerdings nichts bekannt. Sowohl Israel als auch die USA erhalten billiges Öl zu Dumping-Preisen aus dem Iran — es ist duchaus ein Tausch gegen Waffen vorstellbar. Die USA erklärten am 22.9.80 zu Beginn des Krieges eine „strikte Neutralität" und riefen die Sowjetunion auf, ihrem Beispiel zu folgen. Gleichzeitig verurteilten die USA den Irak als Aggressor und warnten, daß eine Annektierung der iranischen Erdölprovinz Khusistan durch den Irak als eine *Verletzung amerikanischer Interessen* betrachtet werden („New York Times", 21.10.80). — Auch nach dem iranischen Einmarsch im Irak 1982 wiederholten die USA ihre „neutrale" Haltung. Die USA behielten sich jedoch vor, „der Lage entsprechende Schritte" zu unternehmen, um die Sicherheit „ihrer Freunde in der Region" zu unterstützen. („NZZ", 17.7.82). Nach einem Besuch bei Einheiten der Rapid Deployment Force erklärte der amerikanische Verteidigungsminister, der Iran werde von einem „Haufen Irrer" regiert, deren Krieg gegen den Irak eine schwere Bedrohung für die Länder des Nahen Ostens sei. („SZ", 30.7.82). Die USA nahmen den iranisch-irakischen Krieg zum Vorwand, ihre militärische Präsenz in der Golfregion noch weiter zu verstärken. Hierzu zählen die AWACS-Flugzeuge für Saudi-Arabien, Militär- und Stützpunktabkommen mit Oman und Ägypten, verschiedene Manöver gemeinsam mit Ägypten, Oman, Somalia (Bright Star I bis III), und nicht zuletzt die Aufstellung der Rapid Deployment Forces (RDF). Mit der RDF, die bis zu 400.000 Mann umfassen sollen, machen die USA deutlich, daß sie sich nicht mehr auf Stellvertreter in der Region verlassen, sondern selbst die Kontrolle der Region übernommen haben. Als neuester Plan des US-Kriegsministeriums ist die Bildung neuartiger Infanterie-Divisionen vorgesehen. Nach Angaben der „Washington Post" sollen die Soldaten für klimatische und geographische Bedingungen trainiert werden, wie sie an der iranisch-sowjetischen Grenze im Zagros-Gebirge herrschen (nach „taz", 10.8.83; vgl. auch „SZ", 19.10.83).

Zusäzlich findet auch weiterhin die Aufrüstung der Staaten der Region statt. So bilden die USA schon seit 1981 eine jordanische Eingreiftruppe aus, die im Krisenfall in Ländern der Golfregion zum Einsatz kommen soll. In einer Geheimvorlage für den amerikanischen Kongreß forderte Reagan zur Finanzierung 225 Mio. Dollar („taz", 10.8.;„SZ", 19.10.83). Nach dem Sturz des Schah-Regimes fand im Oktober 1979 ein „Sicherheitstreffen" der Golfstaaten Bahrein, Kuwait, Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate und Saudi-Arabien statt. Der Irak war nicht dabei, dafür Oman, das wiedeholt betont hatte, daß die Sicherheit der arabischen Golfstaaten am besten in Zusammenarbeit mit den USA zu gewährleisten sei. Nach Beginn des irakisch-iranischen Krieges wurde im Februar 1981 von diesen Staaten der sogenannte Golfkooperationsrat (GCC) gebildet. Direkt im Anschluß an die gemeinsamen Manöver von USA, Ägypten, Sudan, Somalia und Oman im August und September dieses Jahres und vor Manövern der britischen Armee in Ägypten und Sudan Ende Oktober fand das erste gemeinsame Manöver des GCC unter kriegsmäßigen Bedingungen statt. Es sollte nicht unterschlagen werden, daß neben den USA vor allem die BRD, Frankreich und Großbritannien zu den militärischen Ausstattern dieser Staaten gehören.

Balance-Akt der Sowjetunion

Die Sowjetunion ist durch den irakisch-iranischen Krieg in eine schwierige Situation gebracht worden. Deutlich ist ihr Interesse an guten Beziehungen sowohl zum Irak als auch zum Iran, um dem Einfluß des Westens im Golfgebiet etwas entgegensetzen zu können. Deutlich ist aber auch, daß umgekehrt dieses Interesse nicht besteht. Mit dem Irak besteht zwar seit 1972 ein Freundschaftsvertrag — der Irak ist jedoch bemüht, im Zuge seiner Ausrichtung auf den Westen den Einfluß der Sowjetunion zu beschränken. Die Entscheidung zum Krieg traf der Irak nach Beratungen mit den Golfstaaten, aber ohne Beratung mit der Sowjetunion. Am 22.9.80, dem Tag des irakischen Einmarsches in Iran, besuchte der stellvertretende irakische Ministerpräsident Tariq Aziz die Sowjetunion. Lt. der sowjetischen Zeitung "Izvestija" erklärte dabei die Sowjetunion, der Irak sollte seine Probleme mit Iran auf dem Verhandlungswege klären, da ein bewaffneter Konflikt nur den USA diene. Zusagen über Waffenlieferungen wurden nicht bekannt. Mitte März 1981 erklärte der irakische Verteidigungsminister, daß die Sowjetunion nach dem Ausbruch der Kämpfe im September keine Waffen mehr an den Irak geliefert habe. Am 6.10.80 unterzeichnete die Sowjetunion mit Syrien, dem Erzfeind Iraks, einen Freundschaftsvertrag. Nach dem israelischen Angriff auf das irakische Atomkraftwerk am 7.6.81 vereinbarten Irak und die Sowjetunion die Wiederaufnahme der sowjetischen Waffenlieferungen, die ab September 1981 erfolgten. (19). Offensichtlich fiel die sowjetische Waffenhilfe aber nicht so aus, wie es der Irak sich wünschte. Nach dem iranischen Vormarsch im Irak schrieb die Beiruter Zeitung „An Nahar", der Irak wolle seinen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion kündigen, falls diese ihren Vertragsverpflichtungen nicht nachkomme (nach „SZ", 19.7.82). Ende Januar 1983 erklärte der irakische Präsident Saddam Hussein, daß die Sowjetunion nun wieder „vertragsgemäß" Ersatzteile für die sowjetischen Waffen der irakischen Armee liefere („NZZ", 2.2.83).

Schon zu Schah-Zeiten bemühte sich die Sowjetunion um gute Beziehungen zum Iran. Dies setzte sich unter dem Khomeiny-Regime fort. Der Iran ist ein Nachbarland, das eine sehr lange Grenze zur Sowjetunion hat; es ist die „natürliche Route" der Sowjetunion zum Golf und zum Indischen Ozean (und umgekehrt!). Die Sowjetunion hoffte, die strategischen Vorteile, die der Sturz des Schah-Regimes mit sich brachte (Auflösung des CENTO-Paktes, Reduzierung der militärischen US-Präsenz im Iran, d.h. auch von Kontrollposten im Grenzgebiet usw.) zu bewahren und die im Vergleich zum Irak geringere pro-westliche Ausrichtung des Iran für sich zu nutzen. Doch der Iran bewies, daß eine verbale antiimperialistische Haltung noch keine Orientierung auf die Sowjetunion bedeutet. Der Angriff des Iran auf en Irak im Juli 1982, die Stärkung der antikommunistischen Hodjatieh in der iranischen Führung und schließlich die Repression gegen die pro-sowjetische Tudeh-Partei bewirkten eine Änderung der sowjetischen Haltung: Die sowjetische Regierung forderte Syrien auf, die Militärhilfe für den Iran einzustellen, seine Militärberater aus dem Iran zurückzurufen und keine Waffen sowjetischer Bauart mehr an den Iran zu liefern. Syrien solle die über syrisches Gebiet führende Pipeline aus dem Irak wieder öffnen. Dies berichtete die in London erscheinende arabische Zeitung „Al Najalla" unter Berufung auf „informierte arabische Kreise". Darüberhinaus solle Syrien auf sowjetischen Wunsch der Aufnahme von Flüchtlingen der iranischen Tudeh-Partei zugestimmt haben (nach „taz", 6.6.83). Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete von einem „getrübten Verhältnis" zwischen Libyen und dem Iran. Libyens Staatschef Ghadafi habe gegen die antikommunistische Kampagne des Iran protestiert; Libyen habe viele Mitglieder der Tudeh-Partei aufgenommen. („SZ", 27.9.).

Nahost-Kommission

Anmerkungen

1) vgl. AK 186, 7.10.80
2) vgl. AK 58, April 1975
3) Abbas Kelidar: Iraq and the superpowers. In: FES (Hg.): Der irakisch-iranische Konflikt. Bonn 1982. S. 36
4) entfällt
5) und 6) Peter Hünseler: Der Irak und sein Konflikt mit Iran. 1982
7) vgl. AK 177, 19.5.80
8) P. Hünseler, s.o.
9) Arnold Hottinger: Der iranisch-irakische Konflikt. In: FES (Hg.), s.o.
10) „SZ", 13.4.83; Fred Halliday: Year IV of the Islamic Republic, in: MERIP-Report Nr. 113 v. März/April 1983
11) So der iranische Staatspräsident Ali Khamenei, „LM", 26.10.82
12) „LM", 23.9.82; „SZ", 15.4.82 u. 23.8.83; Fred Halliday, s.o.
13) „NZZ", 1.10.83; „FR", 17.10.83; „LM", 12. u. 14.10.83
14)-17) P. Hünseler, s.o.
18) Fred Halliday, s.o.
19) P. Hünseler, s.o.; vgl. EL Sayed Yassin: The Iraqi-Iranian conflict. In: FES (Hg.), s.o. S. 74f

US-Arbeiter contra Reagan

Im August 1983 streikten eine Million Arbeiter und Angestellte in den USA. 700.000 beteiligten sich am nationalen Streik der Telefonarbeiter zur Sicherung der Arbeitsplätze bei der Einführung neuer Technologien. Daneben werden zahllose kleine Streiks geführt wie der seit fast zwei Jahren andauernde Arbeitskampf der 1.500 Metaller von Brown & Sharpe (Rhode Island).

Mehrere zehntausend Gewerkschafter beteiligten sich an der vom AFL/CIO nur halbherzig unterstützten Demonstration Ende August für „jobs, peace and freedom" (Arbeit, Frieden und Freiheit) aus Anlaß des 20. Jahrestages des Marsches der „Poor People Campaign" auf Washington. Über 800.000 Gewerkschafter warem am traditionellen Labour Day (5.9.) in etwa 150 Städten auf den Straßen. Für New York waren 250.000 Teilnehmer erwartet worden, tatsächlich kamen 425.000. In Detroit demonstrierten 100.000 (1982: 15.000), in Chikago 40.000 usw.

Die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO hatte bewußt auf eine Dezentralisation der Aktionen am diesjährigen Labour Day gesetzt. An wirkungsvollen Massenaktivitäten ist ihr nicht gelegen. Lane Kirkland, der erste AFL/CIO-Präsident nach George Meany ist trotz zahlreicher Proteste aus diversen Gewerkschaften nach wie vor Mitglied der von Kissinger geleiteten Zentralamerika-Kommission und deckt in dieser Funktion den Kriegskurs Reagans in dieser Region. Obwohl die Politik der Zugeständnisse und der Vergabe gewerkschaftlicher Gelder an „notleidende Unternehmen" völlig gescheitert ist, weigert sich der AFL/CIO die Klassenkollaboration zu beenden. Ungeachtet der bösen Erfahrungen mit Carter versucht die AFL/CIO-Führung derzeit jede Mobilisierung für den von Kirkland persönlich unterstützten demokratischen Präsidentschaftskandidaten Mondale zu benutzen.

Interview mit John Black

Inhalt unseres Arbeiterkampf-Interviews mit John Black, einem linken Gewerkschaftsaktivisten, ist die Darstellung der US-Gewerkschaftspolitik und der „ökonomische Aufschwung" unter Reagan.

Das Interview wurde am 22.8.83 in State College, Pennsylvania in deutscher Sprache aufgenommen. John Black wurde in Berlin geboren, kämpfte als Mitglied der KPD und später der trotzkistisch orientierten „Linken Opposition", bis er 1939 Deutschland verlassen mußte. Er war 1959 einer der Gründer der Krankenhausarbeiter-Gewerkschaft 1199, die heute eine der progressivsten Gewerkschaften in den USA ist. Seit 1959 saß John Black etliche Male wegen verbotener Organisierungstätigkeit im Knast. Er ist Präsi-

Interview mit John Black

Inhalt unseres Arbeiterkampf-Interviews mit John Black, einem linken Gewerkschaftsaktivisten, ist die Darstellung der US-Gewerkschaftspolitik und der „ökonomische Aufschwung" unter Reagan.

Das Interview wurde am 22.8.83 in State College, Pennsylvania in deutscher Sprache aufgenommen. John Black wurde in Berlin geboren, kämpfte als Mitglied der KPD und später der trotzkistisch orientierten „Linken Opposition", bis er 1939 Deutschland verlassen mußte. Er war 1959 einer der Gründer der Krankenhausarbeiter-Gewerkschaft 1199, die heute eine der progressivsten Gewerkschaften in den USA ist. Seit 1959 saß John Black etliche Male wegen verbotener Organisierungstätigkeit im Knast. Er ist Präsi-**dent der 1199 Krankenhausarbeiter-Gewerkschaft in Pennsylvania, Vize-Präsident der Nationalen Krankenhausarbeiter-Gewerkschaften (1199 — National Union of Hospital an Health Care Employes).**

Krieg gegen die Gewerkschaften

„Wir stehen wahrscheinlich in einem Kampf ums Überleben", sagte der Vorsitzende der Stahlarbeitergewerkschaft nach dem Machtantritt Reagans. Ein halbes Jahr später wurde die Fluglotsengewerkschaft PATCO aus Anlaß ihres Streiks im Sommer 1981 kaltblütig zerschlagen. Was wurde anders seit Reagan?

John Black: Es ist richtig, daß seit dem Antritt Reagans ein scharfer Krieg gegen Gewerkschaften geführt worden ist. Wir verlieren viele unserer Rechte, und zwar täglich. Reagan ist der zweite Präsident in diesem Jahrhundert, der eine Gewerkschaft zerstört hat. Vor ungefähr 50 Jahren war es Präsident Cleveland, der aus Anlaß des Polizeistreiks in Boston die Polizeigewerkschaft damals zerbrochen hat. Und seitdem war es eigentlich nicht üblich für einen Präsidenten der USA, so ganz offen gegen eine Gewerkschaft aufzutreten. Auch bisherige Republikaner und Demokraten an der Regierung haben die bestehenden Gesetze gegen die Gewerkschaften ausgelegt, aber immer unter dem Deckmantel der Neutralität. Aber Präsident Reagan hat ganz offen und ehrlich dem von ihm repräsentierten Teil der Gesellschaft gedient, indem er eine Gewerkschaft zerschlagen hat.

Noch heute sitzen Führer dieser Gewerkschaft in den Gefängnissen. 15.000 Menschen verloren ihre Arbeit und können in ihrem Beruf nie wieder angestellt werden. Die Fluglotsen — eine ganz konservative Schicht der Arbeiterklasse, sehr hoch bezahlt, sehr verwöhnt, und sehr mit Samthandschuhen angefaßt — hatten Reagan in der Präsidentschaftswahl unterstützt, weil er versprochen hatte, sich um ihre Extraprobleme zu kümmern. Er hat sie jedoch verraten und weil sie keinen Ausweg sahen haben sie eben gestreikt. Sie dachten, der Streik könne nicht mehr als zwei oder drei Tage dauern, denn wie kann man ohne Fluglotsen auskommen? Aber es kam anders. Die moderne Technologie macht es sehr gut möglich, ohne hochqualifizierte Menschen auszukommen. Die Armee brauchte nur für kurze Zeit als Streikbrecher eingesetzt zu werden. In der Zwischenzeit haben sie ganz ungeschulte Menschen genommen, denen auf die Schnelle beigebracht wurde, als Fluglotsen zu arbeiten. Die Aristokratie der Arbeiterklasse also hatte auf einmal ihr Feudalrecht verloren. Da war

hen angefaßt — hatten Reagan in der Präsidentschaftswahl unterstützt, weil er versprochen hatte, sich um ihre Extraprobleme zu kümmern. Er hat sie jedoch verraten und weil sie keinen Ausweg sahen haben sie eben gestreikt. Sie dachten, der Streik könne nicht mehr als zwei oder drei Tage dauern, denn wie kann man ohne Fluglotsen auskommen? Aber es kam anders. Die moderne Technologie macht es sehr gut möglich, ohne hochqualifizierte Menschen auszukommen. Die Armee brauchte nur für kurze Zeit als Streikbrecher eingesetzt zu werden. In der Zwischenzeit haben sie ganz ungeschulte Menschen genommen, denen auf die Schnelle beigebracht wurde, als Fluglotsen zu arbeiten. Die Aristokratie der Arbeiterklasse also hatte auf einmal ihr Feudalrecht verloren. Da war nichts mehr mit Aristokratie — die waren arbeitslos, z.T. im Gefängnis.

In Polen (hier wird sehr viel über die armen polnischen Gewerkschaftler gesprochen) ist der Leiter der Solidarnosc vor ein paar Wochen auf einen Monat Ferien zum Angeln gegangen. Hier im Lande sitzen die Fluglotsenführer noch heute im Gefängnis und werden in den Zeitungen überhaupt nicht erwähnt.

AK: Du sagst, ihr verliert täglich Rechte. Was ist darunter zu verstehen?

John Black: Die Gesetze sind zwar dieselben wie früher. Aber Reagan hat ganz konsequent alle Machtpositionen mit rechtstendierenden Politikern besetzt, die die Gesetze ganz scharf verwalten. Wenn wir z.B. in einem Konflikt mit einem Untennehmer stehen und er verletzt das Arbeitsgesetz, dann wird er nicht schuldig befunden, weil die Leute, die das untersuchen, gezielt von Reagan in diese Position gesetzt wurden. Insbesondere im Zusammenhang mit Streiks entscheiden immer mehr Gerichte gegen uns.

AK: Das dürfte auch die Kapitalisten ermutigen, ihrerseits härter vorzugehen

John Black: Das ist absolut richtig. Bereits unter Carter wurde es üblich für Unternehmen, sich nach Möglichkeit gewerkschaftsfrei zu machen. Das war so ein großer Slogan: Wir wollen eine gewerkschaftsfreie Atmosphäre haben. Es gibt inzwischen viele Organisationen, die sich auf das Gewerkschaftsbrechen spezialisieren.

AK: Du meinst auf Streikbrechen?

John Black: Nein — Gewerkschaftsbrechen. Es kann u.a. auch ein Streik sein, den sie brechen, Streikbrecher sind hier gut bezahlt und selten arbeitslos. Aber Gewerkschaftsbrecher, „union buster", das sind Rechtsanwälte, Werbemanager und junge, geschickt auftretende Unternehmer. Die arbeiten zusammen mit Ex-Gewerkschaftsfunktionären, die abgesetzt worden oder rausgeflogen sind, die sich aber auskennen. Das sind ganze Organisationen, die angesetzt werden. Wenn wir z.B. darangehen, ein Krankenhaus zu organisieren, das heute noch unorganisiert ist (wie ja vieles hier im Lande zum größten Teil noch unorganisiert ist), dann mietet der Unternehmer so eine Firma und die benutzen gegen uns die Gesetze, die Gerichte, Schlägerbanden mit Fäusten und Eisenruten, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Radiosprecher und rechte populäre Prediger. Und dann stehen wir dem Gericht, der Polizei, dem Unternehmer und dem lieben Gott gegenüber und da sind wir natürlich manchmal umringt und überflügelt. Es lohnt sich manchmal für den Unternehmer, enorme Summen dafür auszugeben.

AK: Werden die „union buster" auch gegen bestehende Gewerkschaftsstrukturen eingesetzt?

John Black: Selbstverständlich. Die Unternehmer können beantragen, daß die Belegschaft per Abstimmung über die Auflösung der Gewerkschaft entscheidet. Derartige Anträge gibt es derzeit in einem viel größeren Maße als je zuvor. Wir haben Unternehmen in unserem Bereich, die versuchen das ab und zu. Wir haben das in der Regel immer zurückgeschlagen. Aber es wird schwerer und schwerer, die sind inzwischen viel raffinierter. Wir haben z.B. in einer Stahlindustriegegend nördlich von Pittsburgh eine sehr scharfe Krise durchgemacht. Die Stahlindustrie in dieser Stadt hatte keine Gewerkschaft, während das Krankenhaus jedoch dort von uns organisiert worden war. Mit einer ganz kleinen Mehrheit hatten wir die Wahlen gewonnen. Die Besitzer der gewerkschaftsfreien Stahlindustrie übernahmen aber die Verwaltung des Krankenhauses und heuerten eine Firma zum Gewerkschaftsbrechen und einen sehr volkstümlich auftretenden Prediger an. Der Prediger hat während der Arbeit die Belegschaft zusammengeholt (da man ja bezahlt wurde, mußte man gehen) und er hat dann mit den Leuten gegen die Gewerkschaft gebetet. Und der hat so lange gebetet, bis alle mitgebetet haben. Nach dem Gebet wird man meistens begraben und auch hier wurde die Gewerkschaft kurz darauf begraben, allerdings nach einer ganz knappen Abstimmung. Das war

schwerer und schwerer, die sind inzwischen viel raffinierter. Wir haben z.B. in einer Stahlindustriegegend nördlich von Pittsburgh eine sehr scharfe Krise durchgemacht. Die Stahlindustrie in dieser Stadt hatte keine Gewerkschaft, während das Krankenhaus jedoch dort von uns organisiert worden war. Mit einer ganz kleinen Mehrheit hatten wir die Wahlen gewonnen. Die Besitzer der gewerkschaftsfreien Stahlindustrie übernahmen aber die Verwaltung des Krankenhauses und heuerten eine Firma zum Gewerkschaftsbrechen und einen sehr volkstümlich auftretenden Prediger an. Der Prediger hat während der Arbeit die Belegschaft zusammengeholt (da man ja bezahlt wurde, mußte man gehen) und er hat dann mit den Leuten gegen die Gewerkschaft gebetet. Und der hat so lange gebetet, bis alle mitgebetet haben. Nach dem Gebet wird man meistens begraben und auch hier wurde die Gewerkschaft kurz darauf begraben, allerdings nach einer ganz knappen Abstimmung. Das war das einzige Mal, daß das bei uns passiert ist. Unsere Leute sind allerdings noch sehr gewerkschaftlich eingestellt und noch nicht enttäuscht von der Gewerkschaft. In manchen Industrien gibt es natürlich schon eine Verkalkung in den Gewerkschaftsapparaten, die es dem Unternehmer leichter macht, die Belegschaft umzustimmen.

Gewerkschaften und Krise

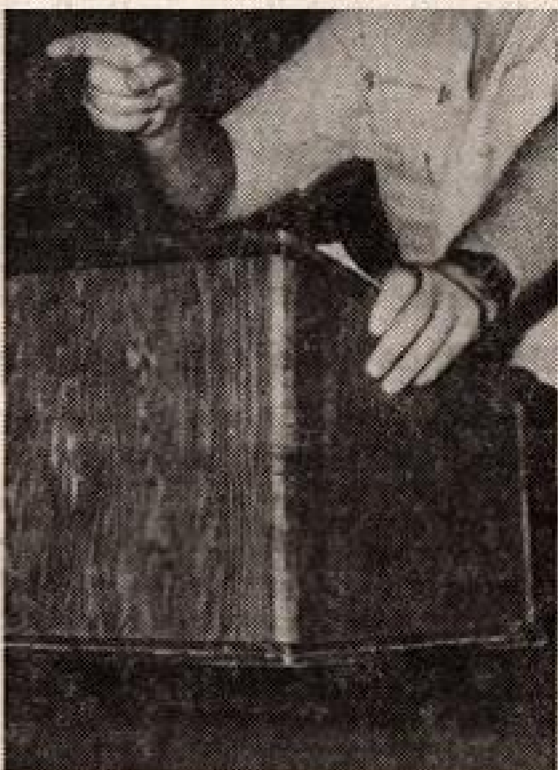
AK: Wohin marschiert der AFL/CIO in der Krise?John Black: Ich würde das nicht so einfach beantworten können. Seit dem Verschwinden Meanys aus der AFL/CIO-Leitung 1980 hat die in seinem Schatten aufgewachsene neue Leitung der Gewerkschaft angefangen, etwas zu atmen. Sein Druck war sehr groß. Wo er mit dem Hammer hinschlug, wuchs kein Gras mehr. Jetzt gibt es mehrere Strömungen in der obersten Schicht der Gewerkschaft. Zum größten Teil Strömungen in Richtung links, aber nicht links im europäischen Sinne, sondern im amerikanischen Sinne, was immer noch sehr weit rechts ist. Es gibt da z.B. Sozialdemokraten, die sind bei uns schon die ganz Linken. Meany war mit den Geheimdiensten verbündet und hat immer den rechten Flügel der us-amerikanischen Außenpolitik vertreten. Alle außenpolitischen Positionen wurden von ihm mit ganz scharfen Antikommunisten besetzt. Und diese Leute sitzen (soweit sie noch leben) noch immer in den verschiedenen außenpolitischen Positionen der us-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Der Nachfolger Meanys, Kollege Kirkland, geht etwas raffinierter vor. Er läßt Sozialdemokraten und linken Demokraten etwas mehr Spielraum. Es gibt rechte Strömungen und linke Strömungen während es früher nur eine Strömung gab: Meanys Strömung.

AK: Kannst Du die sozialdemokratische Strömung näher kennzeichnen?

John Black: Die Gewerkschaft der öffentlichen Dienst könnte man als sozialdemokratisch bezeichnen. Ihr neuer Leiter tendiert zur Sozialdemokratie. Er ist linker Demokrat und will Reformen. Er will keinen Krieg, bzw. wenn, dann nur mit alten Kanonen, nicht mit Neutronenbomben. Er ist natürlich gegen die sozialistischen Länder, aber man soll verhandeln, man soll nicht gleich auf den Knopf drücken. Er stellt progressive Gewerkschaftler in der Verwaltung der Gewerkschaft an und — was in manchen anderen Gewerkschaften gar nicht möglich wäre: Man kann auch mit sozialistischen Ideen dort arbeiten. Bei den Tagungen der Gewerkschaft gibt es offene Antikriegsströmungen, die toleriert werden. Das Ventil ist also etwas gelockert. Es sind auch viele Schwarze und rassische Minderheiten in dieser Gewerkschaft organisiert, was schon allein einen großen Unterschied ausmacht.



John Black: (Foto: B. Dapp)



John Black: (Foto: B. Dapp)

AK: Hängt die Massenmobilisierung der Gewerkschaften gegen Reagan anläßlich des Solidarity-Day im September 1981 mit dem Führungswechsel innerhalb des AFL/CIO zusammen? (Anm. AK: Ende 1980 kam Reagan an die Macht. Mit 500.000 Teilnehmern war die zentrale AFL/CIO-Demonstration in Washington Anfang September 1981 die erste machtvolle Antwort der Gewerkschaften auf die Reagan-Politik).

John Black: Nein. Krikland wurde von Reagan sehr höhnisch angesehen: Um die Gewerkschaften kümmert sich doch heute kein Aas mehr, selbst eure Mitglieder kümmern sich nicht um euch Gewerkschaftler. Da sagte Kirkland: Dann kommen wir dich mal besuchen. Und er hat einen Aufruf an die Gewerkschaften gemacht. Er war völlig erstaunt, daß die Leute tatsächlich gekommen sind. Und zwar waren es so viele, daß er es nie mehr machen wird. Denn nächstes Mal würden noch mehr kommen und und die Flut ginge über seinen Kopf. Diese Flut fürchtet er ja genauso, wie Reagan sie fürchtet. Aber er mußte etwas zeigen. Er mußte sich selbst überzeugen, daß hinter dem General auch eine Armee steht. Und die Armee stand und kam. Und das hatte ihn ein bißchen erschreckt, daß er so viele Soldaten hinter sich hatte. Auch die konservativen „Business Gewerkschaften" (also diejenigen mit der Theorie, daß die Gewerkschaft ein „Big Business" ist) sind gekommen. Auch die fühlten sich von Reagan angegriffen. Früher wurde man eingeladen ins Weiße Haus zum Diner und man wurde gefragt — was meint ihr denn. Und dann machte der Präsident immer was er wollte, aber er hat sie jedenfalls gefragt. Und die sind heute schrecklich enttäuscht: Der fragt sie gar nicht mal, sondern macht sich über sie lustig und sagt: Ihr könnt keine Katze hinterm Ofen hervorlocken. Da kam eine halbe Million Kätzchen nach Washington. Und zwar ohne große Anstrengungen.

AK: Was ist in der Regel die Antwort des AFL/CIO auf die Wirtschaftskrise?

John Black: Kopfschütteln. Die haben keine Antwort. Die wissen auch nicht, was los ist. Die Leitung des AFL/CIO entläßt Mitarbeiter. Das ist ihre Antwort. Die meisten Gewerkschaften haben viele Leute entlassen.

AK: Weil es weniger Beiträge gibt ...

John Black: Einmal das, und weil die oberen Etagen ihre Löhne nicht kürzen wollen. Da haben sie einfach ihre Leute entlassen. Sie haben kein Konzept. Es ist auch nicht ihre Sache. Denn ihnen gehört die Industrie ja nicht. Sie haben da gar keinen Einfluß und sagen nur: Tja, ist doch eigentlich schrecklich, daß ihr euer Geld nicht hier anlegt, bei uns, und uns Arbeit gebt. Der Kapitalist, der Aktien in der Stahlindustrie hat und daran verdient, legt doch das Geld heute da an, wo der Profit größer ist. Und da sagt der Stahlarbeiter und der Gewerkschaftsführer: Legt's doch wieder in der Stahlindustrie an, denn dort habt ihr's ja verdient. Das ist aber gegen jedes Naturgesetz der Wirtschaft.

In verschiedenen Branchen haben sie Verzichtspolitik betrieben und dann dafür einen Tritt in den Hintern bekommen. Die Industrien, denen gegenüber die größten Konzessionen seitens der Arbeiter gemacht wurden, haben ihre Profite hinterher in ganz anderen Bereichen angelegt. Die Stahlindustrien z.B. haben Öl aufgekauft aus ihren Profiten. Den Stahl nehmen sie jetzt aus Schottland. Oder es wurden Fabriken geschlossen, nachdem die Arbeiter Konzessionen gemacht haben. Das Kapital geht eben nicht dorthin, wo es geschaffen wurde, sondern dorthin, wo die größere Profitrate ist. Und das ist ganz normal. Aber das enttäuscht die Leute sehr, die das nicht verstehen.

AK: Was ist mit dem Konzept der Arbeitszeitverkürzung gegen Massenarbeitslosigkeit?

John Black: Da ist jetzt sehr wenig die Rede von.

AK: Was ist mit Vorschlägen wie: Investitionslenkung, Verstaatlichung bestimmter Sektoren usw.?

über die größten Konzessionen seitens der Arbeiter gemacht wurden, haben ihre Profite hinterher in ganz anderen Bereichen angelegt. Die Stahlindustrien z.B. haben Öl aufgekauft aus ihren Profiten. Den Stahl nehmen sie jetzt aus Schottland. Oder es wurden Fabriken geschlossen, nachdem die Arbeiter Konzessionen gemacht haben. Das Kapital geht eben nicht dorthin, wo es geschaffen wurde, sondern dorthin, wo die größere Profitrate ist. Und das ist ganz normal. Aber das enttäuscht die Leute sehr, die das nicht verstehen.

AK: Was ist mit dem Konzept der Arbeitszeitverkürzung gegen Massenarbeitslosigkeit?

John Black: Da ist jetzt sehr wenig die Rede von.

AK: Was ist mit Vorschlägen wie: Investitionslenkung, Verstaatlichung bestimmter Sektoren usw.?

John Black: Hier wurde z.B. in der Stadt Pittsburgh ein Gesetz durchgebracht, wonach eine Industrie nicht geschlossen werden kann, ohne daß man

Fortsetzung nächste Seite

Einige Erläuterungen zu dem Interview:

— In den USA gibt es über 200 verschiedene Gewerkschaften, von denen etwas mehr als 100 im Dachverband AFL/CIO zusammengeschlossen sind. Die CIO umfaßt die Gewerkschaften der (ungelernten) Industriearbeiter und entstand aus den militanten Arbeiterkämpfen der 30er Jahre. Die AFL vertritt die traditionellen Handwerkerberufe. Beide Zweige schlossen sich Mitte der 50er Jahre zusammen. Die Politik des AFL/CIO wurde über Jahrzehnte hinweg von ihrem stockreaktionären Präsidenten George Meany bestimmt, der 1980 den Löffel weglegte.

— Seit 1935 stellen sich in den USA die Gewerkschaften bzw. sonstige Arbeiterverbände zur Wahl. Die Unternehmer sind gesetzlich verpflichtet, diejenige Gruppe als Tarifpartner anzuerkennen, die die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt hat. Hat die Gewerkschaft die Mehrheit bekommen, kann kein Beschäftigter des Betriebs sich weigern, ihr beizutreten, d.h. Beiträge zu zahlen. Der gewerkschaftlich organisierte Betrieb („union shop") garantiert so den finanziellen Rückhalt für die Gewerkschaftstätigkeit. Eine Verordnung aus den 40er Jahren gibt den Bundesstaaten jedoch die Möglichkeit, „union shops" für ungesetzlich zu erklären, d.h. nur die individuelle Gewerkschaftsmitgliedschaft zuzulassen. Zwanzig Bundesstaaten, vorwiegend im Süden, haben von dieser kapitalistenfreundlichen Klausel Gebrauch gemacht.

Fortsetzung von vorheriger Seite

die Arbeiter 3 — 6 Monate vorher warnt. Gerichtlich wurde nun entschieden: Dieses Gesetz ist gegen die Verfassung. Man kann einen Unternehmer nicht so binden. Eigentumsverhältnisse sind in den USA heilig.

AK: Auch für den AFL/CIO?

John Black: Da wird vielleicht mal gepustet und wenn das Gebäude nicht gleich umfällt wird nicht mehr daran gerüttelt. Das ist etwas, wo sie sich ganz einfach nicht rantrauen. Da gibt es z.B. die Kirchen, die außerhalb der Gewerkschaften stehen. Die trauen sich schon aus ethischen Gründen eher an dieses Thema heran: Profit und Eigentum sei doch nicht so wichtig wie die Menschenwürde und das Menschenleben. Aber politisch kann man das hier nicht machen. Das kann ein Prediger sagen, aber nur am Sonntag und von der Kanzel, und dann sagen alle: Ja, das ist richtig. Das ist aber keine Alltagspolitik, das ist Sonntagspolitik. Eigentumsverhältnisse werden nicht angetastet. Das Berühren mit den Pfoten ist verboten, wenn es das Eigentum betrifft.

AK: Im Detroiter Hauptquartier der Automobilarbeitergewerkschaft sah ich Plakate mit der Aufschrift: Kauft nur amerikanische Autos ...

John Black: Das ist natürlich die erste Reaktion. Man soll keine fremden Wagen kaufen. Viele rückständigen Arbeiter glauben noch heute daran.

AK: Bergen solche Parolen nicht die Gefahr rassistischer Mobilisierung gegen ausländische Kollegen?

John Black: Ja und nein. Selbstverständlich gibt es da Gefahren. Z.B. wurde in Detroit ein chinesischer US-Arbeiter totgeschlagen, weil ihn jemand für einen Japaner hielt und dachte, wenn es euch nicht gäbe, hätte ich Arbeit. Aber ich glaube, das ist die Ausnahme. Bei Euch arbeiten überwiegend Türken. Hier gibt es jede Nationalität im Lande: Es gibt den schwarzen Amerikaner, den spanisch-sprechenden Amerikaner oder in der Autoarbeitergewerkschaft auch arabisch-sprechende Amerikaner oder Arbeiter polnischer, italienischer oder deutscher Herkunft. Die meisten lebten noch vor ein oder zwei Generationen in diesen Ländern. In den Industrien ist es also gar nicht so leicht, Fremdenhaß zu schüren. In den Agrargebieten ist es vielleicht etwas leichter. Z.B. gibt es z.Zt. in Kalifornien eine Konkurrenz der Schwarzen, die Landarbeit suchen gegenüber den spanisch-sprechenden Landarbeitern, die früher die Arbeit immer machten, weil sie sehr schlecht bezahlt und sehr schwer ist. Die Schwarzen hatten damals noch Arbeit in der Industrie. Das gibt es natürlich, daß man nach unten gedrückt wird. Aber ansonsten gilt, daß der Fremdenhaß hier schwer zu schüren ist.

Innergewerkschaftliche Opposition

AK: Gibt es innerhalb der Trade Union oppositionelle bzw. alternative Ansätze zur Vorstandspolitik des AFL/CIO?

John Black: Na ja, da gibt es fast gar keine wirkliche Alternative, das muß man ganz ehrlich und ohne Illusionen sagen. Ebenfalls gibt es fast keine bewußte marxistische Opposition in den Gewerkschaften. Es gibt hier und da reformistische Ansätze und es gibt natürlich auch Funktionäre, die Marxisten sind. Das wissen aber die Mitlgieder der Gewerkschaft nicht.

AK: Gibt es in der Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie Reformbestrebungen?

John Black: Es gab eine solche Strömung innerhalb der Bergarbeitergewerkschaft, die aber nur für demokratische Rechte der Mitglieder innerhalb der Gewerkschaft eintrat. Die beschäftigten sich mit den politischen Dingen im Lande jedoch überhaupt nicht und sind inzwischen in der Versenkung verschwunden. Es gibt ferner in der Transportarbeitergewerkschaft eine ganz kleine Opposition von Leuten, die die korrumpierten Leiter der Gewerkschaft rausschmeißen wollen. Es gibt innerhalb der Stahlarbeitergewerkschaft hier und da ganz kleine Ansätze, die Gewerkschaften reformieren zu wollen. Es ist derartigen Initiativen aber nicht gelungen, Fuß zu fassen in den Gewerkschaft. Sie spielen keine Rolle.

AK: Gibt es Ansätze zur Überwindung der Spaltung in Beschäftigte und Arbeitslose?

John Black: Es gibt Versuche, nicht die Arbeitslosen organisatorisch zu erfassen, sondern den Arbeitslosen zu helfen und zwar ganz primitiv: Man sammelt Nahrungsmittelkonserven zur Verteilung an die Arbeitslosen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Andererseits ist es sehr wichtig, daß die Gewerkschaften Verbindungen mit den Arbeitslosen aufrechterhalten. Wenn wir z.B. eine Tarifverhandlung haben und mit einem Streik drohen, setzt der Unternehmer eine Annonce in die Zeitung und dann kommen in einem Betrieb mit 100 Arbeitern 5.000, die sich für die Stelle anmelden. Dann ist die Tarifverhandlung etwas erschwert. Und das passiert hier jeden Tag.

In den 30er Jahren gab es hier sehr kampfbereite Arbeitslosen-Organisationen — die gibt es diesmal noch nicht. Das liegt daran, daß die Arbeiter im allgemeinen hier die Krise doch als

Unternehmer eine Annonce in die Zeitung und dann kommen in einem Betrieb mit 100 Arbeitern 5.000, die sich für die Stelle anmelden. Dann ist die Tarifverhandlung etwas erschwert. Und das passiert hier jeden Tag.
In den 30er Jahren gab es hier sehr kampfbereite Arbeitslosen-Organisationen — die gibt es diesmal noch nicht. Das liegt daran, daß die Arbeiter im allgemeinen hier die Krise doch als

vorübergehend betrachten.

Aufschwung?

AK: Wie bewertest Du den viel zitierten ,,Aufschwung'' in den USA?

John Black: Es gibt in manchen Teilen der Wirtschaft einen Aufschwung und der wird auch nur vorübergehend sein. Es ist aber falsch zu sagen, daß ein wirklicher Aufschwung stattgefunden hat. Es gibt sehr viele Beweise für das Gegenteil, z.B. große Entlassungen in anderen Industriezweigen, die aber in den Zeitungen nie groß herausgestellt weden. Der Aufschwung ist in erster Linie in der Presse, wenn auch die Arbeitslosenziffern etwas heruntergegangen sind. Bei diesen Ziffern handelt es sich um die Menschen, die Arbeitslosenunterstützung bekommen. Bei vielen ist diese Arbeitslosenunterstützung ausgelaufen und schon deshalb gehen die Ziffern herunter.

AK: Die offizielle Arbeitslosenquote von 10% bezieht sich nur auf die, die Unterstützung erhalten?

John Black: Ja, eben. Das ist völliger Schwindel. 20% ist schon eine richtigere Ziffer. Viele haben schon ihre Unterstützung verloren und viele waren ja nur teilbeschäftigt und man ist ja nicht arbeitslos, wenn man 10 Stunden in der Woche arbeitet.

AK: Ein ,,Aufschwung'' also wie bestellt für die anstehende Präsidentschaftswahl?

John Black: Absolut. Es wird ein großer Wirbel gemacht nach dem Motto: Alles wird jetzt besser. Es hat also geklappt mit der Reagan-Politik. Ich glaube an die Verbesserung noch nicht. Die Inflation hat nachgelassen, aber die Zinsen sind hochgegangen. Bei hohen Zinsen bauen sich die Leute keine Häuser. Und daß gebaut wird, war immer das erste Anzeichen von Ankurbelung der Wirtschaft.

Aber auch die Illusion von der Ankurbelung der Wirtschaft bringt den Arbeitern Hoffnung und den Willen zu kämpfen. Und man sieht, daß im Laufe dieser und der letzten Woche über 1 Million Arbeiter hier im Ausstand waren. U.a. gab es einen großen Streik der Telefonarbeiter, wo z.Zt. die Abstimmung über das neue Abkommen durchgeführt wird. Dieser Streik dauerte zwei Wochen, was ziemlich lange ist für diese Gewerkschaft. Es war ihr zweiter großer Streik seit den 30er Jahren.

AK: Du gehörst zu den wenigen marxistisch orientierten Gewerkschaftern hier. Was ist Deine Perspektive?

John Black: Der amerikanische Arbeiter hat immer in großen Schritten seinen Fortschritt gemacht. Und er schläft lange, läßt sich bescheißen, läßt sich alles vormachen. Kämpft sehr konkret, sehr scharf und militant in Auseinandersetzungen über Löhne und andere Dinge und macht seine Fortschritte in Riesenschritten — wenn er sie macht. Nach 1934 waren die amerikanischen Arbeiter fast ganz unorganisiert bis auf die Facharbeitergewerkschaften. In den 30er, 40er und 50er-Jahren erst wurden die großen Industrien organisiert. Es war ein Riesenschritt hin zu Massengewerkschaften, die die halb- und angelernten Arbeiter organisierten. Zur Etablierung dieser Gewerkschaften wurden sehr militante Streiks geführt und unbewußt (nämlich über Gesetzentwürfe) auch die Eigentumsverhältnisse angetastet. Die Leute sind dann aber wieder nach Hause gegangen. Wenn die nächste Welle von den Arbeitern kommt (es kann ja auch sein, daß die Welle von den Unternehmern kommt) muß sie sich ja auch mit den Eigentumsverhältnissen beschäftigen. Denn das ist der nächste große Schritt. Die Frage der Klassenpartei links von den Demokraten und die Frage der Eigentumsverhältnisse — das sind wohl die Probleme der neuen Welle. Aber: Das Anwachsen einer Welle kann man nicht gleich sehen, das ist sehr schwer. Ich glaube, wenn man genau hinhört, kann man Gras wachsen hören. Es ist aber nicht leicht. Ich glaube man kann Ansätze sehen zur progressiven Entwicklung. Das große Potential der schwarzen Arbeiter, der spanisch-sprechenden Arbeiter und der Frauen hat sich ja erst vor zwei Jahren vorgestellt, als wir Reagan in Washington besucht haben.

AK: John Black, herzlichen Dank für das Gespräch.

Der Frauenstreik von Buffalo

Das Buffalo General Hospital ist mit 4.000 Beschäftigten eines der größten im Staat New York. 700 der knapp 1.100 Betten standen seit dem 1. Mai 1983 für fast 3 Monate leer: Die Krankenschwestern streikten.

Nach 18 Monaten Vorarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre der CWA (Communication-workers of America) hatten 1982 58% der Krankenschwestern für die Anerkennung der Gewerkschaft votiert. Nach der relativ fortschrittlichen US-Gesetzgebung aus den 30iger Jahren bedeutet das, daß alle Krankenschwestern dieses Krankenhauses zu (beitragszahlenden) Mitgliedern der Gewerkschaft wurden und daß die Gewerkschaft von der Kran-

(Communication-workers of America) hatten 1982 58% der Krankenschwestern für die Anerkennung der Gewerkschaft votiert. Nach der relativ fortschrittlichen US-Gesetzgebung aus den 30iger Jahren bedeutet das, daß alle Krankenschwestern dieses Krankenhauses zu (beitragszahlenden) Mitgliedern der Gewerkschaft wurden und daß die Gewerkschaft von der Kran-



kenhausleitung anzuerkennen war. Käme allerdings im Laufe eines Jahres kein Vertrag zustande, müßte die Abstimmung wiederholt werden. Und genau darauf arbeitete die Krankenhausleitung hin. Zur Verzögerung der Vertragsschließung und zur Zerschlagung der Gewerkschaft wurde ein mit 250 Dollar Stundenlohn hochdotierter und als ,,Gewerkschaftsbrecher'' wohlbekannter Anwalt angeheuert. Nach 9-monatiger Hinhaltepolitik der Krankenhausleitung riß jedoch der Geduldsfaden: Nahezu alle Krankenschwestern traten in einen unbefristeten Streik mit dem Ziel der Anerkennung eines akzeptablen Kontrakts und damit der Gewerkschaft selbst.

In den folgenden Wochen wurden alle Register gezogen, um den Streik zu brechen. Ca. 1.000, größtenteils schwarze Arbeiter, wurden entlassen, was von der Krankenhausleitung mit dem Streik begründet wurde. Bei einer offiziellen Arbeitslosenrate von 15% in Buffalo (tatsächlich ca. 20%) war dies ein einfach zu handhabendes Mittel zur Spaltung der Gewerkschaft und zur Diskreditierung des Streiks. Die Frauen gründeten daraufhin ein Komitee, um auf jede erdenkliche Weise für die entlassenen Kollegen Geld aufzutreiben: Es wurden große Solidaritätsfeste und -picknicks, Sportveranstaltungen, Tombolen etc.pp. allein für diesen Zweck organisiert.

Das Kalkül der Krankenhausleitung ging nicht auf.

Aber auch die streikenden Frauen selbst, die Tag und Nacht über die Monate hinweg Streikposten standen, waren massiven Angriffen ausgesetzt. Sogenannte ,,security guards'' der Krankenhausleitung starteten Überfälle mit Hunden; Ärzte versuchten mit PKW's die ,,picket-line'' (Streikpostenkette) anzugreifen und kamen mit sexistischen Pöbeleien; Gerüchte über Steikführerinnen wurden in deren Wohnvierteln verbreitet. Die Krankenhausleitung bot allen Streikbrecherinnen eine Dauerstellung plus Wahl des Arbeitsplatzes und drohte allen Streikenden Entlassung an. Schriften über verlorengegangene Streiks und fingierte Vertragskopien mit den ,,flying nurses'' (einer Streikbrechertruppe) wurden an die Frauen gebracht, doch ohne Erfolg.

vierteln verbreitet. Die Krankenhausleitung bot allen Streikbrecherinnen eine Dauerstellung plus Wahl des Arbeitsplatzes und drohte allen Streikenden Entlassung an. Schriften über verlorengegangene Streiks und fingierte Vertragskopien mit den ,,flying nurses'' (einer Streikbrechertruppe) wurden an die Frauen gebracht, doch ohne Erfolg.

Mit einer täglich erscheinenden Streikzeitung, mit Demonstrationen, Solidaritätsveranstaltungen, Aktionen gegen Streikbrecherinnen, ,,picketlines'' vor den das Krankenhaus kontrollierenden Banken und sonstigen Anstrengungen zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung wurde allen diesen Angriffen standgehalten. Und mehr noch: Erstmals seit 1949 stellte sich der Stadtrat von Buffalo einstimmig hinter die Streikenden, andere Gewerkschaften machten Solidaritätsaktionen und das örtliche Symphonieorchester (ebenfalls gewerkschaftlich organisiert) veranstaltete in eigener Regie und gegen den Willen des aufgeschreckten Orchestermanagements ein Solidaritätskonzert. Als sich schließlich die Krankenhausleitung Ende Juli 83 gezwungen sah, einzulenken, hatten die Frauen nicht nur ihre Gewerkschaft erkämpft. Zum Vertrag gehört u.a. die Vereinbarung, daß alle die Krankenschwestern betreffenden Maßnahmen des Managements erst nach Zustimmung der Krankenschwestern gültig werden. Beförderungen sind nicht mehr nach dem Gutdünken der Geschäftsleitung, sondern nur noch nach Dauer der Betriebszugehörigkeit vorzunehmen; Entlassungen aus politischen Gründen sind nunmehr kaum möglich, Gewerkschaftsaktive erhalten mehr Freizeit für diese Tätigkeit und keine der Streikführerinnen wird entlassen.

(Nach div. Ausg. des ,,Daily Strike Bulletin'' und Gesprächen mit Streikaktivistinnen)

M., AKW—Nein—Kommission

US-Gewerkschaften in der Krise
Das Beispiel Chrysler
,,Im Sommer 1979 hatte Chrysler mit Massenentlassungen gedroht. Im dritten Quartal des Jahres 79 meldete die
Lynch Road Assembly Plant, hatte bereits im September 1979 zweitausend Arbeiter entlassen.'' (Dollars & Träu-

US-Gewerkschaften in der Krise
Das Beispiel Chrysler

,,Im Sommer 1979 hatte Chrysler mit Massenentlassungen gedroht. Im dritten Quartal des Jahres 79 meldete die Firma, die rund 120.000 Beschäftigte aufweist, einen Verlust von 460 Millionen Dollar. Das Unternehmen forderte einen Kredit von der Regierung, zur Abwendung einer Katastrophe.

Bei den Tarifverhandlungen mit Chrysler im Oktober betonte die Autoarbeitergewerkschaft UAW ihre volle Unterstützung für die Kreditforderung des Unternehmens. Sie erklärte sich bereit, ihren Teil zur Sanierung des Betriebes beizutragen. Am 26. Oktober wurde im Tarifvertrag vereinbart, daß die UAW Chrysler zweihundert Millionen Dollar aus ihrer Rentenkasse zur Verfügung stellt. Außerdem beliefen sich die vereinbarten Lohnerhöhungen auf insgesamt zweihundert Millionen Dollar weniger als bei Ford und GM. Die Arbeiter bzw. die Gewerkschaft hatten damit dem Konzern vierhundert Millionen Dollar geschenkt. UAW Präsident Fraser scheute sich nicht, das Angebot von Chrysler, einen Platz im Aufsichtsrat anzunehmen, zu akzeptieren und damit den Eindruck zu erwecken, er habe für die Gewerkschaft ein wichtiges Mitbestimmungsrecht eingehandelt.

Ende November kam die beantragte Kreditgarantie der Regierung zur Verhandlung. Der Staat wollte sie nur gewähren, wenn der Tarifvertrag erneut verhandelt und ein totaler Lohnstop festgelegt würde. Fraser stimmte einer Neuverhandlung, nicht aber dem völligen Lohnverzicht zu. Schon im Dezember wurde allerdings ein weiterer Lohnverzicht in Aussicht gestellt. Ende des Monats wurde dann ein Chrysler-Hilfsprogramm von dreieinhalb Milliarden Dollar verabschiedet, wobei der Staat eine Kreditgarantie für 1,5 Milliarden Dollar aufbringt — die größte Summe, die bisher von Regierungsseite zur Sanierung eines Konzerns übernommen worden ist. Insgesamt hat die Gewerkschaft dem Unternehmen 462 Millionen Dollar ,,geschenkt'' (New York Times, 23.12.79), in der Absicht, die Kollegen vor Entlassungen zu schützen. Es war jedoch von Anfang an klar, daß dieser Verzicht nicht das taugliche Mittel sein und die Absatzschwierigkeiten für Chrysler-Autos nicht durch die Deckung der angelaufenen Schulden behoben werden konnten. So sind die Entlassungen bereits in großem Umfang angelaufen. Die Schließung des Werkes Dodge Main in Hamtramck, Michigan, die für den Sommer 1980 vorgesehen war, wurde sogar vorverlegt und auf den 4. Januar festgesetzt. Damit verloren die achttausend meist schwarzen und arabischen Arbeiter trotz Lohnverzichts ihren Arbeitsplatz. Ein anderes Werk, die Lynch Road Assembly Plant, hatte bereits im September 1979 zweitausend Arbeiter entlassen.'' (Dollars & Träume, 3/80)

Von den ehemals 120.000 Beschäftigten der Chrysler-Werke arbeiten heute noch etwa 56.000 dort, davon 9.000 außerhalb der USA. Die Forderung nach Einführung der Vier-Tage-Woche (dem US-Pendant zur 35-Stunden-Woche) wurde von der Gewerkschaft aufgegeben. Stattdessen wurde einer Urlaubskürzung um 9,1 Tage und einer Heraufsetzung der Jahresarbeitsstunden von 1.800 auf 2.080 zugestimmt. Nicht mehr Arbeitszeitverkürzung sondern die Verlängerung der Arbeitszeit sollte jetzt die Arbeitslosigkeit senken...

Die Chrysler von der Reagan-Regierung gewährten Kredite sind mittlerweile zurückgezahlt, die Autoarbeiter-Gewerkschaft konnte bisher nur in die Röhre sehen. Kapitalisten und Staat betreiben einvernehmlich die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse.

Detroiter Arbeiter von General Motors (GM) berichten jedoch auch vom Widerstand der Gewerkschaftsbasis gegen die Ausverkaufspolitik der UAW. Die Forderung nach Investitionskontrolle durch die Gewerkschaften als Gegenleistung für Kredite von den Gewerkschaften soll auf breite Zustimmung gestoßen sein. Diese Forderung wurde dann von dem ehemaligen UAW-Präsidenten Fraser abgeblockt.

In einem der Detroiter GM-Werke wurde der Konzessionskurs der UAW-Führung per Abstimmung zurückgewiesen. Als daraufhin die Werksleitung die Schließung des Werkes im nächsten Monat androhte, gab es Kundgebungen der Arbeiter f ü r eine Politik der Zugeständnisse, die dann in einer zweiten Abstimmung knapp (51:49%) den Sieg davontrug. Eine große Konferenz der UAW in Detroit wurde angesichts unerwünschten Interesses der Basis zwei Tage vor dem angesetzten Termin nach Chicago verlegt.

Trotz dieser Anzeichen von Widerstand ist nach Berichten von Kollegen die Stimmung der restlichen Beschäftigten in den Detroiter GM-Werken völlig defensiv. Organisierte fortschrittliche Ansätze innerhalb der UAW sind lange tot. Man weicht zurück, um seinen Job zu sichern — Elend und Armut im Falle der Arbeitslosigkeit hat man gerade in dieser Stadt unmittelbar vor Augen. Hinzu kommt, daß die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung, der den relativ hohen Standard der Autoarbeiter wiederherstellen werde, nach wie vor weitverbreitet ist.

Die imperialistische Eroberung eigentumsloser Räume und Ressourcen — Das Beispiel Antarktis —

Am 11. Juni dieses Jahres traf sich in Bonn ein exklusiver Kreis von 14 selbsternannten Antarktiseignern. Mit von der Partie waren neben den sieben traditionellen ,,Territorialstaaten'' Chile, Argentinien, Australien, Neuseeland, Frankreich und Großbritannien auch Abgesandte der Länder USA, Sowjetunion, Südafrika, Belgien, Polen und last but not least das frisch gebackene Antarktis-Konsultativrundenmitglied BRD. Als gemeinsames Ergebnis der Bonner Zusammenkunft war die Verabschiedung eines Vertragsentwurfes vorgesehen, der den Abbau von Bodenschätzen in der Antarktis regeln sollte. *,,Unterzeichnet wird, so die Planung, im nächsten Jahr. Kern des Abkommens ist das Credo des Schnelleren: Hauptnutznießer werden eine Hand voll Industrie -und Anrainerstaaten, die sich rechtzeitig am Pol eingenistet haben. Andere Staaten können sich zwar beteiligen, aber nur unter der Fuchtel des mächtigen ,Clubs der 14' ''*(1).

Angesichts weltweiter Bemühungen um die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und die Bereitstellung zusätzlicher Nahrungsmittelreserven rücken neben den Weltmeeren auch die Polargebiete als letzte noch verbliebene eigentumslose (d.h. keiner formellen nationalstaatlichen Hoheit unterstellte) Räume zusehends in den Mittelpunkt des ökonomischen wie politischen Interesses westlicher industriekapitalistischer Metropolen und einiger halbautonomer Subzentren (,,Schwellenländer'') an der Peripherie. Experten behaupten, daß die ,,Vorratskammer'' Antarktis — wie der Tiefseebergbau — gegen Ende dieses Jahrhunders einen wesentlichen Beitrag zur Weltrohstoffversorgung leisten könnte. Der bereits jetzt erzielte Grad der Erschließung der Polargebiete Arktis und Antarktis weist allerdings deutliche Unterschiede auf: In der Arktis wird neben der Nutzung durch die Fischfang-Industrie seit einigen Jahren in geringerem Umfang auch bereits eine Ausbeutung von Bodenschätzen betrieben und gegenwärtig — bei gleichzeitiger räumlicher Ausweitung in die küstennahen Randmeere — beträchtlich intensiviert. Die Inwertsetzung der Antarktis blieb hingegen bislang auf die Nutzung lebender Ressourcen beschränkt. Doch deutet sich auch hier die Möglichkeit einer baldigen Veränderung der gegenwärtigen Situation an. **Eine weiterreichende Einbindung der Antarktis in die weltwirtschaftlichen Bezüge ist für die Zukunft somit nicht auszuschließen. Bonns Vertreter im ,,Club der 14'', Hans Günter Sulimma: *,,Der Kontinent ist nicht länger nur von wissenschaftlichem Interesse''*. (2)**

Die Konferenz von Bonn markiert das vorläufige Ende einer Ära, in der sich die Metropolen auf globale Verhandlungen mit den Ländern der ,,3. Welt'' über die zukünftige Gestaltung des Weltrohstoffhandels einließen. Die Reorganisation des internationalen Rohstoffhandels war in der Vergangenheit der Kernpunkt der Forderungen gewesen, die die Länder der ,,3. Welt'' im Interesse einer zu errichtenden ,,Neuen Weltwirtschaftsordnung'' vor den internationalen Foren wiederholt erhoben hatten. Die relativ starke Verhandlungsposition der ,,3. Welt''-Länder hatte noch Mitte der 70er Jahre darauf gegründet, daß nach dem Lieferboykott und den Preiserhöhungen der OPEC die potentielle Macht von Rohstoffanbietern wirkungsvoll demonstriert worden war. Die Rohstoffe der ,,3. Welt''-Länder sollten der Hebel sein, dessen Betätigung Veränderungen auch in anderen Bereichen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ordnung auslösen könnte. Die ,,3. Welt'' trat nicht mehr länger nur als ,,Bittsteller'' gegenüber den reichen Metropolen auf, sondern glaubte, mit ihren Rohstoffen über ein wirksames Mittel zu verfügen, um tiefgreifende Veränderungen im kapitalistischen Weltsystem zu ihren Gunsten zu erzwingen.

Die ,,3. Welt''-Länder haben sich mit ihren rohstoffpolitischen Forderungen gegenüber den Metropolen nicht durchsetzen können — das politische und ökonomische Gewicht der Rohstoffanbieter ist in den letzten Jahren geringer geworden. Insgesamt ist dies das Endprodukt einer Politik der Metropolen, durch Einwirken auf die Preise für Rohstoffe, Lagerhaltung und Ersetzung der wichtigen Energierohstoffe in größerem Umfang durch ,,alternative'' Energierohstoffe gekennzeichnet. Schlüsseln wir diese Politik weiter auf, so zeigen sich die folgenden Grundlinien in der Rohstoffpolitik der Metropolen:

— die Erforschung rohstoffsparender Techniken der Energieerzeugung und Verarbeitung wird intensiviert;
— bestimmte Rohstoffe werden teilweise ersetzt durch andere;
— die Möglichkeiten der Wiederverwendung der Rohstoffe werden intensiver genutzt;
— im Gegensatz zur Vergangenheit werden Rohstoffe aus Regionen bezogen, die weiter gestreut auf dem Globus liegen oder es werden aus Ländern, die bisher weitgehend monokulturartig ausgebeutet wurden, nunmehr mehrere Rohstoffe bezogen;
— neue Vorkommen wurden in Regionen erschlossen, die als politisch ,,sicherer'' gelten.

Dies alles und die Ende der 70er Jahre einsetzende weltweite Rezession haben den ,,Rohstoffhebel'' der ,,3. Welt'' abbrechen lassen. (3)

3. UN-Seerechtskonferenz und ,,Neue Weltwirtschaftsordnung''

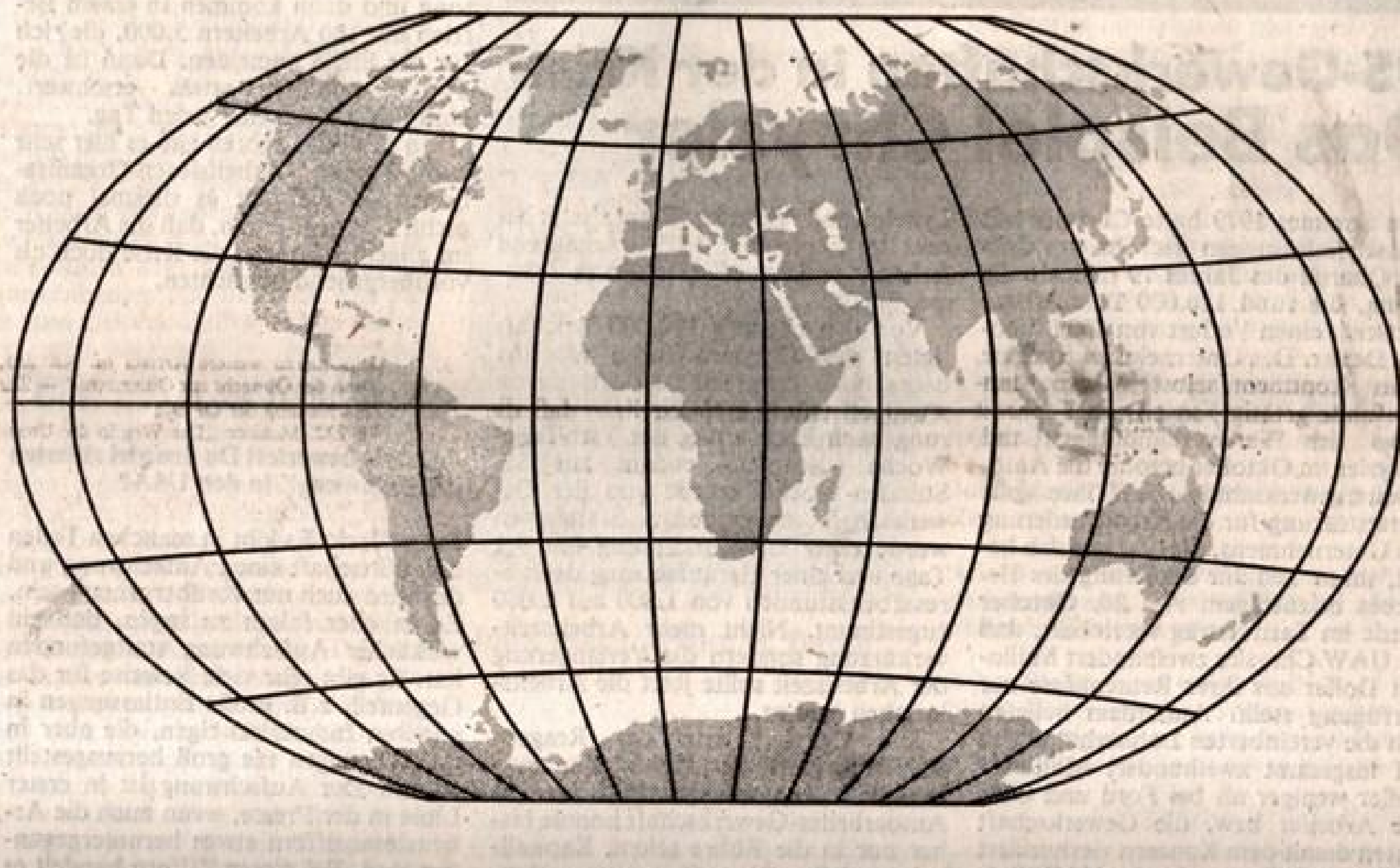
Diese Entwicklung zeigte sich deutlich im Verlauf und in den Ergebnissen der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen (UNCLOS III), die mit einer empfindlichen Niederlage für das Streben nach einer ,,Neuen Weltwirtschaftsordnung'' endete (4). Diese 3. Seerechtskonferenz war von Beginn an geprägt durch die Auseinandersetzungen zwischen der ,,3. Welt'' und den Metropolen um die neue Gestaltung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ordnung. Aus der Sicht der Länder der ,,3. Welt'' sollte nach vielen Jahren des Redens und der leeren Versprechungen der Metropolen ein ,,ordnungspolitisches Exempel'' statuiert werden — in Form eines Vertrages. Die Geschichte dieses Begehrens reicht zurück bis zur 25. Generalversammlung der UN, auf der nach einer Initiative Maltas das Prinzip des ,,gemeinsamen Erbes der Menschheit'' (,,Common Heritage of Mankind'') für die Frage nach der Verfügung über die Weltmeere beschlossen und verkündet wurde. Diese Idee grenzte sich zum einen vom Recht des Stärkeren ab, das die ob erste Maxime für die Parole der ,,Freiheit der Meere'' bildet. Nach diesem ,,Recht'' verfügte derjenige über die Schätze der Meere, der die besten Waffen und die ausgereifteste Technologie besaß.

Zum anderen grenzte sich diese Idee vom Konzept der Aufteilung der Meere in nationale Sektoren ab — je nach Macht könnte so das Weltmeer ,,vernationalstaatlicht'' werden. Es entsprach dem gestiegenen Selbstbewußtsein einstiger Objekte einer von den Metropolen diktierten Weltgeschichte, die zwischenzeitlich zu eigenständig handelnden Subjekten in der internationalen Politik avanciert waren, daß sie für sich eine angemessene Beteiligung an der Aufteilung der letzten eigentumslosen Räume und Ressourcen einklagten.

Nach Auffassung der Länder der ,,3. Welt'' mußte es bei der Neuregelung des Seerechts darum gehen, ein überkommenes Seerecht den veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnissen anzupassen und die Entwicklungschancen der ,,3. Welt'' durch besondere Berücksichtigung ihrer Interessen zu verbessern. Der küstenferne Meeresboden außerhalb der Hoheitsgewalt sollte zum ,,gemeinsamen Erbe'' erklärt werden und einer internationalen Kontrolle unterworfen sein. Die bei der Ausbeutung des Meeresbodens entstehenden Gewinne sollten den Vereinten Nationen und damit indirekt der hier zahlenmäßig überlegenen ,,3. Welt'' zukommen — und die UN von den Metropolen finanziell unabhängig werden. Diese Neuregelung wurde als Wiedergutmachung für die bei der imperialistischen Aufteilung der Kontinente seit Jahrhunderten zukurzgekommenen und geplünderten Regionen verstanden. Eine für alle UN-Mitglieder verbindliche friedliche Regelung sollte zudem die Wiederholung der Geschichte der Aufteilung der Kontinente verhindern. Diese Art und Weise der Aufteilung der eigentumslosen Weltmeere sollte das Ende der alten Zentrums-Peripherie-Struktur signalisieren und an ihre Stelle eine neue, aus gleichberechtigten souveränen Nationen bestehende weltwirtschaftliche und weltpolitische Ordnung setzen.

Dieses Konzept ist gescheitert.

Die 3. UN-Seerechtskonferenz hat die weitgehende Nationalisierung der Weltmeere nicht verhindern können. Durch die extensive Auslegung von Hoheits- und Wirtschaftszonen bzw. der Reichweite des Festlandssockels sind nahezu 40% der ehemals formell eigentumslosen Ozeane national angeeignet worden — dies gilt für den mittelfristig weit wertvolleren Teil der Weltmeere.



Aufgrund geographischer Zufälligkeiten ist die Verteilung dieser Zonen zudem extrem ungleichmäßig ausgefallen: Zehn Staaten erhalten mehr als die Hälfte der Gesamtfläche aller 200-Seemeilen-Wirtschaftszonen. Unter diesen Staaten überwiegen wiederum die Industrieländer. Hauptgewinner sind die USA, die auch als erste größere Industrienation eine 200-Seemeilen-Fischereizone rund um ihre Küsten proklamierten und mittlerweile auch ihren Ölkonzernen die Erlaubnis und Sicherheitsgarantie zur off-shore-Exploration erteilt haben. Jedoch konnten auch die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich dank ihrer kolonalen Relikte in Übersee erhebliche Gewinne für sich verbuchen. Der Besitz derartiger kolonialer Relikte, die in den vergangenen Jahren eher eine Belastung für die heimische Staatskasse ihrer formellen Eigentümer darstellten, kann sich mittelfristig wieder zu einem lukrativen Geschäft entwickeln. Mit der anstehenden Ausbeutung der Weltmeere rückt fast jeder unwirtliche Felsen in das Blickfeld ökonomischer Interessen. Als besonders groteskes Beispiel sei hier für den westeuropäischen Raum der Streit zwischen London, Dublin und Kopenhagen um einen etwa tennisplatzgroßen unwirtlichen Felsen vor der Küste Donegals genannt.

Im weitesten Sinne internationalisiert bleibt das Gebiet der Tiefsee. Aber genau der Teil des Konventionstextes, der sich auf diese Region bezieht, wird von den Metropolen nicht anerkannt. Selbst eine nochmals überarbeitete Fassung des Konventionstextes war für die Metropolen nicht annehmbar. Hiernach wäre folgende Regelung in den internationalen Vertrag aufgenommenworden: Gleichermaßen abbauberechtigt sind die Internationale Meeresbodenbehörde und die privaten Konsortien. Die Hälfte der ausgewiesenen Abbaufelder sollten der UN-Behörde reserviert bleiben. Des weiteren hätten die Metropolen und ihre Abbaukonsortien dafür zu garantieren, daß das UN-eigene Unternehmen ,,Enterprise'' technisch und finanziell in die Lage gesetzt wird, selbst im Tiefseebergbau tätig zu werden. Weiterhin sollte ein Technologietransfer hin zu den Ländern der ,,3. Welt'' gewährleistet sein — gegen entsprechendes Entgelt selbstverständlich. Dieser ,,historische Kompromiß'' wurde von der neugewählten US-Regierung unter Reagan abgelehnt.

Auch ein von der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten unterzeichneter Konventionstext ist ohne das Ja-Wort der USA gerade noch sein Papier wert. Schon frühzeitig ließen die USA verlauten, daß sie *,,sowohl die Technologie als auch die Kriegsmarine (besitzen), um ihre Interessen (auf den Weltmeeren) wahrzunehmen und zu schützen.''* (5) Der Manganknollenabbau in der Tiefsee wird überdies nur einen geringen Teil der Gewinne aus der Off-Shore-Ölförderung der nationalisierten Meeresgewässer abwerfen (6 Mrd. gegenüber 140 Mrd. US-Dollar — geschätzt). Und gegenüber ehemals 6 Mrd. US-Dollar wird die internationale Meeresbergbaubehörde — falls sie jemals tätig wird — nur noch etwa 150 bis 250 Mill. US-Dollar aus der Besteuerung des Tiefseebergbaus zur Verfügung haben und entwicklungspolitisch umverteilen können.

Mit der Neugestaltung des Seerechts hatten sich die Länder der ,,3. Welt'' ein denkbar ungünstiges Feld für die Auseinandersetzung mit den Metropolen um die Durchsetzung ihrer Forderung nach einer ,,Neuen Weltwirtschaftsordnung'' gewählt. Das Lager der Länder der ,,3. Welt'' war in sich zerstritten: einmal durch die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen und damit auch außenpolitischen Orientierungen — und sodann noch aufgrund der ,,geographisch und geologisch'' bedingten ,,natürlichen Widersprüche'' (Rohstoffexporteure gegen Rohstoffimporteure, Langküstenstaaten gegen Binnenstaaten etc.). Die Idee einer ,,Neuen Weltwirtschaftsordnung'' scheiterte nicht allein an der Haltung der Metropolen, sondern auch an der Tatsache, daß einer Vielzahl von Ländern der ,,3. Welt'' das ,,nationale Hemd'' näher stand als der ,,internationale Rock'' — was einmal mehr beweist, daß es die ,,3. Welt'' als monolithischen Block mit gleich gelagerten ökonomischen und politischen Interessen nicht gibt. Zudem befanden sich gerade die Länder der ,,3. Welt'' in einer widersprüchlichen Lage, die in den 60er und 70er Jahren aufgrund ihres Rohstoffreichtums ,,aufstiegen'' und nun potentielle Konkurrenten schufen, indem sie den Weg zum Meeresbergbau für die Rohstoffe freimachten, die ihre eigene ,,Machtbasis'' bildeten: Landproduzenten gegen Meeresproduzenten eines oder mehrerer gleicher/ähnlicher Rohstoffe.

Der ,,Rohstoffhebel'' der Länder der ,,3. Welt'' ist gebrochen (Seerecht, Untergang der OPEC) — den Rohstoffexporteuren unter den Ländern der ,,3. Welt'' fehlt damit das eh schon nur relative Druckmittel in globalen Verhandlungen zwischen ,,Nord'' und ,,Süd'', sie werden zusehends in die Defensive gedrängt. In dem Maße, in dem der ,,Rohstoffhebel'' an Wirkung verlor und der US-Imperialismus sich von seinen Niederlagen erholte, verhärtete sich die Verhandlungsposition der Metropolen auf der 3. UN-Seerechtskonferenz.

Die Aufteilung der Antarktis und das Ende des ,,Nord-Süd-Dialogs''

Am Vorabend der Aufteilung der letzten heute noch eigentumslosen Räume und Ressourcen steht es um die Interessen der Länder der ,,3. Welt'' denkbar schlecht. Die Ära des sozialdemokratischen und für die Zeit der globalen ,,Entspannungspolitik'' charakteristischen ,,Nord-Süd-Dialogs'' ist von den Metropolen einseitig aufgekündigt worden. Im Gegensatz zur Neuregelung des Seerechts wird die Form der zukünftigen Nutzung der Antarktis nicht mehr im globalen Rahmen, mit den Ländern der ,,3. Welt'' als formell gleichberechtigten Partnern verhandelt werden. Das einstmals auch für die Antarktis als ,,Vorratskammer der Menschheit'' postulierte Prinzip vom ,,gemeinsamen Menschheitserbe'' ist bereits von den Teilnehmern der Antarktis-Konsultativrunde verworfen worden. *,,In aller Stille arbeitet ein exklusiver Klub von 14 selbsternannten Antarktis-Eignern, darunter die BRD, daran, Claims im ewigen Eis durch Zusatzabkommen abzustecken, bevor andere Interssenten sich einmischen''*. (6) Die ,,anderen Interessenten'': Damit ist die ,,3. Welt'' insgesamt gemeint, die durch die ,,Blockfreien'' versuchen will, in der UNO dieses Problem auf die Tagesordnung zu setzen und den südlichsten Kontinent zum ,,internationalen Territorium'' erklären zu lassen.

Demgegenüber sprach *,,der Bonner Vertreter Hans-Günter Sulimma (...) von einer radikalen Wende in der Antarktis-Politik. Rasches Handeln sei notwendig, um der UNO zuvorzukommen''* (6). Um die Länder der ,,3. Welt'' stillzuhalten, favorisieren die Konsultativrunden-Mitglieder BRD und Norwegen die präventive Einrichtung eines ,,Antarktis-Fonds'' zwecks kontrollierter Beteiligung der ,,3. Welt'' am erwirtschafteten Profit. So heißt es in einem auf der Bonner Konferenz als Vertragsentwurf kursierenden Papier, es solle überlegt werden, *,,ob ,die internationale Gemeinschaft' am möglichen Antarktis-Profit beteiligt werden kann''* (6). Doch selbst derartige flaue Formulierungen dürften

Fortsetzung nächste Seite

unter den Mitgliedern der Konsultativrunde keine Mehrheit finden.

Mineralische Rohstoffe und lebende Ressourcen

Die Antarktis-Region ist auch im Vergleich mit anderen Rohstoffabbaugebieten eine wahre Goldgrube. Bisher standen einem Abbau technische Probleme und Rentabilitäts-Überlegungen entgegen. Durch die klimatischen und geologischen Bedingungen (Kälte, Eis, Bohrungen im Gestein) waren die Kosten für die Erschließung und den Abbau so hoch, daß konkurrierende Rohstofflager günstigere Abbaumöglichkeiten boten.

Auf der Antarktischen Halbinsel gibt es Kupfer- und Moybdänvorkommen. Für diese Metalle sind die Abbaubedingungen jedoch teilweise noch nicht in der Rentabilitätszone. Der in diesem Zusammenhang interessanteste Komplex ist das „Duffek-Massiv, Pensacola Mts.". Seine Größe beträgt 34.000 qkm, „*vergleichbar unter Umständen mit den Großlagerstätten Sudbury/Kanada bzw. Bushfield/Südafrika. Es ist geplant, die unter Eis liegende Basis des Komplexes durch Bohrungen zu erkunden. Hier könnten sich durch gravitative Saigerung* (Entmischung von Metallen untereinander, Anm. AK) *Nickel-, Kobald-, Chrom-, Platin- und Vanadium-Erze angereichert haben*" (7).

Größere Vorkommen von Eisen wurden in den „Prince Charles Mountains" entdeckt. Ähnliche Vorkommen werden auch für die Vestfort-Hills vermutet. Zu hohe Transportkosten lassen jedoch den Abbau noch auf Jahre hinaus als unrentabel erscheinen. In den Seegebieten vor der Westantarktis lagern polymetallische Manganknollen. Einschränkend sei hier jedoch angemerkt, daß nach Auffassung von Geologen Manganknollen aus Kaltwassergebieten ärmer an Wertmetallen sind (u.a. Kobalt, Nickel), als dies bei den Manganknollen des Tiefseebodens der Fall ist. Ein Abbau dieser Manganknollen dürfte somit aufgrund mangelnder Rentabilität vorerst ebenfalls kaum angesagt sein. Auch auf dem antarktischen Kontinent selbst wurden Manganfunde getätigt, so z.B. in Tephroit der Clark Peninsula, Wilkes Land, bzw. in Brekzien auf Stonighton Island. Gold und Silber wurden „*vorwiegend als akzessorische Minerale in Stockwerkvererzungen auf der Antarktischen Halbinsel angetroffen*" (7).

Strukturelle Ähnlichkeiten zwischen dem „East Antarctic Shield" und Teilen von Australien und Südafrika lassen größere Uranvorkommen als denkbar erscheinen. Mittlerweile wurde auch tatsächlich im französischen und
len von Australien und Südafrika lassen größere Uranvorkommen als denkbar erscheinen. Mittlerweile wurde auch tatsächlich im französischen und
im norwegischen Antarktis-Claim — im norwegischen Claim unterhält die BRD eine Forschungsstation — uranhaltiges Gestein entdeckt. Gemeinsam mit den USA forscht die BRD nach derartigem uranhaltigem Gestein.

Die Antarktis-Region ist ebenfalls reich an Energierohstoffen: In den Sandsteinen der Beacon-Formation wurden über eine Fläche von 200.000 qkm 3-6linsige Kohlenflöze von durchschnittlich 1-2 m Mächtigkeit angetroffen. Geologen behaupten, hier in der Ostantarktis das größte Kohlefeld der Welt gefunden zu haben. Die küstenferne Hochgebirgslage und die Qualität (Semianthrazit) stehen einem Abbau zu kommerziellen Zwecken allerdings noch im Wege.

Das Fachblatt „Platt's Oilgramm" schätzt die antarktischen Vorräte an Öl und Erdgas auf 45 Milliarden Barrel Öl (soviel wie die Reserven Libyens und Nigerias) und 115 Billionen Kubikmeter Gas (Norwegen: 520 Milliarden) (6).

Gasaustritte wurden bei Forschungsbohrungen im McMurdo Sund und im Ross Meer festgestellt. Die meisten der Öl-Höffigkeitsgebiete sind allerdings „*nicht nach Bohrergebnissen oder geophysikalischem Datenmaterial — das erst spärlich vorliegt — definiert worden, sondern in Analogieschlüssen zu dem südamerikanischen Magallanes Basin Oil Field, den südafrikanischen Orange und Outemiqua Basins, dem australischen Gippsland Basin und den tasmanischen und neuseeländischen Ölfeldern*" (7).

Am verbreitetsten ist noch das Bild der Antarktischen Region als Quelle für lebende Ressourcen: Hier ist insbesondere der Krill zu nennen, dem bei der Bekämpfung des wachsenden Welthungers erhebliche strategische und stoffliche Bedeutung zugemessen wird. Krill ist reich an Eiweißen und anderen Nährstoffen. Biologen gehen davon aus, daß rund 70 Millionen Tonnen Krill — d.h., so viel wie heute der gesamte Fischfang der Welt — jährlich in der Antarktis gefangen werden könnten, ohne den Bestand des Krill und der sich von ihm ernährenden Tiere zu gefährden. Bei der Jagd nach dem Krill hat sich insbesondere die Bundesrepublik hervorgetan. Bonn entsandte Forschungsexpeditionen in die antarktischen Gewässer, um sie für die bundesrepublikanische Hochseefischerei zu erschließen. Die ersten Ergebnisse fielen recht vielversprechend aus: Teilweise zogen die Fischforscher mit ihren Netzen 60 Tonnen Krill in einer Stunde aus dem Wasser, mehr als sie an Bord verarbeiten konnten. Inzwischen gelten Fänge bis zu 100 Tonnen pro Stunde als möglich. Limitierender Faktor ist bisher noch die Verarbeitung, denn Krill muß innerhalb weniger Stunden geschält und konserviert werden. Ist dieses Problem erst einmal gelöst und der strategische Wert des Krills in seiner gesamten Tragweite erkannt, wird dem hemmungslosen Abbau nichts mehr im Wege stehen. Die großangelegte Nutzung des Krills, mit einer mittlerweile geschätzten Nettojahresproduktion von über 200 Mio. Tonnen, wird der nächste große Eingriff menschlicher Hand ins antarktische Ökosystem sein, ungeachtet der Tatsache, daß der Krill das wichtigste Glied in einer Nahrungskette ist, von deren Geschlossenheit nicht nur die Überlebenschance von Robben und Walen, sondern der gesamten antarktischen Tierwelt abhängt.

Rund um den Südpol lagern zwei Drittel der Trinkwasservorräte der Erde in Form von Eis. In Anbetracht der sich rapide verschlechternden Welttrinkwasserversorgung und der damit verbundenen Verteuerung des Trinkwassers liegt dort „das Geld im Wasser". Allein 10% der geschätzten jährlichen Eisberg-Erträge würden 120 Billionen Kubikmeter frisches Wasser im Jahr liefern, genug, um 15 bis 25 Millionen Morgen Ackerland zu bewässern. Die für das Abtauen und Schmelzen größerer Eisvorkommen notwendige Technologie existiert bereits. Bei weiter steigenden Trinkwasserpreisen dürfte das Unternehmen schon bald als nicht nur technisch, sondern auch ökonomisch praktikabel erscheinen (8).

Zur Ökonomie des Abbaus antarktischer Ressourcen

Generell läßt sich feststellen, daß die Rentabilität des Abbaus der Rohstoffvorkommen in den Polargebieten mit der fortschreitenden Entwicklung der Abbautechnologie wächst. Die Entwicklung der Abbautechnologie spielt heute bei der Erschließung bislang eigentumsloser Räume und Ressourcen für die Weltrohstoffproduktion eine ähnliche Rolle wie die Technologie der Massentransportmittel vor 100 Jahren. Der Grad der Einbeziehung von Arktis und Antarktis in die weltwirtschaftli-
ähnliche Rolle wie die Technologie der Massentransportmittel vor 100 Jahren. Der Grad der Einbeziehung von Arktis und Antarktis in die weltwirtschaftli-
chen Zusammenhänge ist noch recht unterschiedlich. Während die Inwertsetzung der Antarktis bislang auf lebende Ressourcen beschränkt blieb, ist die nordamerikanische Arktis (Alaska) heute bereits „die Hauptstütze der US-Energieversorgung" (6). Es gibt z.T. recht unterschiedliche Spekulationen darüber, wann die kommerzielle Exploitation der antarktischen Ressourcen beginnen kann. Die „Optimisten" unter den Experten rechnen mit einem Beginn nicht vor dem Jahre 2020. Derartige Spekulationen sind allerdings recht fragwürdig, wie die rasche Einbeziehung der Arktis (z.B. Alaska) in den Weltrohstoffhandel beweist. Vor 20 Jahren hätte wohl kaum ein Experte es gewagt, den heutigen Status der Arktis in der Weltenergieproduktion vorauszusagen (6).

Letztendlich wird hier die weitere Entwicklung von zwei Faktoren bestimmt werden: Erstens von der Entwicklung der Abbautechnologie sowie der Lager-/Verarbeitungs- und Transportmöglichkeiten, denn „*es fehlt heute noch an geeignetem Gerät, um die dicken Eisschichten, die neun Zehntel des Kontinents bedecken, zu durchdringen. Bohrplattformen, die den Eisstürmen standhalten, sind noch nicht entwickelt, Lager- und Verarbeitungsmöglichkeiten bei Temperaturen von minus 40 Grad nicht erprobt*" (6). Offshore-Exploitation gestaltet sich vor der Antarktis erheblich schwieriger denn anderswo, da der Festlandsockel unter größeren Wassertiefen liegt, als dies gewöhnlich der Fall ist (500 bis 3000 m). Beim Transport stellt sich das Problem, daß die geographisch nächsten Gebiete zur Antarktis immerhin 1000 km (Tierra del Fuego) bzw. 2560 km (Neuseeland) und 3840 km (Kap der guten Hoffnung) entfernt liegen. Lediglich Abbaupersonal und einige Vorräte können auf dem Luftwege transportiert werden, der größere Teil des Nachschubs und vor allem der Abtransport abgebauter Rohstoffe müßte auf dem Seewege bewerkstelligt werden.

Und zweitens könnten steigende Preise für die in der Antarktis vorrätigen Rohstoffe die Rentabilitätsschranke weiter herabsetzen und wiederum eine Forcierung der Technologieentwicklung einleiten.

Für die wenigen weitgehend eisfreien Gebiete der Antarktis könnte allerdings die Möglichkeit rentabler Exploitation schon zu einem erheblich früheren Zeitpunkt — einige Anzeichen deuten darauf hin, sogar recht bald — gegeben sein. Hierzu zählt in erster Linie das rohstoffreiche „Graham Land" (Antarktische Halbinsel), das sowohl von den Antarktis-Anrainern Argentinien und Chile als auch von Großbritannien (in Verlängerung seiner Ansprüche auf die Falklands/Malvinen und ihrer Dependencen) beansprucht wird. Gleiches gilt für die der Antarktis vorgelagerten Gewässer zwischen der Antarktischen Halbinsel und den Falklands/Malvinen und ihren Dependencen (9).

Der Druck auf die Konsultativrunde, für alle ihre Mitglieder gegenüber „dritten Interessenten" verbindliche Vereinbarungen über den Abbau antarktischer Ressourcen zu formulieren, hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Dieser Druck resultiert aus der Aussicht, daß zumindest in Teilen der Antarktis (Antarktische Halbinsel) und der ihr unmittelbar angrenzenden Umgebung (Südatlantik) ein rentabler Abbau mineralischer Rohstoffe und die ökonomisch lohnende Ausbeutung lebender Ressourcen schon bald realisiert werden könnte, die zumindest partielle Einbeziehung des 6. Kontinents in weltwirtschaftliche Bezüge schon für Ende der 80er Jahre als möglich erscheint. Hieraus erklärt sich die Eile, mit der nun Fragen, deren Beantwortung in der Vergangenheit immer wieder hinausgeschoben wurde (eben die Gestaltung von Explorationstätigkeiten) seitens der Konsultativrunde einer Klärung zugeführt werden.

dsm/Frankfurt

Anmerkungen und Quellenhinweise

1. „Spiegel", 25/1983
2. ebenda
3. siehe hierzu weitere Artikel in: AK 233, „Von der Ölmacht zur Ohnmacht" — Zur Zerschlagung der OPEC;
AK 232, Mexico: „Der Weg in die Unabhängigkeit";
AK 216, „Paralysierung der OPEC und drohende militärische Besetzung des Persischen Golfes"
4. siehe hierzu u.a.: Massarat, Mossem, „Kampf um die Aufteilung der Weltmeere — ‚Knappheit' der Naturressourcen, Technologie-Entwicklung und Kriegsgefahr", in: Friedensanalysen 11, Frankfurt a.M. 1980;
Vitzhum, Wolfgang Graf, „Die Plünderung der Meere", Frankfurt a.M. 1981;
5. So der ehemalige Außenminister der USA, Henry Kissinger. Zitiert in: Massarat, siehe
1980;
Vitzhum, Wolfgang Graf, „Die Plünderung der Meere", Frankfurt a.M. 1981;
5. So der ehemalige Außenminister der USA, Henry Kissinger. Zitiert in: Massarat, siehe
Anm. 4;
6. „Spiegel", 25/1983
7. Roland, Norbert W., „Mineralische Ressourcen in der Antarktis — Kenntnisstand und Nutzungsmöglichkeiten", in: Geographische Rundschau 35, 1983;
8. Lundquist, T., „The Iceberg Cometh?", in: Natural Ressources Journal, 17/1977;
9. Die Falklands/Malvinen (ca. 500 km östlich der Südspitze Argentiniens gelegen) und ihre Dependancen (Südgeorgien, ca. 800 Seemeilen östlich der Falklands/Malvinen und Südsandwich-Inseln, weitere ca. 470 Seemeilen südöstlich von Südgeorgien gelegen) befinden sich in relativer Nähe zum Geltungsbreich des Antarktis-Vertrages (d.h. nördlich des 60. Grades südlicher Breite, der die nördliche Grenze für den Geltungsbereich des Vertrages bildet). Daraus resultiert, daß die Frage nach der Form zukünftiger ökonomischer Nutzung der Falkland-/Malvinen-Region und insbesondere ihrer „antarktischen" Dependancen und der sie umgebenden Gewässer (aufgrund ihrer Lage und der dort herrschenden klimatischen Verhältnisse werden die Dependancen auch als „sub-antarktische Inseln" bezeichnet) nur im Kontext der Behandlung territorialer Streitfragen über die Antarktische Halbinsel und Umgebung, beantwortet werden kann. Eine strikte politische, ökonomische Trennung, etwa entlang der im Antarktis-Vertrag determinierten Grenzen, erscheint somit als nicht realisierbar. Zumal im völkerrechtlichen Streit um die chilenischen, argentinischen und britischen Ansprüche auf die Antarktische Halbinsel und benachbarte antarktische Territorien, Großbritannien seine territorialen Ziele vom Besitz der Falklands/Malvinen und ihren Dependancen (mit dem Status einer britischen Kronkolonie) ableitet, als den zur Antarktischen Halbinsel und den Territorien östlich und westlich davon am nächsten gelegenen nichtantarktischen Territorien. „Für Großbritannien kann das antarktische Problem kaum von den britischen Territorien nördlich des 60. Grades südlicher Breite, die ja die nördliche Grenze für den Geltungsbereich des Antarktis-Vertrages ist, getrennt werden. In diesem Gebiet genau liegen die Falklandinseln und ihre Dependancen Südgeorgien und die Sandwichinseln, die alle von Argentinien beansprucht werden. ... Es wird allgemein für unmöglich gehalten, ohne argentinische Kooperation die Ölreserven in der Nachbarschaft der Falklandinseln auszubeuten; zumindest sehr schwierig wäre es, eine großangelegte Fischereioperation durchzuführen" („Financial Times" v. 15.9.1976, zitiert in „Moderne Zeiten", Mai/Juni 1982).

Heiner Karuscheit:

Die außen- und militärpolitische Strategie der SPD in der Friedensbewegung

Die Teilnahme der westdeutschen Sozialdemokratie an den großen Friedensdemonstrationen bis hin zum Auftreten Willy Brandts als ein Hauptredner in Bonn hat erhebliche Verwirrung ausgelöst. Zumeist wird der Grund dafür in dem Regierungsverlust gesehen: in die Opposition gedrängt, habe die SPD auf einmal ihre fortschrittliche Seele entdeckt und würde sich jetzt an die Friedensbewegung anhängen. Diese Erklärung, so logisch sie auf den ersten Blick erscheint, trifft aber nur einen Teil der Wahrheit. Tatsächlich gründet sich die heutige Gegnerschaft zu den neuen US-Mittelstreckenraketen auf eine **außen- und militärpolitische Strategie**, die in Ansätzen bereits länger entwickelt war und deren Durchsetzung in der SPD durch den Wechsel in die Opposition nur beschleunigt worden ist. Diese Konzeption ist noch nicht bis in alle Einzelheiten ausformuliert, es gibt an einzelnen Punkten auch Differenzen, aber sie ist schon scharf genug umrissen, um bereits seit geraumer Zeit die Politik der SPD-Führung zu bestimmen, ablesbar an den Reden und Aufsätzen der führenden SPD-Politiker. Konzentriert findet sie sich in dem „Bericht der Arbeitsgruppe ‚Neue Strategien' beim SPD-Parteivorstand", der dem Parteiorgan „Vorwärts" sogar einen Sonderdruck als Beilage zur „Vorwärts"-Ausgabe Nr. 27/83 vom 30.6.83 wert war. Diese Arbeitsgruppe „Neue Strategien" nahm aufgrund eines Beschlusses des Münchener SPD-Parteitages von 1982 **schon vor dem Regierungswechsel** die Arbeit auf. Ihr gehörten die wichtigsten außen- und militärpolitischen Experten der Sozialdemokratie an, darunter: Egon Bahr als Vorsitzender, Horst Ehmke und Karsten Voigt (Sicherheitsexperte der SPD) ebenso wie der als „links" eingestufte Oskar Lafontaine, der als „rechts" geltende ehemalige Verteidigungsminister und jetzige Vorsitzende der „Kanalarbeiter"-Fraktion, Hans Apel, und der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur Wolf Graf Baudis-
gungsminister und jetzige Vorsitzende der „Kanalarbeiter"-Fraktion, Hans Apel, und der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur Wolf Graf Baudis-
sin. Die illustre, quer durch die Parteiflügel gehende Zusammensetzung garantierte, daß keine Außenseiterpositionen ausgearbeitet wurden. Die Grundlinien der SPD-Konzeption lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Bündnis mit den USA

Grundbedingung der westdeutschen Außen- und Militärpolitik muß auf absehbare Zeit das Bündnis mit den USA und damit die Aufrechterhaltung der NATO bleiben; die „*nach innen und außen glaubwürdige Verkoppelung der europäischen und amerikanischen Sicherheit*" muß als „*wesentliches Element der wirksamen Abschreckung*" erhalten werden (2). Daraus folgt, daß an der Anwesenheit US-amerikanischer Truppen in Westeuropa und speziell Westdeutschland nicht gerüttelt werden darf: „*Für die glaubhafte Anbindung der USA an die Sicherheit Europas ist die physische Präsenz der 7. US-Armee von erstrangiger Bedeutung.*" (2)

Dieser Grundsatz spiegelt die Erkenntnis wider, daß die BRD weder auf sich allein gestellt noch im Rahmen der EG über die politische und militärische Stärke verfügt, um selbständig zu agieren; das Bündnis mit den USA ist — noch — vorteilhafter. Insoweit hat sich gegenüber den vergangenen Jahrzehnten nichts geändert; die neuen Tendenzen zeigen sich jedoch sofort, wenn untersucht wird, welche Gestalt das Bündnis mit den USA und damit die NATO nach der Zielvorstellung der SPD annehmen soll. Am sichtbarsten wird dies auf militärischem Gebiet.

2. Konventionalisierung des Krieges

Militärisch besteht der Kerngedanke darin, die US-Atomwaffen in Europa durch konventionelle Rüstung zu ersetzen. „*Kernwaffen sollen in die Rolle von strategischen Abwehrwaffen zurückversetzt und auf das zur Mindestabschreckung notwendige Maß reduziert werden.*" (3) Das heißt, als strategische Waffen sollen die amerikanischen, in den USA selber vorhandenen Langstreckenraketen und -bomber beibehalten werden, die atomaren Gefechtsfeldwaffen der USA jedoch aus Europa entfernt werden, ebenso wie die Mittelstreckenraketen. An ihre Stelle sollen konventionelle Waffen treten, denn „*die waffentechnologischen Entwicklungen der letzten Jahre haben die Möglichkeit einer Konventionalisierung der Bewaffnung erheblich verbessert.*" (4) Darum gilt: „*Die nuklearen Systeme kurzer und mittlerer Reichweite sind als Ergebnis von kontrollierbaren Vereinbarungen zwischen beiden Bündnissystemen zu eliminieren und wo nötig, durch konventionelle Systeme zu ersetzen, die nach dem heutigen Stand technisch möglich sind.*" (5)

Unausgesprochen soll damit die Rolle der Bundeswehr gestärkt werden. Bereits jetzt ist die Bundeswehr die konventionell am stärksten gerüstete und schlagkräftigste Armee in Europa (von der Sowjetunion abgesehen). Der Rückzug von Atomwaffen aus Europa (die Behandlung der englischen und französischen Kernwaffen war in der Arbeitsgruppe allerdings umstritten) würde der Bundeswehr automatisch eine noch größere Bedeutung geben, als sie ohnehin schon hat, vor allem, wenn die abzuziehenden Kernwaffen durch weitere konventionelle Aufrüstung ersetzt werden. Diese Strategie liegt insbesondere dann nahe, wenn die BRD aus politischen Gründen keine atomare Aufrüstung betreiben kann; in diesem Fall wird das gleiche Ergebnis erzielt, wenn auch die anderen Mächte auf Atomwaffen verzichten.

3. Erweiterung des außenpolitischen Spielraums

3. Erweiterung des außenpolitischen Spielraums

Der Hintergrund und das eigentliche Ziel der vorgeschlagenen neuen Militärstrategie ist außenpolitischer Natur und wird ebenso wie das militärpolitische Ziel in dem Strategiepapier verschwiegen, liegt aber auf der Hand: Es ist **die Erlangung größerer Selbständigkeit, die Erweiterung des politischen Spielraums der BRD im Rahmen des westlichen Bündnisses.** Die neue Strategie soll fortsetzen, was durch die Ostpolitik der siebziger Jahre begonnen wurde. Diese Absicht wird unter der Forderung nach mehr Mitsprache für alle westeuropäischen Mitgliedsländer in der NATO vorgetragen — einer Forderung, die in der Realität auf mehr Mitsprache insbesondere der BRD hinausläuft. Da das Strategiepapier sich hierüber nicht äußert, hören wir den sicherheitspolitischen Experten der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt: „*Im Vergleich zu den sechziger Jahren ist ein größeres Maß an Gleichberechtigung und Mitbestimmung der europäischen NATO-Partner gegenüber den USA angebracht. Mehr Mitbestimmung und ein gesundes und unverkrampftes Selbstbewußtsein gegenüber den USA und ihrer jeweiligen Regierung könnte viele Europäer aus ihrem Schwanken zwischen devoter Anpassung und irrationaler Kritik der westlichen Führungsmacht befreien. Wie dieses Mehr an Mitberatung und Mitbestimmung bei Entscheidungen über Atomstrategie und atomare Rüstungskontrolle noch wirksamer als bisher auch institutionell abgesichert werden kann, sollte in den nächsten Monaten zusätzlich zur Frage nach der Rolle der Nuklearwaffen für die Sicherheit Westeuropas diskutiert werden.*" (6)

Gegen die Raketen — für eine atomwaffenfreie Zone

Von dieser Strategie ausgehend kann die Sozialdemokratie heute g e g e n die US-Raketen und f ü r die NATO sein, kann sie zu massenhaften Demon-

strationen aufrufen und zugleich die Aktionen z ü g e l n. Außerdem erklärt sich, wieso mittlerweile Forderungen nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa von der Sozialdemokratie aufgegriffen werden, indem das Strategie-Papier verlangt: *„Als Zugang zur Entnuklearisierung empfehlen wir Verhandlungen über die im Bericht der Palme-Kommission vorgeschlagene begrenzte, 300 km tiefe, auf beiden Seiten also je 150 km breite, kernwaffenfreie Zone."* (7) Neben der Nicht-Stationierung der Mittelstreckenwaffen wäre die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone ein weiterer Schritt, um der „Konventionalisierung" der NATO näherzukommen. Dieser Schritt würde gleichzeitig eine weitere, genau einkalkulierte Folge auf politischem Gebiet haben: Für den Fall, daß die Mittelstreckenraketen in der BRD stationiert werden, hat die Sowjetunion bereits angekündigt, atomare Kurzstreckenraketen in der DDR zu stationieren, die es dort bisher noch nicht gibt, und deren Stationierung mithilfe einer atomwaffenfreien Zone verhindert bzw. rückgängig gemacht werden könnte. Die Stationierung aber hat zur Konsequenz, daß der ohnehin nur geringe außenpolitische Spielraum der DDR weiter eingeschränkt würde; die Anbindung an die UdSSR wäre noch enger.

Das liegt wiederum nicht im Interesse der BRD, deren Außenpolitik im Gegenteil darauf abzielen muß, die Abhängigkeit der Warschauer-Pakt-Staaten und speziell der DDR von der Sowjetunion zu lockern. Nicht nur die westeuropäischen NATO-Staaten gegenüber den USA, sondern ebenso die osteuropäischen Warschauer-Pakt-Staaten gegenüber der UdSSR sollen mehr Spielraum erhalten. So schreibt Günter Gaus, neben Egon Bahr und Willy Brandt einer der „Väter" der Entspannungspolitik: *„Die NATO kann nur dann wieder stabilisiert werden, wenn man die konkrete Mitsprache der westeuropäischen NATO-Partner gegenüber den USA verstärkt"* — um im nächsten Satz fortzufahren: *„Wenn die beiden Vormächte, die UdSSR und die USA, das jeweilige Problem ihres Paktsystems begreifen und entsprechend handeln, kommt mehr europäische Mitsprache der mittleren und kleinen Staaten in beiden Systemen zustande."* (8) Die größere Selbständigkeit der europäischen Staaten gegenüber ihrer jeweiligen Hegemonialmacht, verknüpft mit der Konventionalisierung der Waffensysteme, hat in der politischen Realität eine wesentliche Folge, und das ist die weitere Stärkung der Stellung der BRD, die ohnehin bereits der ökonomisch mächtigste und konventionell bestgerüstete Staat in Mitteleuropa ist. Wenn Sozialdemokraten sich daher zum Fürsprecher der kleinen und mittleren Staaten in West und Ost machen und ihr Herz für atomwaffenfreie Zonen entdecken, ist Vorsicht angebracht. Als erstes muß gefragt werden, welche Politik dahintersteht, denn nur dann kann angemessen darauf reagiert werden.

Reaktion auf die Friedensbewegung

Schließlich gibt es noch einen nicht zu unterschätzenden Grund, der die Strategiediskussion in der SPD beeinflußt hat: die anwachsende Friedensbewegung. Durch die drohenden neuen Atomraketen mobilisiert, wächst auch die gesellschaftliche Gegnerschaft zum NATO-Bündnis. Ein weiteres Voranschreiten auf diesem Weg *„würde die Zustimmung der Bürger und damit den Zusammenhalt im Bündnis gefährden."* (9) Gegenwärtig kann die BRD aber — noch — kein Interesse an der Auflösung der NATO haben. Darum muß die drohende Gefahr für die NATO verhindert werden, indem die USA von der Notwendigkeit der konventionellen anstatt der atomaren Aufrüstung überzeugt werden. *„Die NATO ihrerseits wird ihre innere Stabilität nur dann zurückgewinnen, wenn es den westeuropäischen Verbündeten gelingt, ihrer Vormacht USA klarzumachen, daß eine weitere Verfeinerung nuklearer Waffen, die wenigstens theoretisch die Machbarkeit eines begrenzten Nuklearkriegs vergrößern, den inneren Zusammenhalt des Bündnisses zerstören wird."* (10) Günter Gaus geht dabei noch einen Schritt weiter, indem er sogar mit der Infragestellung der NATO droht, falls die USA sich nicht einsichtig zeigen: *„Sollte innerhalb der NATO, was leider nicht auszuschließen ist, die Konsensfähigkeit* (der USA, d.V.) *nicht mehr ausreichen, um den Westeuropäern mehr konkrete Mitsprache einzuräumen, so wird Westeuropa zu bedenken haben, welche speziellen westeuropäischen Verteidigungsabsprachen nötig sind; unter dem Dach der veränderten NATO oder, schlimmstenfalls, auch außerhalb."* (11) An Stellen wie dieser wird mit Händen greifbar, wie die Friedensbewegung instrumentalisiert werden soll, um eine bestimmte Variante imperialistischer Machtpolitik durchsetzen zu helfen — ohne daß es dieser Bewegung bewußt ist.

CDU und Entspannungspolitik

Gegenwärtig ist nicht nur die oppositionelle SPD, sondern sind auch die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP Träger der Entspannungspolitik gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten. Unter den bürgerlichen Politikern der BRD gibt es zur Zeit keine ernsthafte Opposition gegen diese Politik. Spätestens seit dem Besuch von F. J. Strauß in Polen ist dies unübersehbar geworden. Dessen Stellungnahme gegen die Solidarnocs-Bewegung und für die polnische „Normalisierung" war der unübersehbare Beweis für die Übernahme der Prinzipien der Entspannungspolitik durch die CSU. Überrascht darüber konnte allerdings nur sein, wer weder die konkreten Interessen des BRD-Kapitals noch die Geschichte der Ostpolitik begriffen hatte.

Bereits bei den Ostverträgen hatten die maßgeblichen Politiker der CDU/CSU zu verstehen gegeben, daß sie nicht (mehr) grundsätzlich gegen die Entspannungspolitik waren, sondern lediglich meinten, bei anderer Verhandlungsführung wären die Gegenleistungen der Sowjetunion größer gewesen. 1972 war aus Anlaß der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den westdeutschen Bundestag eine gemeinsame Resolution aller Bundestagsparteien verabschiedet worden, die dokumentierte, daß die Grundzüge der Entspannungspolitik inzwischen Gemeingut aller politischen Strömungen in der bürgerlichen Politik geworden waren (12).

1976/77 benannte Außenminister Genscher vier außenpolitische Grundlinien, die auch in Zukunft die westdeutsche Außenpolitik bestimmen müßten: *„Das ist die Entscheidung für Europa, und zwar für ein freiheitliches Europa. Das ist die Entscheidung für das westliche Verteidigungsbündnis. Das ist die Entscheidung für eine realistische Entspannungspolitik und das ist schließlich die Entscheidung für einen gerechten Interessenausgleich mit den Staaten der Dritten Welt."* (13) Klügere Beobachter konnten damals bereits feststellen, daß über diese Fixpunkte zwischen den bürgerlichen Parteien keinerlei grundlegende Differenzen bestehen würden. *„Über diese Grundentscheidungen gibt es auch heute zwischen Regierungsparteien und Opposition in Bonn keine ernsthafte Kontroverse. Diese bezieht sich, trotz des oftmals schrillen Tons darf man das nicht falsch hören, immer nur auf Akzente und Modalitäten."* (14) An dem gemeinsamen Grundkonsens hat sich auch durch den zwischenzeitlichen Regierungswechsel nichts geändert. Das hat nicht zuletzt die Regierungserklärung des neuen CDU-Kanzlers unter Beweis gestellt, indem sie an hervorragender Stelle die K o n t i n u i t ä t der westdeutschen Außenpolitik — und damit speziell der Entspannungspolitik betonte — eine Formulierung, der man nicht vorschnell bloß propagandistischen Charakter unterstellen sollte.

Das gemeinsame Interesse a l l e r Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie an der Weiterführung der Entspannungspolitik spiegelt die besondere Situation Westdeutschlands wider, weil durch den Osthandel der ökonomische Spielraum für die Kapitalverwertung und durch die Ostpolitik die politische Manövrierfähigkeit der BRD vergrößert wird. Insofern ist zur Zeit keine Kapital„fraktion" ernsthaft an einer Verschärfung der internationalen oder europäischen Lage interessiert, geschweige denn haben d i e westdeutschen Monopole einen Kriegskurs eingeschlagen.

Das Dilemma der westdeutschen Außenpolitik

Die Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien beginnen auf einer anderen Ebene, nämlich dort, wo es um die Politik gegenüber den USA, um die konkrete Form des Bündnisses, um das Verhältnis zwischen westdeutscher Entspannungs- und US-amerikanischer Konfrontationspolitik geht. Während die CDU/CSU mit der Raketenstationierung die US-amerikanische Duldung für die Fortführung der Ostpolitik erkaufen will, ist die Sozialdemokratie offenbar bereit, einen begrenzten Konflikt zu riskieren, was ihr umso leichter fällt, da sie keine Regierungsverantwortung trägt. CDU-Kanzler Kohl erklärte die NATO in seiner ersten Regierungserklärung zum „Kernpunkt deutscher Staatsräson" — eine sehr weitgehende und nicht unumstrittene Formulierung (15), die aber demonstriert, wie wenig er gewillt ist, das Bündnis mit den USA auf die Probe zu stellen. Dagegen bemerkte der außenpolitische Kopf der SPD, Egon Bahr, kühl, daß die NATO *„ein Instrument ist und nicht Ziel deutscher Außenpolitik."* (16) Wenn der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Jochen Vogel seinen Wahlkampf unter anderem unter der Parole „Im deutsche Interesse" führte, ist das nicht allein ein leerer Wahlkampf-Slogan, sondern drückt auch eine bestimmte Politik aus.

Mit der Befürwortung der Raketenstationierung unterstützt die heutige Bundesregierung die Außenpolitik Reagans, der die Entspannungspolitik weltweit durch eine Konfrontationspolitik ersetzt hat. Gleichzeitig und im Gegensatz dazu will sie selber die Entspannungspolitik fortsetzen und die Vorteile der besonderen Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten nicht aufs Spiel setzen. Das sind zwei grundsätzlich unterschiedene Linien der Außenpolitik, die die christlich-liberale Koalitionsregierung unter einem Hut zu halten versucht. Die Sowjetunion hat jedoch unmißverständlich Konsequenzen für den Fall angekündigt, daß es zu einer Stationierung kommt. Auf der anderen Seite haben die neuen Mittelstreckenraketen für die Reagan-Administration nicht nur militärische Funktion, sondern sollen auch dazu genutzt werden, um die westdeutsche Entspannungspolitik zu Fall zu bringen und die Eigenmächtigkeiten der BRD zu beenden.

Für einen Genfer Kompromiß

Die letzten Wochen und Monate haben im Zusammenhang mit der drohenden Stationierung eine fieberhafte außenpolitische Aktivität der Bundesregierung gesehen, die kein anderer NATO-Staat aufweisen konnte. Da hielt sich eine hochrangige sowjetische Delegation unter Teilnahme des Leiters der Abteilung Auslandsinformationen beim ZK der KPdSU, Semjatin, und des Experten der sowjetischen Armee für Raketenrüstung, Generaloberst Tschernow, mehrere Tage lang in der BRD auf. Da reiste der gesamte sicherheitspolitische Ausschuß des westdeutschen Bundestags unter Teilnahme der Sicherheitsexperten sämtlicher Parteien unter Leitung von Egon Bahr nach Moskau und führte nach offizieller Verlautbarung ernsthafte und fruchtbare Gespräche. Außenminister Genscher führte zweitägige Gespräche mit Gromyko. Weizsäcker konferierte als Regierender Bürgermeister von Westberlin mit Erich Honecker, und noch nie — auch unter der sozialliberalen Regierung nicht — war das sogenannte deutsch-deutsche Verhältnis so „entspannt" und herzlich wie gegenwärtig.

Das westdeutsche Interesse an dem Zustandekommen eines Kompromisses in Genf war kaum zu verhüllen, wäre eine solcher Kompromiß doch der beste Ausweg, um weder die Bündnistreue zu den USA auf die Probe zu stellen noch die westdeutsche Ostpolitik zu gefährden. Aber auch für das Scheitern der Genfer Verhandlungen wurde vorgebaut, indem man dutzendfach erklärte, daß es in diesem Fall das Ziel westdeutscher Außenpolitik sei, „den Schaden möglichst gering zu halten". Der Schaden, er hier gemeint ist, betrifft die Entspannungspolitik — das Problem ist nur, daß die USA d i e s e n Schaden möglichst groß ausfallen lassen wollen. Desungeachtet sollen die deutsch-sowjetischen Beziehungen langfristig ausgebaut und sogar verbessert werden, wie der wörtliche Tenor aus der BRD verlautet.

Wie lange die BRD unter den gegebenen Umständen in der Lage ist, die Politik des sowohl-als-auch durchzuhalten, muß offen bleiben. Möglicherweise werden die nächsten Monate eine Entscheidung erzwingen. Darum nimmt es nicht wunder, wenn in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten die Bildung einer großen Koalition ins Spiel gebracht wurde, um die außen- und innenpolitischen Turbulenzen gemeinsam durchzustehen, die in jedem Fall auf die BRD zukommen.

Anmerkungen:

(1) Dieser Artikel ist ein Auszug aus einem wesentlich längeren Artikel, der in den „Aufsätzen zur Diskussion", Nr.24, im November erscheint. Darin werden u.a. die Rolle der Entspannungspolitik, das Verhältnis der BRD zu den USA, die NATO-Militärdoktrin und die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und DKP ausführlich behandelt.
(2) Bericht der Arbeitsgruppe „Neue Strategien" beim SPD-Parteivorstand, „Vorwärts"-Dokumentation Extra vom 30.6.83, S.2
(3) ebd. S.3
(4) ebd. S.2
(5) ebd. S.3
(6) K. Voigt, Auf die Pershing-II-Rakete können wir verzichten, in „Frankfurter Rundschau", 6.10.83, S.12; der Artikel ist auch in der Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament" abgedruckt.
(7) Bericht der Arbeitsgruppe „Neue Strategien", a.a.O., S.3
(8) G. Gaus, Wir dürfen an den Einflußsphären in Europa nicht rühren, in: Deutsche Fragen — Europäische Antworten, hrsg. von U. Albrecht u.a., Berlin 1983, S.75
(9) Handreichung der SPD-Bundestagsfraktion zur Politik des westlichen Bündnisses, zur Strategie-Debatte und zu den Genfer Verhandlungen, in: Materialien Friedenspolitik, a.a.O., S.4
(10) G.Gaus, a.a.O., S.75
(11) ebd.
(12) vgl. dazu Heinz Seefeld, Krieg und Frieden in Europa und die Ostpolitik der BRD, VTK, Frankfurt und Gelsenkirchen 1977, S. 85-89; diese Schrift bietet trotz einiger Schwächen einen informativen Überblick über die Ostpolitik der BRD
(13) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr.1/1977; zitiert nach: Wilfried v. Bredow, Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979, S. 91
(14) W.v. Bredow, ebd.
(15) vgl. die Auseinandersetzung darüber: Die Souffleure der Kanzler, in: „Die Zeit" vom 8.7.1983
(16) Egon Bahr, Entspannung ist unsere einzige Chance, in: Deutsche Fragen — Europäische Antworten, a.a.O., S.82

Chile: Demokratische Volksbewegung gegründet
Der Widerstand schließt ein Bündnis

Noch während des Münsteraner Kongresses Ende Juni konnte der Eindruck entstehen, daß sich ein politisches Bündnis der chilenischen Linken nur schwer verwirklichen lassen würde (Siehe auch: AK 236, Interview mit Gladys Diaz). Während in Chile nach 10 Jahren Widerstand das Volk die Strassen zurückerobert hatte, wieder massenhaft demonstrierte, während Pinochets soziale und politische Basis sich tagtäglich verringerte, während andererseits sich die bürgerliche Opposition zum Fürsprecher eben dieses Widerstandes emporschwang, in dieser Situation — so schien es — war die Linke neutralisiert.

In der Tat verharrte ein Teil der Linken — speziell aus dem Lager der ehemaligen Sozialistischen Partei (PS) — in Warteposition, um die Chancen des bürgerlichen Oppositionsbündnisses abzuschätzen, an dem sich ein anderer Teil der ehemaligen PS bereits beteiligt hatte. Demgegenüber stand derjenige Teil der chilenischen Linken, der, angetrieben wohl im wesentlichen vom MIR (Movimiento de Izquerda Revolucionaria, Bewegung der Revolutionären Linken), ein einheitliches Linksbündnis auf demokratisch-revolutionärer Grundlage schon seit dem Treffen in Mexico im September 1981 anstrebte. Rechtzeitig zum September jedoch, für Chile ein recht bedeutungsvoller Monat, wurde der chilenischen Öffentlichkeit am 3.9.1983 die Gründnung der *Demokratischen Volksbewegung* (Movimiento Democrático Popular), MDP, bekanntgegeben.

Was ist die MDP?

In der MDP schließen sich die Kommunistische Partei (PC), der MIR, Sektoren der PS, der MOC (Arbeiter-Bauernbewegung), der MAPU sowie der christlichen Linken (IC) zusammen. Außerdem wird das Bündnis von den Komitees zur Verteidigung der Rechte des Volkes (CODEPU) und seinen 300 Basisorganisationen unterstützt. Die MDP hat ein Programm vorgestellt, das die Interessen der Mehrheit des chilenischen Volkes zu vereinen sucht und darüberhinaus Forderungen aufstellt, die das bürgerliche Oppositionsbündnis der *„Demokratischen Allianz"* diskret vermeidet, wie:
— die Demokratisierung der Streitkräfte und Bestrafung der für die Verbrechen am Volk verantwortlichen Offiziere;
— die Auflösung der CNI (Geheimdienst) und Bestrafung der Folterer und Mörder;
— die Restrukturierung des Justizapparates;
— Bestrafung der monopolistischen Wirtschaftsgruppen, die für den Hunger des chilenischen Volkes verantwortlich sind.

Darüberhinaus wird der sofortige Rücktritt Pinochets gefordert, die sofortige Einberufung einer Versammlung des Volkes, die eine provisorische demokratische Volksregierung beruft, welche sich dann verpflichtet, so schnell wie möglich demokratische Wahlen durchzuführen.

Mit der MDP konstituiert sich endlich die politische Alternative für das chilenische Volk, die seine aus langem Widerstand erwachsenen Forderungen artikuliert. Zu diesen Forderungen zählen in erster Linie auch die Bestrafungen der Verbrechen, die die Gorillas am chilenischen Volk verübt haben. Die 30.000 Toten vom September '73, die 2.500 Verschwundenen, die tagtäglichen politischen Morde und Folterungen dürften unter keinen Verhandlungstisch fallen, so wie es die bürgerliche Opposition praktiziert. Die Verantwortlichen für die 700.000 Obdachlosen, die Millionen Arbeitslosen, die Hunderttausend im Exil lebenden Chilenen, die Verantwortlichen für das soziale und psychische Drama dieses Volkes müssen zur Rechenschaft gezogen werden. So wird das chilenische Volk die Glaubwürdigkeit eines politischen Bündnisses daran messen, wie es zu diesen Verbrechen steht. Und dazu gehören insbesondere auch die Wirtschaftsverbrechen. Noch im Juli verlautete, daß der Schwiegersohn Pinochets, Julio Ponce, von seinem Posten als Generaldirektors und zweiter Mann der staatlichen Entwicklungsbehörde (CORFO) zurücktreten mußte. Er wurde wegen persönlicher Bereicherung im Amt zur Kündigung gezwungen. Ponce hat es seit dem Putsch 1973 zum Millionär gebracht. Oder aber der Vetter Pinochets, Oberst Mario Gutierrez, der im Mai von seinem Posten als Vizepräsident der staatlichen Versicherungsgesellschaft wegen Korruption entlassen wurde. Eine Tochter Pinochets und deren Mann haben innerhalb von fünf Monaten Prämien in Höhe von 2,2 Mio. DM kassiert.

Es ist bekannt, daß das Beispiel des Pinochet-Clans nicht nur bei den Militärs Schule gemacht hat. Insofern ist gerade die Forderung nach der Bestrafung der Wirtschaftsverbrecher ein unverzichtbarer Bestandteil des Volkswiderstandes, stellt sie doch gleichzeitig die Frage der Legitimität des kapitalistischen Herrschaftssystems überhaupt.

Mit der MDP verschaffen sich diejenigen Kräfte politisches Gewicht, die seit Mexico '81 den Weg der Rebellion des Volkes verfolgen. Diese Linie toleriert prinzipiell a l l e Formen des Widerstandes. Mit der Unterstützung durch die Basiskomitees hat die MDP einen Motor, der bereits die Massendemonstrationen der vergangenen Monate angetrieben hat. Sollte dieser Motor auch die Festigkeit und die Verbreiterung des politischen Bündnisses MDP beschleunigen, so könnte dieses Gespann den Sturz der Pinochet-Diktatur herbeiführen.

Mx, Lateinamerika-Kommission

Für Boykott der Europawahlen

— Einige Argumente —

Der Krieg Großbritanniens gegen Argentinien im vergangenen Jahr hat die westdeutsche Linke wie überhaupt die politische Opposition in der BRD längst nicht so bewegt wie jetzt der Überfall US-amerikanischer Ledernacken auf Grenada. Die Umtriebe der USA in El Salvador sind in der BRD einer breiten öffentlichen Kritik ausgesetzt, die Beteiligung der BRD an der Terrorherrschaft der Militärjunta in der Türkei dagegen kaum. Daß die EG mit französischen, britischen und italienischen Soldaten militärisch im Nahen Osten engagiert ist, ist nicht einmal richtig bekannt. Denn bei der politischen Opposition in der BRD ist die Kritik des US-Imperialismus oder je nachdem auch der „Supermächte" modern, die Kritik des BRD-Imperialismus und des imperialistischen Bündnisses EG kaum entwickelt, ja manchmal direkt unpopulär. Gilt die NATO noch als aggressiv (wegen der US-Mitgliedschaft), so erscheint die EG weithin als harmlos. Bei vielen scheint direkt die Auffassung zu bestehen, daß sie für ein einiges und starkes Europa gegen den US-Imperialismus und die „Supermächte" eintreten müßten. So ist die westdeutsche Monopolbourgeoisie von Kritik weitgehend unbehelligt daran gegangen, mittels der EG und der weiteren „europäischen Einigung" ihre Ansprüche auf die Neuaufteilung der Welt neu zu schreiben.

Süderweiterung — neues Stadium der „europäischen Einigung"

1984 oder 1985 wird die „europäische Einigung" ein neues Stadium erreicht haben. Dann nämlich werden laut Plan auch Portugal und Spanien der EG beigetreten sein, nachdem Griechenland seit 1981 bereits Mitglied ist. Von den
haben. Dann nämlich werden laut Plan auch Portugal und Spanien der EG beigetreten sein, nachdem Griechenland seit 1981 bereits Mitglied ist. Von den
westlichen europäischen Ländern und Europaratsmitgliedern werden dann nur Österreich und die Schweiz in Mitteleuropa, Norwegen, Schweden und Finnland im Norden und im Mittelmeer Zypern und Malta der EG nicht angehören. Mit der Türkei wurden Beitrittsvorverhandlungen geführt.

Die „EG der 12', als einheitlicher Wirtschafts- und Machtblock betrachtet, holt in der Konkurrenz gegenüber den USA weiter auf. Ihr Territorium hat zwar immer noch nicht einmal ein Drittel der Größe des US-amerikanischen. Aber die Imperialisten in der EG gebieten über eine Bevölkerung von knapp 320 Millionen, die US-Imperialisten dagegen „nur" über 230 Millionen (Bevölkerung in der UdSSR: 270 Mio.). Und 98 Mio. Lohnabhängige arbeiten unter Kontrolle des westeuropäischen Kapitals, 91 Mio. unter der des US-Kapitals. 20% der Weltproduktion an Rohstahl werden in der EG produziert, knapp 16% in den USA. Auch auf den Weltmärkten baut die EG der 12 ihren Vorsprung als größter Exporteur weiter aus.

Aber die „Süderweiterung" bedeutet für das „europäische Einigungswerk" mehr als bloße Addition von Spanien und Portugal und Griechenland. Erstens wird mit der „Süderweiterung" die „innereuropäische" imperialistische Arbeitsteilung weiter entfaltet. Wie Griechenland ist auch Spanien, Portugal und sodann der Türkei in dieser Arbeitsteilung die Rolle zugedacht:

– als Obst- und Gemüsegarten für die „Industrieländer'. Die einschlägigen EG-Untersuchungen befassen sich ausführlich mit der dazu erforderlichen „Ausrichtung", sprich v.a. Kapitalisierung der Landwirtschaft;

– als Arbeitskräftereservoir. Dies ergibt sich aus dem vorigen. Die industrielle Reservearmee wird drastisch ansteigen;

– als Kapitalanlagesphäre. Die diesbezüglichen Vorstellungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie legt z.B. ein Bericht dar, den das BRD-Generalkonsulat in Istanbul nach Bonn schickte: „Hochindustrialisierte Staaten sollten zukünftig keine Textilien, Massenstahle und andere Massenartikel, sondern stattdessen hochtechnisierte Produkte schaffen. Die Textil- und Massenstahlherstellung, auch der Schiffbau, sollten den Staaten überlassen bleiben, die dies billiger und u.U. genausogut machen können." (1)

Die Folgen für die arbeitenden Klassen in diesen Ländern sind absehbar und werden von den Imperialisten eiskalt kalkuliert. Die Zeitschrift „Außenpolitik" z.B. schreibt:

Die Integration der südeuropäischen Länder „würde aber auch erhebliche Konsequenzen für ihre sozialen Strukturen haben. Die durch die internationale Konkurrenz bewirkten Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesse würden in großem Ausmaß die wirtschaftliche Existenz der Kleinbauern verschlechtern oder gar bedrohen. Dasselbe trifft für größere Teile des Bürgertums im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe zu. Die reale Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen in Landwirtschaft und Industrie würde andauern. Diese Entwicklungen können nicht ohne Einfluß auf die Situation im politischen Feld der jungen Demokratien bleiben." (2)

Zweitens beherrschen die EG-Imperialisten mit dem Beitritt dieser Länder nun endgültig den Mittelmeerraum, die Brücke zum Nahen Osten und nach Afrika. Ihrem Ziel, diese Regionen in ihren „Hinterhof" zu verwandeln, ähnlich wie die USA den ganzen amerikanischen Kontinent als ihren „Hinterhof" betrachten, kommen sie damit deutlich näher; vor allem auch deshalb, weil die neuen Mitglieder samt und sonders über feste traditionelle Verbindungen dorthin verfügen: Griechenland in die Levanthe, Spanien insbesondere nach Marokko, Portugal in seine alten afrikanischen Kolonien.

Die EG als Kriegspakt aktiv

Die EG als Kriegspakt aktiv

Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsländer auf dem „Stuttgarter Gipfel" die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union" und damit u.a.:

„Stärkung und Ausbau der Europäischen Politischen Zusammenarbeit durch die Erarbeitung und Festlegung gemeinsamer Positionen und gemeinsamen Vorgehens auf der Grundlage verstärkter Konsultationen im Bereich der Außenpolitik einschließlich der Koordinierung der Positionen der Mitgliedsstaaten zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit, um die schrittweise Entwicklung solcher Positionen und eines solchen Vorgehens in immer mehr Bereichen der Außenpolitik zu fördern und zu erleichtern." (3)

Diese Formulierung klingt noch recht unscheinbar angesichts der Absichten, die die Staats- und Regierungschefs damit zum Ausdruck bringen, und angesichts der Politik der EG, die sie bereits deckt. Deutlicher war BRD-Außenminister Genscher, der auch als Verfasser und Initiator der „Feierlichen Deklaration" gelten kann:

Nötig sei „die Entwicklung aktiver globaler Politiken der Zehn, die solchen Gefahren (für die „Sicherheit der Gemeinschaft", d.Verf.) entgegenwirken und dabei auch die wirtschaftliche Sicherheit der Gemeinschaft und ihre Versorgung mit Energie und Rohstoffen gewährleisten helfen". (4)

Bereits im Herbst 1981 hatten die EG-Außenminister auf Genschers Drängen mit dem sog. „Londoner Bericht" ein „Verfahren im Krisenfall" beschlossen, das u.a. vorsieht:

„Um die Reaktionsfähigkeit der Zehn in einem Notfall zu verbessern, werden Arbeitsgruppen aufgefordert, mögliche Krisenbereiche zu analysieren und eine Reihe möglicher Reaktionen der Zehn vorzubereiten." (5)

Ein halbes Jahr später dann trat die EG als Kriegspakt erstmals offen in Aktion. Im Krieg um die Malwinen, die nach dem Recht der EG-Verträge als britische Kolonie zugleich „EG-Territorium" sind, begleitete die EG den britischen Flotteneinsatz mit Wirtschaftssanktionen gegen Argentinien, und zwar ausdrücklich zum Schutz von „EG-Interessen". Niemand hat dies deutlicher vertreten als die BRD-Imperialisten:

„Nicht um ein paar Schafherden wird dort gekämpft, sondern um ein gewaltiges Binnenmeer von der Größe Europas mit all seinen Reichtümern in und unter Wasser. Noch ist diese Fläche rechtlich Teil des sogenannten EG-Meeres. Gewinnt Argentinien die Auseinandersetzung, so geht Großbritannien der ganze Südatlantik verloren. Das hätte dann auch Konsequenzen für das EG-Mitglied BRD ..." (6)

Die „wirtschaftlichen und politischen Aspekte der Sicherheit" haben derweil auch im Nahen Osten den militärischen Einsatz der EG herausgefordert. Es wäre auch wirklich ein geschichtliches Novum, hatte schon 1980 die „Europäische Wehrkunde" in einem Aufsatz zur Begründung der Notwendigkeit einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" geschrieben, wenn die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt die Verteidigung ihrer Interessen dem Bündnispartner überlasse. (7) Also überläßt die EG den militärischen Schutz ihrer Interessen im Nahen Osten nicht länger mehr den USA. Von den Außenministern und Krisenplanern der EG wurde der Einsatz französischer, italienischer und britischer Truppen in Libanon vorbereitet und abgestimmt. Die BRD beteiligt sich vorerst mit 6,6 Mio. DM, die sie im nächsten Bundeshaushalt für die „logistische Unterstützung" der „Friedenstruppen" bereitstellt.

Auch wenn die BRD sich bisher möglichst im Hintergrund hielt: Die treibende Kraft beim Ausbau der EG zu einem weltweit operierenden Kriegspakt ist sie. Kein anderes EG-Mitgliedsland hat so wuchtige Interessen und ein so starkes Sicherheitsbedürfnis in aller Welt wie die BRD. Sie ist von allen EG-Ländern der größte Exporteur auf den
so wuchtige Interessen und ein so starkes Sicherheitsbedürfnis in aller Welt wie die BRD. Sie ist von allen EG-Ländern der größte Exporteur auf den
Weltmärkten – ihr Handelsbilanzüberschuß betrug 1982 50 Mrd. DM, davon 20 Mrd. DM gegenüber den EG-Ländern, 30 Mrd. DM gegenüber „Drittländern', und wurde bisher noch niemals von irgendeiner anderen imperialistischen Macht erreicht. Auch als Rohstoffplünderer ist die BRD (zusammen mit Japan) unübertroffen. Sie ist der größte Importeur von Kupfer, der zweitgrößte von Nickel, Zink, Eisenerz, Kakao, Kaffee und anderen Reichtümern, die sie von allen Kontinenten zusammenraubt. Weiter ist sie nach den USA der größte Gläubiger und Zinseintreiber der Welt: Über 21,7 Mrd. DM kassierte das westdeutsche Finanzkapital allein 1982 als Zinsen aus Auslandskrediten, den Großteil von den unterdrückten Nationen. Und auch beim Kapitalexport hat die BRD in den letzten Jahren eine internationale Spitzenstellung erreicht und den einst großen Konkurrenzvorsprung Großbritanniens fast wettgemacht; die westdeutsche Monopolbourgeoisie kontrollierte Ende 1981 im Ausland ein Kapital in Höhe von über 100 Mrd. DM und 1,8 Mio. Lohnabhängige.

Export von Konterrevolution „feierlich deklariert"

In einem weiteren Bereich noch hatte die westdeutsche Bundesregierung die im Juni in Stuttgart versammelten Staats- und Regierungschefs der EG-Länder dazu gedrängt, „Neuland zu betreten" (Genscher). In der „Feierlichen Deklaration" einigten sie sich auf:

„eine gemeinsame Analyse und ein abgestimmtes Vorgehen, um den internationalen Problemen der öffentlichen Ordnung, schweren Gewalttaten, dem organisierten internationalen Verbrechen und allgemein der grenzüberschreitenden Kriminalität zu begegnen".

Auch bisher schon gedieh die Zusammenarbeit der Innenminister, wenn auch fast gänzlich im Geheimen, so doch prächtig, etwa bei der „Terroristenbekämpfung", bei der gegenseitigen Unterstützung beim Aufbau von Spezialeinheiten nach dem Bilde der GSG 9 usw. Seit 1977 ist diese Zusammenarbeit in der „Arbeitsgemeinschaft TREVI" organisiert, wobei T für Terrorismus steht, R für Radikalismus, E für Extremismus, V für Gewalt, I für International. Da fragt sich also, was nun unter „Neuland" verstanden werden muß.

Dies wird einigermaßen deutlich, wenn gerade immer in Zusammenhang mit sorgenvollen Überlegungen über mögliche soziale und politische „Unruhen" in den Mittelmeerländern, wie sie z.B. auch die zitierte Zeitschrift „Außenpolitik" anstellte, die Forderung nach entsprechender „Reform der Gemeinschaft" und Schaffung eines „ausreichenden politischen Instrumentariums" laut wird. Zu „internationalen Problemen der öffentlichen Ordnung" können praktisch jede große Streikbewegung in irgendeinem EG-Mitgliedsland, jeder Aufruhr und erst recht jede revolutionäre Erhebung oder konkret der Bürgerkrieg in Nordirland erklärt werden. In welche Richtung sich dabei die „europäische Zusammenarbeit" entwickelt, hatte schon 1978 der Chef der Rotterdamer Kripo in der westdeutschen Zeitschrift „Kriminalistik" angezeigt:

Es seien „Möglichkeiten zu schaffen für die gemeinsame Planung von Polizeieinsätzen in den Ländern des Gemeinsamen Marktes". (8)

Warum dann nicht auch für den gemeinsamen Einsatz von BGS und entsprechenden anderen westeuropäischen paramilitärischen Einheiten? – Mit der „Feierlichen Deklaration" haben die Imperialisten in der EG die Bedingungen für den Export von Konterrevolution ein gutes Stück weitergetrieben.

Die BRD im „Einigungswerk"

Auch bisher war die „europäische Einigung" durch und durch reaktionär, nichts als eine Form des Kampfes verschiedener imperialistischer Mächte um
gung" durch und durch reaktionär, nichts als eine Form des Kampfes verschiedener imperialistischer Mächte um
die Vorherrschaft in Europa, gekennzeichnet durch gnadenlosen Vernichtungskampf der Kapitalisten untereinander, durch harte Konkurrenz um die größtmögliche Ausbeutung der Arbeiter, durch gegenseitige Einmischung und Erpressung. Doch das Band, das die Beteiligten bisher zusammenhielt, waren vor allem ihre gemeinsamen Interessen. Die EG (damals Montanunion, EWG und Euratom) ist gegründet worden als Bündnis imperialistischer Bourgeoisien, die das gleiche strategische Ziel verfolgten, ihre durch den 2. Weltkrieg stark geschwächten Ausgangspositionen für den Kampf um die Weltherrschaft zu verbessern.

„Unsere Wirtschaft braucht das Großraumformat der amerikanischen", brachte der frühere CDU-Politiker und Präsident der EG-Kommission Hallstein ihre gemeinsamen Interessen auf den Begriff: Die westeuropäischen Monopolbourgeoisien brauchten eine bedeutend größere Basis, als die nationalstaatlich organisierten Wirtschaftsräume sie darstellten. Sie brauchten für die Entwicklung einer Großproduktion, die ihnen Senkung der Produktionskosten und damit Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ermöglichte, einen einheitlichen „europäischen" Waren-, Kapital- und Arbeitsmarkt: den „Gemeinsamen Markt".

Mit dem Beitritt Griechenlands, Spaniens, Portugals und eventuell sogar der Türkei und mit den anderen dargelegten „Fortschritten" hin zum „vereinten Europa" ändert das Bündnis seinen Charakter. Wie schon die irische Bourgeoisie scheinen die Bourgeoisien in diesen Ländern gar keine andere Wahl zu haben, als der EG beizutreten. Sie sind in starkem Maße von den westeuropäischen Imperialisten abhängig, und ihre Wirtschaften sind praktisch längst dem „Gemeinsamen Markt" einverleibt, nur daß sie z.B. bei Exporten in die EG die Zölle immer noch zahlen müssen. Doch anders, als sie vielleicht erwarten, wird sich ihr Beitritt zur EG nicht in einer Expansion *ihrer* Ausbeutungstätigkeit niederschlagen, sondern in ihrer weitgehenden Ruinierung und in der Verwandlung ihrer Länder in Halbkolonien der westeuropäischen Imperialisten.

So wird die EG aus einem Bündnis imperialistischer Konkurrenten nun endgültig zu einem Konsortium einiger imperialistischer Mächte zur Ausbeutung und Beherrschung von in der kapitalistischen Entwicklung weniger fortgeschrittenen Ländern Europas. Das Band, das diese erweiterte Europäische Gemeinschaft, dieses europäische Völkergefängnis, zusammenhält, werden immer weniger gemeinsame Interessen, sondern stattdessen wirtschaftliche Knebel und nackte Gewalt sein. Denn unweigerlich werden sich nicht nur krachende Widersprüche zwischen den unterdrückten und den unterdrückenden Nationen in der EG auftun, sondern auch die Widerspüche zwischen den unterdrückenden Nationen zunehmen. Deshalb übrigens verlangt die BRD auch kategorisch die Abschaffung der Vetorechtspraxis. Sie will damit nicht nur Ländern wie Griechenland die Möglichkeit nehmen, jemals auf die Beschlußfassung der EG Einfluß zu nehmen. Vielmehr ist das einzige Land, gegen das Mehrheitsentscheidungen zwar theoretisch, praktisch aber kaum zustande kommen können – die BRD.

Denn diese hat sich in den langjährigen Konkurrenzschlachten eine ökonomische Vormachtstellung in der EG erobert, die sich auch in politischem Übergewicht niederschlägt.

1980 lebten 22,7% der Bevölkerung der EG-Mitgliedsländer in der BRD; hier arbeitete rund ein Viertel aller Lohnabhängigen. Aber: Mehr als ein Drittel z.B. des Stahls oder der Kraftfahrzeuge und sogar rund 40% der Maschinenbauprodukte, die innerhalb der EG produziert wurden, wurden in der BRD produziert. Auf der Grundlage eines großen Konkurrenzvorsprunges, der sich in diesen Zahlen nur andeutet, haben westdeutsche Monopole in den allermeisten hochentwickelten europäi-
der sich in diesen Zahlen nur andeutet, haben westdeutsche Monopole in den allermeisten hochentwickelten europäi-
schen Industriezweigen Spitzenpositionen erobert.

Auf dieser Grundlage auch hat der BRD-Imperialismus ein ganzes Netz von Abhängigkeiten über seine europäischen Nachbarländer geworfen. So durch den Kapitalexport: 1981 übertraf der Bestand an Direktinvestitionen der BRD in der EG (28,5 Mrd. DM) den Bestand der anderen EG-Länder in der BRD (23,5 Mrd.) um einiges. Nur im direkten Vergleich mit Großbritannien liegt die BRD zurück. Und durch den Außenhandel: Für alle EG-Mitgliedsländer ist der Anteil der BRD an den Importen viel höher als ihr Anteil an den Importen der BRD. So betrug 1980 der Anteil der BRD an den Importen Frankreichs 16,2%, umgekehrt nur 10,7%, der Anteil der BRD an den Importen Großbritanniens 11%, umgekehrt nur 6,7%, der Anteil der BRD an den Importen Italiens 16,7%, umgekehrt 7,9% usw. Alle EG-Hauptkonkurrenten haben gegenüber der BRD ein z.T. beträchtliches Handelsbilanzdefizit.

Nur ein Beispiel von vielen soll zeigen, wie die BRD diese ökonomische Vorherrschaft in politisches Diktat ummünzt: 1982 erklärten sich Bundesregierung und Bundesbank zu einer DM-Aufwertung von 4,25% im Zusammenhang mit einer Abwertung des Franc um 5,75% nur unter der Bedingung bereit, daß die französische Regierung ein „Stabilitätsprogramm" vorlegt. Dies Programm beinhaltete dann einen Lohn-Preis-Stopp, Kürzungen der Sozialleistungen und dergleichen – das „Reformprogramm" Mitterands, was immer davon zu halten war, war damit jedenfalls vom Tisch.

Die „FAZ" beschreibt die Verhältnisse in der EG ganz kühl dann auch so: „Sie (die BRD, d.Verf.) hat in der Gemeinschaft das wirtschaftlich stärkste Gewicht, das ihr ein entsprechendes politisches Gewicht verleiht ...; ohne sie kann sich in Brüssel nichts bewegen." (9) Und umgekehrt:

Beim Ausbau der EG zum europäischen Völkergefängnis, bei der Entfesselung der inneren Reaktion ist die BRD die treibende Kraft. Ebenso bei der Entwicklung der EG zum weltweit agierenden Kriegspakt: Als die vorherr-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schende Macht in der EG versucht sie, die politischen und militärischen Potenzen ihrer EG-Kumpane sich zu Diensten zu machen und die westeuropäischen Staaten in *ihre* politische Reserve zu verwandeln. Für dieses ganze Programm will die herrschende Klasse in der BRD mit den Wahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni das Mandat.

Opposition im Euro-Schlepptau?

Stellungnahmen zu den Europa-Wahlen liegen seitens der politischen Opposition bisher vor allem von den GRÜNEN vor. Sie sind, wie daraus hervorgeht, für ein ,,Europa von unten'' und ein ,,Europa der Regionen''. Die Gewerkschaften vertreten die Parole ,,Für ein Europa der Arbeitnehmer'' und ein ,,Europa des sozialen Fortschritts''. All diese Parolen drücken durchaus eine gewisse kritische Distanz aus. Gegen die ungezügelte Konkurrenz, die gegenseitigen Drohungen und Einmischungen und den wilden Chauvinismus, die die ,,europäische Zusammenarbeit'' der herrschenden Klassen kennzeichnen, sind Gewerkschaften wie GRÜNE bemüht, mit ihren ,,Für Europa''-Positionen an den internationalistischen Bestrebungen der unterdrückten Klassen anzuknüpfen. (10) Nur: Sie vermeiden dabei beide strikt, die Interessen der unterdrückten Klassen *im Gegensatz* zu den Interessen der westdeutschen Bourgeoisie zu entwickeln. Wohin dies zwangsläufig führen muß, zeigen die folgenden Auszüge aus den entsprechenden Dokumenten.

Der DGB nannte 1979 in seinem Aufruf zu den Europa-Wahlen als dritten von ,,10 guten Gründen'':

,,Viele unserer Probleme können auf Dauer nur im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit gelöst werden. Es gibt keine nationalstaatlichen Rezepte zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise.''

Und der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Hoffmann führte in der Begründung für seine Kandidatur dazu aus:

,,Die europäische Wirtschaft muß in wichtigen Bereichen Umstellungen und strukturelle Änderungen vornehmen, um der neuen internationalen Arbeitsteilung zu entsprechen. Veraltete Produktionsanlagen müssen modernisiert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben ... Die Umstrukturierung der in die Krise geratenen industriellen Bereiche kann aber nur auf europäischer Ebene wirksam durchgeführt werden. Wenn ein Land in der Europäischen Gemeinschaft einen Bereich ohne Rücksicht auf die Nachbarländer umstellt, würde das die Arbeitslosigkeit automatisch zu seinen Gemeinschaftspartnern verschieben.'' (11)

Sofern die Gewerkschaften hier überhaupt noch auf die Lage der Arbeiterklasse abheben, bleiben sie jeden Beweis schuldig, daß durch ,,europäische Zusammenarbeit'' im Gegensatz zu ,,nationalstaatlichen Rezepten'' irgendetwas ,,gelöst'' werden kann. Im Gegenteil hat doch die europäische Einigung viele ,,Probleme'' der Lohnabhängigen ganz ungemein verstärkt.

Die Krise in der Stahlindustrie z.B. mit ihren Massenentlassungen im Gefolge ist nicht zuletzt Ergebnis des zügellosen Konkurrenzkampfes in der EG, in dem alle Beteiligten die Stahlproduktion wie wahnwitzig steigerten und riesige Überkapazitäten schufen mit dem einzigen Ziel, die Konkurrenten niederzumachen und die strategisch so wichtige Stahlindustrie in der EG zu dominieren. Eine ,,europäische Lösung'' der Stahlkrise *kann* nur so aussehen, daß sich die schlagkräftigsten Stahlmonopole durchsetzen, die, die am härtesten rationalisieren, den Lohn am niedrigsten drücken – und dazu gehören auf jeden Fall die westdeutschen. Die Aufforderung zu ,,Rücksicht'' richtet sich dann gegen die anderen, die nämlich mit staatlichen Subventionen ganz ohne Rücksicht auf die BRD-Monopole versuchen, ihre Märkte doch zu halten. So endet diese Art von ,,Internationalismus'' letztlich in ganz ordinärem Chauvinismus.

Auch bei den bisher vorliegenden Stellungnahmen von GRÜNEN führt der Verzicht auf den scharfen Gegensatz zur westdeutschen Bourgeoisie zu etwas schwülstigen Solidaritätsschwärmereien (,,solidarische Vielfalt in selbstbestimmten und selbstversorgenden, überschaubaren Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten''), die sich leider mit aggressivem Inhalt verbinden. Der Diskussion über ,,Europa und Wahlen zum Europäischen Parlament'' auf der Bundesdelegiertenkonferenz am 4./5. Juni 1983 lag ein Referat zugrunde, in dem der Verfasser E. Knapp u.a. ausführt:

,,Da Westeuropa von den USA abhängig ist und da die USA ökonomisch wie politisch eine aggressive Macht sind, muß Westeuropa enger zusammenwachsen. Die Umweltvergiftung ist nur kontinental und global lösbar; die wirtschaftlichen Probleme (Automatisierung, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung usw.) sind nur kontinental in den Griff zu kriegen; finanziell muß Westeuropa vom US-Dollar unabhängig werden, unabhängig von den ruinierenden Zinsen der USA ...''

Das ,,Verlangen nach Unabhängigkeit'' vom US-Dollar hat u.a. das Europäische Währungssystem EWS hervorgebracht, über das die BRD die Deutsche Mark zur europäischen Leitwährung zu machen versucht und über das sie sich ständig in die Wirtschaftspolitik der anderen Mitgliedsländer einmischt. Auch das Argument, daß Umweltverschmutzung nur ,,kontinental lösbar'' ist, führt auf einen gefährlichen Weg. Denn wer so argumentiert, läßt sich auf die Logik der imperialistischen Konkurrenz ein, wonach nichts geht, was die Produktionskosten hochtreibt, solange jedenfalls nicht, bis für die Konkurrenten die gleichen Bedingungen hergestellt sind. Der zitierte Knapp bringt es jedoch sogar fertig, nicht nur die westeuropäische Einigung, sondern eine ,,*Gesamt-Europapolitik*'' ökologisch zu begründen:

,,So wenig wir uns einigeln könnten auf den lokalen und regionalen Ebenen, so wenig würde uns das gelingen auf der Ebene Westeuropas ... Die Geologie und die physikalische Landschaft lassen ja noch Staats- und Systemgrenzen zu. Aber die Ökologie ist universal. Sie ignoriert selbst eiserne Vorhänge. Vergiftete Luft, vergiftetes Wasser, radioaktive Wolken durchdringen alle Systemmauern ... Und insofern sind alle Grenzen anachronistisch. Wir müssen Grenzen nicht aggressiv niederreißen ... Besser ist es, Gesprächs- und Arbeitskontakte zwischen West- und Osteuropa herzustellen, die sich mit unseren gemeinsamen konkreten Gefährdungen befassen ... Ein Spalt Öffnung nur, und das Wasser der Freiheit wird alles aufdrücken.''

Was immer sich der Autor gedacht haben mag, als ihn die gesamteuropäische Begeisterung mitriß – zu dem imperialistischen Konzept des ,,vereinten Europa'' vom Ural bis Portugal erscheinen seine Ideen nur als grüne Variante.

Hinter all diesen manchmal auch kritischen ,,Gründen'' für die EG und die ,,europäische Einigung'' ist die Unterdrückungstätigkeit der BRD fast gänzlich verschwunden, in allgemeine Menschheitsprobleme aufgelöst. Damit wird, was die BRD für ,,Europa'' und ,,Europa'' für die BRD bedeutet, in der Praxis sanktioniert. Sanktioniert werden auch die dargelegten Absichten des BRD-Imperialismus, wie sie in der ,,Feierlichen Deklaration'' angedeutet werden. Oder wollten Heinz Oskar Vetter, ehemaliger DGB-Vorsitzender und außerdem seit 1979 Europa-Parlamentarier, oder die Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN Petra Kelly, die einige Erfahrungen in der EG-Bürokratie sammeln konnte, etwa behaupten, sie wüßten von nichts?

Es muß verhindert werden, daß die Europa-Politik des BRD-Imperialismus, ihre Antriebe, Gründe und Hintergründe in den großen oppositionellen und kritischen Strömungen eine breite Basis finden. Bei ihren politischen Sprechern und Propagandisten hat die Sache ein ganzes Stück verfangen. Wir sehen für die revolutionäre Linke die wichtige Aufgabe, durch politische Aufklärung die Illusionen und Irrtümer, die über die ,,europäische Einigung'' in den Gewerkschaften und bei den GRÜNEN vorhanden sind, aus dem Wege zu räumen.

(sce)

Anmerkungen:

1) Quelle: Dokumentation der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA) in Köln
2) H. Kramer, Die EG im Prozeß der Süderweiterung, Außenpolitik 3/83
3) in: Europa Archiv, 15/83, S. D 420ff
4) Rede Genschers am 19.11.1981 vor dem Europa-Parlament, in: Europa Archiv 2/1982, S. D 55ff.
5) 3. Bericht der Außenminister der Mitgliedsstaaten vom 13.10.1981, in: Europa Archiv 2/1982, S. D 45ff.
6) Die Zeit, 21.5.1982; s. auch: Politische Berichte Extra, Zur Europa-Politik des BRD-Kapitals: Kein Mandat für die Neuordnung Europas und die Neuaufteilung der Welt!, 22.10.83
7) F. Birnstiel, Eine Europäische Verteidigungs-Union – der Weg in die Zukunft, in: Europäische Wehrkunde 9/1980
8) zitiert nach Arbeiterkampf Nr. 130, 29.5.-1978
9) FAZ, 6.9.1983
10) vergleiche u.a. folgende Dokumente der GRÜNEN: Präambel für das Europawahl-Programm 1984 (vorläufig) sowie ,,Das grüne Europa-Wahlprogramm in Kurzform'' (für 1984); des DGB: ,,10 gute Gründe für Europa, 10 gute Gründe, am 10. Juni 1979 zur Wahl zu gehen'', in: Die Quelle 4/79
11) K.H. Hoffmann: Im Europaparlament für die Sache der Arbeitnehmer eintreten, in: Die Quelle 4/79

Zur Stellungnahme der AK-Redaktion nach dem Abschuß der Boeing 747

Handelte die Sowjetunion verbrecherisch?



Guck — wir sind mit einer neuen Erklärung herausgerückt ... Eine der diversen Hetzkarrikaturen nach dem Abschuß der Boeing 747 veröffentlicht am 24.9. in verschiedenen Massenzeitungen der USA.

Gleichgewichtig mit den USA wurde im letzten AK die Sowjetunion des Verbrechens an den 269 Passagieren des Südkorea-Airliners beschuldigt, ,,*auch wenn, was inzwischen wohl als wahr unterstellt werden darf, die Boeing 747 mit irgendwelchen militärischen Geheimaufträgen unterwegs war.*'' (AK 238). Ausdrücklich und zur Vermeidung von Mißverständnissen wird die AK-Position unmittelbar nach Abschuß der Maschine (AK 237) bestätigt. Dort wurde der Sowjetunion unterstellt, die ,,*blutig-schaurige Provokation*'' begangen zu haben, auf die die westliche Außenpolitik nur gewartet habe. Dort — und wiederholt in AK 238 — wird der Abschuß der Boeing 747 auf eine Stufe gestellt mit dem Abschuß einer libyschen Passagiermaschine durch israelische Kampfflugzeuge (,,Massenmord''). Und dort wird dem AK-Leser die flotte These serviert, daß ,,*ein Spionageflugzeug über der Sowjetunion viel eher zu ertragen* (sei), *als die Provokation einer Weltkrise*'' (gemeint ist der Abschuß der Maschine).

Eher zu ertragen für wen ...? — wird mensch an dieser Stelle wohl fragen dürfen. Einige Anmerkungen:

1. Der Vergleich mit Israel 1973 mag moralisch einwandfrei klingen, ist aber politisch reichlich daneben. Im AK 26 (März 73) wurde der Abschuß der libyschen Passagiermaschine als ,,*kaltblütiger Mord*'' bewertet und als ,,*widerlichster Anschlag, der bisher gegen die zivile Luftfahrt begangen wurde.*'' Von ,,Massenmord'' ist nicht die Rede, das am Rande. Nach AK 26 handelte es sich 1973 um v o r s ä t z l i c h e n Massenmord, provoziert durch Rechtsaußenkräfte des Zionismus, die damit die gerade anlaufenden Nahost-Friedensverhandlungen (zustandegekommen durch Vermittlung von SU und USA) torpedieren wollten. Bekannt ist, daß die rassistische Überlegenheitsideologie dieser Kräfte ein wesentliches Motiv für diverse Massaker gegen Angehörige arabischer Nationalitäten abgibt.

Welches Motiv unterstellt die AK-Redation eigentlich den SU-Militärs, wenn sich ausdrücklich geweigert wird, den Abschuß über SU-Gelände anders zu beurteilen? Sinn macht dieser Vergleich nur, wenn an das ,,evil empire'' Sowjetunion (Zitat R. Reagan), also letztlich an einen irrationalen Antihumanismus der SU-Führung geglaubt wird.

2. Es ist mir völlig schleierhaft, was die AK-Redaktion dazu veranlaßt, der SU vorzuwerfen, in cowboy-Manier auf ein ,,abgeirrtes'' (Gänsefüßchen im Original) Flugzeug geschossen zu haben, angeblich nach dem Motto: ,,*Im Zweifelsfall lieber erst schießen und dann fragen*'' (AK 238). Mit dieser Interpretation der Ereignisse befindet sich der AK in peinlicher Nähe zu den Hetztiraden Reagans. Der Vorwurf der Cowboy-Manier ist das K e r n s t ü c k der US-Kriegshetze gegen die ,,unzivilisierten'' Sowjets und die — so die Schlagzeilen der Massenmedien der USA — ,,Barbaren, Schlächter, Mörder und Terroristen'' im Gewand der Roten Armee. Demgegenüber ist mittlerweile klar (und eigentlich auch in J.'s Untersuchung in AK 238 hinreichend belegt), daß nicht ,,*auf Verdacht*'' geschossen wurde, sondern nach einer Reihe von Warnungen, Versuchen der Kontaktaufnahme etc. — zu einem Zeitpunkt also, als an dem feindseligen Charakter dieser ,,Abirrung'' ganz offensichtlich kein Zweifel mehr bestehen konnte. (Es wäre interessant, einmal dem Hinweis der ,,New York Times'' vom 2.9. nachzugehen, wonach der Abschuß eines auf wiederholte Warnung nicht reagierenden ,,abgeirrten'' Flugzeuges voll vereinbar sei mit den internationalen Rechtsgrundsätzen.)

3. Selbst CIA-Recherchen geben mittlerweile der SU-Version recht, daß die Abfangjäger der SU schlichtweg nicht wußten, daß ein Passagierflugzeug weit auf SU-Territorium vorgeschickt wurde. Man kann der SU also den Vorwurf machen, sich geirrt zu haben und auf die Möglichkeit eines derart barbarischen Mißbrauchs von Passagierflugzeugen nicht vorbereitet gewesen zu sein. Wenn man sich nicht auf den Standpunkt des US-Außenministers Schulz stellen will, der auch den Abschuß eines militärischen Spionageflugzeugs unter gleichen Umständen als nicht minder verbrecherisch bewerten will, bleibt dieser Irrtum der einzige Vorwurf, der in d e r S a c h e der SU gemacht werden kann. (Die Schwächen der Informationspolitik stehen auf einem anderen Blatt !). Aber auch in dieser Hinsicht ist eine gleichgewichtige Schuldzuweisung an USA und SU nicht akzeptabel.

Während die UdSSR in einem I r r t u m 269 Menschen tötete (und damit offensichtlich in die von den USA gestellte Falle hineintappte), spricht sehr viel dafür, daß seitens der USA nicht versehentlich, sondern v o r s ä t z l i c h auch nach der Eskalation der Ereignisse alles außer Betracht gelassen wurde, was die 269 Menschenleben gerettet haben könnte. Die offizielle US-Version, wonach die US-Militärbasen nicht wissen konnten, was sich in der Luft abspielte, ist ebenso unglaubwürdig wie die Behauptung, das RC 135-Spionageflugzeug, das ,,zufällig'' den Weg der Boeing 747 kreuzte, habe nichts ungewöhnliches bemerken können, da die Daten erst Stunden nach ihrer Eingabe analysiert werden könnten. Ehemalige Piloten der RC 135 haben inzwischen erklärt, daß alle ungewöhnlichen Daten der RC 135 sofort übersetzt und an höhere Stellen weitergegeben würden. Im übrigen stehe die Kamchatka-Sachalin-Küste mittels sich ständig abwechselnder RC 135-Flugzeuge 24-stündig und ganzjährig unter Bewachung.

(Schenkt mensch jedoch der US-Version Glauben, wonach aus technischen Gründen ihnen nichts von den Ereignissen um die Boeing 747 bekannt war, ist zumindest ein Gutteil der hämischen Kritik am ,,militärisch-technologischen Defizit der Sowjetunion'' schlichtweg Demagogie!)

4. Der Zwischenfall über der Sachalin-Insel entspricht der globalen Kräftekonstellation: Die USA (im Verbund mit Südkorea und Japan) agieren, die Sowjetunion reagiert. Es ist m.E. eine fatale Illusion zu glauben, daß irgendwelche Zugeständnisse der SU-Führung bzgl. der Sicherung ihrer Grenzen den Weltfrieden auch nur um einen Deut voranbringt. (Es scheint mir besonders unangebracht, wenn von diesem Land aus Tips in dieser Richtung abgegeben werden. Immerhin hat die letzte imperialistische Aggression — ausgehend von diesem Land — 20.000.000 Sowjetbürgern das Leben gekostet.) Der konkrete Fall läßt sich m.E. einfach nicht trennen von der weltweiten Situation, die geprägt ist vom Eroberungswillen des Weltimperialismus gegenüber den Völkern der SU und ihres Einflußbereiches und den Völkern der ,,3. Welt''. Es ist einfach Blödsinn, wenn in AK 237 die Gefahr einer ,,*Weltkrise*'' als Folge des Flugzeugabschusses an die Wand gemalt wird. Ist etwa der ,,Durchbruch'' in Genf an diesem schnöden Akt gescheitert? Keine einzige Aggression des US-Imperialismus gegen den Libanon, gegen die Völker Zentralamerikas oder aktuell gegen Grenada hätte die UdSSR durch ein nachgiebigeres Verhalten in jener Nacht aufhalten können. Das Gegenteil dürfte der Wahrheit näher kommen: So wurde nach Ablauf der Ereignisse in der ,,New York Times'' vom 18.9. der US-Luftwaffengeneral Charles A. Gabriel mit der Äußerung zitiert, ,,*daß die Leistung der sowjetischen Luftverteidigung* (in Erwiderung auf das Eindringen der KAL-Maschine) *uns bezüglich der Fähigkeit der US-Luftwaffe, dieses Verteidigungssystem notfalls zu überwinden, ein bißchen mehr zuversichtlich macht.*'' (zit. nach ,,Workers World'', 22.9.83)

Die ,,Weltkrise'' als Folge de Abschusses der Boeing 747 ist in erster Linie ein Produkt der westlichen Meinungsmaschinerie, die sich dem ideologischen Blitzkrieg aus dem Weißen Haus bereitwillig als Trägerwaffe zur Verfügung gestellt hat. Das Schweigen im Walde nach dem Abschuß der libyschen Maschine durch Israel 1973 folgte dabei den gleichen Interessen wie die Hysterie 10 Jahre später. Bedauerlicherweise war die Reaktion des AK darauf alles andere als geeignet, um dieser ideologischen Schlammschlacht die Stirn zu bieten. Mit dem politisch fahrlässigen Vergleich Israel-SU wurden die Opfer zu Tätern gestempelt — ein Fehler, der unbedingt aufgearbeitet und revidiert werden muß!

M., Anti-AKW-Kommission, 23.10.83

(Der Beitrag entstand unmittelbar nach einer Auslandsreise, also ohne genaue Kenntnis der BRD-Berichterstattung über den Abschuß!)

Sozialdemokraten zur Judenfrage

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil IX

1903 wählte praktisch jeder vierte Wähler SPD (3 Millionen Stimmen). Die fortschreitende Industrialisierung begünstigte das personelle Anwachsen der SPD, die Agrarkrise entschärfte sich und mit ihr verebbte zunächst auch der völkische Antisemitismus. Ebenfalls um die Jahrhundertwende begannen die deutschen Kapitalisten, die ihre Überlegenheit sowohl beim Textilarbeiterstreik 1903 als auch beim Ruhrbergleutestreik 1907 demonstrierten, sich zu organisieren. Die russische Revolution von 1904/1905 verschärfte in der SPD die innerparteiliche Auseinandersetzung um den weiteren Weg.

Die sog. „Hottentotten"-Wahlen von 1907 (Auflösung des Reichstags durch Bülow, weil ihm die Mittel zur Bekämpfung des sog. „Hottentotten"-Aufstands in Deutsch-Südwest-Afrika verwehrt worden waren) manifestierten die Stärke von Chauvinismus und Nationalismus. Die Sozialdemokratie verlor die Hälfte ihrer Mandate (von 82 auf 43). 1907 schlug der französische Sozialist Jean Jaures auf einem internationalen Sozialistenkongreß vor, im Falle eines europäischen Krieges eine gemeinsame Aktion bis hin zum Generalstreik durchzuführen. Die deutschen Sozialdemokraten lehnten ab, Bebel sah die Existenz der Partei gefährdet. Kautsky untermauerte diese Position:

„In keinem Lande der Welt steht der Sozialdemokratie eine so starke und so völlig dem Militarismus ergebene Regierung gegenüber wie in Deutschland, in keinem Lande der Welt hat der Militarismus die ganze bürgerliche Gesellschaft, samt jenem Teil des Proletariats, der noch im bürgerlichen Denken befangen ist, in so hohem Maße durchseucht wie hier. Da kann die Agitation gegen den Militarismus nicht einfach nachahmen, was unter gänzlich verschiedenen Verhältnissen geübt wird" (Karl Kautsky: „Der Essener Parteitag", in „Neue Zeit", 1907, Bd. XXV, Nr. 2, S. 856, zit. nach Massing, S. 209).

ter gänzlich verschiedenen Verhältnissen geübt wird" (Karl Kautsky: „Der Essener Parteitag", in „Neue Zeit", 1907, Bd. XXV, Nr. 2, S. 856, zit. nach Massing, S. 209).



Karl Kautsky

Der unselig bekannte Sozialdemokrat Gustav Noske erklärte im Reichstag, selbstverständlich werde auch die Sozialdemokratie das angegriffene Vaterland verteidigen. Bebel unterstützte ihn gegen Kritiken aus den eigenen Reihen: *„Wenn wir wirklich einmal das Vaterland verteidigen müssen, so verteidigen wir es, weil es unser Vaterland ist, als den Boden, auf dem wir leben, dessen Sprache wir sprechen, dessen Sitten wir besitzen, weil wir dieses unser Vaterland zu einem Land machen wollen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht"* (ebenda). Der neue patriotische Kurs zeitigte offensichtlich Erfolge: In der letzten Reichstagswahl vor dem 1. Weltkrieg (1912) gelang der SPD nahezu eine Verdreifachung ihrer Mandate (von 43 auf 110 — dies war die höchste Zahl von Mandaten überhaupt, die je eine Reichstagsfraktion im kaiserlichen Deutschland erreichte).

Die patriotische Realpolitik ermöglichte auch freundlichere Beziehungen zur Regierung; die SPD stellte den Vizepräsidenten des Reichstags. 1913 stimmte sie für den Wehrbeitrag, eine Sondersteuer zugunsten von Armee und Flotte. Bei Kriegsausbruch stimmte sie, wie hinreichend bekannt, fast einstimmig den Kriegskrediten zu. Zuvor hatte sich wieder einmal Gustav Noske beispielsweise 1909 im Reichstag gegen die Beschäftigung „Farbiger" auf deutschen Schiffen gewehrt.

Nach dem Krieg ergriff die allgemeine nationale Empörung über den Vertrag von Versailles auch Teile der SPD. So warf im Juni 1920 der Vorsitzende der baden-württembergischen SPD-Fraktion, Wilhelm Keil, dem Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion, Bazille, vor, er sei Halbfranzose und eben deshalb nicht befugt, über deutsche Interessen zu reden geschweige denn, sie zu vertreten (1). Bei der Wahl des Reichspräsidenten 1932 legte die SPD in ihrer Agitation Wert darauf, daß die NSDAP die Verteidigung der deutschen Grenzen unter dem gegenwärtigen System ablehne, während Bebel bereits am 7. März 1903 die Verteidigungsbereitschaft der SPD erklärt habe (2).

Während dieser Zeit beschäftigte sich die SPD-Presse immer seltener mit dem deutschen Antisemitismus. Zwischen 1903 und 1908 veröffentlichte die „Neue Zeit" einen einzigen Artikel hierzu: *„Nun mag man den Antisemitismus noch so hart verurteilen, ein Verdienst hat er sich dennoch erworben: Er hat es verstanden, Schichten unserer Bevölkerung politisch zu interessieren, die in Bewegung zu setzen zuvor keiner anderen Partei gelungen war. In den Städten hat er das vollkommen verspießerte und versimpelte Kleinbürgertum mobil gemacht, auf dem Lande hat er vielfach das Klein-*

vor keiner anderen Partei gelungen war. In den Städten hat er das vollkommen verspießerte und versimpelte Kleinbürgertum mobil gemacht, auf dem Lande hat er vielfach das Klein-

bauerntum von der Annahme gründlich kuriert, daß der ‚gnädige Herr' alles am besten wisse und alles zum besten zu gestalten suchen werde" (Philipp Scheidemann, „Wandlungen des Antisemitismus", in „Neue Zeit", 1906, Bd. XXIV, Nr. 2, S. 632, zit. nach P. Massing, S. 212).

In den nächsten fünf Jahren (1908 bis 1912) tauchte das Thema in der „Neuen Zeit" noch zweimal auf; beide Male ging es um den Antisemitismus in Rußland. Die brutale Unterdrückung der russischen Revolution von 1904/1905, der Weiße Terror und die Pogrome entsetzten die deutschen Sozialdemokraten. Sie waren aber wie die meisten Sozialisten in Europa davon überzeugt, ein solcher terroristischer Antisemitismus sei nur unter der zaristischen Barbarei möglich, nicht aber in einem „Kulturland". So hatte Bebel schon 1906 erklärt: *„Der Antisemitismus in seiner abschreckendsten und häßlichsten Gestalt zeigt sich, seitdem die große revolutionäre Bewegung in Rußland zum Ausbruch gekommen ist, dort. Was immer das christliche Mittelalter an Abscheulichkeiten, Grausamkeiten und Barbarei ... leistete, hat sich im heiligen Rußland auf größerer Stufenleiter wiederholt. Und wie im christlichen Mittelalter nicht selten Behörden und Geistlichkeit den Judenverfolgern Vorschub leisteten, so sind es in Rußland vorzugsweise Polizei und höhere Militärs ..., die hier an der Spitze der Judenverfolgungen stehen und die Verschwörungen gegen die Juden organisieren, indem sie das zahlreich vorhandene Lumpengesindel bewaffnen und durch ihre Beauftragten führen lassen... Die russische Regierung begünstigt diese Judenfeindschaft, weil sie damit den Haß der Massen von ihrem eigenen durch und durch faulen und korrupten Regierungssystem und den Trägern dieses Systems, den korrupten Beamten, ablenken will ... Und da die Juden in Rußland, Intelligenz wie Proletariat, in ungewöhnlich großer Zahl an der revolutionären Bewegung sich beteiligten, war damit noch ein ganz besonderer Anlaß für die russische Regierung gegeben, den Judenhaß des Lumpenproletariats durch ihre Werkzeuge anzustacheln und Schlächtereien und Metzeleien hervorzurufen, wie sie bisher nur in orientalischen Despotien vorgekommen sind ... Der Antisemitismus, der nach seinem Wesen auf die niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaftsschicht sich stützen kann, repräsentiert die moralische Verlumpung der ihm anhängenden Schichten.* ***Tröstlich ist, daß er in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen maßgebenden Einfluß auf das staatliche und soziale Leben auszuüben"*** (August Bebel, „Sozialdemokratie und Antisemitismus/Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln", Berlin 1906, zit. nach P. Mas-

das staatliche und soziale Leben auszuüben" (August Bebel, „Sozialdemokratie und Antisemitismus/Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln", Berlin 1906, zit. nach P. Mas-

sing, S. 211 - 212. Hervorhebung im Original bei Bebel).

Die Haltung zum Zionismus war in der SPD nicht einheitlich, wenngleich als offizielle Richtschnur der Partei Kautskys Broschüre „Rasse und Judentum" galt („Neue Zeit", 1914, Ergänzungsheft Nr. 20). Von Kautsky stammt die Definition des Judentums als „Kaste", die zur Grundlage der sozialistischen Assimilationstheorie wurde. Die Bedeutung des Begriffs Kaste wird im Duden so erklärt: *(„Zur Wahrung von Vorrechten) streng abgeschlossene Gesellschaftsgruppe"* (3). „Keine Träne fürs Ghetto", ruft Kautsky in diesem Sinne aus. *„Nur im Ghetto"*, so schreibt er, *„in erzwungener Abgeschlossenheit und unter politischem Druck, unter Rechtlosigkeit und Feindseligkeit, erhält sich das Judentum inmitten anderer Völker. Es löst sich auf, verbindet sich mit seiner Umgebung, verschwindet, wo der Jude als Freier und Gleicher betrachtet und behandelt wird"* (ebenda, S. 57). Der Schwerpunkt der Judenfrage liege heute in Rußland. Druck des Zarismus und Feindseligkeit der Umwelt hätten dort eine besondere jüdische Kaste bewahrt, die mit der Befreiung aus dem Ghetto von selbst verschwinden werde. Der Zionismus sei ein *„Literaten-Projekt"*, eine *„rückwärtsgewandte Utopie"*, die *„jeder ökonomischen Gesetzmäßigkeit"* spotte (4). Ähnlich hatte zuvor Otto Bauer — Austromarxist, mit welchem sich bereits Marx („Die Judenfrage") auseinandergesetzt hatte — geschrieben: *„Solange der Ton ihrer Sprache, ihre Gebärden, ihre Kleidung, ihre Sitten den christlichen Klassengenossen, den Werkmeister, den Unternehmer verletzen, vererbt sich der alte wirtschaftliche Gegensatz des Bauern und des jüdischen Händlers noch in Gestalt einer instinktiven Abneigung."* Wenn sich aber das Judentum assimiliere, *„dann erst kann er sich jedem Orte, jedem Gewerbe zuwenden, wo das blinde Walten der kapitalistischen Kräfte gerade vermehrte Arbeitsgelegenheit schafft; dann erst schwindet die besondere jüdische Not und es bleibt ihm nichts als die gemeinsame proletarische Not, die er im gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter mit den arischen Kollegen bekämpfen und besiegen wird"* (Otto Bauer, „Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie", Wien 1907, S. 378ff).

Nach 1918 arbeiteten verschiedene prominente SPD-Mitglieder, wie Eduard Bernstein, in Hilfsorganisationen für die Ansiedlung in Palästina, etwa im „Komitee für das arbeitende Palästina", mit (5). International bekannte Sozialisten, wie der Belgier Emil Vanderwelde, warben für den Zionismus. Die offizielle Linie der Partei änderte sich dadurch nicht. Wohl waren auch in der SPD zahlreiche Juden organisiert, ihre Zahl läßt sich aber nicht genau ermitteln, da bei Parteieintritt die Konfessionszugehörigkeit nicht festgehalten wurde (von 110 SPD-Abgeordneten im Reichstag von 1912 gaben drei ihre Religion als „jüdisch" an).

Weitaus enger als zur SPD gestalteten sich die Beziehungen jüdischer Organisationen zum „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold". Dieser wurde 1924 gegründet, als republikanische Kampf- und Schutzorganisation unter Beteiligung der SPD, der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums.

Im nächsten AK: Die Haltung der KPD zur Judenfrage.

E., KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkungen:

1) Man traf gelegentlich auch auf Rassismus bei Mitgliedern der

Anmerkungen:

1) Man traf gelegentlich auch auf Rassismus bei Mitgliedern der

SPD: Ludwig Woltmann war beispielsweise einer der bekanntesten Theoretiker, die Rassenmythos und Sozialismus zu vereinbaren meinten. Er trennte sich allerdings später von der Sozialdemokratie.

2) Nationaler als die Nationalisten zu sein, war ein häufiges Argumentationsmuster der SPD. 1924 sorgte der sozialdemokratische Abgeordnete Oskar Cohn für Tumult, als er auf einer Veranstaltung des „Verbandes nationaldeutscher Juden" die Frage aufwarf, ob die Erhaltung des Deutschtums einen neuen Krieg wert sei. Der „Vorwärts" schrieb, es sei *„aber nicht die Meinung des Genossen Dr. Cohn, und es ist bestimmt nicht die Meinung der deutschen Sozialdemokratie, daß das deutsche Volk verpflichtet sei, lieber zugrunde zu gehen, als sich gegen Bedrückung zur Wehr zu setzen"* („Vorwärts", 30.1.1924). Edwin Barth, sozialdemokratischer Publizist und Mitarbeiter der „Reichszentrale für Heimatdienst", betonte, Cohns Meinung entspreche weder den Ansichten der Mehrheit der deutschen Juden noch der Sozialdemokraten, die sich durchaus als Deutsche fühlten. *„Wer rechtlich urteilt, wird an die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Jahre 1914, an die vorbehaltlose Opferwilligkeit des sozialdemokratischen Juden Ludwig Frank und an die Kriegsopfer der deutschen Juden denken"* (Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden e.V., 1924; Zitate nach H.-H. Knütter, „Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik", Droste 1971, S. 208/209). Später, bei Ende der Weimarer Republik, hob die SPD in einer Broschüre („Die Nazifibel. Eine Handvoll Nazilügen und ihre Widerlegung. Redematerial") den „Heldentod" des „jüdischen Marxisten" Frank gegenüber dem „Drückebergertum" der Nazis hervor. Zeitweise spielte die Auseinandersetzung um Nation und Nationalismus eine besondere Rolle in der Jugendorganisation der SPD. Auf einer jungsozialistischen Reichskonferenz 1923 wurde über den „deutschen Menschen und den deutschen Geist" referiert. Nur selten würde dem Deutschen seine Geschichte als Mitglied eines Volkes bewußt — ein solcher Augenblick sei aber der 1. August 1914 gewesen. — 1925 allerdings lehnt die Mehrheit der Teilnehmer in einer Resolution *„die nationale Romantik in jeder Form entschieden ab ... Die Reichskonferenz ist sich daher darüber klar, daß das sozialistische Proletariat dem bürgerlichen Klassenstaate gegenüber keine staatspolitische Verantwortung übernehmen kann, wenn dies dem Interesse des internationalen Klassenkampfes widerspricht."* Diese Resolution wurde mit 71 gegen 39 Stimmen angenommen (zit. nach H.-H. Knütter, S. 209/210).

3) Marx schrieb (MEW IV, S. 145), daß die Arbeitsteilung in einer bestimmten Epoche die Kaste hervorgebracht habe: „Die Kaste, die Zünfte, die Manufaktur, die Großindustrie". Er selber siedelt die Kaste im „patriarchalischen" System an. Der „Große Herder" definiert die Kaste als „eine Menschengruppe mit besonderen und gemeinsamen sittlichen Normen, strenger Heiratsordnung und starker Abschließung gegenüber anderen Gruppen".

4) Bereits 1896 wurde Theodor Herzels „Der Judenstaat" in der „Neuen Zeit" rezensiert. *„Ein schnurriges Projekt, genauso utopisch wie das verkrachte Freiland von Theodor Hertzka und in demsiben Geiste negativer Tapferkeit konzipiert. Dem Kampfe soll aus dem Wege gegangen werden, dort dem Klassen-, hier dem Rassenkampf, der übrigens nur die Maske einer besonderen, reaktionären Form des Klassenkampfes darstellt, des kleinbürgerlichen-zünftlerischen und des feudalklerikalen."* Der Poalei- Zionismus der jüdischen Sozialisten in Rußland kam nicht besser weg: *„Der revolutionäre Anstrich der jüdischen Sozialisten ver-*

lichen-zünftlerischen und des feudalklerikalen." Der Poalei- Zionismus der jüdischen Sozialisten in Rußland kam nicht besser weg: *„Der revolutionäre Anstrich der jüdischen Sozialisten ver-*

dankt seinen Ursprung der freiheitlichen Bewegung in Rußland. Mit dem Fall des Absolutismus — wenn die Judenverfolgung aufgehört und die freiheitliche Bewegung ihr Ziel erreicht hat — wird der Poalei-Zionismus jeder Grundlage entbehren und rettungslos ins Meer der Vergessenheit versinken" („Neue Zeit", 1906/1907, zit. nach Massing, S. 213/214).

5) Die Jahre 1918 — 1923 waren von einem starken Anschwellen antisemitischer Aktivitäten gekennzeichnet. Nach dem November 1918 waren die Juden Sündenböcke für die militärische Niederlage Deutschlands und ihre Folgen. Im alldeutschen Lager wurde noch während des Krieges, im Oktober 1918, von Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, gefordert, *„die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen"* (zitiert nach „Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus", H.-A. Winkler, dtv 1981, S. 272). Die Ostjuden spielten die Rolle des Lieblingsthemas. Nachdem ihnen 1914 in den besetzten Gebieten Russisch-Polens die Existenzmöglichkeit genommen wurde, und sie teilweise für die deutsche Rüstungsindustrie rekrutiert wurden, kamen 35.000 Ostjuden in das Reich. Bei Kriegsende waren sie alles in allem 150.000. Viele wanderten in die Vereinigten Staaten aus, bis Mitte 1933 sank ihre Zahl auf 98.000.

Ein Teil der alteingesessenen deutschen Juden reagierte auf die Ostjuden ausgesprochen feindselig. Die deutschen Juden selber stellten 1925 0,6% der Gesamtbevölkerung und bis zum Juni 19330,8% (500.000).



August Bebel

Kampagne gegen das »»Video-Unwesen«« Ein Beitrag zur Entmündigung der Jugendlichen

„Ein Bürschlein von etwa 10 Jahren stopft mit zufriedenem Grinsen zwei Video-Cassetten in eine Plastiktüte ... Draußen warten drei Freunde auf ihn, etwa gleichaltrig ... ‚Was haste denn geholt?' ... Mit roten Ohren lesen die drei die Titel: ‚Wenn der Postbote zweimal klingelt' und ‚Die Rückkehr der lebenden Leichen'. ‚Das wird heute ein klasse Nachmittag', sagt einer der Knaben voll froher Erwartung" **(„Welt", 2.8.83). Weniger erfreulich endete das Nachmittagsvergnügen von Andrea (14) und ihrer Freundin (12): *„Aber was wir gesehen haben, war schrecklich ... Meine Freundin hat sich sofort erbrochen, ich rief sofort meine Mami im Büro an"* („Bild", 15.4.83). Statt des Videos mit Louis de Funes sahen die Schülerinnen, *„wie es ein nackter Neger pervers mit blonden Frauen treibt"*. Glücklicherweise konnte die Mutter die Kinder von dem Schock einer unerwarteten Sexualaufklärung befreien: *„Ich habe lange gebraucht, um den Mädchen zu erklären, daß die Szenen aus dem Film mit Liebe rein gar nichts zu tun haben"*. Der Geschäftsführer der Videothek könnte die Sache durchaus realistisch sehen: *„Wir dachten, Andrea sollte den Pornofilm für ihre Mutter ausleihen"*.**

Solche Nachmittage bereiten hochrangigen Kinderfreunden große Sorgen. Von einer „Welle der Gewalt" ist da die Rede, die „durch die Wohnzimmer brandet", von einem „Schrecken", der sich dort „breit" macht („Welt", 2.8.83), von „Seuche", „Sucht", „Auswüchsen" ist die Rede. Gemeint sind nicht die vielfältigen Formen der Kindesmißhandlung durch aufgeklärte Erwachsene. Auch nicht gewalt- und kriegsverherrlichende Veranstaltungen wie die „Tage der offenen Tür" z.B. auf den Militärflughäfen in Ramstein und Spangdahlem, wo Hunderte von Kindern unter fachlicher Anleitung ihrer Väter und von Kriegspiloten Waffen und Kriegsflugzeuge hautnah mit Helm und Sauerstoffmaske, den Finger auf dem Atombomben-Abwurfknopf, ausprobieren können. Gemeint ist der „Horror in den Videofilmen", der „nach Gesetzen ruft" („Saarbrücker Zeitung", 28.6.83).

Das „Video-Unwesen" könnte mit seinem „Wildwuchs" und seinen „Entgleisungen" (Justizminister Engelhard) die „seelische Entwicklung junger Menschen verstören" (Geißler), und dem müsse „Einhalt geboten werden".

Die Kämpfer gegen „Afterkultur" und „geistige Entartung" (Strauß) wollen der *„geistigen Umweltverschmutzung"* (CSU-Generalsekretär Wiesheu) *„auf allen Ebenen begegnen"* („Süddeutsche Zeitung", 7.5.83).

Da soll *„Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der Jugend"* genommen werden, fordern die gleichen Leute, für die Kriegsdienst „politisch wichtiger" ist als Kriegsdienstverweigerung (Geißler) und für die „Verteidigungsbereitschaft wichtigstes Lernziel an den Schulen" (Wörner) ist.

Zum Kreuzzug gegen die Video-„Kinderverführer" rücken nun Polizeidirektionen, Polizei-Streifen, Staatsanwälte und Richter aus, wohlwollend flankiert von den Medien und von Politikern fast aller Richtungen. (Es fehlen nur noch die Grünen).

Aus den Augen, aus dem Sinn?

In Nordrheinwestfalen wurden 1982 247 Verfahren wegen pornografischen mittels der verschiedensten juristischen und elektronischen Tricks abgehalten

Aus den Augen, aus dem Sinn?

Das Ganze klingt hochdramatisch. Von Polizeirazzien ist die Rede und von Beschlagnahmungen. Das hört sich gefährlicher an, als es wirklich ist. Nicht um „V e r b o t e" geht es, denn so menschenverachtend, frauenfeindlich, Minderheiten diffamierend, barbarisch und kriegsverherrlichend kann gar kein Film sein, daß er in der BRD verboten würde. Aber „die Jugend" muß „geschützt" werden. Hier haben sich durch die Video-Systeme Lücken aufgetan, die es zu schließen gilt. Was sich hinter den vielen starken Worten bisher p r a k t i s c h abspielt, ist in erster Linie Kosmetik: „nicht jugendfreie" Filme müssen in die Hinterzimmer der Videotheken verbannt werden. Die Wahrheit ist, daß es diese etwas anrüchigen Hinterzimmer in vielen Videotheken sowieso schon seit langem gibt; jedoch wurde bisher (teilweise einfach aus Schlamperei beim Zurücksortieren von entliehenen Kassetten) nicht 100%ig darauf geachtet, daß dieses System t o t a l eingehalten und kontrolliert wird.

Das hat sich inzwischen geändert: 37 Hamburger Video-Verleiher folgten im Juni der Einladung zu einem höchstpolizeilichen Informationsgespräch zwecks Einführung einer „freiwilligen Selbstkontrolle". Die Polizei gab den Rat, auf der Ebene der ausstehenden neuen gesetzlichen Regelungen für Sex-Filme einen „Laden im Laden" einzurichten, statt weiter „Lolita am Scheideweg" neben „Asterix" auszulegen. Andernfalls würden die Konzessionen entzogen. In überraschenden Polizeirazzien wurden Video-Verleiher danach erfolgskontrolliert: In 3 Videotheken wurden 27 Filme beschlagnahmt, darunter 7 Filme aus dem Index der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften* (BPS). In einem Laden wurden elf Filme beschlagnahmt sowie erhebliche Strafen in Aussicht gestellt: Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr und Geldstrafen zwischen 10 und 3 600 000 Mark. („Hamburger Abendblatt", 23.7., 12.7., 25.6., 9.8.; „Bild, 9.6.).

Nicht nur in dem sozialdemokratischen Möchtegern-Musterländle Hamburg wird forsch nach „jugendgefährdenden" Szenen geschnüffelt: auch im Wallmannschen Frankfurt haben Geißler und Co. treue Gefolgsmänner. Ein Schöffengericht hat dort Video-Verleiher zu jeweils 1.500 Mark Strafe [illegible]n Verbreitung von Pornografie [illegible]rteilt. („Frankfurter Rundschau", [illegible]). In ihren Räumen lagen neben [illegible]men auch pornografische Kas[illegible] so aus, daß Jugendliche unter 18 [illegible] und Kinder einen Blick darauf [illegible] werfen können. Das Frankfurter Jugendamt hat inzwischen gegen 8 Filme Strafanzeige gestellt.

In Nordrheinwestfalen wurden 1982 247 Verfahren wegen pornografischen und gewaltverherrlichenden Filmen eingeleitet. Allein im Bereich der Staatsanwaltschaft Münster wurden dieses Jahr bei einer Polizeirazzia 107 Videotheken und 92 andere Vertriebsstellen durchsucht. In 49 Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet; im ersten Halbjahr '83 wurden bereits 359 Ermittlungsverfahren wegen Vertriebs pornografischer oder brutaler Filme angesetzt („FAZ", 18.8.).

Über die Zahl der von der BSP indizierten Videofilme — also Filme, für die ein Jugendverbot ausgesprochen wurde — läßt sich keine genaue Angabe machen, weil diese Zahl lebhaft expandiert. Nach einer Angabe der Bundesregierung vom Dezember 1982 waren Indizierungsanträge gegen 803 Videofilme eingegangen, von denen 101 bereits „erledigt" waren. Und zwar in s ä m t l i c h e n Fällen positiv, d.h. durch Jugendverbot! (BuTa-Drucksache 9/2302). Im August dieses Jahres sollen bereits 250 Videofilme als „jugendgefährdend" indiziert gewesen sein. („FR", 16.8.). Im September nannte „Bild" die Zahl 302 (20.9.). Daß die Zahl nicht schon weit größer ist, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß die BSP nicht schnell genug mit dem „Prüfen" und „Erledigen" vorankommt. Interessant ist in diesen Zusammenhängen eine Angabe der „Saarbrückener Zeitung" (28.6.83): Von 1.304 Objekten (Filme, Bücher etc.), gegen die 1982 eine Indizierung bei der BSP als „jugendgefährdend" beantragt wurde, sollen 806 (über 60 %) Videofilme gewesen sein. Also eine auffallend starke Konzentration des Interesses gerade auf dieses aufblühende Gebiet.

Die neueste Überlegung kommt von einigen Video-Geräte-Herstellern: Sie wollen mittels einer elektronischen Sperre den Jugendlichen den Zugang zu indizierten Filmen blockieren: Markierungen auf pornografischen oder gewaltverherrlichenden Filmen sollen automatisch verhindern, daß diese von Kindern autonom abgespielt werden können („NDR", 18.8.).

Wahrscheinlich werden solche Sicherheitssperren mit einem sicherheitsschlüssel ein- bzw. ausgeschaltet. Wie lange also noch müssen wir auf die Schlagzeile warten: „Süchtige Video-Kinder brechen Computercode und Sicherheitssperre, um zu sehen, wie es drei schwarze Frauen mit einem weißen Mann trieben"?...

„Video befreit die Menschen" („Bild", 26.11.82)

Gerade jene Programme aber, von denen Kinder und Jugendliche (unter 18) mittels der verschiedensten juristischen und elektronischen Tricks abgehalten werden sollen, konsumiert die Mehrzahl der Video-Ausleiher als Feierabend-Vergnügen: Von den etwa 5.000 (Angaben schwanken zwischen 3.000 und 7.000) Filmen, die als Video-Kassetten auf dem Markt sind, werden überwiegend Power- und Action-Programme, Horror-Crime und Sexfilme ausgeliehen. Frauenverachtende Gewaltpornos („Hexen, geschändet und verbrannt"), kriegslüsterne Superhelden zur Verteidigung der Freien Welt gegen die Rote Gefahr („Megaforce") oder „blutige Schocker" („Craziees") bringen für den Abend die „endgültige Entscheidung" (heldenhafte Taten der englischen GSG 9/SAS — „Das Kommando"), die vielleicht schon „am Rande des Wahnsinns" („Die Geisterstadt der Zombies") stattfindet.

Auch ganz aktuelle Produktionen vermitteln die alten guten Werte, die zum erklärten Regierungsziel geworden sind: Hautnah kann mensch die tapferen englischen Soldaten im Falklandkrieg beobachten.

45 % der bundesdeutschen Programmausleiher bevorzugen nach einer Studie des „Deutschen Video-Institutes" Horror-, Kriegs- und Actionfilme; für Abenteuer-, Krimi- und Western-Streifen können sich 25 % erwärmen. „Erotische" Filme (Soft- und Hard-Pornos) liegen mit 12 % eher auf unteren Rängen, gefolgt von Kinder- und Jugendfilmen (7 %), Komödien und lustigen Filmen (6 %); klassische Kultur- und Musikfilme (Oper, Operette, Konzerte, Pop, Musicals) liegen mit 2 % fast am Ende der Konsumentengunst. Das Schlußlicht sind Aus- und Weiterbildungsfilme (2 %) und Hobby- wie Freizeitprogramme mit 1 % (nach BuTa-Drucksache 9/2302).

Wenn die Zahlen auch mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind (so sind z.B. die einzelnen Programm-Genres nicht nach Inhalt und Alter der Ausleiher spezifiziert; das Verhältnis der konkret Befragten zur Gesamtzahl der Video-Verleiher und Sex-Shops bleibt unberücksichtigt; viele Gewaltfilme haben zugleich pornographische Inhalte), wird die Tendenz vor allem zu Horror-, Kriegs- und Actionfilmen durch weitere Fakten bestätigt: An einem Tag wurden z.B. in einer Hamburger Videothek 481 Kassetten ausgeliehen. 23 % der Filme waren Action-, 13,3 % Horror-, 10,2 % harte Pornos-, 8,7 % Lustspiel- und 8,3 % Science-Fiction-Filme. Krimis kamen auf 5,2 %. Das restliche Drittel setzte sich aus Kriegs-, Musik-, Klassiker- und Kinderfilmen zusammen.

Interessant ist auch der Vergleich der regelmäßig erscheinenden Top-Hit-Listen in Video-Zeitschriften und manchen anderen Zeitungen. Die „Top-Five"-Listen von „Telerent" und „Blaupunkt" nannten z.B. auf Platz eins bis vier der am meisten ausgeliehenen Filme: „Drei Schwedinnen in Oberbayern" (Klamaukporno *), „Parasitenmörder" (harter Horror), „Nackt unter Kanibalen" (frauenverachtender Abschlachtfilm), „Drei in Oberbayern auf Dirndljagd" (Klamaukporno *). Die Zeitschrift „videoplay" führt auf den ersten Plätzen: „Die Klapperschlange" (Action), „In tödlicher Mission" (Action), „Der Exterminator" (Action/Science), „American Werewolf" (Horror), „Der Greifer" (brutaler Action). Die Zeitschrift „dasda-video", Klaus Rainer Röhls porno-video mit Kontaktanzeigen für die Partnerwahl per video: „American Werewolf" (Horror), „Der Kampfkoloß" (militaristischer Action), „Caligula" Teil 1 (zahlreiche gewaltsame Pornoszenen), „Der Profi" (Action/-Krimi), „Das Boot" (Krieg). (Die Angaben stammen aus Dezember '82,
Pornoszenen), „Der Profi" (Action/-Krimi), „Das Boot" (Krieg). (Die Angaben stammen aus Dezember '82,
bzw. Januar '83 — die mit * gezeichneten Titel werden im Original so geführt).

Ein ähnliches Bild bietet die regelmäßige „Hits"-Tabelle der „Bild", die angeblich durch Umfragen in 21 Hamburger Videotheken ermittelt wird. Sie enthielt beispielsweise am 19.10.83 unter den Ersten Zehn neun Filme, die im Bereich von Gewalt, brutalem Abenteuer und hartem Horror liegen, wobei „Spiel mir das Lied vom Tod" und „Man lebt nur zweimal" (Bond) noch als die gemäßigten und künstlerisch herausragenden Produkte gelten müssen. Der zehnte Film dieser prachtvollen Hit-Parade („Eis am Stiel", Teil IV) gehört zur Gattung der ganz doofen „witzigen, erotischen" Klamottenfilme.

Insgesamt sollen im Handel etwa 182 Horrorfilme sein, die Dauerkonjunktur haben („Video" 11/82). Den größten Anteil an diesem Genre hat die Firma All-Video, die diesen Bereich auch noch ausbauen will. Die Firma ITT aus Pforzheim verkauft und verleiht bis zu 60 % ihres Programms aus diesem Genre. Und die Firma Constantin-Video erzielt mit dem Horrorfilm „Muttertag" Rekordumsätze. Innerhalb von vier Monaten wurde der Film — neben den regulären Einnahmen aus den Programmkinos etc. — 5.700 mal ausgeliehen. Der Horror-Streifen „Werewolf", seit Wochen auf den vorderen Plätzen der Film-Hits, wurde bisher 7.000 mal in der BED verliehen und 3.200 mal verkauft. Bei einem Verkaufspreis von ca. 600 Mark ein Umsatz von 1 920 000 Mark. **Ob diese Filme alle von Kindern ausgeliehen wurden? ...**

Außenseiter und Minderheiten als Feindbilder

Filme, deren Inhalte an Verbrechen der US-Armee im Vietnam-Krieg oder der französischen Legionäre im Algier-Krieg erinnern, avancierten ebenso zu Feierabendvergnügen, wie Folterszenen, die aus faschistischen Diktaturen stammen könnten. Da werden Menschen Fingernägel herausgerissen, Glieder verstümmelt, zersägt, verätzt, verbrannt, Menschen mit Kreissägen in Großaufnahme gevierteilt, Gesichter mit Feuerwerfern unkenntlich gemacht, Gedärme oder Augen herausgerissen und verspeist, Körper an Autos angekettet und zu Tode geschleift. Die Filme „Mad Max", „Die Klasse von 1984", „Man Eater" oder „Parasitenmörder" sind da nur einige Beispiele. **Die Frage ist, warum Erwachsene — nicht nur Kinder und Jugendliche! — soviel Spaß an solchen Unmenschlichkeiten haben?** Meist ist es ein Feind, der die heile Freie Welt bedroht, oder Punks, Rocker, Jugendgangs, „Außenseiter", Minderheiten (Homosexuelle, Farbige u.a.) werden systematisch zu Feindbildern aufgebaut, die vogelfrei von den Helden der Nation im Namen der Gerechtigkeit auf jede und möglichst perverse Art gequält und gemordet werden können.

Irgendeinen konstruktiven Inhalt haben diese Filme nicht, sondern sie sind ausschließlich auf Zerstörung und Befriedigung mittels Gewalt ausgerichtet.

Vergewaltigte Frauen — männliche Rächer

Besonders beliebt sind Frauen als Opfer von Vergewaltigungen und Foltereien. Zahlreiche Filme werben sehr erfolgreich mit Gewaltverherrlichung, indem Terror gegen Frauen in Koppelung mit sexueller Lust gesetzt wird, Frauen von einem sadistischen „Höhepunkt" zum anderen gejagt werden.
dem Terror gegen Frauen in Koppelung mit sexueller Lust gesetzt wird, Frauen von einem sadistischen „Höhepunkt" zum anderen gejagt werden.

Im *„Todesmarsch der Bestien"* sind es Gefangene, die auf einem Transport in ein anderes Lager die Tochter des den Transport leitenden Sergeanten mehrfach vergewaltigen und danach abschlachten. Natürlich werden sie dann von dem sich rächenden Sergeanten ebenfalls abgeschlachtet.

Auch in dem neuesten Film mit Charles Bronson, *„Mann ohne Gnade"*, müssen Frauen mit ihrem Leben für den Ruhm des Helden herhalten. Eine Bande aus einem Mexikaner, zwei Schwarzen und zwei Weißen vergewaltigen Bronsons Film-Tochter mehrfach in detaillierten Darstellungen. Sie wird danach aus dem Fenster in ein Eisengitter geworfen, aufgespießt, und stirbt. Auch das Dienstmädchen wird vergewaltigt und ermordet. Danach sieht Bronson wie gehabt „rot": In bewährter Lynchjustiz werden die Bandenmitglieder umgebracht.

In dem (nicht nur) Video-Hit *„Zombies-geschändete Frauen"* zerfleischt ein Vater genüßlich Zombies mit der Mistgabel, wird eine Blinde an einen Türrahmen genagelt und anschließend mit dem Beil geköpft.

In dem Erfolgsfilm *„Woodoo — Schreckensinsel der Zombies"* werden die Gedärme einer Toten verzehrt, Frauen Holzsplitter in die Augen gestoßen, jagen männliche Kanibalen eine nackte Weiße und schneiden ihr gut sichtbar die Brüste ab.

Fortsetzung nächste Seite

NEU von S[illegible]

Die Schlacht um Falkland

VIDEO-FILME

Im Rumpf der „Hermes" werden die Bomben „scharf" gemacht, ehe sie in die Flugzeuge verladen werden

Letzte Vorbereitungen an Bord des Flugzeugträgers „Hermes": Gleich werden die Maschinen ihren ersten Einsatz fliegen

„Feierabendvergnügen" ganz aktuell: „Der Krieg fand zwar nicht vor unserer Haustür statt ..."

Fortsetzung von vorheriger Seite

In *„Forced Entry — Es gibt kein Entrinnen ...“* will eine Frau ihren Wagen bei einem Mechaniker abgeben, der sie dann nach Hause fährt und als *„psychologischer Fall ... Stunde für Stunde ... sein grausames Spiel mit ihr treibt ... Aus seinen Träumen von Gewalt und Mord wird Wirklichkeit...“*.

„Es scheint mir denkbar zu sein“, so Prof. Herbert Selg in einer Untersuchung über „Gewaltdarstellung in Massenmedien“, daß man mit *„einigen Filmen die Zahl der Sadisten systematisch erhöhen kann ... vor allem bei solchen Filmen, die über weite Strecken ‚schönen Sex‘ brächten, die also sexuell erregen, aber an einigen Höhepunkten die erregenden Bilder mit blutigen Aggressionen koppeln“*. Möglicherweise entständen so bei Betrachtern, *„deren sexuelles Erleben und Verhalten noch nicht ausgeprägt ist, Verbindungen zwischen Blut und Lust, sodaß die gezeigten Gewaltdarstellungen, gekoppelt mit Sexualität, zum Signal für lustvolles Erleben werden können“*. („BPS-Report“, 6/82). Die amerikanischen Psychologen Feshbach und Malamuth: Die *„Botschaft, daß Schmerz und Erniedrigung ‚Spaß‘ machen“*, könne dazu ermutigen, *„die Hemmungen gegen die Vergewaltigung fallen zu lassen“* (ebda.).

Es ist kaum vorstellbar, daß gerade die Erwachsenen hierzulande angesichts der sexualfeindlichen Verhältnisse jenes „ausgeprägte sexuelle Erleben und Verhalten“ haben, dessen Fehlen seitens der offiziellen Jugendschützer immer als Argument für die Entmündigung von Kindern und Jugendlichen angeführt wird.




Das Bambuscamp der Frauen
mit: Birte Tove, Niki Wane
Schicksale internierter Frauen während der japanischen Besetzung Chinas. Sadistische Aufseher benutzen die jungen Gefangenen zur Befriedigung ihrer perversen Instinkte. Eine Gruppe der tapfersten Frauen versucht, diesem Inferno zu entkommen...
Ein außergewöhnlicher Groß-Film der Shaw-Brothers-Produktion.





Geißler macht Ernst

Die zunehmende Nervosität der herrschenden Kinderfreunde ist verständlich: Mit Erfindung der Video-Technik gibt es vor allem für den Staat kaum eine Möglichkeit, zu kontrollieren, welche Filme sich Kinder und Jugendliche anschauen. Es wird geschätzt, daß gegenwärtig etwa 10 % aller Haushalte schon einen Videorecorder haben; bis 1985/86 sollen es schätzungsweise 25 % sein — vermutlich eher noch mehr als weniger. Es könnte also eine wachsende Zahl von Jugendlichen in den gefährlichen Genuß kommen, sich nicht mehr an Kassiererinnen und Kartenkontrolleuren vorbeimogeln zu müssen, sondern sich stattdessen im Freundeskreis bei Cola und Chips „verbotene“ Filme zu Hause reinziehen zu können. (Stillschweigendes) Einverständnis und Hilfestellung der Eltern natürlich vorausgesetzt.

Dieses Schlupfloch haben die herrschenden Kinderschützer schon seit längerem erkannt. Familienminister Geißler verkündete bereits im Dezember 1982, daß die *„Bekämpfung der Video-Auswüchse ein zentraler Punkt bei der Neuregelung des Jugendschutzgesetzes“* sei und daß dieses *„möglichst bald nach den Neuwahlen“* verabschiedet werdern solle („Welt“, 24.12.82).

Geißler will jetzt Ernst machen: *„Vergewaltigung — keine Unterhaltung für Jugendliche“* („Bild“, 17.5.). Das dürfen Kinder und Jugendliche höchstens noch live in den Familien miterleben, wenn ihre Väter das durch den Ehevertrag garantierte Beischlafrecht gegen den Willen der Frauen und Mütter gewaltsam durchsetzen.

„Es geht“, so Geißler, *„nicht an, daß Jugendlichen Vergewaltigungen zu Unterhaltungszwecken einfach zugänglich sind“* („Bild“, 17.5.).

Die Schlagzeile der „Bild“ und Geißlers Ausführungen enthalten das stillschweigende Eingeständnis, daß *„Vergewaltigung zu Unterhaltungszwecken“* weiter als Ware frei auf dem Markt erhältlich sein soll — eben nur nicht für Jugendliche. Vergewaltigung (ferner auch Foltern, Verstümmeln, faschistoider Sadismus aller Spielarten) ist als Unterhaltung voll gesellschaftsfähig, sofern es sich bei den angenehm berührten und aufgegeilten Betrachern um „Erwachsene“ handelt. Denn Geißler will „keine muffige Zensur“ einführen, wie er ausdrücklich verspricht. Und während Jugendliche automatisch zu unreifen Menschen 2. Klasse abgestempelt werden, können womöglich die gleichen Eltern, die wegen Geißlers *„tätiger Erziehungshilfe“* nun dankbar *„aufatmen“* („Bild“), sich die ganze sadistische Scheiße weiter guten Gewissens reinziehen. Sie sind schließlich „alt genug“.

Es geht den herrschenden Kinderfreunden also überhaupt nicht darum, zweifelsfrei menschenverachtendes, insbesondere frauenfeindliches Unterhaltungsmaterial aus dem Verkehr zu ziehen. Dabei wäre genau d a s nach geltendem Recht geboten. Die Gesetze sind diesbezüglich erstaunlich klar: § 131 StGB verbietet generell das Herstellen und Verbreiten aller „Darstellungen“, *„die Gewalttätigkeiten gegen Menschen in grausamer oder sonst unmenschlicher Weise schildern und dadurch eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrücken ...“*. Ferner verbietet der § 184 StGB g e n e r e l l *„pornographische Darstellungen“*, soweit sie *„Gewalttätigkeiten ... zum Gegenstand haben“*. Daß unter diese Gesetze sämtliche Filme fallen müßten, in denen das Foltern, Verstümmeln, Vergewaltigen und Abschlachten von Frauen eindeutig und ausschließlich zur sexuellen Erregung des männlichen Publikums dargestellt wird, müßte eigentlich weit über jedem Zweifel stehen.

Es ist, nebenbei gesagt, nicht uninteressant, daß es um den sadistischen Film „Geschichte der O“ vor ein paar Jahren Proteste und Tumulte von feministischer und linker Seite gab. Heute laufen in Kinos und Video-Programmen haufenweise Streifen, gegen die die „Geschichte der O“ sich wie ein Stückchen aus der Sesamstraße ausnimmt — ohne Protest, ohne jede öffentliche Debatte. Außer, außer ... unter dem Aspekt des Schutzes unserer lieben Unerwachsenen. Da hat Geißler sogar mal die SPD voll hinter sich: Die SPD *„fordert einen verstärkten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Video-Filmen mit gewalttätigen und pornographischen Darstellungen“*. Daß 250 Videofilme schon unter Jugendverbot gestellt sind, wird wärmstens von der SPD begrüßt. Gefordert wird nun von allen zuständigen Stellen die nötige *„Aufgeschlossenheit“*, *„um die Befolgung dieser Verbote zu gewährleisten“*. Geißlers Plan eines Gesetzentwurfs zum Jugendschutz im Videobereich wird von der SPD „positiv aufgenommen“. Kritisiert wird nur, daß die CDU noch nicht genug für die nötigen „Einhaltungskontrollen“ gesorgt habe. („FR“, 16.8.)

Aus einem Problem der menschlichen und politischen Kultur unserer Gesellschaft wird so, unter tätiger Mithilfe der SPD (und besorgter linker Jugendfürsorger), ein J u g e n d problem gemacht. Unterstellt wird dabei einfach pauschal, daß Jugendliche a u t o m a t i s c h unreifer, verführbarer, dümmer seien als beliebige andere Menschen, die aufgrund ihres Personalausweises als „Erwachsene“ gelten dürfen. Diese pauschale Unterstellung ist grundlos. Praktisch dient sie der Entmündigung und Entrechtung der Jugendlichen, deren Distanz zu den vollwertigen (= „erwachsenen“) Menschen durch die beschriebenen jugendschützerischen Praktiken bewußt vergrößert werden soll. Das ist ein waschechter Beitrag zur „Wende“.

Das eigentliche Problem besteht nicht darin, daß sich Siebzehnjährige vielleicht einen Videofilm ausleihen könnten, in dem zerfleischt, zersägt, geköpft und vergewaltigt wird. Sondern das Problem besteht in einer G e s e l l s c h a f t, die Menschenquälerei als Unterhaltungsware handelt und konsumiert. Das verlogene Gekreisch der etablierten Parteien und Medien über den Jugendschutz lenkt von diesem Kern des Problems nur ab. Es ist unserer Meinung nach daher auch ein Irrtum, wenn manche linken Jugendfürsorger meinen, sie könnten in diesem Fall einmal mit den rechten Wölfen heulen, weil verschärfter Jugendschutz im Video-Bereich immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung sei, über den man auch zu einer Diskussion der Problematik insgesamt hingelangen könne.

Die massive Jugendschutz-Kampagne im Video-Bereich zielt auch auf eine verstärkte Anwendung der Eltern-Rechte gegen Kinder und Jugendliche. Nach den irritierenden sozialliberalen Experimenten früherer Jahre sollen die Eltern ermutigt, bestärkt und gegebenenfalls auch g e n ö t i g t werden, „mehr Mut zur Erziehung“ zu praktizieren. Natürlich sollen auch Eltern, die bisher halbwegs liberal mit ihren Kindern umgegangen sind, unter Druck gesetzt werden. Sicher werden sich in nächster Zeit die Fälle häufen, in denen leichtfertige Video-Verleiher von aufgebrachten Eltern denunziert und verklagt werden. Es können aber, sofern sich geeignete Denunzianten finden, auch Eltern vor Gericht gezerrt werden, die etwa ihre Porno-Videos nicht gut genug vor dem Nachwuchs weggeschlossen halten. Übrigens macht der amtliche Jugendschutz keinen großen Unterschied zwischen z.B. einem „Kannibalen“- oder „Zombie“-Film einerseits und der Geschichte der „Christiane F.“ andererseits.

Kinderkommission/KB Hamburg



„Ich habe dir dieses Programm doch verboten! Davon kannst du nämlich brutal werden!“

„WarGames“ Knopfdrücken für den Frieden?

Seit einigen Wochen läuft in den Kinos der Film „WarGames-Kriegsspiele“; das Buch zum Film gibt's für 6.80 DM. Richtig gesehen/gelesen, verrät uns „WarGames“ etliches Wissenswertes über unsere Welt, sodaß die Ausgabe sich lohnt.

„PAC-MAN“ gewinnt den 3. Weltkrieg

Zum Inhalt: „WarGames“ handelt von einem 17-jährigen amerikanischen Computer-Freak namens David Lightman. David, ein „Hacker“ (gesprochen wie jener Herr, der durch Drücken, allerdings nicht von Tasten, bekannt wurde) wie Millionen andere: Fasziniert von den Möglichkeiten moderner Heimcomputer, intelligent, an wenig außer Computern und Videospielen interessiert. Bei seinem Versuch, den Computer einer Video-Spiele-Firma anzuzapfen, gelingt ihm unwissentlich der Anschluß an einen US-Kriegscomputer, der sich mit der Ausarbeitung der Strategie für den Dritten Weltkrieg befaßt. Ohne es zu wollen, ja ohne es überhaupt zu wissen, löst David Vorgäng aus, die den Big Bang in greifbare Nähe bringen. Erst in letzter Sekunde gelingt es, durch Einsatzbereitschaft, Kenntnisse und Intuition das Ende der Welt noch einmal hinauszuschieben.

Hollywoods Beitrag zur Technologiedebatte

Der Film ist spannend, logisch aufgebaut, bringt an den richtigen Stellen nette gags und zur Abrundung auch noch eine liebe nette Teenager-lovestory.

Das alles macht noch keinen solchen Erfolg aus, wie der Film ihn nun einmal hat. Tatsächlich nimmt sich der Film einiger Dinge an, die derzeit viele Menschen bewegen: Kriegsgefahr, Computerisierung, die moralische und politische Verantwortung von Wissenschaft (und natürlich besagte lovestory).

Eine Anmerkung: Natürlich ist „WG“ ein Hollywood-Film. Die Charaktere sind flach, die Schauspielkunst wenig entwickelt, das Thema wird eigentlich nur angerissen. Woraus sich aber nicht ergeben sollte, dieses neue Beispiel dafür, wie die imperialistische Massenkultur aus der Kriegsangst Geld macht, links liegen zu lassen, sondern beim Reden über diesen Film (und ähnliche) seine positiven Ansätze und seine Schwächen herauszuarbeiten und herauszustellen.

„Alles ist ein Spiel, Dad“. „Und man muß lernen, zu gewinnen, wie?“. „Nein. Man muß lernen, die Spiele zu *lernen*“. (S.27)

Zur gründlichen Beschäftigung mit dem Film sei das Buch (D. Bischoff, »Wargames«, Heyne-Verlag) empfohlen. Das ist zwar nur eine sog. Novelization, d.h. im wesentlichen eine Film-Nacherzählung, aber sie hat auch Stärken. Der Autor bemüht sich, die Figuren des Films auszumalen, sie mit etwas mehr Leben zu füllen, als dies in einem Film möglich ist. Das sind dann zwar nicht gerade originelle Charakterstudien (der Sohn des Generals ist natürlich Pazifist, desgleichen die Ex-Freundin des Offiziers im Prolog), aber immerhin.

Das Interessanteste an dem Buch ist die Skizzierung von David Lightmans Hintergrund: Seine Vorstellungswelt wird in erheblichem Maße bestimmt von Pop-Musik, TV, Video-Spielen und Comics. Und vor allem von seinem Umgang mit Computern. Soweit ich das beurteilen kann, sind hier die Auswirkungen solcher medialer Umwelt auf jugendliches Denken recht gut beschrieben. Dabei muß im Auge behalten werden, daß David mit seinem 17 Jahren zu den nach 1965 Geborenen gehört, die nach Ansicht des US-Computerspezialisten Charles Lecht die Einzigen sind, die überhaupt eine Chance haben, Anschluß an die neue Technologie zu bekommen (lt. „Kölner Stadtanzeiger“, 31.7.1983). Und es muß im Auge behalten werden, daß dies nicht das zentrale Thema des Buches ist.

Vom Zaun auf die Erde

Nebenbei zeigt das Buch auch noch die Entwicklung David Lightmans zu einem verantwortungsvollen Zeitgenossen: *„Bis jetzt hatte David Lightman sich als Versager betrachtet, als Ausgestoßener, als Außenseiter, der auf der Grenzlinie der Dinge tanzte, der über die komischen Sachen, die in diesem Irrenhaus geschahen, Gesichter schnitt. Doch jetzt hatte er erkannt, daß er einer der Insassen war —und daß der Kampf, der dort geführt wurde, auch sein Kampf war. Er war Teil von allem ...“*(S.156). Diese Ansicht kontrastiert recht auffällig zu seinem Verhalten zu Anfang, als er, sich in einem Spielprogramm „Thermonuklearer Weltkrieg“ wähnend, mit Atomraketen etc. herumspielt: *„Was hat das alles zu bedeuten?“*, wollte Jennifer wissen. David Lightmann lächelte. *„Das weiß ich auch nicht, aber es macht einen Heidenspaß!“* (S.105).

Zum Schluß möchte ich noch anhand einiger Details aus »WarGames« ein paar Punkte beleuchten, die mir in der Diskussion um Mikroelektronik und die Mediale Umwelt interessant und wichtig erscheinen.

„Wir sind *nicht* Computer-Programme, Falken!“, sagte David energisch. „Wir sind *Menschen* !“ (S.188)

„Was David Lightman vorantrieb: die Faszination von komplizierten Spielzeugen, diesen Verbindungen von Metall und Glas und Plastik und Energie, Sklaven des magischen Gesangs des Algorithmus.(...) In ihrer Welt herrschten Vernunft, Gerechtigkeit, Fairness, Ordnung. Wenn man hart genug arbeitete, v e r s t a n d man ... Es war nicht wie im normalen Leben. Die Beherrschung des Programmierens ließ sich mit nichts vergleichen, das David Lightman jemals zuvor gekannt hatte.“(S.118).

Ich habe in meinem Beitrag in AK 237 behauptet, die den Computerprogrammen zugrundeliegende Logik sei völlig verschieden von der „Logik“, die menschlichem Denken zugrundeliegt. Ich habe diese Logik als Binär-Logik bezeichnet, weil sie streng mathematisiert, nur zwei Werte, nämlich Null oder Eins, kennt. Ich behaupte nun weiter: Es ist mit der Logik nicht möglich, menschliche Handlungen vollständig zu verstehen oder gar zu simulieren. Die Gesetzmäßigkeiten menschlichen Handelns sind zum großen Teil bisher unbekannt, sodaß sie sich der Simulation mittels eines Programms, das ja gerade jede denkbare Möglichkeit des Handelns vorher berücksichtigen muß, entziehen.

Das bedeutet nun natürlich nicht, daß im Kommunismus die Buchführung von der Hand gemacht und die Flugzeiten der Mondfähre mit dem Rechenschieber berechnet werden sollen. Es bedeutet aber, daß wir uns darüber klar sein müssen, daß eine Computersimulation umso ungenauer sein wird, je mehr sie mit dem menschlichen Faktor rechnen muß.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Es kommt aber ein weiterer Punkt hinzu, der m. E. bisher in der linken Technologie-Debatte kaum beachtet wird: Wenn wir davon ausgehen, daß das menschliche Denken von der Sprache strukturiert wird, müssen wir weiter überlegen, welche Auswirkungen es hat, wenn Menschen bereits in früher Jugend lernen, in den diversen Computersprachen zu denken. In den USA und Japan gibt es bereits heute jede Menge Kids, die mit 5 - 7 Jahren anfangen, an ihrem Computer zu basteln. Das ist keineswegs vergleichbar mit dem Erlernen irgendeiner anderen Sprache, da Programmiersprachen sich grundlegend von menschlichen Sprachen unterscheiden. Z. B. ist es bislang unbekannt, wie Menschen sprechen, d.h. welche Vorgänge sich im Gehirn im Einzelnen abspielen, wenn wir sprechen. Dagegen ist bei Programmiersprachen jeder einzelne Schritt genauestens vordefiniert, da Computer eben nur mit eindeutigen Daten operieren können.

Ich halte es für sehr gefährlich, zu behaupten, auf der Grundlage der Binär-Logik ließen sich hervorragende Lernprogramme entwickeln. Ich meine, eine Folge solcher Programme läßt sich bei folgender Passage aus „WG" ahnen: *„Er hatte Schwierigkeiten mit Mädchen. Nicht, daß er sich aus ihnen nichts machte. Sie waren nur völlig unbekannte Faktoren. (...) Das Problem lag darin, daß er bei Mädchen das Gefühl hatte, die Situation nicht zu beherrschen...nicht wie bei seinem Computer. Er verstand das Gefühl nicht, das in ihm aufstieg, wenn Mädchen in seiner Nähe waren und ihn anlächelten."* (S.54)

20 Uhr: Computer-Kohl

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Elektronik uns nicht nur in Gestalt von Computern und Telespielen (was letztlich dasselbe ist) begegnet. Elektronik wird immer mehr dazu benutzt,unsere Mediale Umwelt zu schaffen und zu verbreiten. Die Vorstellungen der Menschen über die Realität werden in immer stärkerem Maße davon bestimmt, was die Medien ihnen als solche vermitteln. Und eben diese Medien bedienen sich immer mehr der Elektronik, um zu nie gesehenen Bildern zu gelangen. Filme wie „Star Wars" oder „Tron" deuten eine ganz neue Qualität der Illusionserzeugung an, die es immer schwerer macht, sich der Plausibilität des Sichtbaren zu entziehen.

In Zukunft stehen uns Filme ins Haus, die ganz ohne Schauspieler/-innen, Kulissen und Kameras hergestellt werden, weil sie mit Hilfe entwickelter Computergrafik erzeugt werden können. Von da ist es nur noch ein kleiner Schritt zum computersimulierten Kanzler-Gesicht, das mittels der optimalen, bei den Massen beliebten Merkmale zusammengesetzt wird. Wer das für Spintisiererei oder, schlimmer noch, für Science Fiction hält, braucht sich ja nur mal die Tagesschau mit ihren durchreglementierten Filmchen und vor allem Fotos anzuschauen. Da können wir etwas über Bildregie lernen. (Eigentlich kommt mir das alles schrecklich banal vor. Sollten wir den schönen alten Satz „Seeing is Believing (Sehen heißt glauben)" denn wirklich alle vergessen haben?!?)

Phantomias, z. Zt. Köln, 18.10.83

Literaturtips:
Zur Programmierlogik:
Jordan/Bues, Der Schlüssel zum Programmieren, rororo 7314, S. 45 f.
D. Hartmann, Die Alternative. Leben als Sabotage, iva; darin: III. Die Gewalt der formalen Logik und der technologische Klassenkampf, S. 39 f.
Zur neuen Qualität neuer Medien:
Herbert W. Franke, Illusionstechnologien, in: Festival-Almanach, Bastei-Verlag 24054, S. 67 f.

Buchbesprechung

»»Philosophie in Deutschland 1831 — 1933«« Herbert Schnädelbach, Frankfurt a.M. 1983

Me-ti sagte: Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht.
Brecht

Herbert Schnädelbach ist Philosophie-Professor in Hamburg. Dennoch ist das Buch lesbar. Der Anspruch der Arbeit ist es, *„die deutsche Philosophie nach Hegel in ihrer bis heute andauernden nachidealistischen Identitätskrise darzustellen"*. Die Darstellung erfolgt sinnvoller Weise nicht nach Denkern, sondern nach den Problemen; unter sieben Stichworten werden Kernprobleme der modernen Philosophie behandelt. Dem voraus geht eine „Skizze der Epoche", die die Sozial- und Kulturgeschichte umreißt. Schnädelbach faßt diese Epoche als eine *„Krise der europäisch-humanistischen Kultur, die die beiden Weltkriege erst wirklich manifest werden lassen"*. 1933 sei mit dem Beginn des „Dritten Reiches" auch das Ende der „bisherigen kulturellen Identität" der Deutschen.

Was macht dieses Buch für eine Rezension im „Arbeiterkampf" interessant? Antworten liefert das Buch nicht, es liefert nicht einmal ein Fazit, und es liefert schon gar nicht die Bestätigung, daß der Marxismus der Ausweg aus der Krise der Philosophie wäre. Im Gegenteil, Marx kommt nur ganz am Rande vor. was begründet wird damit, daß Krise der Philosophie wäre. Im Gegenteil, Marx kommt nur ganz am Rande vor, was begründet wird damit, daß Marx für das Philosophieren des 19. Jahrhunderts kaum eine Rolle spielte und als **Philosoph** erst in diesem Jahrhundert entdeckt wurde. Was „Philosophie in Deutschland" vermittelt, ist ein Einblick in die (theorie-)geschichtliche Situation, in das intellektuelle Umfeld, aus dem die deutsche Arbeiterbewegung entstand und andererseits eine imperialistische Ideologie Deutschlands, die im Faschismus ihren Höhepunkt fand. Selbstredend reduziert sich Geschichte nicht auf Theoriegeschichte und ist die **eigentliche** Ursache des Faschismus nicht in den Schriften Nietzsches und anderer zu suchen. Aber das heißt noch lange nicht, daß das kulturelle Bewußtsein überhaupt keine Rolle spielt. Insbesondere in dem Abschnitt „Leben" wird deutlich, daß als Reaktion auf das Scheitern des klassischen Idealismus einerseits und auf *„eine intellektualistische, lebensfeindlich gewordene Zivilisation"* andererseits eine Welle des Irrationalismus entstand, die das „eigentliche Leben" mystifiziert: *„Diese Metaphysik des Vorrationalen, Arationalen, Antirationalen stellt den gesamten abendländischen Rationalismus in Frage ... Damit gehen eine pessimistische Grundstimmung des Philosophierens und eine merkwürdige Vorliebe für das Tragische einher ..."*. In diesen Zusammenhang gehört der Aufstieg jener Philosophie des Grauens, die unter anderem den Biologismus zu faschistischem Denken entwickelten: Spengler treibt es auf die Spitze: *„Es gibt dem Typus Mensch einen hohen Rang, daß er ein Raubtier ist"* — *„Lieber ein kurzes Leben voll Taten und Ruhm als ein langes ohne Inhalt (...) Optimismus ist Feigheit. (...) Auf dem verlorenen Posten auszuharren, ohne Hoffnung, ohne Rettung, ist Pflicht. (...) Das ist Größe, das heißt Rasse haben.* ***Dieses ehrliche Ende ist das einzige, das man dem Menschen nicht nehmen kann."***

Daneben Nietzsche, bei dem die Erkenntnis, das Denken alles Emanzipatorische verliert. Was bleibt, ist: *„Das Maß des Erkennen-Wollens hängt ab von dem Maß des Wachsens des Willens zur Macht der Art."*

Es reicht nicht aus, in solchen Theoremen ideologische Vorboten des Faschismus zu sehen, sondern was man begreifen muß, ist die totale kulturelle Krise, die virulente Verzweiflung einer ganzen Epoche, die sich 1928 bei Scheler so liest: *„Wir sind in der ungefähr zehntausendjährigen Geschichte das erste Zeitalter, in dem sich der Mensch völlig und restlos problematisch geworden ist; indem er nicht mehr weiß, was er ist, zugleich aber auch weiß, daß er es nicht weiß."* Das *„herkömmliche Selbstbild des Menschen"*, die *„traditionelle Selbstinterpretation"* ist am Einstürzen, aber dies nicht, wie im Prozeß des zerfallenden Mittelalters und der Aufklärung, als ein sich emanzipatorisch und optimistisch verstehender Prozeß, sondern als Verzweiflung, Leere und Flucht in den Msytizismus eines „wirklichen Lebens". Diese Krise oder Agonie ist *eine* Bedingung für das Vordringen irrationaler Weltanschauungen, die später vom Nationalsozialismus zusammengefaßt und politisch gebündelt wurden, eine Bedingung dafür, daß die NSDAP so weit in den intellektuellen Schichten Fuß fassen konnte und diese „Ideologieproduzenten" für sich gewann. Schnädelbach spricht von der *„Schuld der deutschen Universität, die sich ohne nennenswerten Widerstand vom NS-Staat überwältigen"* ließ, von der Kapitulation *„des humanistischen Bildungsideals vor dem nationalen Machtprinzip"*.

Die kulturelle Identitätskrise des 19. Jahrhunderts ist nicht nur „interessant", nicht einfach vergangene Geschichte. Zum einen zeigt sie eindringlich, daß aus einer Erschütterung der bürgerlichen Kultur nicht *automatisch* etwas Emanzipatorisches, Linkes wird; und zum anderen wirkt diese Krise bis heute fort.

„Heraufkunft des Nihilismus"

Was sich in den philosophischen Produkten der „nachidealistischen Identitätskrise" ausdrückt, ist nicht allein eine Feindschaft gegenüber den idealistischen Philosophien aus intellektuellem Grund, nicht allein eine Kritik ihrer Arbeitsweisen und Theoreme, sondern eine völlig andere Grundeinstellung, ein Grund, nicht allein eine Kritik ihrer Arbeitsweisen und Theoreme, sondern eine völlig andere Grundeinstellung, ein ganz anderer Bezug zur „Welt", zur Gesellschaft. Diesem Nihilismus fehlen **Ideale**, fehlen Utopien. **Was bei der „Umwertung aller Werte" (Nietzsche) übrigbleibt, ist eine desparate Zivilisationskritik, in der die Zivilisation schließlich als Krankheit erscheint.** Spengler formuliert dies ganz brutal: *„Die Zivilisation ist das unausweichliche Schicksal einer Kultur. (...) Sie sind ein Ende, unwiderruflich."* Und der Imperialismus gilt als etwas *„Dämonisches und Ungeheures, das den späten Menschen des Weltstadiums packt"* — unabhängig von jedem Willen und jeder Politik.

Daß sich der deutsche Faschismus bestimmte Stränge der „nachidealistischen" Philosophie zunutze machen konnte, darf nicht darüber hinwegsehen lassen, was die Inhalte dieser Philosophien zunächst waren: Nämlich nicht auf irgendwie positiv begriffene Veränderung orientiert, sondern als hilflose und verzweifelte Ablehnung der modernen Gesellschaft, der Zivilisation überhaupt, die sich aus dem Zusammenbruch der bürgerlichen Ideale speiste. Dies soll nicht etwa in irgendeiner Weise den Zusammenhang zwischen (Teilen) der Lebensphilosophie und dem Faschismus ausräumen. Umgekehrt: Ohne es selbst intendiert zu haben, bewußtlos, haben solche Stränge der Zivilisationskritik dem Faschismus den Weg bereitet.

Es wäre sicher verfehlt, einfach auf der Erscheinungsebene banale Analogien zur heutigen Situation herzustellen. Zugleich aber gibt es heute eine Renaissance abstrakt-pessimistischer Haltungen und abstrakter Zivilisationskritiken, die umso mehr Aufmerksamkeit verdienen, als sie längst bis in die Linke hineinwirken.

Eine Krise des Optimismus?

Wenn Schnädelbach von einer bis heute andauernden Krise der Philosophie spricht, die in der Philosophischen Anthroplogie in die „Frage nach unserer eigenen Identität" mündet, dann stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang dieser Krise mit der viel behaupteten Krise des Marxismus, der mit dem Anspruch auftrat und auftritt, die Antwort auf den Zusammenbruch des Klassischen Deutschen Idealismus zu sein.

Dabei trat der Marxismus im 19. Jahrhundert nicht nur als eine philosophische, eine theoretische Antwort auf die Krise auf, sondern zugleich als politisch-praktische. In Gestalt der deutschen Arbeiterbewegung trat der Marxismus als eine praktische und optimistische Kritik an den Verhältnissen auf, für die der Zusammenbruch der **bürgerlichen** Emanzipationsideale nur ein notwendiger historischer Schritt auf dem Weg einer weitergehenden Emanzipation war. Und tatsächlich liegt in dem Ansatz, in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft durch alles Elend hindurch eine letztlich emanzipatorische **Geschichte** zu sehen, ein ungeheurer Optimismus. Dies galt auch für die Gruppen der Neuen Linken in der BRD.

Dieser Optimismus hatte immerhin den realen Hintergrund eines weltweiten Aufschwungs der Klassenkämpfe, von der Chinesischen Kulturrevolution, dem Befreiungskampf in Indochina bis hin zum französischen Mai '68 und den Streikwellen selbst in der BRD.

Je mehr die westdeutsche Linke den Marxismus als unbequem ablegte, umso stärker kamen Theoreme zum Vorschein, die nur Unwissenheit als „völlig neue" Erkenntnis, als endlich gefundenen Stein der Weisen begreifen konnte und kann. Anthropologische Ansätze, die das Wesen des Menschen an sich zum Übel oder wahlweise seine Verwirklichung zum Heil erklären; psychologistische Ansätze, die in der Veränderung der eigenen Psyche den Haupthebel zur Veränderung der Welt sehen; und schließlich Zivilisationskritik, die in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Kompliziertheit des modernen Lebens nur Verderben wittert. Diese Ideen haben ihren festen Platz auch und gerade in der Grünen Partei gefunden, wobei Bahro nur am radikalsten ist, wenn er die Gesellschaft durch Dezentralisierung in Öko-Dörfer zu sanieren trachtet. Die „biologisch-dynamische Lebensreform" ist eine Schrulle des letzten Jahrhunderts. Seit zu sanieren trachtet. Die „biologisch-dynamische Lebensreform" ist eine Schrulle des letzten Jahrhunderts. Seit dem Aufkommen der kapitalistischen Großindustrie und ihrer Städte ist die Mystifizierung des „natürlichen" Dorflebens eine Dauererscheinung ebenso wie die Vergötzung der „unberührten Natur" zum Inbegriff der Romantik. Was die so unterschiedlich auftretenden Kritiken an der Industriegesellschaft überhaupt (statt ihrer konkreten kapitalistischen Verfaßtheit) und der Psyche des Menschen selbst (statt an den Bedingungen ihrer Bildung) eint, ist ihr Bezug zu abstrakten und letztlich mystischen Weltbildern, die sich in Begriffen wie dem „natürlichen Leben", der „wahren Natur des Menschen" usw. festsetzen. Was diese Ansätze eint, ist die grundlegende Überzeugung, daß die Herausbildung zumindest des Kapitalismus ein I r r w e g der Geschichte sei, den es durch eine R ü c k k e h r zum Knotenpunkt zu korrigieren gelte. Das Erstaunliche an diesem Phänomen ist, daß sich derartige, **an sich** reaktionäre Theoreme mit real fortschrittlichen und emanzipatorischen Interessen vermischen. Und das Erstaunlichere ist, mit welcher Zähigkeit total widersprüchliche Positionen friedlich koexistieren.

Die Krise des Marxismus speist sich in diesem intellektuellen Feld nicht primär aus einer theoretischen Kritik, sondern aus der Grundhaltung, daß Industriegesellschaft und Kapitalismus identisch seien oder, noch schlimmer, daß sich die Übel aus der Raffgier der menschlichen Seele speisen, und dergleichen mehr. Es scheint so zu sein, daß, je mehr sich die bürgerliche Gesellschaft von ihrer revolutionären Zeit entfernt, auch umso mehr das Bewußtsein verloren geht, daß der Kapitalismus selbst Produkt einer zerfallenden Gesellschaft war, zunächst einen emanzipatorischen Schritt darstellte und seine Grenze findet, weil er die menschliche Entwicklung einengt bzw. sogar gänzlich bedroht, daß er aber zugleich notwendig war, und sei es nur in dem Sinne, daß die heute formulierten emanzipatorischen Interessen **Produkt seiner Entwicklung** sind.

Die Linke, die den Marxismus abgelegt oder auf die Betonung der „sozialen Frage" reduziert hat, verliert die Antwort auf die nachidealistische Krise und gerät in diesen Strudel hinein.

Angesichts dieser Flutwelle mystizistischer und abstrakter Weltanschauungen, wird für uns die Beschäftigung mit den Grundlagen dieses Poutpourris wichtig. Und es lohnt sich allemal, die Geschichte dieser Ansätze aufzuspüren und sich damit auseinanderzusetzen. Das Buch „Philosophie in Deutschland" liefert dazu gutes Material.

J., Hamburg